



---

WALTER  
DIRKS

---

*Gegen die  
faschistische  
Koalition*

---

Gesammelte Schriften

---

Ammann

*»Das ist schon eine sonderbare Demokratie, in der die große und starke Rechte eigentlich den Faschismus will, aber Angst hat ihn zu machen, und die große Linke eigentlich den Sozialismus will, aber in ihrer Mehrheit vorläufig nur die Demokratie, in der nur eine kleine Minderheit wirklich und endgültig die Demokratie will, in der aber dennoch die Demokratie weiterfunktioniert, und zwar unter starker Beteiligung derer, die eigentlich den Faschismus wollen, was wiederum von denen, die die Demokratie eigentlich und vorläufig wollen, deshalb geduldet wird, damit der Faschismus nicht wirklich kommt. Das ist die Situation«.*

1931

Für jeden demokratischen Publizisten war der Nationalsozialismus seit 1930 eine Bewährungsprobe. Wie würde er sich verhalten gegenüber dieser Macht, vor der man nicht ausweichen konnte und die offen androhte, mit dem verhassten »System« gründlich aufzuräumen? Walter Dirks hat diese Bewährungsprobe glänzend bestanden. Schon die Intensität seiner Auseinandersetzung mit dem Faschismus, den er von Anfang an im internationalen Maßstab sah, ist aussergewöhnlich. Nach den Septemberwahlen 1930 gibt es in seinen Artikeln nur noch ein Thema: Was ist Faschismus und was ist gegen ihn zu tun?

Der kaum 30jährige Dirks agiert auf mehreren Ebenen. Als Chronist versucht er, die Ereignisse zu deuten, den faschistischen Gegner in seinem Erscheinen und in seinen Absichten faßbar zu machen. Gleichzeitig bemüht er sich, den Nationalsozialismus zu »enträtseln«, seine Ursachen zu verstehen und seine Triebkräfte offenzulegen. Radikale Gegnerschaft genügt ihm jedoch nicht. Das suggestive Auftreten des Faschismus wertet er als tiefe »Glaubenskrise« der Demokratie, deren Erneuerung er einklagt.

Die Summe all dieser Artikel von Walter Dirks ist eine originäre Theo-

rie des Faschismus. Diese ist deutlich durch marxistische Erklärungsversuche inspiriert, aber frei von jeder dogmatischen Enge und jeder monokausalen Herleitung. Als religiös geprägter Publizist hat Dirks ein Gespür für die eschatologische Komponente der Bewegung. Sein theoretischer Ansatz ist phänomenologisch, seine Beschreibungen des faschistischen Gegners zeugen von vielfältiger sozialer Anschauung und begrifflicher Präzision.

Hier sind Texte zu entdecken, die zu den gewichtigsten publizistischen Leistungen der Weimarer Republik zu zählen sind.

Walter Dirks

*Gegen die  
faschistische Koalition*

**Politische Publizistik 1930-1933**

Gesammelte Schriften Band 2

Herausgegeben von  
Fritz Boll, Ulrich Bröckling und Karl Prümm

Mit einem Vorwort von  
Walter Dirks  
und einer Einleitung von  
Karl Prümm

Ammann Verlag

Die Herausgabe dieses Bandes wie die Realisierung der Ausgabe der  
«Gesammelten Schriften» ist erst durch die grosszügige und freund-  
liche Spende der Stadtparkasse Dortmund ermöglicht worden,  
wofür der Verlag herzlich dankt.

© 1990 by Ammann Verlag AG, Zürich  
Alle Rechte vorbehalten  
Umschlagbild: Doris Demant, Baden-Baden  
Gesamtherstellung: Clausen & Bosse, Leck  
ISBN 3-250-10091-9

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

## Vorwort

Der 14. September 1930, ein Wahlsonntag, war für die demokratische Republik ein Schicksalstag. Die Reichstagsfraktion der NSDAP hatte nur aus 12 Abgeordneten bestanden, nun war sie mit 107 Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion. Das war ein Erdbeben. Die Konstellation der politischen Kräfte war mit einem Mal verwandelt. Die Linke, die proletarische und die bürgerliche, hatte ihren Hauptfeind in der nationalistischen, militaristischen und autoritären «schwarzweiss-roten» Reaktion gesehen; auch ich dachte im Grunde in den Kategorien der «Weimarer Koalition», die Joseph Wirth im ersten Reichstag proklamiert und geführt hatte. Nun aber schien der Nationalsozialismus den ersten Platz in der gegnerischen Front einzunehmen, – wir, meine Freunde und ich, hatten ihn im liberalen Frankfurter Milieu bisher wohl unterschätzt. Dass wir die bürgerliche Reaktion weiterhin bekämpfen mussten, war klar. Nun schien die «Volksbewegung» Adolf Hitlers die noch grössere Gefahr zu sein, und wir waren sogar versucht, in den einigermaßen moderaten und «konservativen» Kräften zukünftige Bundesgenossen gegen das drohende Unheil zu sehen.

Auch wir, die Redakteure der linkskatholischen und demokratischen «Rhein-Mainischen Volkszeitung», die wir die nationalsozialistische Bewegung wohl gleichfalls nicht ernst genug genommen hatten, dachten und empfanden so. Aber so einfach war die Sache nicht. Es ist wohl Werner Thormann gewesen, der Leiter der in unserem Verlag erscheinenden radikaldemokratischen Wochenzeitschrift «Deutsche Republik», der uns «eines Schlechteren» belehrt hat. Er hatte intensiv die italienische Politik beobachtet und analysiert, den authentischen «Faschismus». Musso-

lini hatte 1922 durch den «Marsch auf Rom» seiner «Schwarzhemden» die Macht erobert, aber er hätte, das war Thormanns und dann unsere These, niemals einen Staat etablieren und einen Krieg riskieren können, wenn er, der alte Linkssozialist, nicht mit der Industrie, der Armee, der hohen Verwaltung, der Monarchie und in etwa auch der Kirche paktiert hätte. Obschon wir in jenem Herbst 1930 wie jedermann durch den spektakulären Erfolg Adolf Hitlers stark beeindruckt waren, begriffen wir auf Grund dieser Analyse doch, dass uns Ähnliches drohte, nicht etwa ein nationalsozialistischer Staat, so wie ihn Adolf Hitler proklamierte, sondern ein wohl noch gefährlicheres Regime, das man nach dem italienischen Vorbild einen «deutschen Faschismus» nennen konnte. Meine Versuche, das neuere Phänomen «Nationalsozialismus» zu analysieren, in diesem Band nachzulesen, widersprechen dem nicht. Dieser deutsche Faschismus würde wie jener italienische auf dem Bündnis oder Komplott der beiden so ungleichen Kräfte beruhen, das sich so rasch durchgesetzt hatte. Hitler verachtete die Generäle, und die Generäle verachteten ihn, doch vom ersten Rüstungsbeschluss bis zur Endkatastrophe folgten sie dem Mann, den sie doch in ihre Regierung hatten «einbinden» wollen. Im Januar 1933 war er schlauer und machtbewusster als seine reaktionären Partner: er setzte die Herrschaft seiner Partei durch. Nicht nur die Generäle, sondern auch die zivilen Nationalisten und Antidemokraten, die mit Hitler paktiert hatten, blieben in das Abenteuer Hitlers verstrickt.

Übrigens ist auch die geschichtliche «Konstellation», die einerseits den deutschen, andererseits den italienischen Faschismus möglich gemacht hat, durchaus vergleichbar: die labile soziale Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, vor allem aber die ausenpolitische Erfahrung, welche die Nationen gemacht hatten: In Italien war man nach einer sehr unrühmlichen Politik während des Ersten Weltkrieges trotz dem Landgewinn in Südtirol, dessen Erwerb man ja nicht der eigenen Kraft, sondern den Alliierten

verdankte, sichtlich frustriert; in Deutschland wurde man mit dem verlorenen Krieg und seinen Folgen nicht fertig. Die «Kriegsschuldfrage» und die andere Lüge vom Dolchstoß der Sozialdemokraten im November 1918 wirkten sich in einer starken Emotion aus. Das erzeugte eine zunächst unausgesprochene Übereinstimmung der beiden Gruppen und Schichten. In sehr verschiedener Tonart riefen beide «Schluss mit Versailles». (Später stellte sich heraus, dass die beiden Kräfte auch je ein starkes Interesse daran hatten, ihre eigene Ideologie und ihre eigene Politik unabhängig von den lästigen Wählern und dem «unzuständigen» Parlament in direkter Form durchzusetzen.) Aus diesem Konsensus ergab sich allmählich eine wachsende Nähe der beiden Kräfte, – sie wurde wohl am «Tag von Harzburg» eindeutig sichtbar. Es bildete sich allmählich eine Art «Koalition» und eine Strategie, schliesslich die Aktion vom 30. Januar 1933, durch die Adolf Hitler Reichskanzler wurde. Ein Foto hält diesen Tatbestand fest: Anfang März steht vor der Potsdamer Garnisonskirche Adolf Hitler neben dem Feldmarschall und Reichspräsidenten von Hindenburg. Die «populistische» Bewegung und die reaktionäre Kraft brauchten einander und sie betrogen einander, – aber der stärkste und brutalste Politiker war der Gewinner. Nicht für 1'000, aber immerhin für 12 Jahre hat der Nationalsozialist Adolf Hitler das deutsche faschistische System geprägt. Diesen Ablauf konnten wir im Jahre 1930 natürlich nicht voraussehen, aber wir erarbeiteten uns eine Vorstellung von der Struktur dessen, was wir «Faschismus» nennen. (Es ist übrigens typisch, dass noch heute die Bezeichnungen Nationalsozialismus und Faschismus oft unterschiedlos verwendet werden, ebenso aber, dass die Linken und die «Linken» sich eher als Antifaschisten, die anderen sich eher als Antinazis verstehen wollen und ausgeben. Wer als Mitschuldiger, als Anhänger der Nationalisten und Militaristen oder als «Mitläufer» der NSDAP seinen eigenen Anteil am faschistischen



Staat verdrängt, wird geneigt sein, den Grosssünder und «Dämon» Adolf Hitler zum Sündenbock zu machen. Verräterische Sprachgewohnheiten...)

Als wir 1930 die faschistische Gefahr entdeckt hatten: Was war da nach unserer Meinung zu tun? Worin bestand unsere Aufgabe? Es wäre entscheidend gewesen, eine antifaschistische Einheitsfront zusammenzubringen. Es gab nicht viele publizistische Organe und nicht viele Organisationen, die sich zu diesem Ziel bekannten, und es wurde nicht erreicht, ja nicht einmal wirklich ernsthaft gewollt. Die nicht-faschistischen Gruppen zogen es vor, in ihren jeweiligen Ghettos zu bleiben: Kommunisten, Sozialisten, Anhänger des Zentrums, die republikanischen Bürger, die Konservativen. Auch wäre man sich nicht einig geworden, ob man die Kommunisten zu dieser Einheitsfront rechnen könnte und sollte oder nicht. Recht wenige bejahten diese Frage, wir selbst zögerten. Waren sie nicht fast so gefährlich wie die Nazis? Wer damals nicht auf die Kommunisten verzichten wollte, hat recht behalten, wie wir hinterher wissen können. Ich selbst, der ich auf den «freien», den demokratischen Sozialismus setzte, suchte zwar Marx, Gramsci, Lukács und Rosa Luxemburg zu lernen, aber ich blieb bei dem von Joseph Wirth konzipierten Bündnis der Republikaner. Das waren die Sozialdemokraten, die Leute vom christlichen Zentrum, die republikanischen Bürger und Bauern, – dazu gehörten natürlich auch die Gewerkschaften. Ich bedaure, dass ich damals nicht realistisch genug gewesen bin.

Zu bedauern habe ich auch, dass ich mich darauf beschränkt habe, nur als Journalist zu kämpfen, durch das geschriebene Wort. Ich war beschämt, als ich vor einiger Zeit von einem Brief Kenntnis bekam, den damals Albert Einstein an einen Angehörigen des «Internationalen sozialistischen Kampfbundes» geschrieben hat. Es genüge nicht, Artikel gegen die Hitlerei zu schreiben und in Berlin und anderswo Plakate aufzuhängen, – die Freunde sollten vielmehr persönlich die Chefs der in Frage kommenden Parteien und Gruppen aufsuchen und sie nachdrücklich

für die Einheitsfront zu gewinnen suchen – vergeblich. Auch ich bin nicht auf diesen Gedanken gekommen. («Sollen sie mich doch lesen...», dachte ich damals.)

Jener Septembertag, an dessen Vorabend wir jungen linken Intellektuellen in Frankfurt erregt wie nie diskutiert hatten, markierte einen Einschnitt auch in meinem eigenen politischen Weg und in der journalistischen Arbeit. Ich hatte als Kultur- und Feuilletonredakteur in unserer Zeitung, aber auch als Mitarbeiter im innen- und aussernpolitischen Ressort gegen jene Reaktion geschrieben: gegen die rechtsradikalen «Freikorps», die deutschnationale Hugenbergpresse, die Militaristen in der Reichswehr, die Grossagrarien, die Hindenburg-Clique, die Rechtsintellektuellen. Nun war jenes fatale Bündnis der potentielle Feind.

Was bei meiner Arbeit herausgekommen ist, kann in diesem Band einigermassen nachgeprüft werden. Wir, die Herausgeber und ich selbst haben Wert daraufgelegt, nicht nur die produktiven und «unverfänglichen» Aufsätze meiner Feder zu dokumentieren, sondern auch die problematischen, die nach der «Machtergreifung» veröffentlicht worden sind. Der Leser, der in diesem Band einen bewussten Antifaschisten kennenlernt, hat den Anspruch darauf, zu erfahren, wie dieser auf die Machtergreifung Hitlers reagiert hat. Die letzten Artikel belegen auch die Konzessionen, die ich im ersten Jahr der Diktatur dieser gemacht habe. Ich habe diese Periode immer im Bewusstsein gehabt, aber doch mit der Zeit «verdrängt». Ich war etwas entsetzt und sehr beschämt, als ich die Beiträge nun wieder zur Hand nahm. Scham, Trauer, Reue sind intime Vorgänge, und es wäre schwer und heikel, an dieser Stelle meine Empfindungen auszubreiten. Ich fürchte, ich würde zu larmoyant oder zu pathetisch oder gar, im Vergleich mit anderen, pharisäisch werden. Ich werde mich darauf beschränken, konkret und kurz einige Artikel zu charakterisieren, die ich damals geschrieben habe.

Vorweg: Der Schwächeanfall war, wenn mein Gedächtnis mich nicht trügt, im Juni 1934 zu Ende, als Adolf Hitler die Mordserie befahl, die er als «Niederschlagung des Röhm-Putsches» ausgab. Das entsetzliche Ereignis erledigte nicht nur in mir, sondern in vielen den Faschismus ein für allemal. Widerstand war gefordert. Aber bei mir und meinesgleichen blieb es im Wesentlichen beim Denken, Fühlen und vertrauten Gesprächen mit denen, denen wir vertrauen konnten.

Erledigt war aber auch die verzweifelte Hoffnung, die ich mir 1933 eingeredet hatte und die mich auch und gerade in den sieben Wochen der Schutzhaft im Sommer 1933 aufrechterhielt. Ich war und blieb Sozialist, und so begann ich mit der Möglichkeit, mit wenigstens der entfernten Möglichkeit zu rechnen, in «der Partei» würde sich eines Tages, vielleicht eines ziemlich nahen Tages eine «sozialistische» Tendenz im «nationalen Sozialismus» gegen die nationalistische Hauptströmung durchsetzen. Ich verfolgte mit Spannung das, was Gregor Strasser und andere in dieser Richtung unternahmen, auch solche, die sich als «Nationalbolschewisten» verstanden. Dass diese Hoffnung illusionär war, hat sich endgültig herausgestellt, als Hitler im Juni 1934 bei jenem Röhm-Putsch die SA entmachtete, – wir hatten sie als Reservearmee einer möglichen «zweiten Revolution» angesehen –, und als er der SS die Machtstellung gab, die sie bis zum Schluss gehalten hat. Diese Feststellung soll mich nicht «rechtfertigen»: ich muss aber davon sprechen, weil ohne die Kenntnis jener verzweifelten Hoffnung die Artikel völlig unverständlich blieben, die ich in den 17 Monaten zwischen «Machtergreifung» und «Röhm-Putsch» veröffentlicht haben, – als einjournalist, der damals bis zur Konfiskation der Zeitung im Februar 1934 noch schreiben durfte. Ich hatte dabei, auch wenn ich mich zu aktuellen Vorgängen äusserte, jene erhoffte spätere Zukunft im Blick. Bei dieser Haltung spielte vielleicht auch eine Rolle, dass meine Freunde und ich als Katholiken, als Republikaner und als Sozialisten selber ein kritisches Verhältnis zum «Liberalismus» der

Weimarer Zeit gehabt hatten. Aber ich kann keineswegs ausschliessen, dass ich zum Teil auch der Faszination der Macht und der Magie des «Aufbruchs einer neuen Zeit» erlegen bin, nicht kritiklos gewiss, aber immerhin ... Doch sollte der Leser versuchen, auch zwischen den Zeilen zu lesen, in Kenntnis dessen, was ich zum Verständnis meiner damaligen Haltung angedeutet habe. Es wäre lebensgefährlich gewesen, sie als These ausdrücklich zu formulieren, aber mindestens die Insider vom Strasser-Flügel der Partei und die, die ihn zur Kenntnis genommen haben, mögen damals verstanden haben: Der Artikel, den ich im Auge habe, trug ja den Titel «Der sozialistische Sinn der deutschen Revolution», und der Untertitel lautete ausdrücklich: «Die zweite Welle».

Im Übrigen ist meine Argumentation damals oft reichlich rabulistisch geraten. Eine meiner Methoden war es, Begriffe umzudeuten. Das Wort «Reich» habe ich nicht in dem reaktionären und romantischen Sinn vorausgesetzt, wie früher, als ich mich mit der katholischen Reichsideologie herumschlug, sondern in einer eher willkürlichen Bedeutung: als ein Staatswesen, das durch einen spezifischen geschichtlichen «Sinn» geprägt, durchwirkt und legitimiert sei, so sprach ich von einem «sozialistischen Reich». Ein weiteres Beispiel: Ich legte angesichts des neuen offenbar «totalitären» Staates eine Unterscheidung nahe: abzulehnen sei der totale Staat, der schlechthin alles Leben des Volkes vereinnahmen wolle; akzeptabel, ja notwendig sei dagegen ein Staat, der nur, aber dann ganz das umfasse, was des Staates sei, was seiner Funktion entspreche. Manchmal vergriff ich mich im Ton, so dem Zentrum gegenüber in dem Artikel «Mut zum Anfang und Mut zum Ende», der wohl auch sachlich überspitzt war. Selbst in dem Artikel, der eindeutig und klar gegen den Antisemitismus gerichtet war und für ein positives Verständnis des «Judentums» eingetreten ist, habe ich mindestens eine Stelle missverständlich formuliert. In dem Artikel über das Konkordat habe ich es unter-

lassen, kritisch zu sagen, dass in ihm die Kirche ihre theoretisch so eifrig und konsequent vertretene naturrechtliche Position verlassen hatte: sie trat für die Freiheit und das Recht der eigenen Organisationen ein, nicht aber für das Naturrecht anderer Leute. Man wird vielleicht noch anderes finden, das problematisch ist. Ich rechne auf Leser, die sich ihr Urteil bilden. Ihnen werde ich Dank schulden.

Sehr deutlichen Dank aber – das ist in jedem Vorwort, das ich noch selbst werde schreiben können, den Lesern zu notifizieren – schulde ich und sage ich den Frauen und Männern, die in der Verwaltung meiner Vaterstadt Dortmund und ihrer Stadtparkeasse durch ihre finanzielle Hilfe das Erscheinen der Gesammelten Schriften sehr erleichtert haben.

Walter Dirks

## Einleitung

### I

«Der Faschismus regiert die Stunde», heisst es am Schluss eines Artikels vom Oktober 1932, in dem Walter Dirks jene unübersehbare und doch geheimnisumwitterte «Macht» zu definieren versucht.<sup>1</sup> Es bedurfte also keineswegs der manifesten Herrschaft, um hier einen politischen Gegner zu erkennen, der den politischen Journalismus auf ganz neue Weise herausforderte. Seit dem Ende des Jahres 1930 vollziehen die Artikel von Walter Dirks die Konsequenz dieser Erkenntnis. Sie konzentrieren sich auf zwei einfache Fragen: Was ist Faschismus? Und: Wie kann er geschlagen werden?<sup>2</sup> Aus dem Verstehen und Begreifen soll die wirksame Gegenstrategie erwachsen. Es sind Texte, die zum Handeln auffordern. Sie nehmen den Anspruch der NSDAP ernst, keine Partei wie jede andere zu sein und den Rahmen der parlamentarischen Demokratie zu sprengen. Das Bedrohliche wird mit geschärfter Aufmerksamkeit verfolgt. In jedem dieser Texte ist der Nationalsozialismus präsent, als Objekt der Analyse, als Machtfaktor, mit dem jederzeit zu rechnen ist, oder als Bezugspunkt der eigenen Standortbestimmung. Die Konstellationen, in die er eingefügt wird, reichen weit über die Spielregeln parlamentarischer Koalitionen, Regierungsbeteiligung oder Tolerierung hinaus. Dirks hatte erkannt, dass die gewohnten journalistischen Formen nicht mehr genügten, um dieser elementaren Herausforderung zu begegnen. Das unmittelbare und partikulare Reagieren auf Ereignisse, das chronikhafte Schreiben werden daher ergänzt durch umfassendere Genres, durch Artikelserien und Artikelreihen, deren systematische Anlage und konsequenter Duktus bereits zum wissenschaftlichen Essay tendieren.

Diese Zwischenform, für die sich in diesem Band zahlreiche Beispiele finden, entspricht exakt der damaligen biographischen Situation von Walter Dirks. Seit 1931 war er als leitender Feuilletonredakteur der «Rhein-Mainischen Volkszeitung» beurlaubt, um mit halbem Gehalt und der Verpflichtung, wöchentlich einen Artikel zu schreiben, bei Theodor Steinbüchel in Giessen Philosophie zu studieren. Im Zuge seines Promotionsprojekts über Georg Lukacs' «Geschichte und Klassenbewusstsein» setzte er sich intensiv mit der Theorie des Marxismus auseinander, kam aber ebenso mit der zeitgenössischen Philosophie und Soziologie in Berührung. Die Faschismus theoretischen Texte sind deutlich davon geprägt. Ihr methodisch kontrolliertes Verfahren, die streng diskursive Durchführung und die begriffliche Genauigkeit verraten die Schulung, die ihr Autor zur gleichen Zeit durchlief. Dabei sind diese Texte alles andere als akademisch. In ihrer Grundausrichtung bleiben sie journalistisch, sind an den Lesern orientiert und auf Wirkung bedacht. Der Kontakt zum alltäglichen Schreiben reißt nicht ab. Dirks profitierte von den Informationsmöglichkeiten, die ihm eine Tageszeitung eröffnete, die dem Zentrum nahestand, von der Fülle informeller Nachrichten, die ihr zufließen. Interna der Fraktionsdebatten und parlamentarischen Auseinandersetzungen sind ihm zugänglich. Selbst zur Exekutive, zum Innenministerium, das Joseph Wirth im Kabinett Brüning bekleidete, bestanden Verbindungen, die über den Redaktionskollegen und Freund Werner Thormann liefen.

Die besondere Qualität der hier versammelten Arbeiten besteht in ihrem Doppelcharakter. Sie sind für den Tag geschrieben und reichen in ihrer Reflexion doch weit darüber hinaus. Ihr Autor ist ein hellwacher und passionierter Beobachter, geübt im unmittelbaren Reagieren und schnellen Schreiben, und dennoch sind die Texte auch angestrengt grundsätzlich, ja oft beinahe grüblerisch. Walter Dirks publizierte seine Artikel beinahe ausschliesslich in

Zeitungen und Zeitschriften, die dem Umfeld des politischen Katholizismus angehörten. Trotz dieser relativen Einheitlichkeit, offenbart der jeweilige Ort des Sprechens höchst unterschiedliche Rollenentwürfe des Sprechers und genau differenzierte Botschaften.

Die «Rhein-Mainische Volkszeitung»<sup>3</sup> bot am ehesten die Voraussetzung für ein chronikhaftes, den Lauf der Ereignisse kommentierendes Schreiben. Diese 1923 gegründete Tageszeitung hatte zwei Funktionen. Sie war als Lokalzeitung das Organ der doch stark liberal geprägten Frankfurter Katholiken und repräsentierte zugleich durch ihre Reichsausgabe den entschieden republikanischen linken Flügel des Zentrums. Die Ausrichtung der Zeitung an Joseph Wirths Konzept eines «sozialen Volksstaats» schlug sich in vielen programmatischen Leitartikeln nieder. Ihre Leser waren vor allem katholische Intellektuelle, in der Hauptsache Geistliche, Lehrer und Beamte. Auf dieses Publikum waren die faschismustheoretischen Artikel von Walter Dirks zugeschnitten. Sie behandelten die Grundsatzfragen, die den politischen Katholizismus in toto betrafen, plädierten auch nach dem Zerfall der Weimarer Koalition für ein klares demokratisches Votum, warnten vor einem Bündnis des Zentrums mit der NSDAP und vor einer inneren «Faschisierung» der katholischen Wähler. Innerhalb der Redaktion der «Rhein-Mainischen Volkszeitung», die jene minoritäre linke Möglichkeit des Zentrums verkörperte, waren Dirks und sein Freund Werner Thormann wiederum eine Minderheit. Diesem Kreis gehörten ausserdem noch an: Wolfgang Brobeil, Karl-Heinz Knapstein und Heinrich Mertens. Ihr Eintreten für die «sozialistische Demokratie» nach 1929 und ihre materialistisch fundierten Analysen waren stets der Gefahr ausgesetzt, ihre Leser zu überfordern.

Weit konsequenter und unabhängiger konnten Thormann und Dirks ihre Faschismustheorie in der Wochenzeitschrift «Deutsche Republik»<sup>4</sup> ausformulieren. Im April 1929 hatte Thormann



die Chefredaktion übernommen und machte die Wochenschrift zum Forum seiner beschwörenden antifaschistischen Appelle. Dirks schrieb hier unter dem Pseudonym Georg Risse (dem Mädchennamen seiner Mutter), wohl um die personelle Identität der wichtigsten Autoren mit der «Rhein-Mainischen Volkszeitung» nicht allzu offenkundig zu machen. In der «Deutschen Republik» konnte er seine theoretischen Ansätze ohne Rücksicht auf Gruppenpositionen entfalten, systematisieren und historisch herleiten, gegen die faschistische «Theorie» selber eine Polemik entfachen. Umfassend war auch das konkrete Ziel der vielfältigen Bemühungen: die Mobilisierung einer breiten antifaschistischen Front von Zentrum, bürgerlichen Demokraten und Sozialdemokratie.

Auch das Konzept eines politischen Pazifismus, das Dirks in der Zeitschrift «Der Friedenskämpfer», dem Organ des Friedensbundes der deutschen Katholiken, verfocht, enthielt eine Wendung gegen fundamentale Prinzipien des Faschismus. Die Vision eines «sozialistischen Europa» widersprach der Verabsolutierung der Nation, in scheinbar harmlosen «Wehrrüchtigungsprogrammen» erkannte Dirks eine verhängnisvolle Politik des Krieges.

Geradezu bekenntnishafte Züge tragen die Artikel, die in Zeitschriften der katholischen Jugend, in den «Werkheften Junger Katholiken» oder in den «Schildgenossen», erschienen sind. Das schreibende Ich äussert sich hier mit einer unmittelbaren Emotionalität, wie sie in anderen Rollen, als Sprecher des politischen Katholizismus, der demokratischen Antifaschisten oder als Repräsentant der katholischen Pazifisten kaum einmal hervortritt. Vor allem in den Artikeln der «Werkhefte Junger Katholiken» hat die Wir-Formel eine pathetische Färbung. Dirks hat Anteil am bürgerlichen Jugend-Protest, wie er damals quer durch alle politischen Lager und Parteien ging.<sup>5</sup> Es ist offenkundig sein Anliegen, die katholische Jugend einzufügen in eine gemeinsame

«Front» der «Jungen Generation». Auch bei ihm findet sich die typische Verbindung von radikalem Aussenseitertum und Sendungsbewusstsein. Die «junge Generation», so schreibt er Anfang des Jahres 1932, sei von den «Vordergrundkämpfen» ausgeschlossen, sie stehe «daneben» und tue gut daran. (S. 86) Die Oberfläche des politischen Alltags und die öffentlichen Auseinandersetzungen in den Parteien könnten nur kompromittierend wirken. In «vorderster Linie» zu agieren, hiesse, die Integrität einzubüssen. (S. 101) Jugend müsse daher abwarten, bis die «befreiende politische Tat» wieder möglich, «männliche Entschiedenheit» wieder zur Wirkung gelangen könne. (S. 101) Alle Energien der Jugend sollten folglich auf die «Aktion» und auf die «Bewegung» gerichtet sein. (S. 101)

Dies klingt kaum anders als die Proklamationen des «Tat»-Kreises und ist der weit verbreiteten Jugend-Mythologie des «Neuen Nationalismus» überraschend angenähert. Eine partielle Identität mit dem ansonsten leidenschaftlich bekämpften Gegner wird sichtbar. Auch Dirks schwört seine katholische Jugend auf ihre Ausnahmeposition ein, auch er ruft dazu auf, sich in keinem Falle auf den diskreditierten Parlamentarismus einzulassen. Auch er konstruiert einen imaginären Raum des heroischen Handelns jenseits aller Kompromisse und überlebten, «alten» Strukturen. Erstarrung wird den existenten Formen politischer Repräsentation zugeschrieben, «Bewegung» beansprucht dagegen die Jugend für sich, deren Kräfte noch latent sind, die im Hintergrund auf ihre Stunde wartet. Ein stark hündisch geprägter Politikbegriff kommt hier zum Vorschein, der Traum von der «heissen», gläubigen Gemeinschaft, die für ihre grossen Ziele mit reinen Mitteln kämpft.

Die irritierende Übereinstimmung mit dem Gegner verleugnet Dirks keineswegs, er macht sie sich bewusst und spricht sie deutlich aus. Es gelingt ihm wirklich «müheless», Nationalrevolutionäre wie Ernst von Salomon sozialpsychologisch zu erklären, ihr

pubertäres Gehabe, ihre Schwärmerei von «Vagabondage und Erlebnis», ihre Fixiertheit auf das Kriegsabenteuer zu entlarven. (S. 228) Und dennoch ist er hochgradig fasziniert von der Glaubensmächtigkeit, die diese «Bewegung» ausstrahlt. Die «letzte glaubensmässige Grundlegung», die er hier entdeckt, wird Vorbild der eigenen Anstrengung. (S. 228) Eine ähnliche emotionale Integration zu einer verschworenen Gruppe wünscht sich Dirks, ein Durchdrungensein von allerdings streng rationalen Zielen. Bei ihm vermischt sich die vitalistische Jugendemphase auf widersprüchliche Weise mit einem kritischen Realismus. «Wir brauchen zum Handeln eine zuverlässige Vorstellung von der Tatsächlichkeit der Welt», schreibt er im Februar 1931. (S. 230) Immer wieder verlangt er die «reale politische Einsicht» (S. 89), das klare Wissen, die schonungslose Analyse. Die Rationalität gewinnt nicht weniger Pathos als die unbedingte Gläubigkeit, die Dirks bei der Lektüre von Salomons Roman «Die Geächteten» so überwältigt hatte.

Vielleicht ist dies der tiefste Grund, warum der junge katholische Publizist Dirks mit solcher Beharrlichkeit und Konsequenz immer wieder auf sein Vorhaben zurückkommt, den Faschismus zu «enträtseln». Hier wird ein Gegner gestellt, aber gleichzeitig geht es um ein Phänomen, das Dirks solchermassen nahegerückt ist, dass die Faschismustheorie auch der Selbstklärung dient. Im Jugendprotest treffen sich der katholische Publizist und die «faschistischen» Intellektuellen wie von Salomon, Fried und Freyer, die wie er das Erbe der Jugendbewegung beanspruchen und politisieren wollen. Diese emotionale Nähe bezeugt Dirks selbst: «Hier ist uns persönlich der Faschismus am gefährlichsten, weil er uns hier am nächsten steht». (S. 203) Er bekundet Verständnis für die lebensphilosophisch inspirierte Revolte gegen die Mechanik von Ökonomie und Zivilisation. Selbst den Forderungen nach «Herrschaft der Elite» und «hündischem Staat» (S. 202) konzidiert er Plausibilität und Legitimation. Er erkennt hier eine «Bewegung von unten» (S. 202), deren Impulse

er versteht. Die «mystischen Reize der nationalen organischen Politik'» (S. 55) verspürt der jugendbewegte Dirks am eigenen Leibe. Er teilt die emotionale Befindlichkeit, die den Urgrund des irrationalen Protests bildet. Auch er ist überzeugt davon, dass die graue Republik und ihre erstarrten Parteien nicht jene emotionalen Schichten erreichen, die eine Politik des Glaubens ermöglichen würde. Auch er sehnt sich nach neuen Formationen, nach der «Kameradschaft des Bekenntnisses». (S. 247) So wie es sein Hauptanliegen ist, dieses «vorpolitische Ethos» (S. 60) zu rationalisieren, ihm vernünftige Ziele zu weisen, so ist die umfassend angelegte Faschismustheorie ein Instrument, die Schnittpunkte und die gefährvolle Nähe zum analysierten Objekt zu bewältigen, «vor seinem eigenen Gewissen unschädlich zu machen». (S. 229)

## II

Dirks wendet sich dem Faschismus nicht voraussetzungslos zu. Über Jahre registriert er aufmerksam solche «Bewegungen im Bürgertum» und beobachtet genau die Fraktionskämpfe in den konservativen Parteien. Diese Artikel wirken wie ein Prolog zur Faschismustheorie. Schon der erste Text dieses Bandes, der dem «Stahlhelmtag» 1927 in Berlin gewidmet ist (S. 51-57), verblüfft durch seine Hellsichtigkeit. Dirks weiss ganz genau, dass trotz aller Prosperität die Republik schwach, der Parlamentarismus angreifbar ist, und erkennt daher im martialischen Aufmarsch der «nationalen Verbände» ein Vorspiel einer möglichen realen Bedrohung. Noch hält das republikanische Selbstbewusstsein diese Angst in der Balance, doch das Szenario der Krise und der «faschistischen Gefahr» ist präzise vorgedacht.

Dirks kam auch zugute, dass sich Werner Thormann seit 1926 in zahlreichen Artikeln mit dem italienischen Faschismus und an-

deren nationalen Varianten auseinandergesetzt hatte.<sup>6</sup> Ein schon erprobtes begriffliches Instrumentarium zur Beschreibung und Analyse faschistischer Bewegungen stand ihm zur Verfügung.

Nach 1929 waren alle intellektuellen Debatten durch Angst und Katastrophenerwartung dunkel getönt. Das einzig Gültige, meint Karl Jaspers 1931, sei gegenwärtig «das Bewusstsein von Gefahr und Verlust als das Bewusstsein der radikalen Krise».<sup>7</sup> Jedes Vertrauen auf die gegebenen Strukturen von Staat und Gesellschaft war abhandengekommen, die Forderung nach dem ganz anderen Zustand war Konsens von rechts bis links. Auch für Dirks wird die Krise zum Bruchpunkt seiner Entwicklung. Das Unbehagen an der Republik verschärft sich zu einem offen artikulierten Entfremdungsbewusstsein, die Sozialismusforderung wird nun dringlicher erhoben. Dirks ist nach 1929 ein radikaler Publizist. Er spricht von einer «Strukturkrise der Weltwirtschaft» (S. 85), die unerträgliche soziale Bedingungen geschaffen habe, er proklamiert das Ende Weimars. Einprägsam beschreibt er die labile «demokratische» Normalität des Notverordnungsregimes, das Gewirr der Interessen und das Zwielficht, das auf allem liegt. In dieser Lage konnte Dirks kein Sprecher bleiben, der dem Zentrum brav ergeben ist. Während er den Faschismus als falsche Antwort auf die Krise zu bestimmen versucht, stellt er selber seine bisherigen Überzeugungen zur Disposition. Offenheit und Lernbereitschaft werden daher zu entscheidenden Charakteristika seiner Faschismustheorie. Es dauerte seine Zeit, bis das republikanische Sicherheitsbewusstsein entscheidend erschüttert war. Noch unmittelbar nach den Septemberwahlen 1930 tat Dirks das Anwachsen der Nationalsozialisten als «ausgesprochene Konjunkturerscheinung» ab. (S. 64) Wie ein Erwachen, wie ein Initiationsmoment der theoretischen Bewältigung wirkte dann jedoch der Legalitätseid, den Hitler am 25. September 1930 vor dem Reichsgericht ablegte. Spätestens jetzt, da ein Politiker, der offen verkündete, er werde diese Republik «hinwegfegen», unter

Eid versicherte, dieses Ziel mit «legalen» Mitteln anzustreben, war Dirks klar, wie gefährlich die Situation und wie doppelbödig die Begriffe geworden waren. Es galt nun zwischen Sprache und Absichten zu unterscheiden, wirkliche Interessen und hintergründiges Kalkül offenzulegen, das Eigentliche sichtbar zu machen, den Gegner zu demaskieren.

Die Artikel von Walter Dirks sind dem klassischen Programm der Aufklärung verpflichtet. Sie gehen von der Überzeugung aus, dass Gesellschaft und politische Sphäre rational zu durchdringen, dass ihre Kräfte und Bewegungen in einer «Theorie» fassbar sind, aus der sich wiederum Handlungsanweisungen und Prognosen ableiten lassen. Ein emphatischer Begriff von Öffentlichkeit liegt ihnen zugrunde. Das offen Ausgesprochene und klar Deduzierte soll unmittelbare Einsicht auslösen. Direkte Wirkung erhofft sich Dirks in zwei Richtungen: den katholischen Lesern will er die Augen öffnen und zugleich auf den Gegner einwirken, ihm seine Anhänger entziehen. Das operative Schreiben, das von dieser Hoffnung getragen ist, verhindert bei Dirks und auch bei Thormann eine Sprache, die dem Kontrahenten abschreckend signalisiert, er sei ein für allemal «durchschaut». Vor allem marxistische Texte mit ihrem einschüchternden Wissenschaftsgestus und ihrer starren Formelhaftigkeit neigten in der dramatisch zugespitzten Krise nach 1929 zu einer solchen analytischen Anmassung. Dagegen gilt auch für Dirks selbst, was er bei Konrad Heiden, einem der frühesten Historiographen der NSDAP, als besondere Qualität hervorhob: «Man spürt, dass hier einer, der kühl und distanziert analysieren wollte, im Verlaufe seiner Analyse seine Augen nicht vor Respektablem, Sympathischem, Menschlich-Allzumenschlichem verschlossen hat (S. 169)».

Eine sensible und aufmerksame Distanz kennzeichnet auch die eigenen Artikel. Dirks bewundert die «persönliche Energie» der NSDAP-Politiker, er würdigt die «Leistungen» der faschistischen

«Theorie» und billigt ihr «Momente der Wahrheit» zu. (S. 365)

Die besondere Fähigkeit von Walter Dirks, vom Gegner her zu denken, genau hinzuhören und Schattierungen wahrzunehmen, bewährt sich auch hier. Auch der Faschismus ist für ihn kein Feind im Sinne des Politikbegriffs von Carl Schmitt, kein monströses, böses Prinzip. In der Auseinandersetzung lässt Dirks Lernbereitschaft erkennen, der Erfolg des Gegners wird als Lektion für die eigene Sache begriffen.

### III

Der durchaus heterogene Diskurs der Faschismustheorie von Walter Dirks ist ein Spiegel der Bildungsgeschichte ihres Autors. Am entschiedensten erscheint die Prägung durch den Marxismus, von dem die Basiskategorien entlehnt sind. Mit grosser Selbstverständlichkeit wird der Faschismus in ein Koordinatensystem von kapitalistischer Entwicklung, Klassenstruktur und politischer Herrschaft eingeordnet, als sei dieses Verfahren Konsens im katholischen Lager. Der Grundimpetus der Theorie ist sicherlich als «materialistisch» zu bezeichnen, der Versuch, den Faschismus als soziales Phänomen zu definieren, soziale Interessen als den eigentlichen Motor kenntlich zu machen. Auf der Evidenz und Aktualität des Marxschen Denkens beharrt Dirks noch mutig und unbeirrt, als die neuen Herren darangegangen waren, den Marxismus «mit Stumpfund Stiel» auszurotten. (S. 128)

Schon der Schlüsselbegriff «Faschismus» bedeutet eine Identifikation mit der Linken. Am Ende der 20er Jahre war dies in Deutschland keine Selbstbezeichnung, sondern eine von aussen aufgesetzte Kategorie, mit der eine grundsätzliche Distanz zum Bezeichneten festgeschrieben wurde. «Faschismus» war stets mit dem Komplementärbegriff «Antifaschismus» verknüpft, dem ein kämpferischer Gestus innewohnte.

Mit der Übertragung des Begriffs «Faschismus» vom italienischen «Original» auf die deutsche «Kopie» war ein Stück Relativierung und Konkretion geleistet. Der «deutsche Faszio», von dem Werner Thormann sprach, wurde in Analogie zu einem etablierten Herrschaftssystem gesetzt und aus dem Status der blossen Ankündigung herausgerückt. Die monumentale Selbstanpreisung konnte an der konkreten Realität gemessen werden. Es entstand aber auch die Gefahr, die NSDAP als bloss niveaulose Nachahmung jenes unerreichten Vorbildes zu unterschätzen. Der oft angestellte Vergleich Mussolini-Hitler zeigt diese Gefahr besonders deutlich.

Es bedurfte schon besonderer definitorischer Anstrengungen, um «Faschismus» überhaupt noch zu einer sinnvollen Kategorie zu machen. Der Begriff war zu Beginn der 30er Jahre vollkommen beliebig geworden. In den Publikationsorganen der Komintern und der KPD figurierte das Notverordnungsregime Brünnings, das konservative Bürgertum, der Weimarer Staat, die preussische Polizei und schliesslich gar die SPD gleichermassen als «faschistisch».<sup>8</sup> Von solcher «allzu dürftiger und simpler Betrachtungsweise» (S. 210) setzt Dirks sich ab. Durch genaue Differenzierung will er die Kategorie bewahren, er unterscheidet zwischen einem Faschismus in einem weiteren und einem Faschismus im engeren Sinn. Mit dem umfassenden Begriff will er eine «einheitliche Wirklichkeit» bezeichnen, eine allgemeingültige Tendenz, die sich nicht «definieren», sondern nur «beschreiben» lässt. (S. 172) Es geht ihm darum, eine «politische Grundstruktur» quer durch verschiedene nationale Faschismen herauszuarbeiten, ein mutiges und ambitioniertes Unternehmen. Sein phänomenologisches Modell<sup>9</sup> kalkuliert mit einer Vielzahl von Faktoren, der diktatorischen Herrschaftsform, der «ähnlichen gesellschaftlichen Grundsituation», dem Wirksamwerden «vorkapitalistischer Momente», der Tiefenwirkung des Kriegserlebnisses. (S. 211)

Entscheidend ist nun, dass dieses Modell deskriptiv der politi-



schen und sozialen Realität verhaftet bleibt, zugleich aber offen und nach vorne gerichtet ist. Faschismus in diesem weiten Sinn ist als virtuelle politische Aktion gefasst: «Der Faschismus ist als Aktionseinheit gefährlich, und hinter dieser Aktionseinheit steht als ihre Voraussetzung ein Bündnis verschiedener Kräfte, eine *Koalition* oder die unausgesprochene Form der Koalition, eine Konstellation.» (S. 172) Damit hat sich Dirks ein äusserst flexibles Erklärungsmodell geschaffen, das der schwer durchschaubaren Szenerie der Präsidentschaftskabinette gewachsen ist. Geheime Koalitionsverhandlungen, sich anbahnende Bündnisse, Querverbindungen durch Parteien und Verbände hindurch sind mit diesem Instrumentarium registrierbar und erklärbar. Als faschistisch im engeren Sinne werden dann die einzelnen «Mächte» dieser Koalition bezeichnet, die miteinander um die Dominanz im Bündnis konkurrieren. «Quotenkampf» nennt Dirks zusammen mit Thormann diese internen Auseinandersetzungen um Einflussphären. Jede dieser Mächte strebt durchaus danach, ihre partiellen Interessen zu verabsolutieren, sich der lästigen Demokratie zu entledigen und direkt zur Herrschaft zu gelangen. Fünf verschiedene Gesichter hat der Faschismus (S. 200-208). Elemente aus Thalheimers Bonapartismustheorie<sup>10</sup> werden hier eingearbeitet.

Mit grosser Genauigkeit und erstaunlicher Binnendifferenzierung behandelt Dirks in zahlreichen Artikeln die einzelnen «Mächte» der widerspruchsvollen Koalition: die faschistischen Intellektuellen, die Militärs, die Grossagrarier des Ostens,<sup>11</sup> das Kapital und schliesslich der Nationalsozialismus als «Revolte der Mittelschichten». Der faschistischen «Theorie» und der NSDAP wendet er sich mit besonderer Intensität zu. Die Grundbestimmung des Faschismus als einer Koalition miteinander konkurrierender Mächte lässt die ambitionierte Strukturanalyse als höchst realistisch erscheinen.

Um jener virtuellen Grösse habhaft zu werden, ist der Analytiker auf den politischen Alltag und seine Hintergründe verwie-

sen. Er rechnet mit der Mobilität und dem taktischen Geschick eines Gegners, der auf dem Schleichweg der «Legalität», durch Kompromiss und Ausgleich mit den herrschenden Eliten zur Macht gelangen könnte. Die kommenden Abläufe sind vorausgedacht. Ihre prognostische Kraft verdankt die Strukturanalyse dieser pragmatischen Dimension.

Damit begnügt sich Dirks aber nicht. Er zielt auf das «Tiefe» und «Eigentliche», überhöht das Konkrete durch die Voraussetzung einer über alles schwebenden «Theorie». Nähe und Betroffenheit lösen auch hier eine Suchbewegung aus. Mit einer Mischung aus Erschrecken und Neugier beschreibt Dirks die «Faschisierung der Intelligenz» nach 1929, die sich geradezu massenhaft einem heroischen Nationalismus hingab. Dirks will der «Mode» auf den Grund gehen und überprüft daher die erfolgreichsten Hervorbringungen dieser facettenreichen konservativ-revolutionären Publizistik: die Aufsätze und Bücher von Ferdinand Fried, Hans Freyers «Revolution von rechts».

Die intellektuelle Neugier ist *ein* Motiv der intensiven Beschäftigung mit diesem Material. Wesentlicher ist aber ein Systemzwang, den Dirks selbst erzeugte. Seine Faschismustheorie benötigte eine alles überragende intellektuelle Repräsentanz. In einer offenbar der Wissenssoziologie verpflichteten Konstruktion geht er von der Prämisse aus, auch der Faschismus bedürfe eines vollendeten ideellen Ausdrucks, einer konsistenten «Theorie», die alle partikularen Einzelinteressen überwölbt.

An sich selbst gestellte Anforderungen einer «hieb- und stichfesten Theorie» (S. 197) werden übertragen, Dirks intellektualisiert sein Objekt.

Seine aufdeckende Analyse wähnt sich am Ziel, wo die faschistische «Theorie» ihre Verhüllungen ablegt und sich «ausspricht». Was er als das «Herzstück» der Bewegung, als den «reinen Faschismus» (S. 288) identifiziert, sind in Wirklichkeit minoritäre Positionen intellektueller Aussenseiter.

Dem gleichen Irrtum, repräsentative «Theorien des deutschen Faschismus» vor sich zu haben, unterliegt Walter Benjamin, als er 1930 den von Ernst Jünger herausgegebenen Sammelband «Krieg und Krieger» rezensiert.<sup>11</sup> Dirks' ähnliche Suche nach den klassischen Manifesten des «deutschen Fasziö» ist gleichwohl ein faszinierendes intellektuelles Ereignis. Mit einer vergleichbaren Intensität hat auf der Linken eigentlich nur Kurt Hiller die konservativ-revolutionären Positionen geprüft und entschlüsselt, mit ähnlichem Gespür für den veränderten Ton nach 1930.<sup>12</sup>

Auf bewundernswert prägnante Weise leitet Dirks den «Neuen Nationalismus» aus den alten bürgerlichen Denktraditionen des 19. Jahrhunderts ab. Der ideologiekritische Scharfsinn lässt nichts zu wünschen übrig, die Polemik vermag noch heute ihren Glanz zu entfalten, die Texte sind lebendig geliebt.

Der detaillierten Explikation der bürgerlichen Bewusstseinschichten steht die journalistische Form entgegen, aus der Dirks jedoch eine Tugend macht. Er verdichtet das vielfältige Material zu einer griffigen Systematik, liefert bündige Abrisse wie ein Historiker, der auf jahrzehntelange Quellenstudien zurückblickt.

Gegenüber diesem brillanten Operieren mit Texten, die Dirks selber ansprechen und faszinieren, wird die «populäre Theorie» der NSDAP (S. 199) bewusst in den Hintergrund gedrängt. Dirks rechtfertigt dies mit dem Hinweis, die «Wissenschaft von Rasse und Deutschkirche» stehe «doch reichlich am Rande der nationalsozialistischen Realität». (S. 198)

Wie viele zeitgenössische Beobachter setzt Dirks das Unsystematische und Beliebige der nationalsozialistischen Ideologie mit Schwäche und Wirkungslosigkeit gleich. Die Wirkungsmächtigkeit gerade des Ideenkonglomerats wird nicht wahrgenommen. Dies ist ohne Frage eine Blindstelle der Strukturanalyse. Dirks' Konstruktion einer «reinen» faschistischen Theorie verfehlt die erfolgreichen Ideologeme.

Mit dem Antisemitismus setzt er sich erst auseinander, als dieser zur gewaltsamen Politik des Boykotts jüdischer Geschäfte, zu Pogromen und Übergriffen der SA geworden war. Rassetheorien und völkische Ideen werden ignoriert, an Hitlers «Mein Kampf» (wer überhaupt hat dieses Buch damals ernst genommen?), an Rosenbergs «Mythus des 20. Jahrhunderts», aber auch an der aktuellen nationalsozialistischen Presse sieht Dirks vorbei.

Er nähert sich der NSDAP nicht als Reporter, sondern als Sozialtheoretiker. Auftreten und Erscheinungsbild der Partei, die Rituale der Massenversammlungen und Umzüge, die Reden der Führer und die Meinungen der Anhänger – all dies, so glaubt Dirks, verdecke eher den Blick auf die «nationalsozialistische Realität». Diese Phänomene spielen daher auch in seinen enthüllenden Artikeln so gut wie keine Rolle. Ihr «materialistischer» Gestus lenkt die Aufmerksamkeit der Leser immer wieder auf die soziale Lage der NSDAP-Anhänger, auf deren soziale Interessen, die Handeln und Wünsche determinieren. Die exakte soziologische Aufschlüsselung des Wählerpotentials der NSDAP ist folglich der Ausgangspunkt.

«Niemand zweifelt daran, dass der Nationalsozialismus seinen Wahlerfolg wesentlich dem alten und neuen Mittelstand verdankt», schreibt Theodor Geiger unmittelbar nach den Septemberwahlen 1930.<sup>13</sup> Auch Dirks fügt sich in diesen Konsens ein. Er hat die damals geführte Diskussion um Mittelstand und Angestellte rezipiert, kennt die einschlägigen Publikationen von Siegfried Kracauer, Theodor Geiger und Hendrik de Man.<sup>14</sup> Auch er unterscheidet zwischen dem «alten» und dem «neuen» Mittelstand. Am bündigsten hat Dirks in der Auseinandersetzung mit Freyers «grosser Konstruktion» die «nationalsozialistische Bewegung» definiert: «Sie ist in Wahrheit und Wirklichkeit ein Phänomen innerhalb der industriellen Gesellschaft, nämlich die unaufgeklärte utopische Revolte einiger neuproletarischer Schichten.» (S. 185)

Dies klingt thesenhaft und apodiktisch. An vielen anderen

Stellen wird jedoch erkennbar, dass der Dirks der Gefahr entging, die NSDAP auf ein reines Mittelstandsphänomen zu reduzieren. Er behält im Blick, dass die «faschistische Massenbewegung» sogar «manche Proletarier» und bürgerliche «Intellektuelle» gewonnen und damit auch auf anderen sozialen Ebenen Fuss gefasst habe. (S. 216)<sup>15</sup> Der Nationalsozialismus ist somit nicht abwehrend ein für allemal in eine soziologische Formel gebannt, er bleibt für den Analytiker nah und gefährlich.

Kälte und Distanz der soziologischen Recherche verbinden sich bei Dirks mit einer emotionalen Anteilnahme, ja man kann von einer Identifikation mit den Bedrohten sprechen. Sein einfühlendes Denken wirkt wie eine bewusste Differenz zur vulgärmarxistischen Agitation, in der die Mittelschichten nur unter dem Signum der «absterbenden Klasse» geführt und als quantité négligable behandelt wurden. Brüsk und direkt verlangte man dort die unwiderrufliche Anerkennung des ohnehin Unvermeidlichen, der faktischen Proletarisierung. Selbst differenzierte sozialdemokratische Positionen sehen in der Anhängerschaft der NSDAP letztlich doch bloss kleinbürgerliche Mentalitäten, Ressentiments und «Subalternität» wirksam werden, warnen die sozialistische Politik vor «gesinnungsmässigen und realpolitischen Vorstössen» in die «kleinbürgerliche Mitte».<sup>16</sup>

Die denunziatorische Kategorie des Kleinbürgertums sucht man bei Dirks vergeblich. Die Mittelschichten, als Reservoir des Nationalsozialismus erkannt, werden als handelnde soziale Entitäten begriffen, deren Denken nicht polemisch ausgegrenzt, sondern «verstanden» werden soll. Sicherlich hat Dirks die Überheblichkeit marxistischer Gesellschaftsanalyse, deren «falsche Methoden» vor Augen, wenn er bemerkt: «Diese Schichten werden keinem zuhören, geschweige denn folgen, der in seiner Rede nicht auf den Boden dieser Unruhe tritt, die zu einer Grundgegebenheit ihrer Existenz geworden ist.» (S. 422)

Die sympathetische Nähe, die so gewonnen wird, lässt diese «Unruhe» keineswegs als «Panik im Mittelstand» erscheinen, von der Theodor Geiger gesprochen hatte.<sup>17</sup> Dirks entziffert sie als ein vieldeutiges Zeichen. Er entdeckt in ihr zuerst und vor allem ein Moment des Handelns, das sich von der Bewegungslosigkeit und «Nicht-Entscheidung» anderer bürgerlicher Fraktionen erfreulich unterscheidet. Diesem «élan vital» wird die moralische Legitimation nicht versagt. Im Kern ist die Unruhe der Mittelschichten für Dirks eine nur allzu berechnete Empörung gegen eine unerträgliche Wirklichkeit, eine Protestbewegung, hinter der ein «Wille zur Menschenwürde, zu Freiheit und Verantwortung stehen kann». (S. 422) Auch die Mittelschichten können folglich für eine sozialistische Utopie gewonnen werden. «Falsches Bewusstsein» lässt ihre Unruhe und Dynamik der nationalsozialistischen Bewegung anheimfallen, mit der – so verlangt Dirks – einen konsequenten «Kampf um die Seele des Volkes» geführt werden muss. (S. 118/119) Sozialistische Politik muss jene Tiefenschichten erreichen und dem «unwirklichen Traum vom Dritten Reich» (S. 422) wirklich glaubwürdige Ziele entgegensetzen.

Ebenso an den Rändern der orthodoxen Linken dachte und schrieb Ernst Bloch in die gleiche Richtung. Die Verwandtschaft zum Kreis um Dirks und Thormann ist eng, ohne dass man damals voneinander Kenntnis nahm. Die Querdenker agierten versprengt. Motive und Gestus des Schreibens, der analytische Befund, die Ziele und selbst die Sprache zeigen auffallende Ähnlichkeiten. 1935, im Exil, verschärft Bloch zum enttäuschten Resümee, was Dirks noch als hoffender Mitakteur formuliert hatte. Auch Bloch pocht auf dem Subversiv-Utopischen, das in der Mittelstandsrevolte bei allem ungleichzeitigen Mystizismus verborgen sei, auch er legt Widerspruch ein gegen die Preisgabe der Mittelschichten. Wie Dirks würdigt er die Unruhe, die «Energie», das religiöse Element und attackiert scharf die Versäumnisse der

blinden vulgärmarxistischen Propaganda. «Nicht die ‚Theorie‘ der Nationalsozialisten, wohl aber ihre Energie ist ernst, der fanatisch-religiöse Einschlag, der nicht nur aus Verzweiflung und Dummheit stammt, die seltsam aufgewühlte Glaubenskraft. Dies Wesen eben hätte, wie jede Erinnerung an ‚Primitive‘, auch anders ausschlagen können, hätte man es, auf der aufgeklärten Seite, militärisch *besetzt* und dialektisch verwandelt, statt es bloss abstrakt auszukreisen. Indem der marxistischen *Propaganda* aber jedes *Gegenland* zum Mythos fehlt, jede Verwandlung mythischer Anfänge in wirkliche, dionysische Träume in revolutionäre: wird am Effekt des Nationalsozialismus auch ein Stück Schuld sichtbar, eine nämlich des allzu üblichen Vulgärmarxismus.»<sup>18</sup>

Der lebenslange Expressionist Bloch und der überzeugte Katholik Dirks verfügen beide über ein Sensorium für das eschatologische Element im Nationalsozialismus, den sie als Glaubensbewegung erkennen. Beide fordern vergeblich eine linke Strategie, die dem Faschismus in einem «Glaubenskampf» entgegentritt.

Einen «Glauben ohne Lüge» erträumt sich Bloch am Ende seiner «Erbschaft dieser Zeit», eine Metaphysik, die «gross genug» sei, um mit «exakter Phantasie» ins Diesseitige einzugreifen.<sup>19</sup> Einer solchen politischen Ethik ist auch Dirks verpflichtet, auch seine Faschismustheorie ist im Kern ein religiöser Entwurf. Rationalität und Aufklärungsimpuls, materialistische Analyse und ideengeschichtliche Konstruktion sind einzelne Komponenten, die das Ganze keinesfalls zureichend charakterisieren. An den Nahtstellen finden Begriffe Verwendung, die dem Gesagten eine spirituelle Dimension zurückgeben und damit dem Leser in Erinnerung rufen, dass er einer politischen Rede folgt, die aus religiöser Verantwortung gehalten wird.

Dem mit aller Leidenschaft bekämpften Gegner, dem man sich brüderlich nähert, wird ein Existenzrecht zugestanden. Politisches Handeln wird auf das Liebesgebot zurückgeführt. Als

Glaubensgemeinschaft ist die «Mittelstandsrevolte» den eigenen Voraussetzungen an verwandelt.

«Gläubigkeit» ist überhaupt das Schlüsselwort der Faschismustheorie. Nur die wirklich «Gläubigen» sind nach Dirks vor der faschistischen «Lockung», vor dem Versinken in «Rausch» und «Traum» gefeit. Tiefe und faltenlose Überzeugung gilt es daher herzustellen, fehlgeleiteten Glauben den richtigen Zielen zuzuweisen. Seine Texte sind Bekehrungsversuche. Gegenüber den moralischen Diskursen auch seiner Gegner ist er aufgeschlossen. Immer wieder bezeugt er der konservativen Verzweiflung an der entgötterten Welt der Moderne seinen Respekt.

Wo der Marxismus hegelianisch das Notwendige und wissenschaftsgläubig das Unabweisliche beschwört, überwölbt Dirks das geschichtliche Handeln «theistisch» (S. 132), gibt ihm eine «religiös-verpflichtende Bedeutung». (S. 132) Eine metaphysische Bestimmung des Politischen, die Überzeugung, «dass eine *letzte* Sinnggebung des Lebens nicht von einer Position innerhalb der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Stunde gewonnen werden kann» (S. 192/193), markiert die Grenze zum profanen Sozialismus. Das «Gesetz der Geschichte» ist für den gläubigen Christen «Gottes Wille», der in der Realität erkannt und «gehorsam» auch gegen die eigenen sozialen Egoismen ausgeführt werden muss. (S. 207) Gleichzeitig rückt Dirks sein Konzept ab von weltfremder Frömmigkeit und passivem Ausharren. Er setzt eine aktivistische Bereitschaft und einen geschärften sozialen Sinn voraus:

«Unsere Berufung auf den religiösen Gehorsam ist nur wirksam, wenn wir selber in der Haltung des Gehorsams sind, wenn wir selber auf den neuen Ruf Gottes lauschen und zum Gehorsamsopfer, zum Opfer des gewohnten Denkens und des gewohnten Lebens bereits sind.» (S. 403/404)

Ernst Bloch hält in «Erbschaft der Zeit» der katholischen Kirche enttäuscht vor: «Ihr Geist, ehemals schlau, auch kühn, bunt und weit, heute ‚harmonisch‘ und ausgebissen, ist einer der Spar-



kasse geworden, nicht der Verwandlung.»<sup>20</sup> Genau jenes Erbe eines unmittelbar handelnden Christentums der «Nächstenliebe, der gegenseitigen Verantwortung» (S. 403) will Dirks gegen den bequemen Pragmatismus behaupten. Er proklamiert die «Unruhe» als ein religiöses Gebot der Stunde, eine renovatio der alten Werte und zugleich eine Selbstpreisgabe, «Selbstentäußerung», ein permanentes «Sterben und Auferstehen»<sup>21</sup> jedes einzelnen Christen. Der wohl grundsätzlichsste Einwand gegen die NSDAP lautet daher: «Sie mutet ihren Massen keine Bekehrung, keine Wandlung zu.» (S. 333) Sie bekräftigt bloss die «eingefahrenen Gefühle, Gedanken, Reaktionsweisen», überwältigt und entwürdigt ihre Anhänger, indem sie ihnen eine als «Zukunft verkleidete Vergangenheit» verspricht. (S. 333)

#### IV

In der grossen Krise, der Zeit der «Unruhe» und «Bewegung», kann nur eine gewandelte Demokratie Bestand haben. Die unentwegten Versuche, den Faschismus zu «enträtseln» und zu beschreiben, werden von ebenso intensiven Anstrengungen begleitet, die eigenen Positionen neu zu bestimmen. Dieser Revisionsprozess ist zweigeteilt. Zum einen soll der Katholizismus sein demokratisches Votum gerade in der Krise bekräftigen. Dirks will den linken Flügel des Zentrums stärken und das auch in dieser Partei immer dringlichere Verlangen nach einer autoritären Lösung abweisen. Er verleiht seiner Argumentation eine Grundsätzlichkeit, die nicht mehr zu hintergehen ist. Die Offenbarung, «die Sprache Christi und der Briefe der Apostel» enthalte eine «MenschenVorstellung, welche die demokratische Idee nahelegt». (S. 244) Die liberale Demokratie, so wiederholt er mehrfach beschwörend, sei als lebensnotwendig für den Katholizismus unbedingt zu verteidigen. Ein Bündnis mit der Diktatur, so sagt er vor-

aus, stosse die katholische Minorität selbstzerstörerisch in Ohnmacht und Rechtlosigkeit.

Das setzt freilich – und dies ist der zweite zentrale Aspekt – einen klaren Trennungsstrich zur «demokratischen» Gegenwart nach 1930 voraus, ein Votum für eine fundamentale demokratische Opposition im Rahmen einer nur noch dahinvegetierenden Demokratie. Im Juli 1932 prägt Dirks die schlagende Formel von der «zweiten Republik» als «bewusster Preisgabe des ersten Weimar» und als Entscheidung für eine «sozialistische Arbeit auf lange Sicht». <sup>22</sup> Demokratie ist nur noch als Zukunftsprojektion zu legitimieren. Dirks scheut sich nicht, das Ende Weimars auszurufen. <sup>23</sup> Er sieht klar, dass die Weimarer Koalition von «Sozialdemokratie», «linkem Bürgertum und sozialem Katholizismus» zerfallen ist. (S. 267) Die Präsidialdiktatur, auch die des moralisch integren Zentrumsmannes Brüning, bewertet er als ein «quälendes» Theater, ein Lavieren von Tag zu Tag. (S. 268) Auf keinen Fall hinnehmen will er die Entmachtung des Parlaments und die Verschiebung politischer Entscheidungen auf eine konspirative Ebene, wo «unkontrollierbare und unkontrollierte Mächte» agieren. (S. 268) Er appelliert an die «republikanische Tugend», die er als «männliche Forderung» aktivistisch-bündlerisch einfärbt, «die öffentlichen Dinge als öffentliche Dinge und nicht als private zu behandeln». (S. 269)

Dirks ist ein selbstkritischer Repräsentant des Zentrums und der politischen Linken. Seine Aussenseiterposition hat auch ihre Vorteile. Sie erlaubt ihm, institutionelle Rücksichten zu ignorieren, parteitaktisches Denken gar nicht erst zuzulassen und damit die reale Lage schärfer zu sehen. Die anvisierten Partner des antifaschistischen Bündnisses werden immer wieder dazu aufgefordert, die «Sprache der Tatsachen» zu lernen. (S. 341) «Die *Linke* in Deutschland ist zur Zeit objektiv schwach», schreibt Dirks im Juli 1932. (S. 347) Dies ist gegen die verbreitete These gesprochen, die Krise habe eine revolutionäre Situation geschaffen und

arbeite den linken Parteien zu. Auf die beherrschende Macht der Stunde, auf den Faschismus, müsse sich die Linke konzentrieren, statt in trügerischer Zuversicht der eigenen imaginären Stärke und dem Automatismus der Geschichte zu vertrauen.

Nicht ungebrochen ist auch das Selbstbewusstsein des Katholiken Dirks. Zwar kann er mit Stolz darauf verweisen, dass der Katholizismus der «stärkste, der einzig in Frage kommende Bundesgenosse der Arbeiterschaft gegen den Faschismus geworden ist». (S. 433) Die Stabilität des Zentrums, das bei allen Wahlen konstant blieb, die kompromisslose Ablehnung der NSDAP durch die Bischöfe und der Mut vieler Pfarrer, die SA-Uniformierte von der Kommunionbank wiesen, waren überhaupt erst die Voraussetzung, dass der Antifaschismus von katholischen Publizisten wie Thormann und Dirks eine solche Entschiedenheit gewann. Eine scheinbar geschlossene Abwehrfront gegen den Nationalsozialismus war die Legitimation, sich appellativ an die zerrissene Linke zu wenden. Dennoch trieb Dirks die Sorge um, der überwiegend mittelständisch strukturierte Katholizismus könnte der Zerreißprobe zwischen sozialer und religiöser «Unruhe» nicht gewachsen sein und sich der nationalsozialistischen «Sozialrevolte» anschließen.

Im Rückblick mutet es beinahe tragisch an, dass einem bekenntnishaft antifaschistischen Katholizismus gerade dort Gefahr drohte, wo er sie am wenigsten vermutet hätte. Nicht die «Zentrums-Mittelständler», das einfache Kirchenvolk, waren die «schwache Stelle» des politischen Katholizismus, sondern die «führende Schicht» der Partei, der Dirks absolut vertraut hatte. In ihr sah er eine eindrucksvolle Inkarnation des religiösen «Deutungszusammenhangs» und ein wirksames Element des Widerstands gegen eine Angleichung an den Faschismus.

Die politische Elite wurde diesen Erwartungen nicht gerecht. Erst Ende März 1933 kam es zu der von Dirks prognostizierten Unruhe an der katholischen Basis, zum Übertritt ganzer Gemein-

den «mit fliegenden Fahnen» zum Nationalsozialismus. Die soziale Nachbarschaft wurde politisch erst virulent, als die geschlossene Abwehrfront der Bischöfe durchbrochen war und das Zentrum erste Auflösungserscheinungen zeigte. In Wirklichkeit war eine ganz andere Zerreißprobe verhängnisvoll: die zwischen politischer Verantwortung und rein konfessionellen Interessen. Klaus Scholder hat auf die unterschiedliche Einschätzung des Nationalsozialismus durch die deutschen Katholiken und die römische Kurie hingewiesen, deren Hauptziel es war, ein Reichskonkordat abzuschliessen.<sup>24</sup> Diesem Druck konnte und wollte sich die Prälatenpartei nicht entziehen. Die Ablösung der politischen Verantwortung durch kirchenpolitisch motivierte Entscheidungen kostete letztlich auch der Zentrumspartei ihre Existenz, an der Rom jedes Interesse verloren hatte. Auch der radikale Antifaschismus der «Rhein-Mainischen Volkszeitung» und der «Deutschen Republik», der plötzlich seines Fundaments beraubt war, wurde so zum Opfer einer verfehlten konfessionellen Politik. Es waren die Funktionäre des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, der Episkopat und die Würdenträger, die publizistischen Verfechter eines «Brückenbaukurses», die jene Spannung nicht mehr ertrugen, die Dirks bei den im Stich gelassenen Mittelstandskatholiken als brennende Gefahr lokalisiert hatte.

## V

Die zunehmend enttäuschten Zentrumsjournalisten Thormann und Dirks waren in ihrer Aussenseiterposition dazu gezwungen, beständig nach vorne zu schauen. In ihrer Theorie war die «faschistische Koalition» eine virtuelle Grösse und auch das antifaschistische Bündnis von Arbeitern und Katholiken, das Rettung bringen sollte, war Entwurf und Wunschtraum. Der Möglich-

keitssinn war also extrem herausgefordert, und Prognosen wagt dann auch jeder Artikel, der eigentlich der Gegenwart zugewandt ist.

Erstaunlich genau hat Dirks die Dramaturgie der «Machtergreifung» und Machtstabilisierung vorausgesehen. Er hat die perfiden Konsequenzen einer Politik des «fait accompli» vorausgedacht, die den «Staatsstreich» in eine Reihe von «legalen» Aktionen auflöst, die den auf demokratische Regeln fixierten Gegner wehrlos machen und die eigenen Anhänger berauschen und beflügeln. (S. 340) Das gewaltsame Ausschalten der Arbeiterparteien und der Arbeiterbewegung haben Dirks und Thormann wiederholt als eine der ersten Massnahmen des siegreichen Faschismus prognostiziert.

Jener kluge «gouvernementale Faschismus» (S. 337) war für sie jedoch eher als verabsolutierte Herrschaft der «neofeudalistischen» Industriellen oder als maschinengewehrgestützte Diktatur der Militärs vorstellbar. In der NSDAP sahen sie eigentlich nur den potentiellen Verlierer des «Quotenkampfes». Ein Moment materialistischer Orthodoxie wird hier wirksam. Dirks unterwirft die Massenpartei zu eindimensional der «Mittelstandsrevolte», dem Diktat der sozialen Interessen. Er unterschätzt die «Schwungkraft» (S. 337) der Ideologie, das Durchsetzungsvermögen und das taktische Geschick der Parteiführer, den Machtwillen Hitlers, das Gewaltpotential der Parteiarmeen. Den «Hitlerfaschismus» missdeutet er als schwachen Punkt der «faschistischen Koalition». Wie viele Theoretiker der Linken<sup>25</sup> glaubt auch Dirks, die Stunde der Machtübernahme sei zugleich auch die «Stunde des beginnenden Zerfalls der Volksbewegung Nationalsozialismus». (S. 334) Die NSDAP, so sagt er voraus, werde an der nicht versöhnbaren Heterogenität ihrer sozialen Interessen zerbrechen. Erst nach dem «Versagen» der NSDAP sei eine «Bewegung nach links», eine echte Revolutionierung der deposierten Massen zu erwarten. (S. 334/335) Dies rückt gefährlich nahe an eine linke Katastrophenpolitik heran und hätte zu der Be-

reitschaft führen können, der NSDAP die Macht zu überlassen, um ihre Auflösung zu beschleunigen.

Im Mai 1932 überprüft Dirks die Plausibilität dieser Abnutzungstheorie, die auch im Zentrum immer mehr Anhänger fand. Seine «weitgespannten Überlegungen» (S. 343) kommen nun aber zu ganz anderen Resultaten. Bislang vernachlässigte Faktoren werden berücksichtigt, eine Ahnung des Kommenden setzt sich durch, und so entsteht ein überaus realistischer Ausblick auf das Dritte Reich. Dirks verweist jetzt warnend auf Elemente, die die NSDAP von allen anderen Parteien unterscheiden: auf die perfekte «Regie», auf die «kaltblütige und skrupellose Meisterschaft» der Organisation. (S. 343) Die inszenatorischen Künste der Nazis, die Gleichzeitigkeit von Ästhetik und «Terror», die planmässige Emotionalisierung der Öffentlichkeit durch ein «nationales Strassenleben, durch Reden, Zeitungen» (S. 344) wird exakt gesehen. Erfüllt hat sich auch seine Prophetie vom Rückzug der «grossen Mehrheit» in eine unpolitische Existenz unter den so vorskizzierten Bedingungen eines «faschistischen Regimes». Dies gilt ebenso für seine bittere Voraussage einer absoluten Wirkungslosigkeit einer kämpferischen Illegalität. Dirks fällt damit seinen eigenen Illusionen ins Wort und korrigiert unausgesprochen seine Theorie. Die Nationalsozialisten, so schliesst er seine Überlegungen, werden sich mit Sicherheit «verbrauchen», «aber es könnte sein, dass sie lange genug am Ruder wären, um uns und Deutschland gründlich zu verbrauchen». (S. 348)

Die Faschismustheorie von Walter Dirks ist im politischen Katholizismus singulär. Hier gab es nur eine zunächst geheime, dann aber offen artikulierte Sympathie mit den autoritären Zielen der NSDAP oder einer moralisch-theologischen Distanz, die im Politischen und Sozialen begriffslos blieb.<sup>26</sup> Selbst in den scharfzüngigen linksliberalen Organen wie der «Weltbühne» oder dem «Tagebuch» findet sich keine auch nur annähernd vergleichbare sys-

tematische Auseinandersetzung mit dem Phänomen «Faschismus». Auch die Texte von Ossietzky, Tucholsky oder Leopold Schwarzschild wirken gegenüber der ausgefeilten Theorie von Dirks und Thormann sprunghaft und oberflächlich.<sup>27</sup> Der radikale Gestus, die umfassende politische und soziale Phänomenologie sind dem marxistischen Denken verpflichtet, ohne dass die Theorie zu einem parteigebundenen System erstarrt. Noch am ehesten vergleichbar sind die hier versammelten Texte mit Analysen, die an den Rändern der SPD entstanden sind. Arbeiten von Paul Tilling, Eduard Heimann und Hendrik de Man in den «Neuen Blättern für den Sozialismus» weisen in eine auffallend ähnliche Richtung. Auch sie verbinden die theoretische Explikation des faschistischen Kontrahenten mit der Aufforderung zu einer entschiedenen sozialistischen Selbstkritik.<sup>28</sup>

Es ist kein Zufall, dass Walter Dirks 1931 gebeten wurde, seine Position in der Gewerkschaftszeitung «Die Arbeit» zu erläutern, neben Theodor Geiger und Svend Riemer.<sup>29</sup>

Die vieldimensionale Faschismustheorie, die Dirks dort entfalten konnte, blieb gleichwohl ortlos. In der Sphäre des politischen Handelns fand sie weder Resonanz noch Korrektur. Jene Entscheidung für eine sozialistische Demokratie jenseits von Weimar bedeutete für die jungen Publizisten ein sehr bewusstes Abrücken vom «alten» Zentrum, von der beschränkten Repräsentanz katholischer Interessen. Nach der Selbstauflösung der Partei im Juli 1933 bestätigt Dirks, dass eine wirklich lebendige politische Arbeit nur noch «neben dem Zentrum» möglich gewesen sei. (S. 151) Andererseits gelang es den Dissidenten aber auch nicht, in die sozialistischen Diskurse so einzudringen, dass die religiöspi-rituellen Elemente der «Mittelstandsrevolte» dort plausibel gemacht und zu politisch-strategischen Konsequenzen hätten führen können. Anfang des Jahres 1933 war ein breites antifaschistisches Bündnis, wie es Dirks und Thormann vorschwebte, undenkbar geworden.

## VI

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, war für die Faschismustheorie der Augenblick der Wahrheit gekommen. Das Virtuelle war Wirklichkeit geworden, und der antifaschistische Diskurs musste sich als Instrument der Beobachtung und Erklärung, als Medium der Erkenntnis und der Aktion bewähren.

Die ersten Wochen nach der «Machtergreifung» zeigen, dass gerade das Vorformulierte zum klaren Blick befähigte, der die Oberfläche durchdrang. Nüchtern wird in der «Rhein-Mainischen Volkszeitung» der «totale Staat» als das Ziel der nationalsozialistischen Politik benannt und auch die Absicht nicht verschwiegen, ihn zu verhindern. Offen und unverschlüsselt wird zunächst der antifaschistische Diskurs weitergeschrieben. Der Vortrag «Faschistische Lockung und antifaschistische Entscheidung», den Dirks im Februar 1933 an der Universität Bonn und in anderen westdeutschen Städten hielt, wirkt wie eine Summe seiner Faschismustheorie, die noch einmal eine appellative Zuspitzung erfährt. (S. 356-386) Es gehörte schon Mut dazu, um in der emotionalisierten Atmosphäre einer vom NS-Studentenbund beherrschten Hochschule mit einer solchen Entschiedenheit aufzutreten. Hermann Kadow berichtet in der «Rhein-Mainischen Volkszeitung» von Störungsversuchen der «Gegner», die Dirks durch «Zwischenrufe» unterbrachen.<sup>30</sup> Dies verhinderte nicht das unmissverständliche Plädoyer für eine «sozialistische Entscheidung» für eine Solidarität mit der Arbeiterschaft, für eine erneuerte Demokratie.

Nicht weniger mutig war der Protest gegen das scheinbar unverfängliche «Wehertüchtigungsprogramm» Groeners, das Dirks als versteckte Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht und als ein «Stück der Totalfaschisierung Deutschlands» (S. 471) enthüllt.

Bis zum Ermächtigungsgesetz begleitet der Chronist Dirks die



mit so viel Propaganda verbrämten Aktionen der neuen Regierung mit kompromissloser Distanz. Der Beschluss, den neugewählten Reichstag zu seiner ersten Sitzung in der Potsdamer Garnisonskirche zusammenzurufen, wird als anmassender Symbolakt und als Usurpation des «preussischen Gedankens» gekennzeichnet. Im Namen der antipreussischen, föderalistisch-katholischen Kräfte legt Dirks Widerspruch ein, was ihm Gelegenheit gibt, an die gewaltsame Ausschaltung der «Marxisten» zu erinnern. (S. 126) Diese Politik der «Verfolgung und Verfemung», ja der «Ausrottung» wird ohne die geringste Konzession gebrandmarkt. (S. 129) Des 50. Todestages von Karl Marx gedenkt Dirks am 15. März 1933 mit einem Leitartikel auf der Kopfseite der «Rhein-Mainischen Volkszeitung», ein Bekenntnis zum erhöhten Marxismus, ein Versuch, der terroristischen Politik eine eigene Ereignishaftigkeit entgegenzusetzen.

Die öffentliche Rede war zum Risiko geworden. Nur erahnen lässt sich, welche Pressionen und Enttäuschungen zwischen den Texten lagen. Zur Reichstagswahl am 5. März 1933 wird die «Rhein-Mainische Volkszeitung» für drei Tage, die «Deutsche Republik» gar für vier Wochen verboten.<sup>31</sup> Werner Thormann, der Mitstreiter, ging im April 1933 über die Schweiz nach Paris ins Exil. Der enge Mitarbeiter Wirths fürchtete mit Recht die Rache der Nazis, aber auch eine Verbitterung über die Haltung des Zentrums mag den Entschluss zur Flucht beeinflusst haben. Die Partei schwenkte keineswegs auf einen entschieden antifaschistischen Kurs ein, und selbst in der katholischen Jugend war wenig von jenem kämpferischen Gestus zu spüren, den Dirks und Thormann zu repräsentieren meinten, die «neuen Formationen», von denen sie träumten, zeichneten sich nirgendwo ab.

Noch resignierte Dirks nicht, noch will er «handelnd bestehen» und nicht die «Welt sich selber, d.h. den anderen überlassen». (S. 515) Doch die Lage hatte sich inzwischen dramatisch verändert, der offene und kompromisslose Antifaschismus ver-

stumt, das Selbstbewusstsein der Sprecher zerfiel. In seinem Kommentar zum Ermächtigungsgesetz kann Dirks nur noch Ratlosigkeit zum Ausdruck bringen, den unter Druck gesetzten Abgeordneten von Zentrum und Bayerischer Volkspartei kann er keine Entscheidungshilfe mehr geben. Zwar erscheinen die Argumente, die er für eine Ablehnung auflistet, um eine Spur schlüssiger, doch betont er gleichzeitig die «allerschwersten Gefahren und Risiken für die äussere Freiheit dieser Parteien» bei einer Verweigerung der Zustimmung. (S. 142)

Die Sorge um den Bestand der katholischen Institutionen durchdringt seine Rede, der drohende «totale Staat» zwingt selbst den Zentrumsabtrünnigen Dirks wieder zurück in die engen Bahnen konfessioneller Politik. So büsst die antifaschistische Mission ihren universellen Anspruch ein. Solidarität mit den Opfern der Gewalt, die Verteidigung der bürgerlichen Errungenschaften «Freiheit und Selbstverantwortung der Person» (S. 380), als deren Sachwalter Dirks noch in seinem Bonner Vortrag aufgetreten war, können nicht mehr die leitenden Maxime sein. Mit der an die nationalsozialistischen Machthaber gerichteten Erklärung, «dass ihnen aus dem Bereich der katholischen Standes- und Jugendorganisationen *keine gegenrevolutionäre Gefahr* droht» (S. 145), nimmt Dirks Abschied vom offenen Antifaschismus. Absolute Gegnerschaft, moralischer Protest, Repräsentanz des demokratischen Ziels werden aufgegeben. Der politische Katholizismus bietet sich dem nationalsozialistischen Staat als loyaler Partner an in der Hoffnung, Refugium und Handlungsspielraum zu bewahren. Eine spezifisch katholische, aus der Erfahrung des 19. Jahrhunderts gewachsene Angst tritt hervor, aus der Gesellschaft herausgedrängt, zum rechtlosen Objekt der Politik zu werden. So erklärt sich zu einem grossen Teil der fatale Hang, mitzuwirken und teilzuhaben.

Auf den Auflösungsbeschluss des Zentrums reagiert Dirks mit einer auf den ersten Blick rätselhaften Euphorie. Sein Leitartikel

«Mut zum Ende und Mut zum Anfang» enthält nicht die geringste Spur der Trauer, keine Bekundung des Verlusts, er feiert das Ereignis als Erlösung und Befreiung (S. 150-155). Die Veröhnung mit der konfessionellen Politik war wohl doch nur halbherzig, lang unterdrückte Frustrationen, Wut und Enttäuschung über die «politischen Führer», die das «katholische Volk» im Stich gelassen haben, brechen jetzt hervor. Dirks verleugnet gar den Gewaltcharakter, die bedrückenden Umstände dieses Ereignisses, als bezeuge er eine tiefe Dankbarkeit, nun endlich von der Bürde des Konfessionalismus befreit zu sein. Seine Bereitschaft zum «Dienst an Volk und Reich» (S. 153) ist nicht mehr zu unterscheiden von den Voten derer, die immer schon mit der NSDAP sympathisierten und sich nun endlich ohne religiöse Hemmungen und Einsprüche dem Dritten Reich zur Verfügung stellen können.

Die Rede von Dirks hat ihre Unverwechselbarkeit verloren und ist elementaren Missverständnissen preisgegeben. Sie gerät in die verzweifelte Lage, sich selbst zu widersprechen. Noch im Juli 1932 hatte Dirks eindringlich davor gewarnt, in einer Art «religiöser Katastrophenpolitik» die Existenz des politischen Katholizismus aufs Spiel zu setzen. Weder in der Illegalität noch in der Rolle eines Bündnispartners der Diktatur könne der Katholizismus «seine Kraft entfalten», er würde entweder «einflusslos» oder zum blossen «Anhängsel der eigentlich machtwilligen Gruppe» werden. (S. 260) Dirks verwies damals auf die «sehr bedenklichen Seiten» des italienischen Konkordats, das die Katholiken als politische Grösse «ausschalte» und dem «totalen Staat der Faschisten» problematische Zugeständnisse mache. (S. 261) Das Reichskonkordat verteidigt er dann, als stelle es die Erfüllung seiner Sehnsüchte dar, bezeichnet es als letztgültige Klärung eines unhaltbaren Verhältnisses von Kirche und Politik, als «Ausgangsbasis» eines neuen Handelns, das nun zu einer quasi protestantischen Ethik, zur Gewissensentscheidung des Einzelnen, Zuflucht nehmen muss. (S. 162)

In letzten verzweifelten Versuchen will Dirks auf die «nationale Revolution» Einfluss nehmen und zugleich die alten Optionen retten. Er wechselt die Sprache und betritt den «Boden der Tatsachen». Doch wie lassen sich Bestände bewahren, die vorher unkenntlich gemacht werden? Der Reichs *théologie* schliesst sich Dirks an, um einen «sozialistischen Sinn» zu behaupten, das Führerprinzip bejaht er, um Unterwerfung und «blinde Preisgabe der eigenen Verantwortung» (S. 493) zu verhindern, die Existenz einer «Judenfrage» wird konzidiert, um eine «konstruktive», eine «christliche» Lösung einzuklagen. (S. 502-508) Eine solche Taktik, auch wenn sie sich als subversiv begreift, folgt nur noch den Vorgaben der Macht, sie nimmt die Fakten hin, erteilt Lizenzen, räumt Positionen, kann als Anpassung gelesen werden.

Die Hoffnungen, durch Vorleistungen Garantien zu erlangen, waren trügerisch. Weder die Loyalitätserklärungen noch das Konkordat konnten die «Rhein-Mainische Volkszeitung» als eigenständiges katholisches Organ retten. Die Nationalsozialisten inszenierten im Dezember 1933 einen Schauprozess gegen den Mönchengladbacher Volksverein und gegen den Carolus-Verlag, in dem die Zeitung erschien. Die «Rhein-Mainische Volkszeitung» wurde beschlagnahmt, Walter Dirks mit Berufsverbot belegt und in Schutzhaft genommen. Bis zuletzt hatte er nach der selbstgesetzten Devise gehandelt: «Es gibt nur einen endgültigen Verrat: die *Resignation*.» (S. 87)

Bei allen unübersehbaren Brüchen in seinen Artikeln, bei allen dramatischen Wendungen und Wechsel der Paradigmen findet sich nirgendwo die Spur von Mutlosigkeit und Depression. Eine betonte Zukunftsemphase spricht aus den Texten, als wolle ihr Autor hinter dem mitreissenden und erfolgreichen Pathos des Gegners nicht Zurückbleiben.

Das Ende war unglücklich. Die nun notwendigerweise verklausulierte Theorie, die in der liberalen Öffentlichkeit der Republik aus der Enge des katholischen Horizonts herausgetreten

war, geriet noch einmal in die Zwänge konfessioneller Politik. Es wäre höchst ungerecht, das unglückselige Finale gegen die Theorie in ihrer Gesamtheit zu wenden. Sie ist eine eindrucksvolle intellektuelle Leistung eines kaum 30jährigen, ein bewundernswertes Dokument des politischen Scharfsinns und der mutigen Aufklärung. Die weitgespannten Artikel lesen sich heute wie eine Enzyklopädie der grossen Krise nach 1929. Ihr Autor ist zugleich beredter Zeuge und leidenschaftlicher Akteur. Beharrlich bleibt er einem Phänomen auf der Spur, das ihn immer wieder dazu herausfordert, zu verstehen *und* zu analysieren, ihm nahe zu sein und doch auf Distanz zu gehen.

Die «Enträtselung» des Faschismus hatte Bestand, auch dann noch, als Deutschland «gründlich verbraucht» war. In seinem ersten grossen Aufsatz nach 1945 «Die zweite Republik» konnte Dirks unter der Überschrift «Beispiel Faschismus» unmittelbar an die nach 1930 erarbeitete Theorie anknüpfen.<sup>32</sup> Auch unter den neuen Kontexten, inmitten der vielen Reden von der «deutschen Katastrophe», der «Dämonie Hitlers», von «Tragödie» und «Verhängnis», ragen das Politisch-Konkrete, die soziologische Schärfe und die begriffliche Genauigkeit heraus. Selbst nach beinahe 60 Jahren bieten diese Texte, der Leser mag sich überzeugen, eine fesselnde Lektüre.

Karl Prümm

## Anmerkungen

- 1 Zur Faschismustheorie von Walter Dirks vgl. meine ausführliche Darstellung: Walter Dirks und Eugen Kogon als katholische Publizisten der Weimarer Republik. Heidelberg 1984. S. 141-255.
- 2 «Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?», überschrieb Leo Trotzki einen Aufsatz im Jahre 1931, den er im türkischen Exil verfasste. Leo Trotzki: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Auswahl aus «Schriften über Deutschland». Hrsg. v. Helmut Dahmer. Eingeleitet v. Ernest Mandel. Frankfurt a. Main 1971.
- 3 Zur Geschichte und zum Profil der Zeitung: Bruno Lowitsch: Der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung, Frankfurt a. M. 1980.
- 4 Zur Wochenzeitschrift «Deutsche Republik» vgl.: Karl Prümm: Antifaschistische Mission ohne Adressaten. Zeitkritik und Prognostik in der Wochenzeitschrift «Deutsche Republik» 1929-1933. In: Weimars Ende. Hrsg. v. Thomas Koebner. Frankfurt a. Main 1982. S. 103-142 sowie: Bernhard Seiterich: Demokratische Publizistik gegen den deutschen Faschismus. Die «Deutsche Republik», eine politische Wochenschrift der späten Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der demokratischen Presse. Frankfurt a. Main/Bern 1988.
- 5 Vgl. dazu: Hans Mommsen: Generationskonflikt und Jugendrevolte in der Weimarer Republik. In: «Mit uns zieht die neue Zeit». Der Mythos Jugend. Hrsg. v. Thomas Koebner, Rolf Peter Janz und Frank Trommler. Frankfurt a. Main 1985. S. 50ff. sowie zahlreiche andere Beiträge im gleichen Band.
- 6 Vgl. Lowitsch (Anm. 3) S. 72ff.
- 7 Karl Jaspers: Die geistige Situation der Zeit. Berlin 1965 (Sechster Abdruck der im Sommer 1932 bearbeiteten 5. Aufl.) S. 79. Die 1. Aufl. erschien 1931.
- 8 Vgl. Theo Pirker (Hrsg.): Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus. Stuttgart 1965.
- 9 Der Ansatz von Walter Dirks fordert zu einem Vergleich mit Ernst Noltes «phänomenologischer» Methode der Faschismusforschung heraus. Ernst Nolte: Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen. München 1966.
- 10 Vgl. August Thalheimer: Über den Faschismus. In: Otto Bauer/Herbert Marcuse/Arthur Rosenberg u.a.: Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus. Frankfurt a. Main/Wien 1967. S. 19ff.

- 11 Die Großagrarien und damit das vorindustrielle Element werden in vielen marxistischen Faschismustheorien ausgeblendet. Um so erstaunlicher ist die Berücksichtigung durch den Zeitgenossen Dirks. Zu diesen Defiziten neomarxistischer Theorien vgl.: Heinrich August Winkler: *Revolution, Staat, Faschismus. Zur Revision des Historischen Materialismus*. Göttingen 1978. S. 77.
- 12 Kurt Hiller: *Linke Leute von rechts*. In: *Die Weltbühne* 28 (1932) S. 153–58.
- 13 Theodor Geiger: *Panik im Mittelstand*. In: *Die Arbeit* 1930. S. 647.
- 14 Kracauers Untersuchung »Die Angestellten« hat Dirks ebenso rezensiert (vgl. Bd. 1) wie Hendrik de Mans Broschüre »Sozialismus und National-Faschismus«. (S. 325–331 in diesem Band) Man kann davon ausgehen, daß ihm die in der Zeitschrift »Die Arbeit« erschienenen Aufsätze von Theodor Geiger vertraut waren.
- 15 Diesen sozialen Mischcharakter des nationalsozialistischen Wählerpotentials hat die historische Forschung inzwischen bestätigt. Vgl. dazu: Gotthard Jasper: *Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934*. Frankfurt a. Main 1986. S. 46/47.
- 16 Svend Riemer: *Mittelstand und sozialistische Politik*. In: *Die Arbeit* 1932. S. 272.
- 17 Theodor Geiger: *Panik im Mittelstand* (Anm. 13).
- 18 Ernst Bloch: *Erbschaft dieser Zeit*. Frankfurt a. Main 1973. S. 65/66.
- 19 Ebd. S. 405 ff.
- 20 Ebd. S. 406.
- 21 Walter Dirks: *Sterben und Auferstehen*. In: *Erbe und Aufgabe. Gesammelte kulturpolitische Aufsätze*. Frankfurt a. Main 1931. S. 198–200.
- 22 Walter Dirks: *Die schiefen Fronten dieses Wahlkampfes*. In: *Deutsche Republik* 6 (1931/32) S. 1224.
- 23 Ebenso wie der frühe Historiker der Weimarer Republik Arthur Rosenberg (*Geschichte der Weimarer Republik*, 1935) sieht Dirks in der Präsidialdiktatur das Ende des demokratischen Systems.
- 24 Klaus Scholder: *Die Kirchen und das Dritte Reich*. Bd. 1. *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934*. Frankfurt a. Main/Wien 1977. S. 308/09.
- 25 Z. B. Svend Riemer (*Mittelstand und sozialistische Politik*, Anm. 16, S. 272): »Die Geschlossenheit der nationalsozialistischen Bewegung muß zerbrechen in dem Augenblick, wo sie zum verantwortlichen Handeln herangezogen wird.« Ähnlich urteilte Hendrik de Man.
- 26 Dies gilt beispielsweise für den Philosophen und Publizisten Dietrich von Hildebrand, der nach 1933 im österreichischen Exil die gegen die Nationalsozialisten gerichtete Wochenschrift »Der Christliche Ständestaat« herausgab. Vgl.: Rudolf Ebneth: *Die österreichische Wochenschrift »Der Christliche Ständestaat«*. *Deutsche Emigration in Österreich 1933–1938*. Mainz 1976.
- 27 Vgl. dazu: Joachim Radkau: *Die Weltbühne als falscher Prophet? Pro-*

- gnostische Versuche gegenüber dem Nationalsozialismus. In: Weimars Ende (Anm. 4), S. 57ff.
- 28 Vgl. auch: Heinz Aboch: Die Linke und das NS-Phänomen. In: Weimars Ende (Anm. 4) S. 21 ff.
- 29 In der Zeitschrift «Die Arbeit» veröffentlichte Dirks zwei Aufsätze: «Katholizismus und Nationalsozialismus» (März 1931) und «Zur theoretischen Situation der christlichen Arbeitnehmer» (November 1932). Beide Aufsätze sind in den Band VI der Gesammelten Schriften, Politik aus dem Glauben (Zürich 1989) aufgenommen worden (S. 21-51). Vgl. auch neben den in den Anm. 13 u. 16 genannten Arbeiten: Theodor Geiger: Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart 1932.
- 30 Hermann Kadow: Faschistische Lockung und antifaschistische Entscheidung. Walter Dirks spricht vor der Bonner Studentenschaft. In: Rhein-Mainische Volkszeitung 28.2.1933.
- 31 Lowitsch (Anm. 3) S. 94.
- 32 Vgl. Sozialismus oder Restauration. Gesammelte Schriften Band IV. Zürich 1987. S. 41 ff.

Im Folgenden sind Anmerkungen der Herausgeber mit \* gekennzeichnet.



# I

## **Auf der schiefen Ebene zum totalen Staat – eine Chronik vom Ende der Weimarer Republik**

## Der «Marsch nach Berlin»

Die Stahlhelmlleitung\*, die am Sonntag 80'000 Stahlhelmer in Berlin versammeln will, braucht für ihre Demonstration keine Reklame zu machen: das besorgen die Berliner Zeitungen gratis, die täglich durch aufregende Meldungen und beschwichtigende Dementis die Berliner auf ein grosses Ereignis vorbereiten. Nachdem am Mittwoch abend in einer Versammlung der nationalsozialistischen Arbeiterpartei ein demokratischer Pfarrer und ein Journalist blutig geschlagen worden sind – (übrigens vertrat der Journalist ausgerechnet den «Berliner Lokalanzeiger»\*\*) –, ist die Erregung der Berliner auf eine ungewöhnliche Höhe gestiegen. Die von den Kommunisten geplante Gegenkundgebung musste aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten werden; der Stahlhelmtag selbst wird – im Sinne der Verfassung, die uns die Versammlungsfreiheit garantiert – natürlich unbehindert stattfinden können. Das Reichsbanner\*\*\* wird sich zurückhalten. Die Polizei ist alarmbereit und der Polizeipräsident sowie der preussische Innenminister selbst haben in mehreren Zeitungsartikeln versprochen, dass die Polizei ihre Pflicht tun und ihrer Aufgabe gewachsen sein wird. Es ist daher zu hoffen, dass der grosse Berliner Stahlhelmtag weiter nichts als eine der vielen und im Grunde nicht sehr viel besagenden *Demonstrationen* bleiben wird, die uns nicht mehr aufregen, und dass wir für

\* Der nationalistische Wehrverband «Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten» war bereits Ende 1918 von Franz Seldte (1882-1947) gegründet worden.

\*\* Das Blatt stand den Deutschnationalen nahe.

\*\*\* Das «Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner» war eng mit der SPD verbunden; der paramilitärischen Kampforganisation hatten sich aber auch Mitglieder von Zentrum und DDP angeschlossen.

das Vergessen dieses Ereignisses erheblich weniger Zeit verbrauchen werden, als wir für unsere Befürchtungen gebraucht haben.

Der Stahlhelmtag hat nämlich schon ziemlich lange seinen Schatten vorausgeworfen. Schon im Februar hat der Führer des Verbandes, Franz *Seldte*, in einer Rede geäußert, dass die Stahlhelmer «nach Berlin ziehen und wieder fortgehen werden, dass sie aber dereinst wiederkommen werden, um zu *bleiben*»; dass die *Zeit* gekommen sei, um der Reichshauptstadt zu zeigen, dass mittlerweile im Lande eine Bewegung gewachsen sei, von der Berlin nichts wisse, eine Bewegung des schärfsten nationalen Egoismus, eine Bewegung neuer Staatsbürger, die den Staat bejahen und sich ihm zur Verfügung stellten, wenn der Staatsmann sich finde, der mit ihrer Kraft und Gesinnung etwas anzufangen wisse, – das sei der Sinn dieses «*Marsches nach Berlin*». Diese Rede fiel ungefähr in dieselbe *Zeit*, da man von einer *politischen Wendung* der nationalen Verbände sprach, da Ehrhardt die Hohenzollern ablehnte, die Republik und Stresemanns Aussenpolitik bejahte\*, und da überall in den Verbänden die Parole «Ran an den Staat» ertönte, eine Parole, die freilich schon weniger harmlos und befriedigend klang, wenn sie in einer anderen Formulierung gebraucht wurde: «Eroberung der politischen Macht. «

Es ist klar, woher diese Worte «Marsch nach Berlin», «Über-

\* Der Marineoffizier und Freikorpsführer Hermann Ehrhardt (1881-1971) nahm mit der nach ihm benannten Brigade 1919 an den Kämpfen in Oberschlesien und Bayern teil; 1920 gehörte er zu den Verschwörern beim Kapp-Lüttwitz-Putsch. Nach Verbot und Auflösung seiner Brigade organisierte er die geheime Organisation Consul und später den Wiking-Bund. Anlässlich seines Beitritts zum «Stahlhelm» sprach sich Ehrhardt gegen eine Rückkehr zur Monarchie und für eine offensive Einflussnahme auf den Weimarer Staat aus. Gustav Stresemann (1878-1929), Vorsitzender der Deutschen Volkspartei trat als Reichskanzler (1923) und Aussenminister (1923-1929) für eine Verständigung mit den Siegermächten, insbesondere mit Frankreich ein, um auf diesem Wege eine Revision des Versailler Vertrages zu erreichen.

nahme der politischen Macht» und ähnliche stammen: aus dem Sprachschatz des italienischen Faschismus, und von dort stammt auch die Ideologie dieser politischen Wendung. Wir haben so etwas wie eine faschistische Bewegung in Deutschland, und wenn wir auch zur Zeit keinen Anlass haben, von einem «Marsch nach Berlin» so weitgehende Folgen zu befürchten, wie sie jenseits der Alpen der «Marsch nach Rom»\* gehabt hat, so mahnt doch die hohe Mitgliedschaft des Stahlhelms – man spricht von einer Million –, diese Bewegung im Auge zu behalten.

Wenn man die Frage beantworten will, was diese Million deutscher Faschisten – es kommen noch andere Verbände dazu –, denn politisch eigentlich will, so wird man zunächst feststellen müssen, dass die Umwandlung des Stahlhelms aus einem vorwiegend gefühlsmässig und durch starke Ressentiments verbundenen Massenverband, in den einzelne Aktionsgruppen und Aktionszentren eingesprengt waren, in eine geschlossene und aktionsbereite politische Front noch nicht beendet zu sein scheint: Die Politisierung scheint beschlossen, aber noch nicht durchgeführt; und weiterhin wird man feststellen müssen, dass auch der Stahlhelm seine *Richtungen* hat. Ausser der kleineren Gruppen um den «Arminius» die am konsequentesten und obendrein am geistigsten und am glaubwürdigsten die faschistische nationalrevolutionäre Aktion vertritt, scheint es, wie A. Berning in einem sehr instruktiven Aufsatz im «Jungen Zentrum»\*\*\* jüngst berichtete,

\* Nach dem «Marsch nach Rom», der militärisch geplanten Einkreisung und Besetzung der Stadt durch faschistische Kampftruppen, war Benito Mussolini (1883-1945) im Oktober 1922 an die Macht gelangt und hatte bald darauf eine faschistische Parteidiktatur errichtet.

\*\* Eine in München erscheinende nationalistische Wochenzeitung, in der u.a. Ernst Jünger (geb. 1895) nach seiner Trennung vom «Stahlhelm» zum Zusammenschluss der radikalen Nationalrevolutionäre aufrief. Finanziert wurde das Blatt von Hermann Ehrhardt (vgl. Anmerkung S. 52.)

\*\*\* A.H. Berning: Die aussenparlamentarischen Verbände, in: Das junge Zentrum (Berlin), 4.Jg., Heft 3, März 1927, S. 58-72).

zwei grosse Flügel im Stahlhelm zu geben, für den die beiden Führer Oberstleutnant *Düsterberg*\* und der Verbandsgründer Franz *Seldte* repräsentativ erscheinen. Die Unterschiede zwischen diesen beiden Flügeln sind erheblich. Während Düsterbergs Flügel ausgesprochen reaktionär erscheint, sich auf die Schicht der alten «feudalen» Offiziere stützt, *monarchistisch* und im stärksten Grade *antifranzösisch* ist, kann man die konservative und nationale Zielsetzung des anderen Flügels nicht ohne Weiteres als «reaktionär» bezeichnen; er ist bereit, die Republik anzuerkennen und scheint mit den Mahraunschen\*\* Bemühungen um eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich und speziell zwischen den deutschen und französischen Jungnationalen zu sympathisieren. Welche von den beiden Richtungen auf die Dauer den Charakter des Stahlhelms bestimmen wird, lässt sich jetzt noch nicht sagen. Die reaktionäre Richtung, die in letzter Zeit Erfolge gehabt hat, ist jedenfalls die ungefährlichere: sie schneidet sich selbst von den Quellen ab, aus denen politische Energien fließen können, sie ist dazu verurteilt, in unfruchtbarer Isolierung zu erstarren, auch wenn sie Hunderttausende von Anhängern zählt. Gefährlicher ist der andere Flügel, gefährlich um des Positiven willen, das er enthält. Seine Ideologie kommt lebhaft gefühlten Bedürfnissen der Massen entgegen, und diese Bedürfnisse sind zum Teil berechtigt. Jede antiparlamentarische Bewegung hat heute Erfolgchancen; sie lebt nicht nur von den wesentlichen und den zufälligen Schwächen des Parlamentarismus,

\* Theodor Düsterberg (1875-1950) führte von 1924-1933 neben Franz Seldte (1882-1947) den «Stahlhelm»; 1932 trat er als Kandidat des Frontkämpferbundes bei der Reichspräsidentenwahl an.

\*\* Alfred Mahraun (1890-1950) war Gründer und Führer des Jungdeutschen Ordens («Jungdo»), einem von Antisemitismus, hündischen Ideen und nationalem Sendungsbewusstsein geprägten Wehrverband. Mahraun suchte nach Trennung von der DNVP vorübergehend eine Annäherung des Jungdo an die DVP und befürwortete eine westorientierte deutsche Aussenpolitik. Die Grundlage für einen deutschen Wiederaufstieg sah er vor allem in einem Bündnis mit Frankreich.

sondern vor allem auch von den Schwächen der Parteien, die auch der wohlwollendste Beurteiler der Jahre 1918 bis 1927 nicht ableugnen kann. Die nationalen Verbände, die sich jetzt der Politik zu wenden, sind politisch noch unverbraucht. Sie sind noch nicht so rationalisiert und mechanisiert wie die Parteien, nicht so «versachlicht» und entzaubert. Man erwartet bei ihnen noch Begeisterung, Opfer, Hingabe, Führertum, – kurz, alle Geheimnisse und Wunder einer «organischen Politik». Bisher lebte diese politische Bewegung in einem hoffnungslosen Abstand von der Tagespolitik und wer sich für sie entschied, sah den Weg zu parlamentarischer Praxis und Verständigungspolitik versperrt. Nachdem sie nun plötzlich in der tagespolitischen Sphäre einsichtig zu werden beginnt, mag vielen das Bild einer Politik verlockend vorschweben, die in der Sphäre der Tagespolitik sachlich das Notwendige tut, im Übrigen aber die mystischen Reize der nationalen «organischen Politik» behält. Man kann der Meinung sein, dass in kurzer Zeit diese reizvolle Polarität sich in einen schauerhaften politischen Brei auflösen würde, ebenjenen Brei, der bisher im Parlament vorwiegend die Substanz der Deutschen Volkspartei darstellte und den sie nun mit der liberalen These neu zu würzen sucht, – und kann trotzdem befürchten, dass grosse Massen sich dieser Verführung nicht versagen werden. Im Sinne dieser Entwicklung kämen die Verbände natürlich um ihre *Parlamentarisierung* nicht herum. Ob sie *sich gegen* die jetzigen nationalen Parteien oder in ihnen vollzöge: die Folge wäre in beiden Fällen eine gewisse Verleblendigung, vielleicht auch Verstärkung des rechten Parlamentsflügels, und das ist wirklich keine Perspektive, die uns zur Verzweiflung bringen brauchte. Sie liegt durchaus in der normalen Schwingungsbreite des politischen Pendels. Die faschistische Gefahr wäre durch diese Entwicklung überwunden.

Wenn freilich der Parlamentarismus und die Parteien aus den letzten Jahren gar nichts gelernt haben sollten, kann vor allem im

Falle verstärkter wirtschaftlicher Krisen, auch die *faschistische* Gefahr einmal akut werden. Diese Gefahr ist immerhin so gross, dass sie dem Parlamentarismus Anlass zur Selbstbesinnung geben könnte, zumal dazu auch ohne diese Gefahr Anlass genug vorhanden ist. Aber ernstliche Sorgen wird man sich nicht darum zu machen brauchen. So traurig unsere sozialen Zustände sein mögen – so chaotisch wie das Italien von 1922 ist das Deutschland von 1927 nicht, und wenn es einmal so weit kommen sollte, so würden einer faschistischen Aktion doch sowohl im Bürgertum wie vor allem in der Arbeiterschaft erheblich stärkere Kräfte gegenüberstehen als sie das liberale und sozialistische Italien aufzubringen hatte. Und auch die Mussolinis werden nicht vom Himmel herunterregnen. Franz Seldte sucht nach einem Führer: gewöhnlich pflegen sie ungesucht zu kommen. Ehrhardt, der mit dem Wiking zum Stahlhelm gestossen ist\*, wird auch der rechte nicht sein, wenn er auch dazugelernt zu haben scheint. Auch das was man bisher von den Einzelheiten des «Marsches nach Berlin» gehört hat, sieht wenig nach «Machtergreifung» aus. Man kann es sich nicht versagen, der «Deutschen Zeitung»\*\* einen kleinen Bericht nachzudrucken, der zu zeigen scheint, dass es bis zum endgültigen Marsch nach Berlin noch eine Weile dauern wird: «Der Frontsoldatentag des Stahlhelms hat begonnen. Den Auftakt bildete ein Empfang der Vertreter der Presse des ganzen Deutschen Reiches am Donnerstag abend im Hotel Prinz Albrecht in der Prinz Albrechtstrasse. Etwa 60 Vertreter der verschiedensten nationalen Zeitungen, unter ihnen auch Geheimrat Zechlin von der Reichspressestelle, wurden von den Bundesführern Seldte und Düsterberg, sowie deren tüchtigen und zuverlässigen Unterführern in der

\* Eine dem «Stahlhelm» nahestehende Zeitung.

\*\* Eine korporative Eingliederung des im Mai 1926 verbotenen Wiking-Bundes, die von der «Stahlhelm»-Führung angestrebt wurde, kam trotz Zusage von Ehrhardt nicht zustande. Auch Ehrhardt selbst verliess nach kurzer Zeit den «Stahlhelm» wieder.

herzlichsten und angenehmsten Weise empfangen. Nach kurzer Begrüssung und Erneuerung der Bekanntschaften setzte man sich an eine Tafel. In der Ecke des Saales stand eine Gulaschkanone, ein Hornist blies «Essen holen» und dann gab es Erbsensuppe mit Wurst. Zu dieser Erbsensuppe spendete der Landesverband Westfalen einen tüchtigen «Swarten Korn». Wie alte Soldaten sürzten sich die Stahlhelmer und, ihrem Beispiel folgend, die Pressevertreter mit hungrigen Mäulern über dieses genussreiche Mahl. Der Landesverbandsführer von Gross-Berlin erhob sich und hiess die Vertreter der Presse auf das herzlichste willkommen.»

Immerhin geht es bei den Nationalen nicht immer so sympathisch ungefährlich zu, – wie das Schicksal des Vertreters des Lokalanzeigers beweist, von dem wir hoffen wollen, dass er sich bei der Erbsensuppe der Stahlhelmer für die Prügel der Nationalsozialisten schadlos gehalten hat. Am Montag werden wir wissen, ob der Mittwoch- oder der Donnerstagabend, ob die Prügel oder die Erbsensuppe für den Stahlhelmtag symbolisch waren. Oder gar der «swarte Korn»?

7. Mai 1927



## Die politische Bewegung im Bürgertum

Was geht auf der Rechten vor? Zwölf Abgeordnete der Deutschnationalen sind aus ihrer Partei ausgetreten\*, haben sich ihrerseits in zwei Gruppen neuformiert, von denen die eine sich mit dem Christlichen Volksdienst verschmolzen hat. Beide Gruppen haben mit einer dritten, der Bauern- und Landvolkpartei eine Arbeitsgemeinschaft gebildet. Der Jungdo hat eine neue Partei gegründet, die freilich noch keinen Abgeordneten, sicherlich aber eine relativ stattliche Wählerzahl aufzuweisen hat. Das sind Umwandlungen, die deutlich in eine Richtung weisen. Von den Volkskonservativen des Herrn Treviranus bis zur Reichsvereinigung des Herrn Mahraun gilt, von Nuancen abgesehen, das gleiche Programm. Dass es noch keine neue geschlossene Partei erzeugt hat, mag zum Teil an den natürlichen persönlichen Schwierigkeiten liegen, zum Teil spricht es aber für die Klugheit dieser Leute: sie meinen mit Recht die Stunde dafür sei noch nicht ge-

\* Die zum gemässigten Flügel zählenden Abgeordneten hatten die DNVP aus Protest gegen den Kurs des Parteivorsitzenden, des Pressemagnaten Alfred Hugenberg (1865-1951), verlassen, der die Partei mit aller Kraft auf eine rechtsradikale Blockpolitik festzulegen versuchte. Einige von ihnen verbanden sich mit dem Christlichen Volksdienst, der fortan als Christlich-Sozialer Volksdienst auftrat. Die Übrigen kooperierten zunächst mit der Landvolkpartei als Deutschnationale Arbeitsgemeinschaft, um dann im Januar 1930 die Volkskonservative Vereinigung zu gründen. Zu den Mitgründern gehörte auch Gottfried Treviranus (1891-1971), der im ersten und zweiten Kabinett Brüning zum Minister aufrückte. Gottfried Mahraun (1890-1950) hatte Ende 1929 die Volksnationale Reichs Vereinigung gegründet und damit dem von ihm geführten Jungdeutschen Orden (vgl. Anmerkung S. 54) eine organisatorische Plattform für direkte parlamentarische Arbeit geschaffen. Die Volksnationale Reichs Vereinigung verschmolz im Sommer 1930 dann mit der DDP zur Deutschen Staatspartei. (Vgl. zur Gründung der Reichs Vereinigung auch Walter Dirks' Artikel «Die Volksnationale Reichs Vereinigung», Rhein-Mainische Volkszeitung, 10. April 1930.)

kommen, noch sei die Bewegung *im Fluss* und sie müsse im Fluss bleiben. Hugenbergs zentralistische Taktik hat abgeschreckt, – vielleicht lässt sich in lockeren Formen besser arbeiten. Die Bewegung ist ja auch in der Tat im Fluss. Die sehr aktive Reichsvereinigung junger Volksparteiler\* trennt von der «neuen Rechten», wenn wir sie so nennen wollen, nur die Taktik, es zunächst einmal *in* der Partei zu versuchen. Man glaubt dort, der blosse Druck von *aussen*, durch Neugründungen, werde die Parteien nur versteifen, sie zwar verkleinern, aber infolge der Massenträgheit doch auch stabilisieren. Zudem mag man dort die Werbekraft des Namens *Stresemann*\*\* nicht missen. Man sieht in ihm den Prototyp der Wandlung von der alten zur neuen Rechten, in *seinem* Zeichen will man siegen. Aber im Programm geht man mit Mahr-aun, Lambach\*\*\* und Treviranus einig. Und ist nicht auch von den Bestrebungen nach der neuen «Staatspartei der Mitte», etwas zu erhoffen? Kommt nicht mit der Volkspartei auch der nichttraditionale Flügel der Demokraten für die grosse neue Front der – nun muss man schon sagen – «neuen Mitte» in Frage? Das sind Perspektiven, die in der Tat den Verzicht auf eine voreilige Mobilisierung zu einer neuen Partei leichter machen.

Man kann das neue Gebilde, das sich da langsam zu formieren scheint, nicht mit einigen Worten definieren. Es ist wie die meisten politischen Gebilde nicht eindeutig bestimmt, – und zudem ist es ja noch nicht einmal fertig. Aber einiges lässt sich doch drüber sagen.

Zu einem guten Teil lässt sich die Bewegung aus den *sozialen Verschiebungen in den* Teilen des Volkes erklären, die wir nach

\* Die Nachwuchsorganisation der DVP.

\*\* zu Stresemann vgl. Anmerkung S. 52

\*\*\* Walter Lambach (1885-1943), Geschäftsführer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, war auf Druck Hugenbergs aus der DNVP ausgeschlossen worden und daraufhin der christlich-sozialen Reichsvereinigung beigetreten.

ihrer Ideologie und ihren Lebensformen «bürgerlich» zu nennen gewohnt sind. Mancher aus dieser Schicht schlief eines Abends als Bürger ein und erwachte anderen Tages als Angestellter. Er erkannte sich selbst und sah, dass er nackt war. Das heisst: er kam zum Bewusstsein seiner gesellschaftlichen Situation und erkannte den Gegensatz zwischen ihr und seinen politischen Denkformen. Dieser Vorgang bedeutet in allen bürgerlichen Parteien einen Ruck nach links.

Aber dieser soziologische Grund erklärt die Bewegung *nicht restlos*. Sie hat ja auch weite Kreise von Nichtangestellten, von Agrariern, Intellektuellen, selbständigen Kaufleuten und Industriellen ergriffen. Es handelte sich da um eine mehr oder weniger spontane Gegenbewegung anständiger und vernünftiger Bürger gegen unanständige und unvernünftige Politik ihrer Parteien. Das ist reichlich allgemein und unpolitisch gesprochen, – mit Absicht. Denn in der Tat spielt ein vorpolitisches Ethos, das auf Sauberkeit der Methoden, auf Loyalität, auf Anerkennung der Tatsachen geht, in den Programmen dieser neuen Gruppen eine grosse Rolle. Wenn wir wissen, dass aus solchen Gesinnungen kein politisches Ziel, kein politisches Bild, fähig zu wirken und zu formen, gewonnen werden kann, so haben wir dennoch keinen Grund, uns über die Säuberung unseres gemeinsamen politischen Arbeitsraumes, über die Isolierung der Unbelehrbaren zu freuen.

Eine dieser sympathischen vorpolitischen Frontstellungen, ist die gegen den «Parteiismus», die Herrschaft des Apparates, eine andere die gegen das *Interessententum*. Hier freilich wird es bereits kritisch. Die neuen Gruppen werden erst noch zu zeigen haben, wie sie in concreto mit den Interessen ihrer Wähler, den berechtigten, den überspitzten, den unberechtigten, fertig werden; politischer gesprochen: wie sie die wirklichen und berechtigten Interessen ihrer Wähler – und ihrer Nichtwähler, deren Ausgleich in der Tat mit zum politischen Handwerk gehört, in ihre ideologische Politik einbauen werden.

Die Front gegen die Interessentenpolitik erscheint in manchen Äusserungen der neuen Gruppen so sehr mit einem Mangel an soziologischem Denken verschwistert und dazu speziell mit einer Blindheit gegenüber der Bedeutung des Sozialismus als einer eigenen politischen Idee, dass schliesslich die neue Partei zur eigentlich alleinberechtigten, zur allumfassenden wird. Wenn man in der Sozialdemokratie nichts anderes als eine Arbeiterinteressenpartei sieht, gerade so unpolitisch und illegal wie die Wirtschaftspartei, wenn man aus der Verangestellung des Bürgertums nicht etwa die konkreten Schlüsse, sondern nur den ganz allgemeinen zieht, dass der fragwürdig gewordene Wert des «Bürgertums» durch den des «Volkes» zu ersetzen sei, – dann bleibt schliesslich freilich nur die eine Volks- und Staatspartei als legale Partei übrig. Dann *verflüchtigen* sich auch, statt sich umzuformen, die alten Scheidungen liberal und konservativ in dem einen grossen Nebelgebilde, das sich «Staatspartei» oder ähnlich nennt und alles andere illegal nennt. Natürlich verlieren sich nicht alle Glieder der neuen Front in diese Ideen. Von den Volkskonservativen z.B. kann man annehmen, dass sie konkrete politische Ideen haben, und von den speziell christlich gesinnten weiss man, dass schon ihre konfessionelle Bindung ihnen verwehrt, das Ziel zu weit zu stecken. Aber die grossen erwachenden Massen der Bürger und Angestellten und der Jugend scheint in der Gefahr zu stehen, ganz allgemeine und illusionäre Begriffe wie «Volk» und «Staat» als zur Grundlage politischer Willensbildung ausreichend zu halten.

Diese Kreise möchten heute die gereinigten Ideale des bürgerlichen 19. Jahrhunderts verwirklichen, nur weil sie damals nicht verwirklicht worden sind. Aber sie werden nie verwirklicht werden, denn die Welt hat sich schon vorher wieder verändert. Der Kapitalismus hat eine neue Lage geschaffen. Ihm ist mit der Beschwörung von «Volk» und «Staat» nicht beizukommen. So sym-

pathisch in manchem die neue Front rechts und in der Mitte ist,  
– sie verkennt die wirkliche Struktur der Gegenwart, sie weiss  
auf die entscheidenden Fragen *keine Antwort*.

März 1930

## Nationalsozialismus – heute oder für immer?

Die Anhänger des bestehenden Staates haben in der Nacht nach dem 14. September einen starken *Schock* bekommen.\* Die *Sorge*, in die er sich verwandelt hat, ist nicht unberechtigt: die staatsgegenerische Opposition hat eine bedenkliche Grösse erreicht, deren Bedrohung nur durch die grosszügige Zusammenarbeit der staatsstreuen Gruppen zu bannen sein wird. Wird diese Arbeit aber, selbst wenn sie jetzt zustandekommt, das *weitere* Anwachsen der nationalsozialistischen Lawine und damit die endgültige Katastrophe *verhindern* können? Ist der Nationalsozialismus eine *dauernde* Bedrohung der deutschen Politik, mit der man sich abzufinden, ja, mit der man sich auf die Dauer zu arrangieren hat, als mit einem politischen Faktor, der nun einmal da ist?

### Geschichtliche Bewegung oder Konjunktur?

Zur Begründung dieser Auffassung wurde schon vor den Wahlen und wird heute erst recht auf eine Parallele hingewiesen: den grossen Aufstieg, den bei den Wahlen vor dem Kriege die oppositionelle *Sozialdemokratie* genommen hat. So wie sich durch diesen Aufstieg die Sozialdemokratie als neuer *dauernder* politischer Faktor eingeführt und gehalten hat, so werden – heisst es bei jenen Pessimisten – auch der Nationalsozialismus von nun an ein bedeutender politischer Tatbestand bleiben.

\* Bei den Reichtagswahlen am 14. September 1930 gewann die NSDAP 18,3% der Wählerstimmen und steigerte die Zahl ihrer Mandate von 12 auf 107.

### Stimmt diese Parallele?

Sie stimmt *nicht*: Das zeitweilig so schnelle Anwachsen der sozialistischen Massenpartei kann nicht mit dem jetzigen Aufschwung der Nationalsozialisten verglichen werden. Wenn auch beide Bewegungen zweifellos auf Veränderungen in der Struktur des *Wirtschaftslebens* und der *Gesellschaft* zurückgehen, so zeigt sich doch gerade auch in dieser Hinsicht ihre *Verschiedenheit* am deutlichsten. Eine ganze in sich homogene neue *Klasse* kam damals zum Bewusstsein ihrer gesellschaftlichen Macht, eine Klasse, die sich gebildet hatte auf Grund relativ gleichen Schicksals, das auf den gleichen wirtschaftlichen Existenzbedingungen beruhte, nämlich der besitzlosen Lohnarbeit. Der Sozialismus hatte also seiner Theorie nach auf Jahre hinaus ein noch nicht ausgeschöpftes Reservoir von Massen vor sich, die er in zielbewusster Agitationsarbeit über ihre soziale Existenz «aufklären» und damit für sich gewinnen konnte. Dieser Verwurzelung in realen wirtschaftlichen Existenzbedingungen, die ihre Struktur kaum ändern konnten, verdankten die Sozialdemokratie wie auch die nichtsozialistischen Organisationen der Arbeiterbewegung ihren stetigen und sicheren Aufstieg. Zudem hatte das ganze neue Ethos der Arbeiterbewegung und innerhalb der Sozialdemokratie selbst die umfassende sozialistische Theorie die Massen politisch geformt und gebildet, so dass *Einbrüche* in diesen relativ soliden politischen Block auch heute noch – das Wahlergebnis zeigt es – sehr *unwahrscheinlich* sind.

Das Anwachsen der Nationalsozialisten aber ist eine ausgesprochene *Konjunkturercheinung*. In jedem System gibt es den Ort, wo sich die Missvergnügten sammeln. Ein solcher «Schutt- abladeplatz», ein solches Sammelbecken der «Abfallprodukte», die sich in die Nachkriegsordnung nicht einordnen konnten oder wollten, scheint uns in der Tat die NSDAP zu sein. In ihr finden sich die heterogensten Elemente zusammen, die sich nur in der radikalen Ablehnung alles Bestehenden einig sind, die aber we-

der eine konstruktive Vorstellung der *Zukunft* noch eine gemeinsame *soziale Wurzel* haben. Ihr «Programm» ist ein Sammelsurium einander widersprechender Parolen, die sie immer kritiklos und oft gewissenlos übernehmen, unter dem einzigen Gesichtspunkt ihrer propagandistischen Wirksamkeit. Antisemitismus und andere Ressentiments, manches echte und viel falsches Gefühl für das Volk und die Nation, viel unbestimmter Aktivismus, Deklassierte der Vorkriegsordnung, desorientierte Kleinbauern und Arbeiter, am meisten aber Kleinbürger und Angestellte, die durch die Folgen der Wirtschaftskrise in ihrer bürgerlichen Sicherheit erschüttert worden sind, – und noch vieles andere haben sie in sich aufgenommen, das einmal doch wieder auseinanderfliegen wird. Sie hat das nicht, was über alle Krisen hinweg doch die Sozialdemokratie und die andere Arbeiterbewegung gehabt hat: eine zuverlässige Substanz. Was sie an deren Stelle vorweist, den «Willen zur Macht», kann ohne eine solche politische Substanz kein politisches Lebensrecht und kein Vertrauen beanspruchen und auf die Dauer auch kein politisches Leben aufrechterhalten.

### **Falsche Antwort und ihre Lehre**

Es gibt aber noch ein anderes Ereignis, das wirklich in Parallele zu dem Aufstieg der Nationalsozialisten gesetzt werden kann: *das Anschwellen der radikalen Rechten bei der Reichstagswahl 1924A* Damals hatte die radikale Rechte einen noch höheren Prozentsatz der Mandate besetzt als heute. Zwar war die Verteilung auf die beiden Gruppen, die damals wie heute die extreme Rechte bildeten, die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten, um-

\* Bei den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 hatte die DNVP 19,5% und die mit den Nationalsozialisten verbündete Deutsch völkische Freiheitspartei 6,5% der Stimmen erzielt, was 95 bzw. 32 Mandaten entsprach.



gekehrt wie heute, indem die Hauptsiegerin die deutschnationale Partei war, aber dafür stand diese Partei damals der konstruktiven Staatspolitik noch sehr feindlich gegenüber, mindestens so feindlich, wie heute der Hugenbergsche Teil der alten Deutschnationalen.\* Es lag also in der Tat ein *ähnliches* Wahlergebnis vor wie heute.

Nun war dies Wahlergebnis zweifellos die Folge einer ganz bestimmten akuten sozialen Krise, einer aussergewöhnlichen Beengung der Lebensmöglichkeiten, vor allem der kleinbürgerlichen und mittelständischen Schichten, nämlich der *Inflation*, die zwar soeben bewältigt war\*\*, deren verstörende Wirkung aber im Mai 1924 noch lange nicht aufgehoben war und in den Wahlen noch stark sichtbar wurde. Die Verzweiflung und Verärgerung nicht zuletzt auch der sonst Unpolitischen schuf sich in der rechtsradikalen Welle ihren Ausweg: wenige Jahre später waren die Deutschnationalen zu den 51 prozentigen *Ja*sagern geworden\*\*\* und die rechtsradikale Welle lief bei der Wahl von 1928 weit zurück.

19. September 1930

\* Alfred Hugenberg (1865-1951) (vgl. auch Anmerkung S. 58) gehörte zum alldeutsch-nationalistischen Flügel der DNVP, deren Vorsitzender er seit Oktober 1928 war. Hugenberg führte die Deutschnationalen auf den Kurs einer konsequenten Oppositions- und Obstruktionspolitik und suchte zugleich eine Zusammenarbeit mit anderen rechtsradikalen Organisationen wie dem «Stahlhelm» und den Nationalsozialisten.

\*\* Mit der Schaffung der «Rentenmark» war im November 1923 die galoppierende Inflation gestoppt und die Grundlage für eine stabile Währung geschaffen worden.

\*\*\* Bereits im August 1924 hatte etwa die Hälfte der DNVP-Abgeordneten für die Annahme des Dawes-Plans, der die Reparationsfrage neu regelte, gestimmt und der Minderheitsregierung damit zur für eine Verfassungsänderung notwendigen Mehrheit verholfen.

## Hitler und die Armee

Ob das Reichsgericht die Ulmer Offiziere wegen nachgewiesener «Zellenbildung», «Zersetzung», «Aufwiegelung» verurteilt oder unter dem Titel «nicht nachweisbar» freispricht, ist für die drei Angeklagten selber von Belang.\* So oder so, – wir werden die Lehre aus dem Prozess, und die Nationalsozialisten den Gewinn daraus ziehen. Verurteilt man die jungen Leute, so hat die Bewegung einige ganz patente Märtyrer, nicht Märtyrer aus Strassenprügeleien mit Rotfront oder der Schupo, nicht Märtyrer aus Beleidigungs- und Verleumdungsprozessen, in denen ja doch meistens alle Beteiligten Unrecht haben, sondern fixe Kerle, anständige und in jeder Beziehung einwandfreie junge Männer, die mit ihrem Idealismus, ihrer Vaterlandsliebe, ihrer Wahrhaftigkeit und ihrem Aktivismus ein Opfer der knochenerweichten demokratischen Justiz – (die anderen jungen Reichswehroffiziere werden sagen: Ziviljustiz) geworden sind. Werden sie aber freigesprochen, so ist der Nationalsozialismus durch das Urteil des obersten deutschen Gerichts als eine legale und vaterländische Sache anerkannt. Es fragt sich, ob er das wäre, aber nicht die Urteilsbe-

\* Drei Offiziere des Ulmer Artillerieregiments waren wegen hochverräterischen Beziehungen zur NSDAP angeklagt. Als Zeuge in diesem Prozess hatte Hitler am 25. September, elf Tage nach dem überraschenden Erfolg seiner Partei bei den Reichstagswahlen, unter Eid versichert, die Nationalsozialisten würden ihre Ziele ausschliesslich auf legalem Wege verfolgen, also keinen gewaltsamen Umsturz vorbereiten und auch die Reichswehr nicht zersetzen. Gleichzeitig hatte er jedoch auch angekündigt: «Wenn unsere Bewegung siegt, dann wird ein neuer Staatsgerichtshof zusammentreten, und vor diesem wird das Novemberverbrechen von 1918 seine Sühne finden. Dann allerdings werden Köpfe in den Sand rollen.» Das Gericht verurteilte die drei Offiziere zu je 18 Monaten Festungshaft, zwei von ihnen wurden ausserdem aus dem Dienst entlassen.

gründung würde gelesen, sondern nur das Urteil. Es ist nun einmal so: Wer hat, dem wird noch dazugegeben, dem Erfolgreichen gereichen alle Dinge zum Besten, und dem Sieger vom 14. September, dem der Prozess schon die Tribüne für eine grosse Rede zur Verfügung stellte, wird auch die erste Frucht dieses Prozesses zufallen. Wenn es schon so ist, so wollen wir wenigstens von den lehrreichen Einzelheiten des Prozesses so viel profitieren, wie eben möglich ist.

Wir haben zunächst einmal wieder einen Blick in die Reichswehr tun dürfen. Die Angeklagten, die Zeugen und die Sachverständigen sind sich im Grunde alle einig, und der Vernehmungsverlauf ist ein überzeugender Beweis des einheitlichen Geistes unserer Armee.

Gewiss, es gibt auch Unterschiede. Die älteren Offiziere nehmen es mit der alten militärischen Pflichterfüllung genauer, ihr Pflichtbegriff ist der oberste Begriff, vor dem es eigentlich keine wirklichen Gewissenskonflikte gibt, weil er ja alles andere zu deckt. Die jüngeren sind problematischer, mehr von dem vielbeschworenen Geiste der modernen Zersetzung angesteckt. Sie erlauben sich, inhaltliche Ziele und Bindungen neben dem Pflichtgefühl, ja gegen es zu denken. Was geschieht, wenn mein Vorgesetzter etwas befiehlt, was gegen das Interesse der Nation geht? Pflicht oder Vaterland? Vielleicht haben sie den «Prinzen von Homburg» gelesen, und denken? «In den Staub mit allen Feinden Brandenburgs» – auch wenn es ihnen einmal glücken sollte, in deutschen Ministersesseln zu sitzen. Verschieden sind auch die Meinungen über die beste Methode der nationalen Vertiefung im Heer: die einen erwarten sie von oben, die anderen, wiederum die Angesteckten, von unten her, durch Propaganda und Zellenbildung. Auch über das Reichswehrministerium ist man sich nicht einig. Das Ministerium selber hält sich für zuverlässig, während ihm die meisten Offiziere nicht recht trauen.

Aber einig sind sich alle darin, dass das Heer das Rückgrat der Nation sei und auf immer bleiben müsse, dass es mit dem Pazifismus und überhaupt mit allem Internationalen nichts sei. Mit einem Wort: das Heer steht mit seiner Gesinnung *rechts*. Wir haben das immer vermutet, aber dieser Prozess hat es wieder einmal vordemonstriert.

Es gibt natürlich viele verständliche Gründe dafür, einige unvermeidbare, die im Wesen des Militärischen liegen, und einige vermeidbare, die mit der sozialen Zusammensetzung und mit der historischen Belastung des Heeres Zusammenhängen. Es kann nicht mehr viel nutzen, festzustellen, von wem und wann und wodurch der Fehler gemacht worden ist, aber die Tatsache ist unbestreitbar: es fehlt dem Heer der nötige Tropfen pazifistischen Öls, es fehlen ihm Offiziere mit dem Linksaspekt des Lebens.

Möglich wird dies ganze System dadurch, dass es sich hinter einem Schirm von sehr ehrbaren und unantastbaren Begriffen abspielt: Gehorsam, Unparteilichkeit, Staatstreue. Es besteht kein Zweifel darüber, dass diese Begriffe ehrlich gemeint sind. Sie reichen auch in normalen Zeiten aus. Nun tritt aber die Reichswehr weniger in normalen Zeiten als vielmehr gerade in anormalen Zeiten in Funktion. Was geschieht, wenn die Grenzen zwischen Partei und Staat zu schwanken beginnen? Wenn es nicht ganz eindeutig ist, wo der Staat steht? Wenn der Staat einen Riss erhält, wenn zwei Parteien *um* den Staat kämpfen? Wonach entscheidet sich in diesem kritischen Augenblick, in dem *sie* wirklich entscheidet, die Reichswehr? Nach ihren Sympathien, – steht zu befürchten. Und umso leichter und hemmungsloser, je eindeutiger sie sind, je weniger Gegengewichte sie in sich selber haben, je einseitiger ihre sozialen und politischen Beziehungen sind. Gewiss, ein «Verrat» ist wohl nicht zu befürchten. Solange kein Zweifel darüber besteht, wer zu befehlen hat, wird die Reichswehr treu, loyal, unparteilich, unpolitisch gehorchen. Wenn aber ein Zweifel besteht, – dann werden die Maschinengewehre der

Reichswehr auf der Rechten stehen. Das ist für die, welche den Rahmen des «Staates» mit sozialem Inhalt zu füllen suchen, nicht gerade eine beruhigende Erkenntnis.

Herrn Hitlers Rede passt dazu. Er will mit legalen Mitteln zur Macht kommen. Er meint, wenn er «legal» sagt, natürlich etwas anderes, nämlich «ohne Risiko». Wenn er nach der Methode vom 14. September 1930 geht, weshalb soll er es dann auch mit der vom Bräuhauskeller\* machen? Die Herren von der Reichswehr haben ihm ja deutlich genug gesagt, wieviel lieber sie ihm als den jetzigen Herren gehorchen würden, – wenn er nur ihre Legalität nicht stört. Das Reichswehrministerium oder vielleicht sogar schon das Staatssekretariat darin genügen ja, um die Bande der Sympathie zu festeren Banden zu machen. Ist es so weit – und nur wenige Mandate und die politische Charakterfestigkeit weniger Männer steht zwischen dem heutigen und jenem Tage – dann bleibt uns nicht erspart, was uns erspart bleiben sollte und erspart bleiben könnte: einige Jahre kapitalistischer Diktatur mit faschistischen Mitteln.

Es wäre Zeit, dass sich auch der Teil der Linken das überlegte, der die Kritiker der Reichswehr mit der «Wehrhaftigkeit» mundtot machen will. «Wehrhaftigkeit» in Ehren, aber gegen wen? Darauf kommt es *auch* an!

Ja, gegen wen? Innenpolitisch ist diese Frage klar: sachlichunpolitisch gegen links. Aussenpolitisch steht nur fest, *dass* gekämpft werden muss. Über den Gegner ist dagegen noch keine Einigung erzielt. Da sind die Youngmächte\*\* und der ganze

\* Hitler hatte am 8. November 1923 mit bewaffneten SA-Männern eine vom bayrischen Regierungschef einberufene Versammlung im Münchner Bürgerbräukeller gestürmt, Landes- wie Reichsregierung für abgesetzt erklärt und die «Nationale Revolution» ausgerufen. Der Putschversuch war jedoch bereits am nächsten Tag gescheitert.

\*\* Der Young-Plan, der am 12. März 1930 im Reichstag angenommen worden war, setzte die endgültige Summe der an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs zu zahlenden Reparationen neu fest. Über einen Zeitraum von 59 Jahren hatte das Deutsche Reich jährlich eine Summe von durchschnittlich zwei Mil-

westlerische Geist auf der einen und da ist der Bolschewismus auf der andern Seite. Soll man mit den tüchtigen russischen Kriegern und Gasfabriken zusammen erst einmal die lästigen Polen (und Tschechen) ausrotten und dann mit den Italienern zusammen Frankreich schlagen? Oder soll man zunächst einmal Europa vor den Bolschewiken retten? Herr Hitler hat eine Antwort gegeben. Er scheint nicht zu wissen, dass auch in England seine Leipziger Rede, legal im Innern, illegal gegen die andern, gehört worden ist, stellt sich neben Lord Rothermere\*, der auch Dilettant ist, und macht in aller Gemütsruhe dem englischen kapitalistischen Imperialismus den Vorschlag, mit seinem dritten Reich zusammen gegen die Russen zu gehen. Nun, es ist noch nicht so weit, und Herr Hitler wäre zu ernst genommen, wenn man dies Interview für Aussenpolitik hielte. Eine ernsthafte Gefahr besteht hier solange nicht, als die Aussenpolitik durch die Umstände diktiert ist. Auch ein nationalsozialistischer Minister wird sich gewissen ehernen Tatsachen nicht entziehen können. Es genügt schon ein Wahlerfolg, um diesen Tatsachen näherzurücken. Aussenpolitischer Erfolg «durch den vereinten Willen des deutschen Volkes, *bis die andere Seite überzeugt ist*», – das ist nicht die Sprache des Volksbegehrens gegen die «Youngverbrecher», sondern dessen, der damit rechnet, die nächste Reparationsabrechnung selber unterschreiben zu müssen. Die eigentliche nationalsozialistische Gefahr liegt im Innern, und die ist ernst genug.

liarden Mark aufzubringen. Die Alliierten erklärten sich ihrerseits zur vorzeitigen Räumung des besetzten Rheinlands bereit. Von den Rechten wurde der Plan als weitere Knebelung Deutschlands scharf bekämpft: DNVP, «Stahlhelm» und NSDAP starteten ein Volksbegehren und einen Volksentscheid gegen den Young-Plan, die zwar erfolglos blieben, aber den Nationalsozialisten eine beträchtliche Erweiterung ihrer Propaganda ermöglichten.

\* Der konservative britische Zeitungsmagnat Lord Rothermere (1868-1940) feierte den Wahlsieg der Nationalsozialisten vom 14. September als Verstärkung der antibolschewistischen Kräfte und gab Hitler in seinen Zeitungen Raum für propagandistische Erklärungen.

Sie heisst legaler Faschismus. Ihre Mittel sind das Gesetz und die gesetzliche Macht der Reichswehr.

4. Oktober 1930

## Brüning und Hitler?

### *Kombinationen um Kombinationen*

Die grotesken Zahlenverhältnisse der hessischen Wahlen\* lassen sich (aufs Reich übertragen) nicht ohne Weiteres in die politische Wirklichkeit umsetzen, denn die Wählerstimmung stellt nur einen Teil der wirklichen politischen Mächte dar. Auch die in diesen Zahlenverhältnissen nahegelegte Kombination *Hitler/Brüning* ist als einfache Realisierung dieser Zahlenverhältnisse, als Politik mit nationalsozialistischem Schwerpunkt und mit einer der Parteigrösse entsprechenden Zentrumsbelastung, unvollziehbar. Wenn eine solche Regierung einigermaßen die nationalsozialistischen Wählermassen befriedigen wollte, so hätte sie mit so vielen Widerständen zu rechnen, dass sie dann bald zu einer Zuspitzung in Sache und Form gezwungen würde, die wiederum für das Zentrum nicht tragbar wäre.

Aber wenn schon nicht Hitler mit Brüning – wie steht es dann um die Möglichkeit *Brüning mit Hitler*?

Diese Kombination ist von Herrn *Habermann* vom DHV\*\* aufgebracht worden, noch vor den hessischen Wahlen, und sie verleugnet den Ort ihrer Entstehung nicht. Sie ist, in der Intention

\* Bei den hessischen Landtagswahlen vom 15. November 1931 hatten die Nationalsozialisten gewaltige Stimmengewinne erzielt und waren von einem auf 27 Sitze angewachsen. Die SPD erreichte 15 Sitze, KPD und Zentrum jeweils 10. Das einzige mehrheitsfähige Parteienbündnis wäre eine Koalition von Zentrum und NSDAP gewesen, die zusammen über 37 von 70 Mandaten verfügten. Die KoalitionsVerhandlungen scheiterten jedoch, da die Nationalsozialisten faktisch die Alleinherrschaft verlangten, und so führte die alte Koalition aus Zentrum und SPD die Regierungsgeschäfte ohne Mehrheit weiter.

\*\* Hans Max Habermann (1885-1944). Sprecher des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbands (DHV), der grössten Angestelltengewerkschaft innerhalb des christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbundes, bemühte sich um eine Annäherung zwischen NSDAP und Zentrum, die er zum gemein-



ihrer Entstehung, die *Kombination der nationalen Arbeitnehmer*.

Als solche hat sie zunächst die alte und bewährte antimarxistische Front, eine Front, die nicht nur grosse Mode ist, die nicht nur im letzten Wahlkampf noch die Front Brünings war, die nicht nur die Lieblingsidee der Nationalsozialisten ist, sondern vor allem eine der Hauptbeschäftigungen des DHV, der seine Leute vor nichts mehr zu behüten sucht, als vor der gefährlichen Lehre der Konkurrenz. Sie hat aber auch, und das ist das Spezifische an ihr, eine stark *antikapitalistische* Note. Die grosse Zahl der nationalsozialistischen Mandate und die Kraft der Volksbewegung soll Brüning in die Lage versetzen, endlich einmal der kleinen aber einflussreichen Gruppe des bei Hugenberg und in der Deutschen Volkspartei stehenden Grosskapitals die Stirne zu bieten, und dem Nationalsozialismus soll umgekehrt die Verbindung mit dem Zentrum die Möglichkeit geben, sich von der sozialreaktionären Belastung der Harzburger Front\* zu lösen. Die breiten Massen des benachteiligten Mittelstandes, die Masse der Bauern, die Mehrheit der Angestellten, die christlichen Arbeiter, also alles was nach seiner sozialen Situation «links», nach seiner Ideologie «rechts» steht, wäre in dieser Kombination zusammen. Sie

gehen gegen die von Alfred Hugenberg angeführte soziale Reaktion zu bewegen hoffte.

- \* Die Kräfte der «nationalen Opposition», an der Spitze DNVP, NSDAP und «Stahlhelm», hatten sich am 11. Oktober 1931 im Rahmen einer Grosskundgebung zur Harzburger Front zusammengeschlossen mit dem Ziel, die Regierung Brüning zu stürzen. Auch Vertreter von DVP und Schwerindustrie hatten am Bad Harzburger Treffen teilgenommen. Die grösste Beachtung in der Öffentlichkeit hatte eine Rede des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht (1877-1970) gefunden, in der er die Reichsmark für völlig marode erklärte und der Regierung Verschleierung der katastrophalen wirtschaftlichen Lage vorwarf. Signalisierte die Harzburger Front auch eine Bündelung der oppositionellen Kräfte von rechts, so blieben die Gegensätze zwischen den beteiligten Organisationen doch weiter virulent. Die Harzburger Front zerbrach schliesslich 1932, als die DNVP sich weigerte, die Kandidatur Hitlers für das Amt des Reichspräsidenten zu unterstützen.

entspräche so genau der Situation des DHV, dass er und die geistig benachbarten Gruppen, die in der Wahl vom 14. September ihre grossen Hoffnungen so arg getäuscht sahen, auf diesem indirekten Wege die wichtige Funktion der Mittelstellung und der Vermittlung erhalten würden. Man stelle sich nur sehr lebhaft Herrn Treviranus\* vor, zwischen Hitler und Brüning! Brüning hätte in dieser Kombination eine breite Basis für ein nationales und soziales Rettungswerk, und so ist die Sache auch wohl ideal gedacht: man möchte die Qualität Brüning, d.h. den Mann selber, mit ihm den Sachverstand, das Ethos, die Mässigung, die Autorität, kurz den *Realismus der Brüning'schen Sache mit der grossen Volksbewegung Hitlers* verbinden und aus der Kraft dieser Verbindung den kapitalistischen Egoismus der Agrarier und der Industrie, aber auch den Marxismus überwinden. Man erstrebt so etwas wie eine *geläuterte Rechte*, d.h. eine nationale Rechte, die von der Sünde des kapitalistischen Egoismus und von der nationalsozialistischen Phrase gereinigt ist.

Dieser Vorschlag ist zunächst als Symptom interessant, als Symptom nämlich für die Breite der Schichten in der «linken» Situation, d.h. der im Kapitalismus benachteiligten Schichten. Man kann heute schon Mehrheiten ausrechnen, die als antikapitalistische Mehrheiten auf der Rechten gedacht sind, d.h. die die soziale Reaktion *und* die ganze antikapitalistische Linke überstimmen sollen. Man sieht daran, wie nahe wir am Sozialismus *wären*, wenn die Antikapitalisten einig wären, und wie nahe wir an der Gefahr des «Faschismus» sind: denn diese Zahlen *müssen* für die Wirtschaftsherren ein schlagender Beweis dafür sein, dass die Demokratie, als die Apparatur, in der der Kapitalist trotz aller

\* Gottfried Treviranus (1891-1971) und die von ihm nach seinem Austritt aus der DNVP gegründete Volkskonservative Vereinigung (vgl. Anmerkung S. 58) hatten sich mit einer anderen Gruppe gemässigter Deutschnationaler, die ebenfalls aus Protest gegen Hugenberg die DNVP verlassen hatte, zur Konservativen Volkspartei zusammengeschlossen.

Politik des «divide und impera» doch einmal überstimmt werden kann, auf dem schnellsten und sichersten Wege durch eine zuverlässigere Apparatur ersetzt werden muss.

Aber ist diese Kombination auch *realpolitisch* beachtlich? Ist mir ihr mit irgendeinem Grade von messbarer Wahrscheinlichkeit zu rechnen?

So wie sie gedacht ist, als Politik der nationalen Arbeitnehmer, sozusagen als Politik des nationalen «Sozialismus», ganz sicher nicht. Würde sie ernsthaft so angelegt, so würde sie sofort auf den verzweifelten Widerstand der erwähnten Wirtschaftsherren stossen, dem sie keine ebenso einheitliche und positive zuverlässige Kraft entgegenzusetzen hätte: der Harzburger Front entspricht vorläufig noch ein solcher Grad von gegenseitiger Verfilzung mannigfaltiger Art, dass eine NSDAP, die durch keine Spaltpilze geschwächt wäre, einfach nicht verfügbar wäre. Aber auch die Wehrmacht des Reiches wäre mit den Betroffenen gesellschaftlich soweit identisch, dass sich auch in dieser Hinsicht ein konsequentes energisches Vorgehen gegen den Kapitalismus verbieten würde. Eine solche Regierung sässe zwischen den Marxisten und den mächtigen Herren so sehr in der Klemme, dass sie ebensowenig zu durchgreifenden Massnahmen in der Lage wäre, wie die gegenwärtige Regierung dazu in der Lage ist. Die Basis dieser Regierung wäre für eine aktive revolutionäre Politik zu schwach, von den sachlichen Schwierigkeiten der Krisenbekämpfung ganz zu schweigen.

Dennoch ist an dieser Kombination etwas daran. Hinter ihrer Idealgestalt – vom Standort etwa des DHV oder des Herrn Treviranus aus gesehen – zeichnet sich eine Realgestalt ab, die ernster zu nehmen ist. Es wäre denkbar, dass es Herrn Brüning einmal notwendig erscheinen müsste, gegenüber gewissen Bindungen grossagrarischer Art, die in der Frage der Osthilfe\* wieder einmal sehr deutlich geworden sind, und gegenüber anderen für sein

\* Die staatlichen Massnahmen zur Stützung der ostdeutschen Wirtschaft kamen

Werk gefährlichen Mächten, die an der Ruhr sitzen, sich freie Hand zu schaffen, – eine Absicht, die er nur bei einer Verstärkung seiner jetzigen Basis durchführen könnte. Es ist klar, dass er dies Ziel durch eine antikapitalistische Koalition mit Hitler nicht erreichen könnte-, selbst wenn wir voraussetzen wollten, dass er selber für eine prinzipiell antikapitalistische Politik zu haben wäre und wenn wir weiter voraussetzen wollten, dass sich die NSDAP in einem unwahrscheinlichen Grade geläutert und für die Führung Brüning's reif gemacht hätte. Sollte es sich aber ergeben, dass aus der bekannten Interessengegnerschaft innerhalb der Landwirtschaft und aus gewissen ganz ähnlich laufenden Interessengegnerschaften zwischen der intransigenten Ruhrindustrie und der verarbeitenden Industrie politisch etwas zu machen wäre, – so würde die so gewandelte Kombination nicht mehr so utopisch aussehen wie der Traum vom Ende des Kapitalismus in der nationalen Fronde. Eine nur gegen ganz bestimmte, in gewisser Weise schon heute isolierte Gruppen innerhalb des industriellen und agrarischen Kapitalismus gerichtete Politik, die sich in anderen Sektoren des Kapitalismus starke Stützpunkte zu schaffen wüsste, der Gefahr des Entgleitens der Reichswehr enthoben, eine durch scharfe Massnahmen gegen den östlichen Boden und gegen Kohle und Eisen populäre und vielleicht dadurch sogar die SPD mattsetzende Politik, – das wäre vielleicht für eine gewisse Zeit die festeste Grundlage für die Fortsetzung des Brüning'schen Versuchs, auch über die Preussenwahl\* hinaus. Wie der Brüning'sche

vor allem der Sanierung der hochverschuldeten Rittergüter zugute, deren Besitzer im Reichspräsidenten Hindenburg (1847-1934) einen einflussreichen Fürsprecher besaßen. Abwicklung wie auch finanzielle Lasten der Osthilfe wurden zunächst gemeinsam von Preussen und Reich getragen. Da Preussen jedoch weit strengere Kriterien bei der Kreditvergabe anlegte, gestaltete sich die Kooperation als äusserst schwierig, und Anfang November 1931 übernahm das Reich die alleinige Verantwortung.

\* Es wurde allgemein erwartet, dass bei den Landtagswahlen in Preussen, die für den 24. April 1932 anberaunt waren, die Koalition aus SPD, Zentrum und

Versuch selbst wäre diese Kombination immer noch nicht standfest, es ging ihr wie jetzt darum, angesichts der weltpolitischen Situation den Austrag des Klassenkampfes zu verhindern und Deutschland durch einen Quasifaschismus zwischen Faschismus und Kommunismus hindurchzulavieren. Diese Kombination wäre labil, sie hinge an mehreren Bedingungen, von denen noch nicht einmal die wichtigste, die ernsthafte *Legalisierung der NSDAP*, heute schon gegeben ist. Aber sie liegt im Bereiche der Möglichkeiten, und man wird gut daran tun, zu beobachten, was sich in dieser Richtung ereignet. Diese Kombination wäre, wenn sie zustande käme, die nächste grosse Etappe im Prozess der schleichenden Faschisierung Deutschlands. Die innere Auflösung und Umbildung der NSDAP und eine nochmalige Umgruppierung der Parteien, mit der Aktivität links, dürfte als folgende Etappe der deutschen Sozialgeschichte erwartet werden.

28. November 1931

Staatspartei ihre Mehrheit verlieren und damit ein wesentlicher Grund für die Tolerierung der Reichsregierung durch die SPD wegfallen würde, (vgl. dazu auch den folgenden Beitrag «Das Jahr der Gefahr 1932»)

## Das Jahr der Gefahr 1932

### Wird die Notverordnung ihr Ziel erreichen?

Die erste Frage, deren Beantwortung das kommende Jahr 1932 uns schuldig ist, ist die Frage nach der *Durchführbarkeit und Auswirkung der vierten Notverordnung*. \* Wird der starke Steuerrückgang, den wir zu erwarten haben, die Massnahme der Notverordnung überholen? Wird sich die Preissenkung im Massstab der Einkommensenkung faktisch durchführen lassen? Werden die starken Eingriffe in die Wirtschaft (Zinssenkung durch Diktat) ihr Ziel erreichen oder werden sie weitere Funktionsstörungen der Wirtschaft bewirken? Wird die Nominalsenkung der Preise und Einkommen den beabsichtigten wirtschaftspolitischen Effekt haben oder wird er durch die Schutzzollwelle illusorisch gemacht werden? Das alles sind sehr bange Fragen. Es gibt viele, die sie mit Sicherheit pessimistisch beantworten, es gibt keinen, der sie mit Sicherheit optimistisch beantwortet. Was wird geschehen, wenn die Zuspitzung der Krise doch zu einer stärkeren Realsenkung der Einkommen, also zu einer weiteren und entschiedenen Verschlechterung des Lebensstandards der Massen führen wird?

\* Die «Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren Friedens» vom 8. Dezember 1931 verband Lohnkürzungen von 10%, in Ausnahmefällen von 15%, sowie die Kürzung der Gehälter von Beamten und Angestellten um 9% mit umfassenden Massnahmen zur Senkung von Preisen, Mieten und Zinsen. Auf diese Weise hoffte Kanzler Brüning die Absatzchancen deutscher Produkte im Ausland zu steigern, ohne dass die Kaufkraft der Arbeitnehmer in Deutschland wesentlich abnahm. Die Verordnung war notwendig geworden zum einen wegen des enormen Haushaltsdefizits, zum anderen dadurch, dass die wichtigsten Handelspartner im Herbst 1931 ihre Währungen abgewertet sowie Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen beschlossen hatten.

In diesem Falle rückt die Gefahr von *sozialen Explosionen*, von Hungerrevolten nahe, – eine Gefahr, die umso ernster wird, weil solche Revolten, wenn auch vielleicht als spontane Entladungen der Massen entstanden, so doch die radikalen Parteien zum Handeln zwingen und damit sogar gegen den Willen der allermeisten politischen Faktoren den stillen Machtkampf in die akute Form zwingen würden. Hier ist also einer der Punkte, von denen aus unser bestehendes labiles politisches System aus dem Gleichgewicht geraten und sich in den *offenen Machtkampf* umsetzen kann. Wenn die gemässigten Vertretungen der Massen, die SPD und die Gewerkschaften, in dieser Stunde nicht Gefahr laufen wollen, von den revoltierenden Massen verlassen zu werden, werden sie sich zur Aufnahme des Kampfes entschliessen müssen, – eines Kampfes, der kaum mit ihrem Siege enden kann. Wird uns dieser zerstörende Kampf erspart bleiben? Die Verelendung hat eine Grenze des Tragbaren; wo diese Grenze liegt, wie weit Geduld und Resignation reichen, das ist schwer zu sagen; bestimmt kommt bei weiterem Absinken einmal der Punkt, wo die organisierte Vertretung der Massen entweder handeln muss oder aber sich selber ohnmächtig macht. Ob es bis zu diesem Punkt kommt, das hängt zunächst vom Erfolg der Notverordnung ab, und damit vor allem von der weiteren Entwicklung der Handels- und Wirtschaftspolitik der wichtigeren ausländischen Mächte. Der Reichskanzler hat sie nicht umsonst in seiner Rundfunkrede\* sehr ernstlich gewarnt.

\* Brüning begründete in seiner Rundfunkrede vom 8. Dezember 1931 vor allem die am gleichen Tag erlassene Notverordnung, warnte aber auch die Nationalsozialisten, aus deren Kreisen kurz zuvor Terrorpläne für die Zeit nach einer Machtübernahme bekannt geworden waren, vor Verfassungsbruch und drohte ihnen mit dem Ausnahmezustand.

## Die Preussen wählen

Der zweite grosse Gefahrenpunkt liegt in der *preussischen Landtagswahl*. Der preussische Block, die Koalition der Sozialdemokraten mit dem Zentrum im grössten Lande des Reichs, war ein wirksames Gegengewicht gegen Rechtsregierungen in anderen Ländern und gegen eine Rechtstendenz im Reich. Und nach der anderen Seite hin bindet dieser Block die mit der preussischen Bürokratie im Laufe der Jahre sehr verwachsene Sozialdemokratie stark an die Brünningsche Politik im Reich. Die Preussenwahl wird gewiss keine nationalsozialistische Mehrheit bringen, sie wird wahrscheinlich prozentual die nationalsozialistischen Zahlen der Hessenwahl\* nicht erreichen – aber sie wird bestimmt das Ende der Weimarer Mehrheit bringen und damit zum mindesten, auch wenn das Ministerium die Geschäfte weiterführen sollte, eine schwere Erschütterung der Autorität der preussischen Regierung zur Folge haben. Ihre Funktion als Klammer zwischen der Reichsregierung und der sozialdemokratischen tolerierenden Opposition, von deren Tolerierung die Politik Brünnings abhängig ist, wird dadurch sehr in Frage gestellt werden. Eine Labilität der preussischen Regierungsverhältnisse bekäme ihr besonderes Gewicht durch die Bedeutung der preussischen *Schutzpolizei*. Berlin und das Ruhrgebiet sind die beiden Stellen, an denen sich die politische Entscheidung in etwaigen Kämpfen konzentrieren wird. In diesen Gebieten stellt bis zu einem etwaigen Eingreifen der Reichswehr die preussische Schutzpolizei die stärkste Macht dar. Es wird alles darauf ankommen, in welcher Weise sie in entscheidenden Stunden eingesetzt wird, – und das hängt wiederum von der Zusammensetzung und von der Autorität der preussischen Regierung ab. Deshalb ist die Preussenwahl von ganz anderem Gewicht als etwa die Hessen wahl. Ihr Ausgang kann schwere Erschütterungen auslösen.

\* Zur hessischen Landtagswahl vgl. Anmerkung S. 73.



## Die Reichspräsidentenwahl

Noch bedenklicher macht uns der dritte Gefahrenpunkt des nächsten Frühjahrs, die *Reichspräsidentenwahl*.<sup>\*</sup> Hindenburg scheint entschlossen zu sein, sich nicht wieder aufstellen zu lassen. Sollte er an diesem Entschluss festhalten, so würden sich in dieser Wahl alle Schwierigkeiten konzentrieren: es bestünde kaum eine Aussicht, ohne grundlegende Änderungen der Staatsform des Reiches aus diesen Wirrungen herauszukommen. Herr Hitler ist als Ausländer von der Kandidatur ausgeschlossen: sein Stellvertreter wird im ersten Wahlgang unterliegen, es ist aber durchaus fraglich, ob sich im zweiten Wahlgang auf einen bürgerlichen oder sozialistischen Kandidaten die Stimmenzahl vereinigen lässt, die den Nationalsozialisten in die Mehrheit brächte. Man wagt noch nicht von der Möglichkeit eines nationalsozialistischen Reichspräsidenten zu sprechen, – weil sie das Ende der Demokratie bedeuten würde. Über die in Krisenzeiten konzentrierte Machtbefugnis des Reichspräsidenten ist in diesem Heft an anderer Stelle zu lesen.<sup>\*\*</sup> Macht der Reichspräsident gar darüber hinaus einen Staatsstreich, so gibt es abseits des illegal gewordenen Präsidenten *überhaupt keinen Ort der Legalität* mehr, sondern für alle Beteiligten nur noch die *freie Option* aus der politischen Substanz, aus dem Interesse, dem politischen Gewissen, der nächstliegenden Chance. Es ist ziemlich ausgeschlos-

\* Nachdem Versuche Brüning's gescheitert waren, durch eine Verfassungsänderung die Amtszeit Hindenburgs zu verlängern, waren für den 13. März 1932 Reichspräsidentenwahlen angesetzt. Hindenburg hatte zunächst eine erneute Kandidatur abgelehnt, da diese wohl von SPD, Zentrum und der gemäßigten Rechten unterstützt wurde, nicht aber von der «nationalen Opposition». Erst eine Rücktrittsdrohung Brüning's vermochte Hindenburg umzustimmen. Sein mächtigster Gegenkandidat wurde Hitler, dessen Kandidatur möglich geworden war, nachdem ihm ein Braunschweiger Parteigenosse und Minister die deutsche Staatsbürgerschaft verschafft hatte.

\*\* Wolfgang Brobeil: Die Stellung des Reichspräsidenten, in: Werkhefte Junger Katholiken (Frankfurt/M.), 1. Jg., Heft 4, Januar 1932, S. 15/16

sen, dass aus diesem Kampf, in dem die Reichswehr das entscheidende Wort sprechen würde, etwas anderes als ein offener, wenn auch mit Rücksicht auf das Ausland gemässigter *Faschismus* hervorgehen würde.

Es nützt gar nichts, vor diesen Möglichkeiten die Augen zu verschliessen. Man wird vielleicht Hindenburg bewegen können, von seinem Entschluss abzugehen und mit einer Kandidatur Hindenburgs die nationalsozialistischen Wählermassen zu spalten und das gegenwärtige System weiter aufrechtzuerhalten. Sagt Hindenburg nein, so erscheinen die grössten Erschütterungen unvermeidlich.

So kann von mehreren Punkten aus das labile Gleichgewicht gestört, das künstliche Gefüge der gegenwärtigen Regierung zerbrochen werden. In einem solchen Augenblick wird es auf die wirklich verfügbaren aktiven Kampfkräfte ankommen. Eine *mittlere* Front gegen rechts *und* gegen links wird kaum aus sich heraus die Kraft zum Sieg haben. Ob sie über die Machtmittel des Staates verfügen können, ist sehr zweifelhaft, denn so sehr wir uns daran gewöhnt haben: nicht immer ist die Mitte der Staat. Und so werden, wenn Brüning stürzen sollte, *die* Gruppen die grosse Chance haben, die sich mit den Machtmitteln des Staates zu verständigen wissen werden.

## Die Wirtschaftskonferenzen

Das alles wird komplizierter, wenn man die Einwirkungen des *Auslandes* mit ins Spiel stellt. Aber wenn früher die Drohung des Auslandes beruhigend auf die deutschen inneren Verhältnisse wirken konnte, so ist das nun wesentlich anders geworden. Das Ausland ist selber in die Gefahrenzone eingetreten, es ist nicht mehr der geschlossene Block, der jeder deutschen radikalen Lösung gegenüber ohne Weiteres eingreifen würde. Der Westen hat mit sich selber zu tun und ist selber unsicher geworden. Seine stil-

le Funktion für die deutsche Innenpolitik hat ihren Inhalt und ihre Richtung geändert. Es hängt zum Teil von der Einsicht und ganz gewiss von der Lage des Westens ab, ob sich die deutsche wirtschaftliche Situation bessert und damit der Brüning'sche Versuch weiterhin die Basis der Entwicklung bleiben wird oder ob vielmehr mit einer wesentlichen Verschärfung der wirtschaftlichen Krise auch die politische Krise ausbrechen wird. Insofern ist das Ausland auch heute noch und mehr als je entscheidend. Versagt es aber, so wird es den Umsturz in Deutschland nicht hindern: es wird ihn hinnehmen und eher zunächst einmal Deutschland sich selber überlassen als sich für die auf dem Papier stehenden Reparationen die Finger verbrennen. Es wird, nachdem es den Umsturz wirtschaftlich selber verursacht haben wird, ihn politisch-militärisch nicht hindern.

Aber es kann – vielleicht! – in der Zone dieser Ursachen selbst Deutschland retten. Brüning hat nun schon zum zweitenmal so deutlich wie möglich die Alternative gestellt: entweder eine Zollpolitik, die uns Ausfuhr gestattet, – oder das Ende der Reparationen. Und hinter dieser Alternative steht die tiefere: entweder ist eine Liquidierung der Reparations- und der Schuldenfrage überhaupt nur der erste Schritt zu einem Wiederaufbau der Weltwirtschaft – oder die deutsche Revolution ist die erste von einer Kette von umwälzenden Bewegungen. Insofern steht auch für das Gesamtchicksal der Welt in den kommenden Konferenzen zur Regelung der Reparationsfrage und der Frage der interalliierten Schulden\* mehr auf dem Spiel als die Liquidierung des Krieges.

\* Im Dezember 1931 bescheinigte ein Gutachten, das auf Brüning's Antrag durch den im Young-Plan (vgl. Anmerkung S. 70) vorgesehenen Sonderausschuss zur Überprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit erstellt worden war, dem Deutschen Reich die Unfähigkeit zur weiteren Zahlung von Reparationen und schlug eine Streichung sowohl der deutschen als auch der interalliierten Kriegsschulden vor. Eine Konferenz aller beteiligten Staaten, die über diese Vorschläge beschliessen sollte, trat jedoch erst im Juni 1932 in Lausanne zusammen.

Die *Kriegsfolgenkrise* ist mit der *Strukturkrise der Weltwirtschaft* *verflochten* und kann nicht davon gelöst werden.

## Die Abrüstungskonferenz

Die zweite internationale Aufgabe des nächsten Jahres ist die *Abrüstungskonferenz*.<sup>\*</sup> Aber nichts kann besser die Wendung der letzten beiden Jahre illustrieren als die Tatsache, dass der Akzent der Abrüstungsfrage nicht auf *dieser* Konferenz liegt, auf der die nationalen Staaten so tun als ob sie souveräne Militärmächte wären, sondern den *Wirtschaftskonferenzen*. Die Abrüstungsfrage ist nicht belanglos geworden, denn noch immer kommt es auf die militärische Macht an – aber die militärische Macht ist selber mehr als je eine Funktion der wirtschaftlichen Macht geworden. Der Friede und die Sicherheit wird im Bereiche der Wirtschaft entschieden; jede Lockerung dort ist eine Abrüstungschance hier. Leider ist aber zu befürchten, dass dieselbe *Panik*, die in der *Schutzzollpolitik* sichtbar wird – nur heraus aus dem Sturm in den sicheren Hafen – in der Abrüstungsfrage zu einer *Versteifung der militärischen Souveränität* führen wird. Der Widerspruch zwischen dem unmittelbaren eigenen Interesse und dem sogenannten «wohlverstandenen eigenen Interesse», das den notwendigen Umweg über die Interessen des Ganzen nimmt, scheint in dieser Panik sich bis zur Groteske zu steigern. Es scheint, dass alle wohlwollenden und klugen Einsichten, welche die Führer dieser Welt in ihren guten Stunden haben, an diesem objektiven Widerspruch

\* Im Februar 1932 begann die seit Langem vorbereitete Abrüstungskonferenz in Genf, auf der Brüning nicht nur den deutschen Anspruch auf militärische Gleichberechtigung anmeldete, sondern auch günstige Bedingungen für die bevorstehenden Verhandlungen über das Ende der Reparationszahlungen zu schaffen hoffte.

scheitern. An diesem Punkt scheint das System mit offenen Augen seinem eigenen Untergang entgegenzusteuern. Man wird die Konferenzen aufmerksam beobachten müssen; bei den Wirtschafts- und Finanzkonferenzen wird sicherlich manche fördernde Massnahme beschlossen werden, die im Rahmen des Systems möglich ist, vielleicht wird sogar in der Frage der Liquidierung des Krieges ein grosser Fortschritt erreicht. Der *Massstab* aber, an dem der *wahre* Fortschritt gemessen werden kann, wird das *Ergebnis der Abrüstungskonferenz* sein. An ihm wird man ablesen können, ob diese kapitalistische Welt an sich selber glaubt oder nicht, und das bedeutet: ob sie noch einmal der Krise Herr werden kann oder aber die Völker noch tiefer in die Not treiben wird.

So ist Deutschlands Schicksal im kommenden Jahr mit dem Schicksal der Welt verbunden.

Und wir? die *katholische junge Generation*? Wir sprechen mit Recht davon, dass wir uns vorzubereiten haben auf den Tag, da wir einspringen müssen, da alte Parolen in neuen Situationen ihre Macht verlieren und wir das Wort zu sprechen haben, das in unserem Bereiche von neuem die Kräfte binden kann. Das und nichts anderes kann unsere oberste politische Aufgabe sein, ganz formal betrachtet. Aber wird uns die *Zeit* dazu vergönnt sein? Wenn die Entscheidungen, die vielleicht ein Jahrzehnt deutscher Geschichte bestimmen, im *nächsten* Jahre fallen werden, so werden sie *ohne uns* fallen. Die Ereignisse werden über uns hinweggehen. Wir haben wenig Einsicht und keine Macht. Noch stehen im katholischen Deutschland die Massen hier, die alten Parolen dort, die junge Generation ohne wirkliche Verbindung daneben. Die nächsten Ereignisse können uns auf die bitterste Weise klar machen, was das bedeutet. Aber wenn wir auch in den entscheidenden Vordergrundskämpfen des nächsten Jahres versagen werden, wenn wir auch nicht imstande sein werden, das bindende Wort zu sprechen – *die Geschichte geht weiter und die Aufgabe wird schärfer und fordernder gesehen als je*. Wenn die nächsten

Ereignisse noch nicht die *Zeit* des Handelns für uns sind, so werden sie die *härteste Lehrzeit* für uns sein. Wir nehmen sie auf uns. Wir werden mit gespannter Aufmerksamkeit und mit grosser Offenheit diese *Zeit* durchleben müssen. Unsere Kategorien zur Erkenntnis sind ebenso unzureichend wie unsere Methoden des Handelns. Wir, die Kinder dieser *Zeit*, verstehen sie noch nicht klar genug, wir begreifen ihr Gesetz noch nicht und wir tasten noch nach den Mitteln, mit denen wir sie verstehen können. Wir müssen weiter arbeiten, in der nächsten Nähe der Dinge selbst. Es gibt nur einen endgültigen Verrat: die *Resignation*. Sie wird für uns die grösste Gefahr der kommenden Jahre sein. Setzen wir ihr den entschlossenen und gehorsamen Dienst an Gottes Willen in der Geschichte entgegen, in den grossen und kleinen Stunden unseres Lebens!

Januar 1932

## Die Entscheidung am 13. März

«*Wer gegen Hitler ist, wählt Hindenburg*»

*Die Entscheidung des nächsten Sonntags* macht unserem politischen Gewissen sehr viel mehr zu schaffen als die der *ersten* Volkswahl des Reichspräsidenten im Jahre 1925. Wie einfach sah sich damals im Grunde die Situation an! Hindenburg, der Generalfeldmarschall aus dem alten Regime, Kandidat der Reaktion, – Marx, Kandidat des «Volkes», des Bündnisses von Arbeiterschaft, fortschrittlichem Bürgertum und Katholizismus, desselben Bündnisses, das aus dem Zusammenbruch und aus der Revolution das Bild und die Verfassung des sozialen Volksstaates gerettet hatte; dort der traditionsgebundene Soldat, hier der gebildete Volksmann. Heute ist das *wesentlich anders*.

Wir sind in einer eigentümlichen Lage. Gewiss lässt sich auch heute für den Gebrauch in der Breite des Wahlkampfes ohne eigentliche Fälschung das Bild dieser Entscheidung so malen, dass gar keine «Entscheidung» mehr übrigbleibt: so einfach und einleuchtend kann die Parole Hindenburg gemacht werden. Hitler und Hugenberg haben am besten dafür gesorgt, dass die *Figur* Hindenburgs, seine Anständigkeit und Loyalität in diesem Wahlkampf für jeden ohne Weiteres einleuchtend wird, der nicht der Suggestion Hitlers und der Massenerkrankung der bürgerlichen Krise erlegen ist.\* Das ehrwürdige Alter und der legendäre Glanz des Namens unseres Kandidaten, der Gedanke der Vernunft, der Gedanke der deutschen Einheitsfront über den Parteien, – das alles sind wenn auch nicht «zündende», so doch gewichtige Argu-

\* Hugenberg, der die Kandidatur des «Stahlhelm»-Vorsitzenden Theodor Düstertberg (1875-1950) unterstützte, und Hitler hatten im Wahlkampf Hindenburg immer wieder als Kandidaten des «Systems» angegriffen.

mente. Der Wahlkampf kann aus diesen Argumenten ein *Pathos* ziehen, das dem Befreiungspathos der Hitlerjünger gewachsen ist. Aber wir wollen es uns nicht so leicht machen, es mit diesem berechtigten Pathos bewenden zu lassen. Haben wir immer wieder, in Innenpolitik und Aussenpolitik, den Argumenten des Gefühls, den Deklamationen und Demonstrationen die *reale politische Einsicht* entgegenzustellen versucht, so wollen wir auch in den Wallungen des Wahlkampfes, selbst in dieser Zeit, da niemand ohne stärkste gefühlsmässige Bewegung an die Entscheidung des nächsten Sonntags zu denken vermag, *politisch* zu denken versuchen. Unser Kandidat ist anständig und vernünftig; – aber Anständigkeit und Vernunft sind zwar *in* der Politik und *für* sie nötig, sind aber doch nur die *eine* Seite der Sache, sind gleichsam die menschliche Form, in der der Inhalt der Politik verwirklicht werden soll: über die Struktur der politischen Situation *selbst* sagen diese Qualitäten wenig aus. Und unsere Lage in diesem Wahlkampf ist gerade dadurch gekennzeichnet, dass uns zwar ein Höchstmass von Sicherheit auf der menschlichen Seite vergönnt ist – die Charaktere Hindenburgs und Brünings geben uns diese Sicherheit –, dass aber die *politische* Situation dieser Wahl nicht ebenso unproblematisch ist.

Die Kommunisten haben eine sehr einfache Wahlparole. Für sie ist die ganze gegnerische Front, die Front von Hitler bis zur SPD, schlechthin die «*faschistische*» Front, deren drei Glieder sich nur durch die Farbtönung von einander unterscheiden. Das ist masslos übertrieben, eine grobe Vereinfachung der Situation. Aber diese These enthält einige Momente, die richtig und wichtig sind. Richtig ist die Voraussetzung, dass es in unserer politischen Epoche um den «*Faschismus*» geht, dass eine konkrete Konstellation bestimmter politischer Kräfte, die wir in dem Wort «*Faschismus*» zusammenfassen, zur *Zeit* die Vorhand hat, aktiv das Gesicht der Epoche bestimmt und die anderen Positionen in die Verteidigung gedrängt hat, dass also auch dieser Wahlkampf um



den Faschismus geführt wird, wenn es auch viele Hauptbeteiligte selber nicht wissen. Richtig ist weiter daran, dass in beiden wichtigsten Gliedern der Harzburger Front, in den Kandidaten Hitler und Düsternberg, der offene Faschismus sich darstellt. Falsch ist daran, auch das Regime Hindenburg-Brüning und die Kandidatur Hindenburgs als «Faschismus» zu deuten, – aber richtig ist doch darin, dass man dieses Regime und diese Kandidatur *nicht* als *antifaschistisch* bezeichnen kann. Dem offenen Faschismus steht als offener Antifaschismus wohl die «Eiserne Front»\* gegenüber, – nicht aber das Regime Brüning und die Kandidatur Hindenburg. Die Front Hindenburg-Brüning ist auf diese aktuelle historische Gefahr nicht eigentlich primär bezogen. Sie verteidigt die Legalität und die Vernunft, – nicht ein eigenes antifaschistisches Ideal; und sie enthält Glieder, die man sich in anderen politischen Konstellationen und im Laufe geringerer politischer Verschiebungen auch als Glieder des offenen Faschismus vorstellen kann. Die Front der Hindenburgwähler ist in einigen ihrer Glieder *selber* vom Faschismus *bedroht*.

Worin besteht politisch das Regime Brüning-Hindenburg? Sein «Sinn» ist die charaktervolle Führung der Regierungsgeschäfte auf der Basis der Legalität, – seine tiefe Schwäche ist das Fehlen einer Basis im Volk und das Fehlen einer eigentlichen *politischen Idee*. Dies Regime stützt sich ausser auf die unorganisierten Sympathien vieler Einzelner im Volk eigentlich nur auf die Zentrumsparthei, – eine grosse, aber doch nicht zur Führung und Gestaltung der Politik allein ausreichende Partei, deren Bedeutung zudem in einer anderen politischen Gesamtlage schnell sinken kann. Im Übrigen aber stützt es sich nur auf die *legalen Instanzen*: das Vertrauen des derzeitigen Reichspräsidenten und

\* SPD, Freie Gewerkschaften, Arbeiter-Sportorganisationen und Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hatten sich am 16. Dezember 1931 zur antifaschistischen «Eisernen Front» zusammengeschlossen, die sich zunächst mit einer Welle von Massenkundgebungen in den Reichspräsidentenwahlkampf einmischte.

die Machtmittel des Staates, die Reichswehr. Dass es sich auf dieser schmalen Basis halten kann, liegt daran, dass sich die beiderseitigen Oppositionen die Waage halten und den offenen Kampf noch nicht gewagt haben, *und* daran, dass die grosse Sozialdemokratie – im Grunde aus innerer Schwäche – sie tolerieren muss. In dieser Struktur liegen ernste Gefahren. Dies Regime ist *labil*. Es hängt stärker als es für die grosse Politik auf die Dauer erträglich ist, an «Zufällen», unter anderem an der Gesundheit eines vierundachtzigjährigen Greises, an diesem und nur diesem Kanzler persönlich. Und es ist durch die Person des Präsidenten und durch die Reichswehr mit Kräften rechts verbunden, die entweder durch langsam steigenden Druck oder aber bei plötzlichen Umlagerungen des labilen Gleichgewichts uns in den Faschismus führen können. Wenn durch Ereignisse, die nicht in unserer, nicht in des Reichskanzlers, nicht in des Reichspräsidenten Hand liegen, der *normale* Verlauf der *Geschäfte* und damit die unbezweifelbare, offensichtliche *Legalität* und ihr Gewicht aufhört und an ihre Stelle das Gewicht der politischen Kräfte *selber* tritt, die sich nach dem Massstab ihrer Kraft einen neuen Ausgleich schaffen, – so wird wahrscheinlich wegen der Schwäche der Linken und der Labilität dieses Regimes der mittlere Punkt dieses neuen Ausgleichs sehr weit *rechts* liegen, – und in diesem Falle würde nachträglich das gegenwärtige Regime in etwa als der Schrittmacher des neuen bezeichnet werden können. Mit dieser *Gefahr* müssen wir rechnen, mit diesem *Risiko* sind wir belastet.

Was bedeutet es, in diesem Zusammenhang gesehen, *Hindenburg zu wählen*? Es bedeutet *positiv*: dies labile Regime zunächst einmal zu retten, als Basis längerer Entwicklung und langsamer Arbeit, an die sich die *Hoffnung* (nicht die Gewissheit) knüpft, die faschistische Gefahr allmählich zu überwinden und damit das Regime der blossen Legalität allmählich in ein Regime umzuwandeln, das von den produktiven Kräften im Volk getragen und vom Zielbild der realen sozialen Demokratie geleitet wird. Es be-

deutet *negativ*: zu verhüten, dass der befürchtete Umschlag des labilen Brüningregimes in den offenen Faschismus *sofort* (– nämlich am nächsten Sonntag –) eintritt; es bedeutet also den Versuch, zu verhüten, dass sich zunächst ein paar Monate die in der Hitlerbewegung angesammelten und hochgeputzten Energien der blinden Zerstörung austoben und dann das Regime der eisernen Faust des militärisch-wirtschaftlichen Faschismus für lange Zeit Deutschland zu beherrschen beginnt.

Man sieht: die negative Wendung gegen Hitler und das, was nach ihm kommen wird, ist ein starkes, ein wirksames Motiv, – die positive Entscheidung selber *ist problematisch*, sie enthält ein Moment der Unsicherheit. Sie beruht nicht auf dem positiven Einsatz für ein politisch schlechthin zu bejahendes Ziel, sondern auf der *Hoffnung*, mit der Rettung des labilen Zwischenregimes Platz für allmähliche Rückeroberung der verlorenen Position zu gewinnen.

Das ist die Lage aller derer auf der Linken, die keine Katastrophenpolitik wollen. So müsste auch die extreme Linke denken, soweit sie keine Katastrophenpolitik will. Thälmann\* wählen heisst Hitler an die Macht bringen: das ist die einfache Folgerung aus der Tatsache, dass allein der Sieg Hindenburg und nichts anderes den Hitlersieg verhindern kann. Unpolitisch wäre es daher, in der Wahl Thälmanns nur *demonstrieren* zu wollen, sei es für den Kommunismus, sei es gegen den Faschismus, sei es gegen die Fragwürdigkeiten des gegenwärtigen Zwischenregimes. Unpolitisch wäre auch die Wahl Thälmanns in der Fiktion seines möglichen Sieges. Thälmann wählen, heisst durch eine Demonstration *gegen Hindenburg Hitler stützen*. Subjektiven Sinn kann die Wahl Thälmanns also nur für den haben, der den sofortigen

\* Neben Hindenburg, Hitler und Düsterberg bewarb sich Ernst Thälmann (1886-1944) als Kandidat der Kommunisten um das Amt des Reichspräsidenten.

vorläufigen Sieg Hitlers und des Faschismus für notwendig hält, also Katastrophenpolitik machen und verantworten will. Wer das will, dem wird man es schwer ausreden können, acht Tage vor der Wahl schon gar nicht mehr. Aber alle Nichtkommunisten der Linken, die aus verständlichen Gefühlen die Reichspräsidentenwahl zu einer Demonstration, einer Gefühlsentladung oder einer Verzweiflungsaktion zu machen in Gefahr sind, müssen sich dieser Zusammenhänge bewusst werden. Es besteht die *Gefahr der unpolitischen Thälmannwahl*, eine linke Entsprechung, die proletarische Entsprechung der unpolitischen Hitlerwahl auf der Seite des Bürgertums. Wer Thälmann wählen will, muss wissen, was er damit tut: *er hebt Hitler in den Sattel*. Wahrscheinlich sind sich die Kommunisten darüber klar; manche wollen es so, weil sie nur auf *diesem* Wege, auf dem Weg der Katastrophe, zu ihrem Ziel kommen zu können glauben; es sind die *politischen* Thälmannwähler: sie müssen sehen, wie sie diesen Weg verantworten; andere werden in den Fesseln der Taktik gefangen sein und heimlich den Sieg Hindenburgs wünschen. Jeder andere aber, der mit dem Gedanken spielt, Thälmann zu wählen, sollte sich in letzter Stunde klar machen, welche politischen Folgen seine Stimmabgabe hat: sie bringt Hitler an die Macht.

*Wer gegen Hitler ist, wählt Hindenburg:* Das ist die Parole dieser Wahl. Aber wir wollen klaren Auges sehen, welche Belastungen diese Parole hat. Wir müssen zurückstellen: unsere Bedenken gegen die Person Hindenburgs, die nicht die politische Zukunft der Nation repräsentieren kann, sondern nur einen Teil ihrer Vergangenheit, unsere Bedenken gegen seine politische Richtung, die ihn in anderer Stunde und Konstellation, in der Konstellation der freien Option, gewiss nach rechts hin optieren lassen würde, unsere Bedenken, gegen die Reichswehr und ihren Minister; unsere Bedenken gegen den aussenpolitischen Kurs des gegenwärtigen Regimes. Wir müssen verzichten auf die Wahl eines

positiven Führers, eines klaren Wegs zu einem klaren Ziel, müssen darauf verzichten, in dieser Wahl ein entschiedenes und ungebrochenes Bekenntnis abzulegen. Wir müssen riskieren: die Gefahr einer langsam in mehreren Etappen kommenden schleichenden Faszisierung Deutschlands; die Gefahr, dass auch nach der Verhütung der Katastrophe des 13. März aus *anderen* Anlässen dieselbe Katastrophe kommen *kann*.

So leicht die Parole *gegen Hitler* ist, so schwer wird die Parole *für Hindenburg* – politisch betrachtet. Wir können dankbar sein, dass uns diese Entscheidung von der *menschlichen* Seite her, von den beiden Vertretern dieses Regimes so sehr erleichtert wird. Wären Hindenburg und Brüning nicht die Charaktere, die sie sind, – wir müssten bei gleicher politischer Konstellation trotzdem die Parole Hindenburg ausgeben, schweren Herzens, als wir es heute tun können. Zwischen Hitler einerseits und Brüning und Hindenburg andererseits in der Rücksicht des Charakters, des Niveaus, der geistigen Gestalt zu wählen, ist nicht schwer, – aus *diesem* Gegensatz zieht unsere Parole das, was an menschlicher Wärme in ihr ist. In *politischer* Rücksicht aber ist unsere Entscheidung nur gegen Hitler bedenkenlos und von absoluter Sicherheit. – Die Entscheidung für Hindenburg wird nur unter schweren Bedenken gefällt. Sie legt uns die *Verpflichtung* auf, nach dem Siege, wenn der gegenwärtige politische Zwischenzustand gerettet ist, *mit verdoppelter Energie und Zähigkeit an der politischen Umorientierung zu arbeiten*.

Mit diesem Vorsatz entscheiden wir uns in klarer Einsicht des Notwendigen *für die Wiederwahl Hindenburgs*.

9. März 1932

## Nach den Wahlen

### Die andere Seite der Präsidentenwahl\*

Das Amt des Reichspräsidenten ist nicht *nur* überpolitischrepräsentativ, es hat auch unmittelbar *politische* Bedeutung, ja, es kann in Stunden der Krise zur *entscheidenden politischen Macht* werden. Es war eine grosse Erleichterung für unsere Entscheidung für Hindenburg, dass er sich für die überpolitisch-repräsentative Seite des Präsidentenamtes so sehr empfahl, aber es wäre nicht gut, wenn wir diese Seite der Wahl ungebührlich in den Vordergrund schoben, um der zweideutigen politischen Situation, die durch diese Wahl bestätigt worden ist, nicht ins Auge schauen zu brauchen. Diese Wahl war freilich auch politisch auf der einen Seite ein *Gewinn*, indem sie wieder einmal den Angriff Hitlers auf die legale Erringung der Macht abgeschlagen hat. So war sie politisch gemeint, und so haben die breiten Massen der Sozialdemokraten die Wahl entschieden. Das ist viel – und das ist wenig. Denn diese Wahl hat ausser der negativen (– gegen Hitler –) auch noch eine positive politische Seite – und da ist ihr Ergebnis weniger eindeutig. Der gemeinsame Wille aller Hindenburgwähler ging auf die *Verhinderung des Risikos einer augenblicklichen revolutionären Umwälzung*, – aber ihre Motive sind sehr verschieden, und ihre positiven politischen Ziele, soweit sie welche haben, nicht weniger. Der Wille zur Verhinderung der Revolution ist noch lange keine «Volksgemeinschaft» und genügt noch nicht

\* Hindenburg war am 10. April im zweiten Wahlgang – im ersten Wahlgang hatte er die absolute Mehrheit knapp um 0,4% verfehlt – mit 53% der Stimmen zum Reichspräsidenten gewählt worden. Hitler hatte 36,8% der Stimmen erhalten.

einmal zu einer Koalition. Insofern mussten wir uns wenige Tage nach dem Wahlsieg sofort wieder einer politischen Situation zuwenden, die *nicht* geklärt war: eine Verschlimmerung war verhindert – alle Schwierigkeiten waren unverändert geblieben.

Geblieben und befestigt war das Regime Hindenburg-Brüning-Groener\*; es ist ein Regime der Legalität und der Anständigkeit, über seine sachliche Arbeit, über den Segen oder Fluch seiner Aussenpolitik und Wirtschaftspolitik sind die Akten noch nicht geschlossen – aber jedenfalls zieht es seine Kraft nicht aus politischen Mächten im Volk, sondern es existiert im *labilen Gleichgewicht*, auf den sozialen Gegensätzen balancierend, immer in Gefahr abzustürzen – und immer in Gefahr, mit dem Argument des kleineren Übels langsam und Schritt für Schritt dem Faschismus die Wege zu ebnet. Das ist geblieben – und durch die Hindenburgwahl moralisch legitimiert. Wir haben in dieser Wahl auch *dazu* Ja sagen müssen, weil wir in der Tat nicht über die Kräfte verfügen, eine positive antifaschistische Front aufzubauen, die machtwillig und machtfähig, verantwortungswillig und verantwortungsfähig wäre. Zwar haben sich Ansätze zu einer Wiedererstarkung der gewerkschaftlichen und der sozialistischen Front gezeigt, und der Gedanke an eine neue Weimarer Front\*\*, ein vom Liberalismus gereinigtes Bündnis der Arbeiter und der Katholiken, erschien für einen Augenblick, nämlich zwischen den Präsidentenwahlen, nicht mehr ganz so fern wie sonst. Jedenfalls aber ist diese oder eine ähnliche Machtgruppierung im Augenblick nicht imstande, gleichzeitig den Kampf gegen den offenen Faschismus und den Kampf um die Macht im staatlichen Machtapparat zu führen. Die Reichswehr steht für die *Legalität*

\* Wilhelm Groener (1867-1939) war als Reichswehr- und Innenminister der neben Brüning einflussreichste Mann im Kabinett.

\*\* SPD, Zentrum und DDP hatten im Februar 1919 das «Weimarer Koalition» genannte erste Regierungsbündnis der neuen Republik gebildet.

zur Verfügung und fordert ihren politischen Lohn dafür: für einen sozialen und politischen Umbau des Reichs in der Richtung auf den sozialen Volksstaat stände sie *nicht* zur Verfügung, und zur Zeit hat niemand die Kraft, sie dazu zu zwingen. Solange das so ist, hat das Regime Brüning sein politisches Recht; wir haben es zu tolerieren. Aber wir wollen uns auch nach dem Erfolg der Präsidentenwahl nicht darüber hinwegtäuschen, dass dies Regime durch die Mächte, auf die es sich stützt, durch die Gefährlichkeit seines nationalsozialistischen Gegenspielers und durch die Schwäche der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften bestenfalls balancieren, aber keine befreienden Taten tun kann, schlimmstenfalls aber die schleichende Faschisierung bedeutet.

### Verfahrenre Situation in Preussen

Durch die Landtagswahlen, vor allem die in Preussen, ist das noch klarer geworden.\* Was auch kommen mag: irgendwie wird es entweder auf ein *noch raffinierteres System der Balance* oder aber auf einen *weiteren Schritt zum Faschismus* hinauslaufen.

Schon durch die Verklammerung Preussens mit der Reichspolitik im Reichsrat\*\* wird gerade die preussische Frage zu einer Sache der Reichspolitik. Ein paar kleinere nationalsozialistisch

\* Bei den Wahlen in Preussen am 24. April 1932 hatte die NSDAP 162, statt bisher 9 Mandate erlangt, die SPD 94 (137), das Zentrum 67 (71), die KPD 57 (48), die DNVP 31 (71), die DVP 7 (40), die Staatspartei 2 (22) und sonstige Parteien ebenfalls 2 Mandate, so dass 163 Abgeordneten der «Weimarer Koalition» von SPD, Zentrum und Staatspartei 260 Abgeordnete der Opposition gegenüberstanden. Auch in Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg, wo am gleichen Tag gewählt worden war, war die NSDAP eindeutige Wahlsiegerin und zog als stärkste Fraktion in die Landtage ein.

\*\* Der Reichsrat, die Vertretung der Länder, besass zwar nach der Weimarer Verfassung nur geringe Befugnisse, sein Gewicht als Gesetzgebungsorgan wie als



regierte Länder können im Reichsrat im Sinne der Regierungspolitik des Reiches überstimmt werden, Preussen sicherlich nicht. Darum kann die Spanne zwischen der preussischen Politik und der des Reichs nie ein gewisses Mass übersteigen: zum mindesten muss die preussische Regierung die Politik des Reiches «tolerieren». Wird ein nationalsozialistischer Ministerpräsident die preussischen Vertreter im Reichsrat anweisen können, den Brüning'schen Notverordnungen zuzustimmen? *Die Aufrollung der preussischen Frage bedeutet also auch die Aufrollung der Frage der Umbildung der Reichsregierung.*

Die Zahlen des Wahlergebnisses lassen auf allen denkbaren taktischen Wegen nur zwei Möglichkeiten: Die erste ist eine Koalition zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten. Kommt sie nicht zustande, so bleibt die andere: da sich die zur Wahl des Ministerpräsidenten neuerdings erforderliche absolute Mehrheit nicht findet, führt die Regierung die Geschäfte weiter. Im Reiche das Regime des Artikels 48\* – im grössten Land ein geschäftsführendes, nicht mehr vom Vertrauen einer Mehrheit getragenes, in allen seinen Massnahmen gehemmtes Ministerium – das wäre eine Lösung, die bestenfalls Zeit gewinnen lässt. Aber *für wen wird die Zeit arbeiten?* Wird sie nicht gerade unter diesen Umständen für die *Opposition* arbeiten?

Hier gewinnt eine Tatsache Gewicht, die genaue Analysen des preussischen Wahlergebnisses festgestellt haben: zum ersten Male ist den Nationalsozialisten der Einbruch in die «marxistische Front» geglückt. Zwar ist die Bresche, die sie darin haben schlagen können, noch nicht gross. Immerhin aber haben wohl et-

öffentliches Forum wuchs jedoch in dem Masse, wie der Reichstag unter den Präsidialkabinetten Brüning's an Bedeutung verlor.

\* Der Artikel 48 der Weimarer Verfassung gab dem Reichspräsidenten diktatorische Vollmachten im Notstandsfall. Seit 1930 kam er immer häufiger zum Einsatz, da Brüning mangels parlamentarischer Mehrheiten zunehmend mittels präsidialer Notverordnungen regierte.

wa eine halbe Million Arbeiter, die bisher höchstens zwischen den beiden sozialistischen Parteien geschwankt haben, diesmal zum ersten Male die Geduld verloren und ihre Karte auf Hitler gesetzt. Das mag Katastrophenstimmung sein, das mag nicht mehr bedeuten als der verzweifelte Gedanke, dass *«irgendetwas»* geschehen muss und dass Hitler eben der einzige ist, von dem aus überhaupt etwas geschehen kann. Aber nichts wäre geeigneter, diese Stimmung wachsen zu lassen, als ein Notverordnungsregime Braun-Brüning, in dem nichts Befreiendes geschehen kann, von dem politisch nichts zu hoffen ist, in dem aber die Sozialdemokratie verantwortlich beteiligt ist. Es besteht die ernsthafte Gefahr, dass die nächste Reichstags- oder Landtagswahl die nationale Opposition in die absolute Mehrheit bringt.

Andererseits gibt es anderwärts auch Symptome dafür, dass der Schwung der NSDAP gelitten hat, dass eine natürliche Ernüchterung und Ermüdung einzusetzen beginnt. Ob das Verbot der hitlerischen Armee der Bewegung schadet oder ihr neuen oppositionellen Auftrieb gibt, ist auch wohl sehr schwer zu beurteilen. Unter diesen Umständen ist die Entscheidung, die das Zentrum zu treffen hat, mag sie so oder so fallen, mit einem ausserordentlichen Risiko belastet. Es lässt sich eben sehr schwer voraussehen, *Jur wen* in diesem Falle die Zeit arbeitet. Gilt es, im Weiterbalancieren den Abschwung der Hitlerbewegung abzuwarten? Oder würde gerade dies Weiterbalancieren den vollen Endsieg der NSDAP herbeiführen, so dass es besser ist, den Nationalsozialismus in die Schule der Verantwortung zu nehmen? Das ist die Frage.

Nun setzt aber diese Fragestellung eine Entscheidung voraus, die nicht beim Zentrum, sondern bei der NSDAP liegt, nämlich die Entscheidung, ob sie um der direkten Machtbeteiligung willen die Konzessionen zu machen bereit ist, die dem Zentrum die Koalition ermöglichen würde – oder nicht. Und diese Entscheidung wird ihrerseits davon abhängen, wie die nationalsozialistischen Führer die Entwicklung der nächsten Monate beurteilen.

Zur Zeit dürfte niemand wissen, was sie im Geheimsten wollen – vielleicht wissen sie es selber noch nicht. Auch sie müssen sich schlüssig werden: arbeitet die Zeit für uns oder gegen uns? Wenn wir dem Zentrum Konzessionen machen und nunmehr in den Mitbesitz der Macht eintreten – verpassen wir damit endgültig die Chance, den Alleinbesitz der Macht, die Diktatur, zu erreichen? Oder gilt es jetzt auf dem Höhepunkt der Bewegung, zu erreichen was zu erreichen ist, damit nicht ein Abflauen der Bewegung uns völlig aus dem Spiel schiebt? Von dieser Überlegung hängt die Stellung der NSDAP zu den vom Zentrum zu fordernden Garantien ab.

Am gefährlichsten wäre ein ungeklärter Zustand, ein unehrliches, ein dunkles Spiel, wären Konzessionen, die dem Zentrum eine Koalition ermöglichen – die aber nachher nicht gehalten werden. Sie würden das Zentrum in ein gefährliches Abenteuer verwickeln, und selbst wenn es sich eines Tages in die Opposition rettete – so bliebe die NSDAP in der Führung der Geschäfte. Sie könnte im Besitze der Legalität, der Bürokratie und der Polizei bequemer auf die Alleinherrschaft zusteuern.

So gefährlich steht die Sache selbst für die beiden Sieger dieser Wahl, die NSDAP und das Zentrum. Mindestens eine von diesen Parteien, vielleicht beide haben einen Pyrrhussieg erkämpft.

Wie man die weiteren Konsequenzen der beiden preussischen Möglichkeiten auch durchdenkt: sie scheinen alle an den Punkt zu führen, wo der Knoten unlösbar wird – also an den Punkt, wo in irgendeiner Aktion die Legalität verlassen werden wird und dann das Schwergewicht der wirklichen Kräfte die Politik bestimmen wird. Der Sieg im offenen Machtkampf wird eine zweite, eine ganz andere Epoche unseres Nachkriegsstaates einleiten – wenn er nicht der Beginn eines grösseren Chaos ist.

## Die Weltgeschichte ist noch nicht zu Ende

Wir haben keine Möglichkeit, die Entscheidungen der Nationalsozialisten und des Zentrums zu beeinflussen. Wir entscheiden nicht mit. Was sollen also diese Überlegungen? Sie zeigen uns wieder einmal eine «verfahrene Situation»; sie zeigen uns die Zwangsläufigkeit der gegenwärtig laufenden Dinge; sie zeigen uns, dass für die befreiende politische Tat im *Augenblick* fast gar kein Raum mehr ist. Männliche Entschiedenheit, wie sie in den nächsten Wochen die Führer des Zentrums zu zeigen viel Gelegenheit haben werden, kann würdig und mit Grösse das tun, was zu tun ist, kann auch wohl im Rahmen der bestehenden Machtverhältnisse die Akzente beeinflussen, Schlimmeres verhüten, Besseres durchsetzen. Aber diese männliche Entschiedenheit kann an diesen Machtverhältnissen im *Augenblick* wenig ändern. Aber soll uns das zum Pessimismus führen? Vielleicht zu einer pessimistischen Beurteilung der augenblicklichen Situation, sicher aber nicht zum grundsätzlichen Pessimismus. Sondern zu seinem Gegenteil: zur Aktion. Aber wir müssen wissen, wo das *Feld* dieser Aktion liegt. Es liegt zur Zeit *nicht* in der *vordersten Linie*. Dort geschehen Kämpfe, zu denen wir nicht zugelassen werden, für die wir nicht geübt sind, die uns nur kompromitieren und verbrauchen, uns zerstören würden. Wir verkennen die Bedeutung dieser Kämpfe nicht: wir müssen sie beobachten, müssen uns immer wieder klar machen, was dort geschieht, wir müssen in der Reihe der Wähler an den Wahlsonntagen sogar einen bescheidenen Anteil beitragen. Aber unser eigentliches Feld liegt anderswo. Wir haben dort zu arbeiten und zu kämpfen, wo die Voraussetzungen solcher Machtverhältnisse, wie sie heute den politischen Vordergrund bestimmen, erst *entstehen*. In den politischen Bewegungen geschehen langsam Veränderungen, die erst viel später unmittelbar politische Konsequenzen haben. Die SPD, die Gewerkschaften, das Zentrum – das sind für den Augenblick relativ feste Gege-

benheiten, mit bestimmter Haltung, mit einem bestimmten Mass von Kraft und Opferbereitschaft, mit einem bestimmten Mass von Einsicht in die gesellschaftliche Wirklichkeit. Man kann das Vorhandene in ihnen mehr oder weniger geschickt und mehr oder weniger intensiv für den Augenblick fruchtbar machen – aber man kann ihnen nicht mehr zumuten, als sie tragen können. Gewiss könnte eine *wirkliche* «eiserne Front»\* vielleicht im Augenblick den faschistischen Spuk bannen, vielleicht eine ideale Wirtschaftscoalition zwischen den Gewerkschaften und dem Zentrum sogar zum mindesten eine gerechtere, wahrscheinlich sogar eine auch materiell besser funktionierende Wirtschaftspolitik durchsetzen. Aber die, die so etwas durchsetzen könnten, existieren nicht. Deshalb die traurige Alternative, von der wir gesprochen haben. Wenn sie aber nicht existieren, *so kann man ihnen aber doch vielleicht zur Existenz verhelfen*. Man kann Menschen verändern; man kann an die Stelle der Täuschung die Wahrheit setzen; man kann sich und andere in langen Kraftproben erstarken lassen; man kann sich in Bewegung setzen und weitermarschieren: *Man kann die politische Welt verändern*. Vorn läuft ein komplizierter Vorgang ab: die Weimarer Legalität reibt sich an den faschistischen Mächten auf, die den Weimarer Staat teils von aussen berennen, teils von innen aushöhlen. Aber im Hintergrund gilt es die Grundlagen für die positive und intensive Gestaltung einer Zukunft zu legen, die später umso klarer und reiner staatliche Wirklichkeit werden kann, umso klarer und reiner wir heute ihre Grundlagen legen. Auch Weimar war schlecht und recht und vielleicht mehr schlecht als recht – aber das ist sicher: über den Grad der Verwirklichung der Idee von Weimar ist unter andern in unzähligen Vorgängen, in guten und schlechten, in starken und schwachen Gedanken, Worten und Taten, in Opfern und Verraten, in Gesprächen, Versammlungen, Büchern, Beschlüssen der

\* Zur «Eisernen Front» vgl. Anmerkung S. 90.

sozialistischen Bewegung bereits vor dem Krieg entschieden worden. Auch wir entscheiden heute in jedem Stück unserer Arbeit über ein Stück der politischen Wirklichkeit von übermorgen.

Richten wir uns, mag es uns persönlich passen oder nicht, auf eine *politische Existenz* ein! Die Grösse unseres Jahrhunderts, vielleicht die Existenz unseres Jahrhunderts wird davon abhängen, ob wir das, was wir sonst durch Erbe, Gnade und Leistung an Qualitäten besitzen und gewinnen können, in die *politische* Gestalt, in das *politische* Schicksal richtig eingehen zu lassen verstehen. Sonst fällt zuerst die äussere und schliesslich auch die innere Welt der Barbarei anheim. Die anständigen Fachleute werden sie nicht retten, wenn sie sich nicht auf organisierte und reife politische Kräfte im Volk stützen können, die mit gutem Gewissen für ein klares politisches Ziel zu kämpfen bereit sind. Je verfahrenere die Vordergrundsituation ist – umso dringlicher sind wir zur politischen Arbeit in der politischen Bewegung berufen. Mag man weiter balancieren, mag man das Experiment der nationalsozialistischen Beteiligung machen – wir wollen diese Entscheidung nicht bagatellisieren, es wird noch viel dazu zu sagen sein – aber unsere politische Arbeit wird in beiden Fällen in anderer Situation in derselben Richtung weitergehen müssen. Aber machen wir uns auf schwere Jahre gefasst!

Mai 1932

## Auf der schiefen Ebene?

Nimmt die Groener-Krise\* das Ende, das man heute erwartet, d.h. zieht General von Schleicher ins Wehrministerium, General Groener ins Reichsinnenministerium ein, so ist eine *einzelne Etappe langen Kampfes* vorbei, nicht mehr. Dieser Kompromiss zwischen den mächtigen Generälen und der Autorität des Reichskanzlers wird nicht endgültig sein. Der Kampf geht weiter, – und gerade um der kommenden Möglichkeiten willen wird diese Lösung und das was aus ihr politisch gemacht wird, *als zukunfts-trächtiges Provisorium* bedeutsam. Der Reichskanzler proklamiert den Primat der *Aussenpolitik*, indem er die Nation bittet, nicht «hundert Meter vor dem Ziel» die Nerven zu verlieren. Aber selbst wenn seine Hoffnung auf ein baldiges gutes Ende seiner Reparationspolitik in Erfüllung gehen sollte, – die latente Preussenkrise wird dennoch über kurz oder lang zu weniger provisorischen *Entscheidungen* zwingen.

Es gibt Leute, die das Kunststück fertigbringen, die letzten Ereignisse in einen Sieg der Regierung umzudeuten; sie sind bescheiden genug, in Groeners Verbleiben im Kabinett eine Befes-

\* Wilhelm Groener (1867-1939) hatte am 10. Mai im Reichstag das von ihm verhängte SA-Verbot nur mit grösster Mühe gegen die Attacken der Nationalsozialisten verteidigen können. Diesen schwachen Auftritt hatte Kurt von Schleicher (1882-1934), der Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, genutzt, um Groener zum Rücktritt aufzufordern, da er für die Führung der Reichswehr untragbar geworden sei. Von Schleicher, der zur gleichen Zeit mit den Nationalsozialisten konspirierte, verfolgte das Ziel, das Kabinett Brüning zu stürzen und durch eine von der NSDAP tolerierte, weiter rechts stehende Präsidialregierung zu ersetzen. Groener reichte am 12. Mai seinen Rücktritt als Reichswehrminister ein und nahm bis zur Entlassung Brünings am 29. Mai, einen Tag nach Erscheinen dieses Artikels, nur noch die Geschäfte des Innenministers wahr.

tigung der Stellung Brünnings zu sehen. Nun, dass das Kabinett, sein Kanzler und sein tätigster Minister über dem Vorstoss der Generäle nicht gefallen sind, zeugt für die *Autorität des Kanzlers*; aber um diesen Beweis zu bringen, musste der Reichswehrminister preisgegeben werden: das zeugt für die *Macht der Generäle*. Wenn General von Schleicher zögert, das Amt des Reichswehrministers anzunehmen, so bedeutet das nicht den Beweis von Schwäche und Unsicherheit, sondern das Gegenteil: er fühlt sich stark genug, jenseits des errungenen Teilerfolges die *Chance des Vollerfolges* abzuwarten; er rechnet damit, dass die Zeit für seine Sache arbeitet; er glaubt *warten* zu können.

### Militärdiktatur?

Was bedeutet das? Es bedeutet nicht unbedingt das Morgenrot des Dritten Reiches. Es gibt gute Gründe dafür, nicht in *Hitler* den gefährlichsten Gegner des sozialen Volksstaates und seine Zukunft zu sehen. Gewiss, ohne die Lahmssetzung des Parlaments, ohne das drohende Chaos, ohne das Pathos der grossen Volksbewegung, also ohne die besonderen «Leistungen» des Nationalsozialismus würden die reaktionären Tendenzen keine Aussicht haben, zur vollen Macht im Staate zu kommen. Hitler kann vielleicht die Diktatur *auslösen* – ob er sie aber selber *ausüben* würde, ist sehr die Frage. Ist einmal die *offene Gewalt* Herrscherin der Stunde, so schrumpft die reale Macht der Hitlerbewegung stark zusammen; sie setzt ja – es klingt eigenartig genug – das *demokratische System* voraus; denn diese Macht beruht auf der wachsenden Zahl, der drohenden Majorität. Beseitigt Hitler das System, in dem Majoritäten entscheidend sind, und führt er an seine Stelle ein System herauf, in dem zunächst die reine Gewalt entscheidet, – so hat er das Gesetz des Handelns dem *militärischen Konkurrenten* zugespielt. Gewiss kann es Überraschungen



geben; man weiss nicht, ob nicht doch selbst für den militärischen Machtkörper der Name Hitler *über den Kopf der Führer hinweg* eine starke Verlockung sein würde. Aber wahrscheinlicher würde jenseits der dunklen Stunden der Entscheidung nicht das Dritte Reich anbrechen, sondern eine sehr viel realere und weniger mythische Diktatur.

Man sollte diese Gefahr nicht unterschätzen. Sie signalisieren, heisst nicht der Reichswehr hochverräterische Absichten unterschieben. Sie signalisieren, heisst nur die Frage stellen: *wer wird regieren*, wenn die Legalität einmal zusammengebrochen sein sollte? Wer wird dann regieren *können*, und sogar, – unter den obwaltenden Umständen – regieren *müssen*? Man sollte zweitens nicht vergessen, dass in den letzten Monaten solchen Entwicklungsmöglichkeiten – mit und ohne Absicht – *vorgearbeitet* worden ist. Man hat ein Jahr lang von der «*autoritären Demokratie*» gesprochen, – ein vielseitig schimmerndes Wort. Man beginnt seit einigen Wochen von einer *Präsidialregierung* zu sprechen, und die neueste Formel heisst «*militärische Präsidialregierung*». Dieser Entwicklung der literarischen Formeln entspricht eine seit Jahren langsam fortschreitende reale Stärkung der innenpolitischen Machtstellung der Reichswehr, an der der jetzt gestürzte Reichswehrminister früher nicht unbeteiligt war. Wer in der Militärdiktatur nicht ein politisches Hochziel, sondern einen politischen Abgrund erblickt, dem muss die Entwicklung als ein ständiges langsames Abrutschen, als ein *Gleiten auf einer schiefen Ebene* erscheinen.

Geht diese Entwicklung weiter, folgt der Groener-Krise und ihrer politischen Lösung die nächste, die übernächste Etappe in der Umschichtung der politischen Machtverhältnisse, *so treiben wir in das Abenteuer*.

## Politik des Abenteuers

Diese Politik des Abenteuers bedeutet Spiel mit dem *Krieg*. Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, dass innere Krisen die Macht den Militärs zuschanzen, und dass diesen Militärs *der Krieg als Notventil* der übermässigen Spannungen erscheint. Gespannt und in höchster Sorge folgen wir den Ereignissen in *Japan\**, die das letzte Beispiel dieser Beziehungen zwischen Krise, Diktatur und Krieg abzugeben drohen. Nur wenige *wollen* den Krieg, aber dem Hineinschlittern wird keine Regierung weniger Widerstand entgegensetzen können und wollen, als die, die am Ende jener unheilvollen Entwicklung steht. Und wenn wir zu schwach zum Kriegführen sind: schon ernsthafte Kriegsgefahr bedeutet für uns eine tödliche Schwächung. Sie würde uns isolieren, nicht zur Rettung, wie die autarkistischen Phantasien wollen, sondern zur Armut.

Denn eine Politik des Abenteuers muss jene Politik auch in wirtschaftlicher Beziehung genannt werden. Man braucht nur die ausländischen Kommentare (– und zwar nicht *nur* die französischen –) zu lesen, um die *Versteifung* zu erkennen, die schon durch die Groenerkrise eingetreten ist. In einem Augenblick, da der Reichskanzler eine Aussenpolitik betreibt, welche an die Solidarität der Völker und Nationalwirtschaften appelliert, hat er sich gegen Kräfte zu schützen, von denen das Ausland gerade so gut wie wir selbst wissen, dass sie in Fragen der europäischen Solidarität *unbelehrbare Nationalisten* sind. Kommen sie in den politischen Vordergrund, so wird eine europäische Vertrauenskrise mit unabsehbaren Folgen eintreten.

\* Japan, wo die wirtschaftliche Depression wie im deutschen Reich mit dem Aufschwung eines aggressiven Nationalismus einherging, hatte 1931 die Mandchurei militärisch besetzt und dort ein Jahr später den unter japanischem Protektorat stehenden Staat Mandschukuo gegründet.

Ein Abenteuer bedeutet diese Politik auch *innenpolitisch*. Sie *muss* auf den *Widerstand der Arbeiterschaft* stossen, deren Tolerierungswille eine Grenze hat. Ist diese Grenze erreicht, wird die langgeprüfte SPD vor die Wahl gestellt, durch weitere Tolerierung Selbstmord zu üben oder aber in die Opposition zu gehen, – so steht der *Bürgerkrieg vor der Türe*.

### Die Pflicht des Reichspräsidenten und des Kanzlers.

Was hat dieser Gefahr gegenüber zu geschehen? Für die nächsten Monate hängt alles vom Reichskanzler und vom Reichspräsidenten ab. Sie haben an und für sich keine starken Gruppen, Kräfte und Interessen hinter sich: haben sie mittlerweile soviel Autorität in sich vereinigt, dass sie ihren stärksten Verbündeten, die Armee, in seinen Schranken zu halten wagen können? Sie *müssen* es versuchen: der Sinn der Weimarer Demokratie und die letzte Chance auch nur der Möglichkeit ihrer politischen Weiterentwicklung hängt davon ab, ob sie es *wollen* und *können*.

Wird der Reichspräsident das Mandat seiner Wähler richtig verstehen, die ihn *gegen* die Diktatur gewählt haben? Wird man ihm zur vollen Evidenz bringen können, dass dem im Nationalsozialismus und seinen Gönnern sichtbar werdenden «Willen des Volkes» der *Wille des grösseren Teiles des Volkes* gegenübersteht, der Hindenburg gewählt hat, und der einen *Anspruch* darauf hat, dass *sein Vertrauen nicht betrogen wird*? Auch der *Reichstag* hat sich diesem Volkswillen angeschlossen. Man muss erwarten, dass dies doppelte Votum den «Hüter der Verfassung» *bindet*.

Der Kanzler aber hat immer noch einige *Trümpfe* in der Hand. Der eine ist seine starke *persönliche* Autorität, ein anderer seine aussenpolitische Geltung, ein dritter die parlamentarische Bedeutung des *Zentrums*, ohne das in nächster Zeit keine legale Lösung der Regierungskrisen in den Ländern möglich ist. Der Reichs-

kanzler wird versuchen müssen, die unheimlich vorwärtsdrängende Tendenz zum Faschismus aufzuhalten und dem Staatsapparat wieder die entgegengesetzte Richtung zu geben: *einer gereinigten und stärkeren Demokratie entgegen*. Werden die Generale jetzt nicht in ihre Schranken gewiesen, – so werden sie die nächste Stellung sturmreif machen.

Freilich: auf die Dauer wird Brüning weder Demokratie noch Legalität gegen ihre Feinde und falschen Freunde durchsetzen können, wenn sich *im Volke selbst*, wenn sich vor allem auf der deutschen *Linken* nicht wieder kampfbereite Kräfte formieren, auf die sich die Demokratie auch *gegen mächtige Gegner stützen und verlassen kann*.

28. Mai 1932

## Die Preussenaktion und der 31. Juli

Die Politik des Herrn von Schleicher\* mag dem Auge der geschichtlichen Weisheit wahnwitzig erscheinen, – man kann ihr nicht absprechen, dass sie dem Auge der politischen Klugheit gut durchdacht, konsequent und zielsicher erscheint. Diese Herren sind nicht in ihr Abenteuer hineingetaumelt, sie haben gewusst was sie wollten, und sie *wissen was sie wollen*. Ist es ein Zufall, dass gerade vor den umwälzenden Ereignissen, deren Zeugen wir waren und sein werden, der Reichspräsident aus seinem baufälligen Hause nach Neudeck verziehen muss?\*\* In dem Moment, da die ganze Machtfülle, welche die Reichsverfassung durch den Artikel 48 dem Reichspräsidenten (und keinem anderen, auch nicht Herrn von Schleicher) verleiht, im vollen Umfang aktiviert wird, residiert der Souverän ein halbes Tausend Kilometer vom

- \* Am 20. Juli, elf Tage vor dem Termin der Reichstagswahl, hatte die Reichsregierung auf Betreiben von Schleichers unter offensichtlichem Bruch der Verfassung die preussische Regierung abgesetzt, die seit der Landtagswahl vom April nur noch als geschäftsführende fungierte. Von Papen hatte das Amt des preussischen Ministerpräsidenten übernommen, und an die Spitze des Innenministeriums war ein Reichskommissar gestellt worden. Begründet wurde der Staatsstreich mit der angeblichen Unfähigkeit der sozialdemokratischen Regierung, die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Preussen zu gewährleisten. Die SPD-Führung, die durch den «Preussenschlag» ihres entscheidenden Machtfaktors, der Verfügungsgewalt über die preussische Polizei beraubt wurde, setzte ihrer Entmachtung keinen offenen Widerstand entgegen. Die Mobilisierung von Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und preussischer Polizei erschien ihr aufgrund eines wahrscheinlichen Reichswehreinsatzes unverantwortlich; für einen Generalstreik fehlte angesichts der hohen Arbeitslosigkeit die soziale Basis.
- \*\* Reichspräsident von Hindenburg hielt sich auf seinem ostpreussischen Gut Neudeck auf, wo er am 14. Juli von Papen empfangen und ihm seine Zustimmung für die Einsetzung eines Reichskommissars für Preussen gegeben hatte.

Ort der Ereignisse, auf einem ostpreussischen Gutshof, – die Rege klappt. Macht nicht die fatale Ereignisfolge von der Aufhebung des Uniformverbotes über die Strassenschlachten von Altona\* bis zur Absetzung der preussischen Regierung den Eindruck einer bis in die Nuancen wohlüberlegten Aktion? Wenn sie also wissen was sie wollen, und wenn also ihre Aktionen Glieder langer Ketten von Ereignissen sind, – was haben sie dann mit der *Aktion gegen die preussische Regierung* gewollt? Nur das, was unmittelbar darinsteckt? Dass die Übernahme der Macht in Preussen, dass die Beseitigung der verhassten Sozialdemokraten für diese Herren auch ohne weitere Hintergedanken eine verlockende Sache ist, versteht sich von selbst. Aber diese einfachen Absichten lassen eines an dieser Aktion nicht verstehen: ihren *Termin*. Anderthalb Wochen vor der Reichstagswahl ist diese militärische Amtsentsetzung, ist dieser Leutnant mit drei Mann\*\*, sind diese nächtlichen Verhaftungen doch zunächst einmal eine ausgezeichnete Wahlpropaganda für die SPD. Wenn man auch, nachdem die Freigabe der Strasse ihre Wirkung ja genügend getan hatte, durch das *neue Demonstrationsverbot* sofort dafür gesorgt hat, dass diese Propaganda nicht gründlich ausgenutzt werden kann, so ist

\* Ein provokativer Werbemarsch der NSDAP durch Altona hatte am 17. Juli zu schweren Strassenkämpfen zwischen Nationalsozialisten und kommunistischen Gegendemonstranten geführt. Dabei waren insgesamt 18 Menschen ums Leben gekommen, die meisten durch kommunistische Dachschießen. Zur Aufhebung der Uniformverbote vgl. Anmerkung S. XX/56.

\*\* Am Nachmittag des 20. Juli hatte ein Offizier der Reichswehr den Berliner Polizeipräsidenten, dessen Stellvertreter und den Kommandanten der Schutzpolizei in Haft genommen. Sie wurden noch am gleichen Abend wieder freigelassen, nachdem sie versichert hatten, sie würden sich jeder weiteren dienstlichen Handlung enthalten. Der preussische Innenminister Carl Severing (1875-1952), der erklärt hatte, er werde nur der Gewalt weichen, wurde am Abend des gleichen Tages durch den neueingesetzten Polizeipräsidenten sowie zwei Polizeioffizieren seines Amtes enthoben. Nachdem die drei angekündigt hatten, sie würden ihn notfalls auch gewaltsam an der weiteren Ausübung der Amtsgeschäfte hindern, verliess er freiwillig das Ministerium.

doch kein Zweifel, dass sie der Eisernen Front\* neuen Auftrieb gegeben hat. Die Position der Linken hat lange darunter gelitten, dass ihre Parolen *abstrakt* erscheinen mochten. Man merkt auf Schritt und Tritt, dass der *Leutnant mit drei Mann als konkretes Symbol* dessen, was wir zu erwarten haben, auf viele Deutsche einen starken gefühlsmässigen Eindruck gemacht hat: mancher spürt vor diesem Symbol wieder, dass links doch um sehr konkrete Dinge gekämpft wird. Warum also diese Aktion anderthalb Wochen *vor* der Wahl statt einige Tage *nach* ihr? Warum wurde der Reichskommissar nicht zum 1. August bestellt?

Offenbar doch, weil die Tage nach dem 1. August für andere Aktionen freigehalten werden müssen, und zwar für Aktionen, die unter Umständen voraussetzen, dass eben das bereits geschehen *ist*, was gerade vor unseren Augen in Preussen geschah.

Was am 1. August und in den Wochen nachher geschehen wird, das ist freilich heute noch nicht *ganz* klar, – denn es hängt vom Ergebnis des 31. Juli ab. Aber es gibt Momente, die schon heute feststehen, weil sie nicht vom Wahlergebnis abhängen; das wichtigste dieser Momente ist die *Machtstellung des Herrn von Schleicher*. Was auch immer das Votum des nicht mehr souveränen Volkes am 31. Juli sein mag: Herr von Schleicher wird die Politisierung der militärischen Macht der Reichswehr *nicht rückgängig machen*. Die Militärdiktatur ist als Tendenz eine notwendige Folge des Ökonomisierungsprozesses des modernen Staates; durch diesen Prozess entsteht ein Widerspruch zwischen dem steigenden Einfluss von Mächten aus der Wirtschaftsgesellschaft, und zwar sowohl des Kapitals wie der organisierten Massen, und der dadurch politisch bedrohten, aber doch militärisch weiterbestehenden Macht des Heeres; überall da, wo es ein aus der Gesellschaft ausgegliedertes Heer gibt, muss dieser Wider-

\* Zur «Eisernen Front» vgl. Anmerkung S. 90.

spruch zur Tendenz der Militärdiktatur führen. Freilich werden die Herren, welche diese internationale Tendenz zur Politisierung der Militärmacht in Deutschland vertreten, klug genug sein, um zu wissen, dass im durchökonomisierten Mitteleuropa diese Tendenz nicht dieselbe Aussicht auf *reine* Verwirklichung hat, wie in den europäischen Randgebieten; ihre Macht Tendenz hat bei uns nur im Bündnis mit geeigneten Mächten *aus* der Wirtschaftsgesellschaft *selbst* Aussicht auf Erfolg. Daher das Bündnis mit Teilen des Monopolkapitalismus, darum auch das Bündnis mit einem Teil der Massen der Wirtschaftsgesellschaft, nämlich mit dem rebellierenden, aber durch sein falsches Bewusstsein zunächst unschädlichen und nützlichen Mittelstand. Solange die Tendenz zur Militärdiktatur, die ihre unheimliche Realität in der Realität der Maschinengewehre selber hat, mit einiger Aussicht den Weg des *geringeren Widerstandes*, nämlich den Weg des Bündnisses mit Teilen des Kapitalismus, der Bürokratie und der nationalistischen Volksbewegung gehen kann, wird sie ihn zu gehen versuchen. Man kann also annehmen, dass die Reichswehr nicht an eine reine Militärdiktatur denkt, aber man muss ebenso sicher annehmen, dass sie das Stück Militärdiktatur, das heute schon «legal» da ist, nach der Wahl nicht abzubauen, sondern im Gegenteil *auszubauen* versuchen wird.

*Wie weit* sie aber diesen Weg des geringsten Widerstandes gehen kann, das hängt zum Teil vom *Ergebnis dieser Reichstagswahl* ab. Es gibt *eine* äusserste Möglichkeit (kaum noch eine Möglichkeit, – wenn man nicht Mittel und Wege finden sollte, die kommunistischen Mandate auszuschalten\* –), eine extreme Lösung bei gemüthlichster Legalität: nämlich eine Rechtsmehrheit. In diesem Fall wird in einem stillen und heimlichen Kampf zwischen dem Führer der Massen und dem Kommandeur der Sol-

\* Ein Verbot der Kommunisten hätte wahrscheinlich den Rechtsparteien die absolute Mehrheit gebracht.



daten doch wohl ein Ausgleich versucht werden, der den *vollen inhaltlichen Faschismus* im mehr oder weniger unangetasteten Rahmen der Weimarer Verfassung bedeuten wird. Es gibt einen anderen Fall, den äussersten Fall nach der *anderen* Seite hin: die Koalition Schleicher-Hitler-Zentrum, die zahmste Ausgabe des deutschen Faschismus. In einem künstlichen Ausgleichssystem müssten die Ansprüche des Nationalsozialismus und des politischen Katholizismus mit denen des Machtinhabers Schleicher kombiniert werden; eine für alle Beteiligten peinliche und unerquickliche Sache, die aber die heute Regierenden vermutlich ins Auge fassen werden, wenn einerseits der Wahlausfall eine «reiner» Lösung unmöglich macht, andererseits aber nach Möglichkeit der legale Rahmen erhalten werden soll (Hindenburg!). Die dritte Möglichkeit liegt zwischen beiden: es ist die erste unter den Voraussetzungen der zweiten, es ist die faschistische Diktatur trotz eines für sie ungünstigen Wahlergebnisses, – es ist die Illegalität, der *Staatsstreich*.

Die Politik dieser letzten beiden Wochen ist die *Funktion dieser doppelten Möglichkeit*. Man muss nach dem 31. Juli zu Massnahmen greifen, die als verfassungswidrig angesehen werden können, dann wäre ein unter sozialdemokratischer Führung regiertes Preussen mit seiner Bürokratie und seiner Schutzpolizei der *gegebene Ansatzpunkt des legalen Widerstandes*. Die Legalität, der Apparat und die polizeiliche Macht Preussens wäre der Mittelpunkt einer Gegenbewegung, zu der sowohl die süddeutschen Länder wie die organisierte Arbeiterschaft wie der politische Katholizismus stossen würden. Dieser mögliche Mittelpunkt der Gegenwehr musste *vor* der Wahl zerschlagen werden. Gleichzeitig musste aber für den anderen Fall, für den Fall einer Koalitionslösung, der politische Katholizismus geschont werden. Die Rücksichtslosigkeit gegen Preussen (in dem man sogar das Zentrum stark mittreffen musste) und die Schonung Süddeutsch-

lands, dem Herr von Papen in Stuttgart\* gewiss alle gewünschten Zusicherungen gegeben hat, diese doppelte Politik erklärt sich aus der doppelten Überlegung, dass man nach der Wahl nicht mit preussischen Widerstand zu rechnen haben dürfte und dass man für den anderen Fall einer Koalition mit dem politischen Katholizismus das Zentrum, die Bayrische Volkspartei, die Länderregierungen nicht maximal gegen sich aufgebracht haben dürfte. Es blieb noch genug in den Kauf zu nehmen: die gute Wahlreklame für die SPD (der man freilich durch das Demonstrationsverbot, durch den militärischen Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg, durch das Verbot der Lautsprecherpropagandawagen usw. schnell einen Riegel vorschob), die Verschnupfung des Zentrums in Preussen, das Misstrauen der Länder in Süddeutschland. Aber diese Schwierigkeiten mit dem Zentrum und den Ländern glaubt man wieder ausbügeln zu können, wenn es nötig ist, und man glaubt das umso leichter zu können, wenn es etwa glücken sollte, die Sozialdemokratie durch Rücksichtslosigkeit zu radikalisieren und an die Seite der verfehten KPD zu bringen und wenn durch die vollzogene Umbildung in Preussen die Klammer, die dort die SPD mit dem Zentrum verband, gesprengt ist.

Die Eiserne Front wird die Konsequenz zu ziehen haben; sie kämpft legal, sie wird dem Gegner die Verantwortung für den Bruch der Legalität überlassen; aber sie muss wissen, dass *sie jenseits des Tages der Stimmzettel* mit einem Gegner zu rechnen hat, der gegebenenfalls die Maschinengewehre wird entscheiden lassen wollen.

30. Juli 1932

\* Auf der Länderkonferenz in Stuttgart am 23. Juli rechtfertigte von Papen das Vorgehen in Preussen, musste sich jedoch insbesondere von den Vertretern der süddeutschen Länder scharfe Kritik gefallen lassen. Die Regierungen von Bayern und Baden legten sogar beim Staatsgerichtshof Klage gegen die Reichsregierung ein, da sie in deren Vorgehen eine Bedrohung für alle Länder sahen.

## Reichstagswahlen – die letzten?

Die gegenwärtige, im Wesentlichen durch den Willen des Reichspräsidenten existierende Regierung\* hat keine nennenswerte Basis im Volk; ihre breiteste Stütze im Volk ist der Nationalsozialismus, – der aber seinerseits kaum toleriert, höchstens abwartet und seit der grossen Notverordnung\*\* sogar mindestens den Wählern gegenüber mit dem Gedanken der Opposition kokettiert. Auf das «Volk» aber, auf die breiten Massen, deren Stimmen nicht gewogen, sondern gezählt werden, kommt es bei der *Wahl* an. Daraus ergibt sich die Eigenart dieses Wahlkampfes. Der politische Kampf geht augenblicklich um die Regierung von Papen, – aber diese Regierung tritt, weil sie sich nicht auf Teile der Massen, sondern auf den Reichspräsidenten und mächtige, aber zahlenmässig belanglose Kreise (Grossagrarier, Reichswehr, Teile der Industrie) stützt, *nicht* eigentlich in den *Wahlkampf*. Man möchte gegen Herrn von Papen und seine Leute wählen, – aber siehe: diese Leute sind in der Wahlfront nicht vorhanden. Da sie sich nicht auf Mandate, sondern auf ausserparla-

\* Brüning hatte am 30. Mai seine Entlassung eingereicht, nachdem von Hindenburg ihm seine Unterstützung entzogen und ihn zum Rücktritt aufgefordert hatte. Von Schleicher, auf dessen Einfluss Hindenburgs Abkehr von Brüning vor allem zurückging, stellte daraufhin ein neues Kabinett mit dem Zentrums-Rechtsaussen Franz von Papen (1879-1969) an der Spitze zusammen, das den Reichstag auflöste und für den 31. Juli Neuwahlen anberaumte.

\*\* Am 14. Juni erliess das Kabinett von Papen eine Notverordnung, die weitreichende Streichungen der Arbeitslosenversicherung und des Fürsorgesystems vorsah. Zwei Tage darauf folgte eine weitere Verordnung, die das Verbot von SS und SA aufhob sowie allgemein das Tragen von Uniformen wieder zuließ. Damit waren beide Bedingungen erfüllt, die Hitler gegenüber von Schleicher für eine Tolerierung des Kabinetts von Papen gestellt hatte: Auflösung des Reichstags und Wiedezulassung von SS und SA.

mentarische Mächte stützen, sind sie vom Ergebnis der Wahl relativ unabhängig, sie stellen sich den Wählern nicht.

Das ist die Fragwürdigkeit dieser Wahl, die man sich klar machen muss, ohne der Suggestion der Werbung im Wahlkampf zu unterliegen.

So wird also die Opposition die Regierung in diesem Wahlkampf nur auf einem *Umweg* treffen können: indem sie gegen *die* Partei agiert, die der Regierung immerhin am nächsten steht und mit der sie den Pakt der Auflösung des Reichstags geschlossen hat: gegen die NSDAP. In dieser Front wird denn auch mit Erbitterung gekämpft werden. Aber auch *dieser* Kampf hat sein Fragwürdiges. Die NSDAP führt ihn als Opposition gegen Weimar, und auch die Linke und die Mitte können ihn im Wesentlichen *nur für* Weimar, also defensiv führen, – für ein Weimar, das es nicht mehr gibt. Brünings persönliche Position in diesem Wahlkampf ist ausgezeichnet, aber die *Fronten* dieser Position sind schief; er verteidigt gegen die NSDAP etwas, was es nicht mehr gibt, und er greift in der Regierung jemanden an, der sich nicht stellt. Die SPD ihrerseits wagt nicht, den Wahlkampf für den Sozialismus zu führen, sie führt ihn für die «Eiserne Front», – und das heisst: für Weimar, in derselben gebrochenen Weise wie das Zentrum für Brüning.

Das muss man wissen, um die Reichweite dieser Wahl nicht zu überschätzen. Die Präsidentenwahl war sehr viel politischer als diese: so sehr liegt das politische Schwergewicht heute nicht in den Mandatziffern. Von dem Ergebnis dieser Wahl kann nichts Befreiendes, nichts Weiterführendes ausgehen. Hat man das erkannt, hat man sich von der traditionellen Überschätzung der Bedeutung der Reichstagswahlen für diesen Fall freigemacht, so kann man sie in ihrer begrenzten Bedeutung wiederum ernstnehmen.

Ihr zahlenmässiges Ergebnis wird vor allem über die staatsrechtlich-politische Form des Bündnisses Hugenberg-Schleicher-Hitler entscheiden, das zunächst für einige Zeit regieren wird.

Erhält die Harzburger Front die Mehrheit, so wird sie den Versuch machen, weiterhin «legal» zu regieren. Gerät sie in die Minderheit, so wird ihr Wille zur Macht sie auf den illegalen Weg verweisen. Dazwischen liegt die wahrscheinlichste Möglichkeit: dass die Harzburger Front mit dem Zentrum eine Mehrheit bilden können, dass sie aber *ohne* es in die Minderheit geraten würde. Dann wird das Zentrum vor der schwierigen Frage stehen, ob es die Politik des «kleineren Übels», die Politik der Erhaltung der Legalität auch um sehr hohen Preis weitermachen soll (d.h.: ob es sich an einem weimarisch verschleierten Faschismus beteiligen soll), oder ob ihm die sozialen Inhalte, um die es gehen wird, an einem bestimmten Punkt der Entwicklung wichtiger sind als die Rettung der Legalität (d.h. ob es in der Entschleierung des Faschismus zur antifaschistischen Opposition gehen, damit aber zugleich die Errichtung des offenen Faschismus geschehen lassen soll). Die Mathematik der Wahlergebnisse wird wichtig vor allem in der Hinordnung auf *diese* Entscheidung.

Hier wird auch unsere Gewissensentscheidung in dieser Wahl einzusetzen haben. Zwei Fragen hat jeder von uns in dieser Hinsicht in sich zu entscheiden: die erste, welchen dieser beiden Wege er glaubt verantworten zu können (das «kleinere Übel» der vom Zentrum gebremsten mehr oder weniger legalen faschistischen Klassenherrschaft oder die «Katastrophenpolitik» der Entscheidung gegen diese Klassenherrschaft, die sie zunächst zu ihrer offenen Proklamierung bringt); die zweite, ob er glaubt, dass das Zentrum den von ihm gewählten oder den von ihm verworfenen dieser beiden Wege gehen wird.

Der Wahlkampf im Grossen wird natürlich *nicht* unter *dieser* Perspektive geführt werden können. Er kann nur *gegen den Nationalsozialismus* geführt werden, der aktuell als Steigbügelhalter des Faschismus, weiterhin aber wegen seiner Dämonie, seines prinzipiellen Mangels an Verantwortungswillen die grosse Gefahr im Volk ist. Dieser Kampf um die Seele des Volkes muss

auch in diesem Wahlkampf geführt werden, und in dieser Hinsicht bekommt er abseits der eigentlichen politischen Bedeutung einen positiven Sinn. Aber wir müssen wissen, dass im Grunde die nationalsozialistische Bewegung, der im Nationalsozialismus vereinigte Teil des Volkes, für uns viel mehr eine *Aufgabe* als ein *Feind* ist; durch ihr falsches Bewusstsein macht diese Bewegung gemeinsame Sache mit den zum Faschismus führenden Kräften, die sich in der neuen Regierung stärker enthüllt haben denn je, und in dieser Bundesgenossenschaft muss sie politisch bekämpft werden; aber wichtiger ist im Grunde die Aufgabe, den bürgerlichen, bäuerlichen, proletarischen und stehkragenproletarischen Massen dieser Partei zu einem richtigeren Bewusstsein, zu einer verantwortungsvollen Aktivierung dieses Bewusstseins und damit zu einer grundsätzlichen Frontschwengung zu verhelfen. Es ist schlimm genug, dass wir diesen Wahlkampf im Grossen nicht gegen die Verführer führen können, nicht gegen die eigentlichen «Reaktionäre», sondern nur gegen die verführten Massen und ihre schwärmerisch-machttrunkenen Führer, die selber über kurz oder lang die Dummen im politischen Spiel sein werden. Auch das gehört zu der tragischen Groteske dieses Wahlkampfes.

Juli 1932

## Libérale Illusionen

Es ist kein grosses Geheimnis, dass das Verhalten der preussischen Minister am 20. Juli, ihr kampfloses Zurückweichen vor dem Staatsstreich, den sozialdemokratischen Massen nicht ohne Weiteres und nicht überall eingeleuchtet hat. Wenn Severing über den 20. Juli spricht – wie er das vor wenigen Tagen in einer Berliner Versammlung getan hat\* –, dann kann seine Rede nichts anderes sein, als der Versuch einer *Rechtfertigung*. Das ist selbstverständlich. Kein Mensch bezweifelt auch, dass ein Mann wie Severing seine guten Gründe anzugeben versteht, vor allem das Argument, das ihn ja in der Stunde der Entscheidung selbst bestimmt hat: «*Ich weiche nur der Gewalt*». Man kann sich zwar nicht mit der Maxime zufriedengeben, die Severing in jener Versammlung aufgestellt hat: «*Wenn man den offenen Kampf aufnimmt, dann muss man mindestens ebenso stark sein wie der Gegner*», – denn diese Maxime vergisst mehrerlei; dass ja erst der Kampf selber in einziger letzter Instanz darüber entscheidet, wer stärker ist, und sie vergisst weiterhin, dass uns im Kampf selber die Kampfkraft entsteht und geübt wird, die einmal den Endsieg erzwingen soll; sie macht aus dem Kampfplatz einen Paradeplatz, auf dem die Schlussdemonstration stattfindet (– denn wenn ich ausserhalb des Kampfes festgestellt habe, dass ich «mindestens ebensostark bin wie der Gegner», bleibt auf dem Kampfplatz nur noch die grosse Abrechnung, sozusagen das jüngste Gericht zu vollziehen); sie macht sich also die Abgrenzung gegen Katastrophenpolitik und Putschismus allzu leicht. Aber sie enthält immer-

\* Einen Teil der Rede dokumentierte der «Vorwärts» am 6. Oktober 1932 («Severing über den 20. Juli. Eine Rede in Lichtenberg»).

hin für den 20. Juli konkret das diskutabile Argument: Wir wären *nutzlos besiegt* worden. Ob dies Argument durchschlägt oder nicht, das kann freilich nur auf dem Hintergrund weitführender Gedanken ausgemacht werden, die sowohl die Deutung der gesellschaftlichen und politischen Lage, als auch die Strategie der sozialistischen Verwirklichung umfassen müssten.

Aber stellen wir uns einmal auf den Boden dieses Arguments. Nehmen wir an, Carl Severing hätte recht, wenn er sagt: wir konnten der offenen Gewalt keinen offenen Widerstand entgegensetzen, weil wir selber nicht über genügend Machtmittel verfügten, um die Gewalt der anderen mit eigener Gewalt zu brechen. *Was hätte aus diesem Argument gefolgert werden müssen?* Offenbar doch dies: gebt uns soviel Gewalt, steigert eure Kampfkraft so, dass wir das nächste Mal nicht zurückzuweichen brauchen, sondern vorstossen können. Das wäre, im Sinne jenes Arguments, die Lehre vom 20. Juli. Diese Lehre wäre der Gewinn des 20. Juli. Brach am 20. Juli die Basis des bürgerlichen Rechtsstaates zusammen, – nicht für Leute, die wie die Leser dieser Zeitschrift schon vorher wussten, was kommen musste, sondern für die, welche mit Severing «nicht eine Minute vor der Unterredung in der Reichskanzlei am 20. Juli morgens\* auch nur hätten vermuten können, was geplant sei», – wurde für diese Leute an die Stelle des Rechtes an diesem Tage die Gewalt gesetzt, so musste, auch wenn man den Glauben an den funktionierenden Rechtsstaat vor dem 20. Juli für entschuldigt hält, die Lehre vom 20. Juli selber sein: *Organisieren wir unsere Gewalt gegen die unserer Feinde.*

Carl Severing sagte (nach den «Vorwärts») in jener Versammlung u.a. Folgendes: «Wie erfolgte die Exekution? Ich habe zehn Jahre so regiert, dass ich im politischen Freund und im politischen

\* Bei dieser Unterredung hatten die Vertreter des Reichs, an der Spitze Kanzler von Papen, der preussischen Regierung ihre geplante Entmachtung verkündet.



Gegner zuerst den Volksgenossen sah, und ich erwartete, auch so behandelt zu werden.» Man unterbrach ihn durch Zurufe: «Verkehrt, verkehrt!» Er antwortete erregt: «Es war doch richtig! Über der politischen Zweckmässigkeit muss die menschliche Anständigkeit stehen. (Lebhaftes Bravo!) Vor allem für uns Sozialdemokraten, die wir Kulturträger waren und sind.» Severing rechtfertigt seine Politik vom 20. Juli also nicht nur aus den Voraussetzungen, an die er *vorher* geglaubt hat, sondern er hält an ihr auch unter den neuen Verhältnissen fest. Lassen wir einmal den problematischen «Volksgenossen» fort – der selber ein *politischer* Begriff ist – und halten wir uns nur an die «menschliche Anständigkeit». Sie verlangt nach Severing, dass man sich nicht nur *einmal* von skrupellosen Gewaltpolitikern düpieren lässt, sondern grundsätzlich. Zwar weiss Severing, dass «auch Bismarck und Stein» so behandelt worden sind, zwar macht er sich Gedanken über die Zeilen aus dem «Wallenstein»: «Die Falschheit herrscht, die Hinterlist bei dem feigen Menschengeschlechte», – aber er verarbeitet diese Erfahrung, diese Erfahrung Schillers, die Erfahrung Steins und Bismarcks, die eigene Erfahrung vom 20. Juli *nicht zur politischen Theorie*.

«Lebhaftes Bravo» war das Echo der Antwort Severings: diese Schwäche des verdienten sozialdemokratischen Führers ist *die Schwäche der Linken überhaupt*. Seine Erfahrung von ihrer allgemeinen erbaulichen Form («Die Falschheit herrscht. ..») in die Form eines präzisen Elementes der politischen Theorie gebracht, müsste die liberale Theorie von der Selbstverwirklichung der Vernunft und der vernünftigen Menschlichkeit zerstören, und sie müsste die Anhänger der sozialistischen Variante dieser liberalen Theorie, die Gläubigen der gewaltlosen Selbstverwirklichung des Sozialismus *stutzigmachen*. Die Massen der Arbeiterschaft *werden* stutzig; sie erfahren das Fiasko dieser Hoffnung am eigenen Leibe. Wollen ihre Führer nicht, dass sie zu Hitler und vor allem zur KPD davonlaufen, dann müssen sie die Erfahrung vom 20.

Juli *politisch verarbeiten*. Die liberalen Illusionen sind widerlegt. In dem Masse wie die Entwicklung der Produktivkräfte der Möglichkeit des Sozialismus zureift, in demselben Masse machen die herrschenden Klassen von sich aus mit der liberalen und der demokratischen Fiktion ein Ende. Sie ballen die Macht als Gewaltmacht zusammen und entwickeln aus dem Willen zur Selbsterhaltung heraus den erforderlichen Zynismus, der dem sozialdemokratischen Minister eine Minute vor dem Staatsstreich noch unfassbar war und der doch eine Minute später die politische Wirklichkeit veränderte. Nun *muss* man lernen, dass «menschliche Anständigkeit» sich nur in der Form des Willens zur Macht verwirklichen kann; nun *muss* man lernen, dass die Verpflichtung gegenüber dem «Volksgenossen» diese Bereitschaft zur Gewalt nicht lähmen darf, sondern sie stärken muss; nun *muss* man lernen, dass die «Sozialdemokraten als Kulturträger» für die Kultur, die sie tragen, die Kultur der Zukunft, nicht nur wählen, sondern auch *kämpfen* müssen. Nun muss man beginnen, aus der politischen Theorie jene liberalen Reste zu entfernen und sie umzudenken, bis sie fähig wird, in der Hand der Arbeiterschaft wieder zu einer scharfen Waffe und zu einem brauchbaren Werkzeug zu werden. Nun muss man beginnen, die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts endlich theoretisch zu verarbeiten, auch wenn sich dabei herausstellen sollte, dass die Sozialdemokratie mehr zu korrigieren hat als die «Schönheitsfehler», die Carl Severing in dieser Stunde der Selbstbesinnung zugeben will.

15. Oktober 1932

## Von Weimar nach Potsdam

### *Ein symbolischer Beschluss*

Das Reichskabinett hat beschlossen, die erste Sitzung des neuen Reichstags in der *Potsdamer Garnisonkirche*\* stattfinden zu lassen. Dieser Beschluss ist ohne Zweifel in dem Willen begründet, ein *Symbol* zu schaffen. Die Annahme, die Potsdamer Garnisonkirche könne aus *praktischen* Gründen bevorzugt worden sein, wird eindeutig dadurch widerlegt, dass für die weiteren Sitzungen gerade aus praktischen Gründen das staatliche Gebäude Krolloper vorgesehen ist.

In der Tat: Die Krolloper empfiehlt sich aus mehrerlei Gründen. Sie liegt nahe am Reichstagsgebäude; die Räume für den technischen Betrieb (Expedition) und viele Büroräume des Reichstagsgebäudes sind vom Brand verschont geblieben und könnten also ohne grosse Erschwerung benutzt werden. Man brauchte in der Krolloper ausser einigen Büros für die höheren Reichstagsbeamten zunächst nur den Zuschauerraum als Plenarsitzungssaal einzurichten. Das Reichstagspräsidium würde dabei wahrscheinlich auf der Bühne untergebracht, während die Abgeordneten im Parkett ihre Sitze einnehmen könnten. Den ersten Rang könnte man der Presse zur Verfügung stellen, die übrigen Ränge dem Publikum.

\* Die Eröffnung des am 5. März neugewählten Reichstags fand am 21. März mit einem feierlichen Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche statt, als Begräbnisort Friedrich II. ein Symbol des alten Preussens. Die Ansprachen Hindenburgs und Hitlers sollten ebenso wie die gemeinsame Beflaggung mit schwarz-weiss-roten und Hakenkreuzfahnen «die innere Verbundenheit aller nationalen Kreise des deutschen Volkes» dokumentieren. (Vgl. zum «Tag von Potsdam» auch den Artikel «Die Entscheidung», S. 134-138 in diesem Band)

Es ist also klar, was es zu bedeuten hat, wenn die erste Sitzung des neuen Reichstags nicht in der Krolloper, nicht im Preussischen Landtag, nicht in irgendeinem anderen geeigneten Raum in Berlin, sondern in der *Potsdamer Garnisonkirche* stattfinden wird.

Bleiben wir in der symbolischen Welt –, so ist der Wallot-Bau zur rechten Zeit abgebrannt.\* Jener holländische Attentäter hat den deutschen Reichstag gerade in dem Augenblick angesteckt, als er seine Funktion verlor. Der neue Reichstag hat nach dem Willen der Regierung eine wesentlich andere Aufgabe, als ihn nicht nur der Weimarer Reichstag, sondern auch der alte Bismarcksche Reichstag gehabt hat. In jeder Rundfunkrede wird uns gesagt, dass dieser Reichstag keine andere Aufgabe hat, als dem Regime zuzustimmen. *Tut er das nicht*, so wird diese Wahl so gut wie nicht geschehen sein. Er wird kein Parlament sein, sondern er wird eine vollzogene Tatsache zu akklamieren haben. Das hat mit Bismarcks Reichstag, dem Reichstag der Weimarer Verfassung nicht mehr viel zu tun, – dieser Reichstag ist zu Ende. Das will – symbolisch gesprochen – die brennende Kuppel des Wallot-Baus bedeuten.

Auch das erste Parlament der deutschen Republik ist nicht im Wallot-Bau eröffnet worden. Die Nationalversammlung konnte nicht im bürgerkriegsbedrohten Berlin stattfinden. Man hätte viele Plätze finden können, – man wählte *Weimar*, weil diese

\* Das vom Architekten Paul Wallot (1841-1912) erbaute Berliner Reichstagsgebäude war am Abend des 27. Februar abgebrannt. Die Nationalsozialisten beschuldigten sofort die Kommunisten der Brandstiftung und nutzten den Brand zur Rechtfertigung verschärfter Terror- und Gleichschaltungsmassnahmen. In den Wandelhallen des brennenden Reichstags hatte man den holländischen ehemaligen Kommunisten Marinus van der Lubbe ergriffen, der später auch als Brandstifter hingerichtet wurde, ohne dass jedoch Verbindungen zwischen ihm und der KPD hätten nachgewiesen werden können. Die Vorfälle wurden niemals völlig aufgeklärt, und hartnäckig hielt sich der schon unmittelbar nach dem Brand aufgekommene Verdacht, die Nationalsozialisten selbst hätten ihn gelegt.

Stadt jene geistige Wirklichkeit symbolisierte, der die deutsche Nationalversammlung eine reine politische Gestalt zu geben versuchte: die deutsche Nation. Als die deutsche Arbeiterschaft, in deren Hand damals die Führung lag, die Stadt Goethes wählte, bekannte sie sich zur deutschen Nation, wie sie das deutsche Bürgertum zunächst als geistige Einheit geschaffen hatte. In dieser Geste reichte die Arbeiterschaft dem Bürgertum die Hand zum gemeinsamen Aufbau eines nationalen Staates.

Dem Geist von *Weimar* ist in den letzten Jahren oft genug der Geist von *Potsdam* gegenübergestellt worden. Schon in der Nationalversammlung selbst ist das aus deutschnationalem Munde zum ersten Male geschehen. Seit vor vier, fünf Jahren der Nationalsozialismus nach Norddeutschland Übergriff, hat er in seine erstaunliche Synthese auch den *Geist von Potsdam* aufgenommen, der der ursprünglichen hitlerischen nationalsozialistischen Arbeiterpartei ebenso fremd war wie den Völkischen aus Norddeutschland. Nun machen die Nationalsozialisten in der Regierung über schwarz-weiss-rot hinaus eine Geste, die ein Bekenntnis zum reinen *preussischen* Gedanken ist.

Das deutsche Volk muss es sich gefallen lassen. Die braune Armee und das schwarz-weiss-rot gesonnene Bürgertum nehmen es im Rausch des Sieges nicht so genau. Die sozialistische Arbeiterschaft ist zum Feind erklärt, ihre Gefühle fallen nicht ins Gewicht. Aber es gibt ein *katholisches Volk*. Es gibt ein *süddeutsches Volk* und es gibt süddeutsche *Länder*. Es gibt ein *westdeutsches Preussen*, das gut preussisch ist, aber nicht gut potsdamisch. Alle diese Volksschichten werden mit dieser Geste der Regierung vor den Kopf gestossen, – in einem Augenblick, da die Regierung erklärt, eine neue nationale *Einheit* begründen zu wollen. Die «Marxisten» gehören von vornherein nicht zu dieser neuen Einheit; es scheint so, als ob das neue Regime auch die Bayern, die Württemberger, die Badenser, die Hessen, die westdeutschen

Preussen nicht ganz dazu rechnete. Es ist selbstverständlich, dass *wir* das nicht in der Ordnung finden. Aber ist es – von der andern Seite aus gesehen – nicht auch unklug?

3. März 1933

## Auch ein Jubiläum

### *Zur fünfzigsten Wiederkehr des Todestages von Karl Marx*

Am 14. März dieses Jahres des neuen Regimes waren fünfzig Jahre vergangen, seit *Karl Marx* sein unvollendetes Lebenswerk abbrechen musste. Vor einigen Tagen haben Nationalsozialisten in Trier das Haus mit Hakenkreuzfahnen geschmückt, in dem er am 5. Mai 1818 geboren worden war. Sein Todeshaus steht in London.

Ein eigentümliches Jubiläumsjahr! Die Weltanschauung, die sich nach diesem Manne benennt, soll in Deutschland amtlicherseits mit Stumpf und Stiel *ausgerottet* werden. Nie war – *polizeilich gesehen* – der Marxismus schwächer, bedrohter, geschlagener, als in diesem Gedenkjahr. Aber es gibt einige Tatsachen, die nicht ganz zu diesem Bild des vernichteten Marxismus passen. Es gibt mitten in dieser Zeit der Verfolgung eine ausgesprochen marxistische *Konjunktur* – *geistig gesehen*. Wer das «Kommunistische Manifest» aus dem Jahre 1848 heute liest, spürt auf jeder Seite, dass es aktueller ist, als es je in diesem 20. Jahrhundert gewesen ist: dass die Krise und das was sie zur Folge hatte, den erstaunlich hohen *Wirklichkeitsgehalt* dieses Manifestes ins helle Licht gerückt hat; das sieht auch der von anderen Voraussetzungen aus Urteilende, wenn er nur den ruhigen Blick und den Willen zur Gerechtigkeit hat. In der Arbeiterschaft und in ihren Führern zeigt sich ein langsames Wiedererstarken ursprünglich marxistischer Gedanken. In der übrigen Welt haben sich manche Anschauungsweisen durchgesetzt und werden unbefangen vertreten, die zuerst von Karl Marx ausgesprochen worden sind; Spuren dieses heimlichen Marxismus sind überall zu finden, auch in den Lagern der entschiedenen Antimarxisten. Eine Zeit, in der die eine Hälfte Deutschlands einen ausdrücklichen Kampf gegen den

Marxismus führt, in der ein Drittel Deutschlands für den Marxismus Verfolgung und Verfemung erleidet, eine Zeit, in der sich manche Analysen und Prognosen von Karl Marx verblüffend bewähren, eine Zeit, in der die von Marx ausgesprochene Problematik täglich an tausend Stellen in Deutschland leidenschaftlich besprochen wird – eine solche Zeit ist nicht der Augenblick der *Ausrottung des Marxismus*, sondern der Beginn einer *intensiven Auseinandersetzung mit ihm*. Was sich als Ausrottung selber versteht, ist in Wirklichkeit nur eine für den Augenblick ausserordentlich wirksame, auf die Dauer freilich erfolglose Form dieser Auseinandersetzung, ein Auseinandersetzungsversuch mit unzulänglichen Mitteln.

Der heutige Gedenktag weist uns freilich von den gegenwärtigen Auseinandersetzungen auf Karl Marx *selber* hin – auf den *Menschen*, der einmal gesagt hat: «*Moi, je ne suis pas marxiste*». – «Ich bin kein Marxist.» Der Schöpfer der Theorie des proletarischen Befreiungskampfes, der als solcher Geschichte gemacht hat, verdient eine gerechte Würdigung auch derer, die nicht oder nicht in allen Punkten seine Schüler und Anhänger sind.

Man kann den *Menschen* Karl Marx nicht verstehen, wenn man nicht hinter seiner Verstandeschärfe, hinter der nüchternen Kälte seiner Analysen, hinter dem, was manche als die Kaltschnäuzigkeit eines jüdischen Rationalisten deuten wollen, ein anderes Erbe jüdischer Geschichte wirksam sieht: das *Pathos des prophetischen Menschen*. Marx war nicht kalt – er brannte; die «Wissenschaft», die er als die einzig gültige Form menschlicher Aussage betrachtete, verbarg in Wirklichkeit einen *starken Glauben*; typisch jüdisch wiederum war er darin, dass er diesen Glauben an den Sinn der Welt eng an die Vorstellung der *Vollendung der menschlichen Bestimmung* band: seine «klassenlose Gesellschaft» berührt sich mit dem prophetischen Gottes-Reich. Der kämpferische Prophet dieses säkularisierten Gottes-Reiches, der Gott aus dem Himmel holen wollte, um ihn in der menschlichen



Gesellschaft zu verwirklichen, war ein unerbittlicher Kritiker und Kämpfer, der zu hassen verstand, aber er war mehr als das: ein *Liebender*; freilich verstand er seine Liebe zu den im Frühkapitalismus grauenhaft ausgebeuteten Ärmsten und Schwächsten unter den Menschen in die *motorische Energie* seines Denkens und Handelns umzusetzen. Wie bequem ist es und wie sehr ist Marx missverstanden, wenn heutige dem Nationalismus anheimgefallene frühere Sozialisten dem prophetischen Marx den sentimental Weichling, dem Juden den «Deutschen» gegenüberzustellen versuchen!

Der Prophet Marx trug das Gewand des *positiven Wissenschaftlers*. Die Breite seines Denkens überrascht. *Die politische Theorie* und die *Soziologie* haben ihm ganz neue und wesentliche Ansätze zu danken; ein grosser Teil der modernen Soziologie besteht in der ausdrücklichen Aneignung und Durchbildung sozialistischer Methoden, die Marx oft ohne sie als solche ausdrücklich herauszustellen, als erstes angewandt hat. Der Marx der «politischen Ökonomie», des «Kapitals» und der «Theorien über den Mehrwert» gehört zu den bedeutendsten *Sozialökonom*en; seine grossangelegte Analyse des Kapitalismus, oft bestritten, ist durchaus nicht «wissenschaftlich» widerlegt; der Streit um ihre Richtigkeit ist auch heute noch zum guten Teil ein Streit um die Reichweite der liberalen Ökonomie, die sich selber als «reine» Wissenschaft versteht, während sie der Marxist als «bürgerliche» Wissenschaft, als Wissenschaft aus den Voraussetzungen des Kapitalismus begreift; er ist darüber hinaus ein Streit um den Wissenschaftscharakter der Ökonomie überhaupt. Marx war daneben ein durchgebildeter *Historiker*. Als *Philosoph* dachte er mehr breit und scharf als tief. Der Versuch, die Hegelsche Philosophie «umzustülpen» und durch diese Umstülpung aus der Dialektik des Geistes eine «historische Dialektik» zu gewinnen, die als Zusammenfassung der positiven Wissenschaften die eigentliche Philosophie überflüssig machen würde – dieser Versuch ist miss-

glückt; Marx scheint sich seiner Problematik nicht bewusst geworden zu sein.

Der prophetische Mensch und der Wissenschaftler Marx war schliesslich – in erstaunlicher Einheit – der *Mann der Aktion, Führer, Politiker*. Sein Leben und sein Erfolg wirbt für die Vorstellung der Einheit von Theorie und Praxis, die von Anfang an sein Denken begleitet hat. Seine Theorie, so oft als lebensfremde Konstruktion verspottet, hat in der Tat wesentlich dazu beigetragen, das Proletariat aktionsfähig zu machen. Seine Forderung, durch die «Verwirklichung der Philosophie» die «Wirklichkeit zu verphilosophieren», spricht das Geheimnis seines eigenen Lebensweges aus: des durchgebildeten Philosophen der im Hegelschen System das Ganze der bisherigen Denkmotive zusammengefasst besitzt und nun die Fülle dieser Geistigkeit auf die proletarische Wirklichkeit bezieht, um aus dieser Beziehung zum politischen *Handeln* zu kommen.

Marx war kein «Marxist». Er konnte keiner sein, wie auch heute keiner «Marxist» sein kann, der unter «Marxismus» den Glauben an alle Äusserungen von Marx und den Glauben an die *Systemeinheit* aller dieser Äusserungen versteht. Sie *sind* in der Tat nicht in ein System zu bringen. Sein Positivismus steht neben seiner geschichtspantheistischen Prophetie, seine Wissenschaft neben seinem Glauben. Die Reichweite seines «Materialismus» bleibt unbestimmt; er ist ursprünglich nur geschichtsrealistisch gemeint (gegen den Idealismus, wird später ohne Zweifel aber auch vom metaphysischen Materialismus beeinflusst, ohne dass eine genaue Abgrenzung und Bestimmung vorgenommen wird). Sein dialektischer Dynamismus steht unausgeglichen neben festen naturrechtlichen Anschauungen über das Wesen und die Bestimmung des Menschen. Wer das Weltbild von Karl Marx beschreiben wollte, würde auf tiefe *Widersprüche* und auf manche *Dunkelheiten* stossen. Ein «Marxismus» als System kann sich im-

mer nur auf einen *Teil* der Marxschen Gedanken stützen, sei es mehr auf den positivistischen Teil, wie das der Reformismus zu tun liebt, sei es auf seine Methode der revolutionären historischen *Dialektik*, wie das der Kommunismus tut.

Und wir Katholiken? Wir stossen bei Marx auf Thesen, zu denen wir im schärfsten *Gegensatz* stehen; hier wäre vor allem seine *Religionskritik* zu nennen, die zwar wie die von Feuerbach viel Pseudoreligion (auch in uns Christen) wirkungsvoll entlarvt, aber als Leugnung der Offenbarung gegen unseren Glauben besteht; der metaphysische *Materialismus*, der später der sozialistischen Bewegung verhängnisvoll geworden ist, wird von Marx nur gelegentlich vertreten und spielt jedenfalls in seinem Denken keine entscheidende Rolle; entscheidend ist aber sein latenter *Geschichtspantheismus*, der mit unserem Bekenntnis des persönlichen Gottes unvereinbar ist.

Neben diesen und anderen Gegensätzen stehen Theorien, über die man *diskutieren* kann (und diskutieren muss!); etwa über die Reichweite der ökonomischen Bestimmtheit geschichtlicher Veränderungen oder über den genaueren Zusammenhang zwischen den «Produktionsverhältnissen» und dem, was Engels mit dem sehr schlechten Ausdruck «Überbau» bezeichnet hat, vor allem der theoretischen Selbstverständigung der Menschen und ihrer Rechts- und Staatsgebilde.

Es ist heute aber an der Zeit, jene Gedanken von Karl Marx, vor allem des jungen Marx zu sehen und anzuerkennen, in denen wir Christen mit ihm *in gemeinsamer* Front stehen oder doch stehen sollten, in denen wir von ihm *lernen* können und müssen. Die religiös-verpflichtende Bedeutung der geschichtlichen Aktion (die wir freilich theistisch zu fassen haben), der Versuch, die Geschichte aus Gesetzmäßigkeiten zu verstehen, um daraus Gesichtspunkte für die Richtung des Handelns zu gewinnen, der «reale Humanismus» des jungen Marx, seine Real-Soziologie, das

Ernstnehmen der ökonomischen Existenz, das sind einige Punkte, in denen wir Christen gegen idealistische Versuchung und gegen ein bei uns beliebtes geschichtsloses Denken mit Karl Marx zusammengehen müssen.

Das bedeutet nicht, seine Thesen gläubig anzunehmen, sondern es bedeutet, sich von ihm helfen zu lassen, wenn wir daran gehen, von den Voraussetzungen unseres Glaubens aus eine Vorstellung von der Realität der heutigen Gesellschaft und von den Möglichkeiten ihrer Änderung, und damit ein klares Bild von unserer geschichtlichen Aufgabe zu gewinnen.

15. März 1933

## Die Entscheidung

Die neue Regierung weiss ihre Sache den Massen des Volkes wirkungsvoll darzustellen. Der nationalsozialistische Minister Dr. Goebbels hat mit Stolz darauf hingewiesen, dass seine Bewegung ihren Erfolg zum Teil ihren propagandistischen Mitteln verdanke; sein Amt ist eigens dazu geschaffen worden, diese Mittel nun auch in den Dienst des Staates zu stellen. Schon mehr als einmal haben wir bedauert, dass die Weimarer Republik die Wichtigkeit der Propaganda verkannt hat. Der grosse Festakt von Potsdam hat es uns von neuem klargemacht, was wir versäumt haben.

Der Tag von Potsdam war eine Meisterleistung der Regie im Dienste der Staatsführung. Aber täuschen wir uns nicht: es war mehr als das. Hinter dem grossartigen Schauspiel von Potsdam steht die Wirklichkeit des *Ermächtigungsgesetzes*.\* Der neue Reichstag wäre nicht so in den Mittelpunkt von Feiern gestellt worden, die eindrucksvoller sind als die Tage nach dem 30. Januar und vor und nach dem 5. März, wenn ihm nicht die Aufgabe gestellt wäre, durch dies Gesetz nunmehr legal und endgültig die Ära des «Dritten Reiches» beginnen zu lassen. Hinter dem Gepränge von Potsdam stehen die starken und selbstbewussten

\* Das offiziell «Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich» betitelte Ermächtigungsgesetz wurde am 23. März, einen Tag nach Erscheinen des vorliegenden Artikels, vom Reichstag verabschiedet. Es befugte die Reichsregierung zum Erlass von Gesetzen, auch abweichend von der Verfassung, setzte sie damit zum neuen Verfassungs- und Gesetzgeber ein und machte den Reichstag zum blossen Akklamationsorgan. Nachdem die kommunistischen Abgeordneten entweder verhaftet oder untergetaucht waren, stimmte am 23. März allein die ebenfalls bereits durch Verhaftungen und Emigration dezimierte SPD-Fraktion gegen das Gesetz, das den Nationalsozialisten einen Blankoscheck zur Aufrichtung ihrer Diktatur gab. (Vgl. auch den folgenden Artikel «Vor dem Ermächtigungsgesetz», S. 139-143 in diesem Band)

Mächte, die nun wohl für eine Reihe von Jahren die Lust und die Last der Herrschaft, die Macht und die Verantwortung des deutschen Reiches tragen werden.

Diese Mächte sind nicht *kleiner* als ihr Potsdamer Symbol, – sie sind *grösser*. Nicht einmal die nationalsozialistische Bewegung selbst wird in ihrer ganzen Breite von diesem Symbol erfasst. Potsdam ist nicht das ganze Deutschland. Die preussischen Tugenden, die in diesen Tagen immer wieder beschwörend genannt werden, sind – richtig verstanden – zweifellos Tugenden, ohne die ein Staatswesen nicht bestehen kann, – aber sie sind nicht die Tugenden, die einem Volke zum inneren Reichtum, zur Fülle des geistigen und seelischen Lebens verhelfen können. Aber dieser Vorwurf, den wir westdeutschen Preussen mit Recht erheben, die wir Preussens Grösse begreifen und doch dem katholischen Rheinland, dem Reichtum süddeutschen Lebens mehr verbunden sind als dem Geist von Potsdam, – dieser Vorwurf trifft mehr die Enge des *Symbols* als die neue *Wirklichkeit* selbst, die sich dies Symbol gewählt hat. Potsdam ist nicht einmal das Deutschland dieses neuen Regimes, das freilich seinerseits nicht das *ganze* Deutschland ist. Wir würden die neuen Tatsachen, wir würden unseren Gegner unterschätzen, wenn wir das Symbol für Wirklichkeit nähmen: wenn wir die Vorgänge dieser Tage, diese Vorgänge, die eine neue geschichtliche Epoche einleiten, nur für die Wiedergeburt *Preussens* hielten. Der Reichspräsident und der Vizekanzler\* mögen in etwa die *preussische* Seite dieser geschichtlichen Wendung repräsentieren können. Die wirtschaftlichen Gruppen, die Hugenberg vertritt, die Volksbewegung Hitlers und ihr militärischer Apparat, – das sind grossenteils sehr unpreussische, aber sehr *mächtige* Gewalten.

\* Vizekanzler in Hitlers Kabinett war von Papen; Hugenberg amtierte als Wirtschaftsminister.

Aus den Reden, die von den beiden höchsten Autoritäten des neuen Regimes gehalten wurden, sind die gesellschaftlichen Wirklichkeiten, die den Geist und die Tendenz der neuen Ära bestimmen werden, freilich nicht zu erkennen.

Der Reichspräsident beschränkte sich auf eine kurze Ansprache, in der eigentlich – ausser einem durch den Ort der Ansprache nahegelegenen Appell an den preussischen Geist – nur die politische Situation dieser Reichstagseröffnung selber in grösster Kürze umrissen war.

Auch der Reichskanzler sprach kürzer, als er selber es bisher gewohnt war. Seine Rede suchte sichtlich zwischen der Art jener früheren Reden und den staatsmännischen Erfordernissen der Stunde eine mittlerer Linie zu gewinnen. Wir hörten ihn das Geschichtsbild von neuem vortragen, dass wir aus so vielen Reden Hitlers kennen, – wir hörten es heute nur in gedämpfterem Stil. Die grossen Höhepunkte früherer Reden klingen in einzelnen Sätzen an; auch heute noch wird die «Vernichtung» derer angekündigt, die «zu schaden versuchen», – aber im Ganzen hören wir einen beherrschteren Ton. In den Ankündigungen des Kurses, den die neue Regierung einschlagen will und für den sie jene besonderen Ermächtigungen verlangt, klingt das Bewusstsein der historischen Sendung und der historischen Stunde durch, – aber eigentliche politische Inhalte haben diese Ankündigungen noch nicht. Das Bekenntnis zum Frieden ist beachtlich als Bekenntnis von dieser Stelle aus, – aber auch dies Bekenntnis bleibt so allgemein, wie die allgemeinsten Friedensbekenntnisse aller europäischen Staatsmänner. Die brennenden Fragen nach dem, was die Regierung zu tun gedenkt, werden auch in dieser Rede nicht beantwortet. Erst die *Taten* der Regierung werden die Antworten auf diese Fragen sein.

Die bisherige Schweigsamkeit der Regierung über ihre wirtschaftspolitischen, ihre sozialpolitischen, ihre aussenpolitischen Absichten ist für alle die, welche ihr nicht ohne Weiteres mit herzlichem Vertrauen begegnen, umso quälender, als die Regierung auch von *ihnen* die Annahme eines Ermächtigungsgesetzes verlangt, das ihr praktisch die *absolute Handlungsfreiheit* geben soll. Dies Gesetz stellt einen Blankoscheck dar, den das Parlament der Regierung, – nein, dem jetzigen Regierungschef ausstellen soll. Klar sind in diesem Gesetzentwurf die Befugnisse des Regierungschefs, – unklar sind höchstens die Punkte, in denen man allenfalls eine Beschränkung dieser Befugnisse sehen kann. Der Reichstag und der Reichsrat sollen als «Einrichtungen» erhalten bleiben; deckt diese Garantie auch ihre *Befugnisse*, – die für vier Jahre sowieso praktisch ausgeschaltet sind? Die Ermächtigung soll ausser Kraft treten, wenn eine neue Regierung die jetzige ablöst, – tritt sie auch ausser Kraft, wenn der Reichskanzler, der die Linien der Politik bestimmt, einzelne Minister zur Entlassung zwingt? Der offiziöse Kommentar gibt darauf bereits eine völlig eindeutige Antwort. Nicht mehr der Reichspräsident, sondern der Reichskanzler fertigt die Gesetze aus. Das alles lässt selbst die Erwartung, dass im Kabinett selber normale Gegengewichte gegen eine reine Diktatur des Kanzlers wirksam sein würden, sehr unsicher erscheinen. Diese Gegengewichte sind da, innerhalb der Regierung als reine Machtkräfte gegen reine Machtkräfte; aber ist nicht zum mindesten die *Legalität* mit dieser Ermächtigung völlig in die Hand des *Kanzlers* gegeben? Wie man das Ermächtigungsgesetz und seinen halbamtlichen Kommentar auch dreht und wendet, – es schaut nicht anders aus als die Diktatur Adolf Hitlers. Für diese praktisch fast unbeschränkte Diktatur, die höchstens durch das Ableben des Reichspräsidenten noch mehr *gefestigt* werden könnte, fordert die Regierung vom Reichstag, dass er sie legalisiere. Seit dem Sommer 1919, seit dem Entschluss über die



Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages, hat ein deutsches Parlament, hat die *Zentrumspartei* nie vor einer Entscheidung von solchem Ernst und von solcher Folgeschwere gestanden.

22. März 1933

## Vor dem Ermächtigungsgesetz

### *Was wird das Zentrum tun?*

Die Regierung verlangt für ein Ermächtigungsgesetz, das ihr praktisch für vier Jahre die unumschränkte Macht zuspricht, die *Zweidrittelmehrheit des Reichstags*, 81 kommunistische und 11 sozialdemokratische Abgeordnete sind durch Haft verhindert, an der Abstimmung teilzunehmen. Die beabsichtigte Änderung der Geschäftsordnung wird es den anderen sozialdemokratischen Abgeordneten unmöglich machen, zu Hause zu bleiben.\* Unter diesen Umständen fehlen den erklärten Anhängern der Regierung etwa 15 Stimmen an der erforderlichen Mehrheit. Diese Stimmen können nur *bei den beiden katholischen Parteien\*\** gesucht werden. Bei diesen beiden Parteien liegt also zweifellos die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes.

Diese Entscheidung ist nicht eigentlich eine Entscheidung über die *Staatspolitik im Ganzen*. Die *Machtverhältnisse* werden ja durch das Ereignis dieser Abstimmung nicht berührt. Wie ausschliesslich aber die reale Macht zur Zeit den Gang der Staatspolitik bestimmt, darüber wird sich nach den Ereignissen der letzten Monate und nach mancherlei Erklärungen der leitenden Staatsmänner niemand mehr täuschen dürfen. Ob die katholischen Parteien die Annahme des Ermächtigungsgesetzes ermöglichen oder verhindern: in *beiden* Fällen wird die Regierung im Wesentlichen *denselben Weg* gehen, den Weg, *den sie für richtig hält*.

\* Nach der unmittelbar vor Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes beschlossenen Änderung der Geschäftsordnung galten auch unentschuldig fehlende Abgeordnete als anwesend. Die Interpretation des Begriffs «unentschuldig» blieb der Willkür des Reichstagspräsidenten überlassen.

\*\* Als zweite katholische Partei neben dem Zentrum (70 Sitze) war die Bayrische Volkspartei mit 18 Sitzen im Reichstag vertreten.

Diese Entscheidung bedeutet ferner nicht etwa den einzigen Weg, der Regierung zu ermöglichen, dass sie diesen ihren Weg *legal* betreten kann. Der Regierung stehen auch die Mittel zur Verfügung, um auf legale, wenn auch etwas umständlichere Weise eine Zweidrittelmehrheit *ohne* die katholischen Parteien für ihr Ermächtigungsgesetz zu bekommen. Sie ist nur bei den augenblicklichen *Fraktionsstärken* auf die Zustimmung einiger Abgeordneter der katholischen Parteien angewiesen; eine relativ geringe Änderung in der Zusammensetzung des tagenden Reichstags würde die Regierungsparteien und die Regierung von diesen Stimmen unabhängig machen, und diese Änderung könnte auf mehrerlei Weise im Rahmen der zur Zeit auch sonst angewandten Methoden herbeigeführt werden.

Die katholischen Parteien entscheiden also in diesen Tagen weder über die Grundzüge der Regierungspolitik, über den eigentlichen Inhalt der neuen Ära, noch haben sie die Möglichkeit, durch ihre Entscheidung etwa die Regierung in die Illegalität zu drängen.

Sie entscheiden vielmehr im Wesentlichen *über sich selber*.

Zur Debatte steht die Frage, ob *überhaupt* und wenn ja in welchem *Masse* und in welcher *Weise* sich die katholischen Parteien in die *Verantwortung* für das, was kommen wird, *einschalten* sollen. Zur Debatte steht die Frage, ob es Gründe gibt, schwerwiegende und durchschlagende Gründe, welche die katholischen Parteien veranlassen könnten, das Risiko der Zustimmung zu diesem Experiment auf sich zu nehmen, – den Blankoscheck dieses Ermächtigungsgesetzes zu unterschreiben. Die Entscheidung, die aus den Beratungen der Fraktionen und aus den Verhandlungen mit der Regierung hervorgehen wird, wird aller Voraussicht nach über das Schicksal dieser Parteien selbst entscheiden, weil von ihr abhängen wird, welche Stellung diese mächtige, diese politisch fast allmächtige Regierung zu den katholischen Parteien einnehmen wird; aber auch auf die Struktur der Partei selbst, auf ihren

Geist, ihren Charakter und ihre Politik kann in den nächsten Jahren die jetzt zu fällende unwiderrufliche Entscheidung von allergrösstem Einfluss sein, – wie sie auch ausfallen möge.

Dass keinem Abgeordneten dieser Parteien dies Ermächtigungsgesetz nach dem Herzen ist, darüber dürfte hüben und drüben kein Zweifel sein. Wer geneigt wäre, trotz schwerer Bedenken in irgendeiner Form ja zu sagen, der würde sich darauf berufen können, dass die Sache selbst ja auf keine Weise zu verhindern ist, dass die Zustimmung aber eine weitere Zuspitzung der politischen Lage verhindern könne, dass diese Zustimmung zunächst einmal gewisse Möglichkeiten offen lasse, die ein Konflikt versperren würde; die Verhandlungen, die zwischen der Regierung und den katholischen Parteien geführt werden, können keinen anderen Sinn haben als festzustellen, ob solche Möglichkeiten bestehen; sie gehen um die Frage, ob es möglich ist, *Sicherungen* in die Politik der nächsten Jahre einzubauen, auf deren Wirkung hin man das Wagnis dieser Generalvollmacht auf sich nehmen kann. Diese Möglichkeiten müssten ernsthaft geprüft werden. Es ist freilich der Charakter dieses Ermächtigungsgesetzes selbst, der uns zwingen muss, diese mögliche Sicherung von vornherein sehr *vorsichtig* zu beurteilen. Es liegt im Wesen einer solchen Abmachung, dass für die Leistung, eben die Generalvollmacht, dass aber für etwaige *Gegenleistungen* diese selbe Sicherheit *keineswegs* zu erreichen ist. Die Vollmacht selbst setzt ja die normalen Mittel ausser Kraft, mit denen man den Partner zur Einhaltung seiner Verpflichtungen anhalten könnte, und sie schaltet zudem jede Möglichkeit aus, von der Abmachung selber zurückzutreten. Sie macht es der anderen Seite möglich, durch Änderung des Wahlrechts und ähnliche Massnahmen jede Chance der Wiedererlangung einer normalen politischen Grundlage zu beseitigen. Vielleicht wird eine friedliche Verständigung den Partner zu-

nächst zu gewissen Rücksichten veranlassen, – ob diese nicht einklagbaren Rücksichten aber vier Jahre lang innerhalb der realen Politik *wirksam* sind könnten, muss sehr *fraglich* erscheinen.

Die andere mögliche Haltung, eine etwaige *Ablehnung* des Ermächtigungsgesetzes, erhielte ihren Sinn in der Ablehnung der *Mitverantwortung* für das, was unmittelbar zu diesem Wechsel des Regimes geführt *hat*, für diesen Wechsel *selbst* und für das, was innerhalb der nächsten Jahre auf Grund der verlangten Bewegungsfreiheit Adolf Hitlers in Deutschland geschehen wird. Diese Ablehnung würde bedeuten: wir haben diese Entwicklung nicht gewollt, wir haben ihre Voraussetzungen nicht geschaffen, – wir gehen unbelastet und frei in die neue Ära ein; wir schaffen uns damit die Möglichkeit, das neue Regime unbefangen nach seinen Leistungen zu beurteilen und von diesen Leistungen selbst die Frage der Mitarbeit abhängig sein zu lassen. Diese Entscheidung würde bedeuten: Um uns auf den Boden der wirklichen *Tatsachen* stellen zu können, müssen wir abwarten, wie diese *Tatsachen sein* werden. Dass freilich diese innere Freiheit mit den allerschwersten Gefahren und Risiken für die *äussere* Freiheit dieser Parteien verbunden wäre, darüber darf sich nach dem Schicksal, das die sozialdemokratische Partei erlitten hat, *niemand schönen Täuschungen hingeben*. Niemand kann *genau* wissen, welche Massnahmen die Regierung ergreifen wird, um den «totalen Staat» durchzusetzen: um jeden *politisch auszuschalten*, der sich nicht aktiv *einordnet*; aber es gehört nicht allzuviel Phantasie dazu, um sich einige der schweren Daseinsbedingungen auszumalen, in die der politische Katholizismus durch eine Ablehnung der Ermächtigung geraten könnte. Die Sorgen und Befürchtungen, die jeden Verantwortlichen belasten, wiegen umso schwerer, als niemand wissen kann, wo der Druck der Regierung seine *Grenze* haben könnte. Andererseits ist zu bedenken, ob eine positive Haltung der katholischen Parteien auf die Dauer dies Geschick wesentlich *aufhalten* kann, falls die Regierung ihre Er-

mächtigungen zu Massnahmen gebraucht, die nachträglich doch eine Distanzierung von ihnen notwendig machen.

Ein Nachrichtenbüro verbreitet die Meldung, es sei wahrscheinlich, dass die katholischen Parteien ihren Abgeordneten die Abstimmung *freistellen* werden.\* Sollte in der schweren Gewissensfrage, die unter den geschilderten Umständen hier zweifellos vorliegt, die Meinungen innerhalb der Fraktionen *auseinandergehen*, so läge ein solcher Entschluss sehr nahe, er läge dann wohl näher als ein Majoritätsbeschluss. Freilich sollte man nicht vergessen, dass auch dieser Entschluss freier Abstimmung ein einheitlicher politischer Akt sein *kann*, der unter den gegebenen Abstimmungsverhältnissen faktisch eine andere Form der *Annahme* bedeuten würde, wenn diese Form auch den besonderen Vorzug hätte, manchen Einzelnen die Gewissensentscheidung zu erleichtern. –

Das ist die Lage. Sie gefällt uns nicht, aber es gibt keine Möglichkeit, dem Zwang der Entscheidung auszuweichen, den sie in sich trägt. Die Entscheidung wird in Kürze fallen. Wie sie auch fällt: sie stellt uns an den Beginn eines langen, beschwerlichen, gefahrenreichen Weges. Die neue Ära ist auch der Beginn eines neuen Abschnittes in der Geschichte des politischen Katholizismus.

23. März 1933

\* Bei der entscheidenden Abstimmung stimmte das Zentrum schliesslich doch geschlossen für das Ermächtigungsgesetz.

## Auf dem Wege zum «totalen» Staat

Die innenpolitischen Ereignisse der letzten Tage, die Aktionen gegen die Sozialdemokratie, die schwarzweissrote Front und christliche Organisationen,\* haben eine *doppelte Seite*. Einerseits dienen sie der *Befestigung der nationalsozialistischen Macht*. Die Ausrottung jedes möglichen Ansatzes der «Gegenrevolution» wurde ausdrücklich als Grund für diese Aktionen angegeben. Die NSDAP hat immer Wert daraufgelegt, eine illusionslose Stellung zur Machtfrage zu haben: sie hat verstanden, die Macht zu erringen, sie versteht es, sie zu gebrauchen, und sie wird eine unerhörte Energie aufbringen, sie zu *erhalten*. Aber immerhin: die Aktionen, die um der Machterhaltung willen unternommen werden, haben eine natürliche Grenze, sie haben ihr *Mass in sich selber* und brauchen nicht weiter zu gehen, als ihr Zweck es erforderlich macht; sie richten sich gegen den gefährlichen *Gegner* oder den für gefährlich *gehalten en* Gegner – darin liegt ihre Bedeutung und ihre *Grenze*. Insofern die Aktionen dieser Tage um der Machterhaltung willen vorgenommen werden, brauchten wir

\* Am 22. Juni erklärte das Innenministerium die SPD zur «volks- und staatsfeindlichen Partei» und untersagte ihr jede weitere Tätigkeit. Sämtliche sozialdemokratischen Mandate wurden für ungültig erklärt, die Parteipresse und alle Versammlungen verboten und die noch greifbaren Führer in Konzentrationslager verschleppt, wo nicht wenige von ihnen ermordet wurden. Vorausgegangen war dem SPD-Verbot ein Manifest der nach Prag emigrierten Parteiführung, das zum bewaffneten Sturz der Hitler-Regierung aufrief. Zur gleichen Zeit erfolgten im gesamten Reichsgebiet Polizeiaktionen gegen die «deutschnationalen Kampftruppe», die in den Rücktritt Hugenbergs aus dem Kabinett und die Selbstauflösung der in «Deutschnationale Front» umbenannten DNVP am 27. Juni mündeten. Seit Mitte Juni verschärfte sich auch der Druck auf christliche Organisationen und Verbände; Ziel der gewaltsamen Gleichschaltungspolitik waren zunächst vor allem Jugend- und Gewerkschaftsorganisationen.

also etwa die Aktionen gegen katholische Führer und Organisationen nicht für unwiderruflich zu halten. Die Verantwortlichen werden über kurz oder lang erkennen – so können wir hoffen –, dass ihnen aus dem Bereich der katholischen Standes- und Jugendorganisationen *keine gegenrevolutionäre Gefahr* droht. Sobald sie das erkennen, wird eine Machtsicherung gegen diese Organisationen überflüssig und damit für das Ganze eher schädlich.

Etwas anders verhält es sich, wenn man diese Aktionen nach ihrer *zweiten* Bedeutung hin betrachtet. Über die bloße Machtsicherung hinaus geht die *Tendenz zum «totalen Staat»*.

Was bedeutet diese Tendenz?

Das Verständnis des Ausdrucks leidet unter einer fatalen Zweideutigkeit. Das lateinische Wort «totum», von dem er sich herleitet, heisst «das Ganze». Aber dies Wort kann einerseits den vollen *Inhalt* eines Ganzen bedeuten, also «alles», was in diesem Ganzen enthalten ist, andererseits aber nur die «*Ganzheit*» des Ganzen, die *Einheit* des Ganzen *als* eines Ganzen. Verstehen wir es im ersten Sinne, so bedeutet der totale Staat einen Staat, in dem *alles*, die «*ganze*» Breite, der «*ganze*» *Inhalt* der Gesellschaft staatlich geworden ist, also der Herrschaft der staatsbesitzenden Elite unmittelbar untersteht. Verstehen wir aber «total» als «ganzheitlich-einheitlich», so bedeutet der totale Staat einen Staat, der als Staat die Geschlossenheit, die Ganzheitlichkeit, die Einheit der ihn tragenden Gesellschaft handelnd darstellt. Genaugenommen müsste dann jeder gute, jeder kräftige, jeder lebendige Staat ein «totaler» Staat sein. Denn der Sinn und die praktische Notwendigkeit des Staates besteht ja eben darin, dass die Gesellschaft sich immer wieder vor Entscheidungen gestellt sieht, die sie notwendigerweise nur als *einheitliche* Entscheidungen fällen kann (mag diese Einheitlichkeit der Entscheidung auch oft nur in der Einheitlichkeit des Rahmens für eine inhaltliche Mannigfaltigkeit bestehen.) Weil die Gesellschaft eine Instanz für diese ein-



heitlichen Entscheidungen braucht, die zugleich die Macht hat, diese Entscheidungen gegen andere die Einheitlichkeit gefährdenden Entscheidungen durchzusetzen – *deshalb* gibt es den Staat. Man könnte förmlich sagen, der Staat sei «die Einheitsform», *die* «Ganzheitsform» einer Gesellschaft; denn der Staat ist ja die Weise, wie eine Gesellschaft als Ganzes, als «totum», «total» handeln kann. Aber wenn in dieser Bedeutung «totaler Staat» freilich nicht mehr bedeutet als «Staat» selbst, so hat es doch einen Sinn, das an sich überflüssige «total» hinzuzufügen, – nämlich einen *polemischen* Sinn gegen den *Liberalismus*; dessen Staat war zwar auch ein echter Staat, er hatte aber doch die Tendenz, den Staat zu «entstaatlichen», die eigentlich für ihn bezeichnenden Momente der Ganzheitlichkeit, Einheitlichkeit und der Macht möglichst unsichtbar zu machen und theoretisch zu vernachlässigen.

Der «totale Staat» im *ersten* Sinne ist eine *gefährliche* Parole. Die ruhige Überlegung zeigt sehr bald, dass dieses Ziel an sich unerreichbar ist: der Staat, der jeden Atemzug, jede Gefühlsregung, jede private Handlung lenkt oder auch nur kontrolliert, aber auch der Staat, der auch nur jede *öffentliche* Handlung lenkt oder kontrolliert, ist *unverwirklichbar*; würde er nach Kräften verwirklicht, so entstünde ein Monstrum, ein Ungeheuer. Aber es hat in der Geschichte Staatengebilde gegeben, die etwas von dieser Monstrosität an sich gehabt haben. Was als Ziel unverwirklichbar ist, kann als *Tendenz wirksam* sein: als Tendenz, soviel Wirklichkeit wie nur immer möglich in den Staat hineinzuziehen, zu verstaatlichen. Diese Tendenz kennt als Tendenz keine Grenze, sie sucht – wenn das grobe Bild einmal gestattet ist – soviel zu fressen, wie sie eben verdauen kann, und manchmal sogar mehr. Besonders gefährlich wird diese Tendenz dort, wo der Staat den Charakter des letzten, des unbedingten Wertes annimmt, wo die Staatsidee als *Gott* gesetzt ist.

Im Gegensatz dazu hat die Tendenz zum «totalen Staat» in der zweiten Bedeutung des Wortes ihre *Grenze in sich selber*. Wurde dort die Fülle des Lebens der Gesellschaft, die Fülle des völkischen Lebens in «Staat» verwandelt, so dass Volk und Staat inhaltlich zur Deckung kommen, so wird in dieser Bedeutung Staat und Gesellschaft *unterschieden*. Der Staat beansprucht Ganzheitlichkeit, Einheitlichkeit und Autorität für sein Handeln – aber nur dort, wo die Ganzheitlichkeit und Einheitlichkeit des Handelns für die konkrete Gesellschaft lebensnotwendig ist. Natürlich kann es erhebliche Meinungsverschiedenheiten darüber geben, welche Entscheidungen oder welche Sphären des gesellschaftlichen Lebens diesen Charakter haben, und ein grosser Teil des politischen Lebens spielt sich als Kampf um eben diese Grenze der staatlichen Kompetenz ab, aber grundsätzlich ist doch die Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft anerkannt. Nicht die ganze Breite eines Volkes handelt als Staat, sondern nur dort handelt ein Volk als Staat und durch seine staatliche Instanz, wo eine einheitliche Entscheidung für das Ganze des Volkes notwendig ist.

Die spätkapitalistische Entwicklung hat nun dem Staat ein ganz *neues* grosses Aufgabengebiet zuwachsen lassen: die Regelung der Produktion. Sie kann eben heute nicht mehr der Freiheit des Einzelnen überlassen bleiben, sondern bedarf «ganzheitlicher», «einheitlicher» Lenkung. Die Aktualität des neuen Staates beruht gewiss zu einem grossen Teil darauf, dass er den Mut hatte, diese Aufgabe grundsätzlich zu übernehmen, – eine Aufgabe, die das Ende des liberalen Staates bedeuten musste. Es ist vermutlich gerade diese Politisierung der Wirtschaft und der von ihr unmittelbar abhängenden Sozialbeziehungen, die dem Staatswillen, dem Willen zur Ganzheit und Einheit, zum starken, zum «totalen» Staat einen so mächtigen Antrieb gegeben hat.

Wir Katholiken, die wir gegenüber unberechtigten Eingriffen die natürlichen Rechte der Person, der Familie, des Volkstums,

der Kirche zu vertreten haben, stehen in der Gefahr, nur *diese* Front zu sehen, nur *diesen* Kampf zu kämpfen, und darin die *moderne Notwendigkeit eines starken Staates* zu verkennen, der gerade der Wirtschaft gegenüber heute seinen Ganzheitsanspruch, seine «*Totalität*» *durchsetzen* muss. Wir müssen in *beiden* Fronten zu denken lernen.

Die Organe des neuen Staates aber werden in einer *anderen* Versuchung sein. Da sie mit innerem Recht gegenüber der *Wirtschaft* und weiten Bezirken des *sozialen* Lebens den neuen Anspruch des Staates auf ganzheitlich-einheitliches Handeln vertreten, mögen die weniger Besonnenen unter ihnen geneigt sein in ein hemmungsloses Totalisieren zu verfallen; sie mögen die Grenze übersehen, die zwischen den notwendigerweise ganzheitlich-einheitlich zu regelnden Gebieten des öffentlichen Lebens einerseits, dem Bereich der freien Mannigfaltigkeit andererseits besteht; sie mögen versucht sein, in die Tendenz zum totalen Staat in jenem *ersten* Sinne des Wortes zu verfallen.

Sollte das gegenüber dem Reich katholischer *Erziehung* und katholischer *Weltbetrachtung* geschehen, so wäre das für den Staat ein überflüssiges Unternehmen, für uns selbst eine schmerzliche Belastung – für das Ganze des Volkes eine Verkümmernng seines Reichtums, und darum ein *Schaden Jur alle, auch für den Staat*. Wir haben die Reichstagsrede Adolf Hitlers\* dahin verstanden, dass er diesen Schaden verhüten will, dass er den Reichtum kirchlichen Lebens im deutschen Volk nicht um des blossen

\* Am 17. Mai hatte Hitler vor dem Reichstag in einer betont gemässigten Rede, die dem Ausland die Legalität der nationalsozialistischen Herrschaft demonstrieren sollte, den Friedenswillen des Deutschen Reiches betont und die Forderung nach internationaler Gleichberechtigung sowie Revision des Versailler Vertrages aufgestellt. Seine Erklärung war in der anschliessenden Abstimmung einstimmig, also auch mit den Stimmen des Zentrums und der noch nicht emigrierten oder verhafteten Sozialdemokraten, angenommen worden.

Prinzips der Totalität willen verkümmern lassen will. Wir schliessen daraus, dass die Massnahmen der nächsten Zeit in den *Grenzen* bleiben werden, die ihnen durch diese Erwägungen gezogen sind. Es wäre *zum Heile der Nation*.

26. Juni 1933

## Mut zum Ende und Mut zum Anfang

Es sind Wochen eines *quälenden Wartens*, die mit dem Auflösungsbeschluss des Zentrums\* zu Ende gehen. Es ist für das katholische Volk nicht leicht gewesen, sich in den neuen Verhältnissen geistig zurechtzufinden, und auch die Ungewissheit über das Schicksal der katholischen Organisation hat viele belastet, von denen während der Gleichschaltungsaktionen oft sehr schnelle Entschlüsse verlangt wurden. Man muss Verständnis dafür haben, dass auch die Führer des katholischen Volkes im Wirbel der Ereignisse unsicher und ratlos wurden, – aber vielleicht darf man an diesem Tage doch auch sagen, dass das katholische Volk sich in diesen Wochen manchmal *verlassen* gefühlt hat. Wir sprechen nicht von den Seelenhirten, sondern von den politischen

\* Am Abend des 5. Juli erklärte die Reichsleitung des Zentrums die Partei mit sofortiger Wirkung für aufgelöst. In dem Beschluss hiess es u.a., man gebe den Anhängern damit die Möglichkeit, «ihre Kräfte und Erfahrungen der unter Führung des Herrn Reichskanzlers stehenden nationalen Front zur positiven Mitarbeit im Sinne der Festigung unserer nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse und zur Mitwirkung am Neuaufbau einer rechtsstaatlichen Ordnung rückhaltlos zur Verfügung zu stellen». Mit seiner Selbstauflösung kam das Zentrum einem Verbot und einer Zerschlagung der Partei durch die Regierung zuvor. Nach den Märzahlen waren bereits viele Zentrumsanhänger zu den Nationalsozialisten abgewandert und auch ein grosser Teil der katholischen Presse erklärte seine Zustimmung zum «Neuen Staat». Bei den Verhandlungen zwischen Reich und Vatikan um das Konkordat, das die rechtliche Stellung der katholischen Kirche in Deutschland regeln sollte, zeigte sich, dass auch Rom die Fortexistenz des Zentrums in seiner bisherigen Form ablehnte. Man war dort bereit, auf eine eigenständige politische Organisation der Katholiken zu verzichten, wenn der nationalsozialistische Staat die innerkirchlichen Strukturen und das Recht auf freie Ausübung der Religion nicht antastete. Die von beiden Seiten mit Nachdruck vorangetriebenen Konkordats Verhandlungen kamen drei Tage nach der Zentrumsauflösung zum Abschluss. (Vgl. dazu auch den folgenden Artikel «Das Reichskonkordat», S. 156-162 in diesem Band.)

Führern. Vielleicht war die entscheidende *Tat* der politischen Führung nicht eher möglich als eben jetzt, – aber inzwischen hat das wartende Volk auch das klärende, deutende, führende *Wort* der Führer entbehrt. Diese letzte Periode der Geschichte des Zentrums wäre weniger drückend und lastend gewesen, wenn grade in diesen bedeutungsvollen Wochen die Führer dem Volk *nahe* gewesen wären. Vielleicht weist dieser Mangel auf einen tieferen Mangel hin: dass das Zentrum nicht nur organisatorisch durch den Einparteien-Staat unmöglich geworden ist, sondern dass auch seine politische *Idee* nicht mehr lebendig ist. Befreiende Parolen, geistige Entscheidungen, in die Zukunft weisende Ideen, geschichtliche Ziele waren auf dem Boden des Zentrums nicht mehr möglich. Was sich in den letzten Jahren im Katholizismus geistig-politisch regte, wuchs *neben* dem Zentrum, nicht *als* Zentrum. *Damm* blieb das Zentrum in diesen Monaten stumm, weil es in der Tat nichts Befreiendes zu sagen hatte.

Wir sagen uns das nicht, um uns den Abschied leichter zu machen, sondern wir sagen es, um die Zentrumsauflösung als das zu verstehen, was sie wirklich ist, nicht als eine von aussen erzwungene Gewaltmassnahme, sondern als den innerlich notwendigen, den natürlichen, den endgültigen und unwiderruflichen *Abschluss* einer bedeutenden Epoche des politischen Katholizismus.

Wir haben es an dieser Stelle schon ausgesprochen: dass wir dankbar und mit Ehrfurcht des Grossen und der Grossen in dieser Epoche gedenken. Aber wir wissen auch, dass das Wesen des Zentrums schon seit Jahren immer problematischer wurde. Wir waren uns schon seit fast einem Jahrzehnt, seit den Aufsätzen des verstorbenen Pfarrers Dr. Karl Neundörfer\* darüber klar, dass es immer unmöglicher wurde, von der konfessionellen Basis aus

\* Der Jurist und Priester Karl Neundörfer (1885-1926) zählte zu den geistlichen Führern des katholischen Jugendbundes Quickborn, dem auch Walter Dirks angehörte. Nach dem Tode Neundörfers gab Dirks zusammen mit dessen Bruder

schöpferische Staatspolitik zu machen. Wir haben die Tätigkeit des Zentrums im Weimarer System trotzdem für notwendig und im Ganzen richtig gehalten, aber von Jahr zu Jahr wurde sichtbar, dass diese Tätigkeit nur «provisorischer» Art sein konnte. So unbefriedigend, so vorläufig, so zwischenspielartig wie das Weimarer System überhaupt war auch die Rolle, die das Zentrum pflichtmässig darin zu spielen hatte. Wir haben darum immer wieder betont, dass die Politik des Zentrums sich nur im Vordergrund der Geschichte abspielen könne: wichtiger als diese Staatspolitik von heute auf morgen im parlamentarischen Staat erschien uns die Bildung, Vertiefung, Klärung und Festigung einer politischen *Bewegung*, die nicht von den Notwendigkeiten des *Vordergrundes* bestimmt sei, sondern von dem *Entwurf der geschichtlichen Zukunft*.

Nun ist uns die Arbeit in diesem Vordergrund vollends aus der Hand geschlagen. Nun sind wir erst recht innerlich frei für die Zukunft.

Wofür? Für welche Zukunft?

Es mag Katholiken geben, welche die Antwort auf diese Frage vom *Reichskonkordat* erwarten. Für den religiös-kirchlichen Bereich wird ja das Konkordat in der Tat Sicherheit und Klarheit bringen. Aus diesem Bereich kommt auch die Empfehlung einiger Bischöfe an die katholischen Zeitungen ihrer Diözesen, sie möchten sich von ihren parteipolitischen Bindungen lösen, um ungefährdet ihrem katholischen Diakonat und Apostolat dienen zu können, als unentbehrliche Werkzeuge der modernen Seelsorge. Diese Empfehlung war in der Tat an der Zeit: es wäre verhängnisvoll gewesen, wenn das Apostolat der katholischen Presse durch die Bindung an eine verlorene Partei Schaden genommen hätte.

Ludwig eine Auswahl von Aufsätzen aus dem Nachlass heraus (Karl Neundörfer: *Zwischen Kirche und Welt*, Frankfurt/M. 1927).

Aber das Konkordat wird zwar die Beziehungen zwischen *Staat* und *Kirche* regeln, – nicht aber die Beziehungen zwischen dem *Katholiken* und *seinem Volk und Staat*; es wird die Zuständigkeiten abgrenzen, aber es wird kein Ruf in die Zukunft sein. Wir Katholiken aber sind Deutsche, sind Staatsbürger, sind Volksglieder. Es kann und darf uns nicht genügen, im neuen Staat unsere besonderen religiösen und konfessionellen Ansprüche erfüllt zu sehen. *Es ist zu wenig*, wenn manche Zeitungen einerseits Staatsbürgertreue und Liebe zur Nation versprechen und andererseits die speziell kirchlich-katholischen Aufgaben erfüllen wollen. *Es ist zu wenig*, festzustellen, dass unsere weltoffene religiöse Haltung uns den neuen Staat anerkennen lässt, wie sie uns auch den Weimarer Staat und vorher die Monarchie anerkennen liess. Wir sind im Innersten erschüttert vom Schicksal des deutschen Volkes und seiner politischen Wendung, – wie blass, wie farblos, wie inhaltlos nehmen sich aber viele von den Formeln aus, in denen die Katholiken heute ihre Bereitschaft zur Mitarbeit, zum Dienst an Volk und Reich bekennen! Man glaubt darin zu spüren, dass die wirkliche *Begegnung* mit der nationalsozialistischen Revolution, die Begegnung mit ihren wirklichen *Inhalten*, mit den geschichtlichen *Tendenzen* dieser Revolution noch nicht vollzogen ist. Das Ja, das da ausgesprochen wird, ist subjektiv zweifellos ernst und ehrlich, – aber es ist viel zu summarisch, zu allgemein, um dem geschichtlichen Vorgang, den wir erleben, wirklich gerecht zu werden. «Dienst an der Nation», – das kann vielerlei bedeuten; es ist noch nicht ohne Weiteres das, was uns heute nottut; uns gerade dem «*revolutionären*» Moment des Nationalsozialismus zu stellen, gerade seine vorwärtsstossende *Dynamik* zu bejahen. Fehlt uns wirklich die geschichtliche Vorstellungskraft, das Bild zu schauen, das aus vielem Wirren und manchem Widersprechenden in der Wende dieser Tage auftaucht, das Bild des sozialistischen Reiches der Deutschen? Fehlt uns wirk-



lich der Mut, dieses Bild als ein *wirkliches*, unsere Entschlüsse wirklich *lenkendes Ziel* zu bejahen?

Kommt es darauf an, dass diejenigen katholischen Reichstagsabgeordneten, die bei der NSDAP nicht zu hospitieren wünschen oder von ihr nicht als Hospitanten aufgenommen werden, als fraktionslose Abgeordnete ihr Mandat behalten dürfen? \* Vielleicht kommt es auch *darauf* an. Aber wichtiger als die Rettung von Mandaten und Organisationen ist in diesen Monaten, *dass der Funke zündet*: dass die besten politischen Menschen im Katholizismus, die Jugend vor allem, nicht «irgendeinen» Verbindungspunkt mit dem Nationalsozialismus sucht und findet, nicht irgendeine Form der *Anpassung* ausbildet, – sondern, dass sie mit Leidenschaft die *geschichtliche Aufgabe* im Nationalsozialismus erkennt, die mit der Überwindung von Liberalismus und parlamentarisch-liberaler Demokratie um eine Epoche *näher* gerückt ist; es ist die Aufgabe, das *Reich* zu erkämpfen, das die echte und mächtige Ordnung dieser unserer modernen, technischen, ökonomisierten, «säkularisierten» Gesellschaft ist, die erst in dieser Ordnung wieder Volk werden soll und kann.

Dieser Kampf um das Reich beansprucht alle positiven Kräfte des Volkes, auch die der Katholiken. Aber noch sind lange nicht alle Herzen dafür gewonnen. Es gilt das «zweite» Reich nun *in uns selber* zu überwinden. Weimar und, was dahinter steht, die liberal-kapitalistische Welt, – es gilt aber auch das «erste» Reich zu überwinden, das auch viele Katholiken heute in der täuschenden Maske des «dritten» verkünden.

\* Bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Zentrumsauflösung versuchte die Parteileitung zu erreichen, dass alle Abgeordneten als Hospitanten in die Parlamentsfraktionen der NSDAP aufgenommen wurden. Als dazu verschiedene Organisationen der NSDAP nicht bereit waren, stellte die Zentrumsführung es ihren Abgeordneten frei, ihre Mandate aufzugeben oder fraktionslos beizubehalten. Die Nationalsozialisten drängten jedoch in den folgenden Monaten viele ehemalige Zentrumsabgeordnete zur Mandatsniederlegung.

Gerade hier liegt in diesem Augenblick eine ernste Gefahr. Ein blosser Antiliberalismus und ein anspruchsvoller Konservatismus, mit viel religiösem Pathos vertreten, in der Maske einer romantischen Reichs-Idee, – das ist für einen Teil der katholischen bürgerlichen Intelligenz ein neuer Ausweg, eine neue Plattform für Denken, Werten und Fühlen. Aber leider eröffnet diese weltentfremdete Idee keinen Weg für das *Handeln*. Das *wirkliche* dritte Reich ist keine als Zukunft verkleidete Vergangenheit: es ist *echte Zukunft*, in der die unbequemen ökonomischen und sozialen Werktagwirklichkeiten, die von den Romantikern der Reichsidee übersprungen werden, wirklich mitenthalten sein werden. Es ist schon so, wie es einige nationalsozialistische Führer immer wieder betonen und einschärfen müssen: «die nationale Revolution wird eine sozialistische Revolution sein oder sie wird vergeblich gewesen sein» – das heilige Reich wird ein sozialistisches Reich sein oder es wird nicht sein. Wer meint, der Spuk des Zwischenreiches sei vorbei und nun kehre die alte Ordnung langsam wieder, wird in den nächsten Jahren zu lernen haben, dass *nichts wiederkehrt*: die neue Ordnung von morgen, um die wir kämpfen müssen und die wir aufbauen helfen müssen, wird ein äusserstes Mass an Mut, von Risiko, von revolutionärer Energie und Energie der Arbeit von uns verlangen, und diese Energie wird sich gerade in der von jenen Romantikern übersehenen Materie des *Wirtschaftlichen* in der unmittelbar damit zusammenhängenden *Sozialbeziehungen* bewähren müssen. Nachdem die Hemmungen von Weimar gefallen sind, nachdem durch die Auflösung des Zentrums der Weg dafür frei ist, in der staatstragenden NSDAP, aber auch überall und an allen Punkten, wo lebendiges deutsches Volk lebt, für das kommende Reich zu arbeiten, darf uns nun keine neue Romantik den Blick auf die Nüchternheit der Sozial weit versperren. Es gibt Ansatzpunkte für uns *alle*, aber wir wollen nicht *träumen*, sondern *rechte Arbeit tun*.

7. Juli 1933

## Das Reichskonkordat

Der Vizekanzler, der Reichskanzler und mit ihnen die Presse der Welt bezeichnen den Abschluss des Konkordates\* als ein Ereignis *von historischem Rang*. Mit gutem Recht. Für uns Deutsche ist dieses erste Reichskonkordat ein weiterer Schritt aus dem Partikularismus heraus zum *Reich*; sein Abschluss dient der *Klärung* und *Festigung* der inneren Verhältnisse im neuen nationalsozialistischen Staat; für die Kirche ist es das zweite grosse Konkordat, das sie mit einem nach den Grundsätzen des *«totalen Staates»* regierten Lande abschliesst. Für uns katholische Deutsche vollends, die wir der Kirche und dem neuen Staate angehören, ist das Konkordat eine der grundlegenden Satzungen, von denen unser religiöses wie unser politisches Schicksal in dieser Epoche bestimmt wird. Noch ist der Inhalt der einzelnen Paragraphen unbekannt, aber die blosse Tatsache der Paraphierung des Vertrags darf uns mit dem Bewusstsein erfüllen, Zeugen eines bedeutenden geschichtlichen Vorgangs zu sein.

Der Vertrag bestimmt die *Grenzen zwischen einer freien unpolitischen Kirche und einem «totalen» Staat*, – so viel lässt sich

\* Vizekanzler von Papen hatte bei den am 8. Juli abgeschlossenen Konkordatsverhandlungen das Reich vertreten und dabei mit dem Zentrumsvorsitzenden Ludwig Kaas (1881-1952) Hand in Hand zusammengearbeitet. Mit dem Konkordatsvertrag, der bis heute in Kraft ist, gelang es den Nationalsozialisten ihr Prestige im Ausland aufzubessern, den Katholizismus zu entpolitisieren und ihn zugleich in den faschistischen Staat zu integrieren. Dafür machten sie weitreichende Zugeständnisse vor allem auf dem Gebiet der Schulpolitik sowie der Sicherung kirchlicher Körperschaften und des Klerus. Auf katholischer Seite wertete man das Reichskonkordat zunächst nahezu uneingeschränkt als Erfolg, hatte die Kirche ihre rechtliche Position doch in einem Masse stärken können, wie es in der Weimarer Demokratie nicht durchzusetzen gewesen wäre.

aus den bekanntgewordenen Einzelheiten schliessen. Die auf katholischem Boden gewachsenen Organisationen werden gerettet und gesichert, soweit sie *religiösen* oder *kulturellen* Charakter haben; *politische* Organisationen katholischen Charakters bleiben verboten, weil sie der Einheitlichkeit der politischen Willensbildung als einem der wichtigsten Grundsätze des vom Nationalsozialismus bestimmten Staates widersprechen. Bei dieser Abgrenzung der Befugnisse gibt es für die *Geistlichen*, als die besonderen und eigentümlichen Organe der Kirche, *keine politischen Funktionen* mehr. Andererseits garantiert der Staat nicht nur die *Konfessionsschule*, sondern auch den *kirchlichen Einfluss* auf den *Religionsunterricht*.

Wie diese Grundsätze im Einzelnen verwirklicht sind, – darüber wird erst nach Veröffentlichung des Textes zu sprechen sein, also erst in zwei bis drei Wochen. Immerhin ist aus den bekannt gewordenen Einzelheiten die Grundlinie wohl eindeutig zu erkennen.

«Abgrenzung der Befugnisse», – schon mit diesem Ausdruck ist eine Sorge gebannt, die uns manchmal befallen musste, wenn wir einzelne radikale Wortführer des «totalen Staates» hörten. Es gibt ja eine Auffassung des «totalen» Staates, die mit einer «Abgrenzung» des Staates von einer anderen öffentlichen Instanz unvereinbar ist. Wenn der Staat die ganze Fülle des öffentlichen Lebens in seine Kompetenz zieht, dann ist keine selbständige Kirche als Vertragspartner mehr denkbar. Dann fordert die Logik des Gedankens vom «totalen» Staat die vom Staat selbst bestimmte «Reichskirche» – eine Reichskirche, die eigentlich nur eine bestimmte Seite des Staates selbst wäre, der Staat *als* Kirche. In der Tatsache des Konkordates, in der Anerkennung der «Abgrenzung» liegt beschlossen, dass die nationalsozialistische Führung jene radikale Auffassung vom totalen Staat nicht teilt. Es liegt darin beschlossen, dass der neue Staat den Freiheits- und Autoritäts-

anspruch der Kirche in ihrem eigenen Bereich anerkennt und sogar schützt. Das zu wissen, muss den Katholiken ausserordentlich beruhigen; auch in weiten evangelischen Kreisen wird diese Erkenntnis beruhigend wirken.

Umso mehr wird eine andere Auffassung vom «totalen» Staat durch dies Konkordat bekräftigt. Die *Einheitlichkeit und Ganzheitlichkeit des Staatswillens* wird *unterstrichen* und vom Vertragspartner *anerkannt*. Indem die Kirche nicht auf einem Recht der Katholiken besteht, sich *als* Katholiken politisch zu organisieren, sondern den Staat gewähren lässt, wenn er solche Organisationen verbietet und verhindert, indem sie obendrein die Geistlichen aus dem politischen Raum ganz herausruft, erkennt sie das neue antilibérale Staatsprinzip des Nationalsozialismus *an*.

Wir glauben nicht, dass einer der beiden Partner diese gegenseitige Anerkennung als erzwungenen *Kompromiss* auffasst. Wir möchten die Meinung des Vizekanzlers teilen, dass hier beide Teile in eigener Einsicht *die* richtige Lösung erkannt haben. Der Staat weiss, dass die Kirche Freiheit braucht, um ihre Aufgabe erfüllen zu können, – nicht dem Staat, sondern Gott und den Seelen zuliebe, aber doch zum Nutzen auch des Staates; der Staat weiss, dass er den innerpolitischen Frieden braucht, – und dazu die Einheit des politischen Willens, die durch die Vernichtung der Parteien, auch des Zentrums, erreicht und nun vom Vatikan anerkannt wurde. Auch die Kirche braucht den Frieden; sie hat nun die klare Abgrenzung und die Sicherheit, die ihrer Seelsorgsarbeit förderlich ist. *Beide Partner gewinnen* dabei.

Am meisten aber gewinnen *wir deutsche Katholiken, wir katholische Deutsche*, die wir nicht «zwischen» Staat und Kirche stehen, sondern mitten in beiden. Wir gestehen es offen, dass wir die Botschaft von diesem Konkordat, soweit wir es aus den bekannt gewordenen Einzelheiten erschliessen können, mit dem Gefühl der *Befreiung* vernommen haben. Dies Konkordat voll-

det das, was mit der Liquidierung der katholischen Parteien begonnen hat; es beseitigt endgültig eine bestimmte überlieferte Form der Verbindung von Kirche und Politik, die mit der Zeit immer unhaltbarer geworden ist. Indem diese Verbindung nunmehr gelöst wird, ist der Weg offen für eine andere, echtere Verbindung dieser beiden Bereiche.

Gewiss: diese nunmehr vergangene Form ist lange Jahrzehnte hindurch *berechtigt* gewesen. Nichts war natürlicher, als das im konstitutionellen Regime im Parlament die Katholiken als eigene Partei und mit manchen Priestern als Führern katholische Lebensinteressen gegenüber der Regierung und den staatstragenden Gruppen und Schichten vertraten. Es war auch unvermeidlich, dass das Zentrum aus seiner Vergangenheit heraus geschlossen am Neubau des Weimarer Staates mitwirkte, eine traditionelle Partei unter den anderen traditionellen Parteien, denen von der Geschichte die Verantwortung für den Staat plötzlich zugeworfen wurde. Aber wie sehr haben wir manchmal darunter gelitten, dass die Verkoppelung von berechtigten kirchlichen Anliegen mit volks- und staatspolitischen Entscheidungen, dass die Bindung an die konfessionelle und doch staatspolitische Partei den Vorstoß in die Zukunft hemmte! Wie oft haben wir darunter gelitten, dass die Priester Gottes in dieser Verkoppelung gezwungen waren, «Partei» zu ergreifen, in den politischen Kampf hineinzugehen! Jene Zeit einfachster politischer Fronten, die Zeit, in der etwa ein Bauernpfarrer in aller Unbefangenheit nicht nur der Seelenhirte seiner Gemeinde war, sondern auch ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen mitvertrat und als einziger Volksführer mitvertreten musste, ist für die meisten Gegenden Deutschlands längst vorbei; die politische Welt, in der ein volksverwurzelter Klerus die einfachen und eindeutigen politischen Kämpfe seines Volkes mitkämpfte, ist in der heutigen vielfältig gespaltenen Gesellschaft längst untergegangen. Wer politische Entscheidungen fällt, muss

*kämpfen*, muss Freund und Feind unterscheiden, – muss Risiko auf sich nehmen. Kampf und Risiko sind Grunderscheinungen der Politik. Wer aber in den politischen Angelegenheiten dieser Erde *Partei ergreift, kämpft, riskiert*, – der kann nicht gleichzeitig als amtliches Organ der Kirche *glaubwürdig und vertrauenswürdig* für die Menschen *aller* Parteien sein. Der «Klerus», «ausgesondert» aus dem Volk und ausgesondert aus manchem Bereich des Volkslebens, muss auch ausgesondert sein aus den kämpfenden politischen Gruppen.

Wir wollen gewiss die schwierigen Fragen, die hier auftauchen, nicht vereinfachen. Es ist zuzugeben, dass auch der Priester Volksgenosse und Staatsbürger bleibt und mit Recht innersten Anteil am Schicksal seines Volkes und seines Staates nimmt. Die Aussonderung in der Weihe zum Priestertum entzieht ihn ja auch nicht ganz seiner Familie, sie wird die Liebesbindung seiner Familie gegenüber eher steigern als hemmen, wenn sie auch die Dienstverpflichtung ihr gegenüber lockert. Ähnlich mag es dem Staat gegenüber sich verhalten. Gewiss liegen hier grosse Schwierigkeiten, neben allgemeinen oft auch solche, die nur einen Einzelnen den richtigen Weg schwer finden lassen, etwa einen politisch besonders leidenschaftlich interessierten und begabten Priester. Gewiss gibt es viele Zwischenstufen zwischen dem Priester-Minister und etwa einem Missionar, der sich von der vaterländischen Verpflichtung durch den neuen Dienst an den Seelen und Leibern eines fremden Volkes dispensiert weiss. Wir können daher in dieser Frage auch keine für immer und für alle Verhältnisse massgeblichen Grundsätze aufstellen wollen. Aber wenn wir gerade an *unsere* Verhältnisse denken, an die soziale Zerrissenheit auch innerhalb der katholischen Gemeinden, an manche unerquickliche Mischung von religiöser Verkündigung und politischer Entscheidung, die wir erlebt haben, – dann sind wir mit ganzem Herzen dabei, wenn nun die Priester im Deutschen Reich nach dem Willen des Staates *und* der kirchlichen Behörde *vom politischen Dienst befreit* werden, damit sie umso

wirksamer, umso innerlicher und inniger ihrer *priesterlichen* Aufgabe, ihrem *dreifachen Amt* dienen können.

Das ist kein «Laizismus»! Das heisst nicht, die Welt in eine «religiöse» und eine «profane Sphäre» zerreißen und für diese profane Sphäre die Geltung der göttlichen und kirchlichen Autorität leugnen! Die Kirche, die dies Konkordat unterzeichnet, glaubt an die Einheit der einen Welt, die aus den Händen des Schöpfers kam und in allen ihren Teilen und Sphären seinem Willen untersteht und der Kraft seines Geistes offensteht. Wenn die Kirche ihre Amtsträger aus der Politik zurückzieht, so will sie damit nicht sagen, dass Politik gottfrei, weltlich schlechthin sein könne. Sie weiss, dass es auch ohne priesterliche Führung den Ort gibt, wo das eigene Gesetz der Politik und ihre religiöse Bedeutung zusammenfallen sollen: *im Gewissen der Politiker*. Dem katholischen *Laien* und seinem katholischen Gewissen fällt mit diesem Konkordat eine grosse Aufgabe zu, die verdeckt bleiben konnte, so lange sie eine katholische Partei programmatisch für alle zu erledigen schien: die Aufgabe, aus katholischem Glauben, in der strengen Pflicht des katholischen Gewissens, in der Einheit des katholischen Weltbildes mit den anders orientierten Staatsbürgern zusammen am einheitlich-ganzheitlichen Staatswillen verantwortlich Anteil zu nehmen.

Dies Konkordat bedeutet daher eine bedeutsame Wendung gerade für den katholischen *Laien*. Was dem Priester entzogen wird, der aus dem Kampffeld der Politik zurückgerufen wird, das fällt doppelt als Aufgabe dem Laien zu. Er soll in politischen Angelegenheiten im Gewissen gebunden, aber mündig sein. Er soll dem Willen Gottes in der Politik, wie er ihn in sorgfältiger Bemühung und doch auch im Wagnis der politischen Entscheidung mit bestem Wissen und Gewissen zu erkennen glaubt, nunmehr ohne ausdrückliche geistliche Leitung und ohne die Sicherung einer katholisch firmierten Partei zu dienen wagen. Eine neue Verantwortung ist das, – doppelt schwer, weil auch manches von dem,



was als *Grenzgebiet* zwischen dem Kirchlichen und dem Politischen zu gelten hat, nach dem Ausschluss der Geistlichen aus der Politik von Laien zu vertreten sein wird.

Noch ist nicht übersehbar, in welchen Formen sich dieser politische Einsatz der Laien aus katholischem Gewissen vollziehen wird. Gegeben ist vorläufig eine *Ausgangsbasis* und eine *Verpflichtung*, – die Ausgangsbasis des nationalsozialistischen Staates, ausserhalb dessen es keine politische Einsatzmöglichkeit mehr gibt, – und die Verpflichtung, aus der Kraft des Glaubens und der Liebe in der Bindung des katholischen Gewissens an den Staatsaufgaben mitzuarbeiten, die dem deutschen Volk in seiner *Gesamtheit* und *Einheit* gestellt sind. Wie immer auch dieser Einsatz aussehen mag: Die politischen Vorgänge, die im Konkordat abgeschlossen und legalisiert werden, haben *Hemmnisse* hinweggeräumt. Nun können wir ungehemmter als früher dem Staat geben, was des Staates ist, der Geschichte geben, was der Geschichte ist. Nun liegt es an der schöpferischen politischen Leidenschaft der katholischen Deutschen selbst, ob sie der Geschichte aus der Fülle ihrer Tradition und aus der Kraft ihres Glaubens das Merkmal ihrer Mitarbeit kräftig einzuprägen vermögen.

11. Juli 1933

## II

### **Was ist «Faschismus»? – Beschreibungsversuche**

## Zur Enträtselung des Nationalsozialismus

### *Zu einem Buch*

Die Bemühung, *den Nationalsozialismus zu verstehen*», stösst auf eine Schwierigkeit, auf die jeder stossen muss, der geschichtliche Wirklichkeiten und Geschehnisse zu «verstehen» sucht. Geschichtliche Erscheinungen enthalten nämlich zwar gewiss Momente, die sich einem klugen und übergreifenden Verständnis ohne Weiteres *erschliessen*, Zusammenhänge und Wirkungen von einer gewissen «*Notwendigkeit*», die freilich immer noch nicht die Notwendigkeit des Naturgesetzes ist, – aber sie enthalten andererseits Momente, die völlig *unableitbar* sind und deshalb einfach *hingenommen* werden müssen. «Napoleon» ordnet sich einerseits seiner Zeit, ihren Kräften und Wirklichkeiten ein und ist von daher sogar bis zu einem gewissen Grade abzuleiten, – bis zu dem Punkt aber nur, wo uns die einzigartige und völlig unableitbare Individualität des Menschen Napoleon in die Augen springt, die sich nicht mehr im exakten Sinne «verstehen» lässt, wenn sie auch dem schauenden Auge sich plastisch und in dieser Plastik einleuchtend darbietet. Genau gesehen, stösst man *zweimal* auf zwei verschiedenen Ebenen, auf diese selbe Grenze. Auf der Ebene des Politisch-Geschichtlichen sind die Kräfte verstehbar, die Napoleon hochtragen, mit denen er arbeitet und die ihn selbst in dieser wechselseitigen Beziehung immer mehr bestimmen; unverstehbar ist das Individuum Napoleon als von der Geschichte her gesehen «zufälliges», unableitbares Individuum. Aber dies Individuum ist auf der Ebene des Individuellen wiederum bis zu einem bestimmten Punkt verstehbar, aus seiner Herkunft, seinem Milieu, seiner Lebensgeschichte, mit den Erkenntnismitteln der Individual- und Sozialpsychologie, – bis auch diese Bemühung auf den irrationalen Rest stösst, der doch mehr ist als

ein noch nicht aufgelöster «Rest», der das Geheimnis der einmaligen aus Gottes Schöpferhand hervorgegangenen Menschenseele ist.

So werden wir auch im Nationalsozialismus zweimal diese Grenze wiederfinden. Seine soziologisch politische Analyse führt uns auf Gedanken, die in dieser Stunde in dieser Gesamtsituation von Menschen in dieser Existenzlage gedacht werden *müssen*. Gefühle, die gefühlt werden *müssen*, Ziele, die entworfen werden *müssen*, Wege, die gegangen werden *müssen*, Fronten, die entstehen *müssen*. Gewiss ist die Wirklichkeit innerhalb derer dieses Müssen gilt, so vielfältig, dass es sich im Detail immer erst hinterher wird feststellen lassen. Wieweit dennoch aus solchem Müssen heraus innerhalb einer Welt, die sich überschauen lässt, Bewegungen auch vorausgesagt werden können, dafür findet man die besten Beispiele im «Kommunistischen Manifest», wo auf Grund von Erfahrungen und Überlegungen über den damaligen kleinbürgerlichen und den «deutschen» oder «wahren Sozialismus» die nationalsozialistische Reaktion des bedrohten Mittelstandes auf seine Bedrohung acht Jahrzehnte vorher in wesentlichen Zügen richtig beschrieben wird. Aber die Persönlichkeit Hitlers und seiner Freunde und Kampfgenossen, die den Nationalsozialismus ohne Frage in seiner faktischen Gestalt stark bestimmt haben, entzieht sich dieser Analyse, und viele Aktionen und Haltungen des Nationalsozialismus entspringen gewissen einmaligen und für das geschichtliche Verständnis «zufälligen» Konstellationen. Hier setzt die Arbeit des beschreibenden Historikers und des deutenden *Psychologen* ein, der aus der Lebensgeschichte der Beteiligten individuelle Notwendigkeiten offendeckt und sie in die Geschichte der Bewegung verflochten sieht, – bis auch er an die Grenze stösst, hinter der das Geheimnis der Person unzugänglich und unentschleiert verborgen liegt.

Man muss das klar sehen, um die Möglichkeiten des Verständnisses des Nationalsozialismus weder zu unterschätzen noch zu überschätzen. Man kann Hitler und man kann erst recht grössere

Männer, Mussolini, Bismarck, Lenin, nicht ohne die soziale Wirklichkeit verstehen, in der sie gross geworden sind; diese Männer haben sich nicht rein nach immanenten Gesetzmässigkeiten «entfaltet»; sie sind erst in den realen Begegnungen ihres Lebens, am realen Stoff ihres Lebens das geworden, was sie geworden sind; «es wächst der Mensch mit seinen höheren Zielen», – das gilt nicht nur graduell, sondern auch im Inhaltlichen dieser Ziele und dieses Menschen. Aber man kann Menschen und Bewegungen aus diesem ihrem Stoff nicht restlos ableiten. Noch wichtiger ist diese Erkenntnis für das *eigene politische Handeln* selbst. Man kann sich nicht willkürliche Ziele setzen, sondern man ist in der Endlichkeit und Gebundenheit der menschlichen Existenz angewiesen auf die Welt, in der man lebt und ihre realen Kräfte und Tendenzen. Aber diese Kräfte und Tendenzen kommen erst zur grossen politischen Auswirkung, wenn sie von bedeutenden Einzelnen und zuchtvollen Eliten verstanden, gedeutet, ausgesprochen, zusammengefasst, dargestellt, repräsentiert, geführt werden. Weder Männer machen die Geschichte noch die Massen machen die Geschichte, sondern Männer machen die in der objektiven Situation der «Massen», d.h. der gesellschaftlichen Gruppen angelegte, «mögliche» Geschichte. Man erkennt daraus die Bedeutung des Führers und der Elite, die Bedeutung vor allem der Ethik des Führers und der Ethik der Elite, aber auch die Bedeutung der Gefolgschaft und ihrer Ethik. Man erkennt die Bedeutung der Elite, – aber man sieht auch die *Gefahr der ungebundenen*, der sich selber *willkürlich setzenden Elite* und die Gefahr der falsch bezogenen Elite, und man erkennt, dass nur die gebundene, dienende Elite, die sich den objektiven Tendenzen verpflichtet, ja gehorsam weiss, jeweils berufen ist, die geschichtlichen Möglichkeiten zu verwirklichen.

Diese Gedanken muss man vor Augen haben, wenn man ein gerade erscheinendes Buch richtig einordnen will, das jedem politi-

schen Interessenten dringend empfohlen werden muss: die «*Geschichte des Nationalsozialismus, Die Karriere einer Idee*», die bei Rowohlt (Berlin) herauskommt und Konrad Heiden als Verfasser nennt.\*

Konrad Heiden stellt den Nationalsozialismus sozusagen «*von innen*» dar, von der Situation seiner führenden Gruppe aus. Er verfolgt die «*Karriere*» des Nationalsozialismus aus den Überlegungen, Haltungen, Aktionen, der Entwicklung der Personen, die meinen, den Nationalsozialismus «*geschaffen*» zu haben. Er geht also von der Seite aus, die am meisten «*zufällige*» Elemente enthält, die sich nicht ableiten, sondern nur *beschreiben* lassen. Aber die andere Seite der Sache, die Seite der gesellschaftlichen Notwendigkeiten, ist nicht etwa unterschlagen, sondern sie bleibt immer im Blick. Darum kann man sich ohne prinzipielle Einwände gerade dem Reiz der Schilderung des Persönlichen, des Intimen, des «*Zufälligen*» hingeben. Das Buch bringt eine Fülle unbekannter oder vergessenen Materials, vor allem aus der Frühzeit der Bewegung, und auch aus den dunklen Zeiten, wo die Bewegung unbeachtet und unbeobachtet war, den allerersten Jahren von 1918 an, und wieder den Jahren des nationalsozialistischen Abstieges während der nachinflatorischen Konjunkturjahre. Man lernt die Menschen kennen, die den Nationalsozialismus vorwärtsgetrieben haben, – und man lernt die höchst persönliche Energie schätzen und bewundern, mit der sie das getan haben. Man erfährt sensationelle Dinge über manche dunkle Zusammenhänge; besonders interessant ist die Darstellung der teilweise sehr

\* Die Studie des Journalisten Konrad Heiden (1901-1966) erschien im Jahre 1932. Die Fortsetzung konnte nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland nicht mehr veröffentlicht werden. Heiden, der Anfang 1933 emigrierte, publizierte sie 1934 in einem Züricher Verlag (Geburt des Dritten Reiches: Die Geschichte des Nationalsozialismus bis Herbst 1933). In den darauffolgenden Jahren veröffentlichte er weitere Arbeiten über den Nationalsozialismus, darunter eine zweibändige Hitler-Biographie (Zürich 1936/1937).

engen Beziehungen der NSDAP und ihrer Parteitruppe zur *Reichswehr*, die in der Tat sogar bei der Entstehung der Bewegung Patenrolle gespielt hat. Die Zusammenhänge der jetzigen nationalsozialistischen Bedrohung der demokratischen Republik mit den Zeiten ihrer ersten Schwäche, wo sie die militärisch-nationalistische Reaktion in den Staat einbaute, werden unmittelbar erkennbar. Die Darstellung geht bis zum 14. September 1930. Auf den versprochenen zweiten Band, der sie bis zur Gegenwart weiterführen soll, werden alle Leser dieses Buches ungeduldig warten.

Die *politische* Stellung des Verfassers zu seinem Stoff tritt zurück. Doch wird in der Methode der Deutung und des Verständnisses eine starke *Distanz* spürbar, die sich mit dem Willen zum Verständnis eigenartig und fruchtbar verbindet. Man spürt, dass hier einer, der kühl und distanziert analysieren wollte, im Verlaufe seiner Analyse seine Augen nicht vor Respektablem, Sympathischem, Menschlich – Allzumenschlichem verschlossen hat. Erst im Schlusskapitel tritt der Verfasser mit seiner eigenen Meinung deutlicher hervor, – und man wird ihm gern zustimmen, wenn er einer *«Neuen Linken»* die Aufgabe zuweist, das zu schaffen, was die *«Neue Rechte»* in den Zeiten ihrer Konjunktur nicht zu schaffen verstanden hat und nicht schaffen *konnte*.

Auf der Seite der Linken erscheinen Bücher und Aufsätze, die den Nationalsozialismus aufmerksam, ruhig und sogar mit gewissem Wohlwollen betrachten und ihn ernsthaft zu verstehen suchen, – während im Lager des Nationalsozialismus bisher kaum eine Äusserung vernommen worden ist, die von einer ähnlichen Ruhe und Aufmerksamkeit den Linksgruppen gegenüber zeugt. Ob das nicht doch den einen oder anderen Nationalsozialisten stutzig macht? Das ist nicht pharisäisch gemeint; man kann gewiss manchmal sogar den Spiess umdrehen und in vielen Fällen

jene «Objektivität» als Glaubens – und Liebesschwäche entlarven. Aber liegt nicht doch der Möglichkeit, den Gegner verstehen zu können, eine objektive Überlegenheit zu Grunde? Jede der grossen politischen Weltanschauungen will das «Ganze» verstehen und gestalten. Es spricht sehr für ihren grösseren Realitätsgehalt und ihre grössere Nähe zum Ganzen, wenn es der Linken im weit höheren Grade glückt, auch den Gegner in einer erträglichen Weise in das Ganze einzubauen, indem man ihn nicht als das böse Prinzip «einbaut», sondern ihn versteht. Aber wer als Nationalsozialist über dies Phänomen stutzig würde, – der wäre wenigstens im heutigen Stadium wohl für die Partei verloren.

22. Dezember 1932



# Nationaler Faschismus

## I

### Nationalfaschismus und faschistische Konstellation

Die hier begonnene Reihe von Artikeln will sich mit dem *nationalen Faschismus* auseinandersetzen, und zwar sollen dieser Auseinandersetzung zwei hervorragende Beispiele jener ebenso «weltanschaulichen» wie politischen Haltung zugrunde gelegt werden: die neue Schrift des Leipziger Philosophen *Hans Freyer* «*Revolution von rechts*», die für die den intellektuellen Faschisten und die theoretisch begründete Ideologie des Nationalfaschismus sehr aufschlussreich ist, und *Ernst von Salomons* Buch «*Die Geächteten*», das für die in der nationalrevolutionären Jugend der Nachkriegszeit *gelebten* Ansätze eines nationalen Faschismus sehr bezeichnend und authentisch ist.\* Doch muss eine Erörterung vorausgeschickt werden, die den hier gemeinten Nationalfaschismus von einigen anderen Tendenzen, die auch mit dem Namen Faschismus belegt zu werden pflegen, abgrenzt.

Es gibt ja einen sehr weiten Begriff von Faschismus, der die verschiedensten Tendenzen zusammenfasst. Wenn wir von der «faschistischen Gefahr» schlechthin oder von der antifaschistischen Gegenfront sprechen, dann pflegen wir Faschismus in diesem weitesten Sinne des Wortes zu verstehen. Eigentümlicher-

\* Die Broschüre des Soziologen und Kulturphilosophen Hans Freyer (1887-1969) erschien 1931 in Jena. Ernst von Salomon (1902-1972) war als Freikorpskämpfer an der Ermordung Walter Rathenaus (1867-1922) beteiligt. Sein autobiographischer Roman «*Die Geächteten*» (Berlin 1930) begründete seinen Ruf als Schriftsteller. Vgl. auch Walter Dirks' Rezension der «*Geächteten*»: Ein Nationalrevolutionär?, in: Deutsche Republik (Frankfurt/M.), 4.Jg. (1929/30), S. 1611-1614.

weise ist nämlich dieser weiteste Sinn des Wortes zugleich sein konkretester, nämlich sein politisch bedeutungsvollster Sinn. So uneinheitlich der Faschismus *geistig* ist, so weit seine Tendenzen auseinanderlaufen, so verschieden seine sozialen Standorte und Interessen sind, so einheitlich kann er werden als *politische Aktion*, und nur in dieser Einheitlichkeit der Aktion wird er zu einer konkreten Gefahr. Der Faschismus ist als Aktionseinheit gefährlich, und hinter dieser Aktionseinheit steht als ihre Voraussetzung ein Bündnis verschiedener Kräfte, eine «Koalition», oder die un- ausgesprochene Form der Koalition, eine Konstellation. Der Faschismus in diesem Sinne ist nicht zu definieren, sondern nur zu beschreiben. Er ist hier auch nicht eine ewige oder auf sehr lange Zeiten geltende Macht, sondern eine Macht auf Zeit: der faschistischen Konstellation entspricht die «faschistische Stunde», die politische Situation, in der diese Konstellation eine Chance hat. Es sieht so aus, als ob diese Stunde herannahe – und die antifaschistische Arbeit ist so etwas wie ein Wettlauf mit dem Faschismus: gelingt es, diese Stunde soweit hinauszuzögern, dass vorher die faschistische Konstellation gesprengt ist, – dann wird sie verpasst sein. Sehr viel wird natürlich auch darauf ankommen, ob den Faschisten ein Führer zur Verfügung stehen wird, der alle Elemente dieser Konstellation in seiner Führergestalt und Führerleistung zusammenzubinden vermag.

Innerhalb dieser Konstellation ist der eigentliche «*Faschismus*» *im engeren Sinne* nur ein Element neben anderen. Er soll hier nicht beschrieben werden, weil er in der Auseinandersetzung mit den beiden erwähnten Büchern deutlich werden wird. Es sei nur angedeutet, dass hier jener Faschismus gemeint ist, der uns aus der Ideologie der frühen Mussolinibewegung bekannt geworden ist. Es sei daran erinnert, dass Mussolini sich auf Sorel\*, auf die Lebensphilosophie, auf Nietzsche beruft. Es sei an den Kult

\* Georges Sorel (1847-1922) vertrat in seinen Schriften einen revolutionären Syndikalismus, der im Generalstreik und der gewaltsamen Machtergreifung

der Bewegung als Bewegung, der Aktion als Aktion, der Elite erinnert, an den Antidemokratismus dieser Bewegung, an deutsche Parallelerscheinungen in der Jugendbewegung, in den Frontkämpferbünden, an die mannigfachen Versuche deutscher Jugendgruppen, in irgendeinem starken Bluts- oder Form- oder Bund-Erlebnis einen gültigen Anspruch auf politische Herrschaft und Verantwortung zu gewinnen.

Wird das, was hier gemeint ist, später klarer werden, so kann es doch schon jetzt gegen die *anderen* Elemente der faschistischen Konstellation *abgegrenzt* werden, mit denen es sonst leicht *verwechselt* werden kann.

Nicht identisch ist dieser engere Faschismus nämlich zunächst mit den Tendenzen des Militärs auf bestimmenden Einfluss im Staat. Dieser «*Faschismus*» als *Militärdiktatur* ist eine andere Sache, wenn es auch ideologische Berührungskräfte gibt und wenn auch, wie gesagt, auf eine starke Aktionseinheit zu rechnen sein wird). Es ist nicht unschwer zu erkennen, wo dieser Militärfaschismus seine Wurzel hat. Das Heer hat auf der einen Seite die konzentriertesten Machtmittel, Gewaltmittel der Gesellschaft in seiner Hand, organisierte und disziplinierte Soldaten und Kriegsmittel, die jeden Widerstand im Innern zu brechen vermögen. Zwar stehen diese Gewaltmittel nur in der Bereitschaft und werden daher wegen ihrer Unsichtbarkeit meist unterschätzt, aber sie werden in entscheidender Stunde das letzte Wort sprechen, und wenn überhaupt auch nur der leiseste Gedanke an jene «entscheidende Stunde» irgendwo auftaucht, dann gewinnt mit einem Mal das Heer eine ungeheure Bedeutung, mit der der Zivilist in ruhigen Zeiten nicht zu rechnen gewohnt ist. Dieser konzentrierten

des Proletariats gipfelte. Sorels stark von Bergson und Nietzsche geprägten Ideen übten grossen Einfluss auf Mussolini aus, der seine politische Karriere als Mitarbeiter revolutionär-sozialistischer Zeitschriften begonnen hatte.

Machtstellung hat in der Zeit des ausgebauten isolierten Nationalstaates eine politische und ideologische Stellung entsprochen. Kommt in der Zeit des isolierten Nationalstaates die wesentliche Gefährdung des Bestandes des politischen Gesamtkörpers von aussen, vom Nachbarstaat, so steht die waffenfähige Mannschaft, das Heer, das an dieser lebens- und todeswichtigen Stelle eingesetzt ist, an zentraler Stelle im Staat. Meist war der Monarch, auf den das Heer vereidigt war, der Punkt, an dem das Heer machtvoll in das Gesamtgefüge des politischen Körpers eingefügt war. Diese Position ist von der wachsenden Bedeutung des Ökonomischen unterminiert worden. Die Wirtschaft verschob sozusagen den Schwerpunkt des politischen Schicksals. Sie ökonomisierte einmal das Innere, dann aber auch die aussenpolitischen Positionen, verwandelte die Militärmächte in Wirtschaftsmächte, beseitigte schliesslich auch den Monarchen oder stellte ihn kalt und machte damit das Heer über den Parlamentarismus von den organisierten Wirtschaftsgruppen direkt abhängig. Die wesentlichen Bedrohungen kommen im Gefolge dieser Entwicklung nicht mehr vom feindlichen Heer, sondern im Innern von der Unausgeglichenheit der gesellschaftlichen Kräfte, im Äusseren von feindlichen Wirtschaftsmächten: das bedeutet sowohl eine reale wie auch in der Folge eine ideologische Minderung der Bedeutung des Heeres. Auf der anderen Seite ist aber die ungeheure materielle Konzentration der Gewaltmittel im Heer geblieben. In dieser zwiespältigen Situation liegt es für das Heer nahe, die zentrale politische Stellung wiederzugewinnen, indem es *gegen* die ökonomischen Gewalten *sich* auf Grund der faktischen Macht selber zum Träger der politischen Herrschaft setzt. In Staaten, in denen die Ökonomisierung einen bestimmten Grad noch nicht überschritten hat, kann sich diese Tendenz in Form der offenen Militärdiktatur oder Generalsdiktatur auswirken: man denke an Spanien, Jugoslawien, Polen. In Mitteleuropa ist der Prozess der

Ökonomisierung schon soweit fortgeschritten, dass eine reine Militärdiktatur nicht mehr als möglich erscheint. Hier ist diese Tendenz darauf angewiesen, sich an Bundesgenossen aus der ökonomischen Welt selber zu binden, um sich wenigstens partiell verwirklichen zu können. Hier wirkt sich diese Tendenz im Rahmen der «faschistischen Konstellation» aus. Immerhin wird man sie aber in dieser Konstellation als eine gesonderte Tendenz erkennen können und trotz mancher ideologischer Nachbarschaft (die vor allem in der Bindung an den Inhalt des «Nationalen» liegt) nicht mit dem eigentlichen Faschismus verwechseln dürfen. Bezeichnende Belege sowohl für diese Nachbarschaft wie überhaupt für den Militärfaschismus selbst findet man in den Äußerungen des Generalobersten von Seeckt\*, der ja in dem Satz «Das Heer ist der Staat» die knappste und bündigste Formulierung dieser Tendenz geprägt hat.

Ebensowenig darf der Faschismus im engeren Sinne mit den *Tendenzen des Kapitals nach einer direkteren Form der politischen Herrschaft* verwechselt werden, die ja wohl als die mächtigsten Komponenten der faschistischen Konstellation anzusehen sind. Diese Tendenzen dürften eine doppelte Ursache haben. Einmal verliert mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus die Demokratie ihre Eignung als indirektes Einflussssystem des Kapitals. Die Krise macht den Mittelstand antikapitalistisch, der früher meist von den indirekten Auswirkungen der kapitalistischen Expansion und seiner Belebung des Wirtschaftslebens überhaupt Nutzen gehabt hatte. Zu gleicher Zeit wächst die Zahl der vom Kapital direkt Abhängigen allmählich bis zu einem Punkt, in der die Bildung einer Mehrheit der Wirtschaftsabhängigen gegen das Kapital, eine Arbeitnehmermehrheit denkbar wird. Vor dieser

\* Hans von Seeckt (1866-1936) stand von 1920 bis 1926 als Chef der Heeresleitung an der Spitze der Reichswehr, von 1930 bis 1932 war er Reichstagsabgeordneter der DVP.

Aussicht verliert das Kapital das Interesse an einem politischen System, dessen Machtmechanismus auf der Mehrheitsbildung beruht: es gewinnt die Tendenz nach einer politischen Ordnung, in der es ihm möglich sein wird, in direkterer Weise seine ökonomisch-gesellschaftliche Macht politisch auszuwirken. Die andere Ursache dieser Tendenz liegt in der allmählichen Entwicklung des Sachapparates Wirtschaft von der freien Konkurrenz Wirtschaft weg zu einer durchorganisierten Planwirtschaft. Diese Tendenz wird von einem Teil der Wirtschaftsführer als notwendig bereits bejaht, und damit stellt sich gleichzeitig die Frage, wer, welche Gruppe, welche Gesellschaftsordnung diesen Sachapparat Wirtschaft tragen und über ihn verfügen, wer aktives und verantwortliches Subjekt dieses Sachapparates sein soll, nachdem mit aufgehobener oder geschwächter Konkurrenz das freie Ausleseverfahren im Wirtschaftskampf selbst nicht mehr funktioniert. Der Gedanke und der Wille, mit der Verfestigung der Wirtschaft die bestehende Herrschaft der eigenen Gruppe selber zu befestigen, auf Grund des faktischen Besitzes und der Sachkenntnis des Systems selber zu befestigen, erzeugt von selbst das Bedürfnis nach einer politischen Ordnung, die diesem neuen Feudalismus die politische Ausübung der wirtschaftlichen Machtposition ermöglicht. Mit diesem Faschismus als Wirtschaftsfeudalismus hat der eigentliche Faschismus zunächst nichts zu tun: im Gegenteil, er muss ihm feindlich gegenüberstehen, wenn er ihn in seiner Wirklichkeit erkennt. Der Faschismus ist ja «anti-kapitalistisch». Wohl aber ist der eigentliche Faschismus sehr wohl als Tarnungsideologie dieser wirtschaftsfeudalistischen Tendenz zu gebrauchen. Wenn diese Tendenz ihren Feudalismus in den Vordergrund schiebt und ihn statt real wirtschaftlich mit ideologisch-faschistischen Argumenten begründet, als eine faschistische Abkehr von der Herrschaft des anonymen Kapitals darstellt, kann sich der Faschismus wohl von ihm täuschen lassen. Wir gehen sicher nicht irre, wenn wir annehmen, dass in

Italien eine ähnliche Beziehung zwischen Wirtschaftsfeudalismus und Faschismus wenigstens stückweise vorhanden ist.

Verwechseln sollte man den eigentlichen Faschismus ferner nicht mit den verschiedensten Strömungen der *Kulturreaktion*, die ohne eigentlichen einheitlichen Zusammenhang durch den einen Glauben zusammengehalten werden, dass sie ihre Ziele besser in einem autoritären System als in einem demokratischen System verwirklichen zu können glauben. Dazu gehören natürlich zunächst die eigentlich kulturreaktionären Tendenzen, dann aber auch viele in sich berechnete und wertvolle Bemühungen, die mit mehr oder weniger Recht im Faschismus für sich eine bessere Chance sehen. Es handelt sich vielfach um Kreise und Menschen, die über ihren Spezialideen den Zusammenhang nicht sehen; oft sind es auch Menschen, die aus der Verzweiflung über die Mediokrität der Zeit auf den Faschismus als auf die letzte Karte setzen und in ihm wenigstens die Möglichkeit einer starken und rechtlich stärkeren und rechtlicheren Führung sehen. Diese breite und vielfältige Schicht von oft sehr wertvollen Menschen wird mit der eigentlichen Kulturreaktion zusammen oft auch mit dem Wort Faschismus, Kulturfaschismus belegt. Auch sie hat starke Berührungspunkte mit dem eigentlichen Faschismus, ist aber nicht mit ihm identisch.

Am nächsten steht dem eigentlichen Faschismus die letzte der hier aufgezählten Glieder der faschistischen Konstellation: der *Nationalsozialismus*. Denn wenn er auch in seiner eigentlichen Wirklichkeit eine soziale Bewegung, eine Sozialrevolte ist, so liegt doch für den Faschisten nichts näher, als in ihrem Elan die Bestätigung für seine Lehre von der Bewegung und der Aktion zu sehen, in ihr eben die Verwirklichung der Prophezeiung der reinen politischen Aktion zu sehen und sich mit ihr zu identifizieren. Ja, hier liegt die Möglichkeit nahe genug, dass die ganze faschistische Lehre ihre Selbständigkeit aufgibt, um nichts weiter als die Ideologie dieser «Mittelstandsrevolte» zu werden. Wie weit auch

schon früher die soziale Situation des Mittelstandes hinter der faschistischen Ideologie gestanden hat, das wird sehr schwer zu beantworten sein; zum mindesten aber hat sie diese Ideologie nicht allein und rein bestimmt, und die besondere Situation des bürgerlichen Intellektuellen scheint für sie bestimmender gewesen zu sein als die soziale Situation der Schicht, aus der der bürgerliche Intellektuelle meist hervorgegangen ist, des Mittelstandes. Jetzt aber scheint die Stunde für eine engere Bindung der faschistischen Lehre an die Tatsächlichkeiten der nationalsozialistischen Bewegung gekommen zu sein. Trotzdem wird man sie in der Betrachtung der Gesamtzusammenhänge einigermaßen davon isolieren können und müssen.

Damit wäre die faschistische Konstellation im Groben abge-schritten. Von diesem Hintergrunde hebt sich der eigentliche Nationalfaschismus als das wichtigste ideologische Element der ganzen Konstellation ab. Er wird, wenn aus der Konstellation zur «rechten Stunde» eine Aktion werden sollte, die offizielle Lehre der neuen Ordnung sein.

## II

### Die «Revolution von rechts»

Bekommt die faschistische Ideologie, wie sie in einer nicht kleinen Schicht deutscher Intellektueller seit Jahren modern und vielfach modisch geworden ist, durch den Machtzuwachs des Nationalsozialismus und durch das drohende faschistische Zwischen-spiel überhaupt mit einem Male eine grosse reale Bedeutung, so darf die Broschüre von *Hans Freyer* «*Revolution von rechts*» die allergrösste *Beachtung* beanspruchen: wird das «Dritte Reich» demnächst gegründet, so werden so belesene und so gescheite Leute wie dieser angesehene Leipziger Philosoph zur *theoretischen Rechtfertigung* und *Vertretung des Systems* nach vorn ge-



schoben werden. Sie müssen theoretisch aus den höchsten Prinzipien das finden, was doch in Wirklichkeit schon lange sehr real da ist. Es ist typisch, dass in der Broschüre Freyers – die übrigens im Verlag des verstorbenen Eugen Diederichs erscheint, wie auch die geistesverwandte «Tat»\* – das Wort «Nationalsozialismus» nicht vorkommt, dass weder Hitler noch Goebbels noch Feder\*\* erwähnt ist, – während doch faktisch auf jeder Seite von dieser Bewegung und nur von ihr die Rede ist. Der Anspruch auf die Priorität der theoretischen geschichtsphilosophischen und soziologischen Wahrheitsfindung ist so ängstlich gewahrt, dass nicht einmal die konkrete Nutzenanwendung direkt gezogen wird. Sie kann aber auch getrost dem Leser überlassen werden: wer dies Buch gläubig gelesen hat, weiss, was er zu wählen hat, auch wenn die Wahlparole nicht drinsteht.

### **Freyers Begriff der Revolution**

Freyer grenzt zunächst – im Vorwort und ersten Kapitel – die von ihm gemeinte «Revolution von rechts» gegen andere *Rechtspositionen* und andere *Æevo/whoHspositionen* ab. Er möchte nicht verwechselt werden mit «nationaler Romantik, mit konterrevolutionärem Aktivismus, mit idealistisch verputztem juste milieu

\* Die im Verlag Eugen Diederichs (1867-1930), Jena, erscheinende Monatszeitschrift «Die Tat» war eines der wichtigsten Organe der jungen Rechten in der Endphase der Weimarer Republik. In den Veröffentlichungen des «Tat»-Kreises verschmolzen die Erfahrung epochaler Krise und einjugendbewegt-romantischer Antikapitalismus zum Konzept einer «Konservativen Revolution». Zu Walter Dirks' Auseinandersetzung mit dem «Tat»-Kreis vgl. auch die Beiträge des 5. Kapitels, S. 305-322 in diesem Band.

\*\* Gottfried Feder (1883-1947), der zu den Gründungsmitgliedern der NSDAP gehörte und zu ihrem linken Flügel zählte, verfocht in finanzpolitischen Studien und antikapitalistischen Kampfschriften einen völkischen Sozialismus und forderte u.a. die Aufhebung aller Zins Verpflichtungen.

oder dem famosen «Staat über den Parteien». Und er möchte andererseits nicht verwechselt werden mit der «Revolution von links». «Alle bisherigen Revolutionen sind Revolutionen von links gewesen.» Das soll etwa heissen, dass bisher immer eine *schlechtregierte* oder *unterdrückte* Gesellschaftsklasse Revolutionen gemacht hat. Später werden wir erfahren, dass das heute zum ersten Mal anders ist, und dass es «ein echtes Stück neunzehntes Jahrhundert in unserm Geist» ist, wenn wir «uns keinen anderen Träger einer Revolution vorstellen können als eine unterdrückte Gesellschaftsklasse». Immerhin: bisher war es immer so, und die marxistische Revolutionslehre hat nur in zugespitzter Situation «die Revolution von links zum ersten Male hundertprozentig begriffen». Die letzte revolutionäre Linksposition, die des sozialistischen klassenkämpferischen Proletariats wird als echte Revolution anerkannt (wenn auch als Revolution von links, d.h. innerhalb der «Gesellschaft»), denn von ihr galt in der Tat in radikaler Ausprägung, was von jeder echten Revolution gesagt werden muss: dass in ihr die Wirklichkeit auf zwei Gegner zusammengezogen ist, die sich als geschlossene Ganzheiten in absoluter Verneinung gegenüberstehen; das Proletariat hat das Wort gesagt, «das zugleich die Voraussetzung und die Parole jeder echten Revolution ist: wir sind nichts, und wir müssten alles werden», es repräsentierte das Leiden schlechthin, so wie die herrschende Klasse das Unrecht schlechthin repräsentiert. Aber diese echte Revolution, – wir bleiben hier immer in der Darstellung Freyers – ist *nicht geschehen*. Das Proletariat hat sie nicht vollzogen, es ist aus der revolutionären Position in die der Verhandlung übergegangen und hat sich in der Sozialpolitik in die bestehende industrielle Gesellschaft einordnen lassen. Und da Revolutionen sich nicht beliebig wiederholen lassen, sondern einmalige Situationen sind, so ist es mit dieser proletarisch-sozialistischen Revolution endgültig und unwiderruflich vorbei. Ihre

Spannungen sind nun nur noch Rohstoff für eine *neue* geschichtliche revolutionäre Position, deren Träger *andere* Leute sind.

Der naheliegende Einwand, dass doch eine stark anwachsende KPD existiert, wird damit abgetan, dass das, – um einmal Kipling statt Freyer zu zitieren, – «eine andere Geschichte ist», nämlich die vom fünften Stand, statt vom vierten, – worauf von da ab bis zum Schluss der Broschüre dieser angebliche fünfte Stand mitsamt der KPD verschwindet und nicht mehr in die Rechnung eingestellt wird. Die Möglichkeit einer neuen Radikalisierung des Proletariats aus einer neuen Situation heraus, zum Beispiel aus einem radikalen Abbau der Sozialpolitik heraus, wird ebensowenig in Erwägung gezogen, wie die ausserdeutschen und aussereuropäischen Verhältnisse und Möglichkeiten, von denen doch auch unter Umständen noch eine «echte Revolution von links» ausgehen könnte. Dieser Einwand wird nicht nur nicht beantwortet, sondern nicht einmal gesehen. Russland wird aus der Fragestellung ausgeschaltet, indem die bolschewistische Revolution als gegen den *Zaren* gerichtet gedeutet wird, – und so ist denn Freyer schnell mit den Gegnern allein, die er sich ausgesucht hat: mit deutschen Spiessbürgern, deutschen Kapitalisten und deutschen Sozialdemokraten.

### Träger und Soziologie der «Revolution von rechts»

Aber kehren wir zu dem Gedankengang der Broschüre zurück, wo steht aber nun die neue Revolution, die Revolution von rechts? Fragen wir nach ihrem Träger, so bekommen wir die Antwort: *das Volk*. Fragen wir danach, was dieses Volk denn sei, so hören wir erst immer wieder, was das Volk nicht ist, es ist «nicht Gesellschaft, nicht Klasse, nicht Interesse» (weshalb es «nicht ausgleichbar, sondern abgründig revolutionär ist»). Wir hören, dass jetzt «hier die aufgestaute Kraft vibriert». «Hier wächst jetzt die grosse Naivität. Hier liegt jetzt die Reserve an produktiven In-

stinken bereit, die die Voraussetzung und die Bürgschaft einer geschichtlichen Aktion ist.» Aber wir wissen immer noch nicht, was Volk ist. Wir hören, dass das Volk «aus einer vagen Idee zu einer geschichtlichen Realität, aus einem Trost zu einer Gefahr, aus einer geruhsamen Ordnung zum Subjekt der Revolution wird». Wir hören wiederum weiter, dass es nicht der bloße Nachfolger des industriellen Proletariats ist, dass es «keine Gesellschaftsklasse» ist. Wir hören endlich ein erstes (aber unbestimmtes) positives Wort: dass es «an allen Stellen seine unendlichen Reserven hat», «an allen Stellen erwacht», ja wir erfahren sogar, als was es erwacht: «als ein neuer Tag, zu dem Menschen erwachen können». Endlich vernehmen wir die positive Formel, – und siehe, sie ist wieder negativ: «Das Volk ist der *Gegenspieler der industriellen Gesellschaft*.» Dabei bleibt es nun. Die «Nation» wird abgelehnt (als ein «Besitzstand», der «in der Welt der industriellen Gesellschaft sehr wohl zu Hause war») und das Volk im allgemeinen Sinne, das Naturwesen und das Geschichtswesen Volk, der unterirdisch wirkende Volksgeist, unsere «Substanz» (die ungefragt und selbstverständlich da ist, wie eine «Weihnachtsbescherung», die alle Kinder bekommen, die artigen und die unartigen) wird als das *Substrat* des revolutionierten Volks erklärt, das nur, indem es zum Gegenspieler der industriellen Gesellschaft erwacht und sich formiert, zum «Volk» im Sinne Freyers wird.

Wer sich nun aber doch die Frage nach dem gesellschaftlichen Standort der Menschen, die dies «Volk» bilden sollen, nicht abschneiden lässt, horcht auf und sieht plötzlich das Dunkel sich ein wenig lichten, wenn er folgenden interessanten Satz liest: «An allen Stellen, wo Mittelstand zersetzt, Bauerntum bedroht, inselhaftige Selbständigkeit vernichtet, Betrieb bürokratisiert, mit einem Wort *industrielle Gesellschaft* zur Reife gebracht wird, werden zugleich innerhalb der alten und scheinbar immer fester werden-

den Schale dem neuen Kern neue Kräfte zugeführt.» Das ist nun wirklich sehr aufschlussreich. Zunächst fällt einem auf, dass hier genau die gesellschaftlichen Schichten bezeichnet sind, aus deren sozialer Beunruhigung gerade die ökonomisch-soziologische Deutung den nationalsozialistischen Wahlerfolg erklärt: Mittelstand, Kleinbauern, Handwerker, Kleinkaufleute, Angestellte. Mitten in einer Schrift, die in immer neuen Formulierungen den nicht-gesellschaftlichen Charakter, ja den radikalen anti-gesellschaftlichen Charakter der neuen Bewegung betont, werden als Kräfte-reservoir bestimmte gesellschaftlich bedrohte Schichten aufgezählt. Und siehe, das handarbeitende Proletariat ist an dieser Stelle vergessen. Von ihm wird nicht angenommen, dass sich in ihm eine «Kraft» zum «Gegenspieler der industriellen Gesellschaft» formiert. Hier wird die *innere Brüchigkeit* der Freyer-schen Konstruktion ganz deutlich sichtbar, die Verlegenheit, in die einer in der Tat geraten muss, wenn er sich gezwungen sieht, ein ausgesprochen ökonomisch-gesellschaftliches innerhalb der «industriellen Gesellschaft» auftauchendes Phänomen antiökonomisch und antigesellschaftlich zu interpretieren. Und an dieser Stelle wird auch offensichtlich, welche Funktion gegenüber dieser Verlegenheit die *faschistische Ideologie der «reinen Bewegung»* zu erfüllen hat. Die Frage nach dem Sinn, nach der Struktur, dem Ziel einer Bewegung, die eine gesellschaftliche Bewegung ist, muss von selbst zu Formulierungen führen, die das gesellschaftliche Element enthalten. Will man das unter allen Umständen vermeiden, so muss man diese Fragen selbst verpönen, unter Strafe stellen, für tabu erklären. Man tut das, indem man der Bewegung als *solcher* Sinn zuspricht. Man merkt (an den ressentimentalen Wörtern «feige» und «wagt») die Künstlichkeit dieser Position, wenn es da heisst: «Das revolutionäre Prinzip, das einem Zeitalter innewohnt, ist seinem Wesen nach keine Struktur, keine Ordnung, kein Aufbau. Sondern es ist reine Kraft, reiner Aufbruch, reiner Prozess. Die Frage, zu welcher Form es sich fü-

gen wird, wenn es am Ziel seiner Bewegung ist, ist nicht nur falsch, sondern feige. Denn es kommt gerade darauf an, dass das neue Prinzip das aktive Nichts in der Dialektik der Gegenwart, also die reine Stosskraft zu bleiben wagt; sonst ist es über Nacht eingebaut und kommt nie zu seiner Aktion. «

### Freyers «neuer Mensch»

Diese Bewegung, die «Volk» ist als Gegenspieler der industriellen Gesellschaft, vor der «alle Kategorien aus der Sphäre der Gesellschaft versagen» («Es ist beinahe eine Kühnheit, vom Volke zu sprechen»), wird sich nun als erstes Werkzeug den *Staat* erobern. «Der Staat, der in der Epoche der industriellen Gesellschaft immer nur Kampfobjekt, immer nur Beute war, wird zu einem freien Wesen, das die Revolution von rechts in sich aufnimmt und dessen Macht fortan unter der Aufgabe steht, aus der Gegenwart dieses aufbrechenden Volks seine geschichtliche Zukunft zu bauen.» «Er wird identisch mit der sozialen Revolution des Volkes. Er wird die Spitze der Revolution: der Träger ihres Stosses gegen das Prinzip der industriellen Gesellschaft.» (Man sieht, wie hier wie an hundert Stellen Kategorien gebraucht werden, die der wissenschaftliche Sozialismus herausgearbeitet hat, wie sie aber hier zu mythischen Gebilden werden, weil der Ort geleugnet wird, wo sie gefunden worden sind und wo sie gelten: die Gesellschaft.) Auch nach dem Sieg dieser Revolution wird «dieser Staat nichts anderes sein als der zusammengeraffte Wille des Volkes: kein Status, sondern eine Spannung, keine fleischige Form, sondern ein konstruktives Gebilde aus Kraftlinien». Im Staatssozialismus wird das «Volk» «zum politischen Subjekt, zum Subjekt seiner Geschichte». Immer wieder, an jedem Punkt der Argumentation muss Freyer dabei von neuem die Frage nach dem ökonomischen Interesse und seinen Auswirkungen und

Spiegelungen und Rückspiegelungen ins Gesellschaftliche und ins Politische hinein ablehnen: diese ganze Sphäre muss *radikal eliminiert* werden, und so mündet seine Konstruktion denn konsequent ein in die *Verkündigung des neuen Menschen*: er muss zurückgreifen auf «eine geheime Umschichtung im Material des Menschentums». «Nur deshalb ist das neunzehnte Jahrhundert vorbei, weil es Menschen gibt, die durch ihr gesellschaftliches Interesse nicht mehr definiert sind. Einige neue Tatsachen in Bezug auf den Menschen sind gültig geworden. Man kann auch besitzen und doch nicht begehren...» Und diese neuen Menschen sind nicht etwa nur mehr isolierte Existenzen, sondern: «Heute sind sie der Typus, der gilt, und die Zukunft des Ganzen. Das Volk als Gegenspieler der industriellen Gesellschaft, ist Realität geworden: nicht fertige Ordnung, nicht bewusster Wille in allen, aber kräftig sich bildender Kern». Das ist keine Prophetie, sondern «aufweisbar, wie Tatsachen sind». «Alle diese Tatsachen sind neu, aber sie sind Tatsachen. «

Das etwa ist die grosse Konstruktion, die Freyer baut, um theoretisch fordern zu können, was er doch in einer Vorentscheidung, einer sehr fragwürdigen Vorentscheidung schon längst bejaht hat und was in Wirklichkeit, statt das Ergebnis seiner Argumentation zu sein, Stück für Stück ihre Richtung bestimmt hat: die nie mit Namen genannte *nationalsozialistische Bewegung*. Sie ist in Wahrheit und Wirklichkeit ein Phänomen innerhalb der industriellen Gesellschaft, nämlich die unaufgeklärte utopische Revolte einiger neu proletarischer Schichten: um das nicht wahr sein zu lassen, muss man die Geschichte in zwei grosse Teile teilen, in die Geschichte bis heute, in der ökonomisch bestimmte Gesellschaft ihr Ort und ihr Inhalt war, und die Geschichte ab heute, in der ein neuer Mensch, der sich durch Ökonomie und Gesellschaft nicht mehr beirren lässt, als «Volk» Geschichte macht und von nun an im Staatssozialismus die ökonomische Materie mit unbefleckten un-ökonomischen Händen bearbeitet.

Man könnte in immanenter Kritik die inneren Widersprüche

dieser Konstruktion nachweisen, man könnte nachweisen, wie sehr im Sinne dieser Konstruktion die Tatsachen vergewaltigt werden müssen, man könnte die falsche Darstellung des wissenschaftlichen Sozialismus, die ungehörige Entleerung und Verfälschung so eindeutiger Kategorien wie die der Dialektik anprangern, man könnte – eine sehr lehrreiche Unternehmung – an dem halb forschen, halb saloppen Stil den Un-Ernst dieser ganzen Argumentation nachzuweisen suchen. Das alles soll nicht geschehen, denn fruchtbarer als diese mögliche Kritik Freyers ist die Deutung seiner Konstruktion als einer *typischen* Konstruktion, typisch nämlich für die heutige Situation bürgerlicher Intellektueller. In dieser Richtung soll sie im nächsten Artikel untersucht werden.

### III

#### Die unechten Faschisten

Wenn wir die typische Haltung der intellektuellen Faschisten erkennen wollen, müssen wir zunächst die grosse Zahl derer aus der Betrachtung ausscheiden, die mit ihrem Bekenntnis zum Faschismus oder in ihrer Sympathie für den Faschismus nicht eigentlich den Faschismus selbst «meinen», sondern etwas anderes. Diese Kreise können natürlich in der Wirklichkeit zu wichtigen und starken Stützen des Faschismus werden, aber sie stellen nicht den typischen Fall dar. Es handelt sich um Menschen, – die Intellektuellen sind hier grundsätzlich in derselben Lage wie viele Nichtintellektuelle, nur bewusster und weniger durch ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen «gestört» als der Durchschnitt der anderen, – die beim Faschismus ein bestimmtes Anliegen besser aufgehoben glauben als beim Gegenteil. Nehmen wir den günstigsten, allgemeinsten und wichtigsten Fall: es handelt sich um Menschen, die um die allgemeine und öffentliche



Rechtlichkeit und Sauberkeit besorgt sind, die den Schwund von Ehrfurcht, Distanz, Wertgefühl beklagen, die aus den Erfahrungen ihres Lebens heraus ein starkes Misstrauen gegen den Komitee- und Volksversammlungsdemokratismus und gegen die Bürokratie, gegen den Rückzug der Verantwortung hinter den Rücken des Mehrheitsbeschlusses gewonnen haben, die von der Vermassung, der Verwilderung des öffentlichen Lebens angewidert sind, die die moderne technisch-politische Massen weit als medioker empfinden, die schliesslich etwa noch in diesem Zusammenhang irgendeine sie persönlich besonders erregende Spezialfront geistiger oder kultureller Art bezogen haben. Diese Menschen, deren Gesinnungen und Besorgnisse die aller kritischen anständigen Menschen sind, kommen leicht auf den Gedanken, dass ein autoritäres Regime mit diesen Verhältnissen besser fertig werden würde oder ihnen besser entspräche als ein «demokratisches». Auch in dieser Überlegung können wir alle wohl mitgehen; gefährlich wird sie erst, wenn über ihr die Frage vergessen wird, wer denn heute im Bereich der faktischen faschistischen Tendenzen (als der im Augenblick allein für ein autokratisches Regime in Frage kommenden Tendenzen) diese Herrschaft ausüben würde, und in welchem Namen. Gefährlich wird sie, wenn die kritische Besinnung darauf wegfällt, ob denn die Kreise, die zur Übernahme der Macht bereit sind, in Wahrheit um der Rechtlichkeit, der Sauberkeit, der Verantwortung willen die Macht wollen, ob sie als ihre Repräsentanten gelten können, oder ob sie nicht vielmehr im Sinne ganz bestimmter gesellschaftlicher Mächte die Macht wollen, deren Anspruch zunächst einmal der Kritik unterworfen werden muss. Es besteht die Gefahr, dass schliesslich nur die Autorität als solche gesehen und ersehnt wird, und die Frage nach der Verwurzelung, dem Sinn, dem Inhalt, dem Träger der Autorität, darüber kaum noch gestellt wird.

Diese Kreise und ihre Gesinnung sind ausserordentlich respektabel. Viele gute Erbelemente verschiedenster Herkunft, christli-

cher, idealistischer, humanistischer Prägung sind in dieser Situation in der Gefahr des falschen Einsatzes. Wer dem Faschismus ein anderes politisches Weltbild und Zielbild entgegenzustellen hat, darf diese Kreise nicht vergessen: er wird in seine Sache diese Gesinnung und ihre Sorge verantwortlich aufnehmen müssen.

Aber, – wie gesagt –, diese Menschen sind nicht die typischen intellektuellen Faschisten. Diese meinen vielmehr den Faschismus selbst, in seiner Substanz, sie entscheiden sich positiv politisch für ihn, setzen ihre Existenz auf ihn. Diese Entscheidung vieler Intellektueller für den Faschismus ist nur aus der gesellschaftlichen und geistigen *Situation der heutigen Intellektuellen selbst zu verstehen*.

### Die Intellektuellen in der Krise

Die Darstellung der Geschichte und der Situation des «Publizisten», die Waldemar Gurian in seiner Schrift «Der katholische Publizist»\* gegeben hat, trifft in einem weiteren Sinne auch den Intellektuellen schlechthin. Die geistige Arbeit überhaupt ist mittelbar ähnlich auf den «Zeitgeist» bezogen wie die publizistische Arbeit unmittelbar. Die Sacharbeit des geistigen Arbeiters in allen Disziplinen fand ihren Sinn nicht nur in sich, sondern auch in einem gesellschaftlichen Zusammenhang, dessen Grundlage der Aufstieg der bürgerlichen Schicht war. Dieser gewaltige Aufstieg trug auch die geistige Arbeit mit empor, und hinter der kämpfenden Spitzengruppe der eigentlichen Publizisten stand immer als ihre erste Leserschicht und ihr Echo die Schicht der Intellektuellen überhaupt: man denke nur an die Rolle, welche die Studenten und die Universitäten in dieser Bewegung auch politisch gespielt

\* Die Broschüre des zum Katholizismus konvertierten Publizisten und Soziologen Waldemar Gurian (1902-1954) erschien 1931 in Augsburg.

haben. Und im Allgemeinen hat diese selbe Intelligenzschicht auch in der Zeit des Sieges und der Herrschaft, in der Zeit, als sich das Bürgertum als «Volk» von 1848 in das Bürgertum als «Nation» des Kaiserreichs verwandelte und der «Nationalliberalismus» das Feld beherrschte, dem Bürgertum, mit dem sie ja auch in engster Lebensgemeinschaft lebte, die Treue gehalten. Aber heute steht diese Schicht in der Krise. Sie kann den Anspruch, dass in ihr ihre faktische Existenz und der Sinn von Gesellschaft und Staat zusammenfallen, schon längst nicht mehr aufrechterhalten. Die Folge ist, dass dem geistigen Arbeiter der sachliche Sinn seiner Arbeit in sich selbst und ihr gesellschaftlicher Sinn nicht mehr ohne Weiteres zusammenfallen. Er kann, so sauber er seine Fachaufgabe nach ihren immanenten Gesetzen erfüllt, nicht auf die Dauer die Frage hintanhalten: wozu tue ich das? Für wen tue ich das? Mit der metaphysischen Sinnfrage (von der hier nicht die Rede ist) taucht auch die gesellschaftliche Sinnfrage neu auf, die Frage – so könnte man bildlich sagen – nach der gesellschaftlichen Heimat der geistigen Arbeit.

### Die Gläubigen

Diese Frage haben die Intellektuellen verschieden beantwortet. Wir tun gut, die Gruppe der echt *religiös Gebundenen* aus unserer Erörterung hier auszuschalten, weil sich bei ihnen die Fragestellung sehr kompliziert. Sie stehen zwar durchaus auch in dieser gesellschaftlichen Krise und ihrer Problematik und die hier behandelten Fragen haben auch für sie ihr volles sachliches Gewicht, ja sie *können* in der Einheit der gläubigen Existenz, in der das «Menschliche» sich nicht als «Profanes» vom «Göttlichen» trennen lässt, sogar die ganze Schwere metaphysischer Fragen erhalten, aber die gesellschaftliche Fragestellung *als solche* hat bei ihnen ihre metaphysische Zuspitzung verloren, da der Gläubige

seine Existenz auf einem Grund ausserhalb der Gesellschaft gegründet hat. Das gibt dem Gläubigen eine letzte Sicherheit gegenüber der Krise der Gesellschaft, die doch andererseits seine christliche Liebe so bedrängt, eine Sicherheit, die es ihm gegebenenfalls eher möglich macht, sich noch nicht zu entscheiden, sich vielleicht gar nicht zu entscheiden, Zwischenpositionen einzunehmen. Das kann je nach der Verschiedenheit der Existenz des Gläubigen und je nach der Verschiedenheit der Fragestellung sowohl gerechtfertigt wie ungerechtfertigt sein. Die Kraft der Liebe drängt zur Erkenntnis und zum Handeln, und es kann mangelnder Liebesmut und bequemes Ausruhen auf der Sicherheit des Glaubenssystems sein, wenn Christen sich in den Fragen der Gesellschaft, hinter deren Sachcharakter oder institutionellem politischen Charakter sich konkrete lebende und leidende Menschen verbergen, nicht entscheiden. Die «Entscheidung» kann aber auch eine Versuchung sein, selber eine Bequemlichkeit, eine Flucht nach vorwärts, dort wo eine Entscheidung nicht oder noch nicht verantwortbar ist, wo entweder die Struktur des Gläubigen oder die Struktur der Fragestellung die Entscheidung nicht erlaubt: es gibt die *religiöse Nicht-Intervention*. Intervention wie Nicht-Intervention wollen verantwortet werden, und diese Fragen sind oft nicht so einfach, wie sie gerade dem Anwalt der Entscheidung, der von der Sache her eine Tendenz zur Vereinfachung in sich ausbilden wird, leicht erscheinen können, auch wenn er die Nicht-Intervention grundsätzlich anerkennt und nicht zu den «Aktivisten» und «Praktizisten» gehört, denen man nicht schnell genug und nicht eindeutig genug handeln kann. Ohne jetzt auf diese Möglichkeiten, wie sie sich in der Sache selbst, in der gesellschaftlichen Fragestellung darstellen, einzugehen, wollen wir hier also die Gruppe derer, die ausserhalb des gesellschaftlichen Seins im echten Glauben einen Standort haben, auf dem sie stehen können, aus der Betrachtung ausschalten. Wir sprechen also nur von denen, deren «Glaube», deren Eingebung der Existenz aus Zeit

und Gesellschaft selber gewonnen war, deren Gott die Hypostase einer gesellschaftlich-zeitlichen Gegebenheit war: von den Liberalen. Genauer: von den Erben des liberalen Glaubens, deren Gott nun gestorben ist, deren Eingebung versagt. Sie hatten ihre Idee aus der kraftvollen Wirklichkeit der aufsteigenden Welt ihrer Schicht geschöpft, – nun ist die Wirklichkeit dieser Schicht, die bürgerliche Wirklichkeit so zu Ende gelebt, so kompromittiert, dass sie sich schlechterdings nicht mehr hypostasieren lässt. Was geschieht mit diesen heimatlos gewordenen Intellektuellen? Wo stehen sie und was tun sie?

### Die gute Gesellschaft

Es sind nicht nur Syndizi von Arbeitgeberverbänden, die trotzdem beim Bürgertum stehen bleiben. Es gibt Akademiker jeder Fakultät, denen die bürgerliche «Gesellschaft», die «gute Gesellschaft» immer noch so viel bedeutet, dass sie ihr auch ideologisch und politisch die Treue halten. Es gibt auch ausserhalb des Syndicus-Verhältnisses Abhängigkeiten von Gewicht und Bedeutung. Aber im Allgemeinen ist diese Bindung des Intellektuellen an die bürgerliche Schicht und ihre politischen Organe doch nur noch auf ziemlich subalternem Niveau vorstellbar. Und in dieser Subalternität fällt sie eigentlich aus unserer Erörterung heraus: denn wenn diese Intellektuellen in der guten Gesellschaft schon eine «*gesellschaftliche*» Heimat haben, so können sie das nur dadurch, dass sie auf eine «*geistige*» Heimat, eine Sinngebung ihrer Existenz verzichten, in der Form der kümmerlichsten Subalternität.

### Die alten Liberalen

Es ist vielleicht nötig zu sagen, dass man diese Liberalen – deren politischer Ort heute natürlich viel mehr die bürgerliche Rechte

als die kleine bürgerliche Linke ist – nicht mit den wenigen alten echten Liberalen verwechseln sollte, die, in einer anderen Zeit geprägt und aus ihrer Fülle existierend, nun aus dieser zur «Persönlichkeit» gewordenen Fülle trotz der anders gewordenen Welt ihren Lebensabend zu Ende leben. Wenn sie so weise sind einzusehen, dass von ihrer Existenzform her keine Welt mehr zu gestalten ist, andererseits aber ihre festgeprägte in langer Lebenserfahrung reif gewordene Existenz nicht mehr neuer Wandlung offenhalten können, so muss man sie mit Respekt ihre Wege gehen lassen: es gibt ehrwürdige Gestalten unter ihnen, Adel des Liberalismus. Es trennt sie eine Welt von denen, die auch heute noch in der bürgerlichen Welt die Plattform für ein Leben zu haben glauben.

## Die Sozialisten

Eine andere grosse Gruppe ist die Gruppe derer, die vom Bürgertum zum Sozialismus übergegangen sind. Sie glauben, dass in der aufsteigenden Welt des proletarischen Sozialismus der Ort gefunden ist, wo die konkrete Aktion und Bewegung einer Klasse mit der Zukunft der Gesellschaft und dem geschichtlichen Sinn der geschichtlichen Stunde zusammenfällt und sie ziehen die Konsequenzen. Sie befinden sich in der Lage der Adligen der französischen Revolution, die aus der gleichen Erkenntnis oder aus dem gleichen Gefühl die verlorene Position der Aristokratie verliessen und sich zum Bürgertum bekannten. Im Bekenntnis zur sozialistischen Sache haben sie gutes Gewissen, Kraft, gesellschaftlichen Sinn ihrer Existenz neugewonnen. Wir werden ihnen sagen, dass eine *letzte* Sinnggebung des Lebens nicht von einer Position innerhalb der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Stunde gewonnen werden kann, aber wir werden auch zugeben,

dass die sozialistische Sinnggebung (ähnlich wie die bürgerliche im 18. und frühen 19. Jahrhundert) ein Leben faktisch und würdig tragen kann, zumal wenn wir uns selber sagen müssen, dass eine Position von der gesellschaftlichen und geschichtlichen Echtheit des Sozialismus sehr viel mehr geeignet ist, unausgesprochene metaphysische Elemente in sich aufzunehmen, wirkliche Glaubenselemente in verschleierter, scheinbar säkularisierter Form in sich zu bergen, als die unecht gewordenen versteiften bürgerlichen Positionen. Freilich setzt der Übergang vom Liberalismus zum wirklichen Sozialismus den Mut zum Selbsteinsatz und zur Wandlung, zu einer Art von wirklicher Bekehrung zur Preisgabe der bürgerlichen liberalen Existenzform voraus, auch zu dem Risiko unübersehbarer Konsequenzen.

### Die Unentschiedenen und die «Entschieden»

Nachdem wir nun die Gläubigen, die subalternen Liberalen und die zum Sozialismus Bekehrten aus der Schar der Intellektuellen ausgesondert haben, bleibt die breite Schicht jener Liberalen übrig, die Wertgefühl genug haben, um zu sehen, dass es sowohl mit der grosskapitalistischen Schicht wie mit dem Bürgertum vorbei ist, dass man sich dort nicht mehr ansässig machen kann, dass die dort gewonnenen liberalen Ideale, von denen ein Jahrhundert gelebt hatte, nicht mehr glaubwürdig und nicht mehr gebrauchsfähig sind, – Liberale, die also in der Krise existieren. Wo stehen diese heute? Viele werden faktisch im Bewusstsein der Krise leben, unsicher, abwartend, suchend, ohne Option und ohne Entscheidung. Sie sind nur im Privaten auffindbar, da sich aus ihrer Unsicherheit heraus keine politische Position gewinnen lässt. Ein grosser Teil von ihnen aber, und ein ständig wachsender Teil, glaubt die *neue Heimat*, das *neue Ziel*, den *neuen Sinn* gefunden zu haben: im *Faschismus*. Mit einer Vehemenz und einer An-

griffskraft, denen man anmerkt, dass hier so etwas wie eine Lösung, eine Befreiung aus quälender Unsicherheit vor sich gegangen ist, stellt sich eine breite Schicht der liberalen Intelligenz der faschistischen Ideologie und zur Zeit der nationalsozialistischen Bewegung, die als die Verwirklichung des faschistischen Begriffs der Aktion und der Bewegung ansehen wird, zur Verfügung. Davon wird weiter kritisch zu reden sein.

## IV

### Die intellektuellen Faschisten

So sieht das Reservoir der für den Faschismus reifen liberalen Intellektuellen also etwa aus: Die liberale Existenzgrundlage ist brüchig geworden; es besteht eine Front einmal gegen den *Kapitalismus*, der nicht mehr mit gutem intellektuellen Gewissen vertreten werden kann und der ja auch allmählich das «Reich des Geistes» und die Freiheit seiner Bewohner faktisch bedroht, es besteht weiter eine Front gegen die *Bourgeoisie* überhaupt, die nur noch als Besitzerin von «Kulturgütern», nicht aber mehr als lebendige kulturtragende Schicht anerkannt werden kann und selbst bereits ein so schlechtes Gewissen hat, wie es viele Aristokraten vor der französischen Revolution hatten; es besteht schliesslich eine Front gegen die *Proletarität*, die als Bedrohung der eigenen gewohnten Lebensform und der damit verknüpften Geltung erscheint, und gegen den Sozialismus, der den Faschismus mehr oder weniger das Bekenntnis zur Proletarität zumutet.

### Der akademische Faschismus

In dieser Situation hat immer schon eine beträchtliche Zahl von Intellektuellen mit dem Faschismus kokettiert und eine kleinere



Gruppe ihn schon energisch vertreten. Dieser Faschismus ist aber mehr oder weniger eine akademische Sache, die Bemühung kleiner Kreise, gewisser Universitätsseminare, darüber hinaus eine literarische Angelegenheit geblieben.

In diesem Faschismus hatte diese Gruppe vor allem eine *neue Basis der Kritik* gefunden. Die Kritik an der Zeit, die sonst nur entweder rein individuell, oder von einem überzeitlichen Standpunkt aus (religiös), oder vom Standort der proletarisch-sozialistischen Bewegung ausgeübt werden konnte, war hier von einer innerzeitlichen politischen Basis aus durchzuführen. In dieser Richtung hat dieser intellektuelle Faschismus Ausgezeichnetes geleistet. Seine Kritik an der bürgerlichen Demokratie, am liberalen Staat ist oft um vieles schärfer und präziser gewesen, als die der sozialistischen Intellektuellen es zur gleichen Zeit gewesen ist. Der allgemeine Hintergrund dieser politischen Kritik, teils als «Lebensgefühl», teils als philosophische Überzeugung, war die lebensphilosophische Strömung, die als radikaler Gegenschlag gegen Rationalismus und Technizismus (den homo sapiens und den homo faber) in mannigfaltigen Ausprägungen von Nietzsche bis Klages\* das letzte halbe Jahrhundert kontrapunktiert. Nicht ihre einfache politische Konsequenz, aber eine ihrer möglichen politischen Konsequenzen ist die faschistische Lehre, sowohl in vielen ihrer kritischen Elemente (gegen Ordo und Ausgleich, Pazifismus, Demokratie, Parlamentarismus, «öffentliche Meinung», «Wahrheit durch Mehrheit», Kapitalismus) wie auch in manchen Positionen (Elite, Wille zur Macht, Freund-Feind-Verhältnis, usw.). Auf der Grundlage dieses Lebensgefühls hat der theoretische Faschismus Methoden und Erkenntnisse der marxis-

\* Der Philosoph und Psychologe Ludwig Klages (1872-1956) gehörte zu den führenden Vertretern der Lebensphilosophie in Deutschland.

tischen Kapitalismuskritik und Soziologie und die nationalistisch-imperialistische Erbschaft der letzten Vergangenheit zu einem geschlossenen politischen System verarbeitet. (Man vergleiche hier die französische Parallele dieses Vorgangs in der Action Française, wie sie Gurian in seinem neuen Buche darstellt. \*)

### Begegnung aus dem Nationalsozialismus

Dieser theoretische Faschismus hat in Deutschland – aus sich heraus keine politische Bedeutung gewinnen können. Die Theorie von Macht und Elite hatte keine machtfähige Elite zur Verfügung. Was etwa an realen Ansatzpunkten in Frage gekommen wäre, Jugendbewegung, Jungdeutsche, Stahlhelm\*\*, hat sich allmählich anders entwickelt oder ist nie zu wirklicher politischer Macht gekommen. Der theoretische Faschismus konnte sich praktisch nur auf eine ausländische Erscheinung berufen: die Bewegung in Italien, von der er den Namen und stärkste Anregungen erhalten hat. Mussolini und sein Faschismus sind allerdings sehr wirklich, und in der Tat ist seine Ideologie im Wesentlichen die der deutschen Faschisten – man denke an Sorel\*\*\*, an Mussolinis Nietzsche-Verehrung, an seine sozialistische Herkunft, an seinen Nationalismus und Imperialismus. In Deutschland aber gab es diese Identität von Theorie und Praxis nicht – bis der rapid anschwellende *Nationalsozialismus* sich für eine faschistische Deutung empfahl. Dieser Aufschwung des Nationalsozialismus musste für die Faschisten das grosse Ereignis sein, die Bestätigung und Erfüllung. Die Ideologie fand ihre Wirklichkeit – eine

\* Waldemar Gurian: Der integrale Nationalismus in Frankreich. Charles Maurras und die Action Française. Frankfurt/M. 1931.

\*\* Zum «Jungdeutschen Orden» und zum «Stahlhelm» vgl. die Anmerkungen S. 54 und 51.

\*\*\* Vgl. Anmerkung S. 172.

Bewegung von 6 Millionen Wählern konnte für sie in Anspruch genommen werden. Nun konnte die neue geistige Heimat auch zu einer politischen Heimat werden, die neue geistige Sicherheit zu einer politischen Sicherung, der Sinn erscheint erfüllt, die Zukunft nahe. Nun kann der grosse Versuch, neue Zukunft jenseits der Bourgeois und abseits der Proletarität zu gewinnen und doch den alten Eliteanspruch, den nationalistisch-imperialistischen Stolz, Bildung und Besitz zu retten – nun kann und wird dieser Versuch gelingen. So scheint es denn auch, als ob mit dem 14. September ein neuer Ton in die faschistische Argumentation eingezogen wäre: die *Freyersche* Schrift ist ein Beleg dafür. Der Ton ist aggressiver, mutiger – aber auch unbedenklicher, massiver geworden. Die Theorie muss auch im Einzelnen auf die Praxis zugeschnitten werden, das schadet ihrer Präzision – und sie muss wirken, das schadet ihrer Ehrlichkeit.

### Von der anderen Seite aus

Für den intellektuellen Faschisten, der den Sprung in den (in mancher Beziehung unbequemen) Nationalsozialismus getan hat, ist der Faschismus nunmehr die theoretische Möglichkeit, Nationalsozialist sein zu dürfen, wie ihm umgekehrt der Nationalsozialismus als die Realisierung der faschistischen Theorie erscheint. Aber wie er den Nationalsozialismus braucht, so braucht auch der Nationalsozialismus ihn. Er braucht eine intellektuelle Elite, Wissenschaftler und eine Wissenschaft, richtige Universitätswissenschaft und eine hieb- und stichfeste Theorie. Auch wenn die politischen Führer der Bewegung noch nicht gemerkt haben sollten, dass Rosenbergs und Günthers\* und dieser Leute Wissenschaft

\* Alfred Rosenberg (1893-1946) und Hans F.K. Günther (1891-1968) waren die führenden Rassenideologen der Nationalsozialisten.

weder als Wissenschaft gelten kann, noch auch den hohen Grad von besonderer Eignung als Ideologie der nationalsozialistischen Bewegung hat, den sie als offizielle Lehre der Bewegung von Rechts wegen haben müsste, würden sie jede Ergänzung wohlwollend begrüßen, aber es steht zu vermuten, dass sie zum mindesten das zweite gemerkt haben: dass die Wissenschaft von Rasse und Deutschkirche doch reichlich am Rande der nationalsozialistischen Realität steht. Der Nationalsozialismus braucht nämlich nicht nur in einem allgemeinen Sinne wissenschaftliche Elite, sondern er braucht gerade und speziell *die faschistische Theorie*, und zwar nicht nur in den Punkten, wo er und sie von vornherein Berührungsflächen haben, Nationalismus, Antidemokratismus, Machtkult, sondern er braucht gerade ihr faschistisches Herzstück.

Anlässlich einer bestimmten Stelle bei Freyer wurde schon einmal ausgeführt: Der Nationalsozialismus ist in seinen realsten Elementen eine Bewegung durchaus innerhalb der *Gesellschaft*, die Unruhe neuproletarisierter Schichten. Aber diese Bewegung hat ein *falsches Bewusstsein ihrer selbst*. Nimmt man sie als die gesellschaftliche Bewegung, die sie im Grunde ist, und deutet man sie also mit gesellschaftlichen Kategorien, so deutet man sie zwar *richtig* – und mit keinen anderen Kategorien ist so tief an ihre Realität und so genau an ihre Phänomene heranzukommen, aber man *gefährdet* sie damit auch: man entdeckt ihr falsches Bewusstsein, man entlarvt ihre Ideologien, man macht sichtbar, dass innerhalb der Bewegung starke positive Interessengegensätze da sind (zwischen Angestellten und Kleinbürgern, zwischen Arbeitern und Potsdamer Geheimrätinnen) – und man radikalisiert damit wichtige Teile der Bewegung nach links. Deshalb *darf* diese Deutung mit gesellschaftlichen Kategorien nicht geschehen – deshalb müssen diese Kategorien selber falsch sein, ja deshalb müssen diese Kategorien verfemt und geächtet werden («Marxismus»). Deshalb muss ihr positives Gegenteil an ihre Stelle treten, nicht nur inhaltliche Gegenteile (etwa die Deutung von der Rasse

her), sondern ihr radikalstes Gegenteil: die Ablehnung der inhaltlichen Sinngebung der Bewegung überhaupt und die Proklamierung der Bewegung als solcher. Jeder Sinngebungsversuch der nationalsozialistischen Bewegung gefährdet ihre Einheit (und umso mehr, je näher er der Wahrheit kommt) – deshalb muss der Sinngebungsversuch *als solcher* ausgeschlossen werden, indem der *Bewegung* als solcher «Sinn» zugesprochen wird, im Kult der reinen Aktion, im Kult der reinen Bewegung.

Wir werden gerade wegen dieser Zusammenhänge damit rechnen müssen, dass sich allmählich eine feste Verbindung zwischen Faschismus als Theorie und der nationalsozialistischen Bewegung vollzieht, und dass neben der populären Theorie, die von den bisherigen Literaten der Partei vertreten wurde, die sehr viel gewichtigere und für die Intellektuellen sehr viel gefährlichere, weil präzisere und tiefere faschistische Theorie zur esoterischen Ideologie der Bewegung werden wird. Die Freyersche Broschüre ist auf diese Verbindung hin angelegt – ob mehr oder weniger bewusst, das ist eine unwichtige Frage –, und gerade darin liegt ihre ausserordentliche symptomatische Bedeutung: sie wird manchem Intellektuellen Mut machen, gegen die Hemmungen seines besseren Menschen dem Triebe seines Herzens zu folgen und sich der nationalsozialistischen Bewegung in die Arme zu werfen.

16./19./25./28. Juni 1931

## Die fünf Gesichter des Faschismus und die antifaschistische Front

### Antihitlerisch ist nicht antifaschistisch

Die gegenwärtige politische Front gegen den Nationalsozialismus erscheint als einigermaßen zuverlässig. Es ist die Front weniger der «Ordnung» gegen die «Unordnung» als vielmehr die Front der politischen «Vernunft» gegen die Unvernunft. Sowohl die Anhänger des bestehenden Systems als auch die Besonnenen unter denen, die es zu ändern willens sind, wehren sich gegen den hitlerischen Tumult, die ziellose Gewaltanmassung und den rüden Ton der Nationalsozialisten.

Falsch aber ist es, diese Front die «antifaschistische» zu nennen. Wer das tut, unterschätzt den Faschismus. Dies schillernde Wort deckt eine Reihe von verschiedenen Tendenzen verschiedener Herkunft, von denen die nationalsozialistische nur eine, und vielleicht nicht einmal die mächtigste ist. Die eigentliche faschistische Gefahr liegt darin, dass es in einer günstigen Stunde einem starken Führer gelingen kann, die verschiedenen Tendenzen so in eine einheitliche Aktion zusammenzufassen, dass sie unwiderstehlich werden und für einige, vielleicht für lange Zeit die Herrschaft erlangen, so wie Lenin in günstiger Stunde dadurch unwiderstehlich wurde, dass er die Konstellation der Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes, des Landhungers der Bauern und der sozialen Revolution der Arbeiter und Intellektuellen in *einer* Aktion zusammenfasste. Es gibt heute in ähnlicher Weise in Europa als Möglichkeit eine faschistische Konstellation, in der die verschiedenartigen Faschismen, die jeder für sich ohnmächtig wären, in einer einheitlichen faschistischen Aktion mächtig werden können. Die antifaschistische Front ist erst zu-

verlässig, wenn sie die verschiedenen Gesichter des Faschismus, d.h. dieser möglichen Konstellation, richtig erkennt und bewertet und den Feind in *allen* diesen Fronten angreift.

## Die fünf Gesichter des Faschismus

Das erste Gesicht des Faschismus ist die *Militärdiktatur*. In Spanien, in Polen, in Jugoslawien haben wir diese Art Faschismus kennengelernt (in Frankreich hat seiner Zeit Boulanger einen ähnlichen Versuch gemacht\*). In der Endzeit des nationalen Militarismus, da das Ansehen und der Einfluss des Militärs von den zivilen Mächten der Wirtschaft, ihrer Organisationen, des Parlaments bedroht erscheint und die Krone, das alte militärfreundliche Herrschaftssystem, den neuen Mächten gegenüber nicht mehr unbedingt stark und zuverlässig erscheint, machen die Generäle den Versuch, die reale Macht, die in der Verfügungsgewalt über Waffen und Soldaten und in der fachmännischen Beherrschung dieser Apparatur der Gewalt besteht, politisch zu verankern und für die Dauer zu sichern. In Mitteleuropa ist diese Tendenz für sich allein wohl aussichtslos, aber in Gemeinschaft mit andern spielt sie auch bei uns eine grosse Rolle. Die *Reichswehr* ist sich

\* In Spanien hatte 1923 Generalkapitän Miguel Primo de Rivera (1870-1930) nach einem Putsch eine Militärdiktatur errichtet; Anfang 1930 musste er aufgrund der breiten Opposition gegen sein Regime zurücktreten. Nachdem Jugoslawien wegen des Nationalitätenkonflikts zwischen Serben und Kroaten auseinanderzufallen drohte, stellte sich König Alexander (1888-1934) Anfang 1929 an die Spitze eines autoritären Regimes, das sich vor allem auf das Heer stützte. Nach einem Staatsstreich im Mai 1926 errichtete Marschall Jozef Pilsudski (1867-1935) in Polen ein autoritäres Regierungssystem, in dem er selbst das Amt des Kriegsministers ausübte. General Georges Boulanger (1837-1891) hatte in den Jahren 1888 und 1889, nachdem er als französischer Kriegsminister abgesetzt und aus der Armee entlassen worden war, eine nationalistische Oppositionsgruppe um sich gesammelt und auf eine Diktatur hingearbeitet. Einer Anklage wegen Hochverrats hatte er sich durch Flucht nach Brüssel entzogen.

ihrer Macht bewusst. Wenn sie einmal spricht, spürt man das, aber man spürt es auch, wenn sie schweigt. Seeckt\* hat mehr als einmal versucht, der Armee einen Sinn für sich auszusprechen, sie nicht als Werkzeug der zivilen politischen Gewalt, sondern als unmittelbares Organ der Nation, ja als Kernstück des Staates selbst zu definieren. («Das Heer ist der Staat.») Hier ist eine reale und sehr mächtige Tendenz zum Faschismus, die von sehr überzeugten, willensstarken, disziplinierten und gut organisierten Menschen getragen wird. Die Reichswehr ist «legal», gewiss, für einen Hundsfott wird erklärt, wer das bezweifelt. Das bedeutet bei ruhigen und eindeutigen Verhältnissen (d.h. wenn es nicht darauf ankommt) immerhin etwas: das bedeutet aber dann, *wenn* es darauf ankommt, sehr wenig: nämlich in chaotischen ungeklärten Verhältnissen, in denen der Ort der Legalität nicht unbedingt eindeutig ist, sondern man zwischen zwei oder mehr Instanzen optieren muss, die sich alle mit mehr oder weniger Recht für «legal» erklären. In einer solchen Situation wird die Reichswehr kraft ihres eigenen Schwergewichts, ihren Interessen und Herzensneigungen und kraft der Option ihrer Führer auf die Seite der «legalen» *Faschisten* fallen. Die Militärs *warten* darauf.

Das zweite Gesicht des Faschismus ist uns in der ersten Periode des italienischen Faschismus begegnet und hat dort seine Namenstaufe erhalten. «Aufbruch der jungen Mannschaft», «Herrschaft der Elite», «Bündischer Staat» sind einige seiner vielen Rollen. Dieser Faschismus ist eine *Bewegung von unten*, nicht wie der Militärfaschismus eine Aktion von oben. Er erscheint als Gegenbewegung gegen die Macht der Organisation, gegen den Mechanismus, gegen die Herrschaft der Wirtschaft und des ökonomischen Denkens, gegen andere zivilisatorische Entartungen, gespeist aus derselben Quelle, aus der die Lebensphilosophie ge-

\* Zu Seeckt vgl. Anmerkung S. 175.



flossen ist, verwandt den Kulturen des Blutes, der Zucht, der Haltung. Wo sich diese Bewegung, der wir als deutsche Jugendbewegung so viel verdanken, politisiert, und zwar in der Form, dass sie sich selber als politischen letzten Wert setzt, aus sich selber die Gesetze der politischen Herrschaft entwickelt, für sich selber den Anspruch der politischen Herrschaft und der Staatsgestaltung erhebt, da entsteht dieser Faschismus. Wir kennen ihn in manchen Spielarten in Deutschland, mit mancherlei Ideologien, von der Frontkämpferideologie des Ministers Treviranus bis zum Jungdeutschen Orden\*, und wir wissen, wie verwandt uns selber diese Art zu denken und zu fühlen erscheint. Hier ist uns persönlich der Faschismus am gefährlichsten, weil er uns hier am nächsten steht.

Gerade dieser sehr ideologische Faschismus ist, wenn er zur Verwirklichung kommen will, auf starke Bundesgenossen angewiesen. Er existiert nicht in der Welt der Dichter und Denker, sondern in der für den Politiker massgebenden Welt, der Welt der wirtschaftenden Menschen, und nur im Bündnis mit Kräften aus dieser Welt hat er eine Chance. In grossen Teilen der Angestelltenschaft, vor allem im DHV\*\*, ist eines dieser Bündnisse vollzogen. Hier wird der Faschismus zu einer *Bewegung von Wirtschaftsabhängigen*, eine Parallelbewegung zur sozialistischen Bewegung. In tumultuöserer Form erkennen wir im *Nationalsozialismus* etwas Ähnliches: die soziale Bewegung von neuproletarisierten Schichten. Die Not der Bauernschaft, die Arbeitslosigkeit und Unsicherheit der kleinen Angestellten, die Enteignung der alten Mittelschichten, die Not des Handwerks und Kleinge-

\* Zu Teviranus vgl. die Anmerkungen S. 58 und S. 75; zum Jungdeutschen Orden vgl. Anmerkung S. 54.

\*\* Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, die grösste Angestelltengewerkschaft innerhalb des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes, bemühte sich als erster Arbeitnehmerverband um eine Annäherung zwischen Zentrum und Nationalsozialisten mit dem Ziel einer schwarzbraunen Koalition.

werbes – diese vielfältige soziale Unruhe ergreift das Banner der faschistischen Revolution, wie das Proletariat in der Zeit vor dem wissenschaftlichen Sozialismus das Banner des utopischen Sozialismus ergriffen hatte, das Banner einer Revolution, die aus der neuen Not in die besseren alten Zustände zurück will, einer Revolution, die die Existenzform des Bürgers zu retten versucht. Die utopische Revolution des Mittelstandes, des Bauerntums und der neuen Wirtschaftsabhängigen ist das dritte Gesicht des Faschismus. Dieser Faschismus ist gefährlich durch den sozialen Zündstoff, den er enthält, echte soziale Unruhe, die in Aktion eingesetzt werden will.

Das Beispiel des leninschen Erfolges deutete schon an, dass auch entgegengesetzte Interessen in günstiger Konstellation und in starker Führung in eine einheitliche Aktion zusammengefasst werden können. Was den Wirtschaftsabhängigen als die Utopie ihrer Freiheit erscheint, kommt einer anderen Gruppe sehr gelegen: den Wirtschaftsherrschern, die mit dem Plankapitalismus zugleich ihre Herrschaft als *Wirtschaftsfeudalismus* befestigen möchten und gegen Marxismus und gegen Parlamentarismus an einer direkteren Ausübung der Macht interessiert sind, an einem Bündnis der militärischen Macht mit ihrer Wirtschaftsmacht, und damit zugleich an einer Ideologie der Wirtschaftsabhängigen, die für die Proklamierung und Aufrechterhaltung dieser Herrschaft kein Hindernis, womöglich sogar eine Förderung ist. Nachdem allmählich die Mehrheit des Volkes von der Kapitalwirtschaft unmittelbar oder mittelbar abhängig geworden ist, hat der Kapitalismus kein Interesse mehr an der Demokratie, die ihm den Aufstieg ermöglichte, sondern muss zu einer direkteren Herrschaftsform greifen. Daher ist der *Wirtschaftsfeudalismus* das vierte Gesicht des Faschismus.

Nehmen wir nun als fünfte und sehr gemischte Gruppe die Gruppe derer, die ihre verschiedenartigen meist reaktionären, oft aber an sich guten kulturellen Ziele eher in Verbindung mit einem starken autoritären System faschistischen Charakters als in der

Demokratie durchsetzen zu können und zu dürfen glauben, Kulturpolitiker von der radikalen Rechten bis weit in den Katholizismus hinein, dann ist die Front derer wohl einigermaßen aufgezählt, die am Faschismus ein stärkeres Interesse haben als am Gegenteil.

## Das Gegenbild

Heute gibt sich vieles als antifaschistisch aus, was in Wirklichkeit einer dieser faschistischen Positionen bedenklich nahesteht. Die antifaschistische Front wird einer doppelten Überprüfung standhalten müssen, ob sie jeder dieser Positionen gegenüber zuverlässig und klar ist und ob sie selber in sich, in ihren einzelnen Gliedern und in ihrer Gesamtkonstellation, eine Wirkkraft hat, die den faschistischen Tendenzen nicht nur die Waage halten kann, sondern vielmehr weit darüber hinaus weltgestaltende Kraft hat. Hat sie das nicht, dann wird die politische Welt für lange Zeit den mächtigen Tendenzen des Faschismus anheimfallen. Die lediglich erhaltenden Ideale der Ordnung und der Ruhe und der Unge-störtheit, wie sie heute den Nationalsozialisten gegenüber proklamiert werden, haben diese Kraft zweifellos nicht.

Die gegenwärtige «antifaschistische» Konstellation Zentrum – Sozialdemokratie, so zuverlässig sie zur Zeit gegen die nationalsozialistischen Störungsversuche arbeitet, ist selber von faschistischen Gefahrenpunkten durchsetzt. Aber sie ist der gegebene und der einzig denkbare *Ansatzpunkt der antifaschistischen Front*. Freilich muss innerhalb dieser Konstellation der Kampf der faschistischen und der antifaschistischen Tendenzen durchgeführt, müssen die antifaschistischen Kräfte ihrer selbst bewusst und positiv weiterentwickelt, müssen alle antifaschistischen Tendenzen auch ausserhalb dieser Konstellation entwickelt und herangeholt werden. Das Bündnis des politisch-sozialen Zielbildes

des Sozialismus, das allein als positives Gegenbild dem Zielbild des Faschismus die Waage halten kann, wenn es in seiner reinen Form und von manchen Schlacken der Parteientwicklung gesäubert verkündet wird, mit den Glaubenskräften des Christentums kann allein das faschistische Gespenst bannen. Der Katholizismus vor allem, als die einzige Stelle, an der die religiösen Kräfte des Christentums im Grossen politisch aktiviert werden können, ist dazu berufen. Freilich bedarf es dazu der Besinnung auf die wirklichen Glaubenskräfte. So sehr diese letzten Kräfte gegen den Faschismus sprechen, so sehr ist der Kulturkatholizismus in seinen Oberflächenschichten für gewisse faschistische Parolen empfänglich: «Autorität», «Ordnung» sind hüben und drüben beliebt, und von der wirtschaftspolitischen Ideologie der Faschisten (Planwirtschaft unter Aufrechterhaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und starker Kontrolle des «ständisch» aufgebauten Staates) ist es nicht allzu weit zu ähnlichen katholischen Vorstellungen. Aber der religiöse Katholizismus lebt nicht aus den Entartungen der menschlichen Freiheit gegenüber entwickelten Gegen-Setzungen (und aus denen fast die ganze Kulturpolitik der Katholiken heute besteht), sondern aus den grossen Positionen selbst, aus der Liebe und der Freiheit und aus der Verantwortung. Dieser religiöse Katholizismus weiss, dass er, wenn schon die Zeit der Wahl und Entscheidung herannaht, mehr an die Seite des sozialistischen Bildes gehört als an die Seite der Faschisten.

Diese Front richtet sich gegen die Heeresideologie des Herrn Seeckt und seiner Anhänger in und ausserhalb der Reichswehr. Sie hat erkannt, dass nicht mehr die Stärke der Männer und Waffen gegen die Bedrohung von aussen das Schicksal der Gemeinschaft bestimmt und also im Kern des Staates steht, sondern dass Bedrohung und Heil unserer politischen Existenz heute in der Wirtschaft zu suchen ist: sodass das wirtschaftende Volk, wenn es sein Schicksal in der Wirtschaft erkennt und annimmt und ver-

antwortet, zum Rückgrat und Träger der staatlichen Gemeinschaft geworden ist. Der neue Staat sollte also aufgebaut werden vom *Wirtschaftsvolk* her, das sich selber als solches sinnvoll demokratisch organisiert hat.

Diese Front richtet sich gegen den hündischen Faschismus, weil sie es als ungehorsam erkennt, von der eigenen Gegebenheit aus, vom Blute her, vom Erlebnis der Kameradschaft oder einer anderen «Haltung» her Geschichte machen zu wollen. Sie bekennt, dass sie das Gesetz ihres Handelns im Gehorsam von außen empfangen, ob sie sich nun dem «Gesetz der Geschichte» selbst als letzter absoluter Gegebenheit beugt oder wie wir gläubige Christen Gottes Willen in der Geschichte zu erkennen suchen. Beide Gruppen sehen, dass dieser Gehorsam sie ohne Rücksicht auf ihre eigene «Lebensform» an die Wirtschaftsfront ruft, dass nur dort die neue Struktur der politischen Ordnung gewonnen werden kann.

Diese Front stellt den Wirtschaftsfeudalen, die ohne Rücksicht auf die in der Wirtschaft verwirklichte gesellschaftliche Ordnung der Menschen unter dem Vorwand des Sachverständigen die Diktatur der kapitalistischen Schicht aufrichten wollen, die Wirtschaftsdemokratie entgegen, das Ziel eines die Wirtschaft tragenden und verantwortenden Arbeitsvolkes. Der sozialistische Protest eint sich mit dem christlichen Protest, wenn es darum geht, die Opferung der Menschen unter das Gesetz der Sache und unter die Herrschaft der Fachleute zu verhindern.

Diese Front wird gegenüber der utopisch-revolutionären Bewegung des Nationalsozialismus die Aufgabe haben, die Teile dieser Bewegung, die im gesellschaftlichen Aufbau eine positive Funktion haben, vor allem die Angestellten, die Bauern, die Handwerker, aus ihrer utopischen Revolution in eine echte revolutionäre, d.h. auf den realen und verantworteten Umbau der gesellschaftlichen Ordnung gerichtete Bewegung zu befreien und damit ihre Unruhe, die sich heute so zerstörerisch auszuwirken

und zudem dem faschistischen Trug anheimzufallen droht, für die grosse geschichtliche Leistung, die uns aufgegeben ist, fruchtbar zu machen.

### **Die akute Gefahr**

Die Bildung dieser Front muss geschehen, und sie muss so rasch und so energisch geschehen wie möglich. Seit einigen Monaten ist das wahrscheinliche Gelingen des russischen Fünfjahresplanes allgemein anerkannt, eine Welt rüstet zu einer umfassenden geistig-wirtschaftlich-politischen (und hinter den Kulissen auch sicher militärischen) Gegenfront, die im faschistischen Zeichen stehen wird. In dieser Front stehen ehrenwerte Menschen und ehrenwerte, ja heilige Motive. Die Konstellation aber, in der sie wirksam zu werden versuchen, wird die faschistische sein: ist diese Sache einmal im Gang, dann werden ihre mächtigsten Tendenzen das Kommando haben: die faschistischen. Ihr Sieg wird den Sieg der kapitalistischen Unordnung und die tödliche Kompromittierung des europäischen Christentums bedeuten. *Diese* Front muss durchkreuzt werden, im Namen unserer geschichtlichen Aufgabe und im Namen des christlichen Glaubens!

April 1931

## Was ist «Faschismus»?

### Der Name

Die klugen Leute, die vor zwei Jahren nicht glauben wollten, dass eine «faschistische» Gefahr mehr als ein Hirngespinnst ängstlicher Phantasten sei, die seit einem halben Jahre endlich diese Gefahr begriffen haben und seitdem energisch gegen *den* Faschismus reden, – dieselben klugen Leute schütteln nun wieder ratlos den Kopf, seitdem zwischen Hitler und Papen ein Kampf ausgebrochen ist, dessen Tonart sich nicht im Geringsten von dem zwischen Hitlerfaschisten und Marxisten unterscheidet. Wer ist nun eigentlich Faschist, Papen oder Hitler? Hitler oder Schleicher? Welche vernünftige Bedeutung kann ein Wort überhaupt haben, wenn man sowohl Rosenbergs Attacken gegen die reaktionären Barone wie das Todesurteil über die fünf Beuthener Nationalsozialisten, wenn man beide Seiten des Briefwechsels zwischen Göring und Papen mit diesem Wort glaubt treffen zu können?\*

\* Nach den Wahlen am 31. Juli 1932, bei denen die Nationalsozialisten 37% der Wählerstimmen gewonnen hatten, entzog Hitler dem Präsidialkabinett von Papens die Unterstützung und forderte eine Neubildung der Regierung unter seiner Führung. Als Hindenburg diese Forderung kategorisch ablehnte, verschärfte die NSDAP ihre Angriffe auf die Regierung von Papen. Die nationalsozialistische Presse, so auch der von Alfred Rosenberg geleitete «Völkische Beobachter», polemisierte gegen das «Kabinett der Barone». Auch die Gewaltaktionen der SA nahmen wieder zu. Einen Tag, nachdem die Reichsregierung für politische Gewalttaten verschärfte Strafen bis hin zur Todesstrafe verfügt hatte, hatten uniformierte SA-Männer im oberschlesischen Potempa einen kommunistischen Arbeiter auf brutale Weise im Schlaf überfallen und zu Tode getrampelt. Die Täter wurden kurze Zeit später gefasst und von einem Sondergericht in Beuthen zum Tode verurteilt. Das Urteil veranlasste Hitler, nun erst recht zu «Kampf und wieder Kampf» gegen von Papen und seine «blutige Objektivität» aufzurufen.

Es hat schon einen Sinn, dennoch von *dem* Faschismus zu reden. Man muss nur allzu dürftige und simple Betrachtungsweisen durch eine gründlichere Betrachtung ersetzen, die den sehr verwickelten, aber darum nicht weniger wirklichen und wirksamen Tendenzen im gegenwärtigen Ringen um die Macht und um die machtvolle Gestaltung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gerecht werden kann. Dann wird man finden, dass «der» Faschismus zwar eine sehr vielseitige, sogar gegensatzreiche, ja selbst widerspruchsbehaftete, aber nichtsdestoweniger *einheitliche Wirklichkeit* ist, die mit Recht einen einheitlichen Namen tragen kann.

Der Gegenstand, den das Wort «Faschismus» treffen will, ist eine historische Erscheinung, ein Gebilde innerhalb der Geschichte der Gesellschaft; historische Erscheinungen aber lassen sich nicht *definieren*, sondern nur *beschreiben*; Faschismus ist also kein *Begriff*, sondern ein *Name*. Wir haben ihn aus Italien bezogen, wo er seit Jahren eine greifbare, jedem bekannte politische und gesellschaftliche Wirklichkeit bezeichnet, über die hier kein Wort verloren zu werden braucht. Wenden wir den Namen Faschismus auf deutsche Verhältnisse an, so tun wir das in Analogie zu den italienischen; diese Analogie darf man weder überspitzen – denn Deutschland ist nicht Italien-, noch darf man sie andererseits zu einem letzten ganz allgemeinen Begriff entleeren; wollte man sich damit begnügen, Faschismus als System der

Nach neuen Notverordnungen endete am 12. September im Reichstag ein Misstrauensvotum gegen von Papen, der auf ein autoritäres Präsidialregime ohne parlamentarische Kontrolle hinarbeitete, mit einer vernichtenden Niederlage für den Kanzler. Die Gültigkeit der Abstimmung blieb jedoch umstritten, da von Papen unmittelbar vor ihrem Beginn dem Reichstagspräsidenten Hermann Göring (1893-1946) die Order zur Auflösung des Reichstags übergeben hatte, dieser aber dennoch die Abstimmung hatte durchführen lassen. Auf diese provokative Aktion des Reichstagspräsidenten folgte ein Briefwechsel zwischen von Papen und Göring, wobei dieser den Vorwurf des Verfassungsbruchs zurückwies, bevor für den 6. November Neuwahlen angesetzt wurden.



«Diktatur» dem System der Demokratie gegenüberzustellen, – so hätte man zu *wenig* von jener Analogie erfasst. Es geht in dieser Analogie um etwas «Allgemeingültiges» im italienischen Faschismus – freilich nur in der Weise, wie historische Erscheinungen etwas Allgemeingültiges haben können; wir suchen darin eine ähnliche politische Grundstruktur zu erfassen, die auf einer ähnlichen gesellschaftlichen Grundsituation beruht, und wir setzen darin also voraus, dass es in Italien und Deutschland, dass es in *Europa wesentliche Momente einer gleichen gesellschaftlichen Situation* gibt. Innerhalb einer einheitlichen, wenn auch im Einzelnen sehr verschiedenen gesellschaftlichen Situation, für die sowohl vorkapitalistische Momente (Bürgertum, Bauerntum) wie der Kapitalismus, wie auch das gemeinsame europäische Schicksal des Weltkrieges bezeichnend sind, stellt der «Faschismus» im weiteren Sinne eine ganz *bestimmte, beschreibbare Tendenz* dar; der italienische Faschismus ist in diesem Sinne nur ein Sonderfall einer europäischen faschistischen Tendenz, – nämlich die erste Verwirklichung dieser Tendenz.

Sieht man es so an, so wird man die faschistische «*Theorie*», das Wert- und Weltbild des Faschismus, *nicht als primär* ansehen, primär sind vielmehr viel realere gesellschaftliche und politische Interessen und Kräfte. Aber diese Interessen und Kräfte sprechen sich in einer Theorie aus, deuten sich in ihr, begründen ihr Recht, ja ihren Anspruch auf alleinige Geltung und Herrschaft auf ihr, und benutzen sie als Waffe ihres Kampfes. Vor allem ist die faschistische Theorie ein Moment der *Einheit* der *verschiedenen* Kräfte, die zusammen den Faschismus ausmachen; die faschistische Wirklichkeit ist vielseitig und widerspruchsbehaftet, – aber je mehr man sich in die Höhen reiner Geistigkeit erhebt, umso leichter ist es, zu einer Geschlossenheit, Konsequenz und Einheitlichkeit zu kommen, aus der man die erstrebte Einheit der *Aktion rechtfertigen* kann. Verschiedene Kräfte, um der Verwirklichung willen zum Bündnis gezwungen, schaffen für dies Aktionsbünd-

nis die einheitliche Theorie. Insofern ist der Faschismus verhältnismässig eindeutig als Theorie zu erfassen und zu beschreiben; man muss sich aber hüten, über die Geschlossenheit dieser Theorie die Mannigfaltigkeit seiner gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit zu übersehen.

## Die Theorie

Dass sich der Faschismus mit Vorliebe als Bewegung *ohne* Theorie ausgibt, hindert nicht, ihn als Theorie zu betrachten. In dieser Behauptung der Theorielosigkeit, der reinen Praxis, spricht sich ein Mehrfaches aus. Zum ersten der Anspruch, nicht eine Bewegung unter mehreren zu sein, sondern die einzige, die die Wahrheit und Wirklichkeit, das «Leben» selber erfasst: dies unmittelbare «Haben» der Wahrheit macht die «Theorie» überflüssig, – nur die Gegner haben «Theorien», sie haben sie an Stelle der Wahrheit; dass jedes «Haben» der Wahrheit die Form der Theorie hat, dass die Wahrheit eben nur als Theorie beansprucht, nämlich getroffen oder verfehlt werden kann, – diese Einsicht wird im Faschismus von der besessenen Wucht, mit der er aufzutreten pflegt, überrannt. Zum zweiten spricht sich in der Theorie ein Wille zur *taktischen Labilität* aus; je einheitlicher eine Bewegung ist, umso mehr kann sie sich auf eine bestimmte Theorie festlegen, je mannigfaltiger, umso mehr muss sie eine Scheu vor der theoretischen Festlegung haben. Mussolini selbst hat schon früh aus dieser Not eine stolze Tugend gemacht. Zum dritten spricht sich in der Theoriefeindschaft selber ein Stück Theorie aus: der Faschismus behauptet das Recht und den Wert des strömenden, unreflektierten, und sich selbst verantwortlichen, sich unmittelbar in der Aktion äussernden «*Lebens*». Mit der extremen Lebensphilosophie, deren Politisierung er darstellt, erblickt er im irrationalen Strom des Lebens selbst den letzten und obersten Wert; er verkündet daher den Wert der *Bewegung um der Bewe-*

gung willen (unter Abweisung einer von ausserhalb gestellten Sinn- und Zielfrage), den Kampf um des Kampfes willen, den Krieg um des Krieges willen, die Aktion um der Aktion willen, – die Revolution um der Revolution willen, die «*permanente Revolution*» als das immer wieder das Selbstgesetzte zerstörende und in dieser Zerstörung schöpferische Leben selbst. Träger dieser schöpferischen Prozesse ist die «*Elite*», die ihr Recht auf Herrschaft aus ihrer eigenen überlegenen, nämlich stärkeren, also lebendigeren Existenz begründet, gipfeln im «*Führer*», der als der Mächtigste die oberste Manifestation des Lebens selbst ist.

Objektiver Träger dieser Prozesse ist als letzte unableitbare, irrationale Gegebenheit in der Geschichte die «*Nation*». Mit dem «*Staat*», in dem die Nation zur bewussten und handelnden Existenz kommt, tritt zu den bisher beschriebenen rein *dynamistischen* Begriffen eine Reihe von *statischen*. Der Staat ordnet autoritär die Gesellschaft nach dem Bedürfnis und im Namen der in der herrschenden Elite handelnden Nation, deren Werkzeug der Staatsapparat ist; ihre *Mächtigkeit* ist Quelle des *Rechts*. Der Staat ist «total»; die Wirtschaft (die sowohl von den dynamistischen wie von den statischen Gedanken aus nicht als wesentliche Wirklichkeit anerkannt werden kann) wird in den Staat eingebunden, «einkorporiert».

Es fällt sofort auf, dass diese Theorie die radikale und extreme *Gegentheorie* gegen das Welt- und Gesellschaftsbild des *Liberalismus* ist. In allen einzelnen Momenten richtet sie sich gegen Recht und Freiheit des Individuums, gegen die Ableitung des Staates und des Rechtes von der Vernunft, gegen das gleichfalls auf der Vernünftigkeit des Individuums und auf der Harmonie zwischen Einzelvernunft und Gesamtvernunft aufbauende Prinzip der Wahrheitsfindung und Wegfindung durch Diskussion und Majorität (Parlamentarismus).

Auch die geistesgeschichtliche *Herkunft* dieser Gedanken ist unschwer zu erkennen. Sie kommen einerseits aus der modernen, dem Irrationalen zugewandten *Lebensphilosophie*, die der Fa-

schismus noch über die Zwischenstufe des Syndikalismus\* hinaus politisiert; sie stammen weiter aus der Geschichts- und Staatstheorie des integralen *Nationalismus*, gewiss auch von der Action Française\*\* beeinflusst, im Wesentlichen aber aus einer Radikalisierung des bürgerlich-imperialistischen Nationalismus gewonnen; schliesslich lassen sich diese Gedanken bis zur *Romantik*, vor allem der politischen Romantik der *Restaurationsepoche* zurückverfolgen. Hinter dieser Geistesgeschichte steht ein Stück Gesellschaftsgeschichte der *bürgerlichen Intellektuellen*, – aber das ist ein zu umfangreiches Kapitel.

In der politischen Wirklichkeit tritt diese nur von intellektuellen Fachleuten rein und konsequent vertretene Theorie verständlicherweise immer nur *modifiziert* auf, – modifiziert nach der Stellung der Gruppe, die diese Gedanken denkt. Dass der preussische General die ganze negative, gegen den Liberalismus gerichtete Seite dieser Gedanken, von der positiven alle statischen Gedanken und vor allem den Gedanken der Macht gern mitdenkt, dagegen den der permanenten Revolution wie überhaupt die dynamistischen Teile links liegen lässt, ist leicht einzusehen; andere Interessenten dieses Denkens treffen eine ganz andere Auswahl.

\* Zum Einfluss des französischen Syndikalisten Georges Sorel auf die faschistische Bewegung besonders in Italien vgl. Anmerkung S. 172.

\*\* Die Action Française war 1898 von einer Gruppe nationalistischer, antisemitischer und royalistischer Intellektueller unter Führung des Publizisten Charles Maurras (1868-1952) gegründet worden. Die Bewegung gewann in den folgenden Jahren rasch an Einfluss und verfolgte durch ihre Zeitschrift, aber auch durch Gewaltaktionen ihres Wehrverbandes, der «Camelots du Roi», eine Politik der faschistischen Provokation.

## Die Wirklichkeit

Die politische Wirklichkeit «*Faschismus*» ist in Deutschland eine *Tendenz zum Bündnis mehrerer bestimmter Gruppen*; jede von ihnen verfolgt ihr eigenes qualitativ bestimmtes Interesse, kann es aber in der politischen Gesamtwelt nur im Bündnis mit den anderen Gruppen mit Aussicht auf Erfolg bestreiten. Die Einheit des Faschismus ist also im Wesentlichen eine Einheit der *Aktion*, – *innerhalb* derer zugleich *Konkurrenz* herrscht. Diese Aktions-einheit überhöht sich freilich selbst zu dem Versuch, sich als Ansatz eines *ganzheitlichen* Staates, des «faschistischen Staates» aufzufassen, in dem dann teilweise selbst die Gegengruppen eingebaut erscheinen, – freilich nicht als Träger dieses Staates und seiner wesentlichen Struktur, sondern in ihn hinein gebunden.

Was sind das für Gruppen, von denen hier die Rede ist? Man kann zunächst ein Doppeltes feststellen, nämlich auf der einen Seite die grosse faschistische *Massenbewegung*, auf der anderen Seite eine *Reihe kleiner mächtiger in sich verschiedener Gruppen*:

Die grosse Massenbewegung (*Hitlerfaschismus*) ist bekanntlich aus dem Vorgang der plötzlichen Politisierung und Radikalisierung des Mittelstandes und des Bauernstandes herausgewachsen. In der Wirtschaftskrise zerbrach diesen noch niemals auch nur annähernd so tief in ihrer Existenz gefährdeten Menschen ihr ökonomischer und politischer Liberalismus, d.h. ihr Glaube an die Harmonie, die aus der Freiheit von selber kommt; nun wollen sie die mächtigen Gegner Kapitalismus und Arbeitnehmermassen binden, durch einen autoritären Staat, dessen Träger sie selber sind (als «nationale Elite»), wollen aber innerhalb dieses gebundenen Raumes für sich selber ökonomische Freiheit. Dem Vorstoss dieser mittelständischen Massen haben sich in der Bewegung Hitlers noch Teile anderer Gruppen angeschlossen; viele Angestellte, die hier als Arbeitnehmer einen Antikapitalismus

vertreten, und sich zugleich gegen den proletarischen Sozialismus abgrenzen können, der ihrem bürgerlichen Bewusstsein in ihrer ökonomischen Gefährdung gefährlich ist; manche Proletarier, die am Sozialismus irre geworden sind oder ihn nicht kennen und für die der nationale Sozialismus eine der vielen Formen des utopischen Sozialismus ist, von denen die Geschichte der proletarischen Bewegung weiss, sehr viele Intellektuelle, die in der Krise des liberalen Denkens im Irrationalismus und in der Wucht dieser Bewegung eine neue Sinngebung ihres Denkens und zugleich eine neue Basis für den eigenen Aufstieg zu gewinnen suchen; schliesslich viele Nutzniesser verschiedenster Herkunft, die einfach durch den Erfolg als solchen angezogen werden. Diese Zusammensetzung bedeutet innere Gegensätze; aber widerspruchsvoll ist auch der politische Grundgedanke selbst. *Bindung* der gegnerischen Wirtschaftsgruppen, um gefahrlose *Freiheit* für sich selbst zu haben, – ein Zwitterding zwischen Planwirtschaft und Liberalismus, und das obendrein so, dass die ökonomischen Träger des liberalen Sektors (Mittelstand) auf dem Umweg über die Politik zugleich Träger des Plansektors sind (als nationale Bewegung). «Reaktionär» ist diese Bewegung vor allem dadurch, dass es ihr im Grunde auf eine gewaltsame Restauration des *vorkapitalistischen Deutschlands* ankommt, – nämlich des mittelständisch-bäuerischen; ihr Antikapitalismus ist vorkapitalistisch und ihr Antisozialismus ist nur die andere Seite desselben Vorkapitalismus. Sie kann sich mit gutem Recht, mit zu gutem Recht «national» nennen: denn sie bezieht sich auf jenen Begriff von «Nation», dessen Inhalt noch fest und fraglos und wirklich gelebt war: die vorkapitalistische Nation; aber sie ignoriert die heutige Nation: die Nation in ihrer Zerrissenheit und als Aufgabe. Innerhalb der heutigen Welt kann sie «konservativ», d.h. auf Rettung der vorkapitalistischen Struktur bedacht sein nur in der Form der revolutionären, d.h. gewaltsamen und umstürzlerischen Reaktion.

Zu diesen Widersprüchen tritt ein weiterer: der Nationalsozialismus will «*integral*» sein, d.h. auf die totale und reine Durchführung seiner Idee ausgehen, – aber er muss andererseits gerade wegen des Widerspruches zwischen seinem Ziel und der Struktur der wirklichen Welt, des Widerspruches zwischen vorkapitalistischem Ideal und kapitalistischer Wirklichkeit um der praktischen Verwirklichung willen *Bündnisse und Pakte* schliessen. Die wahren Interessen des Mittelstandes und Bauertums konnten ein Bündnis auch mit den sozialistischen Arbeitnehmern sinnvoll erscheinen lassen, das bürgerliche Bewusstsein und die Machtverhältnisse aber legen das andere Bündnis nahe: mit einigen von den kleinen mächtigen Gruppen rechts, welche die *andere Seite des Faschismus* ausmachen.

Da ist zunächst das *Militär*. Auch das Militär ist vom Kapitalismus bedroht; mit der wachsenden Ökonomisierung des Staates, durch die einerseits das Kapital, andererseits die organisierten Massen politisch entscheidend geworden sind oder zu werden drohen, verlor oder verliert das Militär seine politische Machtbasis (Adel, Monarchie) – es droht zum blossen Instrument in der Hand fremder, ökonomisch begründeter Mächte zu werden. In dem Zwiespalt, der daraus entsteht, in dem Zwiespalt zwischen der grossen *militärischen Machtfülle*, die in der Hand der Offiziere faktisch vereinigt ist, und der formellen *politischen Machtlosigkeit* muss das Interesse an einer Staatsform entstehen, in der die militärische Macht wieder unmittelbar politische Macht ist, – das Interesse an einem autoritären Staat, an dessen Führung das Militär massgebend und seiner militärischen Macht entsprechend beteiligt ist. Die «Nation» dient als Rechtfertigung und Begründung; aber auch der natürliche Antiökonomismus, Antiliberalismus und Antimarxismus des aus der alten Gesellschaft stammenden Berufssoldaten macht die Anpassung der alten aristokratisch-militaristischen Anschauung in die moderne faschistische Theorie möglich. In Zeiten offener Konflikte wird diese Gruppe die be-

deutsamste sein: denn in diesen Zeiten ist das Argument der Maschinenengewehre durchschlagend.

In der Nachbarschaft dieser Gruppe steht die alte *Herrenschicht des feudalen Staates*, die in Diplomatie und Staatsverwaltung durch ihre Beziehung zur Monarchie auch im nationalliberalen Staat der Vorkriegszeit noch eine grosse Rolle gespielt hatte. Für sie ist die faschistische Konstellation und Theorie nur eine Chance der Befestigung und Neueroberung der alten Positionen. Ähnliches gilt von den Grossagrariern des Ostens, die in ihrer objektiv aussichtslosen und verzweifelten ökonomischen Lage nur auf unmittelbar politischem Weg, nur in der politischen Erzwingung ihrer ökonomischen Rettung einen Ausweg sehen. Diese Gruppen haben in Deutschland durch ihre besonderen Beziehungen zu Hindenburg, die sie in den Besitz des Hebels der Legalität gebracht haben, einen aussergewöhnlichen Einfluss; sie würden ohne Hindenburg, etwa nach dem Tode Hindenburgs, unter den anderen Teilen der faschistischen Front auch nicht annähernd dieselbe Bedeutung haben.

Sehr wesentlich dagegen ist wieder der Anteil, den bestimmte Teile des *Kapitalismus* am Faschismus haben. Gerade hier darf man aber nicht verallgemeinern. Es besteht freilich ein ganz allgemeines Interesse des gesamten Kapitalismus am Faschismus; es entsteht in dem Augenblick, da die fortschreitende kapitalistische Entwicklung allmählich die Gefahr mit sich bringt, dass eine *Mehrheit von Arbeitnehmern* entsteht, die in der Demokratie auf dem einfachen Wege der Abstimmung den Sieg einer Arbeiterpolitik erzwingen könnte; diese Gefahr verschärft sich sprunghaft in dem Augenblick, da wegen der Weltkrise die mittelständischen und bäuerischen Massen plötzlich antikapitalistisch zu fühlen und zu handeln beginnen, – jene Gefahr, die sich heute darin ausdrückt, dass sich etwa vier Fünftel des Volkes kapitalistisch, drei Viertel «sozialistisch» nennen. In dieser Situation ergibt sich für den Kapitalismus ein doppeltes Interesse; ein-



mal muss er eine Staatsform erstreben, die von der Massenstimmung unabhängiger ist, in der er seinen Einfluss unmittelbarer als in der Demokratie durchsetzen kann, – eine *autoritäre Staatsform*; andererseits muss er darüber hinaus verhindern, dass die antikapitalistische Welle, die als solche der Natur der Sache, nämlich den Lebensinteressen der Massen entspricht, sich zu einer geschlossenen Aktion zusammenfindet; er muss den marxistischen und den nationalen Antikapitalismus *auseinanderhalten*, und er tut das, indem er die weniger gefährliche, weil weniger grundsätzliche, weniger ökonomisch-gesellschaftliche Deutung der Situation, die national-faschistische *befördert* und als Tarnung seiner eigenen Tendenzen sogar unmittelbar für seine Sache einspannt, – während er dadurch zugleich die wesentlichere, prinzipiellere, ökonomische Deutung des Marxismus bekämpft. Innerhalb dieses allgemeinen kapitalistischen Interesses an einem autoritären Staat unter beschwichtigender Heranziehung des Nationalsozialismus gibt es aber im Kapitalismus sehr verschiedene *Einzelinteressen*. Es gibt einen Monopolkapitalismus, der das Interesse an der Konkurrenz, am reinen kapitalistisch-liberalen Prinzip bereits verloren hat und unmittelbar *wirtschaftsfeudalistische* Neigungen entwickelt (Planwirtschaft unter der Herrschaft der sachverständigen Wirtschaftsherren); es gibt einen Kapitalismus, der zwar an einer politischen Bindung gefährlicher Gegner, aber doch auch innerhalb dieses bindenden Staates an einer *freien* Wirtschaft des *Kapitals* interessiert ist; es gibt an der *Weltwirtschaft* und an der *Autarkie* interessierte Gruppen. Bank-, Handels- und Industriekapitalismus, und innerhalb dieser kapitalistischen Systeme entwickeln wieder Gruppen verschiedener Struktur qualitativ verschiedene Interessen, die sich von der Frankfurter Zeitung bis zu Hugenberg in verschiedenen politischen Haltungen

\* Der ehemalige Krupp-Direktor Alfred Hugenberg (1865-1951), Vorsitzender der DNVP und Besitzer eines einflussreichen Presse-, Nachrichten- und Film-

widerspiegeln.\* Das Bankkapital, am wenigsten standortgebunden, am wenigsten speziell, am meisten an der allgemeinen Prosperität interessiert, am meisten international und ohne proletarische Arbeitnehmer (also nicht sozialreaktionär interessiert) nimmt dabei wohl die gemässigste Position ein, in der faschistische Tendenzen noch sehr stark von kultureller, ökonomischer und auch politischer Liberalität überdeckt sind. Die stark standortgebundene und von der Krise stark getroffene, wegen ihrer Proletariermassen stark sozialreaktionäre Eisenindustrie der Ruhr bildet das faschistischste Element.

Der Faschismus besteht also im Grossen aus drei Elementen; dem kapitalistischen, dem militaristischen und dem mittelständisch-bäuerischen. Sie haben gemeinsam: die *Gegner* (die Arbeitnehmer der kapitalistischen Grosswirtschaft), die *Theorie* und die *Aktion*, – schliesslich das Moment ihres Ursprungs: die *Krise*. Erst in der Krise schlägt der liberale Kapitalismus in den faschistischen um, erst in der Krise erwachen die liberalen Mittelständler und die unpolitischen Bauern zur politischen Radikalität, erst im Zuge der mit der Krise einsetzenden Unruhe tritt das Militär aus dem Dunkel der Kaserne in das Licht des politischen Vordergrundes. In der Krise gewinnen alle diese Gruppen nicht etwa eine Verschärfung ihrer früheren Haltung, sondern eine ganz neue politische Struktur, deren *Einheitsform* eben *Faschismus* genannt wird.

konzerns, repräsentierte den schwerindustriellen Flügel des deutschen Kapitals, der am entschiedensten auf eine Abkehr von der parlamentarischen Demokratie und eine Politik nationaler Autarkie und Expansion hinarbeitete. Die Frankfurter Zeitung, eines der grossen liberalen Blätter der Weimarer Zeit, war im Jahre 1929 durch finanzielle Unterstützung des Grossindustriellen und Aufsichtsratsvorsitzenden der IG Farben, Carl Bosch (1874-1940), der sich über einen Mittelsmann am Stammkapital des Zeitungsverlages beteiligte, vor dem Konkurs bewahrt worden. Die Zeitung hatte sich im Gegenzug verpflichten müssen, «eine allgemein demokratisch gerichtete Politik mit entschieden sozialer Richtung, jedoch unter Anerkennung der Notwendigkeit des allein zur Erzielung höchster Produktivität geeigneten Grosskapitalismus» zu verfolgen.

## Möglichkeiten

Im Einzelnen kann nun das konkrete Machtbündnis, das man zur Machteroberung für fähig hält, einen verschiedenen *Umfang* haben. Heute sind unter der Führung von Papens die *kleineren* Gruppen sozusagen *geeignet*, wenn auch noch ungewiss ist, ob liberal-kapitalistische oder plankapitalistische Gruppen den stärkeren Einfluss haben werden; der Hitlerfaschismus steht zur Zeit in heftigem Kampf *gegen* den Herrenfaschismus. Doch sind beide Teile so sehr aufeinander angewiesen, Hitler vor allem auf die staatliche Macht der Reichswehr, die ganze Rechtsgruppe auf Stützung und Legitimierung durch eine Volksbewegung, dass sie wahrscheinlich über kurz oder lang doch zu einem *Bündnis* kommen werden; es handelt sich gegenwärtig weniger um einen echten Existenzkampf als um einen *Quotenkampf*, d.h. es geht um das Mass von Einfluss, das innerhalb des notwendigen Bündnisses der einzelne Konkurrent beanspruchen kann. Zieht sich dieser Quotenkampf sehr lange hin – und Schleicher\* ist zur Zeit der stärkste Bundesgenosse –, so können freilich deutliche Anfänge der Zersetzung des schwächsten Teiles der faschistischen Front, des Nationalsozialismus sichtbar werden, – aber gerade diese Anzeichen würden erst recht Hitler zu einem Bündnis zwingen, wenn auch auf Kosten seiner Bewegung selbst. Auf die Dauer freilich muss das faschistische Bündnis an seinen inneren Widersprüchen *auseinanderfallen*. Aber das braucht seine Zeit; es wird endgültig erst in einer ganz neuen Situation geschehen, in der auch die jetzt gelähmte (weil auf die faschistische Situation weder seelisch, noch

\* Reichswehrminister Kurt von Schleicher (1882-1934) befehligte nicht nur die Reichswehr, sondern besass auch grossen Einfluss beim Reichspräsidenten Hindenburg. Ziel seiner Politik war in erster Linie die Pazifizierung der NSDAP in einer Rechtskoalition. So hoffte er auch mittels von Papen, dessen Kanzlerschaft er eingefädelt hatte, das Zentrum für eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten zu gewinnen.

geistig, noch organisatorisch gerüstete) Linke wieder ein aktives politisches Moment sein wird.

Sollte die Wirtschaft ohne weitere Verschärfung auf der jetzigen Basis zu *stabilisieren* sein, so würde sich wahrscheinlich die gemässigste Form des Faschismus durchsetzen, in dessen Staatsordnung, vielleicht unter Ausschaltung der reaktionärsten Elemente, nämlich Hugenberg's, vielleicht sogar durch «Sozialisierung», d.h. Verstaatlichung der Ruhr, sogar die gemässigten Arbeitnehmerorganisationen (christliche Gewerkschaften oder neue staatliche Einheitsgewerkschaften) mit begrenzten Möglichkeiten aktiv eingebaut wären. Auch eine solche Ordnung (die der italienischen sehr ähnlich wäre) würde alle wesentlichen Elemente des Faschismus enthalten; auch sie wäre die der *gegenwärtigen Produktions- und Gesellschaftsstufe entsprechende Form der Herrschaft des Kapitals, als autoritärer Staat, gestützt auf die Macht des Militärs, getarnt durch die vom Mittelstand getragene «nationale» Volksbewegung*. Geht aber die verschärfte Krise über diese Stabilisierungsversuche hinweg, so werden sich verschärfere Formen der faschistischen Diktatur durchsetzen. Beiden Formen gegenüber können die gegnerischen Kräfte des Liberalismus, Katholizismus und Sozialismus im Augenblick im politischen Vordergrund nur die wenig wirksame Politik des kleineren Übels betreiben, die dem Gegner durchaus die Initiative überlässt. *Der Faschismus regiert die Stunde.*

Oktober 1932

### III

## Krise und Neubestimmung der Demokratie

## Bewegung und Orientierung

### *Zur Neubesinnung der politischen Bewegungen\**

Dieser Artikel leitet eine Artikelreihe ein, in der versucht werden soll, einige überlieferte politische Tendenzen, die republikanische, die demokratische, die pazifistische Bewegung, auf die Wirtschaft weit der Gegenwart zu beziehen. Sie wird ausser dem heutigen die Artikel enthalten: Ordnung der öffentlichen Dinge, Neufeudalistische Vision, Erneuerte Demokratie, Friede und Ordnung. Die Artikel sind in sich geschlossen.

Die nationalsozialistische Partei, in diesem Falle ein Stück Kraft, die das Böse will und doch dazwischen manchmal etwas Gutes schafft, hat durch ihren Erfolg und seine Auswirkungen wenigstens das eine Gute für uns alle gebracht, dass sie die weithin erstarrte politische Bewegung überhaupt aufs Stärkste angestossen hat. In der Nationalsozialistischen Partei fällt *Bewegung* und *Partei* faktisch fast ganz zusammen, in allen anderen Gruppen hat sich beides oft sehr weit von einander getrennt. Der Wahlsieg gerade dieser Partei hat auf die besondere Bedeutung der *Bewegung* aufmerksam gemacht, und auf die Gefährlichkeit der Spannung zwischen den beiden Elementen der politischen Entwicklung. Die Parteinstanzen trauen den ihnen verwandten Bewegungen keine Sachkenntnis und Erfahrung zu und halten sie für dilettantisch. Die Bewegungen draussen im Land halten die Parteien für erstarrt, sie vermischen bei ihnen politische Phantasie, Durchschlagskraft, sehen sie in der Politik des Tages, der Politik von heute auf morgen eingefangen. Es gibt ja in der Tat diese Zweiheit politi-

\* Diesen und die drei folgenden Aufsätze «Zur Neubesinnung der politischen Bewegungen» trug Walter Dirks zunächst als Referat auf der Tagung des Deutschen Republikanischen Studentenbundes am 21./22. Februar 1931 in Stuttgart vor. Vgl. seinen Tagungsbericht in der Rhein-Mainischen Volkszeitung vom 3. März 1931 («Einheitsfront gegen den Faschismus?»).

scher Momente, und zwar mit gutem Recht. Es besteht ein Unterschied zwischen der Sphäre der politischen *Willensbildung*, der politischen *Zielsetzung* und jener anderen Sphäre der politischen *Verwirklichung*. Ja, innerhalb der Partei selbst wiederholt sich abgeschwächt noch einmal diese Zweiheit, als Zweiheit der Fraktion und der Partei. Die politische Bewegung als solche bezieht sich auf längere Zeitstrecken, die politische Partei aber wäre zwar gewiss bald tot, wenn sie nicht mit ihrer Bewegung an diesen Zielsetzungen auf lange Sicht festhielte, aber sie hat doch daneben eine Verantwortung für jeden einzelnen Schritt auf diesem langen Wege, für die Politik jedes einzelnen Tages, den die Bewegung als solche nicht in diesem Masse hat. Und vor allem: im Blickfeld der politischen Bewegung sind die Elemente des Unveränderlichen, der Gegebenheiten, mit denen man als fixen Grössen rechnen muss, nicht so umfangreich und nicht so starr wie im Blickfeld der Partei. Nur ein Beispiel: mit welchen Umschichtungen konnte Marx rechnen, mit welchen Gegebenheiten muss jede sozialistische Fraktion rechnen! Nun hat sich innerhalb dieser allgemeinen Beziehung zwischen politischer Bewegung und politischer Partei in diesen Monaten und Jahren faktisch eine starke Änderung vollzogen, die durch den Erfolg der Nationalsozialisten uns beschleunigt ins Bewusstsein getreten ist. Die Spannung zwischen beiden Elementen der politischen Entwicklung hat sich vergrössert. War es nicht so, dass wir die Periode der Zielsetzung für ziemlich abgeschlossen hielten, dass wir in Zielvorstellungen wie dem demokratischen und sozialen Volksstaat, dem befriedeten Europa die eigentliche Nachkriegskrise für im Grunde gelöst hielten? Gewiss, diese Dinge waren nicht verwirklicht, aber sie waren als Ziele klar, und die Parteien unseres Vertrauens gestützt auf die Tendenzen in Lande selbst und von ihnen kontrolliert, waren an der Arbeit der Verwirklichung dieser Ziele. Sie hatten mühsame Arbeit gegen mächtige Gegner und mächtige

Interessen zu leisten, und ihr Weg war weit, aber er schien übersehbar, prinzipiell gefunden. Nun ist ein Doppelpes gechehen: Die Parteien sind geschwächt, unser Mandat und unser Auftrag an sie besteht nur noch zögernd, und wir selbst, wir in unseren politischen Bewegungen sind uns über die realen und möglichen Ziele nicht mehr so klar und nicht mehr so sicher wie etwa in den Jahren 1924 bis 1928. Aus der Aufgabe der Verwirklichung ist wieder eine echte «*Krise*» geworden, gewiss keine Ratlosigkeit schlechthin, kein geistiger Selbstmord, aber doch eine weitreichende Unsicherheit über die politischen Ziele selbst. Wir Katholiken haben hinter den politischen Zielsetzungen eine totale Einheitsfront im Glauben und eine starke Einheitsfront in der Kulturpolitik. Ausserdem ist aus unseren Reihen im Augenblick der Staatsmann hervorgetreten, der wie kein anderer die Notwendigkeit der Stunde mit kräftiger Hand zu erfüllen vermag. Beides ist ein Gewinn und eine Stärkung für uns, beides kann aber leicht die Krise der politischen Bewegung verdecken. Sie ist hinter der verhüllenden Wand der Kulturpolitik und der Tagespolitik ebenso akut wie anderswo, wo solche Hüllen und ergänzenden Werte fehlen. Auch uns Katholiken fehlt das spezifisch politische Weltbild, das spezifisch politische Zielbild, die geschichtliche Zielgestalt, die aus dem Kontakt unseres Glaubens mit den entscheidenden Tatsachen und Tendenzen der Zeit gewonnen ist. Immer noch und gerade jetzt wieder ist es lebensnotwendig für unsere politischen Bewegungen, sich gründlich auf sich selbst und auf die politische Umwelt zu besinnen; es ist ein Augenblick, in dem die politische Bewegung und auch ihre Organisationen (wie etwa der Friedensbund deutscher Katholiken, der Reichs- und Heimatbund, die Jugendbünde, der Görresring\*, die Arbeitervereine, Ge-

\* Der Friedensbund deutscher Katholiken war die offizielle katholische Friedensorganisation, deren Zeitschrift «Der Friedenskämpfer» Walter Dirks von 1928 bis 1932 redigierte. Im Reichs- und Heimatbund deutscher Katholiken



sellen vereine usw.) als Ansatzpunkte politischer Ideenbildung, Gesinnungsschulung und Zielbildung eine ganz neue und aktuelle Bedeutsamkeit gewinnen. Wenn an den vielen Einzelstellen der politischen Bewegung nicht langsam neue Klarheit, neue Entschiedenheit, nicht nur im Bekenntnis der Gesinnung, sondern auch in den konkreten Zielsetzungen entsteht, neue Parolen und neue Führung, – dann werden unseren Parteien, wenn die Kulturpolitik einmal in akuten politischen Situationen zurücktreten sollte und die Stunde Dr. Brünnings durch Umschichtungen, die nicht von ihm und uns abhängen, vorbei sein sollte, am Ende sowohl die Wähler fehlen wie die Gesichtspunkte einer Politik, die über die Forderungen des politischen Augenblicks hinausgeht.

Bei der Lektüre eines Buches wie des Salomonschen Buches *«Die Geächteten»* \*, in dem der Verfasser die Jahre der nationalrevolutionären Aktion von 1918 bis 1923 als einer ihrer aktivsten Teilnehmer beschreibt, wird einem wieder einmal klar, welche Bedeutung für die Stärke und Durchschlagskraft einer Bewegung dabei ihre *letzte glaubensmässige Grundlegung* hat. Die meisten Aktionen der Nationalrevolutionäre sind mühelos aus den Verhältnissen und aus ziemlich minderwertigen Motiven zu erklären, aus der Entfesselung anarchischer Triebe im Menschen durch Krieg und Zusammenbruch, aus dem Trieb nach Vagabondage und Erlebnis, aus der Unfähigkeit, aus der Lebensform des Kriegers heraus in den neuen zivilen Verhältnissen einen Platz der Einordnung zu finden und aus Dutzend ähnlichen Gründen. Aber man findet bei der Lektüre ein paar Stellen, vor denen der Ver-

waren katholisch-konservative Föderalisten zusammengeschlossen. Die 1876 gegründete Görres-Gesellschaft verfolgte das Ziel, durch die Herausgabe von Zeitschriften und Einzelwerken sowie durch eigene Forschungsinstitute die wissenschaftliche Arbeit der deutschen Katholiken zu fördern.

\* Vgl. Anmerkung S. 171.

such dieser Analyse und damit der Versuch, diese Haltungen vor seinem eigenen Gewissen unschädlich zu machen, nicht so ohne Weiteres gelingt: Stellen, in denen das sichtbar wird, was diese Aktivisten wohl in ihren besten Stunden gewusst und gehabt haben, und was ihnen die Kraft auch zum Opfer des eigenen Lebens gegeben hat. Die Glaubensmächte, die metaphysischen letzten Werte, von denen sich diese Aktivisten bestimmen liessen, sind sicher falsch und gefährlich, sie bedeuten einen Rückfall in heidnische Religiosität, in die Vergottung der Natur, des Volkes, des Blutes, – aber diese *religiöse Bindung* gab diesen jungen Menschen jedenfalls *Massstäbe* und eine *Wertungsebene*, auf der dann manche sehr «vernünftige» und «wirklichkeitsnahe» Haltung und Handlung ihrer Gegner, des Weimarer Systems, ihren in der Tat als ohne innere Kraft und Autorität, ohne Würde erscheinen konnten. Eine republikanische, eine demokratische, eine pazifistische Politik, die im einzelnen Republikaner, Demokraten und Pazifisten nicht vor seiner letzten Instanz gerechtfertigt und verantwortet ist, wird in der Tat im entscheidenden Augenblick, wenn Opfer, ja der Einsatz des Lebens verlangt wird, nicht standhalten. Hinter unseren politischen Zielen und Vorstellungen steckt, wenn sie nicht ganz zufällig ererbt oder durch Interessen nahegelegt sind, eine bestimmte Vorstellung vor allem vom Menschen, von seiner Tatsächlichkeit und von dem letzten Sinn seiner Existenz. Von ganz bestimmten Vorstellungen über den Menschen aus versucht man die republikanische, die demokratische, die pazifistische Zielsetzung als ideologisch, als utopisch, als sentimental zu entwerten, auch innerhalb des deutschen Katholizismus. Wir müssen unsere Meinung vom Menschen, wo es sich nicht um dogmatische Gegebenheiten handelt, in der Tat in Frage stellen lassen, müssen bereit sein, unser Bild vom Menschen und die politischen Folgerungen, die wir bewusst ohne unbewusst daraus gezogen haben, mit jedem neuen Aspekt, der uns angeboten wird, von der Naturwissenschaft, der Psychoanalyse, der Soziolo-

gie, der Philosophie, zu konfrontieren und auseinanderzusetzen. Wenn unsere Überzeugung nicht so überprüft ist und vor allem aber nicht mit den letzten und tiefsten Antrieben unserer Existenz mit unserer Christlichkeit in Verbindung gebracht ist, *wird sie vor dem Aufgebot gegnerischer Glaubenskräfte nicht standhalten*. Gewiss ist diese Bemühung vorübergehend gefährlich für die Schlagkraft des Handelns, und die aktivistische Front gegen die ewige Theorie ist verständlich genug, aber wir dürfen uns dieser Aufgabe der letzten Orientierung unserer politischen Theorie und politischen Praxis nicht entziehen. Wir dürfen uns weder von den unentwegten Praktikern und Geschäftshubern, noch von der Gefährlichkeit jeder theoretischen Lebensform selber dazu verleiten lassen, die Aufgabe zu verraten, der politischen Aktion den theoretischen Hintergrund und das gute Gewissen zu geben. Wieviel eine solche Verankerung der Aktion äusmacht, zeigt u.a. die Tatsache, dass von den vielen politischen Gruppen der Universität die streng marxistischen Gruppen, die über eine solche gut und tief verankerte Theorie am ehesten verfügen, einen besonders geschlossenen und unangreifbaren Eindruck machen und der nationalsozialistischen Welle am festesten standgehalten haben. Und wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir die menschliche Unangreifbarkeit Brünings auf seine Glaubenssicherheit zurückführen. Wir brauchen zum Handeln eine zuverlässige Vorstellung von der Tatsächlichkeit der Welt, den Tendenzen und Tatsachen der Zeit, dem Menschen und der Gesellschaft, wir brauchen ihre umfassende Deutung, und wir brauchen in der Wandelbarkeit und Geschichtlichkeit der Zeit, die grösser ist als die meisten es sich träumen lassen, einen festen Orientierungspunkt, der nur in der Offenbarung selbst gefunden werden kann, der freilich nicht ein Begriff bleiben darf, sondern eine Lebensstatsache, *unsere* Lebensstatsache sein muss.

25. Februar 1931

## Ordnung der öffentlichen Dinge

### *Zur Neubesinnung der politischen Bewegungen*

Der fruchtbare Punkt, in dem unmittelbar nach dem Kriege die politische Bewegung im deutschen Katholizismus für die neue Situation handlungsfähig wurde, war die durch manche Vorkriegstendenzen nahegelegte und vorbereitete *Übernahme der republikanisch-demokratischen Idee*. Die Auseinandersetzungen, die diesen Prozess begleiteten, sind noch in unserer Erinnerung (man denke nur an die Kontroverse Tischleder-Kiefl\*). Diese Übernahme war notwendig und innerlich wie äusserlich berechtigt. Aber mit dieser Idee hat man auch ihre inneren Bruchstellen und Gefahren übernommen. Sie ist heute in Krise geraten, – und an dieser Krise der republikanisch-demokratischen Idee hat der Katholizismus Anteil.

Die republikanisch-demokratische Idee als die Grundlage der politischen Bewegung, in der sie verwirklicht wurde, stammt aus der Zeit des *Aufstiegs des Bürgertums* und kann das auch heute noch nicht verleugnen. Von dort her bezog die republikanisch-demokratische Bewegung ihre Dynamik und ihren Elan. Sie bewahrte ihn, solange sie mit der Freiheitsbewegung des aufsteigenden Bürgertums gegen die alten feudalen Mächte verknüpft war, ihr das geistige Rüstzeug und das gute Gewissen lieferte, die Überzeugung, dass das politische Durchsetzen der eigenen Inte-

\* Zwischen dem Münsteraner Moraltheologen Peter Tischleder (1891 bis 1947) und Franz Xaver Kiefl (1869-1928), Domprobst in Regensburg und Professor in Würzburg, entbrannte Anfang der zwanziger Jahre ein heftiger publizistischer Streit um die Haltung der Katholiken zur Weimarer Verfassung, der über mehrere Jahre die katholische Öffentlichkeit bewegte. Während Kiefl die Monarchie zur christlichen Staatsform schlechthin erklärte und der parlamentarischen Demokratie den Kampf ansagte, verteidigte Tischleder den Artikel 1 der Verfassung (Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.), da dieser nicht als theologische oder rechtsphilosophische, sondern lediglich als staatsrechtliche Aussage zu verstehen sei.

ressen mit dem Sieg der richtigen und guten Idee schlechthin zusammenfiel – eine Überzeugung von besonderer Sprengkraft und Dynamik. Wir wissen, dass das Bürgertum, als es endgültig zur Macht gekommen war, seine Ideale und die Ideale seiner geistig kämpfenden Avantgarde beiseitegestellt hat. Das Erbe von 1789 und von 1848 wurde von einem Teil der *Arbeiterbewegung* übernommen, und wenn es auch darin zum Teil einen anderen Sinn erhalten hat, so wäre es doch ohne diesen Teil der Arbeiterschaft nicht möglich gewesen, auch nur den äusseren Rahmen der Republik und der Demokratie zu retten. Mittlerweile ist durch die fortschreitende Kapitalisierung die eigentlich bürgerliche Schicht, die nach dem Aufkommen des Proletariats als Mittelstand neben dem Bauerntum lange Zeit die tragende Mitte des Volkes gewesen war, zwischen der kapitalistischen Schicht, die sich aus ihr erneuerte, und dem Proletariat, sowohl zahlenmässig zusammengeschrumpft als auch immer mehr von den tragenden Tendenzen der Zeit abgeschnitten worden: *die bürgerlich-republikanische Front ist damit in ihrer Existenzgrundlage angegriffen*. Die überlieferte Auffassung von einem freien Staat, der von freien durch Besitz und Bildung bestimmten Bürgern getragen wird, ist in ihrer Grundvoraussetzung bedroht, und wenn auch längst die Arbeiterschaft als der zweite Pfeiler der Republik von uns ehrlich anerkannt worden ist, so droht doch jedenfalls der erste Pfeiler ins Wanken zu geraten. Die republikanisch-demokratische Idee wird weitergetragen: wir spüren deutlich, dass etwas daran ist und dass wir einen Verrat verüben würden, wenn wir sie aufgeben würden, aber wir spüren auch, dass sie heute in einer ganz anderen Welt, in *ganz anderen Bedingungen existiert*, dass sie oft noch nicht energisch genug auf diese neuen Bedingungen bezogen worden ist, dass sie keine rechten Realisationsfaktoren mehr findet. Sie ist, könnte man sagen, *heimatlos* geworden. Es muss unsere Sorge sein, die republikanisch-demokrati-

sche Idee und das, was an Glaubenskraft und Menschenbild dahintersteht, wieder in einen genauen und *lebendigen Kontakt* mit der *wirklichen* Welt zu bringen, sie an den *realen* Gegebenheiten zu erproben und sie in Verbindung mit Kräften und Mächten zu bringen, die ihre Verwirklichung möglich machen.

Ein Republikaner ist ein Mann, der für die *res publica*, für die *öffentlichen Dinge Sorge trägt*. Sein Feind weniger als sein Hemmschuh ist der Nachbar, der die öffentlichen Dinge öffentlich sein lässt, selber aber im Frieden seinen Geschäften nachgeht. Sein eigentlicher Widersacher aber ist der, der *öffentliche* Dinge als *private* behandelt, als *seine* privaten Dinge für sich in Anspruch nimmt. So sehen wir den Republikaner in den verschiedensten Situationen der Geschichte: wie er dem Nachbar klar macht, dass nur ein *Spiesser* die öffentlichen Dinge auf sich beruhen lässt, und wie er auf den Barrikaden dem König und dem Adel den Privatbesitz öffentlicher Befugnisse zu entreissen trachtet, in der doppelten Eigenschaft als «Führer des Volkes» und als «Feind des Tyrannen». Hinter der republikanischen Front gegen die Monarchie, d.h. gegen die Staatsfamilie, die über den Staat ein besonderes Herrschaftsrecht beansprucht, steckt jener allgemeine politische Ordnungsgrundsatz: *Öffentliche Dinge sollen als öffentliche Dinge behandelt werden*. Wir spüren in diesem Grundsatz die innere Geradheit, Richtigkeit, Strenge, die seit den römischen Republikanern an dem Worte Republikaner hängt, die Verpflichtung gegenüber dem öffentlichen, auch über das eigene Interesse und die eigene Bequemlichkeit hinaus, die strenge Front gegen die unpolitischen geniesserischen Menschen ebenso wie gegen den Usurpator. Wir spüren wohl auch gewisse spezifische Gefahren dieser Haltung, den Zug zur Pedanterie, vielleicht zu wenig Verständnis für Leben und leben lassen, Puritanertum, – aber *wir bekennen uns trotzdem zu ihr*. wir glauben, dass heute wie immer öffentliche Dinge nicht von Privaten gepachtet werden sollten, wir bekennen uns zu unserer Verpflichtung gegenüber

diesen öffentlichen Dingen und glauben, dass das Pathos der republikanischen Verantwortung auch heute noch Sinn hat.

Aber dieser Begriff der «öffentlichen Dinge» ist ein *Formal-begriff*, der noch nichts über seinen Inhalt enthält. Und in der Tat liegt in der *Neubestimmung seines Inhalts* ein Teil der Problematik des heutigen Republikanertums. Dies Republikanertum geht solange an dem entscheidenden Punkt vorbei, als es nicht eine entscheidende geschichtliche Wendung entschlossen zur Kenntnis nimmt, die sich seit den letzten Jahrzehnten anbahnt, nämlich das *Öffentlichwerden der Wirtschaft*. Dieser Prozess ist so allmählich vor sich gegangen und so sehr aus dem Gegenteil, nämlich der ausgesprochenen Privatwirtschaft entstanden, dass manche von uns sich über ihn noch nicht recht im Klaren zu sein scheinen. Indem die kapitalistische Expansion allmählich die ganze Wirtschaft erobert hat und die kapitalistische Konzentration sie in ein einziges Geflecht gegenseitiger Abhängigkeiten zu verwandeln im Begriffe ist, wird aus dem Nebeneinander der vielen privat Wirtschaftenden die *eine* Wirtschaft, nämlich die arbeitsteilige Grosswirtschaft. Wie sehr wir alle von ihr abhängen, das braucht im Zeitalter der Krise nicht länger ausgeführt zu werden. *Ein Sachbestand aber, von dem alle abhängen, ist ein öffentlicher Sachbestand*, und das, was für uns alle förmlich die Qualität des Schicksalhaften hat, kann nicht als eine Privatsache behandelt werden. Also ist *Wirtschaft heute als Inhalt der Politik* zu betrachten.

Übrigens geschieht das ja faktisch zum Teil schon: man denke nur an die Arbeit des jetzigen Kabinetts, die fast ausschliesslich sich auf wirtschaftliche Probleme bezieht. Aber ganz ist diese Wendung noch nicht in unser Bewusstsein übergegangen; diese Politik wird doch meistens nur als Sozialpolitik gesehen, d.h. als Schutzpolitik für die von der Wirtschaftsentwicklung Benachteiligten oder als eine Politik öffentlicher Interessen *gegen* Auswüchse der grundsätzlich als privat betrachteten Wirtschaft. Vor allem aber besteht gerade bei Republikanern ein starkes Misstrau-

en gegen die «Vermengung von politischen und wirtschaftlichen Dingen». Dies Misstrauen hat eine Tradition. Immer wieder ist die republikanische Rechtlichkeit und Gerechtigkeit vom Gelde oder von bestimmten Wirtschaftsinteressen bedroht gewesen, immer wieder haben einzelne finanzkräftige Kreise den Staatsapparat ihren eigenen Interessen dienstbar machen wollen. Diesem Bestreben gegenüber, wie es etwa während des Bürgerkönigtums und während des zweiten Kaiserreichs in Frankreich auftrat, wie es aber auch im Deutschland der Nachkriegszeit, und zwar sowohl von kapitalistischer Seite wie eine Zeitlang von anderer Seite ausging, haben die guten Republikaner immer wieder den «Primat der Politik über die Wirtschaft» zu betonen gelernt. Aber darum geht es hier nicht. Gewiss: immer wieder wird es nötig sein, den Staat vor dem Einfluss einer bestimmten Wirtschaftsgruppe, die sich fälschlich «die Wirtschaft» nennt, zu schützen. Aber das hat nichts mit der Tatsache zu tun, dass die Wirtschaft selbst als schicksalhaft und öffentlich zum Inhalt *der politischen Verantwortung* und Entscheidung geworden ist. Man kann dies Verhältnis weder mit dem Wort vom Primat der Politik über die Wirtschaft noch mit dem Wort vom Primat der Wirtschaft über den Staat richtig fassen. Es ist vielmehr eher die Beziehung von Inhalt und Form. Unsere Forderung bedeutet natürlich ebensowenig den viel befürchteten Sieg des rechnerischen, ökonomischen, zweckhaften Denkens über das politische Denken und seine eigene Würde. Im Gegenteil: das ökonomische Denken leugnet ja gerade den schicksalhaften und öffentlichen Charakter des heutigen Wirtschaftens und behauptet die reine unpolitische Sachlichkeit der Wirtschaft. Das politische öffentliche verantwortliche Denken aber rettet sich heute nicht dadurch, dass es sich im Gefühl seiner eigenen Würde und des besonderen politischen Pathos vor der Berührung mit der Wirtschaft vornehm hütet – dadurch gerade gibt es die öffentlichen Dinge dem Zugriff bestimmter



Wirtschaftsinteressenten preis –, sondern es rettet sich dadurch, dass es diesen neuen Inhalt herzlich anpackt, in sich hineinzieht. Unser republikanisches Ethos wird an der Auszehrung zugrunde gehen, wenn es nicht lernt, sich diesen neuen heute entscheidenden Inhalt einzuverleiben und seine Forderungen auf diesen Inhalt zu beziehen. An diesem Stoff und an keinem anderen so sehr wie an diesem hat sich unsere republikanische Tugend und unser republikanisches Ordnungsbild zu bewähren.

27. Februar 1931

## Neofeudalistische Vision

### *Zur Neubesinnung der politischen Bewegungen*

Wenn der republikanische Gedanke fordert, dass öffentliche Dinge als *öffentliche Dinge behandelt werden sollen und wenn es sich ergeben hat, dass die Wirtschaft zu einer öffentlichen Sache ersten Ranges geworden ist*, dann ist zu fordern, dass das republikanische Ordnungsbild sich heute an der Wirtschaft bewähre. Nun hat sich der öffentliche Charakter der Wirtschaft, wenn auch mit gewissen und manchmal entscheidenden Trübungen und Verfälschungen, bereits herumgesprochen. In einer freilich nicht sehr präzisen Form beherrscht dieser Gedanke bereits die öffentliche Meinung. Selbst Kreise, die am entschiedensten an der durch den Privatbesitz der Produktionsmittel ausgeübten Wirtschaftsherrschaft festhalten, machen dieser öffentlichen Meinung eine Verbeugung, indem sie ihr Recht nicht mehr in erster Linie auf dem ewigen Recht des Privateigentums theoretisch begründen, sondern auf ihren besonderen und unersetzlichen Dienst, den sie der Allgemeinheit teils wirklich, teils angeblich leisten. Es gibt eine *Unternehmerethik*, die teils ehrlich vertreten, teils natürlich auch vorgeschoben wird, die den *Grundgedanken der öffentlichen Verantwortung der Wirtschaft bereits* enthält. Ausserdem sind aber auch eine ganze Reihe von *tatsächlichen* Momenten anzugeben, in denen sich der öffentliche Charakter der Wirtschaft bereits institutionell niedergeschlagen hat. Es sei erinnert an die Schaffung des Reichswirtschaftsministeriums, an den Einbau eines Wirtschaftsprogramms in die Reichsverfassung, an den Ausbau der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts, an die Arbeitslosenversicherung, an die starke Zunahme staatlicher und kommunaler Wirtschaftsbetriebe, an die Tendenz zur staatlichen Monopolkontrolle, die Entstehung wirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper öf-

fentlich-rechtlicher Art, an die Schaffung gemischt-öffentlicher Unternehmungen, schliesslich auch an die Zollpolitik und die Ansätze internationaler Wirtschaftspolitik. Denkt man jene andere innerwirtschaftliche Tendenz zum Zusammenschluss dazu, das Wachstum der Trusts und Kartelle, so erscheint das Ziel einer geordneten und einer öffentlichen Wirtschaft nicht mehr allzu fern zu sein. Ja, diese Entwicklung scheint aus dem Kapitalismus selber sachnotwendig hervorzugehen. Immer mehr wird die *geordnete planmässige Wirtschaft* die einzige Möglichkeit des Wirtschaftssystems überhaupt, und niemand merkt das eher als der Wirtschaftsführer selbst. Die Wirtschaft wuchert nicht mehr und schiesst nicht mehr ins Kraut wie in der früh- und hochkapitalistischen Epoche, sondern sie will pfleglich behandelt sein. An die Stelle des sogenannten organischen oder unorganischen Wachsens tritt immer mehr das Organisationsproblem, und wahrscheinlich wird in diesem Zusammenhang auch bald die pflegliche Behandlung zweier immer wichtiger werdenden Menschenkategorien von der Wirtschaftsführung erkannt und nach Möglichkeit durchgeführt werden, nämlich des Riesenheeres der *Wirtschaftsabhängigen* und des damit immer mehr identisch werdenden Riesenheeres der *Konsumenten*. Wohlfahrt- und Konsumentenpolitik, wie Ford\* sie betrieben hat, werden dem drohenden Chaos entgegengesetzt werden: am Horizont der Welt beginnt sich das Bild einer durchorganisierten sozialen Wirtschaft abzuzeichnen, einer Wirtschaft, deren sachkundige Führer und

\* Dem amerikanischen Industriellen Henry Ford (1863-1947), Begründer des gleichnamigen Autokonzerns, gelang mit der Einführung der Fließbandfertigung die Massenfabrikation von Konsumgütern zu niedrigen Preisen. Die Strategie einer Steigerung des Produktionsvolumens durch Massenproduktion und der Anregung des Massenkonsums durch vergleichsweise hohe Löhne, die Ford in seinem Unternehmen erfolgreich durchsetzte und auch in zahlreichen Schriften verbreitete, wurde als «Fordismus» zum Synonym der von Sozialstaat und politischer Integration der Arbeiterbewegung geprägten kapitalistischen Gesellschaftsformationen.

Leiter diese öffentliche Sache in der Tat als eine öffentliche behandeln, indem sie als Treuhänder der Welt den Riesenorganismus der Weltwirtschaft sachgemäss dirigieren.

So wäre denn nun also alles in Ordnung? Manche glauben es. Wir aber erheben zunächst die Frage: *wer sind diese Treuhänder?* Wer wird die Direktion dieses Weltorganismus, der mit dem Weltchicksal fast identisch wird, verantworten? Es ist schon bemerkt worden, dass dies werdende Wirtschaftssystem kein reines kapitalistisches System mehr ist. Die freie Konkurrenz, die Expansionstendenz, die Reinigungskrisen und viele andere für den Kapitalismus typische Dinge würden wegfallen oder eingeschränkt werden, und auch das kapitalistische Ausleseverfahren, das durch den Wirtschaftskampf selber in einer Art «natürlicher» Auslese die Wirtschaftstüchtigsten an die Spitze bringt, wird nicht mehr unumschränkt funktionieren. Die herrschende Schicht, die sich früher aus dem Bürgertum herausgebildet hat und lange Zeit noch Zuzug aus ihm bekam, befestigt sich zu einer geschlossenen Schicht, die sich nicht mehr bildet, sondern *ist*, also zu einer *neuen Feudalität*. Diese durch *Sachkenntnis* ausgezeichnete Schicht wird es sein, die den Versuch machen wird, die der Wirtschaft innewohnende Tendenz zur Ordnung und Verfestigung zu akzeptieren und mit ihr ihre *eigene Herrschaft* zu befestigen. Sie betrachtet sich als den Wirtschaftstreuhänder der Welt. Sie hat den Willen zur Macht, die Fähigkeit zur Sachbeherrschung des Systems. Entwickelt sie die Klugheit der Rücksichtnahme auf den Faktor Mensch, den leicht verführbaren, besticht sie ihn mit Wohlfahrt und Lebensweisheit, mit «Spielen und Brot», gelingt es ihr dafür durch technische Entwicklung und rücksichtslose Organisation die Welt ergiebig genug zu machen, so führt sie das Weltalter des «*wohlorganisierten Sklavenstaates*» herauf, in dem jeder seine Arbeit, sein Brot, sein Amüsement, aber nicht mehr die *Freiheit* hat. Wie ein Grossinquisitor der Weltwirtschaft wird jene Feudalität den Menschen die Last der

Freiheit abnehmen, um selber Last und Lust der Herrschaft zu tragen.

Das ist eine Utopie, gewiss, eine Vision, die sich grossartig ausmalen liesse und die in dieser reinen Form gewiss niemals Wirklichkeit werden wird. Aber sie existiert schon heute als eine sehr kräftige *Tendenz*. Es gibt tausend Gegenkräfte gegen sie, aber ein Umstand macht diese Tendenz doch höchst gefährlich. Sie hat die ungeheure Chance der *besten Sachbeherrschung des Systems*. Man muss sich einmal klar machen, was das bedeutet. Es bedeutet, dass diese Schicht jedem Gegner gegenüber drohen kann: wählt uns oder das Chaos. Denn der technische Apparat der Wirtschaft wird immer komplizierter, immer schwerer zu dirigieren, immer mehr zur Geheimwissenschaft derer, bei denen die Fäden lange Zeit zusammenliefen und die in der Praxis des Systems selber seine Beherrschung gelernt haben. In dieser Präponderanz der *Sachkunde*, des sogenannten «Fachmannes», liegt eine sehr ernste Gefahr. Gewiss muss jeder wirtschaftliche Vorgang sachlich vollzogen werden, aber zugleich steckt doch immer *eingesellschaftlicher* Vorgang in diesem sachlichen Vollzug: denn Wirtschaft ist nicht nur ein Geschehen zwischen Sachen, sondern auch ein Geschehen zwischen *Menschen*. Ein Balken muss von zwei Menschen an den beiden Enden getragen werden, damit ist der Sachvorgang eindeutig festgelegt, aber dieser Sachvorgang kann in einer sehr verschiedenen gesellschaftlichen Beziehung der beiden vollzogen werden: nämlich im Verhältnis Herr und Sklave oder in genossenschaftlichen Übereinkommen oder in irgendeiner anderen, aber jedesmal in sich klaren Beziehung. Die Beherrschung des Sachgebietes Wirtschaft sagt also noch nicht das mindeste über die *gesellschaftliche Ordnung* aus, die hinter und in dieser Sachordnung steht und in der sie geschieht. Ist aber die Sachbeherrschung in einer bestimmten Hand und ist die Unsachgemässheit (der «Dilettantismus») infolge der ungeheuer komplizierten und wichtigen Materie besonders gefährlich, so

kommt man leicht dazu, die Frage der gesellschaftlichen Ordnung und ihrer Grundtendenzen beiseite zu lassen, um den sachlichen Ablauf des Apparates nicht zu gefährden. Gerade bei bedächtigen und verantwortungsvollen Menschen macht das Argument der Sachkunde immer einen starken Eindruck. Man denke nur daran, wie auch entschiedene Republikaner und Demokraten nach der Staatsumwälzung Anhänger des alten Systems im Staatsapparat Weiterarbeiten liessen, um das Land mittels der Sachkunde dieser Herren vor dem Verwaltungschaos und damit vor der Hungersnot zu bewahren. Diese Herren haben ihre Chancen ausgenutzt, und wir haben heute vielfach noch die Folgen zu tragen. Hier liegt auch die starke geistige Chance dieser Wirtschaftsherrschaft: sie wird immer an das Verantwortungsgefühl der Besten des Volkes appellieren können, solange ihr nicht von anderer Seite dies Argument durch die gleiche Sachkenntnis und Herrschaftsfähigkeit entwertet wird.

3. März 1931

## Erneuerte Demokratie

### *Zur Neubesinnung der politischen Bewegungen*

Es gibt innerhalb der Wirtschaft und Gesellschaft der Gegenwart eine starke Tendenz einer führenden und sachkundigen Schicht, die der Weltwirtschaft innewohnende Tendenz aus Ordnung und Verfestigung zu akzeptieren und mit ihr ihre eigene Herrschaft, die Herrschaft eines *auf der Sachbeherrschung des Systems begründeten Neufeudalismus* zu befestigen. Fragen wir unser politisches Gewissen, ob es dieser Entwicklungstendenz beistimmen kann, so wird es diese Frage *verneinen*. Als «Republikaner», d.h. als Menschen, denen an den öffentlichen Dingen liegt, sind wir zwar immer in der Versuchung des «Direktoriums» (oder des «Imperatoriums»), d.h. der Treuhänderschaft einer Gruppe (oder eines Einzelnen) für die öffentlichen Dinge und im Interesse der öffentlichen Dinge. Aber wir sind nicht nur «Republikaner», sondern auch «Demokraten»: wir sind nicht nur für eine Ordnung der öffentlichen Dinge schlechthin, sondern für eine bestimmte Ordnungsform, nämlich die *demokratische*. Wir gehen dabei von einer einigermassen bestimmten Vorstellung vom Menschen und von der menschlichen Gesellschaft aus, und diese Vorstellung ist die tiefere Schicht unseres demokratischen Willens. Sie geht etwa dahin, der einzelne Mensch *könne* grundsätzlich und *solle* grundsätzlich die Wirklichkeit seines Lebens erkennen, annehmen, in seine Freiheit hineinnehmen und verantworten, und die Menschengruppen *könnten* grundsätzlich und *sollten* grundsätzlich aus dieser Freiheit und Verantwortung heraus auch die jeweils notwendigen Gruppenbindungen erkennen, annehmen, in Freiheit tun und verantworten.

Diese Vorstellung vom Menschen und ihre politische Konsequenz, nämlich die Idee der Demokratie, ist heute leider sehr aus

der Mode und auch in der Tat *historisch* und *ideologisch* etwas *kompromittiert*.

Die grosse *historische* Kompromittierung dieser Idee ist der Kapitalismus. Unter Berufung auf Freiheit und Verantwortung haben die Ahnen unserer Idee die feudale Herrschaft Schritt um Schritt zurückgedrängt, und die wenigsten von ihnen haben gemerkt, wie unter Berufung auf dieselbe Freiheit die Wirtschaftsherrschaft durch eine Hintertür eingedrungen ist.

Die *ideologische* Kompromittierung ist durch jene geschehen, die die Ideen der Aufklärung durch keine Erfahrung und durch keine wachsende Einsicht korrigiert bis in unsere Tage gerettet haben, die mit grosser Einsichtslosigkeit grundsätzlich davon ausgehen, dass der Mensch jene Freiheit und jene Verantwortung, die er haben kann und haben soll, auch faktisch mit einer mechanischen Notwendigkeit *habe*, sofern er nur als Kollektiv auftrete und eine «Mehrheit» zu bilden imstande sei. Die Meinung, dass die Mehrheit jederzeit das Richtige und am Ende sogar die Wahrheit selber zu finden und zu tun in der Lage sei, ist widerlegt, und wir müssen unseren demokratischen Glauben schon weniger doktrinär und weniger flach begründen.

Es gilt ihn sowohl gegen den historischen manchesterlichen und kapitalistischen Liberalismus wie gegen den mechanistischen Mehrheitsglauben abzugrenzen. Mancher wird sagen, eine solche Abgrenzung sei gefährlich, sie sei eine *Einbruchsstelle für faschistische Gedankengänge*; gewiss, denkschwache Köpfe und gleichgültige Herzen fallen bei solchen Erschütterungen der flachsten und oberflächlichsten Idee der Demokratie prompt zum Gegenteil ab und sind weiss Gott wie stolz darauf, dass sie den «Aufklärer» gründlich überwunden haben. Auch unter Katholiken gibt es eine Front gegen die Demokratie, die aus dieser Denk- und Liebesschwäche kommt, nicht aber aus der Gläubigkeit, auf die sie sich beruft. Wir wissen, dass hinter der aufklärerischen



Fassade des demokratisch-liberalen Gedankens tiefere Einsichten und stärkere Kräfte des Herzens stecken und haben keine Angst, uns an den Faschismus zu verlieren, wenn wir den Dingen auf den Grund zu gehen suchen und ihre Kompliziertheit erfahren müssen.

Unserer Abgrenzung gegenüber dem doktrinären Demokratismus entspricht auf der anderen Seite eine noch strengere Front gegen die antidemokratischen letzten Vorstellungen: gegen die Meinung, der Mensch sei jener Freiheit und jener Verantwortung grundsätzlich nicht oder nur in auserwählten Exemplaren fähig und die Gruppierungen der Menschen seien grundsätzlich ausserstande, aus sich heraus das Gruppennotwendige zu erkennen und zu tun. Der demokratische Glaube kann sich auf sehr verschiedene letzte Glaubensgegebenheiten stützen: es handelt sich hier um zwar sehr tiefsitzende Überzeugungen, aber doch nicht um die letzten metaphysischen Bindungen, und in dieser mittleren Sphäre, in der diese Vorstellungen vom Menschen im öffentlichen existieren und ihre politischen Konsequenzen entwickeln, kann auch bei verschiedenen letzten Bindungen Übereinstimmung herrschen. Der gläubige Christ wird schon aus der Sprache Christi und der Briefe der Apostel eine Menschenvorstellung entnehmen, welche die demokratische Idee nahelegt: die Menschen werden dort ganz gewiss als der Freiheit und der Verantwortung grundsätzlich fähige Wesen angesprochen. Es sei ferner angedeutet, dass auch die Geschichtsgläubigkeit vieler Marxisten eine zwar anders gestimmte und gefärbte, ja polemisch gegen die christliche Vorstellung gerichtete, aber im Grunde verwandte Vorstellung vom Menschen einschliesst.

Erinnern wir uns nach dieser Abschweifung in das Grundsätzliche der demokratischen Idee wieder jener Tendenz der Wirtschaftsentwicklung, die auf Entprivatisierung, auf Durchorganisation, auf Planwirtschaft, auf den geordneten und einigermassen statischen Weltwirtschaftskörper geht.

Wir hatten gesagt, dass das technische Funktionieren des Sachapparates wohl zu unterscheiden sei von der darin verwirklichten gesellschaftlichen Ordnung, und wir hatten auf die Gefahr aufmerksam gemacht, dass die Bedeutsamkeit dieses technischen Funktionierens uns die Frage nach der gesellschaftlichen Ordnung und ihren letzten politischen Orientierungen verstelle. Hier beginnt eine *neue Stufe der demokratischen Aufgabe*. Hat es sich herausgestellt, dass die Menschheit in dem Riesenapparat der Weltwirtschaft existiert, so soll sie – das muss unsere Meinung sein – darin *demokratisch* existieren. Fällt «Menschheit» und «Wirtschaft» räumlich zusammen, so soll das *Wirtschaftsvolk* es sein, das die Weltwirtschaft trägt, nicht aber eine technisch geeignete Feudalität. Wir erkennen hier sofort, dass diese grundsätzliche demokratische Forderung nicht in Formen zu verwirklichen ist, die dem politischen aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht hervorgegangenen Parlament entsprechen, aber an eine derartige Verwirklichungsform ist ja die demokratische Grundvorstellung nicht gebunden. Sie sollte die Elastizität haben, die konkreten Formen in der ernsthaften und verantwortungsvollen Bemühung um die Erfordernisse des entsprechenden Sachgebietes selbst zu finden.

Das ist die demokratische Aufgabe in ihrer allgemeinen Formulierung. Sie bedeutet: die *reale Demokratie*, nämlich die Demokratie jenseits und einschliesslich jenes Umformungsprozesses, der unser bürgerlich-bäuerliches Volk in das Wirtschaftsvolk der arbeitsteiligen Grosswirtschaft zu verwandeln im Begriffe ist. Das ist sehr allgemein gesagt, und dieser allgemeine Grundsatz enthält noch keinerlei Hinweis auf die konkrete Verwirklichung. Aber, wenn überhaupt die formenschaffende politische Phantasie in Bewegung kommen soll, dann braucht sie ausser ihrem Sachstoff, der Wirtschaft so wie sie ist, auch die tragende Tendenz, den *leitenden gesellschaftlichen Gesichtspunkt*, und als diese Tendenz muss die wirtschaftsdemokratische Tendenz von und in den Köp-

fen und Herzen der Zeit in Bewegung gesetzt werden, so wie seinerzeit die demokratische Idee, bevor sie zur Verwirklichung gelangte, in den Köpfen und Herzen in Bewegung gebracht werden musste. Verwirklicht werden kann sie freilich gerade wegen der Kompliziertheit ihres Gegenstandes nur *Zug um Zug*. Die politische Bewegung dorthin und die politische Aktion dorthin wird immer einen *doppelten* Charakter haben müssen: Sie wird auf der einen Seite immer eine *zentral* gerichtete eigentlich politische Aktion sein müssen, welche die Grundtendenz an der politischen Zentralstelle vertritt und auf dem Wege über die politische Macht durchsetzt, und sie wird auf der anderen Seite eine vielfältig gegliederte Aktion *in der Wirtschaft selbst* sein müssen, in der das Wirtschaftsvolk sich Position um Position erkämpft und sich jedesmal im Erkämpfen und in der neuen Position für das weitere Stück Weges reif macht. Keiner gewinnt eine Fähigkeit, ohne sie zu üben, und keiner kann sie üben ausser in der Situation selbst. Wir können nicht erwarten, dass sich jene allgemeine und gestufte Verantwortlichkeit für die Wirtschaft und die Fähigkeit, real Verantwortung dafür zu tragen, nebst der Würde und der Freiheit, die ihr entsprechen, entstehen kann, wenn diese Haltung keinen Platz in der Wirtschaft findet, wo sie real geübt werden kann. Dieser Platz aber muss politisch erkämpft werden, so wie die politische Selbstverwaltung jeweils erkämpft werden musste. Demokratie war immer nur möglich, wo ihre Träger nicht sich selbst als isolierte Intelligenzen und Willen vertraten, sondern wo sie zugleich einen gesellschaftlichen Ort vertraten, aus dem sie ihre gesellschaftliche Würde gewannen und dem sie ihre menschliche Würde gaben. Nur indem sie diesen in der Gesellschaft, für die Gesellschaft und gegenüber der Gesellschaft vertraten und verantworteten, waren sie verantwortungsfähige Staatsbürger. Die Krise der Staatsdemokratie beruht ja zu einem guten Teil darin, dass in der Sphäre, die mittlerweile entscheidend geworden ist, nämlich in der Wirtschaft, die «Staatsbürger» diesen Ort nicht

mehr hatten und vertraten und daher als am entscheidenden Ort entwurzelte Individuen keine staatsbildende Kraft mehr besaßen. Sie können sie nur gewinnen, wenn sie in der Wirtschaft weit verantwortlich «angesiedelt» werden. Nur darin und schon in der Erarbeitung dieses Zieles, im Bekenntnis zu ihm, in der Kameradschaft des Bekenntnisses und des Weges dorthin, in der langsamen Realisierung, in der Beziehung jeder einzelnen politischen und wirtschaftlichen Handlung auf dies Ziel hin, – in dieser Arbeit um die reale Demokratie *wächst ein Stück des wirklichen Volkes*. Ohne diese Arbeit ist das sogenannte «Staatsvolk» eine Farce, ein Appell an längst gestorbene Geister, ein schöner Traum.

Es wurde bewusst unterlassen, diese Zielvorstellung mit den Realisierungsfaktoren in Verbindung zu bringen, die ihr mehr oder weniger zur Verfügung stehen würden und die zugleich mehr oder weniger eine Modifikation des Zieles bedeuten, also den bestehenden politischen Bewegungen und Parteien. Nur die grossen Perspektiven konnten dargestellt werden. Diese Dinge, so allgemein sie sind, sind aber darum doch nicht weniger real. Sie sind heute nicht akut im Grossen, aber sie sind akut im Kleinen. In jeder Sachentscheidung, die heute im Parlament, von der Regierung und der Wirtschaft vorgenommen wird, steckt eine gesellschaftliche Tendenz drin, und je mehr wir in der Krise gezwungen sind, die reinen Sachmomente in den Vordergrund treten zu lassen und im Übrigen die Politik des Weiterlebens von heute auf morgen zu treiben, umso gefährlicher sind diese mit den Sachentscheidungen zugleich gesetzten gesellschaftlichen Festlegungen, denn in einer solchen Lage wird immer die Politik in der Linie des geringsten Widerstandes als die einzig «fachlich» zu verantwortende Politik ausgegeben werden, und diese Politik in der Linie des geringsten Widerstandes läuft der wirtschaftsdemokratischen Forderung entgegen, wie sie naturnotwendig die Politik der herrschenden Tendenz, nämlich der wirtschaftsfeuda-

listischen ist. Gerade heute also, in einer Zeit sehr geringer konkreter Verwirklichungsmöglichkeiten muss unsere Wachsamkeit und unsere Sorge besonders gross sein, sind stärkere Energien und sorgfältigste Sachbemühung notwendig. Es handelt sich um einen *Wettlauf der Tendenzen*. Beiden, der wirtschaftsfeudalistischen und der wirtschaftsdemokratischen Tendenz, liegen eine ganze Reihe *von gemeinsamen Sachtendenzen* zugrunde, die vom reinen Kapitalismus wegführen: Reibungslosigkeit der Wirtschaft, Planwirtschaft, Sorge für den wirtschaftenden und den konsumierenden Menschen, – es kommt darauf an, welche von den beiden entgegengesetzten gesellschaftlichen Tendenzen sich die Sachtendenz so zuzuordnen versteht, dass ihr die Herrschaft in der wirklichen Welt zufallen muss. Man kann mit Sicherheit annehmen, dass die Zukunft an die Beziehung dieser beiden Tendenzen geknüpft sein wird: sie wird den Sieg einer dieser beiden Tendenzen oder einen dauernden Kampfzustand zwischen beiden – oder aber das Wirtschaftschaos bedeuten. Setzen wir auf die richtige Karte!

10. März 1931

## Noch nicht durchgesetzt

*Vor einem Dutzend Jahren* schuf sich die Deutsche Nationalversammlung die «freiheitlichste Verfassung der Welt»; die grosse Mehrheit des Volkes stand hinter der grossen Mehrheit der Abgeordneten, die sie beschlossen: die Arbeiterschaft, das breite fortschrittliche Bürgertum, die Intelligenz bekannten sich zu dieser Verfassung – die Arbeiterschaft, die in der demokratischen Republik die eigentliche Basis für die Evolution und die Erkämpfung des Sozialismus zu erblicken gelernt hatte, das Bürgertum, das 130 Jahre nach der französischen Revolution endlich seiner sozialen Mächtigkeit die politische Form zu geben glaubte, die Intelligenz, weil hier die Grundlage für eine staatliche Existenz in Ordnung und Gerechtigkeit gelegt zu werden schien. Die Minderheit aber, die abseits stand, deren Interesse und deren Glaube diesem Weimarer Werk feindlich waren, stand noch unter dem Eindruck des Zusammenbruchs, des Chaos und des kräftigen Neuanfangs: sie fand sich erst zögernd in der neuen Situation zurecht.

Die Verfassung von Weimar gilt *auch heute noch*. Sogar Hitler ist «legal». Die Reichswehr ist legal, und die Diktatur der Notverordnungen ist legal. Ein jeder respektiert die Verfassung – aber wer trägt sie? Wer glaubt an sie, wer lebt in ihr, wer betrachtet die demokratische Republik als *seine eigene Sache*?

Die demokratische Republik existiert im *labilen Gleichgewicht*, sie lebt als eine komplizierte Konstruktion. Sie existiert in den Köpfen ihrer vielfältigen Gegnerschaft je in Ermangelung eines Besseren oder kraft der akuten Unmöglichkeit, jenes «Bessere» durchzusetzen. Sie ist von der Wirtschaftskrise bedroht – aber sie lebt auch von der Wirtschaftskrise: denn sie lebt *von der*

*Angst vor dem Chaos.* Die Gruppen, die sie wirklich tragen, sind noch da: ein Teil der Arbeiterschaft, ein Teil des Bürgertums, ein Teil der Intelligenz – und ein Teil ihrer Beamtschaft. Aber einmal ist diese Front aufrichtiger Demokraten und Republikaner zusammengeschrumpft: sie verfügt nicht mehr *über die Mehrheit*. Vor allem aber hat sie spüren und erkennen müssen, dass sich auch in einem Staat mit einer parlamentarischen Verfassung die parlamentarische Macht nicht mit der *wirklichen* Macht ohne Weiteres deckt. Dass es Gruppen gibt, die so klein sind, dass sie nur wenige Abgeordnete zusammenzuwählen imstande sind, deren reale und legale Macht im parlamentarischen Staat aber größer ist als die Macht einer Gruppe, die viele Abgeordnete nach Berlin schicken kann. Und sie hat erkennen müssen, dass die Tendenzen dieser Mächte *gegen* die Tendenz von Weimar, gegen die *wirkliche* demokratische Republik gerichtet sind.

Da ist die kapitalistische Industrie, die in der demokratischen Maschinerie lange Zeit die geeignete Form einer stillen und mittelbaren Durchsetzung ihres Anteils an der Herrschaft erblickte und die jetzt den Punkt herannahen sieht, wo sie ihre mächtigen Interessen nur noch in einer direkten, wenn auch verschleierte Form durchsetzen können wird. Da ist die schweigende Macht der Reichswehr, im Parlament bedeutungslos, aber durchaus getragen von dem Bewusstsein, dass sie es ist, die in der Stunde der Verwirrung das entscheidende Wort sagen wird, das Wort der Maschinengewehre, das die gut disziplinierte gehorsame und einheitliche Armee unter dem Kommando von Leuten aussprechen wird, die nicht sentimental sind und wissen was sie wollen, ein verständliches, gut artikuliertes und abschliessendes Wort. Da sind die Agrarier des Ostens, von geringer Bedeutung kraft Zahl und kraft Organisation, aber durch einen guten Mittelsmann mit der Macht der Reichswehr still verschwistert: durch den Reichspräsidenten selbst, der der Hüter der Verfassung ist, aber sicher

kein Freund der wirklichen demokratischen Republik. Da rückt drohend eine Front heran, die nicht mehr ganz die Front der alten Reaktion ist, gegen die das freiheitliche Deutschland seit hundert Jahren kämpft. Sie verfügt über eine neue Heilslehre, das Modernste, was die Wissenschaft von der Gesellschaft und vom Staat zu liefern vermag – und bald hofft sie sich auf eine grosse Volksbewegung berufen zu können, die ihre Macht ergänzt, legitimiert und verschleiert. Wenn diese Front nicht die offene Macht ergreift und die Verfassung beseitigt, die heute alle Republikaner feiern, dann tut sie das nicht aus Angst vor dem Wirtschaftschaos und dem was an «feindbündischer» und «bolschewistischer» Drohung daraus folgen wird. Und jene Republikaner selbst können auch heute schon die Demokratie nur dadurch in Funktion erhalten, dass sie den Feinden der Demokratie diese Erhaltung mitüberlassen; und die Feinde der Demokratie liefern diese Arbeit nicht umsonst.

Das ist schon eine sonderbare Demokratie, in der die grosse und starke Rechte eigentlich den Faschismus will, aber Angst hat ihn zu machen, und die grosse Linke eigentlich den Sozialismus will, aber in ihrer Mehrheit vorläufig nur die Demokratie, in der nur eine kleine Minderheit wirklich und endgültig die Demokratie will, in der aber dennoch die Demokratie weiterfunktioniert, und zwar unter starker Beteiligung derer, die eigentlich den Faschismus wollen, was wiederum von denen, die die Demokratie eigentlich und vorläufig wollen, deshalb geduldet wird, damit der Faschismus nicht wirklich kommt. Das ist die Situation, in der wir 1931 das zwölfjährige Bestehen der Weimarer Verfassung feiern.

*Musste* das so kommen? Hätte es *anders* kommen können? Was wäre geworden, wenn...? Solche Wenn- und Hätte-Fragen sind schwierig zu beantworten und meist sind sie unfruchtbar. Sie können Sinn haben, wenn man die «Tatsachen» materieller und



sozialer Art stehen lässt und jenes «Wenn» nur dahin bezieht, wo es in der Tat menschliche Freiheit gibt: nämlich auf den Grad von Gläubigkeit und Energie, mit dem eine Gruppe und ihre Führer ihre Situation und ihre Aufgabe erfassen. Dieser gebundene Glaube – gebunden an die Inhalte der Existenz, in der erkannt und geglaubt und gearbeitet wird – kann schwach und kann stark sein – und der Grad des Erfolges hängt nicht zuletzt davon ab: – wenn irgendetwas, dann ist es das, was uns Lenin lehren kann. Wenn diese Rückbesinnung auf das, was wir mit mehr Glaube, d.h. mit mehr Erkenntnis und Denkkraft und mit mehr Mut zum Handeln hätten erreichen können, nicht bei dieser nachdenklichen Erhellung der Vergangenheit stehen bleibt, sondern auf die Zukunft und ihre Möglichkeiten ausgerichtet wird, dann hat es Sinn zu fragen: *Musste* denn das alles so kommen, oder was hätten wir tun müssen?

Wir haben uns auf das Papier verlassen, d.h. auf das in sich schwingende Funktionieren der verfassungsmässigen Institutionen. Wir haben nicht gesehen, dass die entscheidende Sphäre nicht die der juristischen Formeln, sondern die der *gesellschaftlichen Wirklichkeit* ist, in der *Menschen es mit Menschen zu tun haben*, in konkreten Beziehungen, die sich Wirtschaftsformen und politische Institutionen nur als ihren verobjektivierten Leib schaffen, Formen, die umso mehrdeutiger und elastischer sind, je mehr sie von ihrer eigentlichen Wirklichkeit entfernt sind. Wir haben übersehen, was der Inhalt der Verfassung, nämlich das Ideal einer bestimmten Weise der Beziehungen zwischen den Menschen und den Gruppen des Staatsvolks, in der wirtschaftlichen und in der politischen Welt erst durchgekämpft und immer wieder durchgekämpft und weitergetrieben werden muss. Wir haben vergessen, dass in der schnell neuerstandenen Welt der grossen und auf Gedeih und Verderb verbundenen «Volkswirtschaft» der Wille zur Republik und zur Demokratie Konsequenzen hat: nämlich die Öffentlichkeit der Wirtschaft und die Ver-

antwortung aller Wirtschaftenden. Und wenn wir diese Konsequenzen im Kopfe gezogen haben, so haben wir vergessen, dass sie in der Gesellschaft, in der Wirtschaft, in der Politik, in der Sachwelt, die doch eine Menschenwelt ist, durchgekämpft werden müssen.

Es gibt Entschuldigungen. Wir sind an die Möglichkeiten des Augenblicks gebunden, die uns jeweils nur einen Teil unserer Absichten zu verwirklichen erlauben. Man kann den Bogen überspannen, und es mag sein, dass in dieser oder jener Situation in der Richtung auf die Verwirklichung der demokratischen Republik nicht mehr herauszuholen war, aber haben wir dann wirklich auf der Lauer gelegen, um bei jeder Verschiebung der Situation sofort wieder so weit vorzustossen, wie es die neue Wendung erlaubte? Oder haben wir nicht vielmehr, mit zu geringer Gewissensunruhe gegenüber der Zukunft, allzuleicht geglaubt, im Grunde sei ja doch eigentlich alles fertig da und müsse nur noch – zweifellos mit Energie – «ausgebaut» werden? Haben wir nicht an die *Republik* geglaubt, statt an die *Aufgabe* der Republik? Wer nicht die Dialektik der Revolution bekennt, welche die Zukunft in immer neuen maximalen Vorstößen, in äusserster «Aktion» gegen die «Reaktion» an den Augenblick bindet, sondern wer vielmehr von der Zukunft das jeweils Erreichbare zunächst realisiert, bevor er weitersieht, der ist doppelt gehalten, nun aber auch wirklich ohne Verweilen weiterzusehen, die nächste Etappe ins Auge zu fassen. Wir haben vergessen, dass wir nur in einem solchen dauernden gesellschaftlichen und politischen Kampf um die reale Macht die Republik verwirklichen können.

Wir haben das besonders auf den Fronten *ausserhalb des Parlaments* vergessen, in der Verwaltung, gegenüber der Wirtschaft, in der Reichswehr. Auch hier gibt es eine Entschuldigung. Die gesellschaftlichen Beziehungen nehmen, wenn sie in Wirtschaftsformen und in politischen Institutionen und Organen objektiviert sind, als «Sachfragen» gleichsam ein Eigenleben an, in dem der

«Fachmann» aus der «Sachstruktur» heraus entscheiden will. «Il faut que les trains partent», ein Wort, mit dem in einem französischen Stück\* ein Diktator, der aus dem Sozialismus kommt, vor seinen sozialistischen Freunden seine antisozialen Massnahmen als «Sachmassnahmen» begründet – das ist nicht immer nur ein *Vorwand* gegen die soziale Forderung, sondern in bestimmter Stunde oft ein wirkliches *Argument*. Aber es darf nicht auf die Dauer entscheidend sein. Die Auslieferung grosser Teile der Verwaltung an die Reaktion, mochte sie auch in der ersten Zeit, der Zeit der drohenden Hungersnot um des Funktionieren des Apparates willen notwendig sein, musste in dem Masse der Sicherung der Republik systematisch reduziert werden. Das gefährlichste Versäumnis aber haben wir uns gegenüber der *Armee* der Republik zuschulden kommen lassen. Wir haben weder ihr *reales Gewicht* richtig eingeschätzt, das zwar im Frieden verborgen ist und sich nur bei langsamer Zuspitzung der Lage als langsam wachsende Drohung etwas enthüllt, um erst im Augenblick der akuten offenen Krise, des Bürgerkriegs, voll sichtbar zu werden, noch haben wir die objektive Fragwürdigkeit des Begriffes der «*Legalität*» durchschaut. Wir haben nicht vorausgesehen, wie leicht in der Situation des drohenden Bürgerkriegs eine Lage objektiv entstehen oder aber sogar künstlich herbeigeführt werden kann, in der die Legalität zweier sich bestreitender Regierungen zweifelhaft ist und in der also die Reichswehr «*optieren*» muss, um durch ihre Option zu *entscheiden*. Wir haben also nicht gemerkt, dass die Legalität gerade *dann* objektiv (auch ohne Treubruch) ausser Wirkung gesetzt werden kann, wenn es auf sie entscheidend *ankommt*. Heute wissen wir, dass in einem solchen Fall die Armee mit dem besten Gewissen sich für die «Nation», den «Staat», die «Ordnung», d.h. in der Terminologie und Ideologie dieser

\* In «Le Dictateur» von Jules Romains (1885-1972) aus dem Jahre 1926.

Schicht: für den Faschismus entschiede. Aber da wir es in unklarer und allgemeiner Form immer gewusst haben, hätten wir es nur stärker wissen müssen, hätten wir uns nur stärker beunruhigen müssen, um es rechtzeitig klar genug zu wissen. Die Armee ist an sich keine bestimmte Schicht, sondern eine Funktion: man hätte diese Funktion auch Männern aus anderen Schichten anvertrauen können – man hätte sie entweder entschiedenen Republikanern anvertrauen können oder aber zum mindesten für eine stille Parität sorgen müssen, die in der Stunde der Verwirrung die einseitige Option unmöglich machen würde. Es mag fraglich sein, ob Ebert und Noske im Winter 18/19 so handeln konnten\*, ob Schwäche oder Unglaube oder kluger Realismus, der Grund für ihren Pakt mit dem alten Offizierkorps war – *nicht* fraglich aber ist es, dass in der Periode der Sicherung die Momente verpasst worden sind, wo eine innere Republikanisierung des Heeres noch möglich war. Auch hier haben wir vergessen, dass Politik sich zwischen Menschen abspielt, nicht zwischen Dienstfunktionen.

Wir haben es vergessen – aber es ist uns wieder eingefallen. Die Gegner haben dafür gesorgt, dass wir es wieder gelernt haben. Selbst wenn es für *diese* Epoche der ersten Republik zu spät sein sollte – es bliebe uns im Gedächtnis und in unserem Handeln und Kämpfen, auch wenn die demokratische soziale Republik einmal eine Zeitlang nicht mehr bestehen sollte. Die Republik muss nicht «eingeführt», sondern durchgesetzt werden, und sie ist noch nicht

\* Die Mehrheitssozialdemokraten Friedrich Ebert (1871-1925), Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten und ab Februar 1919 Reichspräsident, und Gustav Noske (1868-1946), Militärbeauftragter des Rats der Volksbeauftragten und danach bis 1920 Reichswehrminister, kooperierten eng mit dem monarchistischen Offizierkorps und forcierten die Bildung von Freikorpsformationen, um die revolutionären Aufstandsbewegungen des Winters 1918/19 militärisch niederzuschlagen.

durchgesetzt, sie war es noch nie. Das ist die Lehre dieser zwölf bitteren Jahre. Sie soll nicht vergeblich gelehrt und gelernt worden sein.

11. August 1931

## Katholizismus und Demokratie

Seit es eine konfessionelle Spaltung in Deutschland gibt, haben Sinn und Formen der von der Konfession bestimmten politischen Haltung mehrmals gewechselt, die politische Bedeutung der Konfession selbst ist geblieben. Als das politische Zeitalter der deutschen Territorialstaaten in das der deutschen Nation überging, als die «deutsche Nation» selber zum Träger des deutschen Staates heranreifte, begann auch das katholische Volk als solches zum *politischen Faktor* zu werden. In der deutschen Frage dem katholischen Süden eher als dem protestantischen Norden zugeeignet, empfand das katholische Volk überall dort, wo es zur politischen Wissensbildung kam, *grossdeutsch*. Als die Macht Preussens die andere, die preussische, die kleindeutsche Lösung erzwang, hat sich das katholische Deutschland nicht ohne inneres Widerstreben, aber in Loyalität in das neue Bismarcksche Reich gefügt. Der Kulturkampf, nicht ganz ausserhalb der inneren Logik der preussischen Lösung, zwang die Katholiken zum festen politischen Zusammenschluss, aber er stellte die gemeinsame Grundlage des neuen Reiches nicht mehr in Frage. Dieser Kampf und dieser Zusammenschluss verwies die Energie der Katholiken zum ersten Male auf das *Kampffeld der Demokratie, des Parlamentes*. Dem Monarchen treu und loyal ergeben, waren sie weit entfernt, an irgendeine Art von prinzipieller, revolutionärer Opposition zu denken; in den einflussreichen Gruppen des Adels, der Armee, des Grossgrundbesitzes und der Industrie waren sie ebensowenig machtvoll vertreten wie in der höheren Bürokratie; das alles liess sie ihre Kraft als *Volksbewegung* konzentrieren und machte den Reichstag zu dem eigentlichen Ort ihres Verteidigungskampfes. Als 1918 die Monarchie zusammenbrach und

sich aus dem Chaos des Zusammenbruchs und der Revolution, der das katholische Volk zunächst mit grossem Misstrauen gegenüberstand, die Republik von Weimar erhob, da verstanden die Katholiken bald, dass nun die *positive Bewährung* ihrer demokratisch-parlamentarischen Vergangenheit von ihnen gefordert wurde. Das Deutschland der dunklen und gefährlichen Nachkriegsjahre hatte den Gewinn davon, dass ihm eine parlamentarisch erfahrene geschlossene katholische Gruppe zur Verfügung stand, die in der einmal gewählten Staatsform der bürgerlichen Demokratie als mächtiger Vermittler unentbehrlich war; aber auch die Katholiken selbst erfuhren den Segen der Demokratie, und gerade sie erfuhren ihn ohne Missklang. Die Arbeiterschaft konnte sich in dem kapitalistischen neuen Staat betrogen fühlen, und es ist ja kein Zweifel, dass die wirtschafts- und sozialpolitischen Absichten der Verfassung von Weimar nicht erfüllt worden sind; die kulturellen Minderheiten aber sind von der Verfassung *nicht* betrogen worden: die katholische Kirche war niemals so frei in Deutschland wie in diesen dutzend Jahren der Weimarer Demokratie, der kulturelle Katholizismus hat seit dem Abklang der Gegenreformation niemals so grosse Entfaltungsmöglichkeit, der politische Katholizismus seit seinem Bestehen niemals soviel Geltung, soviel Recht auf Mitgestaltung der öffentlichen Dinge gehabt wie in diesen Jahren.

In dieser unbestreitbaren Tatsache liegt ein allgemeiner Hinweis: bei der gesellschaftlichen Struktur des deutschen Katholizismus ist eine *demokratische Regierungsform der Entfaltung seiner politischen Kraft am günstigsten*. Die Kraft des Katholizismus als politische Grösse liegt nicht unmittelbar in der Sendung der Kirche, in Dogma und Sakrament, sie liegt nicht in irgendeiner rein geistigen Überlegenheit, sie liegt auch nicht primär in der Überlegenheit von Führern und Methoden der Führung, – sondern sie liegt unmittelbar in der *gläubigen Solidarität des katholischen*

*Volkes*, das seiner grossen Mehrheit nach ein Volk von Bauern, Kleinbürgern und Arbeitern ist, ein Volk ohne andere Machtmittel als die des *organisatorischen Zusammenschlusses*. Nur dann, wenn dies katholische Volk politisch aktivierbar ist, wenn seine Kraft politisch eingesetzt werden kann, erhält der deutsche Katholizismus zu seiner religiösen eine politische Bedeutung. Darin liegt das *ursprüngliche und bleibende Interesse des deutschen Katholizismus an der Demokratie* begründet, – nur in der Demokratie ist ja diese Bedingung für die politische Macht des Katholizismus erfüllt.

Das demokratische Interesse der Katholiken geht sogar noch weiter als das der Arbeiterbewegung, die ja auch nur durch die Solidarität der Massen mächtig ist. Es ist sehr fraglich, ob die Luft von Weimar der Arbeiterbewegung sehr förderlich gewesen ist: heute meinen bereits viele Freunde der Arbeiterbewegung, nach alledem, was nun einmal geschehen ist, werde der echte Kern der Arbeiterbewegung und ihr Wille zur Macht und Verantwortung in der schärferen Luft einer Klassendiktatur von oben besser gedeihen als in der im sozialen Sinne so fragwürdig gewordenen Demokratie. Für die kulturpolitischen Interessen der Katholiken gilt das in einem anderen Sinne. Nur Gott weiss, ob nicht auch dem religiösen Kern des deutschen Christentums eine schärfere Luft, die Luft der Verfolgung, wohltäte, – aber unsere Verantwortung lässt uns davor zurückscheuen, eine religiöse Katastrophenpolitik von uns aus zu befördern. Vielleicht ist es gut, wenn sie kommt, – wir aber dürfen sie nicht selber rufen. Für den politischen Katholizismus jedenfalls wäre sie das vorläufige Ende. Der deutsche Katholizismus ist viel zu legitim und loyal, als dass er als illegale Bewegung in geheimer Opposition gegen ein diktatorisches Regime seine Kraft entfalten könnte. Weil aber auch ein an einer Diktatur beteiligter Katholizismus die eigentliche Kraft, die Kraft seiner Volksmassen dem Diktaturpartner nicht ausgleichend entgegenstellen könnte – in der Diktatur kommt es



auf *andere* Arten von Macht an –, so würden wir also als Mitträger der Diktatur nicht weniger denn als Opponenten den Kürzeren ziehen.

Das sind Überlegungen, die sich dem kulturellen und politischen Katholizismus *je der Art* von Diktatur gegenüber aufdrängen müssen, sei es die fernerliegende Diktatur einer proletarischen Partei, sei es die näherliegende «nationale» Diktatur, und sei es die «nationale» Diktatur Hitlers oder die Schleicher-Hugenbergers oder die *irgendeines Kompromisses zwischen beiden*. Ob der hemmungslose Machtrausch der Führer des Nationalsozialismus oder der überlegende Machtwille militärischer und industrieller Gewalten das Regiment in Deutschland übernehmen will, – immer würden wir Katholiken als schwache Bundesgenossen, als Anhängsel der eigentlich machtwilligen Gruppe, oder aber als Opposition *einflusslos* sein; das einzige Machtmittel, das wir haben, die Organisation der gläubigen Massen, ist ein Machtmittel nur da, wo organisierte Massen eine Macht darstellen, nämlich in der *Demokratie*.

Wir haben ein *Beispiel* erlebt. Gelingt es uns nicht, die Demokratie als Boden und Raum der weiteren inneren Geschichte Deutschlands zu erhalten, so werden wir das Schicksal der italienischen *Popolari*\* erleiden, die nach manchem Widerstandsversuch und nach dem Versuch der loyalen Mitarbeit allmählich völlig an die Wand gedrückt worden sind. Gewiss hat man in Italien ein Konkordat abschliessen können, dass wenigstens ein religiö-

\* Die 1919 gegründete Partito Popolare Italiano, der erste Versuch einer katholischen Sammlungspartei in Italien, beteiligte sich Ende Oktober 1922 am ersten Kabinett Mussolinis. Im Jahr darauf begann der Vatikan, der eine direkte Verständigung mit den Faschisten suchte, sich schrittweise von den Popolari zu distanzieren. Die Partei ging in die Opposition und versuchte, Rechtsstaat und Verfassungsgarantien gegen die faschistische Diktatur zu verteidigen. Ab 1925 wurde sie dann zunehmend in die Illegalität gedrängt und im November 1926 schliesslich aufgelöst. Die rechtliche Stellung der katholischen Kirche wurde im Februar 1929 durch ein Konkordat geregelt, das Bestandteil der lateranischen Verträge zwischen Vatikan und faschistischem Staat war.

ses Minimum sicherstellt, ja sogar den Staat dafür dienstbar macht, – aber einmal haben wir in Deutschland nicht den Vatikan, der als solcher und erst recht in Verbindung mit der Religiosität des katholischen Volkes in Italien ohne Weiteres eine *Macht* darstellt, mit der auch Mussolini rechnen muss –, und dann hat ja auch gerade dies italienische Konkordat seine sehr bedenklichen Seiten. Um Schlimmeres zu verhüten, hat der Vatikan nicht nur dulden müssen, dass der *politische* Einfluss der Katholiken als solcher völlig ausgeschaltet bleibt und dass als *kulturelle* Vertretung der Katholiken der *Vatikan allein* geblieben ist, sondern er hat auch in den *kulturellen Fragen selbst*, vor allem in der Frage der Erziehung der Jugend, dem totalen Staat der Faschisten wichtige *Zugeständnisse* machen müssen. Der Religionsunterricht ist gerettet, – aber in allem Übrigen hat man die *Elternrechte*, die der Katholizismus in Deutschland jedem staatlichen Druck gegenüber so energisch auszuspielen gewohnt ist, durchaus *preisgeben* müssen. In Deutschland aber würde sich wahrscheinlich nicht einmal *dies* Niveau halten lassen. Wir dürfen uns durch die gegenwärtige Machtstellung des Katholizismus *nicht täuschen lassen*; der Vatikan ist in Italien eine Macht auch *ausserhalb* der Demokratie, die Macht des deutschen Katholizismus ist mit dem Augenblick vorbei, wo die Parlamente beseitigt, politische Organisationen verboten, Zeitungen unter Zensur gestellt, die Schlüsselstellungen der Verwaltung in den Händen der herrschenden Gruppe sind.

Als die Demokratie in Deutschland befestigt schien, hat man in den konfessionellen Parteien die Gefahr eines Hemmnisses echter, staatspolitischer Entscheidung gesehen; man hat daran gedacht, für die Vertretung der kulturellen Interessen des Katholizismus eine eigene überparteiliche Organisation zu schaffen, um im eigentlich *politischen* Raum *Freiheit* für die Entscheidung in den wesentlichen Fragen der Aussen- und Innenpolitik zu gewinnen. Der Zwiespalt, der in diesen Überlegungen gesehen wurde und darin überwunden werden sollte, ist gewiss auch heute noch

da. Aber mit der Gefährdung der Demokratie selbst ist er wieder *zurückgetreten*. Die politischen Aufgaben, die uns am Herzen liegen, europäische Politik, Ausbau des sozialen Volksstaates, die wahre Republik jenseits von Weimar, – diese politischen Aufgaben laufen in dieser Stunde parallel mit den unmittelbaren Lebensinteressen des kulturellen und politischen Katholizismus. Gegen die drohende Diktatur gehört das katholische Volk unter beiden Gesichtspunkten *in die demokratische Front*. Es wird in diesem Wahlkampf und in der Wahl vom 31. Juli\* nicht nur über eine ganze Epoche deutscher Politik, sondern auch über seine *kulturelle Freiheit mitentscheiden*.

1. Juli 1932

\* Zu den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 vgl. auch den Artikel «Reichstagswahlen – die letzten?». S. 116-119 in diesem Band.

## Demokratie vor uns

### *Vor dem Hintergrund des Faschismus*

Das Bekenntnis zur Demokratie ist nach kurzen Jahren, da es Kurswert zu gewinnen schien, schnell wieder unliebsam geworden. Als «autoritäre Demokratie» lässt man das Wort noch gelten, – aber ohne diesen schillernden Zusatz hat es den verdächtigen Klang wieder angenommen, den es seit seinem Aufkommen besonders für die meisten Katholiken gehabt hat. Wer sich dieser Verfemung gegenüber heute weiterhin überzeugt zur Demokratie im Vollsinn des Wortes bekennt, tut heute gut daran, sein Bekenntnis zu überprüfen. Seitdem die «Rhein-Mainische Volkszeitung» unter diesem Namen existiert, hat sie sich zur Demokratie bekannt. Sie schuldet bei der Gelegenheit ihres Jubiläums\* ihren Lesern Rechenschaft darüber, wie sie heute, unter dem Einfluss und Eindruck der eigentümlichen und schweren Erfahrung der letzten Jahre, zum demokratischen Ideal und zu seinen realen Konsequenzen hier und heute steht. Warum sind wir auch heute noch Demokraten? Wie können wir heute Demokraten sein? Wenn wir bei dieser Frage die *grundsätzliche* christliche Relativierung alles Politischen unter dem Gesichtswinkel der Erbsünde voraussetzen und an die konkrete Gestalt unserer Demokratie herangehen, – erhebt sich da nicht der Einwand, dass gerade *diese* Demokratie geschichtlich ein Kind der Aufklärung und der französischen Revolution, also ein Kind des Abfalls sei? Wir wollen gewiss nicht die Häresien des Jean Jacques Rousseau und die Taten des Jakobinerklubs verteidigen, aber soviel müssen wir mittlerweile aus der Gesellschaftsgeschichte gelernt haben, um zu

\* Der Aufsatz erschien in der Jubiläumsausgabe zum 60-jährigen Bestehen der Zeitung.

wissen, dass diese Häresien im Grossen gesehen nicht viel mehr waren als der allgemeine philosophische Horizont, den sich das aufsteigende Bürgertum in seiner konkreten Front gegen den Absolutismus und gegen die sinnlos gewordene Herrschaft der alten Stände geschaffen hat, der philosophische Rechtfertigungsversuch für den eigenen Willen zur Macht; dass Sätze wie der anspruchsvolle Satz: «der Mensch ist gut» in ihrem eigentlich gemeinten Gehalt nicht viel mehr besagen wollen als: «das Bürgertum ist regierungsfähig». Man kann diesen Rechtfertigungsversuch als solchen ablehnen – und das Recht des eigentlich Gemeinten gerade vom christlichen Existenzverständnis aus anerkennen; man wird dann die mangelnde Einsicht und Liebe auf beiden Seiten beklagen, die es zu dem unheilvollen Konflikt zwischen Kirche und Bürgertum hat kommen lassen. Noch mehr fordert der Versuch unseres deutschen Bürgertums, seinen Anteil an Macht und Pflicht zu übernehmen, der Versuch von 1848, unser positives Bekenntnis, und schliesslich erst recht das Werk von Weimar, in dem nach dem Zusammenbruch des alten Systems die Arbeiterschaft den Versuch machte, mit dem Bürgertum zusammen («Die Staatsgewalt geht vom Volke aus» – heisst es da) den Staat zu tragen. Wir haben uns für den Versuch von Weimar eingesetzt, und wir konnten dies Bekenntnis verantworten. Es gründete sich auf dem Vertrauen, das Bürgertum und die Arbeiterschaft würden aus sich heraus die Formen und Kräfte für einen neuen Staatsaufbau herausstellen und die Herrschaftsmacht aufbringen, den Sinn und das Gesetz dieses Staates gegen die entgegenstehenden Haltungen und Interessen durchzusetzen.

Was hat sich nun in der «Krise der Demokratie», die wir erleben, seit 1919 geändert? Worin besteht diese Krise? Was fordert sie von dem, der mit dem Appell der Demokratie Ernst macht? Was bedeutet Demokratie heute für uns? Wir können diese eingangs gestellt Frage nun bestimmter stellen.

## Die «Krise der Demokratie»

Man kann die Frage nach der Ursache der Krise der Demokratie etwas allgemein und unbestimmt dahin beantworten, dass die Demokratie von 1919 sich selber zu doktrinär, zu «demokratisch» gesehen habe. Man kann ihr zum Vorwurf machen, dass sie sich zu sehr auf das Statut von Weimar, die beschworenen Paragraphen und auf das Funktionieren des demokratischen Apparates verlassen habe. Man kann sagen, die tragenden Gruppen und ihre Parteien hätten zu wenig daran gedacht, dass ihre Herrschaft, die sich in der Verfassung die Form gegeben hatte, jederzeit von zwei Seiten her bedroht ist. Einmal nämlich ist sie bedroht von aussen, nämlich von alten und neuen Gruppen und Mächten, deren Interessen und deren Ideale gegen das Werk von Weimar gerichtet sind, von Mächten, die nicht nur den parlamentarischen Weg zur Durchsetzung ihrer Absichten gehen, sondern auch Machtpositionen ausserhalb des Parlaments zu gewinnen verstehen, von Mächten, die aber auch im «Volk» selbst, das 1919 so sicher und fest zum neuen Staat zu stehen schien, Boden gewonnen haben. Zum anderen ist sie bedroht von innen: nämlich von ihrer eigenen Schwäche, die dem Gegner die Möglichkeit zum Eingreifen gibt, und von eigener Verantwortungslosigkeit, Entartung, Unfähigkeit, die dem Gegner die Berechtigung zum Eingreifen zu geben scheinen. Die Demokratie hat seit 1919 viele Schlachten verloren. So könnte man die allgemeine Schwäche der demokratischen Gruppen selbst für die Krise der Demokratie verantwortlich machen. Man hätte mit diesen Vorwürfen sicherlich recht. Dennoch wird man fragen können, ob es denn wesentlich anders hätte kommen können? Wir sehen heute deutlich, was man 1918 nicht ebenso deutlich sehen konnte: dass die kapitalistischen Machtverhältnisse die politische Demokratie entmannen, Freiheit und Verantwortung gerade dort nicht aufkommen lassen, wo der Kern der öffentlichen Existenz berührt wird.

1918 ist an dieser Frage die Arbeiterschaft in zwei Teile zerfallen, in die Spartakusgruppe, die über die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte und die Diktatur des Proletariats den sozialistischen Staat aus dem Boden stampfen wollte, und in die Sozialdemokratie, die mit den christlichen Arbeitern und dem Bürgertum zusammen den demokratischen Staat als den Raum einer friedlichen Entwicklung zum Sozialismus errichten wollte. Als dieser Teil der Arbeiterschaft sich gegen den anderen mit dem alten Offizierkorps und bald auch mit dem kapitalistischen Bürgertum verbünden musste, da war wohl der Weg zur kommenden Krise vorgezeichnet. Die Nachkriegskrise der kapitalistischen Produktion traf die Demokratie als die herrschende politische Form mit ganzer Wucht, ohne dass die Träger der Demokratie sich von der kompromittierenden Verklammerung mit den kapitalistischen Mächten und der die Reichswehr faktisch beherrschenden politischen Reaktion losmachen konnten. Sie waren in der Zwickmühle und sind es noch: der Bruch mit der Reaktion bedeutet das Chaos, – ohne dass die aufbauenden Kräfte bereitstehen, die einige Monate Chaos durchzuhalten und den Aufbau durchzusetzen imstande sind. Das Bündnis mit der Reaktion aber bedeutet, dass alle Folgen der kapitalistischen Krise, Arbeitslosigkeit, Absatzstockung, Zerreibung des Mittelstandes, Bedrohung des Bauerntums sich statt gegen ihren natürlichen gesellschaftlichen Gegner gegen die *Demokratie* entladen. Und so musste denn kommen, was heute akut geworden ist. Die normalen demokratischen Institutionen sind ausser Kraft gesetzt und durch ein autoritäres Regime ersetzt, das nur bei weitherziger Auslegung der Verfassung als legitim anerkannt werden kann, jedenfalls aber die für die äusserste Not vorgesehenen Massnahmen zu Dauerregelungen macht; der Glaube an die Demokratie ist gering geworden; die wirklich demokratische Gruppe im Bürgertum ist klein und ängstlich; die Arbeiterschaft der Sozialdemokratie, deren Duldung dies Regime mitträgt, gerät allmählich in eine Situation

hinein, wo sie geneigt sein muss, mit ihren Führern oder über die Köpfe der Führer hinweg die bürgerliche Demokratie zu kündigen und durch die damit geschaffene Zuspitzung der Lage die offene Reaktion zur Macht zu lassen. So ist die Basis der Demokratie äusserst schmal geworden. Wenn sie noch das formell herrschende System ist und wenn dies System noch Männern wie Brüning die Chance einer «vernünftigen» Führung der Geschäfte gibt, so liegt das nicht an ihr selbst, sondern an der allgemeinen Angst vor dem Chaos; sie erzeugt eine Stimmung, die lieber das ungeliebte Bestehende duldet, als den Sturz in das Unvorhersehbare zu riskieren. Aber hinter dieser Angst formiert sich eine Front alter und neuer Mächte, alter und neuer Ideen, neuer Tarnungen, neuer Bewegungen, alter und gewandelter Interessen, eine Front, die eines Tages zur Macht gelangen will, um es ohne und gegen die Demokratie zu versuchen, ein plankapitalistisches und militaristisches Regime mit der Tarnung einer nationalen Volksbewegung, – der Faschismus. Sicher enthält diese Front die Keime ihres Zerfalls, da sie Interessen aneinanderbindet, die in Wahrheit *gegeneinander* stehen und im Ernstfall der positiven Gestaltung auseinanderfallen müssen, – aber in *dieser* geschichtlichen Stunde ist die Gegenfront nicht organisiert. Selbst wenn die Sozialdemokratie und das linke Bürgertum und der soziale Katholizismus in der alten Weimarer Front wieder gläubig und mutig zu machen wären: sollen es die bürgerlichen Teile dieser Front mit dem Sozialismus oder sollen es die Sozialdemokraten noch einmal emphatisch mit der bürgerlichen Demokratie versuchen? Keine der beiden Möglichkeiten wird die Überzeugungskraft aufbringen, die allein dem Angriff des Faschismus gewachsen wäre.

Und so ist es denn in der Tat mit der politischen Demokratie von Weimar zu Ende, auch wenn sie noch Jahre lang die Form darstellen sollte, in der Deutschland durch die Krise vegetiert. Der Versuch von 1919 musste gemacht werden, wir konnten verantworten, dass wir ihn mit ganzem Herzen mitmachten, und wir



können auch weiterhin verantworten, dass wir im Hier und Heute des politischen Vordergrundes in Ermangelung klarer neuer Lösungen auf seiner Basis weiter Tagespolitik machen, – aber als der grosse Entwurf der deutschen Zukunft ist der Versuch von Weimar gescheitert, und jenseits der dunklen und verwirrenden Jahre, in denen wir drinstehen, wird ein anderer, ein neuer Entwurf auftauchen müssen, der sich gewiss als Erbe von Weimar wird bezeichnen können, aber doch wirklich und gewiss nicht einfach nur eine verbesserte Auflage von Weimar darstellen wird. Diesen Entwurf gilt es nun zu erarbeiten, für diesen Entwurf gilt es die Kräfte im Volk zu sammeln, während im Vordergrund des politischen Theaters das quälende, aber notwendige Geschäft der Rettung des Staates von einem Tag zum anderen Tag besorgt wird. Unsere Hoffnung besteht darin, dass *nach* den Jahren der Reinigung und der Bildung neuer echterer Fronten auch im politischen Vordergrund Lösungen versucht und durchgesetzt werden können, für die in der Verwirrung der Gegenwart die Kräfte fehlen.

### **Die Demokratie von morgen**

Es ist also nötig, über Weimar hinaus weiter vorzustossen. Bedeutet dieser Vorstoss eine Preisgabe der Demokratie? Führt jeder Weg über Weimar hinaus (– über «das neunzehnte Jahrhundert hinaus», wie die Gegner überlegen sagen –) zur Weltanschauung und Methode des Faschismus? Wir glauben: nein. Wir glauben, dass vielmehr nur aus dem Grundappell an die demokratische Freiheit und Verantwortung, aus dem Appell an den Mann, der sein Leben lebt und nicht von unkontrollierbaren und unkontrollierten Mächten leben lässt, aus dem Appell an die tragenden Gruppen unseres Volkskörpers die Ansätze neuer Ordnungen zu gewinnen sind. Niemand weiss, ob dieser Appell gehört

werden wird, aber niemand kann heute mit Sicherheit behaupten, er werde nicht gehört werden. Wenn das den Appell an die «republikanische Tugend» einschliesst, jene alte männliche Forderung, die öffentlichen Dinge als öffentliche Dinge und nicht als private zu behandeln, jener alte männliche Anspruch, Anteil an Rechten und Pflichten in den öffentlichen Dingen zu erhalten, – den Appell an jene republikanische Tugend, in der manche von unseren Vorfahren ihre Rechte auf den Barrikaden gegen die Privatbesitzer des Staates verteidigt haben, in unzulänglichen, aber ehrenwerten Aktionen –, dann muss er freilich die heute entscheidende Grundlage des öffentlichen Lebens, die *Wirtschaft* einschliessen. Die öffentlichen Dinge und ihre Rechte und Pflichten heute auf die sogenannte rein staatspolitische Sphäre beschränken zu wollen, bedeutet die Bagatellisierung des politischen Lebens. Das politische Leben hat keinen immer gleichen bestimmten Inhalt, sondern sein Inhalt ist jeweils das, was öffentlicher, – denn das heisst eben «politischer» – Qualität ist, und man braucht heute keine langen Reden darüber zu halten, dass kaum eine andere Sphäre des Lebens so durchaus öffentlichen Charakter angenommen hat wie die Wirtschaft, in einem unaufhaltsamen Prozess, der nicht auf irgendwelche bewussten Kollektivierungstendenzen zurückgeht, sondern in der Logik unseres Wirtschaftssystems überhaupt liegt. Freilich bedeutet die Forderung der «Wirtschaftsdemokratie»\* nicht eine bestimmte Form der Wirtschaftsführung – als welche sie zuweilen vertreten worden ist – und erst

\* Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie war Mitte der zwanziger Jahre von den Freien Gewerkschaften entworfen und von den Sozialdemokraten aufgenommen worden. In der Orientierung auf eine Demokratisierung der Wirtschaft als Weg zum Sozialismus stimmten radikalere und rein reformistische Verfechter der Wirtschaftsdemokratie überein. Durch gewerkschaftliche und politische Kampfmittel sollte eine Beteiligung der Arbeitnehmer bzw. der Gewerkschaften an der Betriebsführung, die Schaffung wirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper und der Ausbau öffentlicher Betriebe erreicht und so das kapitalistische Profitprinzip wenigstens partiell ausgeschaltet werden.

recht keinen eindeutigen Weg zur Lösung bestimmter Wirtschaftsprobleme, etwa dieser unserer jetzigen Produktionskrise; diese Fragen, so wenig sie ausschliesslich technische Fragen sind, behalten in jeder sozialen Ordnung ihren technischen Charakter und ihre technische Schwierigkeit, – aber es macht einen Unterschied, wer der *Träger* dieser wie aller wirtschaftlichen Prozesse ist. Der demokratische Grundappell bedeutet die Forderung, dass die in ihrer Existenz und in dem Schicksal ihres Lebens selber Beteiligten im Grunde die Träger dieser Prozesse sein sollten. In der Arbeiterbewegung, in der Angestelltenbewegung, in der Bauernbewegung sind Ansätze dazu da, – aber diese Bewegungen sind allzu sehr im privaten Interesse stecken geblieben. Sie sind vielfach von ihrem Urimpuls abgefallen, betrachten die Wirtschaft als die Milchkuh, von der sie leben, und den Staat als den Melker, der ihnen die Milch austeilt. Die Prosperität vor dem Kriege, die Kriegswirtschaft, die Inflation, die Scheinprosperität nach der Stabilisierung, die plötzliche harte Krise jetzt – das waren der Reihe nach Perioden, die jede in ihrer Art dazu beigetragen haben, den Urimpuls der Verantwortung für die Wirtschaft zu schwächen, den Arbeitnehmer und Bauern bald in Sätturtheit einzulullen, bald in Verzweiflung zu versetzen. Wenn Demokratie in der Wirtschaft noch möglich werden soll, dann nur in der Hoffnung, es könnten sich nach soviel bitteren Erfahrungen und angesichts der stetig wachsenden Macht der diktatorischen Tendenzen nun endlich gehärtete Eliten aus den hauptsächlichen Schichten des wirtschaftenden Volkes bilden, welche den Willen zur Verantwortung für die Wirtschaft und die Festigkeit und die Härte aufbringen, ohne die sich die schwierige Materie dieser Fragen nicht bewältigen lässt. Sollte dieser Versuch gelingen, dann werden auch die rein technischen Wirtschaftsprobleme, die an sich nichts von ihrer Schwierigkeit verlieren, am Ende mit Kräften angepackt werden können, die ihre Lösung möglicher machen als heute, da alle Lösungsvorschläge in der Verwirrung

der Meinungen und der allgemeinen Desorganisation ersticken. Ob das glücken wird? Niemand weiss es. Müdigkeit und Erstarrung, Saturiertheit und Verbonzung in den als Trägern der Wirtschaft eigentlich berufenen Bewegungen und die allgemeine Erschöpfung und Degeneration sind böse Anzeichen. Wenn es nicht glückt, so fällt die Wirtschaftswelt und damit die politische Welt den mächtigen Fachleuten anheim, so wie sie ihnen am Ende des Römerreiches anheimfiel, – eine letzte Kolossalperiode vor dem Versagen der Kräfte von unten, die allein eine grosse Ordnung tragen können. Glückt es, dann ist zwar nicht das Paradies auf Erden, kein kampfloser Zustand des Glücks erreicht, aber doch eine neue Stufe abendländischen Daseins, ein Dasein gewiss mit neuen Kämpfen und Gefahren, aber doch ein Dasein, das seine Würde hat und den Einsatz der besten Menschen sinnvoll macht und lohnt. Ob es glückt oder nicht, – das entscheidet ein Vorgang in dem Gewissen, in der Breite des Volkes, vor allem aber in den wirtschaftlich-politischen Bewegungen und ihren Führerschaften, die den gesellschaftlichen Ort darstellen, an dem die Existenz des Einzelnen für die Gesamtheit verantwortlich erfassbar wird.

Zu diesem inneren Vorgang und seinen äusseren Auswirkungen haben wir uns zu bekennen. Noch ist kein Urteil über unsere Zeit gesprochen. Niemand, – es sei denn einer, der die Gabe der innersten Unterscheidung der Geister und Herzen besässe –, kann ein Urteil über die Tiefe der Degeneration der Menschen unserer Zeit und bestimmter Menschengruppen abgeben. Die bürgerliche Wert-, Gesinnungs-, Vorstellungs- und Formenwelt, auf der Grundlage der unabhängigen Existenz des Bürgers entstanden, hat ihr Fundament verloren; sie hat damit einen isolierten, erstarrten, dinglichen Charakter angenommen. Niemand weiss, ob nicht ein beträchtliches Stück der heutigen Degeneration in nichts anderem beruht als in der Unsicherheit dessen, der in anderer Exis-

tenz lebend zwischen den überlieferten Formen einer vergangenen Welt orientierungslos umhertappt. Erst im Verlaufe des Versuches, die neue abhängige Existenz in der Verbundenheit des unteilbaren Ganzen wirklich anzunehmen und von da aus verantwortlich zu leben, wird sich herausstellen, wo wirklich ein totales Versagen, ein Verzicht auf eine menschlich würdige Existenz vorliegt, und wo diese Existenz nur geblendet war, nur geschlummert hat, weil sie in der umgebenden Welt keine Ansatzpunkte wirklichen Lebens fand. Wer weiss, ob nicht doch in diesem Volke Europas noch genügend Verantwortlichkeit aufzuwecken ist, wenn man an der richtigen Stelle anklopft, dort wo es ernst ist und wo es wirklich um unsere Existenz geht. Wir müssen diesen Ruf erheben überall, im Kirchengolk und im Volk, vor allem aber in den politischen Bewegungen, die am nächsten berufen sind, und wir müssen in diese Bewegungen den Entwurf europäischer Zukunft hineinstellen, zu dem hin es von der Verantwortung der gelebten Existenz des Einzelnen und dieser Bewegungen einen geraden Weg, eine einfache und zwingende Beziehung gibt.

Gerade jetzt ist der Augenblick zugleich der höchsten Gefahr und der grössten Chance. Zeiten der Not verengen die Reichweite der technischen Möglichkeiten: aber sie verstärken die Chance der starken Entschlüsse, der wirklichen Bekehrungen, des Mutes und der Verantwortung. Die tragenden grossen Gruppen der Wirtschaft werden die Verantwortung für die Wirtschaft nicht im Augenblick ihres Gedeihens und ihrer Blüte übernehmen können. Sie wird ihnen im Zustand der äussersten Krise überantwortet werden. Die Geschichte prüft neue Kräfte im Anfang immer in der härtesten Belastungsprobe. Es sind die Härten der Situation, die zuerst und zunächst übernommen werden müssen. Gewiss sind Rechte und Pflichten zwei Seiten ein und derselben Sache, – aber es sind die Pflichten, die zuerst übernommen werden. So hat die dritte Republik in Frankreich Sedan, die deutsche Repu-

blik Versailles übernehmen müssen; das deutsche wirtschaftende Volk muss sich dazu rüsten, eine Wirtschaft in der Situation der härtesten Krise zu übernehmen. Bildet es nicht aus sich heraus eine Elite von Verantwortungsbereiten und erzieht die Schule der Arbeit und des Kampfes keine Führer von grosser Einsicht und Energie und ohne Verrat, dann wird der letzte Versuch des europäischen Volkes, sein Schicksal selber zu leben, vergeblich unternommen sein.

Dieser Augenblick der höchsten Gefahr und der grössten Chance ist auch der Augenblick der Chance für den Gegner. Um den wirklichen Gegner, den eigentlichen Interessenten der privaten Wirtschaftsmacht und militärischen Macht, sammelt sich die breite Front aller derer, die aus jedem möglichen Motiv und aus jeder denkbaren Situation heraus sich gegen den Versuch der verantwortlichen Volksherrschaft sperren und wehren, Menschenmassen, die instinktiv das Risiko und den Ernst der Verantwortung scheuen und bequemerem, einfacherem, glanzvolleren Lösungen, angenehmeren Täuschungen zustreben, der verzweifelte Mittelstand, der den wahren Charakter des kommenden Regimes nicht durchschaut, sondern es als einen Weg in die Freiheit, aber in eine Freiheit rückwärts, aus der Zange «Kapital und Arbeit» heraus in die Zeit des unabhängigen Wirtschaftens zurück, begreifen will. Bauern, die noch einmal statt den harten, aber notwendigen Weg nach vorwärts, der sie in die Einordnung in das neue Ganze hinein fügen würde, den bequemerem und direkteren Weg rückwärts gehen wollen. «Der Feind steht rechts», – nicht mehr im Sinn der alten monarchisch-militaristischen Restauration, aber in einem neuen Sinne. Gewiss drohen die inneren, die unheimlichen Gefahren «links» im Interessendenken, im Spiesertum, im Konsum-Denken der Verantwortungslosigkeit der Massen selbst, aber die konkreten lebendigen Gegner und die neuen gefährlichen Theorien des Ungehorsams, der Unfreiheit, der Unverantwortlichkeit stehen auch heute wieder *rechts*.

Diese Theorien sind nicht nur in ihrer Reinform gefährlich, sondern auch in ihren Anpassungsformen. Man hört seit einigen Monaten immer wieder das Wort «autoritäre Demokratie». Es könnte einen guten Sinn haben – wir könnten es gewiss für unsere Forderung der starken Demokratie, einer Demokratie, die aus sich heraus Autorität, Führung, Festigkeit, Härte aufbringt, in Anspruch nehmen. So aber, wie es heute meist gebraucht ist, dient es bestenfalls der falschen Idealisierung des gegenwärtigen Notzustandes, der in Wirklichkeit vielmehr eine autoritäre Wendung gegen eine innerlich schwache Demokratie, als die Stärkung und Festigung der Demokratie selber darstellt; im schlimmeren Fall aber dient dies Wort der Anpassung an Kräfte, für die die Demokratie höchstens noch als Rahmen der eigenen interessensmässigen oder ideologisch willkürlichen Herrschaft dient. Mag diese Betonung des Autoritären noch so sehr auf das Beste des Volkes ausgerichtet sein, sie erstickt die Ansätze der Verantwortung im Volk und macht die Bahn frei für die Herrschaft des Mächtigsten. Unser katholisches Denken steht im Augenblick, nachdem der liberale bürgerliche Staat als erledigt gilt, überhaupt auf der Kippe zwischen der faschistischen und demokratischen Möglichkeit. Alle die gewohnten Formeln «Ordnung», «Autorität», «Führung», «Gehorsam», «Gemeinschaft», «Kooperation» haben jeweils einen doppelten Sinn, einen demokratischen und einen faschistischen. Es war nie mehr als heute notwendig, diese Formeln und die, welche sie aussprechen, im lebendigen Zusammenhang des Denkens und des konkreten Lebens mit seinen konkreten Mächten und Interessen jeweils genau zu prüfen und den echten «demokratischen» Sinn, so wie er eingangs von der christlichen Existenzauffassung beleuchtet wurde, von dem gefährlichen faschistischen Sinn, vom Verrat am Menschen, zu sondern. Denn wenn es um die Demokratie als um die wirkliche Demokratie der Zukunft geht, so geht es in der Tat um das christliche Bild von den europäischen Menschen, dessen Würde davon ab-

hängt, ob es ihm gelingt, der neuen Lebensform des grossen und geschlossenen Wirtschaftens von innen und von unten her, d.h. «demokratisch», Herr zu werden.

3. Oktober 1931



## IV

### **Die Intellektuellen und der Faschismus**

## Intellektuelle und Nationalsozialisten

Der Nationalsozialismus ist keine blosse Strassenangelegenheit mehr. Er ist daran, sich eine breite Gruppe von Intellektuellen, und nicht nur von unzufriedenen Intellektarbeitern, sondern von wirklichen Intellektuellen, sozusagen denkenden Intellektuellen zuzulegen. Oder besser umgekehrt ausgedrückt: es gibt immer mehr Intellektuelle, die der nationalsozialistischen Bewegung «anheimfallen», die vor ihrem Impuls «Umfallen», vor ihr «kapitulieren». Immer häufiger liest man verdächtig nationalsozialistisch gefärbte Äusserungen von Wissenschaftlern, denen man es nicht zugetraut hätte. Die Gegner des Nationalsozialismus müssen sich auf diese Komplizierung der Sachlage einstellen. Sollte in einer Konstellation der faschistischen Kräfte und Tendenzen der Nationalsozialismus zur Macht kommen, *so wird ihm eine breite Schicht von Intellektuellen zur Verfügung stehen*. Sie breitet sich zur Zeit ideologisch auf den Augenblick vor, wo sie von der tragenden Bewegung auf den Gipfel der Zeit gehoben sein wird: wo ihr «Geist» «Tat» werden kann.

Die *Motive* dieser Hinneigung zum Nationalsozialismus sind natürlich sehr verschieden. Man kann schon annehmen, dass viele einfach nur die günstige Konjunktur – «wintern» wäre wirklich zu viel gesagt: sie ist ja sozusagen schon da. Die Leute, die das Gras wachsen hören, die ganz Schlaun, sehen das Dritte Reich unmittelbar vor der Türe, und sie mögen, wie so oft, auch diesmal recht haben. Dann sind da auf der anderen Seite die vielen Idealisten verschiedenster Art, die an der Welt verzweifeln, um der Vermasung oder der Entartung oder der Mediokrität oder des politischen Sumpfes oder des Schwundes der politischen Entscheidungskraft willen, und die nun aus dieser Verzweiflung heraus auf den Natio-

nalsozialismus als auf die letzte Karte setzen: vielleicht wird diese Bewegung, wenn sie einmal ihre Pubertätszeit überwunden hat, doch mehr Ordnung, mehr Sauberkeit, mehr Entschiedenheit, mehr Redlichkeit, mehr Führung, mehr Verantwortung in die Welt bringen.

Nun, das sind private Motive, die man respektieren kann. Es ist schade, dass diese rechtlichen Menschen auf eine falsche Karte setzten, dass ihnen auch diese Enttäuschung nicht erspart bleiben wird. Es gibt aber auch Fälle, in denen die Kapitulation Intellektueller vor dem Nationalsozialismus nicht privat, sondern *typisch* ist, typisch für die Situation des liberalen gebildeten Bürgers, vor allem des Akademikers, der es heute überhaupt nicht leicht hat, wenn er nicht Sozialist oder Katholik ist. Man kannte das Liebäugeln vieler dieser liberalen Gebildeten mit der faschistischen Ideologie. Der Nationalsozialismus, der ja als Sozialrevolte mit der eigentlichen faschistischen Ideologie nicht ohne Weiteres zusammenfällt, erscheint diesen Gebildeten im Wesentlichen als *die grosse Bestätigung ihrer faschistischen Gedankengänge* und als *die historische Vollstreckerin des Faschismus*. Darum die neue Radikalität und der neue Mut zum Bekenntnis dieser faschistischen Neigungen, darum die Zuspitzung und Konkretisierung der Forderungen. Was in der vornehmen Ruhe akademischer Seminare auf der Grundlage der Lebensphilosophie, im Anschluss an Sorel\* und den italienischen Faschismus gegen Demokratie, Ökonomisierung, den «bürgerlichen Rechtsstaat» wissenschaftlich formuliert wurde, das kann sich nun politisch konkretisieren und aktualisieren. Die «Bewegung», die «Aktion», die «Elite», – sie waren wissenschaftliche Termini, und siehe da: es gibt sie wirklich, man kann sie sehen und hören, sie machen sich recht kräftig bemerkbar, – und sie werden es schaffen. Das erlaubt einem, schon einmal etwas mehr die Dinge beim Namen zu nennen.

\* Zu Sorel vgl. Anmerkung S. 172

Umgekehrt hat auch die nationalsozialistische Bewegung selbst *ein starkes Interesse an Intellektuellen*, welche eine *faschistische Ideologie* präsent haben und entwickeln können. Es ist nicht schwer nachzuweisen, warum. Wenn der Nationalsozialismus ernsthaft sein «Ziel» entwickeln soll, wird er in einige Verlegenheit geraten. Der kleine Kaufmann und der kleine Handwerker, die der antikapitalistischen und antimarxistischen Parole des Nationalsozialismus folgen, werden sich das «Dritte Reich» nicht anders als in der Form der Restauration eines Wirtschafts- und Gesellschaftszustandes wünschen, in der sie wieder Bewegungsraum und Bewegungsfreiheit haben, in der sie aus der Zange Kapital-Arbeit befreit wieder erfolgreich und frei wirtschaften können. Der Angestellte aber zum Beispiel, der die antikapitalistische Parole mitmacht, weil sie seiner Arbeitnehmerposition gegen den Arbeitgeber entspricht, und der die antimarxistische Parole mitmacht, weil er sein bedrohtes und schwindendes bürgerliches Bewusstsein gegenüber der sozialistischen Forderung auf Annahme und Anerkennung der Proletarität verteidigen will, dieser Angestellte wird sich das «Dritte Reich» ziemlich anders vorstellen: er müsste beim genaueren Nachdenken feststellen, dass seine eigene Existenz durchaus vom Ausbau eben jener arbeitsteiligen Grosswirtschaft abhängt, von der sich der Handwerker und Kleinkaufmann in die Zange genommen weiss. Er müsste sich zum Beispiel sagen, dass es kaum einen geeigneteren Massstab für den Grad der hochkapitalistischen Entwicklung gibt (die hier für die grosswirtschaftliche Entwicklung überhaupt steht, als die heutige Form dieser Entwicklung), als das absolute und prozentuale Anwachsen der Angestelltenziffern. Sein Interesse geht zwar nach einer besonderen und sichereren Stellung und ist in diesem Sinne gegen den Kapitalisten als seinen Arbeitgeber gerichtet, aber nach einer besseren und sichereren Stellung *innerhalb* der arbeitsteiligen Grosswirtschaft, und damit eigentlich sogar positiv nach dem weiteren Ausbau des Gesamtsystems. Was

das positive Ziel angeht, so sind die in der nationalsozialistischen Bewegung nebeneinander marschierenden Angestellten und Mittelständler also durchaus gegensätzlich interessiert. Was für diese beiden Gruppen gilt, gilt mehr oder weniger für alle Gruppen der Bewegung: man denke nur an die verschiedenen Interessen der kleinen Bauern und der Grossgrundbesitzer. Deshalb darf über das Ziel nicht allzu deutlich geredet werden, die Proklamierung eines konkreten Zieles müsste die Bewegung sprengen. Nichts kommt in dieser Situation also gelegener als eine Ideologie, welche die Frage nach dem «Sinn» und dem «System» als rechenhaft, als unpolitisch, als lebensschwach für verächtlich erklärt und die Bewegung als Bewegung, die Kraft als Kraft, die Aktion als Aktion proklamiert, und nicht die Aktion vom Ziel, sondern das «Ziel» von der Bewegung abhängig macht. Die *faschistische Ideologie* wird so zum *Rechtfertigungssystem* einer Taktik, die infolge der inneren Gegensätze der Bewegung für sie *lebensnotwendig* ist.

Die Nationalsozialisten brauchen also die Intellektuellen, und zwar als Verkünder der faschistischen Ideologie. Es wurde schon angedeutet, dass die Intellektuellen auch den Nationalsozialismus brauchen. Sie hätten freilich – wenn wir von den religiösen Gebundenen einmal ganz absehen – noch zwei andere Möglichkeiten. Der eine Weg könnte sie an die Seite des Proletariats führen: zum *Sozialismus*; das ist ein Weg nicht ohne Problematik, und vor allem: ein Weg, der eine «Bekehrung» voraussetzt und eine «Wandlung» einschliesst, und immer auch ein Opfer, eine Bereitschaft zur Einordnung und Unterordnung, ein Weg, der schliesslich bei den herrschenden Verhältnissen in der «Gesellschaft» wieder sehr viel unbequemer und konsequenzenreicher ist, als er es im November 18 gewesen ist. Die andere Möglichkeit ist die, *liberal zu bleiben*: sich persönlich von der neuen Welt zu distanzieren und sich zu seiner alten Welt und ihrer Grösse und ihrem Wert zu bekennen; aber mit Würde und Grösse können

sich diese Wahl nur Menschen erlauben, die wirklich von dieser Welt geprägt sind und in ihrer Fülle existieren. Der gute alte Liberale, wie er vor allem in einigen älteren Wissenschaftlern noch lebendig unter uns lebt, ist in seinem respektfordernden Anspruch auf die persönliche Anerkennung seiner Existenzform menschlich nicht weniger imponierend als der eine oder der andere Adelige, der wirklich noch von der Feudalität geprägt ist, der einsieht, dass man von da her keine Politik mehr machen und keine Welt gestalten kann, der aber das persönliche Recht und die persönliche Kraft hat, dem Anspruch der Welt zu entgegnen: Ich bin so und bleibe so, und ihr müsst mich schon so verbrauchen, wie ich bin: mein Tod gibt euch den Weg frei. Wenn aber die Selbständigkeit und Kraft zu dieser Haltung fehlt, wenn auf der anderen Seite die Kraft zur Einsicht und zur Bekehrung zum Sozialismus fehlt, wenn einer trotzdem nicht auf das Handeln in der Welt und den Einfluss in der Welt verzichten will, – dann kommt ihm der Nationalsozialismus als Bewegung und der Faschismus, als die Weise, ihn mit gebildeten Argumenten zu rechtfertigen und sich ihm durch die Lieferung dieser Argumente unentbehrlich machen zu können, ebenso gelegen wie dem Nationalsozialismus die faschistische Ideologie und ihre gebildeten Verkünder gelegen kommen.

Hier liegt das Geheimnis des Umfalls des gebildeten Intellektuellen. Nun braucht er keine verlorene Position mehr zu halten: er kann sich auf der Höhe der Zeit wähnen, er kann Antikapitalist sein, ohne Sozialist werden zu müssen, er kann antibourgeois sein, ohne sein Bürgertum aufgeben zu müssen, er kann revolutionär sein, ohne ein Risiko auf sich nehmen zu müssen, er darf gegen die «ewige Diskussion» sein, ohne auf das Diskutieren verzichten zu müssen, er kann antiintellektuell sein, ohne das Bücherschreiben sein lassen zu müssen: er hat seine neue Heimat gefunden, die allerneueste und allmodernste sogar, die ihm dennoch erlaubt, zu bleiben, was er war.

Man kann für diese Haltung viele Beispiele anführen. Es fehlt wirklich nicht an literarischen Belegen neuesten Datums. Wir haben die Gelegenheit, schon jetzt die Menschen zu studieren, die in wenigen Jahren vielleicht die staatliche Kulturpolitik bestimmen werden. Sie werden es – wenn überhaupt – sicherlich nicht für lange Jahrzehnte tun, denn die Konstellation, in der diese Kräfte zusammen mächtig werden können, ist zu brüchig und zu widerspruchsvoll, um sehr lange halten zu können; die Zersetzung und die Bildung einer stärkeren Gegenfront, welche die Wirklichkeit mehr für sich hat als der Faschismus, würde ihr über kurz oder lang ein Ende machen. Immerhin haben sie die Chance, soviel zu verderben, dass es sich lohnt, sich diese intellektuellen Weggenossen der faschistischen Kräfte genauer anzusehen. Das soll an dieser Stelle an dem Beispiel eines besonders prominenten Vertreters demnächst geschehen.\*

13. Juni 1931

\* Im Aufsatz «Soziologie, gebrauchsfertig fürs Dritte Reich» (in: Deutsche Republik, 5.Jg. (1930/31), S. 1234-1239) setzt sich Walter Dirks mit der Broschüre «Revolution von rechts» des Soziologen Hans Freyer auseinander (vgl. dazu auch den Aufsatz «Nationaler Faschismus», S. 171-199 in diesem Band).

## Zur Entstehung der faschistischen Theorie

Es war ein langer über mehrere Stufen führender Weg, bis sich aus den mannigfaltigen Formen des irrationalistischen Protestes, den die Spitzengruppe der bürgerlichen Intelligenz gegen die Sinnentleertheit der bürgerlichen und die Mechanisierung der kapitalistischen Welt erhob, und aus den mannigfaltigen Formen des «Unbehagens» der Bürger selbst die *reine faschistische Theorie* entwickelt hatte. Es würde zu weit führen, den Stufen dieser Entwicklung historisch nachzugehen. Es sollen nur wenige entscheidende Wendungen skizziert werden.

Der alte Irrationalismus war reine Kritik, und zwar reine Geistkritik gewesen. Er hatte gewiss das Pathos des grossen Anklägers gehabt, aber es war ihm, wenn es ihm überhaupt um eine Änderung, eine Reform zu tun war, doch nur um die *Änderung des Geistes* zu tun, um die «Umwertung der Werte». Er hätte es weit von sich gewiesen, wenn man ihn für eine Zuständereform bemüht hätte. Aber es liegt in der Tendenz der weitergehenden Zersetzung der bürgerlichen Welt und in der weitergehenden Vermassung und Mechanisierung der vom Kapitalismus bestimmten Welt, dass sie auch den Intellektuellen immer näher auf den Pelz rückt, dass es immer ernster, immer konkreter, immer bedrohlicher wird. *Aus einer Wertkrise wird eine Existenzkrise*, – zunächst immer noch im Sinne der kulturellen Existenz. Vor einem halben Jahrhundert sah man Europa unwürdig, entwertet, abgefallen, ungeistig, aber seine Existenz selber stand fest, – allmählich aber sieht man sein kulturelles Weiterexistieren überhaupt bedroht. Daraus ergibt sich eine langsame *Zuspitzung der irrationalistischen Kritik*. Sie wird reformerischer, geht näher an die Zustände heran, wird aktivischer.



Das heisst: sie beginnt sich für die *konkrete Gesellschaft* zu interessieren. Zwar erkennt sie noch nicht ihre wirkliche Struktur, sie erkennt sie noch nicht als Gesellschaft, aber sie wendet sich doch wenigstens der konkreten Gesellschaft zu. Es ist nicht uninteressant, dass einer der ersten Versuche, die in der Lebensphilosophie gewonnene Neu Wertung auf einen bestimmten Ort in der Gesellschaft zu beziehen, auf das *Proletariat* stossen musste. *Sorels* Bestimmung des Proletariats als der kämpfenden Elite war ein solcher Versuch der gesellschaftlichen Lokalisierung des zunächst aus der Situation der bürgerlichen Intellektuellen gewonnenen Irrationalismus. Ein eigenartiger Versuch: war im Marxismus das Proletariat aus seiner eigenen ökonomischen und gesellschaftlichen Situation gedeutet und blieb es in der Geschlossenheit dieser Deutung, die das Proletariat als Selbstdeutung erfuhr, so werden hier auf das kämpfende Proletariat die Wertbegriffe angewandt, welche die bürgerliche Intelligenz in ihrer Opposition gegen das Bürgertum aus seiner Lage entwickelt hatte. Es sind also fremde Wertbegriffe. Dennoch werden in dieser Deutung wesentliche Momente des kämpfenden Proletariats getroffen; die lebensphilosophische Umwertung verhehlt nicht ganz die reale Umwertung, die das Proletariat aus seiner Klassensituation vornahm, die *Heroisierung* der Bewegung und des Kampfes als der Wirkweisen des irrationalen Lebens trifft die wirkliche geschichtliche Bewegung des Proletariats; der Kult der Aktion und der Revolution (als Formen des Lebens), der Kult des Machtwillens trifft seinen wirklichen revolutionären Machtwillen. Die dieser Sicht entsprechende Abwertung der bürgerlichen Welt entspricht in etwa der Existenzgegnerschaft der proletarischen zur bürgerlichen Klasse. Aber es liegt doch in dieser Betrachtungsweise die Tendenz, *die ökonomische Basis des Proletariats zu übersehen* und damit zu einem schiefen Begriff des Proletariats zu kommen.

\* Zu Sorel vgl. Anmerkung S. 172

Diese Tendenz liegt umso näher, als der Irrationalismus die ökonomische Sphäre, die Sphäre der Wirtschaftsgesellschaft, an sich beargwöhnt (weil sie ihm als Domäne des rechenhaften und utilitaristischen Geistes erscheint) und geneigt ist, allen wesentlichen Kategorien der Gesellschaftsbetrachtung, vor allem dem Funktionsbegriff, die irrationale Individualität und die «Freiheit» als schöpferische Spontaneität gegenüberzustellen. Das alles ist die Voraussetzung dafür, dass später Mussolini so leicht den Bruch mit dem Proletariat vollziehen konnte: verschwindet in dem Begriff der «proletarischen Elite» das ökonomisch gestimmte «proletarisch» immer mehr hinter der lebensphilosophisch gestimmten «Elite», – so ist der Abfall des Sozialisten zur Frontkämpferelite begreiflich. Im Begriff der «proletarischen Elite» sind Nietzsche und Marx zusammen. In Mussolinis Wendung, wie alle diese Vorgänge durch das Kriegserlebnis entscheidend mitbestimmt, hat Nietzsche über Marx gesiegt.

Es ist der Abfall zu einer anderen, zu der zweiten Form der Anwendung des bürgerlichen Irrationalismus auf die konkrete Gesellschaft, der in dieser Wendung geschieht. Sie geschah im *neuen Nationalismus*. Das Bürgertum hatte im Kampf gegen den Absolutismus den Feudalismus und den Klerikalismus sich in der Form der *Nation* konstituiert. Aber trotz der Romantik und trotz der idealistischen Philosophie hatte für das Bürgertum selbst die «Nation» keinen religiösrevolutionären Charakter. Sie war die höhere Einheit, die man gegen den Partikularismus ausspielte, sie war die niedrigere, die konkrete Einheit, in der die höhere der Menschheit erfassbar wurde, sie war die Formel, unter der man in Deutschland die Einigung des Bürgertums mit Monarchie und Feudalismus begründete (also die Formel des Friedensschlusses zwischen Bürgertum und Feudalismus), sie mochte auch allmählich als letztes Moment der Gesellschaftsdeutung mit dem aufklärerischen Begriff der Menschheit in Konkurrenz treten, sie war Standort der kapitalistischen Expansion und legitimierte den ka-

pitalistischen Imperialismus – aber revolutionär treibendes Moment, geglaubter Gott, wirklicher letzter Wert war sie im alten bürgerlichen Nationalismus nicht. Sie *wurde* es für den innerbürgerlichen antibürgerlichen Irrationalismus in dem Augenblick, als ihn die Zuspitzung der Lage dazu trieb, aus dem Stadium der reinen Kritik hervorzutreten und eine Basis der *Verwirklichung* in der Gesellschaft zu suchen. In dem Augenblick, wo er verwirklichen wollte, wo er also «politisch» wurde, brauchte er einen *Träger* der Verwirklichung, eine Gruppe, die als Repräsentant der neuen irrationalen Werte und als konkreter Gegenspieler der bürgerlich-kapitalistischen liberalen (und der gleichfalls als liberal und kapitalistisch erlebten proletarischen Bewegung) dienen konnte. Aus dem bürgerlichen Nationalismus herausgewachsen und in die antibürgerliche irrationalistische Kritik getrieben, erhöhte er, unter dem stärksten Einfluss des Krieges und des italienischen Beispiels, die «Nation» des Bürgertums zum Träger der irrationalen neuen Werte und konnte sie so gegen die bürgerliche Welt und alle Formen des Ökonomismus, den Liberalismus, den Kapitalismus, den Marxismus, ausspielen. Die Nation ist jetzt die Verkörperung, das Subjekt des irrationalen souveränen Willens zur Macht – die kämpferische Elite der Nationalisten ist zur Verwirklichung der neuen Ideale berufen, der «Staat» ist die oberste Lebensform der Nation: er gehört der nationalen Elite, und seine Machtmittel sind das Instrument, mit dem sie an die Verwirklichung der neuen Gesetzestafeln, ihrer eigenen souveränen Setzung herangeht. Damit ist der *reine Faschismus*, die Theorie des Faschismus geboren.

Die kritische Stellung zur Gesellschaft ist scheinbar verlassen («herein in den Staat»), die Verwirklichung ist scheinbar begonnen – in Wirklichkeit aber steckt auch noch in dieser Form des innerbürgerlichen antibürgerlichen Irrationalismus die *Flucht aus der Zeit*, die *Flucht aus der Gesellschaft* drin: die Nation ausserhalb und oberhalb der Wirtschaftsgesellschaft ist eine *Fiktion*;

die Nation, in ihrer geschichtlichen und natürlichen Irrationalität, existiert nicht anders als in Form der Wirtschaftsgesellschaft, und ihre Krise ist die Krise der Struktur der Wirtschaftsgesellschaft. Im Faschismus will der Irrationalismus aus der Kritik zum gesellschaftlichen Handeln kommen: aber er überspringt den realen Ort des Handelns, wenn er ihn und wenn er die Elite, durch die er handeln will, aussergesellschaftlich und widergesellschaftlich bestimmt, als «Volk», «Nation» oder wie immer. Er stellt die Sinnfrage und beantwortet sie irrationalistisch (etwa: Leben in seiner Manifestation als Macht, die Nation als letzte Lebenseinheit), – aber er konkretisiert diese Sinnfrage nicht zu der Frage nach dem Sinn der *gesellschaftlichen* Situation. Ja, gerade um dieser Sinnfrage aus dem Wege zu gehen – deren Beantwortung ihn selbst und sein Denken in Frage stellen würde –, geht er der Gesellschaft überhaupt aus dem Wege, denkt und argumentiert «rein» «politisch»; den Begriff des Politischen aber gewinnt er durch Ausklammerung der wirtschaftsgesellschaftlichen Gegebenheiten, durch Konstruktion einer auf der reinen Machtordnung beruhenden Staatlichkeit, dem das Wirtschaftliche dann als eine Angelegenheit ohne eigenes Gewicht, als reine Sachangelegenheit «*inkorporiert*» wird.

Mit anderen Worten: Im Faschismus flieht das bürgerliche Denken vor der Krise der Gesellschaft in den fiktiven «reinen» Staat, den «totalenStaat» des «integralenNationalismus». Die «Flucht aus der Zeit» des alten rein betrachtenden und kritischen Irrationalismus ist nicht durch eine wirkliche Wendung zur wirklichen Zeit, sondern durch eine *neue Fluchtform* ersetzt. Das bürgerliche Denken, das in der verzweifelten Situation der Gegenwart nicht mehr nach «rückwärts, in das *reine Denken*, flüchten kann, flieht nun nach *vorwärts*, in die *reine Tat*. Das, wovor es flüchtet, ist in beiden Formen dasselbe: die gesellschaftliche Selbsterkenntnis und ihre Konsequenzen: das Denken und die Tat in der Wirklichkeit der Gesellschaft.

Aber diese Flucht aus der Gesellschaft kann natürlich in Wahr-

heit nicht gelingen. Was nicht einmal für das Stadium der Kritik auf die Dauer möglich war, wird für den Versuch der Verwirklichung erst recht unmöglich. Will man verwirklichen, so ist man auf reale Kräfte angewiesen, – und diese realen Kräfte sind nur als Kräfte *innerhalb* der Gesellschaft *verfügbar*. Man mag an die nationale Elite *appellieren*: wer sich auf diesen Appell hin meldet, ist selbst in dem Kampf und in das Interessengefüge der gesellschaftlichen Gruppen einbezogen. Aber weder die Appellierenden noch die Angerufenen brauchen das zu wissen; viele von ihnen haben sogar ein *Interesse* daran, es nicht zu wissen. Darin besteht die besondere Gefahr des faschistischen Denkens der Intellektuellen: sie verbünden sich im Versuch der Verwirklichung unter der falschen Flagge der faschistischen Front mit gesellschaftlichen Gruppen, – aber diese Verbindung bleibt *unkontrolliert*. Diese Gruppen missverstehen sich selbst, wenn sie sich in der Deutung der faschistischen Theorie verstehen. Die offenkundigste dieser Verbindungen ist die mit dem *revoltierenden Mittelstand*, – das Bündnis der Faschisten mit Hitler und dem *Nationalsozialismus*; darüber und über die anderen nicht minder gefährlichen Zusammenschlüsse wird noch ausführlicher zu reden sein.

13. Februar 1932

## Die Faszisierung der Intelligenz

### I

#### Der Protest des Lebens in der bürgerlichen Welt

Man kann die Faszisierung der bürgerlichen Intelligenz nicht richtig und nicht in ihrer vollen Tragweite begreifen, wenn man sie nicht aus ihrem Zusammenhang mit *der* Bewegung begreift, die als Gegenbewegung gegen die Ideale der Aufklärung und die mit ihnen eng verwachsene bürgerliche Welt schon seit andert-halb Jahrhunderten in vielen Formen lebendig ist, aus ihren Zu-sammenhängen vor allem mit der stärkeren und reineren Ausprä-gung dieser Bewegung, die sich seit Nietzsche als «*Lebensphilo-sophie*» in immer grösserer Breite philosophisch ausgesprochen hat. Eine doppelte Bewegung spricht sich da aus: eine Bewegung im *Denken*, im *Bewusstsein*, das sich mit der rationalistischen In-terpretation der Welt und der Gesellschaft nicht mehr zufrieden geben kann, nachdem die aufsteigende bürgerliche Welt (– als die gesellschaftliche Basis des Denkens der Aufklärung –) zu ihrem Ziel gekommen ist und damit ihren grossen geschichtlichen Sinn, ihren Hintergrund, ihre Grösse verloren hat, – und eine Bewe-gung im «*Leben*» *selbst*, ein wachsendes Unbehagen des Lebendigen, des konkreten Menschen, der innerhalb einer immer mehr mechanisierten Welt leben muss, von einer fremden rationalen Sachwelt gelobt wird und selber nicht mehr «leben» kann. Aber wir müssen diese doppelte Bewegung sofort scharf abgrenzen ge-gen einen *anderen* Protest des Lebendigen, der sich gegen die-selbe Vergewaltigung des Lebens an einer ganz bestimmten Stelle erhebt: den Protest des *Proletariats*, der sich zuerst in chao-

tischer Form anmeldete (Maschinenstürmerei, utopische Sozialisten, Anarchismus usw.), dann im Marxismus seine theoretische Klärung und Wegweisung erfuhr. Der eigentliche Unterschied zwischen diesen beiden Formen des Protestes, die das 19. Jahrhundert gegen die sinnentleerte bürgerlich-liberale und die lebens-tötende kapitalistische Welt entwickelt hat, liegt in Folgendem:

Auf der bürgerlichen Seite wurde eine eigentliche Krise nur bei der Spitzengruppe der *Intelligenz* fühlbar, als eine typische *Krise des Bewusstseins*; in der breiten Masse der Bürger selbst entsteht höchstens ein wachsendes Unbehagen, das seinerseits dieser Spitzengruppe Echo, Atmosphäre, Leser und Buchkäufer schafft; der materielle Wohlstand der Bürger verhindert ein Durchbrechen der Krise in tiefere Schichten des Seins, verhindert radikale Fragestellungen. In den Proletariern aber war das Leben *selbst* an der *Wurzel* bedroht; nicht ein Unbehagen liegt vor, sondern eine *wirkliche Existenzgefährdung*; die daraus erwachsende Kritik hat ernsthaften, radikalen, *prinzipiellen* Charakter: sie stellt nicht nur den *Sinn* der bestehenden Ordnung in Frage (wie das lebensphilosophische Kritik ja auch tut), sondern sie stellt den *Bestand* dieser Ordnung selber in Frage: sie stellt ihr die eigene Ordnung entgegen und macht sich daran, in der revolutionären Auseinandersetzung diese eigene Ordnung an die Stelle der alten zu setzen; sie macht den Versuch, die Mechanismen der arbeitsteiligen Gesellschaft wieder in die Hand des Lebens zu bringen und damit für das Leben unschädlich zu machen, indem sie sich anschickt, sie in die Hand der produktiven Menschen selbst zu geben.

Es ist eine historische Tatsache, dass mit der wachsenden Macht der Arbeiterbewegung, die mit einer Periode der allgemeinen *Prosperität* zusammenfiel, der Grossteil der Arbeiterschaft diese *revolutionäre Haltung aufgeben* und sich in die bekämpfte Welt zwar nicht ideologisch, aber doch praktisch eingegliedert hat. Die gegenwärtige Krise ist die Antwort auf die Frage, ob die-

se Wendung, im Ganzen der geschichtlichen Aufgabe des Proletariats gesehen, richtig oder verhängnisvoll gewesen ist. Die gegenwärtige Krise wird aber auch erweisen, dass hinter und unter der Anpassung auch in der Bewegung des Proletariats in ihrer ganzen Breite noch dieser grundsätzliche Protest gegen die bürgerlich-kapitalistische Welt als Unterstrom vorhanden ist; jenseits der liberalen Schwächung wird sich erneut der konkrete Protest des wirklich ausgebeuteten, des wirklich ohne Würde existierenden, des wirklich von einem fremden Sachmechanismus vergewaltigten Lebens erheben.

Der einmal ausgesprochene innerbürgerliche Protest der lebensphilosophischen Spitzengruppe des intellektuellen Bürgertums hat diesen vorübergehenden Friedenschluss des Proletariats mit der bürgerlichen Gesellschaft und dem bürgerlichen Staat wohl bemerkt. Aber diese Gruppe hatte keinen Anlass zum Hochmut. Denn sie erkaufte ihre eigene Reinheit, ihre eigene Konsequenz, ihre eigene Unerbittlichkeit mit ihrem *Verzicht auf die wirkliche Welt*. Das Unbehagen des lebendigen Bürgers liess die verschiedenen Formen des «Irrationalismus» entstehen, liess überrationale Begriffe und Werte, wie den Strom des Lebens selbst, den dionysischen Rausch, den Willen zur Macht, die Libido, oder auch die über-rationale Gestalt, die apollinische Form, oder aber auch bestimmte Inhalte solchen irrationalen Charakters, wie das «Volk», das «Blut», oder auch so etwas wie die heilige Ordnung des Frankreichs der «Action Française»\*, zu letzten norm- und sinngebenden Göttern erheben, – aber dieser Irrationalismus verschiedenster Form, von Nietzsche bis zu Klages und Stefan George\*\* wurde nie Basis der *Weltgestaltung*, der Gesell-

\* Zur Action Française vgl. Anmerkung S. 214

\*\* Zu Ludwig Klages vgl. Anmerkung S. 195. Klages gehörte auch zum Kreis um den Dichter Stefan George (1868-1933), in dessen Versen eine streng eli-



schaftsgestaltung, sondern er blieb einzig und allein *Basis der Kritik*. Das hohe Recht, sich nicht mit dieser Zeit zu identifizieren, sich nicht mit dieser Zeit zu beflecken, wurde erkaufte mit der *Flucht aus der Zeit*, – einer Flucht, die bei den grössten Köpfen und Herzen dieser Bewegung in persönlichgültiger Form gelebt worden ist; aber diese Haltung wurde bei den weniger grossen Köpfen und Herzen und für alle in immer steigendem Masse dadurch *vergiftet*, dass diese reinen und unbefleckten Kritiker ja doch faktisch *in* dieser Zeit und *von* ihr lebten, aus ihr ihre Gehälter und Honorare bezogen, durch tausend reale Bande mit ihr verbunden waren, von ihren Errungenschaften profitierten, ihre Annehmlichkeiten genossen, – ihre Schuld Verbundenheit aber leugneten. Das ist der innere Zwiespalt der Position des bürgerlichen Irrationalismus: er spielt geistig das Irrationale gegen die bürgerliche Entleerung und die kapitalistische Mechanisierung und Vergewaltigung aus, – aber er ist lebensmässig dieser bürgerlichen Welt verbunden. Er richtet sich in der bürgerlichen Welt eine Kammer der Kritik, der Klage, selbst des Protestes ein, – aber er *bleibt in* dieser Welt. Er findet den Ort nicht, von wo aus er die von ihm beklagte Welt wirklich *aus den Angeln* heben kann. Um diese gesellschaftliche Welt aus ihren Angeln heben zu können, braucht man einen gesellschaftlichen Ort ausserhalb dieser gesellschaftlichen Welt. Tut man den Schritt nicht, den Marx und viele andere bürgerliche Intellektuelle getan haben, den Schritt zu der aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgestossenen Gruppe des Proletariats, so findet man einen solchen Ort *nicht*: man ist ausserstande, die Welt zu verändern, – man ist darauf zurückgeworfen, sie in Selbstkritik zu interpretieren, sie zu kritisieren.

Daraus ergibt sich noch ein anderer wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Formen des Protestes, die das neunzehnte

täre Lebensauffassung Nietzsches in der Tradition Friedrich (1844-1900) sowie Visionen eines neuen Reiches Germanien wiederauflebten.

Jahrhundert erfüllen: diese innerbürgerliche Kritik an der bürgerlichen Welt muss in der Sphäre des *Bewusstseins*, des *Denkens* bleiben. Wer als Ort der Krise die Gesellschaft, die in der Produktion der Gesellschaft tätigen Menschen und Menschengruppen erkannte – der war darauf verwiesen, zum Proletariat zu gehen –, wenn anders er ehrlich war. Wer das nicht erkennen konnte oder wollte, der war darauf angewiesen, reine Geist-Kritik, «Kulturkritik» zu üben. Indem er den wahren Ansatzpunkt im gesellschaftlichen Sein des Menschen verfehlte, war er genötigt, sich im reinen Bewusstsein aufzuhalten. Wie hier Ursache und Folge im Einzelnen auch zueinanderstehen: Flucht aus der Zeit und reine Geistkritik hängen untrennbar miteinander zusammen.

Mit dieser kurzen und nur andeutenden Skizzierung der lebensphilosophischen Kulturkritik, ihrer Beziehungen zur bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Abgrenzung gegen die proletarische Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, einer Skizzierung, die nur sehr grob die Situation der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und der Jahre vor dem Krieg erfassen will, ist nur *eine*, aber eine *wichtige* Voraussetzung des faschistischen Denkens erfasst. Die Entstehung des eigentlichen faschistischen Denkens und seine eigentümliche Wendung, die wir im Augenblick in Deutschland erleben, wird in weiteren Artikeln skizziert werden müssen.

## II

### Die Theorie und die Praxis

Mag sich der Faschismus der bürgerlichen Intellektuellen, der ihren Liberalismus abgelöst hat, noch so *gesellschaftsfeindlich* gebärden, der «atomisierten», der «utilitaristischen», der würdelosen Gesellschaft die neuen Werte und die neuen Worte entgegensetzen: will er an die *Verwirklichung* denken, sucht er sich Men-

schen, die seine Ideen annehmen und für sie zu kämpfen bereit sein sollen, – so findet er diese Menschen nur *in* der Gesellschaft. Mag er sie noch so sehr in «allen Schichten des Volkes» suchen: er findet sie niemals als einzelne Nationalisten, sondern er findet sie als *Gruppen*, und zwar als gesellschaftliche Gruppen. Denn der lange Weg von der Einsicht, den Ideen, den Idealen der Einzelnen zum Herrschaftsanteil am Staate führt über die gesellschaftliche Gruppe: Existenzanliegen sind es, die die Menschen in politische Bewegung bringen, und Existenzanliegen sind in der heutigen Gesellschaft die Anliegen von Gruppen gleichen gesellschaftlichen Standorts. Ob der Faschismus mag oder nicht: wenn er sich den Menschen glaubwürdig und annehmbar machen will, muss er sich bestimmten gesellschaftlichen Gruppen in bestimmter gesellschaftlicher Situation annehmbar und glaubwürdig machen.

Er will das freilich nicht wahrhaben. Er begrüsst die Welle der nationalsozialistischen Bewegung als den «Aufbruch des Volkes», die «Revolution der Nation»: dabei könnten ihn die Wahlstatistiken darüber belehren, dass er mit der Bewegung des *Mittelstandes* und der Bauern zu tun hat, also mit einem Komplex von gesellschaftlichen Gruppen, die durchaus *als* Gruppen der Wirtschaftsgesellschaft in Bewegung geraten sind.

Im Nationalsozialismus wird der Faschismus der Intellektuellen zum Faschismus der Bürger selbst: *Die Intelligenz hat zum Bürgertum heimgefunden*. Die Denkkrise des Bürgertums war, obschon innerbürgerlich, doch antibürgerlich, solange das Bürgertum wirtschaftlich saturiert war: damals eiferten die irrationalistischen Propheten gegen die *Zeit*, – die eben die *bürgerliche* Zeit war. Nachdem das Bürgertum selber in der Wirtschaftskrise lebt, unruhig wurde, sich in Bewegung setzt, können Denkkrise der bürgerlichen Intellektuellen und Wirtschaftskrise der Bürger selbst wieder eins werden. Die Intellektuellen liefern den Bür-

gern die Theorie, die Bürger liefern den Intellektuellen Wählerstimmen, Parteiorganisation: Machtchance. Beide verstehen sich in einem missverstandenen Dritten: der «Nation».

Es gibt *Mittelpersonen* in diesem Prozess: Menschen, die in beiden Situationen stehen: gebildete, intellektuelle Bürger, vor allem aber: gebildete, intellektuelle, akademische *Angestellte*. Der selbständige Bürger hat auch in der Krise selbst noch Elemente in seiner Situation, die ihm den Liberalismus nahelegen oder jedenfalls den Antiliberalismus dämpfen: auch dem kämpfenden oder untergehenden Selbständigen ist «Selbständigkeit», Wirtschaftsfreiheit ein Argument, das ihm schwer zu schaffen macht. Der Angestellte hat in dieser Beziehung keine Hemmungen. War er schon lange in einer zwiespältigen Lage: wirtschaftlich abhängig hier, bürgerlich gebildet dort («Persönlichkeit»!), so geben ihm die neue Mittelstandsbewegung des Nationalsozialismus und die faschistische Theorie von neuem die Scheinmöglichkeit einer entschiedenen Haltung. Er steht zwischen der freischwebenden Intelligenz und den wirtschaftenden Bürgern, der gegebene Vermittler und ehrliche Makler in diesem neuen Bündnis.

Nicht nur besonders umfassende, sondern auch besonders falsche, von ihren Trägern *nicht verstandene* Theorien haben die Eignung, viele, selbst gegensätzliche Gruppen zeitweilig unter einen Hut bringen zu können. Je richtiger eine Theorie ist, umso bestimmter ist der Kreis der Menschen und Gruppen, denen sie existenzmässig zugänglich ist. So ist der Sozialismus eine *proletarische* Theorie; wenn er den Anspruch erhebt, eine totale Theorie zu sein, so nur deshalb, weil er in der Proletarität das Schicksal der Gesellschaft, im neuen proletarischen Ganzen *das* neue Ganze der Gesellschaft erblickt. Der Faschismus erhebt *seinen* Totalitätsanspruch unberechtigt, weil er ihn nicht von der zentralen Stelle aus, nicht vom Ort der geschichtlichen Wandlung aus,

sondern von einer verlorenen Position aus erhebt und weil seine totale Theorie, die Theorie der «Nation», die wirkliche geschichtliche Stunde nicht trifft. Aber gerade deshalb kann diese Theorie Gruppen aneinanderbinden, die nie zueinanderkämen, wenn sie sich richtig verstünden.

Die Mittelstandsrevolte, zu deren Anwalt sich die faschistischen Intellektuellen machen, wendet sich gegen das Grosskapital und die Arbeitermassen, als die beiden Glieder der Grosswirtschaft, von denen sich die bürgerliche Klein- und Eigenwirtschaft erdrückt glaubt, und wendet sich weiter gegen den Weimarer Staat, in dem sie das Werkzeug dieser beiden Mächte erblickt (und der ja in der Tat das Kompromiss dieser beiden Mächte geworden ist), – aber sie begründet sich nicht als Gruppe zwischen diesen Gruppen, sondern als «Nation». Was Wunder, dass sich das *militaristische Berufssoldatentum* zu dieser Revolte hingezogen fühlt? Diese Gruppe, auch eine Gruppe in der Gesellschaft, ist selber nicht Gruppe der *Wirtschaftsgesellschaft*, sie hat keine *wirtschaftlichen* Anliegen gegen Grosskapital, Marxismus und Weimarer Demokratie, – aber sie hat doch gegen eben diese Mächte *politische* Anliegen, die ebenso ernsthaft sind. Das Berufssoldatentum und sein Anhang hatte seine Geltung und Macht aus der feudalistischen durch die absolutistische bis in die Zeit des bürgerlichen Nationalstaates herübergerettet. Als das siegreiche Bürgertum seinen Frieden mit den alten monarchisch-feudalen Mächten machte, fiel dem Militär und Adel auch im neuen bürgerlichen Staat eine wichtige, eine zentrale Funktion zu. Aber die weitergehende *Ökonomisierung* der Gesellschaft, die gerade vom Grosskapital und von den anonymen Arbeitnehmermassen getragen wird und sich in der heutigen Demokratie als der Herrschaftsform des Geldes und der Masse auch politisch durchsetzen könnte, *bedroht* diese Geltung und diese Macht des Militärs immer gefährlicher. Es *muss* sich darüber Gedanken machen, wie es dem Schicksal entgegen gehen kann, zu einer Spezialbeamtenschaft, zu

einer Polizei und Feuerwehr in der Hand fremder ökonomischer Mächte zu entarten. Die faschistische Theorie kommt ihm gelegen. Das Militär wird sich nicht gerade das «strömende Leben» und die «permanente Revolution» aus dem faschistischen Ideenbestand herausuchen, es wird sich mehr an den «totalen Staat», an die «Elite», die «Diktatur», den «kriegerischen Willen», die «Nation» halten, – aber es findet ja darin gerade genug, was sich im Sinne der eigenen Tendenzen verstehen, annehmen, umdeuten lässt. So werden alte preussische Militärs und Feudale in ihren alten Tagen noch «Faschisten», – von den jungen Herren ganz zu schweigen: *ihnen* kann der Faschismus noch unmittelbarer zur eigenen Theorie werden. Die Intelligenz, der Mittelstand, das Militär findet sich zusammen in der gemeinsamen Front gegen die gehorsame Hinnahme der gesellschaftlichen Weltsituation und ihre sinnvolle Bewältigung. Der nationale Faschismus ist die Theorie, die diesen *Ungehorsam* rechtfertigen und die Front dieses Ungehorsams zusammenhalten soll.

Aber diese reaktionäre Front ist zu schwach: sie kann allein den Versuch nicht wagen, das Rad der Geschichte rückwärts zu drehen. Die ökonomischen Mächte der Grosswirtschaft sind zu mächtig, um einen reinen vorkapitalistischen Antikapitalismus, eine reine feudalistisch-mittelständlerische Revolution aussichtsreich erscheinen zu lassen. Selber über sich nicht im Klaren, im Banne der nationalistischen Theorie, ergreift sie sogar Bundesgenossen aus der ökonomischen Welt der Grosswirtschaft *selber*: sie schiebt zu der neuen, der innerökonomischen Feudalität der Wirtschaftsherren hinüber. Diese Wirtschaftsherren ihrerseits sind in einer Lage, die ein solches Bündnis verlockend erscheinen lassen muss. Der Liberalismus, die freie Konkurrenz Wirtschaft, ist auch von dort gesehen fragwürdig geworden. Wie typisch, dass der Staat in seinen antikartellistischen Aktionen versuchen muss, «*Freiheit*» zu *erzwingen*! Die Wirtschaftsherrschaft stabi-

lisiert sich zur Feudalität der Besitzer und Fachleute. Zugleich aber entsteht die Gefahr, in der Demokratie von den langsam steigenden Arbeitnehmermassen und dazu noch von den eingeengten Mittelständlern überstimmt zu werden: das kapitalistische Interesse an der Demokratie schlägt um in das *wirtschaftsfeudalistische*, – in das «faschistische» Interesse an einer unmittelbaren politischen Herrschaftsform. Divide et impera! Mit den Arbeitnehmern geht es nicht: sie wissen, was gespielt wird; aber vielleicht geht es gegen sie mit den *Mittelständlern*, – denn *die* wissen *nicht*, was gespielt wird. Bestimmt aber geht es mit den klugen Militärs, die ein ganz paralleles Interesse an einer direkten Herrschaftsausübung haben. Wirtschaftssachverstand und militärische Macht, – das ist ein starker Bund. Wie gut trifft es sich, dass eine grosse «nationale Volksbewegung» da ist, die diese Politik legitimiert und den wahren Charakter des gefährlichen Bundes verdeckt!

Der *Faschismus der Intellektuellen* aber, nicht ganz so gemeint, aber von den Machtchancen dieser mächtigen Koalition gewaltig angezogen, gibt dem reaktionären Spiel die *geistige Legitimation*. Metternich, – und die Romantik; Preussen, – und der Rechtshegelianismus; die reaktionäre Front: Wirtschaftsherren, Militär, Mittelstand, – die faschistische Intelligenz: dreimal dasselbe Spiel! Die bürgerliche Intelligenz findet keinen Ausweg aus der geschichtlichen Hoffnungslosigkeit der bürgerlichen Situation: sie verknüpft ein drittes Mal, wahrscheinlich das letzte Mal, ihr Denken mit der Reaktion. Nietzsches Protest gegen die bürgerliche Welt mündet ein in die Verherrlichung und Rechtfertigung, die Vorbereitung der finstersten und gefährlichsten Herrschaftsform, der dämonischsten Ausbeutung und Entwürdigung der europäischen Menschen. Statt sich in die Front einzufügen, die aus dem Schicksal unserer arbeitsteiligen Existenz die sinnvolle, die würdige Konsequenz ziehen will, macht sie mit ihrer Theorie die Front der Sinnlosigkeit, des Ungehorsams möglich.

Das ist die Rolle der faschistischen Intelligenz in Deutschland.  
Das ist das Schauspiel, das wir täglich im Vorgang der Faschisierung der Intelligenz erleben!

30. Januar / 23. April 1932



**«Blendende Ideologie» der jungen Generation –  
Auseinandersetzung mit dem «Tat»-Kreis**

## «Ende des Kapitalismus»

*Zw dem Buche Ferdinand Frieds*

Den Massen des Mittelstandes, die in der Zange der kapitalistischen Krise aus ihrem liberalen Frieden aufgeschreckt worden sind, bietet sich die massive Bewegung des Nationalsozialismus an, einen Weg in die Freiheit zu weisen, zu einem Zustand jenseits des Kapitalismus und abseits der Proletarität, – einem Zustand, der sich bei näherem Zusehen schnell als ein Zustand der «guten alten Zeit» enthüllt. Ist anzunehmen, dass die Gescheiterten aus dieser Schicht doch langsam aus dem Traum vom 14. September\* zu erwachen beginnen? Wir schrieben dies ominöse Datum nun wieder einmal, ein ganzes Jahr nach dem Wahlsonntag, der beinahe, beinahe die nationale Revolution gesehen hätte, «und es ist immer noch nichts geschehen». Der Traum vom 14. September aber hat es in sich, sollte man meinen, mindestens bei einigem Massen Gescheiten nur *akut* wirksam zu sein: als Wunder vom nationalen Erwachen und der nationalen Tat, hinter der mit einem Male alles anders, alles neu sein wird. Bleibt das Wunder zu lange aus, dann muss sich, sollte man meinen, die Wirklichkeit wieder härter vor das geistige Auge schieben. In diese Situation dieser Gescheiterten aus dem Mittelstand, vor allem der aufgeweckteren jüngeren, studierenden, auch der Jugendbewegung nahestehenden Menschen, dieser Schicht, wirken seit Monaten die Autoren des «*Tat*»-*Kreises*\*\* hinein.

\* Bei den Reichtagswahlen vom 14. September 1930 hatten die Nationalsozialisten 107 statt bis dahin 12 Mandate erreicht.

\*\* Zum Kreis um die im Jenaer Eugen-Diederichs-Verlag erscheinende Zeitschrift «Die Tat» gehörten Anfang der dreissiger Jahre neben Ferdinand Friedrich Zimmermann (1898-1967), der unter dem Pseudonym Ferdinand Fried publizierte, u.a. Hans Zehrer (1899-1966), Gieselher Wirsing (1907-1975) und Ernst Wilhelm Eschmann (geb. 1904).

Auch sie haben, wie der Nationalsozialismus, einen Weg aus dem Kapitalismus heraus weit abseits von allem was «rot» ist zum «nationalen Sozialismus» anzubieten; aber arbeitet die NSDAP mit Phrasen und Verleumdungen, mit massiven Affekten und mit Gummiknäppeln, so legt die «Tat» Statistiken und Schaubilder vor, gibt detaillierte Analysen der deutschen Wirtschaft, aller ausländischen Wirtschaft, kennt die Struktur der obersten Regionen der deutschen Wirtschaft genau, zeigt entwicklungsnotwendige Tendenzen, die mit unerbittlicher Strenge genau dahin führen, wohin die «Tat» uns führen will, belegt ihre Verachtung der korrupten und erstarrten alten Kapitalistenschicht und des marxistischen Bonzentums mit bestechendem «objektivem» Material und ist überhaupt so «sachlich», so «objektiv», so «logisch», dass jeder Leser angenehm berührt ist, an solchem Niveau teilzuhaben. *Ferdinand Frieds «Ende des Kapitalismus»*, ein Buch, in dem eine Reihe von Aufsätzen dieses Autors (Pseudonym) zusammengefasst sind (Eugen Diederichs, Jena)\*, wirkt verstärkt in derselben Richtung. Kein Wunder, dass es zur Zeit in den erwähnten Schichten eines der meist diskutierten Bücher zu sein scheint. Seine grosse Gefährlichkeit wird dadurch erhöht, dass es partiell – wenn auch sehr partiell – grosse Qualitäten hat: dass man partiell die oben in Anführungsstriche gesetzten Charakterisierungen auch ohne sie auf das Buch anwenden kann. Daneben steht – besonders im Anfang, bei der Darstellung der Zeitenwende und vor allem des Gelddenkens – phantastischer Unsinn, blühender Kitsch; die Analyse der Gesellschaft hat grosse Lücken; am Ende steht eine gefährliche Utopie. Das alles aber hat einen grossen Schwung, die überzeugenden und genauen Teilanalysen decken die Lücken, die überzeugenden Teilperspektiven decken die Utopie. Einzelnes wirkt hier und da schon gefährlich in die Tagespolitik hinein, wie das Zielbild der «Autarkie»,

\* Die Aufsatzsammlung erschien im Jahre 1931.

– aber gefährlicher noch ist die gründliche Festlegung wertvoller Teile der jungen Generation, auf die es uns sehr ankommen muss. Sie werden wieder einmal mit einer blendenden Ideologie versorgt, die ihrer Situation einigermaßen entspricht, und sind für einige Jahre für eine reale Analyse ihrer eigenen Situation, für eine totale Erkenntnis der wirklichen Struktur der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Deutschlands und der Welt und für eine vertretbare Zielsetzung verloren.

Die *Verdienste* des Buches liegen in doppelter Richtung. Einmal erfahren wir in zwei Kapiteln («Schichtung der Einkommen und Vermögen» und «Oligarchie des Reichtums») Material, das sonst nicht in so flüssiger fertiger Verarbeitung zu lesen ist. Nach einer in Einzelheiten freilich anfechtbaren Methode wird die soziale Verteilung des deutschen Nationalvermögens berechnet, vor allem aber erleben wir in dem zweiten Kapitel sozusagen die persönliche Vorstellung der obersten Hundert in Deutschland: der Grossbesitz wird der Reihe nach, nach Namen, Herkunft und Tendenz, durchgegangen. So etwas liest man gern, hoffen wir, dass es stimmt! Das andere Verdienst ist schon problematischer. Denn die gute Herausarbeitung bestimmter Tendenzen sowohl in der deutschen kapitalistischen Wirtschaft, wie in der Weltwirtschaft überhaupt, – Tendenzen, die dem Ende des Kapitalismus hier und der «Weltwirtschaft» überhaupt als nahe bevorstehend beweisen sollen –, die Herausarbeitung schliesslich einer bestimmten Linie der Reparationsentwicklung, – alles das ist durchaus einseitig, indem die Schwergewichte willkürlich verteilt sind (meist nach der ungünstigen Seite), Faktoren überschätzt, andere unterschätzt werden, – aber es ist in den Einzelheiten oft glänzend und wo nicht überzeugend, so doch bestrickend. Die Gesamtanalyse ist unhaltbar, aber manche Einzelzüge sind gut getroffen.

Freilich: je mehr man dem Ende zu liest, umso mehr merkt man, dass die strenge Sachlichkeit oft nur *vorgetäuscht* ist, dass sich die Schlüsse nicht aus den Prämissen unerbittlich ergeben,

sondern dass weithin die Prämissen zum vorgegebenen Schluss zurecht konstruiert sind. Zwar lehnt Fried im Vorwort die «Fragenach dem, was werden soll», als «kraftlos» ab und stellt ihr das «Erfassen und Begreifen» der Gegenwart gegenüber, aber diese allzubillige Philosophie, die den geschichtlichen Charakter des Menschen verkennt, wird durch das Buch selber, nicht allzu imponierend, Lügen gestraft. Am Schluss reisst der Faden der strengen Entwicklungsreihen, das Ziel des «Tat»-Kreises steht als das da, was es ist, ein *Wunschbild*:

Die Reparationen sind abgeschüttelt, und das ist möglich geworden durch die Herauslösung Deutschlands aus dem Weltwirtschaftsgefüge, – Deutschland ist «autark», ein Selbstversorgerstaat. Sein Hinterland, der Osten und Südosten, ist ihm wirtschaftlich aufgeschlossen. Ein starker Staat, getragen von der jungen nationalen Bewegung, welche die liberale, marxistische Denkweise überwunden hat (und damit die komplette Arbeiterbewegung total erledigt hat), organisiert eine «sozialistische» Planwirtschaft in einem starken Sektor, stützt im Übrigen Bauerntum und Mittelstand, bei eingeschränkter Gewerbefreiheit.

Das Bemerkenswerteste an diesem schönen Zukunftsbild ist wohl die völlige Ignorierung der Frage, wie die in den Arbeiterparteien organisierte *Arbeiterschaft* auf diese Entwicklung reagieren wird; ganz konkret: was mit den etlichen Millionen Kommunisten und Sozialdemokraten geschehen soll, deren Existenz doch nicht damit weggeblasen ist, dass ihre Führer als Bonzen entlarvt sind. Das ist eine der interessantesten Lücken in der Friedschen Perspektive. Eine andere klafft z.B. an der Stelle, wo gefragt werden müsste, wie sich die Militärmacht *Frankreich* zu der geforderten Südostpolitik stellen würde und was Herr Fried – bei allen autarken überlebensgrossen Zollgrenzen – gegen die französische Armee zu tun gedenkt? Soldaten können sogar über Zollgrenzen hinübermarschieren. Die Verkettungen und Verzahnungen können Fried nicht eng genug sein, wenn er das gemein-

same unaufhaltsame Abgleiten in den Abgrund hinein anschaulich macht. Vom Augenblick der Rettung Deutschlands ab, der grossen Wende, werden die Verkettungen und Verzahnungen plötzlich bedeutungslos. Und so läuft es auch hier auf *das grosse Wunder* hinaus.

Interessant und wertvoll wäre der Versuch, den *soziologischen* Voraussetzungen dieser Gedankengänge nachzugehen. Man würde zweifellos im Allgemeinen neben mittelständischen und kleinindustriellen typische *Intellektuellenzüge* feststellen: – es wurde anderswo darauf aufmerksam gemacht, welche typisch intellektuelle Abschwächung in einem anderen (nicht in dem Fried-Buch enthaltenen) «Tat»-Aufsatz\* der Gedanke des Generalstreiks erfährt: dort soll das herrschende System durch einen Vertrauens-Streik der Gesinnungen gestürzt werden; es sei ja eigentlich gar nicht mehr da, lebe nur noch von der ungerechtfertigten Geltung in unseren Köpfen; werde ihnen diese Geltung entzogen, so stürze es zusammen. So denkt man sich am Schreibtisch Revolutionen aus. Auch ohne zu wissen, ob Ferdinand Fried der Sohn dieses oder jenes Grossindustriellen ist, lässt sich ferner an mehreren Stellen ein typisches *Kronprinzenressentiment* feststellen: die Väter-Kapitalisten erscheinen als verkalkt, ihre Minister (die Generaldirektoren – «Hausmeier») als bürokratisierend (ohne Bindung durch «Blut» und «Besitz»), aber die alten Gegner des Königshauses, die Arbeiter, sollen erst recht nicht an die Macht; – wer anders soll herrschen als die Generation der fachmännischen Söhne, – gebunden durch Blut und Besitz, getragen und gerechtfertigt von einer Bewegung der jungen Generation? Diese Situation beeinflusst bei Fried sicher zum mindesten den Ton der Musik, wenn es auch zu einfach wäre, sein ganzes Programm von da her zu begründen.

\* Vgl. Leopold Ziegler: Politischer Streik der Geistigen?, in: Die Tat (Jena), 22. Jg. (1930/31), S. 990-992.

Im Ganzen: ein schillerndes Buch, lesenswert, gut geschrieben, ausgezeichnete Details, Lücken, falsche Gesamtkonzeption, gefährlich vor allem für die junge Generation. Man liest es mit Ärger und Genuss.

26. September 1931

## Fried und Unfried

Der «Tat»-Kreis ist vielleicht geeignet, auf der Seite des populären Antikapitalismus als *Scheidewasser* zu wirken: an ihm scheiden sich sozialistische und faschistische Antikapitalisten. Nun erweist sich, dass er auch anderswo als Scheidewasser wirken kann: er fordert die Gegenseite so heftig heraus, dass wir endlich wieder einmal das Gold eines entschiedenen *kapitalistischen Bekenntnisses* zu sehen bekommen. Dies Bekenntnis hat wie Gold den Wert der Seltenheit; im Allgemeinen war den Anhängern des kapitalistischen Systems in den letzten Monaten die Lust zum Bekennen vergangen, – sie brauchten ihre Feder mehr, um Detailforderungen zu begründen, als um in ihrer Welt die beste aller möglichen Welten zu rechtfertigen. Nun versucht das Ulrich *Unfried* in der «Frankfurter Zeitung»\*. Man muss betonen: die beste aller «*möglichen*» Welten – denn um sie nach amerikanischer Manier als die beste aller *denkbaren* Welten darzustellen, dazu räumt Unfried selber und mit starkem Akzent doch zu viel Versager und Strukturmängel ein. Seine nicht konsequent durchgeführte These ist im Grund: etwas Besseres ist nicht zu haben – also gebt euch mit dem, was ihr habt, zufrieden. Es entbehrt nicht eines komischen Reizes, dass dieser Friedensprediger sich Unfried nennt, um seiner Predigt wider den Katastrophen- und Unfriedensprediger Fried den polemischen Akzent zu geben.

So ergibt sich die eigenartige Notwendigkeit, den Faschisten Fried zu *verteidigen* – nicht zuletzt, um für die Enthüllung der

\* Ulrich Unfried: Die Intellektuellen und der «Kapitalismus», in: Frankfurter Zeitung, Nr. 662/663 (6. September 1931), Nr. 675/676 (11. September 1931), Nr. 681/682 (13. September 1931).



wirklichen Defekte und die Klarstellung des *fascistischen* Charakters der Friedschen These die *Bahn frei zu halten*.

Ulrich Unfried ist sichtlich ärgerlich, und er hat gegenüber gewissen Leichtfertigkeiten Frieds ein Recht dazu. Aber diesem Ärger opfert er seine Bereitschaft, Mängel des Systems zuzugeben; er *bagatellisiert* die Anomalien des Kapitalismus und heroisiert seine positiven Funktionen und Funktionäre. Das kann er nur, indem er den komplexen Prozess der kapitalistischen Entwicklung *aufspaltet*, positive Momente für den Kapitalismus in Anspruch nimmt und negative aus dem Prozess herausweist. Damit bleibt er einen grossen Schritt hinter Fried zurück, der mit Recht von der Vorstellung eines *einheitlichen und komplexen geschichtlichen Prozesses* ausgeht. Und vermutlich bleibt er denselben Schritt hinter der öffentlichen Meinung zurück, die sich nicht mehr einreden lässt, dass der Wohlstand vom Kapitalismus gemacht wurde, das Elend aber anderswoher, irgendwoher kam. Die Bevölkerungsvermehrung nur als eine «Belastung» des Kapitalismus hinzustellen (die ihn daran hindert, den von ihm an sich produzierten Wohlstand dem Einzelnen zugutekommen zu lassen, da er ja doch in so viel neue Mäuler gestopft werden muss), die positiven Zusammenhänge zwischen Bevölkerungsvermehrung und kapitalistischer Expansion aber nicht zu sehen – diese Betrachtungsweise steht wirklich unter der Friedschen These der Wechselwirkung zwischen beiden Tatsachen. Ähnlich steht es mit dem Versuch, den Weltkrieg durch den Hinweis auf frühere Kriege und auf die kleinen nichtimperialistischen kapitalistischen Staaten (Holland, Schweiz usw.) vom imperialistischen Kapitalismus unabhängig sehen zu lassen. Und so geht es weiter. Unfried behauptet, auch der Kapitalismus sei *Bedarfsdeckungswirtschaft*, da ja in ihm der Erfolg durch die «feine Waage des Marktes», «d.h. die Verbrauchswünsche der Konsumenten» entschieden würde; soll diese Banalität der gewiss populären, aber dadurch nicht weniger richtigen Behauptung gewachsen

sein, der Kapitalismus sei Profit- und daher *Bedarfsweckungswirtschaft*? Dass auch die raffinierteste Reklame keinen Bedarf wecken kann, der nicht in den Möglichkeiten der menschlichen Natur liegt, und dass der Bedarf nicht anders als in der Form von Verbrauchswünschen» geweckt werden kann –, das sollte eigentlich auch ein liberaler Nationalökonom in seiner Argumentation berücksichtigen. Diese Taktik ist obendrein unklug. Wenn man schon den Kapitalismus rechtfertigen will, würde man zugleich näher an der Wahrheit und näher an der Psyche der gegenwärtig unter dieser Wahrheit so entsetzlich leidenden Menschen sein, wenn man den Kapitalismus konsequent in einer Art von *«heroischem Pessimismus»* zu rechtfertigen suchte, d.h. als ein System, das Elend und Sinnlosigkeiten mitbringt, jawohl, und dessen Elend und Sinnlosigkeiten wir eben zu tragen haben, wenn wir das von ihm wollen, was es allein (und kein anderes mögliches System) geben kann: die Erhaltung unserer Existenz. Eine solche Argumentation, soviel sie uns zumutet, würde unserer Einsicht nicht soviel zumuten, wie unserer Naivität durch die Behauptung zugemutet wird, die «Kapitalisten» seien «im Wesen» «Sozialfunktionäre», die für «die gute Verwaltung» der Produktionsmittel eine Bezahlung empfangen, während sie für «Fehlleistungen» «mit dem Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz bestraft» würden. An diesen vorausgesetzten Einklang zwischen Sozialinteresse und privatwirtschaftlicher Rentabilität, an diese Identität von «Fehlleistung» im Sinne des sozialen Systems und privatwirtschaftlich-technischer «Fehlleistung», an diese *prästabilisierte Harmonie* soll man heute noch glauben?

Aber wir brauchen uns bei diesen missglückten Verteidigungsversuchen nicht lange aufzuhalten. Bedenklicher und symptomatischer ist, dass Unfried den entscheidenden *Ansatz* seines Gegners nicht einmal *verstanden* hat – jenen Ansatz versteckter *Dialektik*, den Fried aus dem von ihm so sehr geschmähten Marxismus übernommen hat. Sonst könnte er z.B. den vom Kapitalismus

produzierten Wohlstand nicht gegen Fried auszuspielen versuchen, und er könnte sich nicht darüber entrüsten, dass man den Kapitalismus einmal für die grosse Bevölkerungsvermehrung und dann für den Geburtenrückgang verantwortlich macht. Dabei stehen Fried's Aufsätze durchweg unter der richtigen Vorstellung, dass die Endkrise des Kapitalismus gleich der Erreichung seiner *Grenze* sein wird, dass sich der expansive Kapitalismus wesentlich und in allen seinen Auswirkungen von dem Kapitalismus unterscheidet, der nichts mehr hat, in das hinein er expansiv sein könnte, dass ein *partieller* Kapitalismus auf dem Hintergründe nichtkapitalistischer Wirtschaftssektoren und nichtkapitalistischer Wirtschaftsgebiete sich anders auswirkt und etwas anderes ist als ein *totaler* Kapitalismus – eine Vorstellung, in der die Kategorie des dialektischen Umschlags der Quantität in die Qualität steckt. Damit, d.h. nicht mit dieser Kategorie, sondern mit der im Lichte dieser Kategorie gegebenen Deutung der Tatsachen, hätte sich Ulrich Unfried auseinandersetzen müssen, statt gegenüber der *dynamischen* Vorstellungsweise Fried's ohne Auseinandersetzung in aller Unbefangenheit die *statische des* kapitalistischen «Wirtschaftssystems» vorauszusetzen. Nur so ist es ihm möglich, das Argument gegen die Antikapitalisten auszuspielen, der heutige Kapitalismus sei ja gar kein Kapitalismus mehr, er sei «fast bis zur Unkenntlichkeit durch wesensfremde Eingriffe der verschiedensten Art entstellt und entzerrt» – ein Argument, das in Wirklichkeit ein Argument des Antikapitalismus *selber* ist; er stellt fest, dass ein totaler Kapitalismus so viel Gegenkräfte, Gegenpositionen, Hemmungen *einzubauen* zwingt, dass zu den Schönheitsfehlern seiner Jugend obendrein der Verlust dessen kommt, was ihn früher allenfalls rechtfertigte: die sachliche Wirtschaftsleistung selbst. Das ist in der Tat eine «groteske Situation» – aber die Groteske steckt in den Widersprüchen des Kapitalismus selber. Da hat niemand – wie Unfried meint – Sand in die Maschine geschüttet und will sie nun mit mehr Sand wieder

ins Laufen bringen. Es fing mit dem Kinderschutz und ähnlichen Dingen an und steht augenblicklich bei der Bankenaufsicht: ist das Sand, böswillig oder kindisch ins Getriebe geschüttet, oder ist das nicht der Versuch, den lebendigen Menschen und das allgemeine Wohl gegen die hemmungslose Auswirkung der blinden kapitalistischen Tendenz zu retten und bewusst und organisatorisch jeden Einklang erst herbeizuführen, der in den Augen der Kapitalisten durch die *prästabilisierte Harmonie* zwischen Kapitaltendenz und Weltwohl von vornherein garantiert ist? Die Absicht der Antikapitalisten geht nicht dahin, noch mehr Bremsen, noch mehr Stützen einzusetzen und damit die Maschinerie noch mehr ins Stocken zu bringen, sondern in diesem Stadium der Dinge das komplizierte und widerspruchsvolle System der Bremsen hier, der Bremsen dort, der Stützen hier, der Stützen dort durch ein *geplantes* und gut konstruiertes System von tragenden Stützen zu ersetzen.

Hinter alledem steckt ein Mangel, der den vernünftigen Unfried gegen den utopistischen Fried ins Unrecht setzt: der Mangel an soziologischer und geschichtlicher Betrachtungsweise, und das heisst: *das Vergessen des tätigen und reagierenden lebendigen Menschen*. Da ist immer von «dem» «Wirtschaftssystem» und einem «besseren» Wirtschaftssystem die Rede und da wird immer «die» Nationalökonomie als die letzte Instanz angerufen. Wenn es sich nun ergäbe, dass die Menschen nun einmal so gebaut sind und so reagieren, dass sie die Mängel des nationalökonomisch logischeren Systems nicht ertragen und alles entzweizuschlagen drohen? Dagegen einem weniger nationalökonomischen System geneigter wären? Wenn sich da etwa «Bewegungen» feststellen liessen, die in ihrer Art nicht weniger real sind und von einem Realisten in ihrer besonderen Gesetzlichkeit nicht weniger Berücksichtigung für seine Kalkulation fordern als die Eigenschaften und Bewegungen der unbelebten Natur vom Techniker? «Nationalökonomie» ist gewiss nicht als «liberale Erfin-

dung» abzutun, aber *die* Nationalökonomie, nämlich die Nationalökonomie des von *innen* gesehenen Kapitalismus, das ist in der Tat eine kapitalistische Erfindung, nämlich der Versuch, die *Geschichtlichkeit* des Kapitalismus zu eliminieren und seine Struktur als höhere Notwendigkeit, als Naturtatsache – als von *der* Wissenschaft der Nationalökonomie zugleich erschlossene und zugleich diktierte statische Gesetzlichkeit aufzufassen und damit prinzipiell jeder ausserökonomischen Betrachtung und Kritik zu entziehen. Es ist schon ziemlich lange her, dass diese Deutung der bürgerlichen Nationalökonomie aufgestellt worden ist. Man kann sie bestreiten und zu widerlegen suchen – aber man sollte in der Polemik nicht mehr so tun dürfen, als ob sie nie aufgestellt worden wäre. Man sollte heute nicht mehr naiv, sondern nur noch bewusst *die* Nationalökonomie als letzte Instanz vertreten können.

Nein – der *kapitalistische* Versuch der Widerlegung Frieds mag in vielen Details recht haben, in vielen Punkten *den guten Realismus gegen die schlechte Utopie vertreten* – in den wesentlichen Streitpunkten kann es ihm nicht gelingen, die Kapitalismuskritik Frieds aus den Angeln zu heben. Das antifaschistische Gegenbild kann nicht auf dem Grunde des «liberalen Kapitalismus» entworfen werden. Die Kritik an Fried und die Überwindung seiner falschen und gefährlichen positiven These muss *anders* angesetzt werden. Worüber in einem weiteren Aufsatz gesprochen werden soll.

2. Oktober 1931

## Autarke Katastrophenpolitik

In der Auseinandersetzung mit «Ulrich Unfried» war an dieser Stelle gezeigt worden, dass die scharfe Kapitalismuskritik Ferdinand *Frieds*, des nicht mehr Unbekannten von der «Tat», durch eine schlichte Apologie des liberalen kapitalistischen Prinzips nicht abgetan sei. In seiner in den Grundzügen durchaus richtigen und sehr eindringlich vorgetragenen Kapitalismuskritik liegt das wirkliche Verdienst Frieds. Er gibt dem herrschenden antikapitalistischen Affekt der jüngeren bürgerlichen Schichten, vor allem der jungen bürgerlichen Intelligenz, gute und überprüfbare *Sach-Unterlagen* und macht ihn dadurch gegen das kluge Gerede des kapitalistischen Fachmannes widerstandsfähiger.

Anders steht es mit der *positiven Seite* des Friedschen Buches. Sie sticht durch ihre Dürftigkeit vom kritischen Teil sehr unerfreulich ab. Aber diese Dürftigkeit ist kein Zufall: würden die gleiche Genauigkeit und Wirklichkeitsnähe, mit der im kritischen Teil förmlich kokettiert wird, auch gegen die eigenen bequemen Parolen in Bewegung gesetzt, dann wären auch sie wie die genuin kapitalistischen destruiert und der grosse Fried würde mit der Nase auf einige Konsequenzen gestossen, die von ihm Selbstverleugnung, Einordnung, Unterordnung, Gehorsam verlangten. Solchen Unbequemlichkeiten geht der Mensch aber gern aus dem Wege. Man lese sich aufmerksam in den Stil Frieds ein: er ist *forsch*, und das ist verdächtig. Leute, die auch mit *den* Teilen der wirklichen Welt in wirklicher Tuchfühlung stehen, die ihrer zufälligen materiellen und geistigen Existenz unbequem sind, pflegen keinen forschen Ton anzuschlagen: Forschheit ist nicht die Methode, mit der man diesen Teil der Welt wahrnehmen kann. Aber sehen wir uns die positiven Parolen Frieds näher an. Das

Programm steht in konzentrierter Form auf Seite 189 seines Buches. Da ist von den zwei Wegen die Rede, die aus dem *circulus vitiosus* der Wirtschaftskrise herausführen können. Der eine ist die völlige Rückkehr zum reinen liberalkapitalistischen Prinzip. Er bedeutet aber am Ende den «Zusammenbruch alles Bestehenden und das Chaos». Der andere ist der von Fried proklamierte Weg:

«Der andere Weg heisst: völlige Abkehr vom Kapitalismus und Liberalismus. Er bedeutet den Zusammenbruch des wirtschaftlichen Systems und bedingt ferner: Aufgabe der Idee der Weltwirtschaft und Abkapselung einzelner nationaler Wirtschaftsräume; keine Streichung, sondern Einstellung der Reparationszahlungen, Aufschichtung hoher Zollmauern um den einzelnen nationalen Wirtschaftsraum, Ausbau der Kartelle und Gewerkschaften und ihre Überführung auf den Staat, der damit ein entscheidendes wirtschaftliches Fundament erhält. Dieser Weg wird gegangen werden, weil ihm die irrationale Bewegung der Völker entgegenkommt und weil alle Tatsachen der letzten Zeit wie ein Wegweiser in dieser Richtung zeigen.»

Da ist also zuerst einmal die «*Autarkie*». Man kann den Begriff der Autarkie als wirtschaftstheoretische Idealkonstruktion fassen: dann lässt sich darüber reden, wenigstens über eine *relative* Autarkie, – aber dann verlohnt es sich nicht, darüber zu reden. Überlassen wir diese Debatte den Leuten, die sich über «die beste Wirtschaftsform» unterhalten. Man kann aber auch konkreZgegenwärtig darüber reden. Dann sprechen wir von einer Frage, die ein Doppelgesicht hat: ein wirtschaftliches und ein politisches, und beide Seiten dieser Frage hängen eng miteinander zusammen. Auch für Fried sieht sich das so an, – aber er vertritt eine einseitige Beziehung zwischen beiden Seiten: die wirtschaftliche Autarkie als Mittel zum Zweck der *politischen* Autarkie. Unser nationales Sklavenschicksal, – so wird da etwa argumentiert –, beruht auf der Konstellation von Versailles, d.h. heute auf den

*Reparationen.* Der Zwang, Reparationen zu zahlen, besteht aber nur unter der Voraussetzung, dass wir auf die andern angewiesen sind; wir sind aber auf die andern nur angewiesen unter der Voraussetzung der Weltwirtschaft: können wir uns selber versorgen, so sind wir auf die andern nicht mehr angewiesen, so sehr, dass wir nicht einmal mehr auf eine «Streichung» der Reparationen angewiesen sind: wir stellen sie einfach ein.

Die Frage, ob wir denn in unserem Raum eine genügende Rohstoff- und Agrarbasis haben, um auszukommen, wird durch den Hinweis auf die Möglichkeit einer *internationalen Tausch-Wirtschaft* erledigt: «geschlossene Wirtschaftsräume», so heisst es im Septemberheft der «Tat»\*, sind etwas anderes als «abgeschlossene Wirtschaftsräume». «Niemand ausser diesen Gegnern der Autarkie hat jemals solche Einfälle gehabt.» Soll das wiederum nicht idealtypisch, sondern konkret gemeint sein, so stossen wir schon hier auf den Friedenschen *circulus vitiosus*, ebenso vitiös wie der der Weltwirtschaftskrise, nur phantastischer: denn dieser Austausch zwischen den autarken Gebieten setzt doch ebenjene Befriedung, ebenjenes Ende der Versailles-Konstellation voraus, um deretwillen man sich in das Abenteuer der Autarkie stürzen will! Oder aber: man muss den inneren Zusammenbruch der Grossmächte abwarten. Fried glaubt daran: er traut zwar uns zu, dass wir den Übergang zu einem System finden, das uns die Weiterexistenz ermöglicht, er traut dasselbe aber nicht, auch nicht in einem annähernden Grad, dem Westen zu. Schon hier, schon bei der ersten Frage, der nach der Rohstoffversorgung des autarken Mitteleuropa, zeigt sich, dass das Autarkieprogramm mit einem irrationalen Faktor rechnet: es rechnet damit, dass die westlichen Mächte als Mächte *verschwinden*.

Es muss sogar *sehr* damit rechnen: denn die innerautarke Expansion zur Abrundung der Agrarbasis soll nach *Südosten* führen,

\* Ernst Wilhelm Eschmann: Übergang zur Gesamtwirtschaft, in: Die Tat (Jena), 23. Jg. (1931/32), S. 444.



d.h. in den besonderen Rayon *Frankreichs*, in das Herz des Feindes (und die Zollunion mit Österreich soll der Beginn dieser Politik gewesen sein\*). Auch hier wird nicht nur mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise im Westen, sondern mit einem Grad von Verrentnerung und Vergreisung gerechnet, der sogar die Militärmacht Frankreichs von innen her aushöhlt! Auch das ist, für die Zeiträume, in denen unsere Generation konkret-politisch rechnen kann, eine tolle Utopie.

So sehr also die Schwächung des Gegners der entscheidende Posten im Friedens Kalkül ist, – es besteht der Verdacht, dass die entschiedene Kapitalismuskritik sich hier ihren stärksten Antrieb holt –, so muss er dennoch, – und sei es nur, um die letzten Verzweiflungszuckungen des weltlichen Gegners von uns abzuwehren –, mit einer *tragenden politischen Kraft* in Deutschland rechnen, und damit stossen wir auf das *zweite* Element der Friedens politischen Utopie: die masslose Überschätzung der «Revolution von rechts», jener «schwelenden Gegenbewegung im Volk», jener neuen Synthese von «sozial» und «national», jener Bewegung, die «nationaler Sozialismus», «sozialer Nationalismus», aber beileibe nicht «Nationalsozialismus» genannt wird. Diese vornehme Distanz in Ehren, – aber wenn schon so konkret gehandelt, so entschlossen gekämpft werden soll, dann ist man schliesslich nicht auf die idealen geistigen Reaktionen im «Volk», sondern auf die konkrete Bewegung und auf Machtkörper angewiesen, die sie in der getrüben Form, in der alles Irdi-

\* Im März 1931 war der Abschluss eines Vorvertrags über eine Zollunion zwischen Deutschland und Österreich bekannt geworden, was zu Protesten anderer europäischer Staaten, insbesondere Frankreichs geführt hatte, die einer deutsch-österreichischen Annäherung äusserst skeptisch gegenüberstanden. Nach heftigen Debatten im Völkerbundsrat untersagte schliesslich der Haager Gerichtshof die Realisierung der Zollunion. Ausserdem trat Österreich von dem Vorhaben zurück, da es nach dem Zusammenbruch seiner Kreditanstalt auf finanzielle Hilfe des Völkerbundes angewiesen war.

sche sich von seiner Idee abzuheben pflegt, in dieser Welt annähernd vertreten. Und das ist nun einmal für diesen «sozialen Nationalismus» der *Nationalsozialismus*.

Auf denselben Tatbestand stösst man, wenn man das *innenpolitische* Programm Frieds weiterdenkt. Der «Staat» soll die Funktion des Gegenspielers gegen den Kapitalismus übernehmen, er soll durch die Verstaatlichung der Kartelle und der Gewerkschaften aus seinem Schwebezustand im luftleeren Raum des Ausgleichs erlöst werden und eine kräftige ökonomische Basis bekommen, – aber wer ist denn dieser «Staat»? Da es den «Staat an sich» nicht gibt, nie gegeben hat und erst recht dann nicht gibt, wenn eine schwierige Aktion zielklar und gegen alle Widerstände durchgeführt werden soll, so erhebt sich sofort die Frage: *wer* ist dieser Staat? Welche Gruppe oder welche Gruppen werden diesen Staat tragen, der da gegen die Kapitalisten im Innern und gegen alle Feinde draussen die nationale planwirtschaftliche Autarkie aufbauen und durchsetzen soll? Auch hier taucht wieder jene «irrationale Bewegung» auf, als deren konkreter Ort nur den *Nationalsozialismus* angegeben werden kann.

Der Partei- und Gewerkschaftsapparat der proletarischsozialistischen Bewegung wird bei Fried einer Kritik unterzogen, die so vernichtend ist, dass von diesen Realitäten in der Tat nichts mehr übrig bleibt: sie verschwinden spurlos. Von einer auch nur annähernd gleich kritischen Bemühung ist gegenüber der Bewegung, auf die Fried alle konkreten Hoffnungen setzen muss, nichts zu spüren. Der «Plan» dieses neuen Staates und seine politische Durchführung setzt, sollte man meinen, eine gewisse Sicherheit, *Reife* und Stabilität seiner tragenden Gruppe voraus. Die organisierte Sozialdemokratie ist – zugegeben – einigermassen altersschwach, erstarrt. Sollte man nicht wenigstens fragen müssen, ob nicht die nationalsoziale Bewegung, in dem Masse sie aus ihrem gegenwärtigen Sturm-und-Drang-Stadium in das Stadium der Stabilität übergeht, das allein einen «Plan» tragen und durchfüh-

ren kann, derselben Gefahr der Erstarrung unterliegen wird? Oder will Fried gar diesen Plan doch dem Sturm und Drang anvertrauen? Er macht sich die Analyse der Schichten, auf die er seine Hoffnung setzt, sehr leicht. Er sucht sich zwei besonders interessante Gruppen heraus: den mittleren Unternehmer und den akademischen Angestellten. Machte er sich die Mühe, die ganze Breite der neuen Rechten gewissenhaft zu analysieren, die wirkliche Existenz aller dieser Gruppen, ihre eigentlichen Beweggründe, den Grad der Reife ihres Bewusstseins, den Grad ihrer möglichen Opferwilligkeit, den Grad ihrer wirklichen Disziplin festzustellen, so würde er wohl weniger forsch der ganzen Welt den Fehdehandschuh der Autarkie hin.

Könnten wir uns mit Fried und den Leuten von der «Tat» über ein wirtschaftspolitisches Programm einigen, so stünde doch diese entscheidende Frage noch zwischen uns: die Frage nach dem *gesellschaftlichen Ort dieses Programms*, ja schon dieser Überlegungen und Einsichten. Wir wollen es uns nicht leichter machen, als wir es Fried gemacht haben: wir haben die *proletarische Arbeiterbewegung* und das, was sich ihr als Kampfgenossenschaft anschliesst, ebensowenig schlagbereit zur Verfügung wie Fried den Nationalsozialismus. Frieds Kritik an der Verbonzung und der Erstarrung der Arbeiterbewegung ist als *Kritik*, wenn auch nicht als Urteilsspruch, berechtigt. Aber wir halten es immerhin für weniger utopisch, an die Erneuerung und an die Härtung der Arbeiterbewegung zu glauben, und an die Möglichkeit, die produktiven nicht-handarbeitenden Elemente in der kapitalistischen Welt an ihrer Seite zum politischen Einsatz zu bringen, auch über den National-Sozialismus hinweg, als die Hoffnung aufjenes *erste Stadium der Sozialrevolte des Bürgertums* zu setzen, das als Hitlerpartei seine faktische Unreife und Richtungslosigkeit täglich demonstriert.

14. November 1931

## **VI**

### **Was wird der Faschismus und was soll die Linke tun? – Prognosen und Strategien**

## «Nationalfascismus und Sozialismus»

*Hendrik de Mans*, des bekannten Frankfurter Sozialpsychologen, Broschüre «*Sozialismus und Nationalfascismus*», die bei Alfred Protte in Potsdam erschienen ist\*, hatte den Vorzug, im Augenblick höchster Aktualität zu erscheinen. Sie gibt für die Deutung des Nationalsozialismus und des Nationalismus überhaupt wertvolle Gesichtspunkte und für die Strategie und Taktik der sozialistischen Gegenaktion einige Anregungen, die beachtet und diskutiert zu werden verlangen.

Die *Deutung des nationalsozialistischen Erfolges* aus der wirtschaftlich-sozialen Situation des alten und des neuen «Mittelstandes» und verwandter Schichten wird von dem sozialpsychologischen Fachmann einleuchtend begründet. Ausgezeichnet ist der Versuch gelungen, den ideologischen *Nationalismus* dieser Schichten als einen *Kompensationseffekt des sozialen Minderwertigkeitskomplexes* zu deuten. Das ist eine Deutung, die durchaus nicht andere reale und ideologische Motive des Nationalismus bestreitet, vor allem auch nicht die vom Gegenteil eines Minderwertigkeitsgefühls getragenen Motive *grosskapitalistischer Schichten*, die einerseits Standortsinteressen in der Form des Nationalismus politisieren und ideologisieren und andererseits im nationalen Staat den geeigneten Raum und das beste Mit-

\* Der belgische Sozialist Hendrik de Man (1885-1953) lehrte an der Universität sowie an der Akademie der Arbeit in Frankfurt. Seine Thesen zur Verbürgerlichung des Proletariats, aufgestellt zuerst in seiner «Psychologie des Sozialismus» (Jena 1926), hatten heftige Diskussionen in der sozialdemokratischen wie kommunistischen Presse provoziert. 1935 wurde de Man belgischer Arbeits-, 1936 Finanzminister (bis 1940); nach dem Krieg wurde er unter dem Vorwurf der Kollaboration mit den Nationalsozialisten verurteilt. «Sozialismus und Nationalfascismus» erschien im Jahre 1931.

tel für die Bekämpfung international gestimmter oder organisierter antikapitalistischer Bewegungen sehen. Sie ist aber geeignet, das Anwachsen nationalistischer Strömungen in der Arbeiterschaft sowohl wie vor allem in den neuproletarisierten Schichten einleuchtend zu erklären. Die Entschiedenheit, mit der de Man im Anschluss an diese Argumentation auch dem Nationalismus an sich zu Leibe rückt, ist herzerfrischend, nämlich ohne auch nur die geringste Spur der hier sonst üblichen Vorbehalte und Einschränkungen. Der letzte Teil der Broschüre zieht Nutzenwendungen für die Führung und den Weg der *sozialistischen Arbeiterschaft*: sie müsse manchen politischen Triebkräften mehr Raum geben, die vom Reformismus und von der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie allzusehr abgekappt worden und nun dem Nationalsozialismus zugute gekommen seien: dem «Drang zu Mythos und Utopie», dem «Bedürfnis nach rückhaltloser Kritik der Institutionen», dem «Trieb zur Aktivierung der Massen in unmittelbarer, offensiver Aggressivität», dem «Verlangen nach Führerpersönlichkeiten». Wenn de Man dann das grosse Problem des heutigen Sozialismus darin sieht, «die reformatorische Funktion mit der radikalen Motivierung eines antikapitalistischen Wert- und Rechtsgefühls zu verbinden», so vermisst man hier ein Element, das uns sachlich und psychologisch ebenso wichtig erscheint wie das «antikapitalistische Wert- und Rechtsgefühl», nämlich die glaubwürdige Vertretung des – richtig verstandenen – sozialistischen *Zieles*, das allzusehr zu einer bloss ideologischen Attrappe geworden ist, dort nämlich, wo der «Reformismus» in den «Revisionismus» entartet ist.

Zum Schluss entwickelt de Man eine Prognose, die eine *Relativierung des Reformismus* bedeutet: er glaubt an den reformistisch-demokratischen Weg, sieht es aber von den Fortschritten des Nationalfaschismus abhängen, «ob der soziale Aufstieg des Proletariats sich in demokratischer Form vollziehen kann oder nicht», und stellt fest, dass der «undemokratische Weg auch zu den Möglichkeiten gehört, die man ins Auge fassen muss, wenn

man mit einem erheblichen Fortschritt des Nationalfascismus rechnet».

Das ist etwa in grossen Zügen der Inhalt der ebenso aktuellen wie verdienstvollen Broschüre. Sie verlangt verarbeitet zu werden, und in diesem Sinne sollen im Folgenden einige ergänzende oder kritische *Bemerkungen* zu einigen heute besonders wichtigen Thesen de Mans gemacht werden.

De Man spricht im Anschluss an Kracauers ausgezeichnete Angesteilten-Broschüre\* von dem «sogenannten falschen bürgerlichen Bewusstsein» der Angestellten und sagt dazu: «Es zeigt sich darin, was an der vorhin erwähnten *Marxschen Prognose*» (– es war die Rede von der Prognose auf «fortschreitende Betriebs- und Kapitalkonzentration, Untergang oder Proletarisierung des Mittelstandes usw. –) «*nicht stimmt*»: auch wenn die wirtschaftliche Entwicklung zu Proletarisierung und Verelendung führt, so folgt noch nicht daraus, dass mit derselben *naturgesetzlichen Notwendigkeit ein entsprechender Fortschritt* des proletarischen Klassenbewusstseins sich ergeben muss» (Hervorhebungen vom Referenten).

Zu diesem abschliessenden Urteil über die Marxsche Prognose dürfte man doch wohl zum mindesten im Augenblick noch nicht berechtigt sein. De Man selber erwähnt, dass Marx das Phänomen des «falschen Bewusstseins» kennt, und in der Tat war ja doch seine eigene Ausgangssituation eine solche Spannung zwischen dem sozialen Sein und dem sozialen Bewusstsein, und die Möglichkeit der Bildung partieller ähnlicher Spannungen hat durchaus Platz in der Anlage seiner Prognose, wenn er auch die Bildung einer grossen eigenen Angestelltenschicht aus den «Unterroffizie-

\* Siegfried Kracauers (1889-1966) «Die Angestellten», zunächst als Aufsatzfolge im Feuilleton der «Frankfurter Zeitung» publiziert, erschien als Buch 1930 in Frankfurt. Vgl. auch Walter Dirks' Rezension, in: Deutsche Republik (Frankfurt/M.). 4.Jg. (1929/30), S. 937-940 («Die Obdachlosen»),

ren des Kapitals» nicht vorausgesehen hat. (Auf diese Lücke in der Prognose der Entwicklung des *Produktionsmechanismus* bezieht sich de Mans Bemerkung nicht, sondern sie bezieht sich ausdrücklich auf die Bildung des Bewusstseins, nachdem einmal das Phänomen dieser neuen Schicht vorliegt.) Dass eine neuproletarisierte Schicht im ersten Stadium der faktischen Proletarisierung noch nicht das proletarische Bewusstsein hat, noch nicht sofort als Gruppe aus dem «Objekt» zum «Subjekt» und damit revolutionär handlungsfähig wird, ist gerade im Sinne der Marxschen Kategorien von vornherein zu vermuten. Wenn Marx auch für die von ihm aufgestellte Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Prozesse (den «umgestülpten Hegel») das Wort «naturnotwendig» gebraucht, so hat das doch mit «Naturgesetzmäßigkeit» im Sinne des *Kausalmechanismus*, in dem die Wirkung unmittelbar aus der Ursache hervorgeht, wenig zu tun, und nur unter der Voraussetzung einer solchen Naturgesetzmäßigkeit wäre das Erstauen darüber berechtigt, dass das proletarische Sein der Angestellten-schicht nicht unmittelbar ein proletarisches Bewusstsein hervorgebracht hat. Dass diese Schicht sogar den Versuch machen kann, das falsche Bewusstsein (als «neuer Mittelstand») polemisch gegen die Zumutung des richtigen Bewusstseins (der «Proletarität») zu entwickeln, ist aus der Tatsache und ihren Folgen verständlich, dass die Proletarisierung dieser sich vorwiegend aus dem echten bürgerlichen Mittelstand rekrutierenden Gruppe zu einer Zeit erfolgte, da durch die inzwischen in der Folge der Arbeiterbewegung vollzogene Ausbildung sozialpolitischer Schutz- und Hilfsmassnahmen und arbeitsrechtlicher Sicherungen ein Zustand maximaler Ausplünderung vermieden wurde, so dass von vornherein ein Lebensstandard gewahrt blieb, der den Versuch der Aufrechterhaltung der alten Konsumgewohnheiten und den Kontakt mit der Welt des Elternhauses und der Schulbildung, der mittelständlerischen Welt ermöglichte. Auch der *Lebensraum* (der grossen Städte) blieb nach ihrer Verangestellung der ge-



wohnte, während ein halbes Jahrhundert vorher die Verproletarisierung zum Fabrikarbeiter meist auch den Verlust des alten bauerlichen oder kleinstädtischen Lebensraums und den Beginn ganz neuer Umweltbedingungen bedeutet hatte. Aus diesen und ähnlichen Momenten ist das langsamere Tempo und der kompliziertere Weg zur Bildung des «richtigen Bewusstseins» verständlich. Entscheidend ist doch wohl, dass sich vom falschen Bewusstsein her das *soziale Sein selbst nicht angreifen* und verändern lässt, sondern nur vom richtigen Bewusstsein aus, so dass die Träger des falschen Bewusstseins, die (– so «frei» sie sind, an ihrem falschen Bewusstsein festzuhalten) der lebendigen Verbindung mit den Elementen ihres sozialen Seins und der daraus ständig kommenden Bestätigungen ermangeln, sich allmählich gegenüber den Trägern des richtigen Bewusstseins selber ausschalten (ihren Anhängern «nichts mehr zu sagen haben»), während die Chance der Träger des richtigen Bewusstseins in der Masse wächst, als sie in der Wechselwirkung mit den Elementen der Entwicklung des sozialen Seins ihr Bewusstsein immer weiter ausbilden und aus der Wirklichkeit selbst zu «reden wissen wie einer, der Macht hat». So wird sich das «richtige Bewusstsein» «durchsetzen» und die *Marxsche Prognose verifiziert* sein.

Betraif diese Bemerkung mehr ein *theoretisches Detail*, das sich allerdings auf eine der wichtigsten sozialen Phänomene der Gegenwart bezieht, so trifft ein anderer Einwand gerade zur Zeit des Brüning-Kurses eine sehr *akute politische Frage*. De Man entwickelt am Schluss zwei mögliche Zukunftsprognosen, von denen die eine von der Überwindung der gegenwärtigen Krise ausgeht und daraus eine allmähliche *reformistische Verwirklichung des Sozialismus* durch zwei bis drei Generationen entwickelt. Die andere geht von der Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise aus, sieht damit ein weiteres Wachstum des «Nationalfascismus» voraus, das ihn zum revolutionären Vorstoss zwingt; dann setzt sich ent-

weder der *sozialistische Vorstoss durch*, oder er wird mit überlegener Gewalt *vereitelt*; viel wahrscheinlicher erscheint de Man in diesem Fall der *Sieg* der sozialistischen Arbeiterschaft, auf deren Opfermut und überlegene innere Kraft er vertraut.

Die reformistische Möglichkeit sei dahingestellt: es gibt Gründe, diese Frage schon für entschieden zu halten. Für den anderen Fall hätte de Man mit seiner optimistischen Beurteilung der sozialen Chance recht, wenn der eigentliche Gegenspieler der sozialistischen Arbeiterschaft in der Tat der *Nationalsozialismus* wäre (den de Man immer unter «Nationalfascismus» versteht): in der Tat wäre die «ruhige hydraulische Presse» dem «lauten Dampfhammer» überlegen, und in entscheidender Stunde würde die organisierte Arbeiterschaft sicherlich stärker sein als der kleine Prozentsatz der 6 Millionen Nationalsozialisten, der wirklich zum Strassenkampf bereit wäre. Aber der eigentliche Gegenspieler der Arbeiterschaft ist ja nicht der Nationalsozialismus, sondern die *kapitalistische Schicht*, die allerdings in der Existenz des Nationalsozialismus eine Erleichterung, vielleicht sogar eine direkte Hilfe und in ihrer «Revolution» den auslösenden Anlass hat, wenn die Zuspitzung der politischen Lage und die Wirtschaftskrise selbst sie zu dem Versuch der Aufrichtung einer direkten Herrschaft in der Form eines «*faschistischen*» Regimes veranlasst. Und diesem Gegenspieler gegenüber, der gegebenenfalls auch über die *militärischen Machtmittel* zur Durchsetzung des Regimes verfügt, dürfte die Arbeiterschaft zunächst der *schwächere* Teil sein: denn sie ist nicht nur gespalten, sondern sie ist vor allem durchaus nur auf die demokratisch-parlamentarische Situation eingespielt und wird sich auf der Ebene der direkten Gewalt zunächst nicht zurechtfinden: sie hat weder ideologisch noch organisatorisch die Methoden entwickelt, die der Situation der direkten Gewaltausübung entsprechen und sie einem starken militärischen Gegner gegenüber ebenbürtig machen könnten. Freilich würde dieser vorläufige Sieg des «Faschismus», der eben durchaus einseitig verstanden wird, wenn man

ihn nur vom Nationalsozialismus herleitet und der durchaus z.B. auch von der *Deutschen Volkspartei* und von der *Reichswehr* aus verstanden werden muss, nicht der für diesen Fall von de Man befürchtete «Endzustand» sein, den sich jeder «so apokalyptisch ausmalen» soll, wie es seinem Temperament entspricht, sondern nur die Voraussetzung für einen *stärkeren Gegenstoss*, der dann aber erst eine Neuformierung der gespaltenen Arbeiterbewegung und die Aufspaltung und echte Revolutionierung des Nationalsozialismus aus den Gegebenheiten des neuen Systems heraus voraussetzt. Aber *vorläufig* sehen die Aussichten sowohl für die reformistische Möglichkeit wie für den sozialistischen Ausgang der revolutionären Möglichkeit böse aus. Das hindert nicht, de Mans Schlussätze zu akzeptieren und aufs stärkste zu betonen: dass nämlich die Kontrastierung solcher möglicher Prognosen nur den Sinn habe, klar zu machen, «dass am Ende derartiger Betrachtungen immer eine *Wahl* zu stehen hat – eine Wahl nicht bloss der privaten Gesinnung, sonder ein Partei-Ergreifen, eine *Entscheidung zum Handeln*».

4. Juli 1931

## Mehrerlei Mittelstand

Der «ewige» Gedanke des Dritten Reiches wird an dem Zeitschema Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft immer wieder von neuem entstehen wollen. Die Gegenwart in ihrer immer unerträglichen Verfassung ist das Zweite Reich, aus dem heraus man seinen Wunschtraum als Erstes Reich auf den Horizont der Vergangenheit, als Drittes Reich auf den Horizont der Zukunft projiziert. Nun kann dies mehr oder weniger unvermeidliche Verfahren freilich sehr verschiedenen Tiefgang haben: es ist auch nicht geeignet, Erscheinungen wie die christliche Dreiheit Paradies-Erdenleben-Himmel oder die sozialistische Urkommunismus – Klassengesellschaft – Klassenlose Gesellschaft zu «erledigen», – es gibt nur einen Aspekt zu ihrem Verständnis her. Das Dritte Reich der Nationalsozialisten freilich ist ohne Mühe als ein Musterbeispiel dieses Verfahrens zu verstehen. Die Berufung auf Urgermanien, das jenseits dieser verjudeten Gegenwart einst wirklich war und im Dritten Reich wieder wirklich sein wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass im eigentlich gemeinten Sinn das Dritte und das Erste Reich nichts «ganz anderes», nichts weit Entlegenes, nichts von durchaus anderer Seinsqualität, nicht ein neuer Himmel und eine neue Erde ist, sondern nichts weiter als die *faktische deutsche Gesellschaft*, wie sie vor dem Vordringen des Kapitalismus und vor der Entstehung des vom Kapitalismus produzierten Proletariats gewesen ist. Der Inhalt des Dritten Reiches ist das Erste Reich, nämlich der *vorkapitalistische* Zustand. Darum sammelt sich in der NSDAP – und die hessischen Wahlen\* haben das wiederum bestätigt – das ganze deutsche vorkapi-

\* Zum Ausgang der hessischen Landtagswahlen vom 15. November 1931 vgl. Anmerkung S. 73.

talistische Volk, – mit jener einen sonderbaren Ausnahme des katholischen Volksteiles. Die Bauern und die Kleinbürger und die mittelbürgerlichen Schichten, wie sie vor 150 Jahren das Ganze des deutschen Volkes ausmachten, füllen heute die Reihen der nationalsozialistischen Wähler, und sogar die Feudalen schliessen sich nicht aus. Alle Parteien dieses Teiles des deutschen Volkes, das früher einmal das Ganze war, sind in die NSDAP aufgesogen worden. Die *Arbeiter* der NSDAP spielen in ihr keine Rolle, und der einzige beachtliche neue Bestandteil sind die *Angestellten*, die zwar ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation nach zur kapitalistischen und transkapitalistischen Welt gehören, aber das übernommene bürgerliche Bewusstsein noch nicht preisgeben wollen und so ein «geistiges» Interessenbündnis mit dem Mittelstand geschlossen haben.

Die NSDAP zieht ihre *Kraft* aus dieser Tatsache. Sie repräsentiert tatsächlich das «deutsche Volk», – da sowohl der Hochkapitalismus wie das Proletariat diesen Kulturinhalt «Deutsches Volk» sprengen. Sie kann sich mit bester Wirkung zur Vertreterin der Einheitsideologie machen. Sie knüpft an alles an, was den Bürgern und Bauern geistig lieb und vertraut ist, sie kann auf dem Instrument der bestehenden, der fest eingefahrenen Gefühle, Gedanken, Reaktionsweisen spielen. Sie mutet ihren Massen keine Bekehrung, keine Wandlung zu: sie tut alles, um sie zu bestätigen, – und wer liesse sich nicht gerne bestätigen? Und sie kann alle diese Momente der *Vergangenheit*, indem sie sie in die Zukunft verlegt und gegen die scheussliche Gegenwart der Krise ausspielt, sogar im Moment der grossen Hoffnung dynamisieren. Indem an die Stelle der echten, der wirklichen Zukunft *die als Zukunft verkleidete Vergangenheit* gesetzt wird, profitiert man von beiden: von der statischen Macht der Beharrung und von der dynamischen Kraft der Hoffnung.

Aber in derselben Tatsache liegt auch die *Schwäche* der NS-

DAP. Denn diese Volksgemeinschaft des gewesenen Volkes muss auch die inneren Gegensätze und die Verschiedenheit der Grundpositionen des alten Volkes in die neue Partei übernehmen. Ihre Einheit ist die Einheit des Gegensatzes gegen die andern, gegen die «Plutokraten», gegen die «Marxisten» und gegen die Franzosen und Polen, ihre Einheit ist negativ und affektiv. Kommt die Partei in die Verlegenheit der Positivität, dann werden ihre positiven *Gegensätze* aufbrechen. Schon sehr langes Warten kann sie aufbrechen lassen, vor allem aber werden sie nach der wirklichen Übernahme der Macht und Verantwortung aufbrechen, erst recht dann, wenn die Führerschaft der Partei diese Macht nur in der Form eines Bündnisses mit einem der natürlichen Feinde des gewesenen Volkes, dem Monopolkapitalismus, verwirklichen kann. Freilich wird diese Stunde des beginnenden Zerfalls der Volksbewegung Nationalsozialismus zugleich die Stunde sein, in der die Einführung der unverschleierte Diktatur dies Bündnis von Volksstimmungen, auch von Volksstimmungen innerhalb der NSDAP, auf lange Zeit unabhängig machen wird.

Dann wird die NSDAP zunächst einmal auseinanderfallen in die Regierenden und die Regierten, aber dann wird sich auch zeigen, dass ein Unterschied zwischen einer *Agrarrevolte* und einer *Mittelstandrevolte* ist. Der dann einsetzende Versuch der echten Revolutionierung der Massen der NSDAP, der Revolutionierung auf Grund des richtigen statt des falschen Bewusstseins wird dann auf grundverschiedene Situationen stossen. Er wird in den jeweils noch nicht durchaus proletarisierten Mittelständlern seine natürliche Grenze finden: Sie, die ihr Leben, ihr Wert- und Weltbild auf der Existenzsache der individuellen Arbeit auf Grund der freien Verfügung über ihre privaten Produktionsmittel aufbauen, finden in der Situation dieser Gegenwart keine echten Anknüpfungspunkte; sie haben im Grunde in ihren Rückzugskämpfen nur eine dreifache Möglichkeit: Resignation und Flucht in

irgendwelche unpolitische Bereiche, Rebellion in immer neu-em aber fruchtlosem Aufbegehren, vernünftige Anpassung in die jeweils gegebene Stufe der Entwicklung. Erst wenn sie in diesen Rückzugskämpfen unterlegen sind, wenn sie depossediert sind, Arbeiter, Angestellte, Besitzlose geworden sind, können sie echt und fruchtbar politisch aktiviert werden.

Die *Bauern* sind freilich auch gewohnt, als freie Herren auf Grund individueller Verfügung über ihren Boden zu existieren. Aber bei der besonderen Natur des teilbaren Bodens, bei der besonderen Natur der unmittelbaren Arbeit an diesem Boden lassen sich in ihnen auch jenseits des unumschränkten Privateigentums positive Ansatzpunkte aktivieren; sowohl das Interesse der Gesellschaft an einer in ihr Ganzes eingebauten und daher entindividualisierten Landwirtschaft kann nach der Seite der unmittelbaren Interessen der Bauern ganz anders modifiziert werden als das Interesse der Gesellschaft an einer Begrenzung der mittelständischen Freiheit, und umgekehrt können die Bauern als Bearbeiter ihres Bodens den Interessen der Gesellschaft viel mehr entgegenkommen als die selbständigen Mittelständler, die in jedem Entgegenkommen immer ihr eigenstes Wesen, ihre Selbständigkeit gefährden. *Russland* ist nach allen Richtungen dieses Problems hin ein Beispiel dafür, wie verschieden die Existenz des bürgerlichen und des bäuerlichen Mittelstandes zu den zentralen Interessen der Gesellschaft stehen. Die Bewegung nach links, die nach dem Versagen der nationalsozialistischen Partei zu erwarten ist, wird also im Bauerntum viel positiver und fruchtbarer verlaufen können als im Bürgertum.

Die Aktualität dieser Erwägungen, durch die die Richtung der notwendigen politischen Arbeit vorgezeichnet wird, liegt nicht nur darin, dass jener offene Zerfall der NSDAP umso näher heranrückt, je näher der Termin ihrer Machtergreifung heranrückt,

sondern auch darin, dass ja *in diesem Wahlkampf\* dieser Moment vorweggenommen* werden kann. Auch von diesen Erwägungen her ist zu fordern, dass der Wahlkampf der Eisernen Front an der Stelle einsetzt, an der die kommende Entwicklung vorweggenommen ist: an den Zusammenhängen zwischen Hitler und Schleicher. In der Entlarvung der NSDAP als der verantwortlichen Partnerin der bestehenden sozialreaktionären Regierung ist nicht nur der schwächste Punkt ihrer Wahlposition berührt, sondern zugleich der Ansatzpunkt ihres Zerfalls in ihre natürlichen Elemente.

2. Juli 1932

\* Am 31. Juli 1932, vier Wochen nach Erscheinen dieses Aufsatzes, wurde ein neuer Reichstag gewählt.



## Verfassungsmässiger Faschismus

Der Faschismus kennt dort, wo er der Masse des Volkes gegenübersteht, zwei besonders wirksame Mittel der Aktion: *Regie und Terror*. Im faschistischen Italien ist die doppelte Propaganda, die Beeinflussung der Seelen durch Werbung und Zwang zu einem konsequenten System durchgebildet. Eigentlich handelt es sich nur um ein einziges Prinzip: den Zwang; denn auch die Propaganda ist weniger ein Werben als ein *Suggestieren*; der Faschismus stellt sich nicht werbend dem Urteil der Massen, sondern er bearbeitet es, schafft es selbst. In Deutschland sind diese beiden Methoden bisher Sache des Hitlerfaschismus gewesen, der ja die den Massen zugewandte Seite des Faschismus darstellt. Der Propaganda freilich fehlt bei all ihrer Unbedenklichkeit die Schwungkraft des italienischen Vorbildes, – dem Terror fehlt nichts mehr als Bewegungsfreiheit; wir stehen gewiss unter zweierlei Recht, aber noch bildet der Rechtsapparat des bürgerlichen Rechtsstaates für die Gewalttaten der SA eine wenn auch *elastische Grenze* der terroristischen Möglichkeiten.

Eine andere Grenze des Terrors liegt in der Taktik des *gouvernementalen* Faschismus. Wer im Gesamtbereich des Faschismus die Funktion der Staatsregierung hat, entwickelt für seine besondere Aufgabe eine andere Methode. Vor allem im gegenwärtigen Deutschland, das den Faschismus noch nicht als abgeschlossenes System, sondern als *Bündel von parallelen Tendenzen* kennt, sind die Methoden des Regierungsfaschismus von denen der faschistischen Massenbewegung gut zu unterscheiden. Herr Schleicher lässt keine Sozialisten im Bett erschossen\*, er verhaftet sie

\* Betrunkene SA-Männer hatten am 10. August 1931 im oberschlesischen

höchstens aus dem Bett heraus; er fasziniert nicht Massenversammlungen, er spricht höchstens am Rundfunk. Seine Massnahmen sind vom verfassungsmässigen Reichspräsidenten unterschrieben, und wer zweifelt, dass der Staatsgerichtshof sie nachträglich billigen wird? Kann man, wenn sich das so verhält, überhaupt noch von «Faschismus» sprechen?

Schauen wir nach *Italien!* Der verantwortliche Direktor jeder *Tageszeitung* bedarf dort der Bestätigung des Provinzialpräfekten; ist er von ihm wegen Nachrichten oder Äusserungen, die dem Präfekten gegen die Interessen des Staates zu verstossen scheinen, mehrere Male verwarnt worden, so kann ihm die Bestätigung entzogen werden. Auf diese Weise ist die Zeitung durchaus in der Hand der Regierung; der Direktor pflegt im eigenen Interesse in jedem kritischen Fall vorher bei der Behörde anzurufen. Nur Mitglieder der Journalistengewerkschaft dürfen schreiben; Mitglied dieser Gewerkschaft kann aber nur der sein, der niemals gegen die «Interessen des Staates» verstossen hat. *So ist die ganze italienische Presse eine zuverlässige Regierungspresse* – die, nebenbei bemerkt, der Regierung keinen Pfennig kostet, da das ganze geschäftliche Risiko im Gegensatz zu der russischen Staatspresse – bei dem Zeitungsunternehmen liegt. Dies reichlich schlaue Pressesystem, von dem niemand bezweifelt, dass es durchaus «faschistisch» genannt zu werden verdient, *bewegt sich im Rahmen der alten italienischen liberalen Konstitution*. Das alte Presserecht, in dem das Grundrecht der *Pressefreiheit* ausgesprochen ist, wurde in Italien *niemals ausser Kraft gesetzt*. Die faschistische Pressepraxis stützt sich auf eine ganz anders gemeinte Einschränkung der Pressefreiheit, durch die ihr «Missbrauch» eingedämmt werden sollte. So konnte die Presse tatsächlich zur Staatspresse werden, ohne dass der Wortlaut der Verfassung verletzt wurde.

Potempa einen kommunistischen Arbeiter im Bett ermordet. (Vgl. Anmerkung S. 209)

Es scheint, dass auch in dieser Beziehung das italienische Beispiel massgebend für den deutschen Faschismus ist. Zur Strategie des deutschen Regierungsfaschismus gehört die «Legalität»: die *deutsche faschistische Revolution spielt sich im Rahmen der Verfassung ab*. Wir wissen nicht, ob man bei dieser Strategie bis zum Vollfaschismus wird bleiben können; gewiss ist, dass man es beabsichtigt. Der Faschismus hat die schwache Stelle seines Gegners wohl erkannt. Dieser Gegner ist in dem liberalen *Glauben an die Konstitution* grossgeworden. Er hat den Kampf gegen die aufstehende Reaktion immer mit dem Pathos der «Verfassung» und in ihrem Namen geführt. Nun lähmt ihn der Faschismus, indem er die einzelnen Schritte seines unerbittlichen Vormarsches in den formalen Grenzen der Verfassung hält. Die Linke wartet auf den Staatsstreich, wartet auf den offenen Bruch der Verfassung – und merkt nicht, dass das Entscheidende längst ohne offenkundigen Bruch geschehen ist. Diese Politik wäre unmöglich, wenn wir nicht im *Artikel 48\** die Diktatur des Reichspräsidenten in der Verfassung selber grundgelegt hätten, – wenn wir diesem Artikel nicht durch Gewährenlassen die weiteste seiner möglichen Auslegungen gegeben hätten; sie wäre unmöglich ohne *Hindenburg* persönlich, und sie wäre unmöglich, wenn nicht durch den Nationalsozialismus eine Mehrheit der Mitte oder der Linken ausgeschlossen wäre. Da sie aber unter so unglücklichen Umständen möglich ist, so sieht der Faschismus keinen Grund, sie nicht zu verwirklichen.

Das *Gesetz des geringsten Widerstandes* schreibt unter diesen Umständen dem klugen gouvernementalen Faschismus diesen konstitutionellen Weg vor. Das, und nicht etwa Achtung vor der Verfassung von Weimar – ist der Grund der konstitutionellen Politik des Regierungsfaschismus. Im Gegenteil: diese Politik setzt geradezu *Verachtung* der wirklichen Verfassung voraus. Die neu-

\* Vgl. Anmerkung S. 98

en Herren nehmen sie so wenig ernst, dass sie trotz des radikalen Gegensatzes zu ihrem Inhalt ihre Form nicht der Beseitigung wert halten. Dieser *Inhalt* ist das genaue Gegenteil von dem, was die Regierungserklärung von Papens\* verkündet hat. Wer historisch denken kann, findet denselben radikalen Gegensatz zwischen dem historischen Sinn von Weimar, der Übernahme des Staates durch die Arbeiter, die demokratisch gesinnten Bürger und den politischen Katholizismus, und dem Sinn des faschistischen Regimes. Das weiss die andere Seite und sagt es offen. Wie sehr muss man die Republik verachten, wenn man sie trotzdem als seine staatsrechtlose Formalität benutzt!

Macht diese Rückendeckung an der Konstitution einen erklärten Staatsstreich unwahrscheinlich, so muss eine andere Aktionsform seine Stelle annehmen, die mit ihm alle Eigenschaften gemeinsam hat ausser der der formalen Illegalität. Es ist der *fait accompli*, – die *vollendete Tatsache*. Man löst den Inhalt des Staatsstreiches in eine Reihe von Aktionen auf, mit denen man den Gegner überrascht, für die man aber mit biederemännischer Miene die Legalität in Anspruch nimmt. Lässt sich der überraschte Gegner die Massnahme gefallen, so ist alles in Ordnung; wehrt er sich legal, so wird ein Staatsgerichtshof im Sinne der Tatsache entscheiden; wollte er sich mit Gewalt wehren, – so erstrahlt die Legalität der Regierung in umso hellerem Glanz.

Die drei wirksamen Voraussetzungen dieser Politik des *fait accompli* sind die *Tatsache der Macht*, die *Macht der Tatsache* und die *Vergesslichkeit der Untertanen*. Politische Fragen lassen sich nicht in juristische restlos auflösen. Der Kompetenz des Staatsge-

\* Am Tag nach den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 hatte von Papen erklärt, dass er sich nicht um die Bildung einer Koalition im Reichstag bemühen werde, sondern ein vom Zentrum toleriertes Präsidialkabinett unter Mitwirkung der Nationalsozialisten anstrebe. Ferner hatte er eine Verfassungsreform angekündigt, die das Wahlrecht ändern und ein Zweikammersystem einführen werde.

richtshofes ist dieser Rest entzogen. Da wo er an diese Grenze des juristisch Erfassbaren stösst, wo er nolens volens selber einen *politischen* Spruch tun muss, dort beginnt die Wirksamkeit der politischsten aller Tatsachen, der Tatsache der *Macht*. Tatsachen, harte Tatsachen, die von dieser Macht in die Realität gesetzt worden sind, dürften schwerlich von einem hohen Gerichtshof in die Ohnmacht des Nichtseins verwandelt werden. Diese Massen aber werden so mit wechselnden Tatsachen überschüttet, dass sie nach drei Tagen schon selbstverständlich finden, was ihnen gerade noch unerhört erschien. Wer wartet heute noch auf das Staatsgerichtsurteil über den 20. Juli, da Herr Schleicher Preussen beschlagnahmte? Die Tatsache ist vollendet, denn niemand widerspricht ihr mehr. Dem Gericht bleibt noch übrig, ihr den juristischen Segen zu erteilen.

Was bleibt uns anderes übrig, als endlich vom Gegner zu lernen? Die terrorisierte, die ausgeschaltete Linke wird die Sprache der Tatsachen lernen müssen; um sie zu verstehen, wenn sie vom Faschismus gesprochen wird, und um sie selber zu sprechen. Sie wird von ihm lernen müssen, wie wenig es auf die Form der Konstitution ankommt, wie sehr auf den Inhalt, wie sehr eben auf die «Tatsachen», welche die Wirklichkeit des Staatslebens ausmachen.

13. August 1932

\* Zum «Preussenschlag» vgl. die Artikel «Die Preussenaktion und der 31. Juli» sowie «Liberale Illusionen», S. 110-115 und S. 120-123 in diesem Band.

## Abwirtschaften lassen?

Es sieht so aus, als bliebe uns für die nächste Zeit nur die Wahl zwischen einem Faschismus im legalen Stil mit demokratischer Fassade, wie er in der Bendlerstrasse\* offenbar bevorzugt wird, und dem offenen Faschismus des Dritten Reichs. Man versucht die bedenklichen Extreme des Herrn Hitler aus der Reichspolitik herauszuhalten; wer weiss, welche Dummheiten die Braunhemden aussenpolitisch machen würden; sie fallen mit ihrer schlechten Erziehung und ihren lauten Tönen dem guterzogenen Nationalismus ohnehin auf die Nerven; warum soll man die vielen guten Dinge, die der Mann aus Österreich betreibt, nicht selber besser und bequemer machen können? Man kann es verstehen, wenn angesichts dieser Perspektiven auch zuverlässige Leute von der Linken sich mit dem Gedanken zu befreunden suchen, man solle lieber den Stier bei den Hörnern packen und den *direkten Weg vorziehen*: man lasse Herrn Hitler an die Macht, man überlasse ihm, sei es über eine Koalition in Preussen und im Reich, sei es über die vielleicht zu erwartende Mehrheit bei einer der nächsten Wahlen, sei es über einen illegalen Akt, die *Verantwortung*: er wird Dummheiten machen, er wird seinen Wählern das versprochene Paradies nicht bringen können, er wird mit Frankreich paktieren müssen, er wird sich selber entweder durch erprobte und bewiesene Unfähigkeit ausschalten und er wird allmählich selber klüger, massvoller, – und damit machtloser werden. Nur in der

\* In der Berliner Bendlerstrasse befand sich das Reichswehrministerium, in dem Kurt von Schleicher (1882-1934) am 12. Mai 1932, zwei Tage vor Erscheinen dieses Artikels, Wilhelm Groener (1867-1939) als Minister abgelöst hatte.

Verantwortung werden Parteien verbraucht, – also lasse man den Nationalsozialismus sich *in der Verantwortung abwirtschaften*.

Es bedarf weitgespannter Überlegungen nach allen Richtungen hin, um in dieser Wahl schlüssig zu werden. Nur *eine* von den vielen Fragen, die hier auftauchen, soll gestellt werden: Was hat es mit dem «Ab wirtschaften» auf sich, von dem da die Rede ist? Kann man damit rechnen, dass die Nationalsozialisten sich an der Verantwortung schnell zu Tode essen würden? Oder wird hier ein «grosses Wort gelassen ausgesprochen», ein Wort, das man lieber, wenn man es schon aussprechen muss, etwas weniger gelassen aussprechen sollte?

Man begründet dies Wort mit den Erfahrungen, die *andere Parteien* gemacht haben. Aber der Vergleich mit anderen Parteien, die sich in der Verantwortung verbraucht haben, *stimmt* in einigen wesentlichen Punkten *nicht*. Zunächst einmal hat keine Partei bisher sich so gut auf *Regie* verstanden wie die Nationalsozialisten. Gewiss beruht ihr Aufstieg auf sehr realen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen *Gegebenheiten*, – aber in der propagandistischen Ausnützung dieser Gegebenheiten, im Arrangement der eigenen Heilslehre, in der Organisation der Partei, haben sie eine kaltblütige und skrupellose Meisterschaft entwickelt, die auch nach ihrem Sieg nicht ganz degenerieren kann. Was man auch als siegreiche Partei mit solchen Mitteln machen kann, zeigt das *Beispiel Italiens*. Gewiss ist es leichter, unzufriedene und verzweifelte Massen mit trügerischen Versprechungen *gegen* etwas in Bewegung zu bringen, als sie *für* etwas in Stimmung zu halten, – aber was in Italien die überlegene Phantasie Mussolinis nun schon zehn Jahre lang fertig gebracht hat, werden die deutschen Faschisten mit gröberen, aber bewährten Mitteln eine Reihe von Jahren auch fertig bringen können. Hitler wird auf einmal vor geben, Jahre nötig zu haben, um die «Trümmer des alten Systems wegzuräumen», um «erst das von den Marxisten Versäumte nachzuholen, ehe er an die positive Aufbauarbeit gehen könne», «um wie die Russen die Fundamente zu legen, auf denen erst all-

mählich das stolze Haus werde errichtet werden können»; er würde um Erklärungen für das Ausbleiben des Paradieses nicht verlegen sein, und er würde durch eine glänzende Fassade, durch ein nationales Strassenleben, durch Reden, Zeitungen, durch die Schule, die Hoffnung lebendig zu erhalten wissen.

In Rom wurde ein kluger Faschist im Verlaufe eines der dort gern gepflogenen Gespräche über die Krise (– in denen man immer zu hören bekommt, dass es in Italien ebenso schlimm stehe wie in Deutschland –) nach der *Stimmung der Arbeiter* gefragt. Die Antwort lautete: «Stimmung ist eine ansteckende Krankheit; wie soll sie entstehen, wenn es keine Zeitungen und keine Versammlungen gibt, in denen sie weiterverbreitet werden kann?» Gewiss, das ist übertrieben: auf die Dauer entsteht die Stimmung aus den *Tatsachen*, nicht aus den Zeitungen, und auch *ohne* Zeitungen haben sich schon gelegentlich Tatsachen und Stimmungen herumgesprochen. Es ist keine weltgeschichtliche Weisheit in diesem Wort, – aber es ist *staatspolitische Klugheit* darin. Nur ein kleiner Teil der Deutschen würde unter einem faschistischen Regime, das Zeitungen, Wahlen und Versammlungen verbietet, in illegaler Arbeit sich jene Gemeinsamkeit, jenes Wissen von Gleichdenkenden, jene Solidarität erkämpfen, ohne die der Mut zum politischen Handeln nicht aufkommen kann. Die grosse Mehrheit müsste in einem solchen Regime unpolitisch werden. Sie würde sich ihre privaten *Ventile* suchen und die Herren oben regieren lassen. Was sich allmählich unter dem Druck der Not doch aus politischer Unzufriedenheit ansammelte, das würde Jahre gebrauchen, bis es auch nur dazu käme, sich nach aussen hin sichtbar darzustellen, geschweige denn einsatzreif zu sein.

Man darf auch die Tatsache nicht unterschätzen, dass die Sache des Nationalsozialismus für Hunderttausende von Menschen eine *Sache ihrer Existenz* geworden ist. Die Machtmittel und die Pfründen des Staates würden nach der Proklamierung des Dritten



Reiches in der Hand einer Gruppe von Menschen sein, die genau wissen, dass der Nationalsozialismus die grosse Chance ihres Lebens ist, die allein ihnen Sicherheit, Geltung und Macht garantieren kann: sie wissen genau, dass sie mit ihrem System stehen und fallen. Ganz anders als der bisherige Typus des Staatsbeamten, der nie ernsthaft mit dem Auf und Ab des politischen Geschickes zu rechnen hatte, sondern juristisch gesichert war, würde der neue Staatsbeamte *seinen Staat mit allen Mitteln verteidigen*, vor allem mit den Machtmitteln des Staates selbst. Misstrauensvoten würden sie nicht stören, weil es keine Gelegenheit gäbe, sie abzugeben; Generalstreiks würden sie mit Maschinengewehren verhindern; sie würden nur der Gewalt weichen, – und es könnte lange, lange dauern, bis sich soviel oppositionelle Gewalt konzentriert hätte, dass sie den Machtmitteln des faschistischen Staates gewachsen wäre.

Vertröstung der Massen, wirksame Fassade, Unterdrückung jeder Äusserung der Unzufriedenheit, das Existenzinteresse der Funktionäre, die Machtmittel des Staates, – das wären die *künstlichen Mittel*, mit denen sich eine offene Herrschaft der Nationalsozialisten wohl ziemlich lange halten könnte; der Name dieses Systems: *Regie und Terror*. Aber man darf nicht glauben, dass es nicht auch *objektiver* Stützen des Regimes gäbe. Jede diktatorische Regierungsform hat zunächst einmal den Vorteil, dass sie Schwierigkeiten bis zu einem gewissen Grade wegdekretieren kann. Sie kann Leute, die sie nicht zur Vernunft (oder auch Unvernunft) überreden kann, dazu *zwingen*, und kann so eine Reihe von objektiven Hemmungen, die in demokratischen Regimen immer da sind, auf die einfachste Weise aus der Welt schaffen. Schon das Regime der Notverordnungen profitiert ja ein wenig von diesem Vorteil. Diktatur bedeutet zunächst einmal eine Vereinfachung des Regierungsgeschäftes, – und das kann für einige Zeit objektiv nützlich sein. Diktatur kann konsequenter regieren; sie kann, hat sie sich einmal für einen Weg entschieden, ihn mit

einem Maximum von Konsequenz verfolgen, und sie kann damit objektive Erfolge haben. Sie kann auf diesem Wege die Gegner und Zweifler beiseite stellen, auf die Anhänger alle Mittel der Beeinflussung in einheitlicher Richtung einwirken lassen. Trauen wir den Männern des Faschismus, die wir für die Harthörigen und Ungehorsamen dieser geschichtlichen Weltstunde halten, wenigstens taktische Klugheit und Geschick in ihren Angelegenheiten zu, – so kann es geschehen, dass sie zunächst objektive Erfolge haben würden, die ihre Stellung befestigten.

Ja, – in gewisser Beziehung können sie sich mit ihren Bundesgenossen von der Wirtschaft sogar für die wahren Anwälte, wenn auch nicht dieser weltgeschichtlichen Stunde, so doch dieser weltgeschichtlichen Minute halten, indem sie politisch vollziehen, was der *Monopolkapitalismus* in diesem Stadium der kapitalistischen Entwicklung wollen muss. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich innerhalb der Totalkrise des Kapitalismus eine Teilerholung, eine Konsolidierung auf Zeit im Zeichen des plankapitalistischen Faschismus vollziehen kann, – oder dass Tendenzen dieser Art die Endkrise wenigstens bremsen. Gewiss ist diese *Verkoppelung von Mittelstandsrevolte mit Plankapitalismus* unter nationalistisch-faschistischer Flagge widerspruchsvoll, – aber vielleicht könnten wir eine Weile im Zeichen dieses Widerspruchs vegetieren. Es ist nicht ausgeschlossen, dass eine solche oder eine ähnliche Alternative viele Kräfte, die dem Risiko und den Schrecken des Bürgerkrieges aus dem Wege gehen wollen, zu dem Regime treibt, das aus der Not des zusammenschrumpfenden Mittelstandes und den Bedürfnissen des Plankapitalismus eine aktuelle politische Mixtur zu brauen versucht. Das sind *objektive Chancen Hitlers*, auf denen er sicherlich keine Dauerherrschaft, vielleicht aber doch eine Herrschaft auf Jahre aufbauen könnte.

Traut man aber Hitler selbst und seinen Unterführern solche Klugheit nicht zu: nun, es stehen genug Leute bereit, die ihre

Klugheit Herrn Hitler zur Verfügung zu stellen gewillt sein werden. Die *Linke* in Deutschland ist zur Zeit objektiv schwach; angesichts der politischen und organisatorischen Zerrissenheit des Proletariats ist ihre stärkste Waffe die Legalität: sie ist nicht stark genug, das meiste zu verhindern, aber sie verhindert den Rest. Ist sie gefallen, so steht dem völlig freien Spiel der wirklichen Machträger nichts mehr im Wege, – dann ist die Linke zunächst völlig machtlos, und der Weg ist frei für jene klugen Herren von der Wirtschaft und vom Militär, die gerade um dieses Interesses der Linken an der Legalität willen an einem von Legalität unbeschwerten Regime schnell Gefallen finden werden. Sie werden sich mit Herrn Hitler zu stellen wissen, und der wird ihre Sachkenntnis zu schätzen verstehen. Sie haben alle Aussicht, unter dem Schutze der nationalsozialistischen Fassade ganze Arbeit machen zu können.

Gewiss, die Bäume werden nicht in den Himmel wachsen. Es wird Uneinigkeit im eigenen Lager geben, und wenn es alle Beteiligten dumm genug anfangen, kann trotz aller objektiven Chancen dies widerspruchsreiche Gebilde einer faschistischen Diktatur in Deutschland schnell zerfallen. Aber es wäre *mehr als leichtsinnig*, wenn wir unsere politische Zukunft auf der Dummheit und Schwäche unserer Gegner aufbauen wollten. Es könnte sein, dass *wir* dabei die Dummen wären.

Auch die *Welt* ist noch da und ihre *Krise*. Was in der ganzen Welt wirtschaftlich und politisch geschehen wird, wird seine Wirkung in Deutschland haben, auch im Deutschland einer faschistischen Diktatur. Aber wir werden gut daran tun, uns nicht allzu sehr auf den heilsamen Einfluss der Welt zu verlassen. Sie ist selber daran, am Faschismus Gefallen zu kriegen; sie hat auch mit sich selbst genug zu tun. Für den Zeitraum, für den diese Überlegungen gelten, für die nächsten Jahre, ist die «Welt» eine *unbekannte* Grösse, von der man nicht wissen kann, ob sie bremsend oder fördernd auf den Prozess einer deutschen Diktatur einwirken würde.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass wir eines Tages vor *Tatsachen*

stehen, angesichts derer wir froh genug sein werden, wenigstens die *Hoffnung auf das Abwirtschaften der Diktatur* zu haben. Diese Hoffnung wird ja auch auf die Dauer nicht trügen. Der Nationalsozialismus wird sich abnützen wie jede politische Bewegung, und rascher als die grossen politischen Bewegungen, die wirklich Geschichte machen, bevor sie sich und indem sie sich «abnützen». Aber angesichts dieser Tatsachen wird es immer noch früh genug sein, diese Hoffnung zu pflegen. Fangen wir nicht zu früh damit an! Es handelt sich nicht um eine unbequeme Regierungskoalition, der man in diesen unbequemen Krisenzeiten nur zwei Jahre die Macht zu geben braucht, um sie fallreif zu machen. Machen wir uns klar, dass es diesmal um mehr geht. Sie würden sich verbrauchen, aber es könnte sein, dass sie lange genug am Ruder wären, um uns und Deutschland gründlich zu verbrauchen.

14. Mai 1932

## «Volksgemeinschaft»

Was kommen wird, wissen wir noch nicht, – wohl aber wissen wir schon, wie es *heissen* wird: «nationale Konzentration». Was wir jetzt haben, die Regierung des Herrn von Papen, heisst zwar auch schon so, aber das spricht nicht gegen diese Parole, sondern für sie: eine gute politische Parole kann gar nicht vieldeutig genug sein. Wird es nötig, eine Änderung eintreten zu lassen, dann ist eben die jetzige Regierung noch nicht die *richtige* «nationale Konzentration» gewesen, sondern der persönliche Irrtum des Herrn von Papen. (Man wird diesen Irrtum zu korrigieren wissen.) «Nationale Konzentration» fordert die Unterordnung der Parteiegoismen unter das höhere Interesse der Nation als solcher. Nun behauptet zwar jede Partei, jederzeit das höhere Interesse des Ganzen zu erstreben, – nämlich so, wie sie es versteht. Wenn es wahr ist, dass in Wirklichkeit überall viel handfestes Gruppeninteresse mit unterläuft und manche Parteien nichts anderes unter Politik verstehen, als eben die Durchsetzung dieser Gruppeninteressen, so ist es doch ebenso wahr, dass von den grossen politischen Systemen, die heute miteinander kämpfen, jedes in seiner Art in der Tat einen Entwurf vom *Ganzen* der Gesellschaft enthält, der den echten Vertretern dieser Systeme das gute politische Gewissen gibt. Wer es Herrn von Gayl glaubt, dass er das wahre Beste der gesamten Nation will, wird es auch Herrn Severing, wird es auch Herrn Zehrer\*, Herrn Brüning, wird es dem unbekanntem Nationalsozialisten, wird es Thälmann glauben müssen

\* Wilhelm Freiherr von Gayl (1875-1945) war Innenminister im Kabinett von Papens; der Sozialdemokrat Carl Severing (1875-1952) war bis zum «Preussenschlag» am 20. Juli 1932 preussischer Innenminister. Der Publizist Hans Zehrer (1899-1966) gab die Zeitschrift «Die Tat» heraus.

(– auch wenn er vorzieht, von den Herren Hugenberg und Hitler in diesem Zusammenhang zu schweigen). Wenn es so ist, wenn also die grundsätzliche Politik dieser Männer ihr Recht aus dem Wohl des Ganzen begründet, so wie sie es verstehen (und vielleicht verstehen müssen), – wenn es so ist, – wie kommt es dann, dass zu gewissen Zeiten dieses höhere Interesse des Ganzen plötzlich statt der Fortsetzung der gewohnten Politik etwas *Besonderes* verlangt? Gibt es *zweierlei* Begriffe vom höheren Wohl des Ganzen? Einen dekorativen für normale Zeiten und einen ernsthaften, auf den man sich besinnt, wenn es gefährlich wird? Das werden die erwähnten Herren kaum zugeben wollen. Sie haben immer und stets mit gleichem Ernst das Wohl des Ganzen im Auge gehabt, so wie sie es verstanden, – und weshalb sollen sie es jetzt plötzlich anders verstehen als in normalen Zeiten?

In Wirklichkeit pflegt der Begriff des höheren Wohles des Ganzen aus seiner anonymen Existenz (in der er lediglich in der politischen Festrede und im staatsbürgerlichen Unterricht ein bescheidenes öffentliches Dasein fristet) erst dann in den politischen Vordergrund zu treten, wenn man einander sich selbst und seinen Anhängern etwas *Ungewohntes und Unangenehmes zumuten muss*. Vor allem zur Rechtfertigung bedeutsamer Umschwünge in der Machtverteilung pflegen sowohl die mächtigeren Gruppen den schwächeren gegenüber wie auch die Führer der schwächeren ihren Anhängern gegenüber dies Argument des höheren Wohles des Ganzen heranzuziehen. Vor einigen Jahren nannte man das «Volksgemeinschaft»; dies Wort hat noch die Färbung des Geistes von 1918; heute ist «Volk» durch «Nation», «Gemeinschaft» durch «Konzentration» ersetzt, entsprechend dem rauhen und mannhaften Geist unserer Epoche; aber die *Funktion* dieses Begriffes ist dieselbe geblieben: er soll uns unangenehme Dinge schmackhafter machen. Sollte er auf die eigentliche Linke, die Arbeiterschaft, ausgedehnt werden müssen,

so wird ohne Zweifel neben der offiziellen «nationalen Konzentration» auch wieder die Variante «Volksgemeinschaft» auftreten.

Um eben dieser Möglichkeit willen wird der Begriffe der «Nationalen Konzentration» oder der «Volksgemeinschaft» für uns *aktuell*. Solange er eindeutig zur Maskierung der Klassenherrschaft einer kleinen Gruppe gebraucht wird, bleibt er ungefährlich. Auch eine offene Diktatur eines kleinen Kreises, wer immer auch dazu gehöre, auch ein offener Staatsstreich würde sich auf die «nationale Konzentration» berufen, nämlich auf die treuhänderische Konzentration der Macht in der Hand derer, die sich allein auf das wahre Wohl der Nation verstehen. Aber diese politisch gefährlichste Lösung wäre für die politische Moral der Linken ungefährlich, weil dieses Spiel leicht durchschaut würde.

Es gibt aber zwei andere Möglichkeiten, in denen die politische Moral der Arbeiterschaft durch den Begriff der Volksgemeinschaft eher gefährdet ist.

Die eine beruht auf der Tatsache, dass gegenwärtig zwar die normale Ordnung gestört, die parlamentarische Apparatur unbrauchbar und das reine Machtmoment in der Politik in den Vordergrund getreten ist, – dass aber innerhalb der verwickelten Struktur dieser Machtkämpfe fast alle Beteiligten (mit Ausnahme einiger Desperados) ein Interesse daran haben, dass der offene (militärische) Machtkampf vermieden wird und dass also unbeschadet der neuen Machttatsachen die *Legalität* wenigstens scheinbar erhalten bleibt. Die Schwächeren wissen, dass sie in einem offenen Machtkampf unterliegen würden, die Stärkeren wissen, dass ihr sicherer Sieg ein Pyrrhussieg wäre. Dies fast allen gemeinsame Interesse an der Legalität, an dem selbst Herr Hitler teil hat, wird den Mächtigsten, Herrn Schleicher, zum Masshalten mahnen, und wird den Schwächsten das Tolerieren nahelegen.

Es wird noch viel passieren, der Artikel 48\* wird noch kräftig strapaziert werden, und die Linie der Legalität wird sehr gewunden sein, – aber sie ist für alle Beteiligten die Linie des geringsten Widerstandes; man wird auf allen Seiten gewisse Opfer bringen, – unbeschadet der ehernen Tatsache, dass es der Schwächere ist, der die materiell entscheidenden Opfer bringen muss, – um diese Linie nicht abreißen zu lassen. Ob es glücken wird, dies Abreißen zu verhindern, ob die gegenwärtigen Machthaber ihren verschiedenen Gegnern jeweils die Konzessionen machen werden, die ihnen das Mitmachen (in der Form der Beteiligung, der Tolerierung oder der legalen Opposition) ermöglichen werden, ist noch ungewiss. Wie immer der Versuch auch ausfallen wird, – er wird im Namen der «nationalen Konzentration» unternommen werden.

Es wäre schön, wenn man sagen könnte, dass diese Möglichkeit einer falschen «Volksgemeinschaft» ihren mächtigsten Gegner in der SPD oder in der Arbeiterschaft überhaupt hätte. Leider ist es aber durchaus nicht die Arbeiterschaft, sondern ganz im Gegenteil Herr *Hugenberg*, der gegebenenfalls diesen Versuch wird zu Fall gebracht haben, nicht etwa um einen besseren an seine Stelle zu setzen, sondern einen schlechteren. Und Herr *Hugenberg* wird es auch sein, der die *zweite* Möglichkeit einer «Volksgemeinschaft» äusserst erschweren wird: die immer häufiger diskutierte Front *Leipart-Brüning-Schleicher-Strasser\*\**, eine Front politischer Extreme, die man aber als die Front *der*

\* Vgl. Anmerkung S. 98.

\*\* Der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart (1867-1947), hatte in einer betont nationalen Rede am 14. Oktober 1932 u.a. erklärt, dass die Bestrebungen der Gewerkschaften «über jede enge Parteigebundenheit» hinausgingen, dass ihr sozialer Kampf vom «soldatischen Geist der Einordnung und der Hingabe für das Ganze» geprägt sei. Die Rede war vom Nationalsozialisten Gregor Strasser (1892-1934), dem Führer des linken Parteiflügels, begeistert kommentiert worden. Leipart widersprach jedoch sofort Pressemeldungen, die eine Einheitsfront Leipart – Brüning – Schleicher – Strasser aufziehen sahen.



*sozialen Mitte* bezeichnen könnte, indem sie den Versuch darstellen würde, den Mittelstand, eine wirtschaftsfriedliche Arbeitnehmerfront und einen gemässigten Kapitalismus an einen Tisch, – nämlich an den Tisch des Generals Schleicher zu bringen. Auch diese von Hugenberg und den Grossagrariern schwer bedrohte Möglichkeit würde ihre Schwächen verstecken wollen, indem sie sich auf das höhere Wohl des Ganzen beriefe, sie würde sich als «Front der nationalen Arbeit», als wahre «Volksgemeinschaft», ja als «nationalen Sozialismus» ausgeben. Auch in ihr würde der Begriff der «Volksgemeinschaft» dazu dienen, die Zumutungen erträglicher zu machen, die man auch hier vor allem den sozialistischen und nationalsozialistischen Massen auferlegen müsste.

«Volksgemeinschaft» hat eine Innen- und eine *Aussenseite*. Sie bindet (scheinbar) die verschiedenen Gruppen des Volkes zu einer (scheinbaren) Einheit zusammen, – und sie grenzt sie nach aussen hin als geschlossenes Ganzes gegen die Nachbarvölker ab. Genügt der innere Gesichtspunkt nicht, um eine Einheit herbeizuführen, wie man sie sich vorstellt, – so liegt nichts näher, als sie *unter aussenpolitischen Druck* zu setzen. Der mächtigste Mann im Staate hat eine Aussenpolitik eingeleitet, an deren Ende die vollständige Isolierung Deutschlands steht. Diese Aussenpolitik kann für den Moment erfolgreicher sein als jede andere; sie kann durch die Angst vor stärkerer Beunruhigung, die sie in ganz Europa hervorruft, gewisse Abänderungen des Vertrages von Versailles schneller herbeizwingen als das eine vorsichtigere Politik erreicht hätte. Aber am Ende dieses Weges steht die deutsche *Isolierung*. Dieser Weg muss eines Tages nach innen zurückschlagen; die Folgen der Isolierung können nicht ausbleiben. Jede Massnahme aber, die vom Ausland aus gegen das isolierte Deutschland wird ergriffen werden, wird in Deutschland als ein Angriff betrachtet werden, der uns zu einer immer engeren *nationalen Schicksalsgemeinschaft zusammenschweissen* muss.

Was 1914 geschah, was 1923 im Ruhrkampf\* unternommen wurde, werden die Hauptinteressenten der «nationalen Konzentration» auch in den nächsten Jahren versuchen. Wird die Arbeiterschaft auch diesmal gutgläubig sein, wenn man *an ihre nationale Zuverlässigkeit appelliert*? Wird sie auch diesmal, gegen die Brutalität der Siegermächte, sich in eine innenpolitische Front eingliedern lassen, die ihr die Arbeit an ihrer *wahren Aufgabe unmöglich* macht? An der Aufgabe, die Volksgemeinschaft der *Zukunft* zu erarbeiten und zu erkämpfen? An der Aufgabe des *europäischen Sozialismus*.

Das Zentrum und die bürgerlichen Demokraten haben in ihren Theorien keinen Widerstand gegen die Idee der «Volksgemeinschaft». Sie werden diese Idee immer wieder zur Rechtfertigung einer Politik benutzen können und müssen, welche sich nur das eine Ziel stellt, unter den Machtverhältnissen, wie sie nun einmal sind, die allernächsten politischen Aufgaben, also das nackte Weiterfunktionieren des Staates von heute auf morgen zu sichern; da sie kein geschichtliches Ziel haben, sind sie an das Bestehende gebunden; sie haben nur die Wahl zwischen doktrinärem Utopismus und einem politischen Realismus, der die Dinge nehmen muss, wie sie sind, d.h. der die Macht gelten lässt, wo sie auch immer steht. Hier kann die Idee der Volksgemeinschaft schlechterdings alles rechtfertigen, was als die Notwendigkeit der Stunde begründet werden darf.

\* Nachdem belgische und französische Truppen im Januar 1923 das Ruhrgebiet wegen deutscher Rückstände bei den Reparationsleistungen besetzt hatten, rief die deutsche Regierung zum nationalen passiven Widerstand auf. Der Aufruf wurde weitgehend befolgt: Streiks und Sabotageakte waren an der Tagesordnung, alle Zahlungen und Lieferungen an die Besatzungsmächte wurden eingestellt. Die Franzosen übernahmen daraufhin die Verwaltung im Ruhrgebiet und reagierten mit Massenfestnahmen und Ausweisungen. Ein Erfolg blieb dem Ruhrkampf jedoch verwehrt, nicht zuletzt weil die Zechenbesitzer nicht bereit waren, ihre Gruben zu schliessen, und so Kohleförderung und Abtransport zwar gestört, nicht aber eingestellt wurden. Mitte September erklärte dann die neugebildete Reichsregierung unter Stresemann (1878-1929) die Einstellung des passiven Widerstandes.

Darf die sozialistische *Arbeiterschaft* in derselben Lage sein? Sie gibt vor, ein Ziel zu haben; sie gibt vor, eine Methode zu haben, die sie vom faktischen Ganzen der Gegenwart insofern unabhängig macht, als sie ihr gestattet, sie vom Ganzen der Geschichte her, vom Ganzen der Zukunft her unter *prinzipielle Kritik* zu stellen. Sie hat die schwere, aber auch die einzig fruchtbare Aufgabe, die Forderung des Heute und die Forderung der Zukunft auf den Nenner jeweils einer Aktion zu bringen; sie hat die Aufgabe der Zukunft in den Aufgaben der Gegenwart zu erfüllen. Sie muss daher in jeder ihrer Handlungen über den Rahmen der blossen Gegenwart, den Rahmen der «Volksgemeinschaft» hinausgehen; ist die «Nation» das Volk von heute (oder gar von gestern!), so muss die Arbeiterschaft in jeder ihrer Aktionen, sowohl in den oppositionellen wie in denen, die sie im Rahmen des Bestehenden mit anderen zusammen unternimmt, ein *revolutionäres* Moment verwirklichen, das «un-national», das «anti-national» ist, das den Rahmen der Volksgemeinschaft *sprengt*. Weiss die Arbeiterschaft von ihrer revolutionären Aufgabe, ist sie bis ins Innerste von ihr durchdrungen, so können ihr die sonderbarsten Bündnisse des Augenblicks nicht schaden, weil sie für die *Zukunft* nutzbar gemacht werden; hat sie diese Aufgabe vergessen oder sieht sie in ihr nur noch das «Fernziel», von dem man Sonntags schwärmt, so wird ihrer Moral und ihrer Praxis auch das harmloseste Zugeständnis gefährlich. Was immer sie auch tun wird: sie muss den Schwindel der «Volksgemeinschaft» durchschauen. Sie ist dem arbeitenden Volk Europas und der Welt verpflichtet, nicht der «deutschen Nation»; sie ist der deutschen Nation insofern verpflichtet, als sie die Gegenwart darstellt, aus der jene Zukunft geboren werden soll. Das muss das Bewusstsein sein, das die Stellung der Arbeiterklasse den Predigern der «nationalen Konzentration» gegenüber bestimmt.

19. November 1932

## Faschistische Lockung und antifaschistische Entscheidung\*

Wir wissen alle, und wissen es von Monat zu Monat besser, dass sich hinter den Schwierigkeiten der Regierungsführung, hinter den Regierungskrisen, dem Regime der Notverordnungen, den Prozessen vor dem Staatsgerichtshof\*\* und den vielen anderen aussergewöhnlichen Geschehnissen der gegenwärtigen Politik ein tieferer und wesentlicherer Vorgang abspielt: der Untergang des Weimarer Staates. Die Kritiker der Demokratie, Nationalsozialisten und andere, haben schon recht, wenn sie von der «Krise des Systems» reden. Der Apparat, den die Verfassung von Weimar vorsieht, funktioniert nicht mehr. Das politische Leben schafft immer neue Situationen, die die kluge Weimarer Verfassung in all ihrer Klugheit nicht vorausgesehen hatte. Das schafft Unsicherheit und Ratlosigkeit, das lähmt die Anhänger und Verteidiger des Systems, und gibt den Mächtigsten und Machtwilligsten den Weg frei.

Die Verfassung von Weimar meinte den Staat der gesamten Nation auf der Grundlage des gleichen politischen Rechtes jedes

\* Vortrag, gehalten vor Studenten und katholischen Jugendverbänden in Bonn, Duisburg und weiteren Städten vor den letzten Reichstagswahlen vom 5. März 1933. Vgl. den Bericht von Hermann Kadow in der Rhein-Mainischen Volkszeitung vom 28. Februar 1933 («Faschistische Lockung und antifaschistische Entscheidung. Walter Dirks spricht vor der Bonner Studentenschaft»).

\*\* Nach dem Staatsstreich vom 20. Juli 1932 (vgl. die Artikel «Die Preussenaktion und der 31. Juli» sowie «Liberale Illusionen», S. 110-115 und S. 120-123 in diesem Band) hatte die preussische Regierung vor dem Staatsgerichtshof gegen ihre gewaltsame Absetzung geklagt. In seinem Urteil vom 25. Oktober 1932 erklärte das Gericht einerseits die Übernahme der Exekutivgewalt durch das Reich für rechtmässig, sprach andererseits aber der preussischen Regierung das Recht zu, das Land weiter im Reichsrat, gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat und den anderen Ländern zu vertreten.

einzelnen Staatsbürgers. Der Vorgang, der diesen Staat aber tatsächlich hervorbrachte, ist anderer Art gewesen. Nicht die Nation in ihren einzelnen Staatsbürgern baute diesen Staat, sondern ganz bestimmte Gruppen, – nämlich die Arbeiterschaft und das liberale Bürgertum schufen ihn, – um ein Jahr später den politischen Katholizismus in ihr Bündnis am endgültigen Staatsaufbau mit aufzunehmen. Der reale Gehalt des Weimarer Staates ist ebenjenes Bündnis der Arbeiterschaft mit dem liberalen Bürgertum und dem Katholizismus gewesen. Dass sich der Staat nicht so formulierte, sondern als die Demokratie aller politisch gleichberechtigten Staatsbürger, ändert zunächst nichts an jenem realen Gehalt, wenn es auch später die Umwandlung des Staatsgehaltes in sein Gegenteil möglich machte. Aus diesem Gehalt zieht er in der ersten Zeit seinen Schwung und sein Pathos, denn in ihm, in der Übernahme der staatlichen Macht und Verantwortung durch die Koalition der Arbeiter und Bürger, in der Gestaltung der Gesellschaft nach dem Willen der Arbeiter und Bürger, liegt sein Sinn. Diese reale Basis des Weimarer Staates ist heute dahin. Das Bürgertum hat jene Koalition gekündigt; es hat sich zum Nationalsozialismus bekehrt und weigert sich, mit der Arbeiterschaft zusammen den Staat zu tragen. Die Arbeiterschaft aber hat ihre Bereitschaft, die Staatsmacht und die Staatsverantwortung zu tragen, verloren. Sie hat sehen müssen, wie gerade die formale demokratische Gerechtigkeit dieser Verfassung innerhalb des unangetasteten Kapitalismus ihrem Klassegegner gestattete, den Sinn von Weimar in Unsinn zu verwandeln; sie hat andererseits, während ihr das ganz langsam klar wurde, doch den Staat von Weimar gegen den offenen Angriff der Reaktion verteidigen müssen. Sie ist so immer mehr in eine schiefe Lage geraten. Sie musste im langsamen Rückzugsgefecht die Volksrechte verteidigen, und mit ihnen die Weimarer Verfassung, in denen sie garantiert sind, und spürte doch immer deutlicher, dass sie immer mehr ins Unrecht geriet, weil sie damit immer mehr zum indirekten Verteidiger des

Klassenstaates, des kapitalistischen Klassenstaates und seiner schweren Mängel wurde. Diese schiefe Lage hat die Arbeiterschaft politisch gelähmt. Ihre staatspolitischen Funktionäre verwachsen in der Verantwortung mit dieser schiefen Lage; sie wurden zu menschlich grossenteils respektablen, aber für die Führung ihrer Klasse meist nicht mehr in Betracht kommenden Staatsfunktionären; die Massen selbst sind orientierungslos und mutlos geworden. Beide ursprünglichen Träger des Weimarer Staates, Bürgertum und Arbeiterschaft, sind also nicht mehr willens und fähig, diesen Staat wirklich zu erfüllen und zu verantworten, der eine hat sich protestierend abgewandt, der andere ist resigniert und zweiflerisch geworden. Der politische Katholizismus ist fast noch der treueste Anhänger von Weimar. Weimar existiert noch, weil die verschiedenen Machtgruppen, die sich um die Beute streiten, den offenen Machtkampf nicht wagen. Deshalb bindet sich ein jeder in seiner Art mehr und weniger an die formale Legalität, die allein verhüten kann, dass dieser offene Kampf ausbricht. Das ist der Sinn, den heute Weimar noch hat: eine juristische formale Gegebenheit, die als solche, als reine Legalität den offenen Machtkampf und den Neuaufbau des Staates nach der heute gegebenen Machtverteilung verhindert, – solange verhindert, als die beteiligten Machtgruppen Angst vor der eigenen Courage haben. So etwas kann einige Monate, einige Jahre bestehen, aber so etwas ist kein Staat. Gewiss bindet der Staat die Macht ins Recht, indem er die gesellschaftliche Situation mit all ihren Machtgegebenheiten in eine sinnvolle und ganzheitliche Ordnung zusammenzufassen sucht, aber wenn die Kluft zwischen dem Rechtsgebilde und ihren gesellschaftlichen Grundlagen allzugross wird, dann muss eines Tages das Staatssystem zusammenbrechen. Das ist heute das Schicksal des Weimarer Systems, dessen Rechtsgefüge auf der Grundlage der Arbeiter und Bürger aufgebaut war und ohne diese Grundlage nun seinen Sinn und seine Existenzmöglichkeit zugleich verliert.

Aber auch die geistigen Voraussetzungen von Weimar sind am Schwinden. Wer glaubt noch an die liberale Demokratie, an die Staatsidee, die den Staatswillen aus den summierten Willen der Individuen entstehen sieht und entstehen lassen will? Sozialdemokratische Funktionäre, wenige liberale Gebildete und im Übrigen eine Menge Katholiken, – aber diese gemischte Gesellschaft reicht nicht dazu aus, legitimer Träger der Staatsgesinnung zu sein. Die Massen der Arbeiter und Bürger glauben nicht mehr daran, die Bürger glauben teils rauschhaft, teils zögernd ans Dritte Reich, die Arbeiter sind ratlos, ihre Besten beginnen wieder an den Sozialismus zu glauben. Die Intellektuellen haben gleichfalls das sinkende Schiff verlassen. Die Erschütterung, die wir alle durch die Erfahrungen der langen Krise gehabt haben, hat diese Staatsauffassung zerstört, und nicht nur diese Staatsauffassung, sondern auch das Weltbild, das sie getragen hat. Das optimistische Lebensgefühl, das die Grundlage dieses Weltbildes war, ist zuerst durch das fürchterliche Erlebnis des Weltkrieges erschüttert worden, es ist in der Konjunktur wiederaufgelebt, um dann in der ökonomischen Krise, die für die meisten Menschen eine Existenzkrise bedeutet hat, einen zweiten mächtigen Stoss zu erleiden. Wir glauben nicht mehr an die Harmonie der Gesellschaft, in der Krise und Krieg nur Störungen, nur so etwas wie Betriebsunfälle sind, nur Rückstände aus früheren dunkleren Zeiten, die eines Tages, die bald von der Entwicklung selbst überwunden sein werden. Wir glauben nicht mehr an diese geheimnisvolle «Entwicklung», die über unseren Köpfen weg oder unter unseren Füßen her die Geschichte im ewigen Fortschritt der Vollendung entgegentreibt. Wir glauben nicht an die Selbstverwirklichung der «Vernunft», wir glauben nicht, dass es genügen konnte, dieser Vernunft durch die vernünftigste und gerechteste Verfassung der Welt den Weg freizugeben für diese ihre Selbstverwirklichung. Wir glauben nicht mehr so ohne Weiteres an die Vernünftigkeit und die Einsicht der einzelnen Staatsbürger und

ihrer Gruppen, die uns veranlassen könnte, unsere wirtschaftliche, unsere staatliche Existenz in jedem Fall dem Gesetz der Mehrheit anzuvertrauen.

Wenn dies Gesellschaftsbild zusammenbricht, weil es von der Grausamkeit des Geschehens selbst widerlegt wird, so entsteht zunächst Unsicherheit, Orientierungslosigkeit, Ratlosigkeit, – ein Vakuum. Das ist denn auch im Grunde der gegenwärtige Bewusstseinszustand der Massen des deutschen Volkes. Auf der Linken ist er verdeckt durch die Festigkeit des sozialistischen Organisationsapparates. Im Bürgertum ist er die Grundstimmung, die für den Radikalismus der Nationalsozialisten die grosse Chance geworden ist. Und bei uns Katholiken? Die tönendsten Proklamationen der berufsständischen Ordnung\* können nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Katholiken nicht wissen, was los ist, und nicht wissen, was sie tun sollen. Gewiss, die religiöse Bindung verhindert, dass die Erschütterung des liberaldemokratischen Gesellschaftsbildes zu einer Erschütterung des Weltbildes überhaupt wird, wie das beim liberalen Bürgertum geschah. Diese Bindung und die Festigkeit unseres Organisationsapparates hat verhindert, dass das Zentrum wie die anderen Parteien der Mitte vom Nationalsozialismus aufgerieben worden ist. Das katholische Volk hat den Boden unter den Füßen nicht verloren. Aber unsere politischen Vorstellungen sind genau so problematisch geworden wie im Bürgertum. Es hat lange gedauert, bis das katholische Volk und sein Klerus die bequemen Vorstellungen von Thron und Altar, den beiden autoritären Garanten der Ordnung, fallengelassen hat. Aber dann hat es demokratisch denken gelernt. Wir haben unsere theologischen Sicherungen angebracht, gewiss; wir haben nicht an die unbedingte Güte der

\* Einen Gesellschaftsaufbau im Sinne berufsständischer Ordnungen forderte die päpstliche Sozialenzyklika «Quadragesimo anno» vom 15. Mai 1931.



menschlichen Natur geglaubt, sondern an die Erbsünde. Das hat nicht hindern können, dass unsere Staatsauffassung im Groben und in der Praxis genauso «demoliberal» war, – um das schöne Schimpfwort zu gebrauchen, wie die der Sozialdemokratie und des liberalen Bürgertums. Wir haben die Weimarer Verfassung aus dem Heiligen Thomas abgeleitet, und die katholischen Kreise, die das nicht mitgemacht haben, waren nicht etwa aus Gründen von morgen gegen die heutige, – jetzt schon gestrige – Theorie, sondern aus Gründen von vorgestern. Gestehen wir es offen, dass auch wir einen theoretischen Choc erlebt haben, als die Grundlagen der Weimarer Verfassung zu wanken begannen, dass auch wir Momente und Zeiten der Ratlosigkeit erlebt haben, in denen uns klar geworden ist, dass wir umlernen müssen. Wie weit die oft gerühmte theoretische Sicherheit der grossen Wortführer und Organisatoren des Katholizismus eine echte Sicherheit ist-und damit oft genug eine echte Sterilität – und wieweit sich hinter der forschen Sprache auch bei manchen Lautsprechern der ewigen katholischen Gesellschafts- und Staatslehre Zweifel und Unsicherheit verstecken, – das wird nicht so leicht herauszubringen sein. Für die Leute von vorgestern ist die Krise von Weimar nur eine Bestätigung und Versteifung ihrer alten Position geworden. Aber es wird doch auch für viele Leute im Land gelten, was für uns gilt, für viele nachdenkliche Einzelne, vor allem im Klerus, in der Intelligenz, der Lehrerschaft, der Führerschaft der Organisationen: Das Vertrauen zur Demokratie, das uns von 1923 an, viele von 1919, von 1918 an erfüllt und die Grundlage für alle politische Arbeit gewesen ist, dies Vertrauen ist geschwunden oder gelähmt. Im Übrigen wird die positive Stellung des Kreises, der diesen Choc erlitten hat, verschieden sein; manche werden zu neuen Einsichten gekommen sein, manche werden noch ziemlich ratlos sein, manche werden, unter Bedenken und Zweifeln, an der erschütterten Position festhalten. Irgendwie aber ist auch bei uns an die Stelle der Weimarer Überzeugung ein labiler Zustand, ein Vakuum getreten.

Mit diesem Vakuum, bei den Bürgern, bei vielen Sozialisten, bei uns Katholiken hat die grosse Stunde des faschistischen Geistes geschlagen. Der Faschismus spricht jene Krise des Liberalismus aus, er formuliert die Abwendung vom liberalen Geist, den Protest gegen ihn. Er findet das Ohr derer, die zweifelnd, die ratlos geworden sind. Er bietet sich an, den leeren Raum auszufüllen, den der zerfallende Liberalismus zurücklässt. Die Gedankenreihen, aus denen er ein geschlossenes Weltbild zu machen sucht, lebten bisher in den Köpfen und den Herzen einer akademischen Minderheit, in einzelnen und in kleinen Zirkeln und Gruppen, die sich protestlerisch gegen den liberalen Zeitgeist abschlossen. Der Zusammenbruch des Liberalismus gab diesen Gedanken die grosse Chance. Seit vier, fünf Jahren sind sie die grosse Verlockung für jeden, der am Liberalismus irre geworden ist, – auch für uns, die wir zwar nie liberal im Sinne des liberalen Weltbildes gewesen sind, aber doch wenigstens im Banne der liberalen Staatstheorie gestanden haben.

Wir wollen uns dieser Lockung nicht von vornherein verschliessen. Wir sollten uns verständlich zu machen suchen, worin ihr Zauber und worin ihr Erfolg begründet liegt, worin vielleicht ihr Recht besteht. Wir sollten es uns nicht so bequem machen, am Faschismus nur das zu sehen, was uns die Ablehnung leicht macht. Die Pöbelhaftigkeit und Roheit vieler nationalsozialistischer Äusserungen und Taten, die Kaltschnäuzigkeit der Militärs, die Herzenshärte des Herrenstandpunktes, die Primitivität naturalistischer Bluts- und Rassentheorien, – das alles ist so offensichtlich gegen christliches Lebensgefühl, christliche Tradition und christliches Gewissen, dass es uns nicht lange zu bekümmern braucht. Aber hinter dieser Barbarei steckt doch in dem grossen und in sich durchaus nicht geschlossenen Bereich faschistischer Gedanken, Forderungen, Haltungen, Gesinnungen vieles, was ernster genommen werden muss. Wir werden in manchen Punkten das Erbteil des Liberalismus gegen den Faschismus zu vertei-

digen haben, aber wir werden auch wesentliche Argumente gegen den Liberalismus anzunehmen haben, die zuerst und oft in klassischer Schärfe auf faschistischem Boden oder doch in seiner Nähe formuliert worden sind. Wenn die Entscheidung für oder gegen den Faschismus, – und vor dieser Entscheidung stehen wir in irgendeiner Form heute dauernd – wenn diese Entscheidung auf der Ebene der reinen Theorie gefällt werden dürfte oder müsste, dann würden uns manche ausgezeichnete Erkenntnisse der faschistischen Theoretiker diese Entscheidung sehr schwer machen, – gerade uns, die wir mit der deutschen Jugendbewegung verwachsen sind. Der Faschismus zieht auf dem Boden der politischen Theorie in mancher Beziehung die Konsequenz aus einer geistigen Haltung, die über die verschiedenen Formen zeitgenössischer Lebensphilosophie zurückgeht auf Nietzsche; er beruft sich also auf eine Traditionsreihe, der der Protest der Jugend gegen die Bürgerlichkeit nahe stand und nahe steht. Und die andere Tradition, aus der er schöpft, die Romantik, vor allem die politische Romantik, steht unserer eigenen geistigen Vergangenheit auch nicht fern. Man kann die ganze Geistigkeit des Faschismus sehr wohl in Kategorien ausdrücken, die uns aus der Jugendbewegung vertraut sind. Er stellt dem «Bürger», aber auch dem «Funktionär» den heroischen Menschen gegenüber, den heroischen Kämpfer und den heroischen Arbeiter. Er stellt dem System der weggorganisierten Verantwortung, dem System der Kommissionen und Majoritäten die verantwortungsfrohe Elite entgegen, den Adel, der Dienst, Zucht, Verpflichtung bedeutet. Er verachtet die Lebensformen und Reaktionsweisen der Masse, wie wir die Bürgerlichkeit, die Herzenskälte, die Charakterlosigkeit, die Formlosigkeit der Masse verachtet haben. Er kennt die dunklen Tiefen des Lebens, die man das «Irrationale» nennt und bekennt sich zu ihnen. Er bekennt sich zu den Bindungen des Blutes und des Bodens, zu den Bindungen der Geschichte vor allem, die uns zu einmaligen bestimmten Menschen und die Völker zu ein-

maligen bestimmten Völkern machen, die ihr qualitativ bestimmtes historisches Sein nicht ungestraft den abstrakten Allgemeinbestimmungen des menschlichen Wesens opfern. Er bekennt sich zur Irrationalität und Unableitbarkeit der geschichtlichen Tatsächlichkeit. Gewiss, «Schicksal» ist im strengen Sinne ein heidnischer Begriff. Aber soweit er das bestimmte Faktische in unserem Leben und im Leben der Völker und Staaten meint, das unableitbar und unberechenbar unsere menschliche Einsicht und Berechnung übersteigt, – soweit muss die Anerkennung des Schicksals auch uns göltiger erscheinen als der Glaube an die restlose Verstehbarkeit und Ableitbarkeit unserer Existenz und der Geschichte. Gerade die Erfahrungen von Weimar haben uns belehrt, dass in der Forderung nach dem Führer ein tiefes und legitimes Bedürfnis ausgesprochen ist. Der Führer ist in der Tat mehr als der Theoretiker oder der Abgeordnete oder der Funktionär einer Gruppe; der Ruf nach dem Führer meint den exemplarischen Menschen, der einer Zeit oder einer Gruppe ihre Existenz vorlebt und repräsentiert, der Sinn und Willen dieser Gruppe in Menschengestalt verkörpert und deshalb der Gruppe voranzugehen, sie zu «führen» vermag. Der Faschismus hat recht, wenn er der atomisierenden und summierenden Staatsauffassung des Liberalismus, die auch in der katholischen Forderung des Primates des Gemeinwohles nur formal überwunden wird, ein Staatsbild entgegensetzt, das ganzheitliche und einheitliche Züge trägt. Mit der Betonung der Ganzheitlichkeit und Einheitlichkeit des Staates hat der Faschismus wesentliche politische Kategorien wieder ins Bewusstsein gehoben, die auch für den wirklich bleiben, der nicht im «Volk» oder in der «Nation» den ewigen Träger dieser Ganzheit sieht. Dasselbe gilt von der Betonung des Machtmomentes. Es ist bitter, dass wir dies Machtmoment in seiner Bedeutung gerade dadurch erkennen, dass es gegen uns in Bewegung gesetzt worden ist, dass wir die Grenzen, die prinzipiellen

Grenzen des bürgerlichen Rechtsstaates gerade am eigenen, an unserem Leibe erfahren; es ist so nützlich als bitter, aber jedenfalls erkennen wir in dieser Erfahrung manche Grundbestimmungen der Politik, die man in den Zeiten, da man hoffnungsfroh an die Selbstverwirklichung der ewigen Rechtsideen glaubte, in faschistischen Büchern schon hätte nachlesen können.

Carl Schmitts Bücher\* sind nicht weniger gefährlich und nicht weniger einseitig als die Notverordnungen, die sich auf sie berufen, – aber auch ebenso nützlich für unsere Erkenntnis. So könnte man noch vieles aufzählen, was bestechend ist, was mindestens Momente der Wahrheit zu enthalten scheint und sicher auch enthält. Es ist zu verstehen, wenn ein solches Denken auch viele Menschen vom besten Schläge stark beeindruckt hat, vor allem, wenn es in Form eines abgeschlossenen vollendeten Systems auftritt. In vielen Spielarten, vom tragischen Heroismus bis zum zukunftsgläubigen jungen Nationalismus, haben diese Ideen vor allem bei der Jugend und bei der Intelligenz Deutschlands gezündet. In ihnen scheint in der Tat die Jugendbewegung in grösster Breite ihre Politisierung erfahren zu haben.

Wie stehen wir Katholiken dazu? Wir müssen zunächst einmal gestehen, dass wir als Katholiken kein spezifisch politisches System von ähnlicher Plastik und Kraft haben, das dem Faschismus die Waage halten könnte. Unsere naturrechtlichen Prinzipien können gewiss das fertige System des Faschismus in wichtigen Punkten korrigieren, es einschränken, ergänzende Wahrheiten hinzufügen, – genau so wie sie das dem Liberalismus gegenüber konnten. Unsere naturrechtliche Tradition schützt uns jeweils vor den Auswüchsen solcher Systeme, es erinnert uns immer an die

\* Der Staats- und Völkerrechtler Carl Schmitt (1888-1985) formulierte in seinen Schriften eine dezisionistische Theorie des Politischen, von der aus er zur Legitimation eines autoritären Präsidialregimes, wie es von Papen anstrebte, und schliesslich zur Rechtfertigung der nationalsozialistischen Diktatur gelangte.

andere Seite der Medaille; es rettet wichtige Anliegen vor allem des Individuums gegen überstiegene Ansprüche der politischen Systeme, aber der Katholizismus hat nicht selber ein eigenes System, das qualitativ bestimmt, rund, mit Geschichte gesättigt wäre, wie es der Liberalismus gewesen ist und wie es der Faschismus heute ist. Wir haben im Naturrecht eine Basis der Kritik und Korrektur gegenüber jedem historischen System, wir haben aber nicht darin die Basis zum Aufbau eines historisch bestimmten politischen Weltbildes selbst. Darum haben wir auch in den naturrechtlichen Theorien des Katholizismus kein Kriterium der Entscheidung zwischen Liberalismus und Faschismus. Beide sind vom Naturrecht aus gesehen falsch, weil im Positiven und Negativen einseitig, beide enthalten Momente, denen man zustimmen kann, – wie soll man zwischen ihnen entscheiden können? Nun sind sie aber in ihrer runden Ganzheit qualitativ verschiedene Systeme, zwischen denen es keine Vermittlung, keine Synthese, keine Mischung geben kann. Die Verwirklichung des einen schließt die Verwirklichung des anderen aus. Frage ich nach der Verwirklichung, – und die politische Entscheidung fragt ja danach und nach nichts anderem – so kann mir die naturrechtliche Tradition des Katholizismus keine Antwort geben. Weder bietet sie selber ein Bild dar, für dessen Verwirklichung ich mich entscheiden kann, noch gibt sie mir wirkliche Massstäbe zur Entscheidung zwischen denen, die im Raum des Volkes heute um meine Entscheidung werben.

Das ist ein Vorwurf. Aber wir können die katholische Theorie ein wenig von ihm entlasten. Wir können zugeben, dass wir auf der Ebene der Grundsätze, auf der Ebene der reinen Wertsetzungen überhaupt nicht zu jener Entscheidung kommen können, nach der wir verlangen. Verschiedene Ideen- und Wertbilder können uns als Bilder gleich einleuchtend erscheinen. Wenn uns das eine einleuchtender erscheint als das andere, so kann das einmal daran liegen, dass es als reines Ideenbild in sich geschlossener, differenzierter, ausgeglichener, widerspruchloser erscheint

als das andere. Es kann aber auch sein, dass wir bewusst oder unbewusst die beiden Bilder auf bestimmte Erfahrungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit beziehen und das eine von diesen Erfahrungen bestätigt, das andere widerlegt finden. Und in der Tat sind es ja auch bestimmte Erfahrungen aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit gewesen, die das liberale Gesellschaftsbild erschüttert haben. Solange wir diese bestimmten Erfahrungen nicht in methodischer und systematischer Bearbeitung in die katholische Theorie aufnehmen, sind Gemessenes und Mass zu verschiedener Art, um vergleichbar zu sein. Von der katholischen Gesellschaftstheorie aus sind eindeutige Kriterien der Entscheidung zwischen Liberalismus, Faschismus und Sozialismus solange nicht zu gewinnen, als hier historisch bestimmte Ideen nicht auf ihre historische Berechtigung hin geprüft werden, auf ihren historischen Wirklichkeits- und Bedeutungsgehalt, sondern an Ideen gemessen werden, die aus der unhistorischen «Natur» des Menschen genommen sind. Vielleicht ändert sich in der Tat diese unsere Verlegenheit, wenn wir uns auf die gesellschaftliche Wirklichkeit beziehen und wenn wir fragen, was in der gesellschaftlichen Wirklichkeit Liberalismus, Faschismus, Sozialismus zu sagen haben, oder besser: welche gesellschaftliche Wirklichkeit den Gehalt des Liberalismus, Faschismus, Sozialismus bestimmt.

Wir wissen, dass der Liberalismus die Weltanschauung des Bürgertums gewesen ist. Seit dem Hochmittelalter schon, seitdem es Menschen gibt, die in Städten wohnen und von der eigenen Arbeit am eigenen Besitz leben und dadurch mehr oder weniger von den Bindungen der feudalen Ordnung befreit sind, wächst in den Bürgern das Bewusstsein einer spezifischen durch Besitz und Arbeit bestimmten Unabhängigkeit. Sie macht Auflockerung möglich, welche die mittelalterliche Welt allmählich auflöst, sie macht aber auch die Verinnerlichung möglich, die neue Tiefe der Erfassung des Gewissens, die hinter der reformatorischen Er-

neuerung und den entsprechenden Bewegungen in der alten Kirche steht. Im 18. Jahrhundert ist die Aufklärung die Kampflehre des nun schon im staatlichen Grössenmass denkenden Bürgertums gegen die Reste der alten Bindungen. Hier und im Liberalismus ist die gesellschaftliche Existenzweise des Bürgertums als Weltbild formuliert. Auf der Grundlage des ihm als Privateigentum gehörenden Besitzes existiert der Bürger durch individuelle und freie Arbeit an diesem Besitz, inmitten von den anderen ebenso existierenden Bürgern, mit denen er durch immer wieder frei entstehende Kauf- und Verkaufverträge verbunden ist. So lebt er, so existiert er, so ist er, – und so entwirft er auch seine Theorie der Gesellschaft und seine Theorie der Welt. Wer einigermaßen über die beengenden Lebensformen des Kleinbürgertums hinaus ist, in denen die juristische Unabhängigkeit oft noch nicht die wirkliche Unabhängigkeit bedeutet, denkt diese Gedanken und ist von ihrem Pathos erfüllt, mit dem Grossbürger zusammen, der sich langsam in den Kapitalisten verwandelt. Mit dem wirtschaftlichen Erfolg, mit dem politischen Erfolg und nach dem Kompromiss mit den feudalen Schichten, der in den konstitutionellen Monarchien verwirklicht wird, wird aus der Kampflehre immer mehr eine Rechtfertigungslehre; sie spricht nicht mehr den kämpferischen Aufstiegswillen aus, sondern soll nur den sicheren Besitz bestätigen und verewigen. Wir wissen, dass so die Weltanschauung des Bürgers verflacht und immer mehr die Opposition der Besten und Lebendigsten gegen sich aufbringt. Aber den entscheidenden Stoss in den bürgerlichen Massen selbst empfängt sie erst, als die gesellschaftliche Wirklichkeit erschüttert wird, die sie formuliert: jene Unabhängigkeit durch Besitz und Arbeit. Diesen Stoss empfängt sie, als der aus dem Bürgertum herausgewachsene Kapitalismus in der Schrumpfung der Krise plötzlich sich aus dem grossen Bruder in den todbringenden Konkurrenten verwandelt, als sich das selbständige Bürgertum mit einem Mal in einer tödlichen Umklammerung zwi-



schen der Macht des Kapitals und den organisierten Massen der besitzlosen Arbeiter zu sehen glaubt. Die ökonomische Existenz des Bürgers ist dieselbe geblieben, wie früher, wenn auch nicht mehr erfolgreich und aufsteigend, sondern in Bedrängnis oder gar in Todesgefahr, – aber das aus dieser Existenz gewonnene Weltbild bewährt sich ihm nicht mehr. Der Bürger will frei bleiben, frei mit seinem Besitz arbeiten, kaufen und verkaufen, – aber die Freiheit darf nicht mehr Grundlage der ganzen Gesellschaft sein, denn dann wäre sie auch die Freiheit des Grossbetriebes und der Weltwirtschaft, deren Konkurrenz das selbständige Bürgertum kaputt macht, dann wäre sie auch die Freiheit des Kapitals und die Freiheit der Massen links vom Bürgertum, die den Staat der Bürger in den Staat der Organisation der Arbeit zu überführen drohen. Die gefährliche Freiheit – so spürt der Bürger – muss gebunden werden. Die Mächte, welche die Nation zu zerstören drohen, – und die Nation ist von jeher das Bürgertum gewesen – müssen von starker Hand gebändigt werden. Wir brauchen einen starken Staat, der die Mächte bindet, die der Nation gefährlich werden, der die Nation vor dem Weltmarkt rettet, den Grossbetrieb, das Grosskapital und die marxistischen Arbeitermassen in Schranken hält. Das Bürgertum selbst in seiner politischen Gestalt, nämlich als nationale Bewegung und nationale Elite, muss diesen starken Staat tragen, der dann durch die Bindung der Grosswirtschaft den Raum für die ökonomische Freiheit des Bürgertums offen hält. Diese Neuordnung muss das «System» ersetzen, das «System» des Kapitalismus, der marxistischen Arbeitermassen und des Weimarer Staates, der der Staat dieser beiden Mächte geworden ist, der die Lasten der Reparationen und Sozialpolitik von den Kapitalisten und Arbeitern auf das Bürgertum abgewälzt hat.

Das ist eine der sozialen Existenzgegebenheiten, die hinter der Krise des Liberalismus und hinter dem Erfolg des faschistischen Denkens stehen.

Aber sie ist nicht die einzige. Der Gedanke des starken Zwangsstaates unter bürgerlicher Führung wird auch noch in anderen Schichten gedacht. Wollte das selbständige Bürgertum den Zwang für die anderen, die Freiheit für sich selbst, so gibt es vielerlei Bürger, die über die ökonomische Freiheit überhaupt hinausgewachsen sind. Die mittleren und oberen Angestellten, die Bürokratie der Wirtschaft (und die Bürokratie des Staates schliesst sich vielfach nicht ungern an) haben aus ihrer Existenzform heraus eingesehen, dass die Entwicklung der Produktivkräfte über die Freiheit des Individuums hinausgewachsen ist, dass die Grossformen der Produktion überindividuelle Leitung, ja vielfach systematische Planung erfordern, und diese planmässige Produktion kann weder der Hilfe des Staates entbehren, noch kann der Staat ohne die Erfassung der Produktion als der Grundlage der Existenz überhaupt ein eigenes Dasein führen. Diese Kreise beginnen sich also mit der in irgendeiner Form politisierten planmässigen Wirtschaft vertraut zu machen. Sie haben den bürgerlichen Gedanken der individuellen freien Wirtschaftsverfügung aufgegeben, – aber ihr bürgerlicher Geltungswille ist nicht mitaufgegeben: sie können sich auf die Frage nach dem Träger dieses Plansystems keine andere Antwort denken als diese: wir selbst sind berufen und geeignet, diese neue Epoche einzuleiten, wir selbst als Fachleute und Sachverständige, wir selbst als die gebildeten Bürger, welche die Tradition und den Wert der Nation verkörpern und als ihre Treuhänder die Wirtschaft allein im nationalen Sinne leiten können. Eine andere Sorte faschistischer Neigungen entsteht, dem mittelständischen Faschismus in einigen Punkten widersprechend, aber auch in wesentlichen Punkten ihm benachbart. Auch diese Art Faschismus will den starken Staat, will die Bindung der Arbeitermassen, die Bindung der Grossbetriebe, wenn auch in einem sehr viel positiveren Sinne; auch er will die bürgerliche Schicht als den eigentlichen Träger der Nation zur staats- und wirtschaftsführenden

Elite machen. Verwandt ist gerade dieser Gruppe die Neigung des Offizierskorps der Armee, in dem neuen System, das die liberale Demokratie abzulösen bestimmt ist, die militärische Macht wieder unmittelbar zu einer politischen Macht zu machen.

Die Intellektuellen endlich, die das geistige Gut der Nation zu verwalten haben, machen vielfach die Schwenkung der Schicht mit, deren geistiges Gut das Gut der Nation gewesen ist, des Bürgertums. Viele von ihnen, die von jeher in der Tradition der irrationalistischen Kritik an der liberalen Geistigkeit gestanden haben, in der Tradition von Nietzsche, Bergson, Klages, Stefan George\*, sehen in der faschistischen Welle die Realisierung dessen, was sie seit Langem in theoretischer Besinnung erlebt und erkannt und gefordert haben, die gesellschaftliche und politische Verwirklichung jener «Umwertung der Werte», die Nietzsche zuerst predigte.

Natürlich wachen in dieser antiliberalen Stunde auch die vorliberalen Gegner des Liberalismus wieder auf, feudale Mächte, welche die Revolution von 1789 rückgängig machen wollen und die Dialektik der Geschichte als einen Pendelschlag missverstehen, der nun nach einem 150jährigen Linksschlag wieder nach rechts zurückschlägt, oder wenigstens, für unsere braven deutschen Verhältnisse, nach einem 1 jährigen Linksschlag wieder in die Welt der Vorkriegszeit zurückführt. Diese Kreise haben über Hindenburg und die Reichswehr gegenwärtig einen starken Einfluss. Vergessen wir aber nicht, dass der eigentliche Faschismus etwas anderes ist, mag er sich auch mit jenen Reaktionären verbünden. Der Faschismus ist nicht von vorgestern, er ist von heute, er ist in der Tat eine nachliberale Erscheinung, nicht ein vorliberaler Anachronismus. Er ist modern; er ist auch im guten Sinne moderner, heutiger als etwa die gegenwärtige Sozialdemokratie,

\* Der französische Philosoph Henri Bergson (1859-1941) gehört zu den Haupt Vertretern der Lebensphilosophie. Zu Klages und George vgl. die Anmerkungen S. 195 und S. 293.

die durch die liberalen Bestandteile, die sie in sich aufgenommen hat, in mancher Beziehung in der Tat von gestern ist. In dieser Beziehung hat die Kritik der nationalen Rechten, etwa die des «Tat»-Kreises\*, viel Berechtigtes, wenn sie auch die gesellschaftlichen Realitäten verkennt, von denen im Grunde die Sozialdemokratie trotz ihrer liberalistischen Entartung getragen ist.

Die Entscheidung für den Faschismus, nach der wir vorhin gefragt haben, hat nun schon ein etwas anderes Gesicht bekommen. Die Entscheidung für den Faschismus ist nun nicht mehr das Bekenntnis zu der Richtigkeit gewisser Einsichten in das Wesen des Menschen, der Gesellschaft und des Staates und das Ja zu gewissen neuentdeckten Werten, – sondern es ist das Bekenntnis zu dem politischen Willen und Weg einer bestimmten Koalition von gesellschaftlichen Gruppen; es ist im Wesentlichen das Bekenntnis zu dem Versuch der innerbürgerlichen Überwindung der bürgerlichen Krise. Es ist das Bekenntnis zum Bürgertum. Die Träger der bisher führenden Schicht müssen in der neuen Lage, in die sie im heutigen Stadium des Kapitalismus geraten sind, neue Gedanken denken, um ihren alten Einfluss und ihre alte Macht zu erhalten oder wiederzugewinnen. Diese neuen Gedanken sind der Faschismus, – dieser Versuch, den alten Einfluss in neuer Situation zu retten und zu befestigen, – das ist der eigentliche soziale Gehalt des Faschismus. Ist der Faschismus mit dieser Erkenntnis entlarvt? Ist die Lockung dahin, von der wir anfangs gesprochen haben? Nun, zunächst wird die Lockung noch um vieles verständlicher. Wir selber sind ja zum grösseren Teil Bürger, stammen aus bürgerlichen Häusern, sind mit dem Bildungsgut und dem Selbstbewusstsein der bürgerlichen Schicht aufgezogen worden, sehen die Welt, sicherlich oft ohne es zu wissen, mit bürgerlichen Augen an. Das ist nicht nur einfach eine Hemmung, das

\* Zu Walter Dirks' Auseinandersetzung mit dem «Tat»-Kreis vgl. die Aufsätze des 5. Kapitels, S. 303-322 in diesem Band.

ist in vieler Beziehung durchaus ein Reichtum. Viele Entdeckungen, die nur im Reiche des bürgerlichen Geistes möglich wurden, bleiben auch nach dem Zusammenbruch dieses Geistes wahr und wertvoll. Die bürgerlichen Augen haben Schichten im Sein des Menschen und der Welt entdeckt, die wir niemals wieder werden aus den Augen verlieren wollen, die bürgerlichen Menschen haben Möglichkeiten des menschlichen Seins verwirklicht, die wir niemals preisgeben möchten. Dies menschliche Sein ist vielfach noch durchaus mit dem bürgerlichen Lebensgefühl verschmolzen und hat noch keine andere Existenz gefunden als in dieser Verschmelzung. Sind wir so durch tausend Fäden der bürgerlichen Existenz und der bürgerlichen Geistigkeit verbunden, durch unerkannte Hemmungen und durch wertvollen Besitz, so muss der aus dem Schicksal des Bürgertums entstandene Faschismus uns doppelt verlockend sein. Er ist als antibürgerliche Bürgerlichkeit gerade deshalb für viele unseresgleichen verführerisch, weil auch sie antibürgerliche Bürger, Bürger in der Krise des Bürgertums sind.

Auf der anderen Seite aber haben wir in der Erkenntnis dieser realen Voraussetzungen des Faschismus neue Ansatzpunkte der Besinnung, neue Kriterien der Entscheidung. Erst auf dieser Ebene, erst auf der Ebene der sozialen Wirklichkeit, stellt sich den faschistischen Neigungen die Existenz der Arbeiterklasse in den Weg. In der Ebene der reinen Ideen, denen die Menschen als reine Denkwesen entsprechen, konnten wir diese Existenz vergessen; auf der Ebene der gesellschaftlichen Wirklichkeit können wir das nicht. Die Arbeiterschaft erscheint in den Konstruktionen des faschistischen Bürgertums nur als Bedrohendes, als der Träger einer fremden Welt, einer gefährlichen Theorie und einer gefährlichen Politik. Für den mittelständischen Faschismus ist er mit dem Grosskapital zusammen einfach der Feind, das Bedrohende schlechthin, für den wirtschaftsfeudalistischen Faschismus der Planwirtschaftler ist er der demokratische Konkurrent, der ih-

rem Herrschaftsanspruch den demokratischen Herrschaftsanspruch aller Arbeitenden entgegensetzt. Hier erst stellt sich heraus, dass die eigentlichen Gegenspieler der Faschisten nicht die Liberalen sind, sondern die Arbeiterklasse, und dass das eigentliche theoretische Gegenbild des Faschismus nicht der Liberalismus ist, sondern das aus der Existenz der Arbeiterklasse entworfene Gesellschaftsbild, der Sozialismus. Die tatsächliche Lähmung und die theoretische Verlegenheit der Arbeiterorganisationen, die mit der Krise von Weimar und mit den damit zusammenhängenden Frontwechselln noch nicht fertig geworden sind, darf uns darüber nicht hinwegtäuschen. Der Liberalismus ist die eigene Vergangenheit des Faschismus, nicht sein eigentlicher Gegenspieler. Er lebt gewiss noch mächtig in weiten Teilen der kapitalistischen Wirtschaft, die durchaus noch nicht so erledigt ist, wie viele glauben, aber diese liberalkapitalistische Minderheit hat in den vom Liberalismus abgefallenen Massen keine Resonanz mehr; sie stützt sich auf die Macht ihres Kapitals und ist an der Erhaltung des Wirtschaftsliberalismus interessiert, aber sie kann ihr Weltbild nicht mehr aufrecht erhalten, sondern muss ihre liberalen Interessen auf dem veränderten Felde mit veränderten, mit nationalistischen Formulierungen und mit nichtliberalen Bundesgenossen durchzusetzen suchen. Das eigentliche Gegenbild des Faschismus ist der Sozialismus, als jene andere Form des Antikapitalismus und Antiliberalismus, deren Träger nicht das Bürgertum, sondern die Arbeiterschaft ist. Die Entscheidung zwischen beiden bedeutet die Frage: wie sollen wir den Kapitalismus überwinden, und wie sollen wir die Welt jenseits des Kapitalismus einrichten? Auf diese Frage erfolgen zwei qualitativ bestimmte, verschiedene Antworten, die je aus der Existenz des Bürgertums und der Arbeiterschaft heraus entworfen sind, und die die Existenz der jeweiligen Gruppe als wesentliches Element mitenthalten, schon deshalb, weil sie für die Verwirklichung auf die Kraft und die Interessen dieser Gruppen angewiesen sind.

Wir können auch auf dieser Stufe unserer Erörterung fragen, ob denn nicht die Existenz dieser beiden Gruppen auf einen Nenner zu bringen sei und ob nicht in der katholischen Theorie der berufsständischen Ordnung das Ordnungsbild gefunden sei, das jene qualitativ bestimmten und sich darin widersprechenden Ordnungsbilder des Faschismus und des Sozialismus in einer höheren Einheit aufzuheben imstande sei?

Sehen nicht die Bürger und die Arbeiter je einen Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit? Muss man nicht das Ganze sehen? Anders ausgedrückt: da, wo beide Gruppen das Ganze faktisch sehen, setzen sie doch sich selbst in den beherrschenden Mittelpunkt und entwerfen von da aus die Konstruktion der ganzheitlichen Ordnung. Muss man nicht auf diese Zentralstellung der eigenen Position um der Gerechtigkeit willen verzichten und ein Ganzheitsbild der Gesellschaft entwerfen, das jedem an seiner Stelle sein volles Recht im Ganzen gibt? Wir wollen nicht die schwierige Frage aufwerfen, ob es einen Ort in der Gesellschaft gibt, von dem aus dies gerechte Bild entworfen werden kann; wir wollen auch nicht untersuchen, ob es innerhalb der gesellschaftlichen Positionen nicht echte antinomische Gegensätze gibt, die keinesfalls unter einen Hut zu bringen sind, weil sie sich gegenseitig die Existenz bestreiten müssen; wir wollen z.B. hier nicht untersuchen, ob der Gegensatz zwischen den Existenzbedingungen des Kapitals und den Existenzbedingungen des Proletariats, die doch vom Kapital erzeugt sind, sich zu einem solchen Widerspruch entwickelt haben oder entwickeln müssen, der nur durch die Aufhebung der Existenzbedingungen des Kapitals behoben werden kann, nicht aber durch irgendwelche Harmonisierungen, Grenzssetzungen und Synthetisierungen. Wir können diese Frage hier umso eher übergehen, weil sie den kapitalistisch-proletarischen, nicht den faschistisch-proletarischen Gegensatz unmittelbar berührt. Wir wollen die Frage nach dem gerechten Ausgleich der Interessen und der Existenzbedingungen nur auf das selbstän-

dige Bürgertum und die Arbeiterschaft beziehen. Die katholische Theorie, die eine positive Antwort hierauf zu geben sucht, hat eine tiefsitzende Schwäche: sie rechnet nicht mit der Veränderung der Verhältnisse, sie rechnet nicht mit der Geschichte. Sie bindet ihren Blick an das Bestehende, sie will prinzipiell jedem Bestehenden sein Leben gönnen und es sichern und ordnen, und fragt nur nach der gerechten Ordnung, die alles Bestehende, – wenigstens alles nicht durch Sünde Bestehende – harmonisch zusammenfasst. Sie denkt zwar nicht wie der Liberalismus in Individuen, sondern in Gruppen, sie glaubt zwar nicht wie der Liberalismus an die Selbstverwirklichung der vernünftigen Harmonie, aber sie will diese Harmonie schaffen, indem sie die bestehenden Gruppen, so wie sie sind, einander zuordnet. Aber damit bekommt sie nur das Bestehende in ihren Blick, nicht aber die Tendenzen der Umwandlung, welche in dem Bestehenden ständig am Wirken sind. Diese Haltung muss alle zehn Jahre eine neue Ordnung entwerfen, aber diese Ordnung ist jedesmal *post festum* und sie wird jedesmal durch die nächste Stufe der Veränderung widerlegt, und jede Stufe der Veränderung ist zunächst ein Verstoß gegen diese Ordnung, bis die neue Wirklichkeit in ihrem faktischen Bestehen zur Kenntnis genommen werden muss und ein neues Ordnungsbild verlangt. Gerade die Tendenzen der Veränderung selbst aber werden in dieser Theorie nicht erfasst, nicht verstanden und nicht bewältigt. Tritt sie heute an die Bürger und an die Arbeiter heran, so mutet sie beiden in gleicher Weise die Stabilisierung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Einflussverteilung zu, – aber sie trifft mit dieser selben Zumutung zwei ganz verschiedene Wirklichkeiten. Der Bürger wird sie ablehnen wollen, weil er in der Heftigkeit seiner Krise und seiner Bekehrung zum Faschismus für den Gedanken des Ausgleichs, der vernünftigen Besinnung, der bescheidenen Beschränkung der Zielsetzung nicht zu haben sein wird. Aber jenseits dieser Erregungszu-



stände könnte er in seinen massvollen Vertretern für eine solche Verständigung vielleicht zu haben sein. Das Bürgertum ist in der Verteidigung gegen die übermächtigen expansiven Tendenzen der Grosswirtschaft, die es als Konkurrenz erlebt und als deren Folgen es den total kapitalisierten oder total sozialisierten Staat heraufsteigen sieht, in dem für die Freiheit des selbständigen Bürgertums kein Platz mehr ist, es ist in der Verteidigung gegen diese Tendenzen, – aber es wird den bestehenden Teil der Grosswirtschaft nicht zugunsten einer vorkapitalistischen Wirtschaft beseitigen wollen. Es ist ja mit dem Aufstieg des Kapitalismus mit gross geworden und lebte mit ihm lange in einer für es selber förderlichen, ja lebensnotwendigen Lebensgemeinschaft. Es will nur bremsen, will die partikuläre Grosswirtschaft nicht in die totale verwandelt sehen, nachdem die Krise den ewigen Aufstieg, der für Grosse und Kleine Platz schuf, erledigt hat. Deshalb mutet die Theorie des gerechten Ausgleiches den Bürgern nur den Verzicht auf die Affekte, nur vernünftige ruhige Besinnung zu, darüber hinaus aber nichts, was das Bürgertum nicht im wohlverstandenen Interesse seiner selbst zu geben bereit sein müsste. Sein starker, die Grosswirtschaft bindender Staat könnte selbst Platz haben für die Vertreter der Arbeiterschaft, und beide zusammen müssten als starker Staat die Grenzen zwischen dem Bereich der Grossproduktion und dem Bereich des selbständigen Bürgertums aufrechterhalten und ihre wirtschaftlichen Beziehungen regeln.

Der Arbeiterschaft aber wird von der Theorie des gerechten Ausgleichs etwas ganz anderes zugemutet. Die Arbeiterschaft ist gewiss auch in der Verteidigung, in der ständigen Existenzverteidigung gegen ihren Kontrahenten auf dem Arbeitsmarkt, das Kapital. Aber sie glaubt, dass die Gesamtsphäre, in der sie mit dem Kapital zusammen existiert, die Sphäre der Grossproduktion in ständiger Ausbreitung die gesamte Wirtschaft zu erfassen im Begriffe sei. Sie rechnet mit der Veränderung, mit dem Weitergehen

der Geschichte, und zwar in einem ganz bestimmten Sinne. Für die Stockungen dieses Prozesses, die Krisen, hat sie bestimmte Deutungen, die mit dem liberalistischen Moment in der Grosswirtschaft, mit ihrem privatkapitalistischen Charakter Zusammenhängen, aber diese Stockungen bedeuten ihr nicht das Ende der Grossproduktion oder auch nur das Ende ihrer Expansion. Sie beruft sich dabei auf die technische Überlegenheit der Grossproduktion, mit der allein die Lösung der Konsumprobleme der modernen Menschheit erhofft werden könne, ferner auf die gesellschaftliche Überlegenheit einer transkapitalistischen, auf der Grossproduktion aufgebauten Gesellschaft. Aber sie beruft sich nicht nur auf diese doppelte Überlegenheit, um unseren Willen für die Verwirklichung dieser Ordnung geneigt zu machen, sondern sie glaubt sogar an die seinsnotwendige Durchsetzung der Grossproduktion, auch über den Willen der einzelnen hinweg. Eine Theorie, die sich in der Ordnung und Harmonisierung des Bestehenden erschöpft und keine Anweisung für die Veränderung der Gesellschaft selbst, für eigentlich geschichtliches Handeln gibt, mutet daher dem sozialistischen Bewusstsein viel mehr zu als dem bürgerlichen, nämlich den gesellschaftlichen Stillstand, das Aufhören der Geschichte, die Unterbrechung des eigenen Aufstiegs. Auch der Sozialismus will ganzheitliche Ordnung, – aber er sucht die Bewegung der Geschichte selbst in diese Ordnung einzubeziehen und nimmt in seiner ganzheitlichen Zielsetzung die Zukunft vorweg, die er in den realen Tendenzen der Gegenwart zu erkennen glaubt. Auch er will «Gerechtigkeit», aber diese Gerechtigkeit fragt nicht nach dem gleichen Recht alles Bestehenden, sondern sie fragt nach dem Vorrecht der geschichtlichen Stunde. Die sozialistische Gerechtigkeit ist wie die faschistische geschichtlich orientiert; sie greift die Arbeiterklasse als eine im besonderen Sinne geschichtlich berufene Klasse heraus und setzt sie zentral; sie sucht von diesem Mittelpunkt her der Zukunft einen bestimmten Sinn, der zukünftigen Ordnung eine

bestimmte Gestalt zu geben. Damit gibt der Sozialismus der geschichtlichen Entscheidung des Augenblicks, der Politik, eine bestimmte Ausrichtung. Von dieser Ausrichtung aus ist es möglich, in politischen Dingen Freund und Feind, gut und böse, Fortschritt und Rückschritt qualitativ zu unterscheiden.

Auch der Faschismus des Bürgertums ist geschichtlich bestimmt. Zwar sieht er nicht in die spezifische Zukunft, sondern in die spezifische Vergangenheit, aber er wagt wie der Sozialismus einen Mittelpunkt zu setzen, sich für eine bestimmte Rangordnung zu entscheiden. Auch im Faschismus gibt es daher Kriterien für Freund und Feind, für gut und böse, nämlich einen anderen Mittelpunkt, eine andere spezifische Gestalt, eine andere Rangordnung, andere Freunde, andere Feinde, andere Werte und andere Unwerte. Die harmonistische Theorie der Einanderzuordnung des Bestehenden aber kennt keinen Mittelpunkt, keine Rangordnung, kennt keinen Feind. Sie ist gerecht im Sinne der distributiven Gerechtigkeit, aber sie verurteilt sich damit zur Geschichtslosigkeit. Ihre Anhänger sind gross im Vermitteln, aber die Geschichte geht ihren Gang weiter, und die Entscheidungen fallen anderswo, sie werden nicht von den Predigern und Anhängern dieser Theorie gefällt, sondern von denen, die sich für einen bestimmten Weg entschieden haben und Freund und Feind zu unterscheiden gelernt haben.

Machen wir uns noch einmal kurz klar, worum es sich bei dieser Entscheidung handelt! Der Sozialismus, – nicht die «Diesseitsreligion», welche die Enzyklika «Quadragesimo anno»\* verurteilt, – auch nicht Sozialdemokratismus oder Bolschewismus, sondern Sozialismus verstanden als die Grundkonzeption der Arbeiterbewegung, – dieser Sozialismus geht von der Existenzsituation des Arbeiters aus, wie der Liberalismus von der des Bürgers

\* Vgl. Anmerkung S. 360.

ausgang. Er sieht in der Existenzform des Arbeiters die exemplarische Existenzform der zukünftigen und wünschenswerten Gesellschaft. Er sieht diese exemplarische, typische Existenzform im Dienst, in der Arbeit nicht mehr an eigenen Produktionsmitteln, sondern an einer bestimmten Stelle der unteilbaren und einheitlichen Gesamtproduktion der Gesellschaft. Er will die Errungenschaften des bürgerlichen Menschen und der bürgerlichen Zeit, die Freiheit und Selbstverantwortung der Person, in den Bedingungen der im Grossen produzierenden Gesellschaft verwirklichen. Daher will er, dass diese Grossproduktion weder von den Privatbesitzern des Kapitals und ihren Funktionären, noch von einer irgendwoher begründeten Aristokratie beherrscht werde, sondern dass die arbeitende Gesellschaft selbst ihn wirtschaftsdemokratisch beherrsche. Er glaubt, dass dies gesellschaftliche Element der wirtschaftsdemokratisch erfüllten Grossproduktion die Zentralachse des Staates sein müsse, weil von ihr, und nicht etwa vom Mittelstand oder anderen gesellschaftlichen Faktoren das Schicksal der Gesamtgesellschaft abhängt. Vom mittelständischen Faschismus unterscheidet er sich gerade durch diese Mittelpunktsetzung, vom wirtschaftsfeudalistischen Faschismus dadurch, dass er die Grosswirtschaft nicht von einer aus dem Bürgertum kommenden Minderheit beherrscht sein lassen will, sondern von der Gesamtheit aller Arbeitenden selbst.

Der Faschismus ist nicht ebenso eindeutig und geradlinig das Existenzideal des Bürgers. Das eindeutige und geradlinige Existenzideal des Bürgers war der Liberalismus. Damals war die bürgerliche Existenz die Achse der Gesellschaft. Das ist durch die Entwicklung des Grosskapitalismus unmöglich geworden. Der Bürger hat auf die konsequente Gestaltung der Welt nach seinem Bilde verzichten müssen. Was er aus seiner Klassenlage innerhalb der heutigen Gesellschaft und in ihrer Krise an die Stelle des Liberalismus gesetzt hat, den Faschismus, enthüllt sich als ein gebrochenes Ideal. Sein Heroismus ist der Heroismus der Verzweiflung, sein «starker Staat» dient dem verzweifelten Festhal-

ten einer absinkenden Ordnung, hinter seinem Schicksalsglauben steckt die Ahnung des eigenen Untergangs, sein Irrationalismus ist ein Kampf gegen die eigene rationalistische Vergangenheit, seine Front gegen den Marxismus, gegen den sogenannten Materialismus, gegen die sogenannte Ökonomisierung der Welt ist der Kampf gegen Einsichten und Betrachtungsweisen, welche dem selbständigen Bürgertum die Aussichtslosigkeit seiner eigenen Position erkennbar machen würden. Der Bürger möchte als Faschist die ihm unerträglich werdende Welt verändern, aber er will sich selbst, seine eigene gesellschaftliche Existenz trotz ihrer objektiven Zukunftslosigkeit nicht ändern, – darin liegt der tiefe innere Widerspruch in den mittelständischen Formen des Faschismus.

Wir haben uns zu entscheiden. Aber wir müssen wissen, dass die Entscheidung mehr bedeutet als die Entscheidung für ein Ideal, eine Weltansicht, ein Zielbild. Sich für eines dieser beiden Zielbilder entscheiden, heisst zugleich sich für die Klasse entscheiden, welche es trägt. Zielbild, Verwirklichung und gesellschaftliche Basis sind so eng miteinander verwoben, dass man nicht das eine ohne die anderen haben kann. Man kann keinen Sozialismus mit den feinen Leuten, mit den Bürgern oder mit den kapitalistischen Fachleuten machen, und man kann keinen faschistischen Staat mit den Arbeitern aufbauen. Die Entscheidung für das Ziel und die Entscheidung für die tragende und verwirklichende Gruppe sind ein und dieselbe Entscheidung. Sie bedeutet die Entscheidung gegen die distributive Gerechtigkeit, für das Recht der Geschichte, für das geschichtliche Vorrecht dieser Gruppe, und sie setzt deutliche Grenzen zwischen Freund und Feind. Die Entscheidung für das aristokratische Ideal der Faschisten ist die Entscheidung für das geschichtliche Vorrecht der gebildeten, der Kulturklasse, der Klasse der Vergangenheit, die Entscheidung für die ungewisse und unausprobierte Zukunft des Sozialismus ist die Entscheidung für die kulturlose, die ungebildete

Klasse der Arbeiter. Das ist bewusst zugespitzt formuliert, aber im Grunde ist es so.

Hier scheiden sich die Geister. Hier muss sich auch die katholische Jugend entscheiden. Um keinen anderen Preis ist die Frage zu beantworten: was sollen wir tun? Sie nicht beantworten bedeutet abseits stehen, nicht mitentscheiden, abwarten, bis die entschiedenen Kämpfe von anderen ausgefochten worden sind. Wer aber mitentscheiden will, wer sich mit einsetzen will, der braucht jene Kriterien des richtigen geschichtlichen Handelns, die nur um den Preis der Entscheidung zwischen dem aus der Existenz des Arbeiters und dem aus der Existenzkrise des Bürgers entwickelten Zielbild zu gewinnen sind. Diese Entscheidung ist eine Entscheidung des Gewissens. Sie wird nicht bei allen gleich ausfallen. Die Erlebnis- und Erfahrungsgrundlagen des Einzelnen sind verschieden, und wir müssen es respektieren, wenn sie bei manchem anders fällt, als wir selbst es wünschen, die wir uns für die Arbeiterschaft und ihre Zukunft entschieden haben. Respektieren müssen wir auch, wenn aus besonderen Situationen oder Haltungen heraus manche ihre Aufgabe darin sehen, sich nicht zu entscheiden, sondern zwischen den Fronten jeweils menschlich und christlich zu vermitteln. Aber wir dürfen nie vergessen, dass diese Vermittlung als echte und berechtigte Vermittlung voraussetzt, dass die Entscheidung der anderen vollzogen ist. Die Rolle des Vermittlers gleicht der Aufgabe des Feldgeistlichen, des Roten Kreuzes, der Parlamentäre im Kriege. Sie ist eine besondere Aufgabe besonderer Menschen, die nur um den Preis des Verzichtes auf den Kampf, d.h. aber auch auf geschichtliches Wirken zu erfüllen ist. Die Zukunft wird nicht von den Feldgeistlichen und Sanitätären, sondern von den Armeen bestimmt.

Nun sind wir Katholiken freilich in einer ganz besonderen Lage. Wir sind als Kirche zu einer Gemeinschaft zusammengeschlossen, die sich faktisch aus ursprünglich kulturpolitischen Gründen auch zu einer politischen Aktionsgemeinschaft zusam-

mengeschlossen hat und zusammengewachsen ist. Die Grenze zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterschaft läuft mitten durch den politischen Katholizismus hindurch. Es ist wohl kaum zu erwarten, dass die religiöse Distanz die bürgerlichen Katholiken auf die Dauer einsehen lässt, dass die Arbeiterschaft die berufene Trägerin der Zukunft sei und dass dem Mittelstand nur die Einordnung in einen Staat der organisierten Arbeit, nicht aber eine bestimmende Rolle zufallen könne. Es ist ja schon erstaunlich genug, dass die religiöse Distanz den bürgerlichen Katholizismus von den Extremformen der bürgerlichen Krise, vom Nationalsozialismus bewahrt hat. Aber eines Tages wird wohl die Entscheidung auch innerhalb des Katholizismus fallen müssen, die der Vermittlerfunktion des gesamten Katholizismus als solchem ein Ende macht. Die zweifache Verantwortung, die dann der zur Entscheidung bereite Katholik zu tragen hat, die Verantwortung für die religiöse und kirchliche Einheit und Geschlossenheit der Katholiken und die Verantwortung für den Erfolg der politisch-geschichtlichen Aktion, für die er sich gegen viele seiner Glaubensgenossen entschieden hat, – diese doppelte Verantwortung wird nicht leicht sein. Sie wird der doppelten Verantwortung der Christen in den nationalen Kriegen gleichen, deren Fronten ja auch das corpus catholicorum durchschnitten. Es ist eigenartig genug, dass es Leute gibt, die sich eine Wiederholung einer solchen Zerspaltetheit der Christenheit sehr wohl vorstellen können und sogar damit rechnen, die aber voller Entsetzen von Verrat sprechen würden, wenn ihnen jemand damit käme, der innenpolitische Kampf könne aber eines Tages Entscheidungen verlangen, welche die politische Einheit des deutschen Katholizismus gefährden – auch ohne Bombenanschläge und Strassenkämpfe. Nun, heute sind wir noch nicht an diesem Punkt. Für den deutschen Katholizismus kann heute eine solche Entscheidung noch nicht fallen. Sie muss in jedem Einzelnen von uns fallen, und hat ihren Ort in klei-

nen Kreisen wie dem unseren. Im Übrigen aber ist für den ganzen Apparat des deutschen Katholizismus die Entscheidung erst vorzubereiten.

Das gilt jedoch nicht nur für den Katholizismus, sondern in etwa für die heutige Situation überhaupt. Der politische Vordergrund ist nicht von dem Gegensatz Sozialismus-Faschismus beherrscht, von dem hier die Rede ist, sondern von den Quotenkämpfen der verschiedenen faschistischen Gruppen und von den Versuchen der Katholiken und der anderen nichtfaschistischen Reste, innerhalb dieser Quotenkämpfe die Legalität und das Funktionieren der Staatsmaschinerie zu retten. Die Linke ist aktionsunfähig. Sie braucht Zeit, um sich in die neue Lage nach dem Zusammenbruch von Weimar zu finden und sich von der Korrumpierung zu erholen, die aus der schiefen Situation des Weimarer Systems entstanden war. Mit den Tatsachen des politischen Vordergrundes aber sind auch immer die unmittelbaren staatsmännischen Aufgaben des Tages verknüpft. Das gibt der anpassenden Politik des Zentrums einen guten, aber begrenzten Sinn. Seit Brüning muss das Zentrum die Politik der Rechten machen, weil es keine machtfähige und machtwillige, zur Übernahme der Verantwortung bereite Linke gibt. Solange dieser Zustand andauert, wird das Zentrum seine Politik immer als das kleinere Übel und als die einzig denkbare Erfüllung der Aufgaben des Tages begründen können, an denen wir alle in der Tat interessiert sind. Wir müssen aber sehen, dass gerade dadurch das Zentrum es sich unmöglich macht, an der Regeneration der Linken, die neue Machttatsachen schafft, mitzuarbeiten. Das Zentrum macht Politik auf der Grundlage der gegebenen Machttatsachen, – unsere Aufgabe, die Aufgabe der katholischen Jugend ist die, neue Machttatsachen zu schaffen, die erst in einem späteren Zeitpunkt Träger der Staatsmacht werden können. Die beiden Zonen, die Zone der unmittelbaren politischen Aktion im Parlament und bei der Regierung, und die Zone der politischen Bewegung, in der



die Voraussetzungen für diese Politik sich wandeln, sind heute soweit auseinandergeraten, dass sie im Allgemeinen nicht mehr von derselben Schicht von Führern bewältigt werden können. Sie sind andererseits auch nicht mechanisch und völlig voneinander zu trennen. Aber ihre Schwerpunkte liegen heute weit voneinander. Erkennen wir, wo unsere Aufgabe liegt! Überlassen wir den Führern der Zentrumspartei die Aufgabe, in der sie sich als Meister erwiesen haben und in der sie eine langjährige und wechselvolle Erfahrung hinter sich haben: auf dem Boden der Tatsachen das Regierungsgeschäft möglichst positiv zu beeinflussen. Warten wir in dieser Zone nur auf den Moment, wo diese Politik der schiefen Ebene einen Punkt erreicht, an dem der Katholizismus selbst auch in seiner religiösen Qualität durch die Beteiligung am faschistischen Klassenkampf sich etwa tödlich zu kompromittieren drohte. Wenn eine solche Stunde kommen sollte, dann wird es Zeit sein, dass ein unabhängiger Teil des Katholizismus dafür sorgt, dass diese Kompromittierung nicht hundertprozentig ist. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, wo dieser Punkt läge, – ob er nicht am Ende schon erreicht ist. Im Übrigen aber liegt unsere Aufgabe in der Vorbereitung einer neuen Front. Theoretisch und praktisch haben wir uns für den Augenblick zu rüsten, wo auch im politischen Vordergrund der faschistischen Koalition die der wirtschaftsdemokratischen Ordnung entgetreten muss. Dann muss der Platz der wachen katholischen Jugend an der Seite der katholischen Arbeiterschaft und an der Seite der sozialistischen Arbeiterschaft sein. Hüben und drüben, bei den Sozialisten und bei uns, hat die Jugend in der Vorbereitung dieser Front für die nächsten Jahre ihre politische Aufgabe und ihre politische Arbeit zu sehen.

In dieser Front und nirgends anders ist auch der Ort, an dem wir manche von den Haltungen und Werten einzusetzen und zu verwirklichen haben, die uns in der Ideenwelt des Faschismus eingeleuchtet haben. Die Front der Arbeit muss in mancher Be-

ziehung entliberalisiert werden. In den trügerischen Zeiten der Konjunktur, in dem scheinbaren Sieg von 1918 ist die Arbeiterschaft vielfach dem Gift eines bequemen Liberalismus erlegen. Die Krise und die faschistische Herrschaft hat eine Lage geschaffen, in der es möglich wird, dies Gift wieder auszutreiben. Geschichtliches Denken, Wille zur Macht als zweite Seite des Willens zur Verantwortung muss wieder an die Stelle liberalisierter Vorstellungen treten. Eine Elite, Führer braucht auch die Arbeiterschaft neben und in ihren Funktionären, – aber eine gehorsame, an die Situation der Arbeiter und der Gesellschaft überhaupt gebundene und aus ihr ihre Kraft schöpfende Elite, die erst in der Bereitschaft, mehr als andere zu arbeiten, zu kämpfen und zu opfern, zur Elite wird. Die Arbeiterschaft muss aus dem Glauben an das geschichtliche Recht ihrer Zielbilder und aus dem Glauben an die eigene Berufung wieder einmal das Kämpfen lernen, nachdem sie lange genug geglaubt hat, mit dem Wählen auszukommen. Diese Erneuerung zu befördern und jeweils unter die Verantwortung zu stellen, hüben und drüben, bei den Sozialisten und bei uns, das ist ein wesentliches Stück unserer Aufgabe der Jugend. Denn die Front, von der wir gesprochen haben, wird zwar eine aufbauende, eine konstruktive Front sein müssen, aber sie wird auf dem Wege zur Verwirklichung noch viel und schwer zu kämpfen haben.

Januar/Februar 1933

## VII

### **Katholizismus und Nationalsozialismus**

## Was ist «Kulturbolschewismus»?

Wer in den letzten Monaten bürgerliche Zeitschriften und Zeitungen, besonders christliche und etwa unter ihnen katholische Zeitschriften und Zeitungen verfolgt hat, kennt das Schlagwort, das im Augenblick das geistige Leben beherrscht, soweit es sich in kulturpolitischen Auseinandersetzungen darstellt: *Kampf gegen den Kulturbolschewismus*. Fragt man, was «Kulturbolschewismus» ist, so wird man verschiedene Antworten bekommen. Die einen bleiben nahe am Wort, die andern gehen mehr ins allgemeine, indem sie dazu neigen, mit dem neuen Wort das alte Gegenbild ihrer eigenen Kulturpolitik zu benennen. Christen sind versucht, im «Kulturbolschewismus» die Summe aller nicht-christlichen Tendenzen und Lebensformen zu begreifen. Kulturbolschewismus – so heisst es da – findet man nicht nur links, sondern auch recht, auch in der Mitte, und wenn es Katholiken gibt, die schon in *Luther* das kulturbolschewistische Element der Zerstörung feststellen, so gibt es auf der anderen Seite Evangelische, welche eine enge Verwandtschaft zwischen Jesuitismus und Bolschewismus festnageln. Im Allgemeinen ist es freilich *nicht* so, dass in dieser Weise die antikulturbolschewistische Front zwischen den Konfessionen hindurchläuft; sie hat vielmehr im Allgemeinen die entgegengesetzte Funktion: die beiden Konfessionen zu einigen. Gegen eine so hohe und so wünschenswerte Funktion wäre natürlich nicht das allergeringste einzuwenden, wenn man nicht das Gefühl haben müsste, dass diese Einigung, an die von beiden Seiten zur Zeit kräftig appelliert wird, auf Kosten dritter Dinge geschehe, nämlich einmal auf Kosten vieler guter und wichtiger politischer und kultureller Positionen, Tendenzen und Aktionen, und dann auf Kosten so wichtig und notwen-

diger Dinge, wie es Wahrheit und Wahrhaftigkeit, Gerechtigkeit und Liebe sind. Verfolgt man nämlich die antikulturbolschewistische Aktion im Einzelnen, dann hat man Gelegenheit genug, um diese Eigenschaften, die doch sozusagen radikaler antikulturbolschewistisch sind, sehr in Sorge zu geraten. Wäre der alte Traum einer Front der Sachlichen und Anständigen quer durch alle Überzeugungsfronten hindurch zu verwirklichen, so würde das *Rätselraten* um den wirklichen, vernünftigen und brauchbaren Sinn des Wortes Kulturbolschewismus bald aufhören; denn diese Front würde ihm den Sinn zugestehen, den es als zusammengesetztes Wort kraft der Eindeutigkeit seiner Bestandteile von «Natur» aus hat, und jedermann, Freund und Feind, müsste darunter den *Bolschewismus* verstehen, *so weit er als kulturelle Bewegung und Aktion auftritt*. Da es diese Front der Sachlichen und Anständigen aber nicht gibt, da verantwortungslose, aber phantasiebegabte Propagatoren die Sprache fälschen, um die Macht des Wortes wirkungsvoll in den Gemütern einzusetzen, und da Gutmeinende in Scharen darauf hereinfallen, so nützt uns die Eindeutigkeit dieses Schlag Wortes nichts: wir müssen uns damit herumschlagen.

Mit einer Begriffsklärung ist freilich nicht alles getan. Diese Wortfälschung ist ja nicht zufällig. Hinter ihr stecken *realere Tendenzen* als philologische Irrtümer sind, und erst recht die Bereitwilligkeit, mit der dies Schlagwort *aufgegriffen* wurde, beweist einen Zustand, der so einheitlich ist wie sein Schlagwort. *Ja, die eigentliche Gefahr dieses Schlagwortes ist, dass es als ideologischer Kitt eine wirkliche einheitliche Aktionsfront zusammenbringen hilft, von der wir wissen, dass sie verhängnisvoll wäre; verhängnisvoll für die Zukunft der sozialen Weltgestaltung, die wir an den Sozialismus geknüpft sehen, und verhängnisvoll für die Zukunft der christlichen Kirchen, die sich in dieser Front in gefährlichster Nachbarschaft zu kompromittieren oder gar zu korrumpieren drohen, die auf der falschen Seite der Barrikade einen verschärften Kampf zu kämpfen drohen gegen das, was von uns als Gottes Gebot durch die Geschichte erkannt ist.*

Es gilt nicht nur, den ideologischen Nonsens dieses Fanals «Antikulturbolschewismus» zu entlarven, sondern diese reale Front selber zu sprengen.

Nun gibt es in der erwähnten Front eine Reihe von Positionen, die auch die unseren sind. Gerade darin liegt ja die Zugkraft und die Gefährlichkeit dieser Parole, dass sie unter anderem an die besten Instinkte unserer besten Leute gerade auch im einfachen Volk appelliert. Wer das spüren will, braucht sich nur einmal ländliche Predigten anzuhören. Das moralische Pathos dieser Predigten ist echt, neben und trotz allen Beimischungen anderer Art und geringeren Ranges. Hinter dem Appell an Zucht, Ordnung, an Treue, an Verantwortung, hinter dem Ruf «Rettet die christliche Familie» – alles Rufe, die unter dem Kennwort «Gegen den Kulturbolschewismus» erhoben werden – steckt natürlich oft beim Rufer, oft beim Angerufenen – manchmal auch nur beim Angerufenen – die ganze christliche Fülle und heilige Kraft dieser Worte. Es sind freilich Lebensworte, nicht Kampfworte, Worte, die man zu sich selber und im erzieherischen Beieinander dem anderen sagen kann und, als Worte Gottes an die Gemeinde, keine Schlachtrufe gegen andere, und es bedeutet schon die Gefahr der *Verfälschung*, wenn man den christlichen Vater anleitet, die Lebensleistung der Vaterschaft in der christlichen Familie *gegen* andere z.B. die Bolschewisten zu vollziehen. Aber diese Position selber ist auch die unsere. Und unsere Sache ist auch der *Kampf gegen den echten Kulturbolschewismus*, da wo er wirklich propagandistisch gegen diese Position vorgeht. Die Gottlosenabende der Kommunisten, der hetzerische Ton ihrer Presse, aber auch die Propaganda mancher Freidenker fordern auch uns heraus zu einer in Sache und Methode angemessenen, wirksamen und vertretbaren Gegenaktion. Wenn die anti-kulturbolschewistische Aktion in diesem Rahmen bliebe, so wäre nichts gegen sie zu sagen.

Verhängnisvoll aber wird sie, wenn sie das weite Gebiet des

*Zerfalls* der Formen und Bindungen der *bürgerlichen Welt* unter «Kulturbolschewismus» rubriziert. Wer einen gesellschaftlichen Vorgang von solchem Umfang, wie es die *Krise* einer ausgebildeten und durchgeformten Bevölkerung weit ist, der durch die Entwicklung der Produktionsverhältnisse der Boden entzogen wurde, als die bewusste Leistung einer Gruppe von bösen und gefährlichen Menschen ansieht, nimmt sich jede Möglichkeit eines realen christlichen Einsatzes innerhalb dieses Vorgangs. Das geschieht aber ständig. Hier spitzt sich ein allgemeiner Fehler in der Diagnose der Zeit unheilvoll zu, der auch *vor* dem Aufkommen des neuesten Schlagwortes immer wieder gemacht wurde. Die Geisteswelt und Formenwelt des Bürgertums ist von ihren personalen Voraussetzungen gelöst, ideologisiert und zugleich verdinglicht, und Menschen, die ihr neues Schicksal, ein unbürgerliches, proletarisches Schicksal noch nicht zur Kenntnis genommen oder aber sich noch nicht zu ihm bekannt und aus dem Bekenntnis zu ihm neue realere Ansatzpunkte echter Lebensgestaltung gewonnen haben, finden sich in den «Kulturgütern» nicht mehr zurecht, taumeln «kulturlos» oder im «Besitz» der modernen «Grossstadtkultur» umher; ihre Sünde hat die Struktur dieser Situation, und die zerstörerischen Kräfte im Menschen finden besondere Aktionsmöglichkeiten in dieser Situation. *Der Antikulturbolschewik aber hat diese Situation noch nicht zur Kenntnis genommen*; er nimmt die «Kulturgüter» ernst und hält sie für Verleiblichungen der ewigen Ideen Gottes, was sie gewiss auch waren, solange sie und indem sie in menschlichen Personen echt gelebt werden konnten, und da er weiss, dass es *Sünde* gibt und dass es zerstörerische Kräfte gibt, so meint er, dass es eben die Sünde und eben die zerstörerischen Kräfte sind, im ganzen aber die satanischen Geister des Bolschewismus, welche die in der bürgerlichen Kultur verleiblichten Ideen Gottes so auf den Hund gebracht haben. Indem der Antikulturbolschewismus diese Hilfsstellung der bedrohten «Kulturgüter» einnimmt, verhindert er mit

der richtigen Diagnose der Zeitkultur auch die Gewinnung der wirklichen Ansatzpunkte zu wirklicher Kultur, die immer daraus erwächst, dass Menschen und Menschenschichten zu dem Schicksal ihres Lebens Ja sagen und es in ihre Verantwortung und in ihre Freiheit hineinnehmen, und so erweist sich (wenn man für einen Augenblick sein negatives Bolschewismusbild einmal übernimmt) der Antikulturbolschewismus selber als *Bolschewismus*, nämlich als Anti-Kulturbolschewismus. *Nichts kann im Sinne wirklicher Kultur korrumpierender und zerstörerischer sein als diese falsche Heiligsprechung verlorener Positionen.*

Eine dritte Gruppe von Vorgängen, die sich Kulturbolschewismus schimpfen lassen muss, besteht aus allen möglichen kulturellen Aktionen, die bereits gegen die kulturelle Zersetzung von humanitärer oder sozialistischer Seite aus als *Rettungs-* oder *Reformaktionen* unternommen werden. Die Kinderfreundebewegung\* etwa, Versuche der Strafreform (Todesstrafe, §218, Sexualstrafrecht), Versuche der Ehereform und hundert andere Teilaktionen auf dieser weiten und nicht einheitlichen Front werden als Kulturbolschewismus bezeichnet. Sowohl der Zerfall selber, als die Versuche, ihm durch Neuorientierung entgegenzuwirken, gelten als einheitliche Aktion. Hier liegt eines der beschämendsten Elemente dieser Front. Wer den Ernst vieler Menschen kennt, die sich in dieser humanitären und in der sozialistischen Kultur-

\* Der Kinderfreundebewegung, die sich 1924 unter dem Dach der SPD zu einer zentralen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen hatte, gehörten im Jahre 1930 120'000 Kinder, 10'000 Helfer und 70'000 Eltern an. Die Kinderfreunde verstanden sich sowohl als Verband mit sozial- und jugendpolitischer Zielsetzung wie als proletarische Kinderorganisation mit deutlich reformpädagogischen Akzenten. Besonders ihre grossen Jugendlager, die sogenannten «roten Kinderrepubliken», waren konservativen und christlichen Kreisen ein Stein des Anstosses. 1930 sprach ihnen die Regierung Brüning die Anerkennung als Jugendpflegeorganisation ab; noch weiter ging das bayrische Kulturministerium, das im gleichen Jahr Schulpflichtigen verbot, an Veranstaltungen der Kinderfreunde teilzunehmen.



front bemühen, auch wenn er ihren Intentionen oft kritisch gegenübersteht, ja sie oft für gefährlich hält, schämt sich des Tones, den sie sich von seinen christlichen Glaubensgenossen gefallen lassen müssen.

Schliesslich ist es auch der *Sozialismus selbst*, der kultur bolschewistisch geschimpft wird, weil er mit seinem Ziel der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die *Heiligkeit des Privateigentums* antastet, die in der antikultur bolschewistischen Propaganda eine grosse Rolle spielt. Hier fängt es an, sehr in die Breite zu gehen: der Liberalismus, an sich und als «Vater des Sozialismus», gehört hierher, und dann geht es die ganze Geschichte zurück, bis schliesslich *Dr. Karl Nötzel* in seiner Schrift «Gegen den Kultur bolschewismus»\* den Kultur bolschewismus auf die «Erbsünde des Wortes» zurückführt, auf den Augenblick, da der Mensch das Wort erfand und damit «die stets einzigartigen Erscheinungen dieser Welt nach mehr oder weniger zufällig gleichartigen zusammenfassen muss und sie so aus den unendlichen Zusammenhängen des Seins herausreisst».

Diese vielfältige Front erhält ihre Würze, ihre rhetorische Kraft aus dem Wort «*Bolschewismus*» selbst: aus dem Versuch, alle diese Positionen in Verbindung mit dem *Gespens Sowjet-russland* zu bringen. Nun ist die antirussische Front als solche eine Sache für sich. Aber sie gehört hierher, weil sie in ihrer künstlichen Verbindung mit den innereuropäischen Kulturfronten die Behandlung der innereuropäischen Kulturprobleme verfälscht, und weil es in dieser Verfälschung so nutzlos verschärfend auf die europäische Diskussion wirkt, dass über Sowjetrussland masslos gelogen und noch mehr fahrlässig geredet wird. Nur wenige sind kompetent, über Russland zu reden, aber es gibt glücklicherweise Massstäbe der Beurteilung, die den Darstellungen *immanent* sind: *es gibt Lügen und Entstellungen, die sich sel-*

\* Die Broschüre des Slawisten und Sozialphilosophen (1870-1945) erschien 1930 in München.

*ber entlarven.* Ist Russland wirklich so gefährlich wie man seit einigen Monaten behauptet, – und so oder so ist Russland bestimmt so gefährlich, – dann ist dies nachweisbar falsche Gerede über diesen gefährlichen Gegner doppelt unverständlich, sinnlos und unwürdig: was muss uns nicht daran liegen, über diese Gefahr die Wahrheit zu wissen, die Wahrheit, nichts anderes! Zudem leidet die Antirusslandkampagne noch unter einem *Widerspruch*: sie hat die Umstellung, die sie vor einigen Monaten generell vollzog, noch nicht konsequent vollzogen. Heute wird uns bewiesen, dass Russland mächtig ist und mächtiger werden wird, dass der Fünfjahresplan klappt, dass die Bevölkerung stark zunimmt und dass die Russen in zehn Jahren Europa bolschewisieren werden, wenn wir nicht sofort unsere äusserste Kraft zum Abwehrkampf zusammenschliessen. Vor einem Jahr klang es noch anders: da wurde uns mit derselben Unwiderleglichkeit und mit denselben Methoden der Berichterstattung dargetan, dass dieser Koloss auf tönernen Füßen stehe, dass seine Produktion auf der Aufzehrung der Vorkriegsreste beruhe, und dass in Russland die Atmosphäre trübster und düsterster Resignation herrsche. *Der Propagandahebel ist herumgetworfen, aber die unteren Instanzen benutzen wahllos das alte und das neue Material.* So kann es passieren, dass auch im Jahre 1931 die Zahl der verwaorlosten Kinder in Russland unter Berufung auf eine Äusserung von Frau Krupskaja\* mit 7-8 Millionen angegeben wird, was der neuesten Wendung der Propaganda widerspricht. Übrigens findet der naive Leser in einer anderen Broschüre die Tatsache mitangegeben, dass diese Äusserung aus dem Jahre 1923 stamme (wo bekanntlich in Deutschland auch mehr Leute verhungert sind als heute verhungern). Ein anderes Beispiel für die Fragwürdigkeit der an-

\* Die russische Sozialistin Nadeschda Konstantinowna Krupskaja (1869-1939), Lebensgefährtin Lenins, beteiligte sich nach der Oktoberrevolution führend am Aufbau des sowjetischen Erziehungs- und Bildungssystems.

tirussischen Greuelpropaganda liefert P. Fr. Muckermann\*, der im Augenblick als Führer der populären katholischen Antikultur bolschewismusfront gelten kann. Auf den Vorwurf der Unwahrhaftigkeit, den man ihm anlässlich einer Greuelmeldung machte, deckte er seine Quelle auf: es war *Arnold Rechberg\*\**, der Propagator und Interessent der westeuropäischen kapitalistischen Einheitsfront! Dieser hatte sein Material ausgerechnet von zwei englischen Offizieren vom Jahre 1919 und er führte als weitere Autorität einen französischen General an! Solche Beispiele liessen sich häufen. Hier, wo die mnereuropäische Kulturfront zur Debatte steht, werden diese Hinweise genügen, um zu zeigen, *wie unheilvoll es die Atmosphäre vergiften muss, wenn solche Greuelpropaganda in unmittelbare Verbindung mit dem Kampf gegen den Liberalismus und Sozialismus gebracht und zur Verdeckung der wirklichen Zustände missbraucht wird.*

Noch in anderer Beziehung wirkt sich diese Verbindung verhängnisvoll aus, und hier stossen wir auf die realste und aktuellste Seite der ganzen Frage. Die Antikultur bolschewismusbewegung hat nämlich auch ihre *politisch-wirtschaftlichmilitärische Seite*. Das wird mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, und man ist nicht auf die Untersuchung unterirdischer Zusammenhänge angewiesen, um das festzustellen. Gerade die Führer der religiös-kulturellen Antibolschewismusbewegung verlangen mehr oder weniger

\* Der Jesuit Friedrich Joseph Muckermann (1883-1946) machte die von ihm geleitete literarische Zeitschrift «Der Gral» zum führenden Organ katholisch-antimoderner Kulturkritik sowie nationalkonservativer Vorstellungen eines christlichen Staates. Vgl. zu Walter Dirks' Auseinandersetzung mit Muckermann auch seinen Aufsatz «Liquidationen», in: Erbe und Aufgabe, Frankfurt/M. 1931, S. 20-25.

\*\* Der Industrielle und Publizist Arnold Rechberg (1879-1947) verfolgte mit seinen Schriften sowie durch zahlreiche Kontakte zu ausländischen Politikern eine Verständigung Deutschlands mit dem Westen und eine Beseitigung des Bolschewismus durch eine gemeinsame militärische Aktion.

deutlich den wirtschaftlichen Boykott, und wenn sie das Militärische auch in brauchbarer Arbeitsteilung den «verantwortlichen Staatsmännern» überlassen, so wirkt doch die ganze Aktion mit grosser Sicherheit auf die Intervention hin. *Sie ist die moralische Vorbereitung der Intervention.* Es ist klar, wem also die Bewegung praktisch zugutekommt: dem mächtigsten Glied der Interventionsfront: dem europäisch-amerikanischen Kapitalismus. Ihm als dem einzig vorstellbaren *Realisationsfaktor* des Antibolschewismus wird die Führung und im Falle des Sieges die Gestaltung zufallen. *Hier münden die moralischen Kräfte ein, die von den Führern des gläubigen Volkes heute in Bewegung gesetzt werden.* Kalkuliert man diese starken Tendenzen auch in die innereuropäische Rechnung ein und setzt sie in Beziehung zu den dortigen Kampfzielen und Ideologien des Antikulturbolschewismus, so zeigt sich, wer auch dort der Gewinner in diesem Spiel zu werden droht; der *Faschismus*. Die echten Ideale von Zucht, Treue, Verantwortung und «Kultur» haben Alltagsausgaben, die den faschistischen Idealen zum Verwechseln ähnlich sehen; werden sie noch antiliberal und antisozialistisch eingesetzt, so fehlt zum Faschismus nicht viel mehr als der Anlass: eine Situation, in der die besonderen Vorzüge eines starken Mannes und von Maschinengewehren, die zur gründlichen und eindeutigen Ordnung von verwickelten und unliebsamen Verhältnissen hervorragend geeignet sind, im Sinne der erwähnten Ideale einleuchtend werden. Es gibt ja auch Leute, die alles daransetzen, um diese Situation zu schaffen – auf der äussersten Rechten und der äussersten Linken. Man braucht nicht viel zu vereinfachen, wenn man mindestens für den *Effekt* der ganzen Bewegung behauptet: Der Antikulturbolschewismus ist negativ formuliert das, was man positiv formuliert Faschismus nennt – zum mindesten *die für das christliche Bürgertum und die christliche Arbeiterschaft geeignete ideologische Ausgabe des Faschismus*. Geht die Bewegung, die sich hier anbahnt, weiter, so mündet sie in die Konstellation der kapi-

talistisch-faschistischen Weltfront gegen Sowjetrussland, eine Konstellation, in die auch die europäische Verständigungsbewegung einschliesslich «Paneuropa»\* zu münden droht.

Diese Konstellation muss durchkreuzt werden. Als Sozialisten und als Christen sind wir gerufen, dieser unheilvollen Möglichkeit, die das Christentum auf weitere Jahrzehnte mit der Sünde des Kapitalismus und Imperialismus belasten und das Ende aller Ansätze der Erneuerung bedeuten würde, innerhalb der Kirchen entgegenzuwirken. Das Schlagwort vom Kulturbolschewismus muss entlarvt, die dahinter in Bildung begriffene Front verhindert werden.

Mai/Juni 1931

\* Die 1923 von Richard Graf von Coudenhove-Kalergi (1896-1972) gegründete Paneuropa-Bewegung strebte einen europäischen Staatenbund aus dem Geist des christlich-aristokratischen Abendlands an. Ausgegrenzt blieben dabei allerdings das britische Empire und die Sowjetunion, die als aussenpolitische Gegner galten. Als Basis der europäischen Föderation sollten Schiedsverträge, ein Defensivbündnis gegen die UdSSR und Zollabkommen dienen.

## Deutschchristentum und Christentum

### *Zum religiösen Programm der nationalsozialistischen Bewegung*

Will man die in den letzten Wochen von den deutschen Bischöfen signalisierte Gefahr\*, die mit der nationalsozialistischen Bewegung für den deutschen Katholizismus gegeben ist, richtig abschätzen und danach insbesondere die richtigen Massstäbe für eine aussichtsvolle Abwehr gewinnen, so wird man eine *Unterscheidung* machen müssen.

Der Nationalsozialismus hat sich in hohem Grade die *Weltanschauung der völkischen Bewegung* zu eigen gemacht. Wenn auch Ludendorff und sein engerer Kreis\*\* nicht zu den Nationalsozialisten zu zählen ist, so sind doch eine Reihe von anderen Theoretikern des völkischen Glaubens als Theoretiker der nationalsozialistischen Weltanschauung anerkannt.

\* Nach dem Erfolg der Nationalsozialisten bei den Wahlen im September 1930 sahen sich die deutschen Bischöfe zu öffentlicher Stellungnahme gegen die Hitler-Partei veranlasst. Vorreiter war der Mainzer Generalvikar, der bereits Ende September 1930 auf eine Anfrage der NSDAP-Gauleitung hin bestätigte, es sei für Katholiken bei Androhung eines Ausschlusses von den Sakramenten verboten, Mitglied der NSDAP zu sein, und Parteimitgliedern sei es verboten, in korporativer Zusammensetzung an Beerdigungen und sonstigen kirchlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Zu solch entschiedener Abgrenzung konnten sich die übrigen Bischöfe nicht entschliessen und auch eine gemeinsame Erklärung des gesamten Episkopates kam nicht zustande. Anfang 1931 folgten jedoch in kurzem Abstand Verlautbarungen einzelner Bischöfe, die vor dem Nationalsozialismus warnten, dessen kultur- und kirchenpolitische Vorstellungen mit der katholischen Lehre nicht vereinbar seien. Obwohl sie eine Belebung des nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls grundsätzlich begrüßten, wandten sie sich gegen eine Atmosphäre des Hasses und betonten, dass für Katholiken die Formel «ein Hirt und eine Herde» für den ganzen Erdkreis gelte.

\*\* Erich Ludendorff (1865-1937), während des Ersten Weltkriegs der neben Hindenburg einflussreichste Offizier im deutschen Generalstab, betätigte sich nach 1918 in der antisemitischen deutsch völkischen Bewegung. Mit dem 1926 gegründeten «Tannenbergbund» trat er für eine «artgemässe deutsche Gotteserkenntnis» ein.

Vor allem Alfred Rosenbergs «Mythus des 20. Jahrhunderts»\* kann als eine, wenn auch nicht offizielle, so doch im Zentrum der nationalsozialistischen Bewegung und Partei entstandene Äusserung dieser nahen Verwandtschaft zwischen der völkischen und der nationalsozialistischen «Weltanschauung» angesehen werden. *Identisch* sind sie freilich *nicht*. Die *völkische* Weltanschauung war lange vor dem Entstehen nicht nur des Nationalsozialismus, sondern sogar der sozialen Ursachen des Nationalsozialismus da. Sie hat ausser im praktischen Antisemitismus nie eine grosse politische Bedeutung gewonnen, sondern blieb eine Sache, die mehr oder weniger von eigenartigen Aussenseitern der geistigen Strömungen der Zeit getragen wurde. Erst der Nationalsozialismus hat sie in eine umfassendere politische Bewegung eingebaut. Es gab im Nationalsozialismus und Antisemitismus sachliche und ideologische Berührungspunkte. Vor allem aber konnte man sich gegenseitig gut *brauchen*: den Anhängern des völkischen Glaubens fehlten die Massen, die Macht, die Energie, und die neue soziale Bewegung der kleinbürgerlichen utopischen Revolution hatte das Bedürfnis aller solcher Bewegungen nach einer kompletten und totalen Weltanschauung, die sie aus sich nicht zu gewinnen wusste, aber von der völkischen Bewegung übernehmen konnte. Man wird sich also darüber klar sein müssen, dass die antikatholischen und unchristlichen Momente im Nationalsozialismus *nicht* etwa eine *unmittelbare* religiöse (bzw. antireligiöse) Aktion darstellen, die von *sich* aus mächtig und gefährlich wäre. Aber andererseits kommt ihr doch die wirkliche Kraft des Nationalsozialismus, die im *Sozialen* liegt, zugute: die *soziale Dynamik* der nationalsozialistischen Revolution wird in dem Masse, als sie sich mit den weltanschaulichen Forderungen der völkischen Bewegung verbindet, zugleich auch zu einer *religiösen Gefahr*.

\* Die antichristliche Kampfschrift des nationalsozialistischen Chefideologen (1893-1946) erschien zuerst 1930.

Von dieser Unterscheidung aus wird man auch *Thomas Manns* Deutung des Nationalsozialismus, die er in seiner bekannten «Deutschen Ansprache»\* gegeben hat, einer gewissen Korrektur unterziehen müssen. Thomas Mann behandelt unsere Frage zwar nicht auf Grund der metaphysischen Wahrheitsfrage, sondern auf der Ebene der Kulturentwicklung. Aber wenn er in der nationalsozialistischen Bewegung uralte von der menschlichen Entwicklung längst positiv überwundene naturhafte und erdgebundene Gewalten neu aufbrechen sieht, so «meint» er doch dieselbe Erscheinung, die wir als den Aufstand des positiven Heidentums gegen das Christentum erkennen. Und damit ist seiner Deutung gegenüber dieselbe Unterscheidung zu machen, die wir vorhin machten. Gewiss sind diese, religiös gesprochen, «heidnischen» Antriebe immer da, und sie wirken sich auch immer wieder aus, sie haben sich ganz gewiss und nachweisbar auch in der nationalsozialistischen Bewegung verwirklicht, aber Thomas Mann hat doch wohl den Grad ihrer Wirksamkeit im Nationalsozialismus überschätzt. Die Kraft dieser Bewegung kommt aus der *wirtschaftlich-sozialen Erschütterung* ihrer tragenden Schichten, nicht in erster Linie aus dem Aufbruch uralter heidnischer religiöser Instinkte, und auch ihre praktische Barbarei, ihr roher Ton, ihre Schlagringmethoden kommen nicht aus dem Aufbruch barbarischer Kräfte, sondern aus der gesellschaftlichen Zersetzung und Auflösung. Wenn man sich die nationalsozialistischen Menschen und Führer ansieht oder auf den Ton ihrer Reden und Artikel lauscht, bekommt man schnell den Eindruck, dass man es hier nicht mit dämonisierten und «verzauberten» Menschen zu tun

\* In seiner Ansprache, gehalten am 17. Oktober 1930 in Berlin, warnte Thomas Mann (1875-1955) vor den Nationalsozialisten, die einen Monat zuvor bei den Reichstagswahlen einen Erdrutschsieg erlangt hatten. Leidenschaftlich sprach sich Mann für die Sozialdemokratie und eine Politik der Versöhnung mit Frankreich aus. (Die «Deutsche Ansprache» ist abgedruckt in der Stockholmer Gesamtausgabe. Reden und Aufsätze II, Frankfurt/M. 1965.)



hat, sondern mit «entzauberten» und von der gesellschaftlichen Zersetzung verdorbenen Menschen. Auch in der engeren völkischen Bewegung, in der sicher solche dämonischen, eigentlich heidnischen Kräfte wirken, sind doch sehr viele Erscheinungen, die diese Deutung zunächst nahelegen, bei genauerer Betrachtung neurotisch oder zuweilen gar als pathologisch zu erklären, als simple Nervensache, als Hysterie. Das ist wichtig festzustellen, weil die wirksame Behandlung der Krankheit von der richtigen *Diagnose* abhängt. Gewiss sind diese breiten Schichten *unchristlich*, aber sie sind es zumeist in der Form der Liberalisierung und Verweltlichung, viel seltener sind sie es in der Form einer positiven heidnischen Gesinnung.

Wenn nun die Ideologie der nationalsozialistischen Weltanschauungs-Spezialisten in ihren wichtigsten Zügen kurz dargestellt und dem christlichen Glauben gegenübergestellt werden soll, so brauchen wir uns mit ihrer *kirchenpolitischen* Seite nicht lange aufzuhalten. Die kirchenpolitische Forderung der «Deutschkirche» oder «deutschen Volkskirche», die die «Reformation vollenden» soll, wie Rosenberg im Anschluss an Ludendorff sagt, die unter Überwindung des «römischen Zentralismus», des «internationalen Geistes» und des Alten Testaments die beiden christlichen Konfessionen zu einem Kirchengebilde «verschmelzen» will, – diese kirchenpolitische These ist ein reines Phantom. Über das «Christentum» dieser Weltanschauung wird sich nichts sagen lassen, was nicht schon in den verschiedenen bischöflichen Kundgebungen mit aller Deutlichkeit gesagt worden wäre, es kann hier nur noch einmal auf die *Schärfe des Gegensatzes*, auf die zentrale und letzte Feindschaft der Grundlehren der beiden Systeme hingewiesen werden. Die letzten Begriffe und Werte der nationalsozialistischen Weltanschauung sind eben *nicht* übernatürlich. Wenn Rosenberg ausdrücklich feststellt: «Die germanischen Charakterwerte sind... *das Ewige, wonach sich alles andere einzustellen hat*», so ist das ein betont *antichristliches* Bekenntnis.

Wo die letzten Werte nicht in der Offenbarung entgegengenommen, sondern aus der eigenen Natur entwickelt erscheinen, wo die ausser der eigenen Natur existierende Instanz fehlt, da gibt es auch kein Verantworten vor dieser Instanz, keine Anerkennung einer von ausserhalb, etwa aus der Gesellschaft kommenden Verpflichtung, die in der Verantwortung vor *Gott* zu einer *religiösen* Verpflichtung wird, keinen religiösen *Gehorsam*, sondern nur *prinzipielle Selbstbehauptung* und *prinzipiellen Ungehorsam*. Vor allem aber ist damit das christliche Grundgesetz der menschlichen Gesellschaft, der *Nächstenliebe*, der *gegenseitigen Verantwortung* gezeugnet. Dies christliche Grundgesetz, das tausendmal verletzt und grauenhaft misshandelt, dennoch der christlichen Epoche seinen Stempel aufgedrückt und vor allem die grossen heiligen Gestalten der Christenheit in Verbindung mit der christlichen Selbstentäusserung vor allen anderen grossen Gestalten der Geschichte kennzeichnet, wird durch den prinzipiellen und unverantworteten Gruppenegoismus ersetzt, durch sein prinzipielles Gegenteil.

Mit dieser Abgrenzung der nationalsozialistischen Weltanschauung von der christlichen Lehre und dem christlichen Leben ist natürlich noch nicht alles getan, und wer sich darauf beschränken wollte, auf Grund dieser Abgrenzung den Nationalsozialismus defensiv und offensiv, apologetisch und propagandistisch zu bekämpfen, der würde nicht genug tun. Die eigentliche und die allein auf die *Dauer* wirksame Gegenaktion muss *innerhalb der Kirche selber* geschehen. Wir alle sind ja, wenn auch nicht von der nationalsozialistischen Ideologie, so doch von Verwässerungen der christlichen Lehre und des christlichen Lebens bedroht, die solchen Massenerscheinungen wie dem nationalsozialistischen Antichristentum den Weg ebnen. Unsere Berufung auf den religiösen Gehorsam ist nur wirksam, wenn wir selber in der Haltung des Gehorsams sind, wenn wir selber auf den neuen Ruf Got-

tes lauschen und zum Gehorsamsopfer, zum Opfer des gewohnten Denkens und des gewohnten Lebens bereit sind. Wenn wir uns einfach auf ein Erbe verlassen, ohne es in uns wirklich lebendig zu machen, so kann schon darin ein tiefer und prinzipieller Ungehorsam liegen, ein Taubsein gegenüber der Möglichkeit, dass Gott jeden Augenblick uns zu *ungewohnter* und *unbequemer* Gehorsamsleistung aufrufen kann. Schliesslich ist auch das Grundgesetz der Nächstenliebe wie im Alten Testament so auch heute und innerhalb der Kirche immer von der Gefahr des Pharisäismus bedroht, von einer Beschränkung des Kreises der Nächsten auf kirchliche, auf nationale, auf soziale *Gruppen*, von einer Beschränkung des Mit-Leides und der Mit-Verantwortung auf bestimmte *Arten* der Not des Nächsten, einer Beschränkung, in der wir oft die realste Not der anderen, geistige, seelische, leibliche nicht zu der unseren machen, weil in ihren Voraussetzungen ein Element steckt, das wir nicht anerkennen. Nur in stets erneuerter lebendiger Christlichkeit liegt die Kraft zur Überwindung des neuheidnischen Ungehorsams.

Die Analyse des weltanschaulichen Bestandes der Nationalsozialisten, wie sie auch ausfallen möge, bedeutet noch nicht, – das sei um der Wichtigkeit dieser Unterscheidung willen noch einmal betont, – ein Gesamturteil über den Nationalsozialismus und seine Gefahr für den deutschen Katholizismus. Die weltanschauliche Seite ist nur *eine* Seite des Nationalsozialismus. Und darum genügt es nicht, wenn man sich aus dem Katholizismus heraus religiös und theologisch mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzt: man muss sich auch mit seinen politischen Zielsetzungen, vor allem aber mit seiner *sozialen Dynamik* und *ihren Ursachen* auseinandersetzen.

5. April 1931

## Der «Nationalismus» der Nationalsozialisten

In der Art der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten und den Methoden ihrer propagandistischen Bekämpfung erkennt man immer wieder die Neigung, über dem Bestand an nationalsozialistischen Ideologien die *eigentlichen Antriebe* der Bewegung zu vernachlässigen. Man nimmt das Programm der Nationalsozialisten hin, wie es da steht, und setzt ohne nähere Untersuchung voraus, dass die in diesem Programm in den Vordergrund geschobenen Ideen auch die *Kräfte* seien, die den einzelnen Nationalsozialisten zu seiner Partei getrieben oder so viele Wähler am 14. September bewogen haben, nationalsozialistisch zu wählen\*. Nun ist aber erfahrungsgemäss erst bei sehr reifen Bewegungen eine einigermaßen vollkommene Übereinstimmung zwischen dem ideologischen Bestand und den wirklichen Antrieben, dem «eigentlich Gemeinten» vorhanden. Und diesen Reifezustand wird man bei der nationalsozialistischen Bewegung vergeblich suchen. *Zwischen der Realität der Bewegung und ihrem Programm klafft ein sehr erheblicher Widerspruch.* Die Klärung dieser Verhältnisse ist nicht nur für den Soziologen wichtig, der wissen will, was ist, und wie es geworden ist. Sie ist gerade für den politischen Praktiker, der mit dem Gewordenen etwas anfangen will, von entscheidender Bedeutung. Denn er darf sich ja nicht damit begnügen, vor seinen eigenen Anhängern wirkungsvolle Dinge zu sagen und sie von der Falschheit des Nationalsozialismus zu überzeugen, er muss an die Nationalsozialisten *selber* heran, vor allem an die vom Nationalsozialismus real bedrohten Schichten der eigenen Gefolgschaft. Er wird zwar auch die Ideologie des Nationalsozialismus in seine Darlegungen mit auf-

\* Zu den September-Wahlen von 1930 vgl. den Artikel «Nationalsozialismus – heute oder für immer?», S. 63-66 in diesem Band.

nehmen und widerlegen, aber er wird durch diese Ideologie hindurch die eigentlichen Antriebe dieser Bewegung aufs Ziel nehmen müssen. Sonst läuft er Gefahr, daneben zu schießen. Er wird trotz schlagender Widerlegung des nationalsozialistischen Programms völlig an den Menschen vorbeireden, wenn er sie nicht auf die Motive hin anspricht, die sie zum Nationalsozialismus geführt haben oder führen könnten. Es ist schon richtig, dass man eine grosse Bewegung nur dadurch wirksam bekämpfen kann, dass man sie «*positiv* abfängt», d.h. dass man den» richtigen Kern «bejaht und bei sich selber in vertretbarer Form ausbildet, – aber auch bei dieser Überlegung kommt es entscheidend darauf an, dass man nicht den ideologischen Vordergrund, sondern die *wirkenden Kräfte selber* abfängt.

Eine der wichtigsten Fragen, die sich da auf tun, ist die nach dem *Nationalismus* der Nationalsozialisten. Entspricht der ausgebildeten und stark in den Vordergrund geschobenen nationalistischen Ideologie ein entsprechender nationalistischer «Antrieb»? Ist es in einem der ideologischen Bedeutung des Nationalismus entsprechenden Grade die Bindung an die Nation, der Glaube an die Nation, was in den Seelen der Nationalsozialisten wirkt und arbeitet, sie zum Handeln und Agitieren treibt und die Massen am 14. September zum Nationalsozialismus gebracht hat? Ist es die Überspannung dieser Kraft, die den Nationalsozialismus hochgebracht hat? Diese Meinung wird oft vertreten. Man sagt etwa, der in der Lösung vom wahren Glauben zum Götzendienst gewordene und dämonisierte Nation-Glaube sei der eigentliche Antrieb dieser Bewegung, und dieser Antrieb habe in der aussenpolitischen Lage Deutschlands, in der Situation von Versailles und des Youngplans\*, den Nährstoff gefunden, der ihn übermächtig gemacht habe.

\* Zum Young-Plan vgl. Anmerkung S. 70.

Dass es diesen Dämon der Nation-Vergötterung als wirkliche Kraft im Menschen *gibt*, daran zweifelt niemand. Die Frage geht nur darum, ob *dieser* Dämon gerade in der nationalsozialistischen Partei eine *entscheidende Rolle* spielt. Und diese Frage ist wohl bei näherem Zusehen zu *verneinen*. Die nationalsozialistische Partei ist gross und sehr bunt, gewiss gibt es auch echte Nationalisten unter ihren Anhängern. Vor allem unter der *Jugend*, bei der echter Idealismus sich leicht mit der Neigung mischt, ihn dort zu verwirklichen, wo es zugleich modisch und zugleich verboten ist, – sie braucht wohl beides Mode und Verbot, als Bestätigung ihrer selbst – wird unter den verbotenen Brauhemden im Herzen oft echter Nation-Glaube und echte Nation-Liebe lebendig und wirksam sein, – wenn freilich auch hier die Nation meist mehr als Benennung eines unbestimmten Idealismus, denn als spezifisch wirkende Kraft auftreten wird. Im Grossen jedenfalls spielt der echte Nationalismus in der Partei wohl *keine* entscheidende Rolle.

Man könnte versuchen diesen Eindruck mit äusseren und mit inneren Argumenten glaubhaft zu machen. Zu den äusseren gehört u.a. die auffällige Tatsache, dass von den Nationalisten, die sich als solche durch Schrift oder Tat *glaubwürdig* gemacht haben und denen man die *Echtheit* ihres nationalen Antriebs anmerken kann, kaum einer im Nationalsozialismus eine Rolle spielt, viele sich ausdrücklich von ihm distanziert haben, obschon man doch annehmen müsste, sie würden im Nationalsozialismus den mächtigsten Realisationsfaktor für nationale Zielsetzungen begrüssen. Es gibt unzweifelhaft – wer sich mit solchen Leuten unterhält, wird das sofort feststellen, – ein Misstrauen des echten Nationalisten gegen den Nationalsozialismus: der echte Nationalist spürt, dass man dort die Sache, die ihm heilig ist, nur im Munde führt. Ein anderes äusseres Moment ist die Tatsache, dass der grosse Erfolg der Nationalsozialisten gerade in die Zeit fiel,

da das Rheinland geräumt\* war und der Youngplan eine Verringerung der Reparationszahlungen gebracht hatte. Es ist von der nationalistischen Deutung des Nationalsozialismus aus sehr schwer zu begreifen, weshalb sich die grollende nationale Revolution nicht *eh*er Luft gemacht hat, denn soviel nationale Wahl- disziplin, wie dazu gehört hätte, um auf eine nationale Wahl zu verzichten, solange die Franzosen repressalienwütig im Lande standen, wird man den Massen des 14. September nicht zutrauen können.

Aber wichtiger als solche und andere äussere Argumente sind die *inneren*, die sich bei einer aufmerksamen Beobachtung etwa der *nationalsozialistischen* Presse aufdrängen. Man kann beliebige Worte beliebig lange im Munde führen und Unaufmerksame (vielleicht sogar sich selber) damit täuschen, man kann aber nicht beliebig lange beliebige Worte *glaubwürdig* im Munde führen. Man kann gegenüber einem aufmerksamen Beobachter auf die Dauer die eigentliche seelische Wirklichkeit nicht hinter einem System von Worten verstecken. Auch hier gilt, dass der Ton es ist, der die Musik macht. Wirklicher Glaube spricht sich glaubwürdig aus, ob es der wahre Glaube oder ein Irrglaube ist. Man nehme getrost irgendeine nationalsozialistische Zeitung oder Broschüre in die Hand oder man gehe in irgendeine nationalsozialistische Versammlung: wenn man nur sein Ohr auf den Ton der Musik einstellt und nicht auf das Wort hereinfällt, wird man sehr bald feststellen, dass einen dort kaum einmal ein Hauch echter Nationbesessenheit berührt. Diese Kraft ist in der nationalsozialistischen Bewegung nur in äusserster Verdünnung vorhanden.

Ganz klar wird das, wenn man die Frage nach dem *Inhalt* dieses etwaigen Nationglaubens stellt. Wenn das Wort «Nation»

\* Im Rahmen der Vereinbarungen des Young-Plans hatten sich die Alliierten auch zur Räumung des Rheinlands am 30. Juni 1930, fünf Jahre früher, als im Versailler Vertrag vorgesehen, verpflichtet.

nicht ein leeres Wort bleiben soll, muss es doch einen realen Inhalt haben: die Liebe zur Nation ist doch nur vorstellbar als Liebe zu bestimmten und angebbaren nationalen *Gegebenheiten*, seien sie mehr an den Boden oder an das Volkstum, an die politische oder an die Geistesgeschichte der Nation geknüpft. Natürlich wird kein Nationalismus «total» sein, sondern immer nur eine bestimmte *Auswahl* und Zusammenschau bestimmter möglicher Inhalte des Nationalen meinen, – der preussische Nationalismus der Mitte des vorigen Jahrhunderts etwa ist auch nach seinen Auswahlprinzipien, nicht nur räumlich und volklich etwas ganz anderes als etwa der deutsche Patriotismus derselben Zeit, – aber eine bestimmte Fülle von realen nationalen Inhalten muss er doch haben, wenn er das Wort Nationalismus mit Recht führen will. Oder besser, da wir ja nicht über Worte sondern über Kräfte sprechen: eine Liebe zur Nation als wirkliche Kraft des Herzens ist nicht vorstellbar ohne bestimmte (zum Bild der «Nation» zusammengeschauten) Inhalte, welche die eigentlichen Objekte dieser Liebe sind. Man braucht nur an den starken französischen Nationalismus zu denken, um zu verstehen, was damit gemeint ist: ob nun für den linken Nationalismus die grosse Revolution, für den rechten die lateinischkatholische Geschichte des Landes im Vordergrund steht, in beiden Fällen lebt der Nationalismus in einer Fülle von Inhalten, er kennt und bekennt die literarische Geschichte, die grossen Gestalten der französischen Geschichte, und bei vielen spielt auch die Bindung an das Land selbst eine grosse Rolle. Beim Nationalsozialismus Deutschlands findet man kaum etwas dergleichen. *Deutschland als Inhalt* lebt in dieser Bewegung nicht, weder als Gegenwart noch als Geschichte. Die grossen Gestalten und die grossen Formen und Ideen der deutschen Geschichte spielen in den Köpfen und Herzen der Bewegung keine spürbare Rolle. Was geschichtlich als «deutsch» oder «germanisch» beschworen wird, ist ein Phantasiegebilde, keine Realität: es hat auch nicht den hundertsten Teil von dem realen Ge-



halt, den drüben das Wort «französisch» oder «lateinisch» hat. Einen ebenso irrealen und fast gespenstigen Charakter hat das *Rassische* als Inhalt des Nationalen; und welche wirkliche Macht das Völkische im Ernstfall spielt, zeigt die sonderbare Haltung im Fall Südtirol\*, wo das Völkische in Konkurrenz mit anderen, eben stärkeren Motiven tritt und sofort abgebremst wird. Nein, *der Nationalismus der Nationalsozialisten hat keinen Inhalt.*

Mit einer Ausnahme, – und hier finden wir den Schlüssel zum nationalsozialistischen «Nationalismus». *Einen* Inhalt hat das Nationbekenntnis der Nationalsozialisten doch: die *Tributsituation*. Hier ist das Verbindungsglied zwischen der nationalistischen Ideologie und der wirklichen *sozialen* Erschütterung, der neuen Beunruhigung der *wirtschaftlichen* und menschlichen Existenz bestimmter Schichten, welche die *wahre* Ursache des Anwachsens des Nationalsozialismus ist. Indem der Youngtribut als eine der entscheidenden Ursachen dieser Existenzgefährdung angesehen wird, mündet diese Beunruhigung direkt in einen «Nationalismus» ein, der auf die Schicksalsgemeinschaft der Tributpflichtigen bezogen ist. Das ist der reale Nationalismus der Nationalsozialisten, die *Interessengemeinschaft der Youngschuldner*.

Das ist als *Feststellung* gemeint, nicht als Anklage. Wir wissen, dass diese Interessen- und Schicksalsgemeinschaft besteht, und dieser «Nationalismus» hat gewiss seinen berechtigten Kern, wenn er geläutert und auf die Realität bezogen ist statt auf Träume und Illusionen. Und die fehlende Bindung an die grossen Gestalten und Formungen, in denen sich Deutschland in der Geschichte dargestellt hat, wird man zum mindesten *den* Schichten der nationalsozialistischen Bewegung nicht allzusehr verübeln,

\* Entgegen in den Jahren 1919/1920 gegebener Autonomieversprechungen wurde Südtirol von der faschistischen Regierung Italiens in den zentralistischen Staat eingegliedert und die deutschsprachige Mehrheit der Region einer massiven Italienisierungspolitik unterworfen.

die durch ihr Wirtschaftsschicksal faktisch *proletarisiert* und von den Quellen, wo jene Kräfte fließen, abgeschnitten sind. Umso mehr wird man den Demagogen der Bewegung den *Schwindel* verübeln, den sie hier wie überall verüben, indem sie die einfachen Tatsachen mit erlogenen grossen Worten verhüllen. *Unsere* Aufgabe ist es, diese Schichten da, wo sie eigentlich politisch ansprechbar sind, anzusprechen, nämlich als sozial beunruhigte Schichten, ihnen zu zeigen, dass ihr Schicksal nicht vom Blute und nicht vom Youngplan bestimmt wird, sondern von der *Wirtschaft* her, und dass nur in der Bejahung dieses Schicksals die Kräfte wachsen können, aus denen sich das Leben und die politische Ordnung gestalten lassen, *auf einer Ebene, die nicht mehr die nationale Ebene ist.*

21. April 1931

## Nationalsozialismus als Sozialrevolte

### Der soziale Antrieb

In den beiden vorangegangenen Artikeln dieser Reihe war der Nachweis versucht worden, dass der Nationalsozialismus weder eine ursprünglich *religiöse* noch eine ursprünglich *nationalistische* Bewegung sei. Gewiss hat der Nationalsozialismus ein weltanschauliches, ja ein «religiöses» Programm und gewiss ist er mit ursprünglich weltanschaulichen Bewegungen einigermassen zusammengewachsen und kann unter Umständen noch länger, noch enger, noch gefährlicher mit ihnen zusammenwachsen, aber seine eigentlichen Antriebe sind nicht religiöser Natur; die nationalsozialistischen Schichten sind antichristlich, sind heidnisch nicht in dem strengen, dem religiösen Sinn dieser Worte, sondern sie sind es als liberalisierte, säkularisierte Menschen. Gewiss sind die Nationalsozialisten nationalistisch, gewiss *gibt* es unter ihnen zahlreiche echte Nationalisten, aber für das Ganze der Bewegung lässt sich nicht annehmen, dass der nationalistische oder nationale Antrieb die Nation-Besessenheit oder die Nation-Liebe, wirklich der aktive, entscheidende Antrieb der Bewegung sei. Nur dadurch, dass sie in unzureichender Deutung die eigene soziale Erschütterung auf die Youngtribute zurückführt, erhält sie einen starken nationalistischen Zug.

Der Nationalsozialismus gehört nämlich vielmehr, wenn man die wirklichen Antriebskräfte seiner einzelnen Anhänger und Anhängergruppen betrachtet, dem *wirtschaftlich-sozialen* Bereich an. Sieht man zu, was das ist, was den Nazi-Mann auf die Strasse treibt, ihn in den Versammlungen schreien, auf der Strasse schlagen lässt, was die Einzelnen der sechs Millionen von ihren frühe-

ren Parteien weg oder aus der politischen Interesselosigkeit heraus zum Nationalsozialismus geführt hat, dann erkennt man bald, dass der Antrieb zu dieser Aktion aus dem Gefühl der *bedrohten wirtschaftlichen Existenz* kommt. Die Voraussetzung dieser Bewegung ist ein «Zustand», der im Nationalsozialismus zur Bewegung wird, nämlich ein *Zustand der höchsten Unruhe*, der auf dem Bewusstsein der Bedrohung oder Einengung der wirtschaftlichen Existenz beruht, der Unruhe nicht Einzelner auf Grund einer zufälligen individuellen und einmaligen akuten Bedrohung und Einengung, sondern der Unruhe *bestimmter grösserer Gruppen*, die auch als solche ins Bewusstsein tritt.

### **Bedrohter «Mittelstand»**

Es kann hier nur angedeutet werden, um welche Gruppen es sich hier handelt: um Kaufleute, Handwerker, Angestellte, Akademiker, Bauern, um sehr verschiedene Gruppen aus der grossen Schicht, die man vergrößernd den «*Mittelstand*» zu nennen pflegt. Wie diese «Einengung» und diese «Bedrohung» in diesen einzelnen Gruppen und im einzelnen Menschen dieser Gruppen erlebt wird, braucht nicht näher belegt zu werden: jeder weiss und jeder sieht das täglich und überall. Der Angestellte, der abgebaut ist oder vom Abbau bedroht ist und in der Krise zum ersten Mal das Gefühl der absoluten Abhängigkeit erlebt, der kleine Kaufmann, der nicht auf Grund falscher Spekulationen oder unrationellen Wirtschaftens, sondern auf Grund übermächtiger und seinem Einfluss gänzlich entzogener Marktverhältnisse im Ruin oder vor dem Ruin steht, der Handwerker und der Bauer in ähnlicher Lage, der Akademiker, der als abgebauter, vom Abbau bedrohter Angestellter oder als aussichtsloser Student mit einem Male, wiederum auf Grund allgemeiner und übermächtiger Verhältnisse, seinen Bildungsbesitz, der die Grundlage seiner wirtschaftlichen Existenz war, entwertet sieht, abgebaut oder vor dem

Abbau, – das sind einige Situationen dieses Zustandes der Beunruhigung und der Existenzgefährdung. Nun sind die Zustände dieser einzelnen Gruppen ja zum Teil inhaltlich sehr verschieden, wie auch die Interessen dieser Gruppen, wenn sie präzise benannt werden, verschieden, zum Teil sogar gegensätzlich sind. Wenn man behauptet, dass gerade diese Unruhe-Momente die reale Voraussetzung des Aufschwunges der nationalsozialistischen Bewegung sind, so wird man erklären müssen, weshalb diese verschiedenen Momente sich heute in einer *einzig* Bewegung darstellen können. Sie tun es einmal wegen ihrer *Unbestimmtheit*, und diese Unbestimmtheit ist wiederum möglich und natürlich, weil die Unruhe nach einer Zeit der Scheinkonjunktur durch die so schnell und energisch verstärkte Wirtschaftskrise *erst neu* in das akute Stadium getreten ist und die Zeit der Klärung und Differenzierung noch nicht gehabt hat. Sie können es weiterhin, weil die Bewegung in diesem Stadium zunächst einmal wesentlich nicht eine positive Bewegung ist, die um ein reales Ziel bemüht sein müsste, sondern sich zunächst nur *negativ* formuliert hat, eine Bewegung *gegen* etwas ist, – und *gegen* etwas sind erfahrungsgemäss und natürlicherweise viel leichter Einheitsfronten zu bilden als *für* etwas. Und schliesslich ist ja in diesem Falle die einheitliche Gegenbewegung insofern auch sachlich begründet, als ja die Bedrohungen, von denen wir reden, so verschieden sie in den verschiedenen Berufssituationen sind, doch *vom selben Gegner* kommen. Es ist kein kleiner Unterschied, ob ein selbständiger Kaufmann den Verzweiflungskampf um seine Existenz noch als «selbständiger» Kaufmann führt oder als Angestellter, der um seinen bedrohten Platz im Betrieb kämpft, – aber die Bedrohung kommt in beiden Fällen von derselben Seite, und *gegen* diese Seite können sie trotz ihrer verschiedenen ja gegensätzlichen positiven Zielbilder *einig* sein. Diese breite und einheitliche Unruhe war der Zustand, den Hitler ansprach und dem er das Bett

der Bewegung und das Gerüst der Parteiorganisation bereitete. So selbstverständlich es ist, dass sich auch ältere und ganz anders gestimmte oppositionelle Kreise der Bewegung anschlossen, um sich von ihrer Kraft mit emportragen zu lassen (Nationalisten, Militaristen, Offiziere, Adelige und Hohenzollernprinzen), so sicher ist es, dass nicht sie, sondern jene bedrohten *bürgerlichen* Schichten den Strom der Bewegung bestimmen.

### Plutokratie und Marxismus

Es ist in diesem Zusammenhang einsichtig, dass der Wortbestandteil «*sozialistisch*» im Nationalsozialismus im Wesentlichen *die Front gegen diesen Feind* bezeichnet. Man würde aus der realen Sicht der Dinge diesen Feind ohne Weiteres als *Kapitalismus* bezeichnen, wenn wir nicht beobachten müssten, dass gerade im heutigen Stadium der Bewegung weniger als in früheren Stadien (– in den oppositionellen Gruppen um Strasser und Stennes\* freilich mehr als früher –) der Kapitalismus nicht als *solcher* und in seiner zentralen Funktion als Gegner gesehen wird, sondern in einer weniger präzisen Weise, nämlich als «Plutokratie». Man kann den *Mehrheits*-Nationalsozialismus nach seinen neuerlichen Handlungen und den neuerlichen Interpretationen seines Sozialprogramms als antiplutokratisch, den *oppositionellen* Nationalsozialismus als antikapitalistisch bezeichnen; beide Positionen werden durch den Wortbestandteil «Sozialismus» benannt und gemeint, obwohl natürlich beide ausser eben in dieser Nega-

\* Otto Strasser (1897-1974) und sein Bruder Gregor (1892-1934) gehörten zum «linken» Flügel der Nationalsozialisten. Otto Strasser brach im Juli 1930 mit Hitler, trat mit der Parole «Die Sozialisten verlassen die NSDAP» aus der Partei aus und gründete die «Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalisten». Der SA-Führer Walther Stennes (geb. 1895) wurde 1931 nach einem Putschversuch gegen Hitler aus Partei und SA ausgeschlossen.

tion des Kapitalismus nicht als «Sozialismus» im richtigen Sinn des Wortes angesehen werden können.

Damit ist aber der eigentümliche Charakter der nationalsozialistischen Bewegung noch nicht genügend begriffen. Wir haben gesagt, dass der andere Wortbestandteil des Wortes Nationalsozialismus in noch geringerer Masse als der Wortbestandteil «Sozialismus» die Bewegung richtig und zentral bezeichne: der Nationalsozialismus ist keine nationale Bewegung. Eduard *Heimann*\* hat auf die eigentümliche Funktion dieses «national» aufmerksam gemacht, dass es wie das «sozialistisch» gleichfalls eine Gegenposition, eine Abgrenzung meint, nicht in seinem positiven Sinngehalt, sondern *polemisch* zu verstehen ist. Die Position, wogegen sich diese Abgrenzung und diese Polemik richtet, ist der «Marxismus», d.h. der proletarische revolutionäre Sozialismus. Die Verwechslung mit *dieser* Position will man durch das Wort «national» ausschliessen.

## Die Angestellten

Die eigentümliche Problematik, die hier steckt, ist am deutlichsten bei dem *Angestellten-Bestandteil* der nationalsozialistischen Bewegung aufzuzeigen. Die Angestellten stehen ja faktisch in der gleichen wirtschaftlichen Situation wie die Proletarier, sind in derselben Art bedroht, wie der Proletarier bedroht ist. Es ist also auf den ersten Blick eine befremdende Erscheinung, dass sie sich in ihrer Empörungsaktion so scharf und polemisch gegen die proletarische Revolution abgrenzen. Auch hier handelt es sich nicht um eine präzise Abgrenzung, die etwa gegen das wirtschaftspolitische Ziel des Sozialismus gerichtet wäre, sondern es handelt

\* Eduard Heimann (1889-1967) gehörte zu den religiösen Sozialisten in der SPD und war Mitherausgeber der «Neuen Blätter für den Sozialismus».

sich um eine Front gegen die «Proletarität»; um den *Willen zur Behauptung der ererbten und gewohnten bürgerlichen Lebensform*. Die Front gegen den «Marxismus» ist hier das Produkt der Sorge, den bürgerlichen Kulturbesitz, der als die einzige Möglichkeit des «Kulturbesitzes» schlechthin gesehen wird, mitsamt dem gesellschaftlichen Anspruch und der gesellschaftlichen Geltung, die man damit verknüpft, zu verlieren. Wehrt man sich gegen die Plutokraten, um die Existenzbasis zu retten, so gegen die Marxisten, um das zu retten, was den liberalisierten und säkularisierten Angestelltenmassen als der «Sinn des Lebens» überhaupt und zugleich als Grundlage der gesellschaftlichen Geltung erscheint: das bürgerliche Bewusstsein, die bürgerliche Lebensform. Bei den Angestellten ergibt sich also eine gespaltene Situation, welche die Arbeiterschaft in dieser Klarheit nicht erlebt hat. Die Arbeiterschaft, aus dem Kleinbürgertum und dem Bauerntum kommend, war in der Periode des brutalen Frühkapitalismus mit seiner maximalen Ausbeutung, dem Elends-Lohnniveau, der langen Arbeitszeit, der Trennung von dem gewohnten ländlichen oder kleinstädtischen Lebensraum faktisch von der alten bäuerlichen und kleinbürgerlichen Lebensform' abgeschnitten worden, war auch kulturell im scharfen Sinn des Wortes proletarisiert worden und hatte sich, als sie in der Arbeiterbewegung zur Erkenntnis ihrer selbst zu erwachen begann, als unbürgerlich, als kulturlos, als proletarisch vorgefunden. Die Angestelltenmassen aber kommen erst frisch, erst in den letzten Jahrzehnten aus der bürgerlichen Welt, aus bürgerlichen Positionen selbst oder aus bürgerlichen Elternhäusern und Schulen, und ihre Eingliederung als abhängige Lohnarbeiter in den Produktionsprozess erfolgte in einer Zeit, da durch die mittlerweile von der Arbeiterbewegung durchgesetzte Sozialpolitik und das ausgebildete Arbeitsrecht die maximale Ausplünderung ausgeschlossen war, so dass es möglich war, den kulturellen Kontakt mit der bürgerlichen Welt aufrechtzuerhalten. Die Basis dieser Lebensform wird freilich immer



geringer, und wer eine Formenwelt, die aus dem Freiheitspathos des aufsteigenden Bürgertums erwachsen ist, ohne diese Voraussetzung konservieren will, wird sie nur in verselbständigter Form, als isolierte «Kulturgüter» und am Ende als Petrefakte und Mumien konservieren können. Jedenfalls wird zur Zeit dieser Versuch gemacht, und er ist es, der die stark gefühlsbetonte, ressentimentbehaftete Front der kleinbürgerlichen Revolte gegen den «Marxismus» erzeugt.

### Die anderen Schichten

Bei den anderen Gliedern dieser Revolte, die noch nicht direkt in die kapitalistische Produktion als Angestellte einbezogen sind, sondern sich auf der Grundlage juristischer Selbständigkeit gegen seine gefährliche Übermacht wehren, liegt diese Front ja noch etwas einfacher. Die Arbeiterschaft, innerhalb der Grosswirtschaft der feindliche Gegenspieler des Kapitals, gehört doch der Grosswirtschaft positiv an, ist an ihr selbst interessiert, und wenn der echte, noch nicht in die kapitalistische Grosswirtschaft eingespannte Mittelstand gegen den Marxismus kämpft, dann sucht er darin denselben Gegner zu treffen, den er auf der anderen Seite im Plutokraten zu treffen sucht: die organisierte Grosswirtschaft, die ihm die Freiheit des Wirtschaftens einzuengen oder zu zerstören sucht. Er sieht sich zwischen Kapital und Arbeit eingeklemmt und kämpft gegen das wachsende Gewicht dieser beiden Mächte einen Zweifrontenkampf. Aber auch hier hat dieser Kampf denselben «kulturellen» Akzent wie auf der Seite der Angestellten: auch hier wird die gewohnte und geliebte Art der Existenz, die bürgerliche Lebensform, und der darin geglaubte Lebenssinn überhaupt verteidigt. Auch diese Situation ist unbestimmt, weil sie neu ist; sie ist neu, weil die kapitalistische Grosswirtschaft früher nur bestimmten Einzelgruppen des Bürgertums

das Wasser abgegraben hatte, aber im Allgemeinen doch nur die von ihr unmittelbar abhängige Lohnarbeiterschaft bedrängt, ja durch den riesigen Aufschwung der Produktivkräfte, den sie heraufführte, indirekt den meisten mittelständlerischen Gruppen Raum und Möglichkeit des Wirtschaftserfolges erweitert hatte, – während sie nun durch ihr Breitenwachstum diesen Schichten den Lebensraum verkleinert. Der Augenblick, an dem das sichtbar und spürbar wurde, ist erst der Augenblick der Krise.

### Gefährlicher Zustand

Die nationalsozialistische Sozialrevolte hat also einen *eigentlichen Zwittercharakter*. Sie will nach vorwärts, heraus aus dem Elend, einer neuen Welt, einer trans-plutokratischen Ordnung, dem «Dritten Reich» entgegen, – aber sie will diese neue Welt unter Aufrechterhaltung der gewohnten Lebensform, ohne den Willen und den Mut zur Wandlung. Die Massen dieser Revolte wollen eine neue Ordnung, die ihnen gestattet, wieder zu sein was sie gewesen sind: Bürger. Sie will die *Welt* verändern, ohne sich *selber* zu ändern. Sie glaubt ohne eigene Bekehrung die Welt neu machen zu können. Das ist ein in jedem Betracht *gefährlicher Zustand*, korrumpierend, unfruchtbar, und zudem dem gefährlichsten Missbrauch ausgesetzt. Es wird zu überlegen sein, wo für den Versuch, in diesem Zustand die positiven Elemente fruchtbar zu machen, die Ansatzpunkte liegen. Es wird weiterhin zu überlegen sein, ob und wie die deutschen Katholiken an diesem Zustand Anteil haben, welche besondere Lage, welche besonderen Möglichkeiten und welche besonderen Aufgaben daraus erwachsen.

14./16. Mai 1931

## Die Aufgabe gegenüber dem Nationalsozialismus

Während in den letzten Wochen mehrere Broschüren hintereinander erschienen sind, die sich vom katholischen Standpunkt aus mit guten Gründen mit der *Ideologie* der Nationalsozialisten auseinandersetzen und sie widerlegen, hat man sich mit der Frage, wie dieser Bewegung als einer realen Bewegung in der realen Gesellschaft *beizukommen* sei, bisher noch wenig beschäftigt. Diese Frage aber ist sehr dringend und muss beantwortet werden. Der erste Teil der Aufgabe, die der Gegner vor sich sieht, ist die *wirkliche Erkenntnis* dieser Bewegung: *festzustellen was ist*, ihre Antriebe und Ideen in ihren verschiedenen Gliedern richtig zu erkennen. Die vorausgegangenen Artikel wollten zu diesem Teil der Aufgabe beitragen.

### Positive Auseinandersetzung

Wer an den zweiten Teil dieser Aufgabe herangeht, nämlich an den Versuch *der positiven Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus* als Bewegung in der realen Gesellschaft, wird sich grundsätzlich jeweils den verschiedenen Teilen der Bewegung gegenüber die Frage vorlegen müssen, wie er ihre Wirklichkeit, die von den Führern der Bewegung falsch angesprochen wird, «richtig» ansprechen könne, wie er diese Wirklichkeit und die Kraft, die daraus zu gewinnen ist, in der Richtung seines politischen Zielbildes fruchtbar machen und wie er sie in die Reihe der politischen Kräfte, die er als positiv und fruchtbar erkannt hat, eingliedern könne.

Er wird dabei nicht alle Teile der nationalsozialistischen Front gleichmässig behandeln können. Er wird bei näherem Zusehen feststellen, dass es Glieder in dieser Front gibt, aus deren gesell-

schaftlicher Situation und deren Bewusstsein *keine* fruchtbaren Kräfte entwickelt werden können. Die eigentlich reaktionären Interessenten des Nationalsozialismus, die Reste der Vorkriegsgesellschaft (bis zu dem Hohenzollernprinzen, der in Berlin eine Rolle spielt\*), Hofräte, Hoflieferanten, Militärs und ihr Anhang sind in verlorener Situation: da ist nichts mehr fruchtbar zu machen, und da ist nichts, was man diesen Kreisen ohne Demagogie in der wirklichen Welt versprechen oder als Ziel in Aussicht stellen könnte. Auch den Kleinrentnern und anderen aus dem Wirtschaftsprozess endgültig ausgeschiedenen Unzufriedenen gegenüber ist man in derselben Lage. Man kann bestenfalls etwas «für sie tun», – aber man kann sie nicht als aktive Kraft fruchtbar machen.

### Falsche Methoden

Anders steht es mit den Angestellten, den Kaufleuten, den Handwerkern, den Bauern, den Arbeitern, den Akademikern. Sie haben in ihrer Tätigkeit und ihrer Fähigkeit grundsätzlich einen gesellschaftlichen Wert, der angesprochen werden muss, den anzusprechen man nicht Herrn Hitler und seinen Bundesgenossen überlassen darf. So verschieden die Funktionen dieser Schichten sind, so verschieden also auch das sein wird, was man aus ihnen herausholen und das was man ihnen in Aussicht stellen kann, so gleichartig ist doch bei allen diesen, wie wir gesehen haben, die Situation der äussersten Bedrohtheit und Unruhe. Das ist eine un diskutierbare und unwiderlegliche Gegebenheit. Wer diese Schichten politisch fruchtbar machen will, *muss sich auf den Boden dieser Gegebenheit stellen*. Es hat also nicht sehr viel Aus-

\* Der Kaisersohn August Wilhelm, Prinz von Preussen (1887-1949), war 1930 vom «Stahlhelm» zur SA übergetreten.

sicht und Sinn, wenn man dieser Gegebenheit gegenüber das Bestehende als «halb so schlimm» zu verteidigen, die Unruhe zu beschwichtigen und abzutöten sucht oder ihr Ablenkungsgelegenheiten anbietet. Die Unruhe dieser Schichten ist das Stärkste, was sie haben, und vielfach ist es auch das Beste, was sie haben: es steckt nicht nur ein guter und berechtigter Lebenswille darin, sondern oft auch ein Protest gegen die Würdelosigkeit, gegen die Untermenschlichkeit, gegen die Versklavung, ein Protest, hinter dem der Wille zur Menschenwürde, zu Freiheit und Verantwortung stehen kann. Es wäre nicht nur eine Dummheit, sondern sogar ein Verbrechen, eine solche Unruhe totzureden oder totzuschlagen, und obendrein dürfte das kaum gelingen. Diese Schichten werden keinem zuhören, geschweige denn folgen, der in seiner Rede nicht auf den Boden dieser Unruhe tritt, die zu einer Grundgegebenheit ihrer Existenz geworden ist.

### Weg in die Zukunft

Mit anderen Worten: Aussicht hat nur der, der einen *Weg* zu zeigen weiss. Nicht der, der irgendeine Politik als unvermeidlich, als klug, als vernünftig zu beweisen unternimmt, – alles Dinge, die man auch tun kann –, sondern der, der einen *Weg in die Zukunft* zu weisen vermag, und auf die Kräfte hinweisen kann, die diesen zu gehen bereit und fähig sind. Die Nationalsozialisten haben an der Stelle eines solchen Weges, der in der wirklichen Welt ansetzen, durch die wirkliche Welt einer möglichen Zukunft zustreben muss, den unwirklichen *Traum vom «Dritten Reich»*. In den Rausch dieses Traumes hinein löst sich ihre Unruhe auf, falsch, unfruchtbar und gefährlich. Diesem Traum gegenüber heisst es nicht nur die wirkliche Gegenwart ausspielen, sondern gleichzeitig und untrennbar davon ein Zukunftsziel, in das sich die unerträgliche Gegenwart in einer realen Aktion verwandeln lässt. Nur

so lässt sich die nationalsozialistische Wirklichkeit unter die Verantwortung stellen, nur so kann der aufgestörte und in krankhaften Rausch versetzte Einzelne wieder im politischen Sinne gesund werden: denn nur so kann er wieder in Einklang mit der Wirklichkeit seines Lebens kommen und diese Wirklichkeit verantworten, wenn er nämlich diese Wirklichkeit, die er nicht verantworten kann als die, die sie ist, nun verantworten lernt als die, die in eine *bessere* verändert werden kann und verändert werden muss.

### Neue politische Zielvorstellung

So ergibt sich auch von dieser Seite aus, was sich von vielen anderen Seiten aus schon längst hätte ergeben müssen: die Notwendigkeit der Gewinnung einer politischen Zielvorstellung, die keine Doktrin, kein System, keine «Idee», sondern eben ein wirkliches konkretes Ziel ist. Tagespolitik von heute auf morgen ist notwendig und wichtig. Ihre Ergänzung ist nicht der «Ideenpolitiker», der die Tagespolitik mit Grundsätzen, Idealen, Wünschen und Forderungen kontrapunktiert, sondern der *Politiker der politischen Bewegung, der ein Ziel weiss und vertreten kann* und die Kräfte aufzurufen weiss, die sich diesem Ziel entgegen in Bewegung setzen lassen und die in dieser Bewegung die neuen Tatsachen und Mächte schaffen, die auch dem Tagespolitiker das Neue zu tun erlauben.

### Der Sozialismus

Auch der *Sozialismus*, der über ein solches Ziel an sich verfügt, hat sich noch nicht auf die neuen Aufgaben besonnen, die ihm der Nationalsozialismus stellt: er ist noch nicht daran gegangen, sein Ziel in wirkliche Berührung mit den Berufssituationen zu

bringen, von denen hier geredet wird. Er müsste doch sehen, dass die Funktionen dieser Berufe mehr oder weniger und in mehr oder weniger gewandelter Form auch in seiner Zukunftsvision gegeben sein werden, und müsste also, wenn er sieht, wie die augenblicklichen Träger dieser Funktionen in Unruhe geraten, den Versuch machen, sie in der Richtung seiner Vision in Bewegung zu setzen. Nur die Kommunisten tun das in Ansätzen: sie haben die wahre Situation der nationalsozialisierten Schichten erkannt und suchen sie für sich fruchtbar zu machen. Die SPD scheint an diese Möglichkeit noch nicht zu denken.

### Der politische Katholizismus

Der *politische Katholizismus* hat es noch schwerer als der Sozialismus, da er wohl über *Prinzipien* der Politik, nicht aber in gleichem Masse über *Ziele* der Politik verfügt und also gegenüber dem Nationalsozialismus nur schwer Werbekraft entfalten kann. Er muss sich so lange darauf beschränken, den Nationalsozialismus zu «widerlegen», bis er selber die Vorstellung eines politischen Zielbildes erworben hat. Es ist die allerhöchste Zeit, dass der politische Katholizismus in allen seinen Gliedern an diese Arbeit herangeht. Es ist für den Augenblick verdienstlich, das Notwendige zu tun, und der Mut zur Unpopularität, der oft und heute dazu gehört, ist bewundernswürdig und nachahmungswert, aber diese Politik von der Hand in den Mund ist nur so lange zu rechtfertigen, als die Kräfte einem wirklichen Ziel entgegen nicht verfügbar sind, und das Fehlen dieser Kräfte, mit denen man auch einmal ein Risiko eingehen kann, ist denn auch tatsächlich eine Rechtfertigung für diese Politik von heute auf morgen, die immer die Politik des geringsten Widerstandes und der schwächsten Stelle sein wird und dadurch mechanisch in der Richtung der mächtigsten und herrschenden Tendenzen wirkt und diese Ten-

denzen von Schritt zu Schritt verfestigt. Dass diese Kräfte und dass dies Ziel nicht da sind, das rechtfertigt die Politik von der Hand in den Mund, – aber es legt die *stärkere Verpflichtung auf, dies Ziel zu erarbeiten*, in einer mutvollen und mühevollen Arbeit, die den ganzen Wirklichkeitssinn und den ganzen Glauben beansprucht und nicht mit dem Kopf allein besorgt werden kann, sondern den Einsatz des Menschen fordert: es legt die Verpflichtung auf, dies Ziel zu erarbeiten und die *Kräfte in Bewegung zu setzen und zu führen*, die darauf warten, in Bewegung gesetzt und geführt zu werden, und die sich in falsche Richtung in Bewegung setzen und sich von falschen Führern führen lassen, wenn sie keine verantwortungsfähigen Führer finden.

In dem Masse ein solches Ziel konzipiert wäre, könnte auch der politische Katholizismus daran gehen, in systematischer Bemühung den einzelnen verschiedenen Gliedern der nationalsozialistischen Front in Verantwortung das Wort zu sagen, das ihre Unruhe für die Zukunft aller fruchtbar macht.

20. Mai 1931



## Die nationalsozialistische Sozialrevolte und die Katholiken

Wenn der *soziale Charakter* der nationalsozialistischen Revolte deutlich herausgestellt wird, so bedeutet das natürlich nicht, dass sie nicht für den Katholiken zu einer *religiösen* Gefahr werden könnte. Die Warnungen der Bischöfe sind ernstlich und sind sehr berechtigt. Aber zu einer religiösen Gefahr können die heidnischen Vorstellungen und Wertsetzungen vor allem eben dort werden, wo die Menschen aufgestört, beunruhigt sind, und wo ihnen jene Vorstellungen und Wertsetzungen *zusammen* mit einer *sozialen Zukunftshoffnung* angeboten werden oder wo sie zur Deutung der sozialen Not verwandt werden. Der Rassenkult z.B. wird religiös gefährlich vor allem für den, dem er mit dem Hinweis auf die «Judenherrschaft» zugleich eine plausible Deutung der herrschenden Not, und das ist immer: der eigenen Not, und zugleich mit der Prophetie des rassistisch «reinen» Dritten Reichs eine Zukunftshoffnung, und zwar eine eigene Zukunftshoffnung gibt. Diese Verbindung von «Lehre» und Unruhe-Situation gibt der Lehre eine Chance, die sie als reine Lehre nie haben würde. Darin beruht die Bedeutung der sozialen Situation der nationalsozialisierten Schichten auch für *Kirche und Religion*.

### Die Unruhe

Nun ist es auf den ersten Blick einsichtig, dass sich auch *sehr viele Katholiken* in der für die früher beschriebenen bedrohten Schichten typischen Lage befinden. Ja, man kann sogar annehmen, dass der deutsche Katholizismus in seiner Gesamtheit *stärker* an jenen Schichten beteiligt ist, als es im Gesamtdurchschnitt

seiner Zahl entspräche. Jene Unruhe, die vom Nationalsozialismus angesprochen wurde, ist daher auch wohl im katholischen Volksteil als eine seelische Wirklichkeit vorhanden und wirkend. Wenn sie auf jene Anrede auch nicht nationalsozialistisch geantwortet hat, – ausser in kleineren Kreisen, vor allem unter den Studenten, – so ist doch mindestens so etwas wie eine «Disposition», wie eine «Anfälligkeit» für den Nationalsozialismus anzunehmen. Fragt man sich, weshalb diese Disposition nicht zur akuten Erkrankung geführt hat, so wird man leicht die Gründe angeben können: das Wort der kirchlichen *Autorität* als solches und in seinen gesellschaftlichen Auswirkungen auf die «öffentliche Meinung» innerhalb des Katholizismus, das stärkere *Vertrauen* zu den politischen Führern und schliesslich für den lebendig gläubigen Katholiken zwei Umstände: sein *Abscheu* vor der brutalen Praxis der Nationalsozialisten und vor ihrer heidnischen Ideologie, die er vor sich her trägt, und die Möglichkeit, die eigene soziale Bedrängtheit *religiös abzufangen* und in der Hinnahme des Lebensschicksals aus der Hand Gottes machtlos zu machen.

### Belastungsprobe für den Glauben

Wird so die soziale Unruhe von der Religion her an der ihr am nächsten liegenden nationalsozialistischen Explosion bewahrt, so ist sie damit, wenn man von dem letzt genannten Fall absieht, nicht aus der Welt geschafft. Sie ist da, und es fragt sich, wie sie sich auswirkt, wenn ihr jenes Ventil genommen wird. Da ist nun zunächst zu befürchten, dass sich ein *Spannungszustand* einerseits zwischen dieser sozialen Unruhe, dieser versteckten Neigung, gleich den Leidensgenossen auf die Strasse zu ziehen, andererseits den religiösen Instanzen, die ihm das verbieten, heraus-

bildet (ein Spannungszustand, wie er nach Groethuysens\* Nachweis zur Zeit der bürgerlichen Emanzipationsbewegung in vielen bürgerlichen französischen Katholiken sich herausbildete, als sie ihr Standesgewissen auf die Seite der Emanzipation, die Kirche auf die andere Seite drängte, ein Spannungszustand, der dann in den meisten Fällen auf die Dauer zu Ungunsten der Kirche gelöst wurde). Dieser Spannungszustand ist eine *Belastungsprobe für den Glauben*, den auf die Dauer viele religiös nicht genügend lebendige Menschen dieser Schichten nicht aushalten werden. Es könnte im schlimmsten Falle hier im Kleinen etwas Ähnliches geschehen, wie es im französischen Bürgertum, im deutschen Proletariat geschehen ist: ein Abfall grösserer Massen von der Kirche. Eine *weitere* Gefahr dieses Spannungszustandes liegt darin, dass er sich dem Nationalsozialismus allmählich in *der* Form zuordnen kann, dass er ihm direkt oder indirekt durch seine Existenz nahelegt, sich ihm *ideologisch anzupassen*, die ideologischen Steine des Anstosses zu beseitigen, sich nach dem Vorbild des italienischen Faschismus in den weltanschaulichen Positionen so weit zu *mässigen*, bis die Voraussetzungen, unter denen die Bischöfe ihre Warnungen ausgesprochen haben\*\*, nicht mehr in genügender Klarheit nachweisbar seien. Sieht man die eigentliche Realität des Nationalsozialismus in seiner *sozialen Dynamik*, so wird man eine solche Entwicklung durchaus für möglich halten. Die Existenz von sozial beunruhigten katholischen Schichten, die nur von der Macht autoritärer und religiöser Bindungen gehindert werden, zu Hitler zu stossen, ist für diese Bewegung ein ständiger Anreiz zu dieser Entwicklung. Sie hat

\* Vgl. das zweibändige Werk des Philosophen und Historikers Bernhard Groethuysen (1880-1946): Die Entstehung der bürgerlichen Welt- und Lebensanschauung in Frankreich. Bd. 1: Das Bürgertum und die katholische Weltanschauung, Halle/ Saale 1927; Bd. 2: Die Soziallehren der katholischen Kirche und das Bürgertum, Halle/Saale 1930.

\*\* Vgl. Anmerkung S. 399.

denn auch an einzelnen Punkten schon eingesetzt. Eine *dritte* Gefahr dieses Spannungszustandes liegt darin, dass er sich in der Tendenz zu einer *inneren Faschisierung* des deutschen Katholizismus auswirken kann. Ist der Nationalsozialismus selbst verboten (so wird man vielleicht denken), so ist doch unter Umständen eine Koalition mit ihm möglich: der Spannungszustand, von dem wir reden, muss seiner Natur nach solche Gedanken und solche Tendenzen nahelegen, die sich in dem Augenblick stärker an die Oberfläche wagen werden, wo die faktische Möglichkeit einer solchen Koalition auftauchen wird.

### Die neue Aufgabe

Die autoritären Stellen der Kirche selbst können dieser Gefahr gegenüber wohl kaum mehr tun, als sie getan haben: die reine Lehre der Kirche den Irrtümern der Nationalsozialisten gegenüberstellen und vor ihnen warnen. Aber der Katholizismus *als konkreter sozialer Körper*, der mit der Kirche als Heilanstalt nicht identisch ist, sondern in der mannigfaltigsten Weise im Hier und Heute der geschichtlichen Situation steht, kann und muss dieser Gefahr gegenüber *mehr tun*. Er muss aus sich heraus diesen feinen beunruhigten Schichten selbst gegenüber in verstärkter Dringlichkeit das leisten, was er als politischer Katholizismus sogar auch den ausserhalb des Katholizismus stehenden nationalsozialistischen Schichten gegenüber leisten muss: er muss ihnen das *verantwortbare Ziel zeigen*, für das ihre Unruhe fruchtbar gemacht werden kann, und er muss die *Bewegung* einleiten, die diesem Ziel entgegenführt. Leistet er mit der Politik Brünnings die verantwortete Politik des Augenblicks, die uns «über den Winter gebracht» hat, so muss er in Ergänzung dazu als politische Bewegung sich der Zukunft gegenüber verantwortlich erweisen, indem er aus den Kräften, die in der Unruhe dieser (und anderer) Schichten latent sind, die in Verantwortung geführte Bewegung schafft,

welche es gestatten wird, für eine zielgerichtete Politik neue Machtpositionen zu schaffen.

Wenn er das für die *politische* Weltgestaltung leistet, so leistet er es zugleich *für die Kirche*. Denn er verhindert mit einer solchen Fruchtbarmachung der sozialen Spannung, dass sie sich *gegen* die Kirche wendet. Er verhindert einen Zustand, in dem der Mensch zwischen zwei Verantwortungen hin- und hergerissen wird, der politischen und der religiösen.

Hier ist seine Aufgabe – bei allem Unterschied der sozialistischen und der nationalsozialistischen Position – parallel zu der Aufgabe, die er dem materialistischen Sozialismus gegenüber hat. Schafft er dem Menschen die Möglichkeit, aus seiner sozialen Beunruhigung heraus auf ein Zukunftsziel hin sich verantwortlich in Marsch zu setzen, hat er den Mut, ihm den Weg zur politischen Veränderung der Welt zu zeigen, so macht er die religiösen Kräfte sogar unmittelbar für die Weltgestaltung fruchtbar. Religion *kann* die politische Unruhe einschläfern, sie kann aber auch als Kraft der Weltgestaltung dienen – und sie muss es sogar: Denn dieser Zustand, gegen den die mittels tändlerischen Schichten revoltieren, ist ja nicht nur ein «*unerträglicher*» Zustand, gegen den man die religiöse Ergebung auch in «*unerträgliche*» Zustände mobil machen und sie dadurch «*erträglich*» machen kann, sondern er ist auch ein *unverantwortbarer* Zustand, der uns nicht nur in soziale, sondern auch in *religiöse* Unruhe versetzt. Diese religiöse Unruhe, *tun* zu müssen, unentrinnbar tun zu müssen, und *leiden* zu müssen, unentrinnbar leiden zu müssen, was man doch als Tun und Leiden *nicht verantworten* kann, diese religiöse Unruhe fruchtbar zu machen auf die wirtschaftliche und politische Veränderung der Welt hin, in einen Zustand hinein, in dem die Wirklichkeit unseres ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens verantwortlich sein wird, – *das ist die Aufgabe des politischen Katholizismus* den vom *Nationalsozialismus* bedrohten Schichten gegenüber, und nicht nur ihnen, sondern den heutigen Menschen überhaupt gegenüber. Das ist eine *positive* Auf-

gabe, die entscheidender, wirkmächtiger und erfolgreicher sein wird als die einfache Abgrenzung und Widerlegung der falschen Ansichten der Gegner.

23. Mai 1931

## Der Katholizismus in der antifaschistischen Front

Dem Vulgärmarxisten gibt die Haltung der *Zentrumspartei* schwere Rätsel auf. Besteht sie nicht zum grösseren Teil aus Bauern und Kleinbürgern? Ist sie ihrer sozialen Zusammensetzung nach nicht ein fast genaues Spiegelbild der NSDAP, von der sie sich sozial nur durch den grösseren Arbeiterflügel unterscheidet? Warum wirkt die Krise des Mittelstandes bei den Katholiken so ganz anders als bei den Protestanten und Liberalen? Dieser Wahlkampf\* zeigt uns das eigentümliche Bild, dass das katholische Bürger- und Bauerntum an der Seite der Arbeiterschaft einen leidenschaftlichen und durchaus selbständig geführten Kampf gegen das nationalsozialistische, und das heisst inhaltlich: gegen das nichtkatholische Bürger- und Bauerntum führt. Gerade an diesem Faktum wird klar, dass nicht die «schlichte» faktische soziale Situation die politische Aktion determiniert, wie es das banale Unterbau-Überbau-Schema nahelegt, sondern dass die Massen zum mindesten erst auf dem Umweg über die *Deutung*, die in einen grossen und grössten, ja totalen Zusammenhang gestellte *Interpretation* ihrer sozialen Situation zum Handeln kommen. Der Nazi-Mittelständler und der Zentrums-Mittelständler unterscheiden sich nicht durch ihre soziale Situation, sondern durch den Deutungszusammenhang, in dem ihnen ihre gleiche soziale Lage verständlich wird. In der Krise ist der Deutungszusammenhang des bürgerlichen *Liberalismus* zusammengebrochen und hat ein Vakuum hinterlassen, in das allmählich der mittelständische Faschismus hineingeströmt ist; in derselben Krise ist der Deutungszusammenhang des religiös-politischen *Katholizismus*

\* Gemeint ist der Wahlkampf zu den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932.

*nicht* zusammengebrochen. Es ist klar, dass die Krise auch im katholischen Mittelstand Wandlungen hervorgerufen hat und hervorrufen wird, es ist fraglich, ob das ohne starke Erschütterungen innerhalb des Katholizismus abgehen kann. Für den Augenblick aber steht als Tatsache fest, dass sich für den katholischen Mittelstand die katholische Deutung des sozialen Lebens, wie sie vor der Krise im deutschen Katholizismus lebendig war, auch in der Krise behauptet hat. Im Zusammenhang damit – mag man Ursache und Folge dabei setzen, wie man will – haben auch die Organisationen und die Führerschaften des deutschen Katholizismus sich behauptet. Nur dadurch wurde es möglich, dass nunmehr erstaunlicherweise der Katholizismus, der soeben noch durch Brüning den Versuch gemacht hatte, die faschistischen Tendenzen positiv abzufangen und in ein vermeintliches höheres Ganze einzufügen, der stärkste, der einzig in Frage kommende *Bundesgenosse der Arbeiterschaft gegen den Faschismus* geworden ist.

Noch einmal: es gibt keine Garantie dafür, dass das auf sehr lange Zeit so *bleiben* kann. In der sozialen Situation des bürgerlichen und bäuerlichen Teiles des katholischen Volkes ist eine Affinität zum Nationalsozialismus zweifellos gegeben; zweifellos muss eine politische Konzeption, die ihre stärksten Antriebe und zugleich die Grundlinien ihrer Konstruktion aus der Situation des Mittelstandes bezieht, auch auf katholische Mittelständler einigen Eindruck machen, und wer die katholischen sozialreformerischen Programme der letzten Zeit verfolgt, kann viele Anzeichen einer solchen Verwandtschaft schon heute feststellen; wäre der Nationalsozialismus nicht mit dem Erbe der völkischen Bewegung belastet und hätte er seinen rüden Ton abgelegt (gegen den Katholiken besonders empfindlich sind), so wäre die bezeichnenderweise aus DHV-Kreisen\* propagierte Freundschaft zwi-

\* Zum Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband (DHV) vgl. Anmerkung S. 73.



schen Zentrum und NSDAP vielleicht schon angebahnt; sie wird eben in der Tat aus der verwandten sozialen Situation des grössten Teiles der Zentrumsmassen nahegelegt.

Wenn wir für heute und für die nächste Zeit mit dem *Gegenteil* rechnen können, so vor allem deshalb, weil solche Tendenzen im mittelständischen Zentrumsvolk gegen den *Widerstand der fahrenden Schicht* zu kämpfen hätten. Die führende Schicht vertritt den *geistigen Deutungs Zusammenhang*, innerhalb dessen immer der eigentliche religiöse Glaube, das Bekenntnis zur christlichen Offenbarung und zur Kirche, ein entscheidendes Moment darstellen wird, das der Angleichung an die nationalsozialistische Theorie eine Grenze setzen muss; die führende Schicht vertritt das Interesse der *Einheit zwischen den bürgerlich-bäuerlichen und den proletarischen Teilen des deutschen Katholizismus*, – sodass angesichts der grösseren Reife der katholischen Arbeiter (die sie gegen utopische Sozialismen vom Schlage des Nationalsozialismus kritisch machte) hier ein natürliches Gegengewicht gegen den Faschismus *mit* vertreten wird; die führende Schicht stammt aus der Zeit, wo der noch nicht existenzbedrohte Mittelstand relativ unpolitisch und vorwiegend kulturpolitisch interessiert war, während die Arbeiterprobleme im Vordergrund standen, sie hat daher aus ihrer Lebens- und Kampferfahrung eine viel intensivere *Beziehung zur Sozialpolitik*, als es angesichts der zahlenmässigen sozialen Zusammensetzung des Zentrums zu erwarten wäre; vor allem aber vertritt sie ganz allgemein das *Interesse der Einheit des Katholizismus*, das Interesse an seiner Geschlossenheit und an seiner Macht.

Gerade von hier aus wird der Antifaschismus des offiziellen Katholizismus verständlich. Denn dies ihr Interesse ist unmittelbar identisch mit dem *Interesse an der Demokratie*. Das katholische Interesse an der Demokratie hat sich in mehreren Stufen herausgebildet, seit es einen «politischen Katholizismus» gibt, und das heisst: seit es nach dem Zusammenbruch des alten Reiches und nach dem Scheitern der bürgerlichen grossdeutschen Erneue-

rung des Reiches den *kleindeutschen Nationalstaat* gibt. Der Katholizismus, bei den entscheidenden Machtzentren des neuen Reiches (Monarchie, Adel, Armee, Grossgrundbesitz, Industrie) nicht oder wenig vertreten, war auf die einzige ihm offenstehende Machtquelle verwiesen: die *organisierten Massen* des katholischen Volkes; gestützt darauf hat er im Reichstag, bei aller Loyalität gegen den Monarchen und das Gesetz, den Kulturkampf im Wesentlichen «demokratisch» geführt. Nach dem Kriege hat er die Angemessenheit der demokratischen Verfassung an die besonderen Interessen der katholischen Minderheit positiv erlebt: er hat erfahren, dass der religiöse Katholizismus niemals so frei, der kulturelle Katholizismus seit dem Ende der Gegenreformation niemals so einflussreich, der politische Katholizismus seit seinem Bestehen niemals so mächtig war, wie in der Demokratie von Weimar. Und in unmittelbarem Zusammenhang mit dieser Erfahrung muss er, wenn er sein Interesse richtig versteht, in dieser nun beginnenden dritten Periode seiner politischen Existenz auch ein *bedingungsloser Gegner des Faschismus* werden. Denn auch in Zukunft müssten die deutschen Katholiken, solange sie gemeinsame Interessen vertreten wollen, ein Lebensinteresse an der Staatsverfassung haben, in der organisierte Volksmassen einer grossen Minderheit politisch aktiviert und in politische Macht umgesetzt werden können, – ein Lebensinteresse also an der *liberalen Demokratie*. Es klingt grotesk, aber es ist so. Ja, wenn wir die Ohnmacht des heute noch liberal gebliebenen nichtkatholischen Bürgertums in Betracht ziehen, das zwar geistig noch eine durchaus bedeutende Rolle spielt, politisch aber kaum noch vorhanden ist, und wenn wir weiter in Betracht ziehen, dass die Situation der Arbeiterschaft immer mehr die zukunftsgerichteten transliberalen sozialistischen Tendenzen gegenüber dem Gegenwartsinteresse an der liberalen Demokratie stärken wird, – so ergibt sich die noch groteskere Tatsache, dass der politische Ka-

tholizismus allmählich zum *einzigsten* Interessenten der reinen liberalen Demokratie wird: gegen die faschistische Diktatur, sei es die des Monopolkapitalismus und der Armee, sei es die des nationalsozialistischen Mittelstandes, aber ebenso sehr auch gegen jede Form der Diktatur des Proletariates, also sowohl gegen die reaktionäre wie gegen die revolutionäre Diktatur, muss der politische Katholizismus das *Interesse der grossen geld- und waffenlosen Minderheit* vertreten, – und dies Interesse setzt die *liberale Demokratie* voraus; keine andere grosse Gruppe in Deutschland ist aber in derselben Lage. So ist der politische Katholizismus in derselben Zeit, da er geistig sich intensiv an der Kritik des Liberalismus beteiligt und sowohl seine vorliberale konservative Tradition stärker herausstellt als auch Ansätze nachliberalen Denkens faschistischer und sozialistischer Tendenz entwickelt, faktisch politisch der *Erbe der bürgerlichen Linken*.

Freilich ist diese Position nicht ungefährdet. Eine Neigung, die Diktatur über sich ergehen zu lassen, um in der Opposition kräftiger zu werden, eine Neigung, wie sie sicher in sozialdemokratischen Kreisen, die unter dem Zwiespalt von Weimar lange genug gelitten haben, immer stärker wird – eine solche Neigung gibt es im Zentrum freilich *nicht*; denn es ist viel zu loyal und jeweils legitim, als dass es in der grundsätzlichen Opposition, in der geheimen Illegalität stark bleiben könnte; wird ihm die Möglichkeit entzogen, seine solidarischen Massen in legitimer Organisation politisch einzusetzen, so ist es mit seiner Macht vorbei: als Opposition in einem faschistischen Regime ist der Katholizismus *machtlos*. Wohl aber könnte der Gedanke auftauchen, dass der Katholizismus als *Bundesgenosse* einer diktatorisch regierenden Gruppe positiv in der Diktatur einflussreich bleiben könne. Hoffentlich macht sich die führende Schicht im Katholizismus angesichts einer solchen Versuchung, wie sie bei weiterer Faschisierung wohl aus dem Realismus dieser Schicht entstehen könnte, genügend klar, dass diese Möglichkeit *fiktiv* ist. In einer Koalition diktatorischer Art kommt es für die innere Machtverteilung

durchaus auf das *Mass an äusserer Macht an*, das der Koalitionspartner in die Waagschale zu werfen hat, – und der deutsche Katholizismus hat in dieser Situation fast *nichts* in die Waagschale zu werfen: man wird ihn, wenn er dazu bereit ist, höchstens als *Anhängsel* zulassen. Das italienische Konkordat\* ist kein Gegenargument: erstens ist es in der Tat für katholische Begriffe ungenügend, ein schwer tragbares Kompromiss, das zwar die religiöse Erziehung rettet und den Staat sogar zu ihrem Garanten macht, im Übrigen aber viel preisgeben muss, was bei uns zum eisernen Bestand gehört: Organisationsfreiheit, Jugendpflege, Elternrecht, – Opfer, die nur durch die Koppelung des Konkordats mit der Lösung der römischen Frage verständlich werden; zweitens bedeutet der Vatikan eine von der Regierungsform unabhängige internationale und innenpolitische Macht, gegen die Mussolini auf die Dauer schwer hätte regieren können, eine Macht, der aber in Deutschland nichts von gleichem Gewicht entspricht. Hoffentlich wird diese Erkenntnis nicht durch das im katholischen Führertum stark entwickelte Bewusstsein der eigenen Kraft verdeckt, – ein Bewusstsein, das sich doch eben nur auf Grund eines steigenden und dauernden Einflusses bilden konnte, der durchaus an den Mechanismus der Demokratie gebunden war und sofort aufhören muss, wenn dieser Mechanismus nicht mehr funktioniert. Am Ende einer katholischen *Beteiligung an* einer Diktatur stände genau dieselbe *Machtlosigkeit*, die am Ende einer katholischen *Opposition in* einer Diktatur stände. Wird das richtig gesehen, so ergibt sich auf der Seite der die katholische Einheit vertretenden Führungsschicht ein eindeutiges Interesse gegen den Eintritt der Diktatur, ein Interesse, das sogar noch eindeutiger ist als das der Arbeiterschaft, die ja immerhin auch des Glaubens sein kann, sie werde in der schärferen Luft der Diktatur ihre kämpferischen

\* Vgl. Anmerkung S. 410.

Energien regenerieren. Man darf zuversichtlich hoffen, dass das auch auf katholischer Seite richtig erkannt wird und dass daher der politische Katholizismus ein zuverlässiger und ausgezeichneter Bundesgenosse der Arbeiterschaft sein wird, wenn es den Kampf gegen den Faschismus jeder Observanz gilt. Die eigentliche Gefahr kommt nicht aus dem politischen Willen der führenden Schicht, sondern aus der sozialen Situation der mittelständischen und bäuerischen Massen im Katholizismus. Man darf hoffen, dass das antifaschistische Interesse des gesamten Katholizismus so lange über diese Gefahr siegreich bleibt, bis die Mittelstandsrevolte an ihrer inneren Ausweglosigkeit zusammengebrochen ist und daher für den katholischen Mittelstand keine Ansteckungsgefahr mehr bedeutet. Dann wird eine ganz neue politische Situation gegeben sein, in der die sozialistische Arbeiterschaft vielleicht mit der katholischen Arbeiterschaft noch positiver wird zusammenarbeiten können als heute. Für heute aber besteht die gemeinsame Sache der Arbeiterschaft und des gesamten politischen Katholizismus, in dem Versuch der *Niederhaltung des faschistischen Diktaturversuchs*. Arbeiterschaft und Katholizismus bilden die beiden zuverlässigen grossen Glieder der antifaschistischen Front.

16. Juli 1932

## Kampf dem Faschismus – die Lebensfrage des deutschen Katholizismus

Die sozialen Gegensätze in Deutschland haben sich unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise unerträglich zugespitzt; die wirtschaftliche Lage selbst erscheint fast ausweglos; die politische Zerrissenheit Europas fordert unter Strafe des Untergangs den entschlossenen Umbau und Aufbau Europas, aber die Bemühung um diese rettende Leistung *trennt* die Europäer, statt sie zu *ver-einen*. Es gibt mancherlei Versuche, aus dem dunklen Chaos dieser Stunde den Weg in eine bessere Zukunft zu bahnen. Einer dieser Versuche heisst «*Faschismus*». Bringt man sein Wesen auf eine letzte einfache Formel, dann bedeutet er den Willen, – *den Knoten zu durchhauen*. Der Faschismus kennt nicht die geduldige, auf Gerechtigkeit ausgehende Arbeit auf lange Sicht, er will die Lösung, *seine* Lösung mit *Gewalt erzwingen und mit Gewalt aufrechterhalten*.

Er beschränkt sich dabei nicht auf ein *einzelnes* Lebensgebiet; er will in seiner gewaltsamen «Ordnung» die *ganze Breite des Lebens* erfassen; und nichts anderes bedeutet sein Zielbild des «totalen Staates». Es geht dem Faschismus ebenso sehr um die politische Regierungsform wie um die soziale Ordnung, – es geht nicht zum wenigsten um so handfeste Dinge wie um die Verteilung der Staatslasten auf die verschiedenen Gesellschaftsgruppen oder wie um einige Zehntausend Staatsbeamtenstellen. Das Gesetz, nach dem der Faschismus seinen Weg antritt, die Haltung und die Methode, die ihm das Gepräge gibt, nämlich: *den Knoten zu durchhauen*, – das alles wird in jeder dieser Fragen die Regierungspraxis der Faschisten bestimmen. Und leider werden auch die *weltanschaulichen* Probleme in Deutschland von den Faschisten nach derselben Methode «gelöst» werden.

Wenn der deutsche Katholizismus sich die Menschen und die

Kreise näher ansieht, die den Faschismus zu verwirklichen im Begriffe sind oder ihm sympathisch gegenüberstehen, so sieht er, dass es *nicht gerade seine Freunde* sind. Die faschistische Tendenz in Deutschland wird getragen von Teilen der Grossindustrie, von Generälen, von Grossagrariern und vom Nationalsozialismus. In *keiner* dieser Gruppen, deren Bündnis die politische Stunde beherrscht, ist der deutsche Katholizismus nennenswert beteiligt. Die grosskapitalistische Gesellschaftsschicht ist ziemlich katholikenrein; was der Katholik von der durchschnittlichen Gesinnung der Junker und Generäle zu erwarten hat, das weiss er aus der Leidensgeschichte des Katholizismus in Preussen. Der *Nationalsozialismus* aber, der eigentlich der einzige Teil der faschistischen Front ist, der uns im Wahlkampf gegenübersteht, wird nach dem deutlichen Ausweis der Wahlstatistiken durchaus von dem *liberalen*, dem *glaubenslos gewordenen* und dem *protestantischen* Volksteil getragen. Was die Protestanten unter den Nationalsozialisten angeht, so sind sie durchweg nicht einmal die im echt christlichen Sinne *religiösen* Protestanten, also jene, mit denen der Katholik sich heute vielleicht noch mehr als früher in mancher Beziehung solidarisch fühlen kann, sondern es sind jene Protestanten, die von jeher Protestantismus und deutsch-bürgerlichen Nationalismus miteinander gleichgesetzt oder in Ärgernis erregender Weise verquickt haben. Alle diese Kreise haben sich wandeln müssen: der kapitalistische und der bürgerliche Faschist musste seinen Liberalismus, der Protestant seine evangelische Frömmigkeit, der Junker und Soldat seinen Konservativismus in etwa *wandeln*, als er Faschist wurde, – aber alle haben *ihre Abneigung gegen den Katholizismus mit in das neue faschistische Weltbild hinübergerommen*. Wer Ohren hat zu hören und Augen hat zu sehen, der kann immer wieder neue Beweise von der Katholikenfeindschaft der deutschen faschistischen Front erleben.

Wer aus irgendwelchen Gründen mit dem Gedanken spielt, diese faschistische Front durch seine Stimme am Sonntag\* zu för-

dern, der muss sich darüber klar sein, dass er dazu mithilft, uns in den Zustand des dreissigjährigen Krieges zurückzuwerfen. Auch damals hat man den Knoten durchhauen wollen. Auch damals hat man nicht nur die politischen, sondern auch die weltanschaulichen Gegensätze mit dem *Schwerte* beseitigen wollen. «Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein!» Wer als «Marxist» oder «ultramontaner Römling» nicht der Bruder des nationalistischen Faschisten sein will, der soll, wenn auch nicht gespiesst und gehenkt, so doch von der aktiven Beteiligung am Leben der Nation ausgeschlossen werden. Keine Gruppe weltanschaulicher Art, die diesen brutalen Machtkampf nicht als den richtigen und würdigen Weg der Auseinandersetzung der Weltanschauungen betrachtet, kann den Faschismus billigen oder gar unterstützen wollen. Darum kann ihn vor allem kein wirklich *religiöser* Mensch und keine wirklich *religiöse* Gruppe unterstützen wollen, – und am allerwenigsten religiöse Minderheiten von der Art der *katholischen* Minderheit. Die Demokratie von Weimar ist gewiss reformbedürftig, aber die Grundgedanken der Demokratie sind für solche weltanschauliche Minderheiten *lebenswichtig*. Nur in einer politischen Form, in der die verschiedenen Weltanschauungsgruppen einander *leben* lassen, nur dort, wo sie der Staatsregierung gegenüber Kontrollmöglichkeiten haben, nur dort, wo auch solche Minderheiten, die nicht zur mächtigen Klasse der Gesellschaft gehören, politisch mitgestalten, können kulturelle Minderheiten *frei* und *würdig* existieren.

Die Geschichte des deutschen Katholizismus ist der beste Beweis dafür. Als die Zeit der Territorialstaaten vorbei war, in denen durchweg der Fürst die Staatsreligion bestimmte und Deutschland also in katholische und in protestantische Staaten

\* Der Artikel erschien einen Tag vor den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932.



auseinanderfiel, mit dem Augenblick also, als die Aufgabe der deutschen Einheit in der deutschen Nation lebendig wurde, da entstand jenes politische Problem des deutschen Katholizismus, das auch heute wieder angesichts der faschistischen Gefahr neu gestellt ist. Als die grossdeutsche Lösung missglückt war und die Katholiken sich unter dem protestantischen Kaiser und unter der Vorherrschaft des protestantisch geführten Preussens einrichten mussten, da entstand das Lebensinteresse des deutschen Katholizismus an der *Demokratie*. Bei aller Loyalität zum Königs- und Kaiserhaus hat der Katholizismus vor dem Kriege seinen Existenzkampf in den Formen der *Demokratie* kämpfen müssen. Das demokratische Parlament *allein* war der Boden, auf dem die arme und einflusslose, von mächtigen Gegnern bedrängte katholische Minderheit ihren Verteidigungskampf führen konnte.

Der Faschismus würde uns wieder *an den Anfang dieses Weges zurückwerfen*. Dieselben Kreise und dieselben Kräfte, gegen die wir in der Demokratie die katholische Organisation aufbauen mussten, schicken sich an, die Demokratie zu zerstören und damit die Voraussetzung unserer Selbstbehauptung. Sie schicken sich an, ein System aufzubauen, in dem wir unseren alten Gegnern *schutzlos preisgegeben* sind.

Es ist natürlich nicht so, dass die Katholikenfeindschaft zu den *eigentlichen* und *ursprünglichen Antrieben* gehört, aus denen der Faschismus entstanden und zu erklären ist. Der Faschismus hat *andere* Ursachen, die mit der Krise des Monopolkapitalismus und des städtischen und ländlichen Mittelstandes Zusammenhängen. Aber wenn aus diesen Ursachen heraus das System des Ausgleichs, der Kontrolle, der Verständigung verlassen wird und an seine Stelle das der Gewalt gesetzt wird, dann ist es undenkbar, dass jene Kreise und Kräfte sich ihren *weltanschaulichen* Gegnern gegenüber eine *Mässigung* auferlegen, die sie ihren *politischen* und *wirtschaftlichen* Gegnern gegenüber *nicht* kennen. Das

System der Gewalt wird, nicht aus Katholikenfeindschaft *geschaffen*, – aber es gibt den Katholikenfeinden den *Weg frei*.

Vielleicht haben auch diejenigen optimistischen Katholiken, die sich so sehr an den in der Demokratie errungenen Einfluss gewöhnt haben, dass sie sich den Sturz in die völlige Machtlosigkeit nicht vorstellen können, an den letzten Ereignissen in Preussen\* gemerkt, was unser Schicksal werden kann. Katholische Regierungspräsidenten und Landräte lassen sich genau so leicht absetzen wie sozialdemokratische; der Rundfunk lässt sich, wenn der Weg zum Faschismus zu Ende gegangen ist, ebenso leicht gegen den Katholizismus gebrauchen, wie er heute gegen den Kommunismus gebraucht wird; Schulgesetze lassen sich ändern, Lehrer lassen sich absetzen. Die Leute, die den Knoten durchhauen wollen, können nicht *regieren*, – aber vielleicht können sie *herrschen*. Sie haben den Willen zur Macht wenn sie die staatlichen Machtmittel in der Hand haben, so kann sie kein Mensch hindern, auch in Dingen der *Weltanschauung* das Staatsleben nach *ihrem* Willen und Wohlgefallen zu bestimmen.

Wenn der deutsche Katholizismus in diesem Wahlkampf und in den Wochen, die ihm folgen werden, um die *Demokratie* kämpft, so kämpft er zugleich um seine *eigene politische Existenz*. Jeder deutsche Katholik, der am Sonntag zur Wahlurne schreitet, muss sich dieser Tatsache bewusst sein: *Diesmal geht es ums Ganze*.

30. Juli 1932

\* Zum «Preussenschlag» vom 20. Juli 1932 vgl. den Artikel «Die Preussenaktion und der 31. Juli», S. 110-115, sowie «Liberale Illusionen», S. 120-123 in diesem Band.

## VIII

### Widerstand gegen eine Politik des Krieges

## Politisierung der Reparationen – zum Segen oder Fluch?

Graf d’Ormesson\*, der Leitartikler des «Temps», hat einen vielbeachteten Plan ausgearbeitet und veröffentlicht, der in einem sinnreichen Mechanismus die Herabsetzung der Rüstungen und die Herabminderung der Reparationen miteinander verbinden und damit zugleich die wirtschaftliche wie die politische Befreiung Europas in Gang bringen will. «Der Vorschlag gipfelt darin» – wir entnehmen diese kurze Zusammenfassung seines Inhalts der Korrespondenz des «Reichs- und Heimatbundes deutscher Katholiken»\*\* – «dass Frankreich in den beiden kommenden Annullitätsjahren des Youngplanes Deutschland die Hälfte der ungeschützten Zahlungen nachlassen soll. Gleichzeitig sollen die Vereinigten Staaten auf 50 Prozent ihrer Forderungen an die Alliierten verzichten. Dieser Verzicht soll durch entsprechende Herabsetzung des geschützten Teils der Youngzahlungen gleichfalls Deutschland zugutekommen. Es würden also ohne formelle Änderung des Youngplanes oder des Londoner und Washingtoner Abkommens lediglich alle Zahlungen, die bis Ende des Finanzjahres 1932/33 zu leisten sind, durch zwei dividiert werden. Deutschland würde dadurch in dieser Zeit der Weltwirtschaftskrise um 50 Prozent seiner Reparationsverpflichtungen, etwa 850 Millionen Mark, entlastet werden.\*\*\* Weiter schlägt d’Ormes-

\* Wladimir Graf d’Ormesson (1888-1973) trat als Diplomat wie als Publizist für eine Politik der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ein.

\*\* Zum Reichs- und Heimatbund deutscher Katholiken vgl. Anmerkung S. 227.

\*\*\* Zum Young-Plan vgl. auch Anmerkung S. 70. Der «ungeschützte», d.h. in jedem Fall fristgerecht zu zahlende Teil der deutschen Reparationszahlungen

son vor, für die Jahre 1931/32 und 1932/33 die Militärlasten in Deutschland und Frankreich um je ein Zwölftel herabzusetzen, wodurch Frankreich eine Millarde Franken und Deutschland 58 Millionen Mark ersparen würden.»

Graf d'Ormesson hofft durch diese Regelung für die grosse Abrüstungskonferenz\* von vornherein eine gute Atmosphäre zu schaffen und Deutschland und Frankreich über die zwei Jahre bis dahin so gut hinwegzubringen, dass dann alle Vorbedingungen zu einer konsequenten Liquidierung aller strittigen Fragen geschaffen sein werden. Sein Plan hat in der Tat den Vorteil, die sonst so divergierenden Interessen aller Beteiligten sehr gut auszugleichen und doch dabei ein Stück weiterzuführen. Amerika hat mehr als einmal erklärt, es werde die europäischen Schulden nachlassen, wenn Europa nicht mehr sein Geld in Rüstungen verschwende: das ist der Haken, an dem der d'Ormessonsche Plan aufgehängt ist.

Der Plan ist vorsichtig, aber wohlwollend aufgenommen worden, hat aber noch kein offizielles Echo erfahren. Vorläufig ist noch nicht zu übersehen, ob er politische Chancen hat. Wir würden eine *grosse Erleichterung* empfinden, wenn die Herabsetzung der Reparationen, die doch eines Tages einmal kommen muss, weil das amerikanische Interesse an den Zahlungen in keinem Verhältnis zu der Wichtigkeit der Herabsetzung für Deutschland steht, in solcher oder ähnlicher Weise mit einem guten, mit einem *vertretbaren politischen Geschäft*, nämlich mit der gemeinsamen Abrüstung, verbunden werden könnte. Es sind nämlich auch *andere* Geschäfte mit der Herabsetzung der Repa-

belief sich auf 660 Millionen RM jährlich. Für den übrigen, «geschützten» Teil konnte Deutschland im Falle wirtschaftlicher Notlage einen Transfer- oder Aufbringungsaufschub bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich beantragen. Im Londoner Abkommen von 1924 war der Dawes-Plan, der Vorläufer des Young-Plans, unterzeichnet worden. Im gleichen Jahr hatte eine Konferenz in Washington die internationale Einführung des Achtstundentags beschlossen.

\* Zur Genfer Abrüstungskonferenz vgl. Anmerkung S. 85.

rationen zu machen, wenn auch noch nicht im Augenblick, so doch in einigen Jahren, Geschäfte, – vor denen uns zu hüten wir allen Grund haben, die aber so nahe liegen, dass wir hineinzuschlittern in Gefahr sind, wenn wir nicht rechtzeitig eine Gegenfront ausbilden. Es besteht die Gefahr, dass eines Tages die Herabsetzung der Reparationen oder gar ihre Tilgung der *Preis* sein werden, den man uns zu zahlen bereit sein wird, wenn wir in die *kapitalistische Front gegen Sowjetrussland* eintreten. Und diese Gefahr wird in dem Augenblick akut sein, wo Deutschland eine faschistische Regierung haben wird.

Wie es dahin kommen kann?

Die Nationalsozialisten sind nicht die grösste Gefahr, aber sie können dazu dienen, sie heraufzubeschwören. Der Nationalsozialismus hebt sich selber auf: er ist nur in der Demokratie gefährlich, so lange ihm das Feld der öffentlichen Meinung und der allgemeinen Unzufriedenheit offensteht. Hat er aber direkt oder indirekt, nämlich durch die Unruhe oder das Chaos, das er heraufführt, jene von ihm selber gewünschte Situation heraufgeführt, in der nicht mehr die Mehrheit, sondern die *Macht* entscheidet, – dann wird er sich selber weitgehend ausgeschaltet haben. Denn nicht die Nationalsozialisten sind die mächtigste Gruppe, sondern ein mögliches und sehr naheliegendes Bündnis zwischen den *Wirtschaftsmächten* und dem *Heer* wird mächtiger sein als sie, und das ist eine Allianz, welche die nationalsozialistische Ideologie wohl als Fassade und den nationalsozialistischen Stil für das Strassenleben wird gebrauchen können, die aber im Sachlichen dafür sorgen wird, dass die sozialistischen und die nationalistischen Neigungen der Nationalsozialisten auf ein genehmes Mass beschnitten werden. Das kapitalistische Interesse an der Demokratie besteht so lange, als die vom Kapitalismus Abhängigen eine bestimmte Prozentzahl der Wahlstimmen nicht überschreiten und zugleich die Möglichkeit der geistigen Beherrschung der öffentlichen Meinung mit den direkten oder indirekten Mittel des

Kapitalismus möglich erscheint. Ändert sich diese Grundvoraussetzung, gewinnt die Zahl der gegen den Kapitalismus Interessierten die Mehrheit und versagt zugleich die Kunst der Beherrschung der öffentlichen Meinung, so schlägt das Interesse des Kapitalismus an der Demokratie in das Gegenteil um. Versagt die indirekte Machtausübung durch das demokratische System, so muss man zur direkten Ausübung der Macht übergehen, und dazu braucht man, – das ist die Verbeugung vor der öffentlichen Meinung, die dann noch übrigbleibt, – eine verhüllende Fassade von antidemokratischen Werten: Rasse, Nation, Ordnung, Disziplin. *Das ist der Faschismus*, – nicht der italienische, sondern die internationale faschistische Tendenz, die mit der Tendenz zum Wirtschaftsfeudalismus identisch ist. Die stärkste Gefahr des Nationalsozialismus ist, dass er dieser Tendenz nicht nur die ideologische Fassade und Rechtfertigung liefert, sondern wahrscheinlich durch das Chaos, das er heraufführen wird, auch den *Vorwand zur Machtergreifung* liefern wird, wahrscheinlich sogar unter bequemen legalen Formen. Wenn einmal in Strassenkämpfen zwischen Nazis und Kommunisten und denen dazwischen die parlamentarische Demokratie endgültig bankrott gemacht zu haben scheinen wird, – dann wird es den starken Fachmännern von der Wirtschaft zusammen mit den gut bewaffneten Militärs am Ende nicht schwer fallen, mit dem Pathos der Rettung vor dem Chaos, für Ruhe, Ordnung, Brot und Arbeit in legalster Form den Faschismus zu errichten. Und *diese* Gefahr beschwört aus sich heraus jene andere aussenpolitische Gefahr herauf. Nicht in der *Störung* der europäischen Verständigung liegt die Hauptgefahr des Faschismus, sondern im Gegenteil, in der europäischen Verständigung selbst, – aber einer *falschen* Verständigung. Trifft die Ausbildung einer vorläufig befestigten faschistischen Ordnung nämlich mit der endgültigen Formierung der kapitalistischen Front gegen Sowjetrussland zusammen, – und das kann in wenigen Jahren sehr wohl der Fall sein, – so ist das deutsche Schick-

sal mit dem *Schicksal des Weltfaschismus* unheilvoll aufs festeste verbunden. Nichts liegt näher für den deutschen Faschismus, als sich *gegen Erlass der Reparationen fest in diese Front einzufügen*: er hätte mit diesem Geschäft, seinen finanziellen Folgen und der *gewaltigen moralischen Rechtfertigung*, die diese Befreiung vom Tribut für ihn gegenüber der «Erfüllungspolitik» der Demokratie bedeuten würde, seine eigene Stellung im Volk ungeheuer befestigt. Eben-so liegt einer amerikanisch geführten Weltfront gegen die Sowjets nichts näher, als das deutsche Reich als Randreich Europas gegen die Sowjets, wenn es zuverlässig beherrscht wird, gegen Erlass seiner Schulden in seine Front einzubauen.

Ob diese Tendenzen sich werden durchsetzen können oder ob sie durchkreuzt werden, kann man heute noch nicht wissen. Wir wissen aber, dass *diese* Art von europäischer Verständigung und *diese* Art von Entschuldung Deutschlands nicht das ist, was *wir* uns unter Frieden und Verständigung und deutscher Freiheit vorstellen. Wir katholischen Pazifisten haben kein Interesse am kapitalistischen Krieg gegen die Sowjets: *dieser* Preis ist uns zu hoch.

Aber hier steckt die Aktualität des Vorschlags von d'Ormeson: je früher es gelingt, die Reparationsfrage in einem *anständigen* politischen Geschäft zu lösen, umso ferner liegt die Gefahr, dass sie zu *gefährlichen* Geschäften verwandt werden wird.

März 1931



## Faschist Seeckt

Der *Generaloberst von Seeckt*\* ist immer noch die interessanteste Figur aus der Gegend, wo die Machtmittel der Republik an die faschistische Zukunft angrenzen. Er ist der Mann, der dem Widersinn die logischste Formulierung geben kann. Kein anderer kann den Rausch jenes Standpunktes in kälterer Sachlichkeit darstellen, den Traum des Befreiungskrieges nüchterner träumen. Die Perversion des Militarismus hat in ihm ihren geradesten Vertreter. Die gefährlichsten Nationalfehler des Deutschen erscheinen nirgendwo so wie in ihm als Tugenden. Die Plage sieht bei ihm wie Wohltat aus, und ist es schon Unsinn, so hat es doch Methode, Prägnanz, Stil. Unvergesslich ist seine klassische Formulierung des Militarismus, die in ihrer Offenheit, in ihrer phrasenlosen Schlichtheit, in ihrem Verzicht auf jedes ornamentale oder verhüllende Detail fast römisch anmutet, ein Satz aus Subjekt und Prädikat, bestehend aus zwei Substantiven und der Kopula «ist», und doch schlechthin erschöpfend: «*Das Heer ist der Staat*».

Man lese das Neueste:

«Wehr wollen!

Auf den Willen kommt es an. Wollen wir uns noch wehren? Willst Du Dich wehren, deutsche Jugend? Hast Du noch den Willen von Langemarck?

Der Wehrwille muss ganz unbedingt sein, er ist nicht an Voraussetzungen gebunden und fragt nicht nach den Folgen. Er entspricht der sittlichen Pflicht der Hingabe des Einzelnen für das Ganze. Dieses Ganze heisst: Volk und Ehre.

Der Wille wird die Waffe sich schaffen; ohne den Willen bleibt jede Waffe stumpf.

\* Zu Hans von Seeckt vgl. Anmerkung S. 175.

Gegen wen willst Du Dich wehren? Gegen jeden, der Dein Volk und Deine Ehre angreift!

Willst Du Dich wehren, deutsche Jugend?»

Man soll diese Sätze nicht als «so dahingesagt» nehmen. Sie sind rationale Aussagen, die ein in sich geschlossenes politisches Weltbild abzeichnen. Dieses Seeckt'sche politische Weltbild beruht auf der Begegnung des Irrationalismus der faschistischen Theorie mit dem besten preussischen Militarismus. Der Kernsatz dieser Lehre ist dieser: «Der Wehrwille muss *ganz unbedingt* sein, er ist nicht an *Voraussetzungen* gebunden und fragt nicht nach den *Folgen*.» Hier ist die Unbedingtheit des Lebensgrundes selbst, der irrationale, unableitbare, fraglose und zweifellose *élan vital* unmittelbar mit dem *Kampfvillen des nationalen Staates gleichgesetzt* – jenes Staates, von dem man gerade *wegen* dieser Gleichsetzung sagen kann, dass er das Heer sei, weil das Heer als die Verkörperung des Kampfwillens («Wehrwillen» heisst er hier) und der Kampfwillen als die unmittelbare Äusserung des Staatslebens selbst gesehen wird.

Von dieser Hypostasierung des nationalen Kampfwillens aus müssen allerdings die Begriffe «Voraussetzungen» und «Folgen» abgelehnt werden. Kein Gott lässt sich in ein rationales Gefüge einspannen und einbauen, weder der wirkliche Gott, noch das als Gott gesetzte kämpferische Leben.

Nun ist aber diese erbärmliche politische Wirklichkeit, die uns als «*Europa*» umgibt, ein verwickeltes Geflecht von Kräften, Mächten, Tendenzen; es ist zwar wegen seiner Kompliziertheit nicht mit Sicherheit zu überschauen und es sind in ihm gewiss sogar irrationale und völlig unberechenbare Gewalten am Werke, aber es ist doch auch nicht ein reines Chaos, ein durchaus a-logisches Gebilde ohne Zusammenhänge; es ist vielmehr ein Gebilde, in dem Aktionen Gegenaktionen hervorrufen, z.B. Schüsse Gegenschüsse, ein Gebilde, in dem viele Soldaten mit guten Waffen mit einer gewissen bis zu einem bestimmten Grade voraus-

sehbarer Sicherheit über wenige Soldaten mit schlechten Waffen siegen, ein Gebilde, in dem viele von denen, die immer weniger zu essen bekommen, mit einer gewissen Regelmässigkeit missgestimmt werden und in dieser Missstimmung zu gewissen Aktionen, zu denen sie früher bestimmt werden konnten, nun nicht mehr bestimmt werden können, dagegen für gewisse andere Aktionen, für die sie früher nicht zu haben waren, nunmehr zu haben sind, ein Gebilde, in dem man für viel Geld viel kaufen und für wenig Geld wenig kaufen kann – ein Gebilde kurz, in dem Handlungen an mehr oder weniger bestimmte «Voraussetzungen» gebunden sind und mehr oder weniger bestimmte «Folgen» haben, ein Gebilde, mit anderen Worten, dass *zur wirklichen Welt gehört*.

Es ist nicht zu leugnen, dass wir, die wir nicht an den Gott des wehrhaften Staatslebens glauben, sondern nur über eine bedingte, nämlich an die Konkretion der geschichtlichen Gegebenheiten gebundenen Vaterlandsliebe und Staatsliebe verfügen, uns über die Voraussetzungen und Folgen des politischen Handelns, zu dem uns Vaterlandsliebe und Staatsliebe treiben, schwere Gedanken machen. Das ist zum Beispiel diese akute *Finanzkrise*, welche diesen Staat in seiner Existenz bedroht. Es geht darum, sich gegen diese Krise zu «wehren», denn *sie* ist es im Augenblick, die am stärksten «unser Volk und unsere Ehre angreift». Aber wegen unseres unfaschistischen, in gewisser Hinsicht rationalen Weltbildes glauben wir uns nicht berechtigt zu sagen, dass der Wille, uns gegen die Drohung der Finanzkrise zu wehren, «nicht an Voraussetzungen gebunden ist» und «nicht nach den Folgen fragt». Man sieht: wir haben es schwerer.

Nun wird Generaloberst von Seeckt uns sagen, diese Argumentation sei demagogisch: denn er habe nicht die Unbedingtheit des *Wehr-Handelns*, sondern die Unbedingtheit des *Wehr-Willens* behauptet. Ob denn nicht unser Wille, der Finanzkrise Herr zu werden, ebenso unbedingte sei?

Aber in diesem Einwand würde nur offenbar, dass eine solche

Zweideutigkeit in Wirklichkeit in jedem Aufruf selber steckt. Das darin angesprochene Lebensgefühl des *élan vital* muss dazu herhalten zu verdecken, dass ja «Wehr» nicht eine *beliebige* Weise der Existenzerhaltung, sondern schon eine ganz *bestimmte* ist, nämlich die militärische – die Methode von Langemarck. Und die Unbedingtheit des *ExistenzwiWens* – die wir als solche hier einmal ungeprüft passieren lassen wollen – deckt hier auch die Unbedingtheit des *kriegerischen Weges* zur Behauptung der Existenz, und die Ablehnung der Frage nach den Voraussetzungen und den Folgen bezieht sich nicht mehr nur auf den Existenzwillen selbst, sondern auch auf diese bestimmte Form, den Willen zum nationalen Krieg. Diese Form ist es, die der rationalen Kontrolle auf ihre Durchführbarkeit entzogen sein soll-auf Grund ebenjener faschistischen Gleichsetzung von Krieg und *élan vital* und jener ebenso faschistischen Vergötzung des irrationalen Lebens.

Nun sind ja die Leser dieses Aufrufs, deutsche Studenten, keine ausgebildeten Theologen des faschistischen Glaubens. Nur über einen vagen, aber lebendigen Anknüpfungspunkt verfügen sie: das «sich wehren». Wer wird sich nicht wehren, wenn ihm einer kommt? Der primitive Selbsterhaltungs-, Durchsetzungs- und Geltungswille der Jugend, den es in rüden und edlen Formen gibt und den es nicht zu brechen, sondern unter das Gewissen zu stellen gilt – das ist in der Tat, so lange er nicht unter dem Gewissen geläutert ist, ein natürlicher Faschismus, ein Ur-Faschismus im Rohzustand. An diesen Faschismus in der Jugend wird appelliert, und kann man es anders als demagogisch nennen, wenn eine ganz bestimmte Deutung der Weltsituation, eine ganz bestimmte Methode des Handelns einfach in diesen Wehrwillen hineinsuggeriert wird, ohne dass Rechenschaft über diese Deutung und diese Methode abgelegt wird, ja, indem die Verpflichtung Rechenschaft abzulegen in dem Appell an die «Unbedingtheit» dieses jugendlichen Wehrwillens grundsätzlich verfemt wird? –

Es könnte einer fragen, ob denn dieser Aufruf die Bemühung der Analyse und der Widerlegung lohnt.

Dazu einige Tatsachen aus der Welt, in der es «Voraussetzungen» und «Folgen» gibt. Herr von Seeckt ist kein Aussenseiter, sondern Mitglied der Deutschen Volkspartei, ein gegebenes Verbindungsglied zwischen der *Industrie seiner Partei* und der *Reichswehr*, die an ihm hängt, also ein Verbindungsglied zwischen zwei mächtigen Gewalten, deren Bündnis über Deutschlands Schicksal mitentscheidet – Herr von Seeckt kann sogar einmal als Verbindungsmann, ob seiner Qualitäten und ob seines hohen Ansehens der repräsentative Exponent dieses Bündnisses werden. Seine Leser aber, die Leser dieses Aufrufs, sind die zukünftigen Pfarrer, Richter, Ärzte, Lehrer, Professoren; es sind die Studenten, deren *Mehrheit* heute *Nationalsozialisten* in die studentischen Parlamente schickt...

26. Juli 1931

## Zu Groeners Plan der nationalsportlichen Organisationen

### *Verstaatlichung der Jugend?*

### Wege zur Volksgemeinschaft?

In der Begründung seines Rücktrittes von der Leitung des Wehrministeriums hat Minister *Groener*\* u.a. geäußert, dass er seine ganze Kraft *gewiss en anderen Aufgaben* widmen wolle. Einige Wochen vorher hat er in dem längeren Aufsatz, in dem er das Verbot der SA begründet, über diese Aufgaben Näheres gesagt. Diese gewichtigen Hinweise werden im vorgeschlagenen Etat des Reichsministeriums in der Sprache der Zahlen recht kräftig unterstrichen: «Für die körperliche und geistige Ertüchtigung der Jugend» wird eine *Neubelastung* von *anderhalb Millionen Mark* angefordert, – eine Forderung, der starke Abstriche bei den kulturellen und sozialen Fonds gegenüberstehen.

Was geht da vor? Was beabsichtigt der Reichsinnenminister? In jenem Artikel hat er seinerzeit mitgeteilt, dass er lange Zeit den Gedanken verfolgt hat, «auch die Angehörigen der SA, wie die Mitglieder anderer Verbände in einer neuen grossen *national-sportlichen Organisation* zu einem freiwilligen staatspolitischen Zusammenwirken zusammenzufassen». Das war wohl noch zu der Zeit, als man hoffte, auch die Nationalsozialisten für die Einheitskandidatur Hindenburg\*\* zu gewinnen. Der «Gang der politischen Ereignisse seit Anfang dieses Jahres» erzwang dann stattdessen die Auflösung der SA. Der Plan einer solchen Zusammenfassung der Verbände als solcher aber wurde nicht aufgegeben: «Meine Bemühungen in der nächsten Zeit werden dahin ge-

\* Zum Rücktritt Groeners vgl. Anmerkung S. 104.

\*\* Bei den Reichspräsidentenwahlen vom 13. März 1932.

hen, die *gesamte deutsche Jugend ohne Ansehen der Partei in Sportorganisationen zusammenzufassen*, zur Ertüchtigung von Körper und Geist und zur Pflege staatspolitischen Denkens und Wollens». Nach etwa vier Wochen erschien die Notverordnung über die militärischen Verbände\*, – offenbar ein Schritt in der Richtung auf das angekündigte Ziel. Der Etatvorschlag schliesslich erstrebt die finanzielle Sicherung.

Man kennt aus den vielen Äusserungen General Groeners das Ideal, das hinter diesen Plänen steht. «Innere Gesundheit und Erriingung unserer nationalen Freiheit», «Milderung der politischen Gegensätze», «innere Einheit des Volksganzen», «Geist der Wehrhaftigkeit und echter Staatsgesinnung», – es ist das alte politische Ideal der «wehrhaften Volksgemeinschaft», von dem wir aus der kurzen politischen Vergangenheit dieser unserer Republik wissen, dass es sich als geistig ebenso unverbindlich-brav wie politisch unfruchtbar erwiesen hat. Wir wollen uns nicht missverstehen: für wen wäre nicht die «Volksgemeinschaft» ein notwendiges politisches Richtziel, wer sähe nicht am Ende seiner politischen Zielbilder ein Volk (und eine Völkerfamilie), das sich als politische Einheit darstellt? Die «klassenlose Gesellschaft» gehört in diesem allgemeinen Sinne genau so zu den Volksgemeinschaftsidealen wie der «totale» nationale Staat der Faschisten. «Volksgemeinschaft» ist eben als Ideal eine reine *Form* ohne Inhalt, sie sagt nicht das geringste über den geistigen und politischen Inhalt aus, der da geeint werden soll, über den Inhalt, in dessen ernsthaften (und unernsthaften) Gegensätzen doch aber gerade die Un-Einigkeit besteht. Wir wollen alle gern einig sein, – nur *worin* wir uns einigen wollen, darüber bestehen die kleinen Differenzen, um deretwillen wir uns die Schädel einschlagen. Das ist die *Schwäche* der Einigkeits-Formel.

\* Die Notverordnung vom 3. Mai 1932 unterstellte alle Wehrverbände der Kontrolle des Reichsinnenministers.

Minister *Groener* meint ohne Zweifel etwas von diesem umfassenden Einheitsideal (– in das er inhaltlich Vorstellungen legt, die aus der Periode des bürgerlichen Nationalstaats stammen –). Aber wir täten ihm Unrecht, wenn wir nicht annähmen, dass seine Einigkeitswünsche doch auch einen anderen Sinn hätten, in dem sie diskutierbarer sind. Die Forderung nach Einigkeit kann nämlich auch jeweils ganz *konkret* gemeint sein: sie kann sich an ein gegenwärtiges konkretes Gemeinwesen richten, das da in allen seinen Gegensätzen doch zugleich eine konkrete Schicksalsgemeinschaft ist, innerlich zerspalten und auf keine einheitliche Formel zu bringen, aber auf Gedeih und Verderb miteinander *verknüpft*. Wird in diesem Sinne die Forderung erhoben, um einer gemeinsamen Notwendigkeit willen in einer bestimmten Situation bestimmte Gegensätze zurückzustellen, um zur gemeinsamen notwendigen Aktion zu kommen, so kann die Einheitspredigt einen guten Sinn haben. Und wir leben ja in Deutschland in der Tat in einer Situation, die oft und immer wieder eine solche konkrete Einheitsaktion erfordert. Nicht nur im Kriege haben wir eine solche Einheit erlebt, wenn wir uns über die Schranken der Konfessionen hinweg zu notwendiger kultureller Arbeit zusammenfinden, wenn wir gemeinsam eine einheitliche Wirtschaftspolitik erstreben, wenn wir die Lasten der Arbeitslosigkeit auf alle Schultern zu teilen uns bemühen, wenn wir uns auf den Universitäten in gemeinsamer Arbeit aus der Affäre der verfahrenen geistigen Situation zu ziehen bemühen, – immer wieder wird die konkrete Gemeinsamkeit in der gemeinsamen Not verwirklicht oder erstrebt. Damit ist aber auch zugleich die Bedingung gesagt, unter der allein diese Gemeinsamkeit Sinn hat: es muss sich um eine gemeinsame *Not* handeln, und um einen dieser konkreten *Not angemessenen* Versuch, sie zu wenden.

Hier erhebt sich das erste und gewichtigste Argument gegen die neuen grossen Pläne des Ministers *Groener*. Jeder Versuch, die unheilvolle Zerspaltung des deutschen Volkskörpers an den



wirklichen Stellen der Not in gemeinsamer Bemühung anzugreifen, muss von uns *ernst* genommen werden, ob ihr Ort die Kirche, die Schule, die Wirtschaft, der Staat, die Strasse ist, – aber diese grosse allumfassende *Sportorganisation* des Wehr- und Innenministers erfüllt jene Bedingung nicht. Wie ideologisch ist doch die Vorstellung, von dieser alle Volkskreise umfassenden Organisation aus auch nur den geringsten Beitrag zur Überwindung der grossen geschichtlichen Spannungen, etwa der Klassenkämpfe zu erwarten! Handelt es sich bei diesen Spannungen vielleicht im Wesentlichen um Marotten hetzerischer Führer oder um Haarspaltereien der Theoretiker oder um die Ergebnisse schlechter nationaler Erziehung, um Ungezogenheit oder Unaufgeklärtheit, so dass man glauben könnte, sie durch Erziehungsarbeit in einer Sportorganisation angreifen zu können? Sind die Gegensätze so unernst einzuschätzen, dass jemand glaubt, man komme ihnen in *Spielen* bei? Sport ist Spiel, selbst wenn Lebensgefahr dabei ist; man kann mit ihm alles mögliche Nützliche und Schöne erreichen, was immer man im Spiel erreichen kann, aber wenn es unter Männern ernst wird, gibt die Gemeinschaft des Spielens keine *Kraft* mehr her. Dann muss man schon die ernsthaften Dinge *selber* anfassen, an die heikle Sache selbst herangehen; kein Spiel befreit von der Notwendigkeit, sich an ihnen die Zähne auszu-beissen. Der Klassenkampf wird nicht auf Sportplätzen beigelegt, sondern eben dort, wo die «Klassen» «kämpfen», dort wo es nicht um *Spiel*, sondern um *Existenz* geht. Und von den geistigen Kämpfen und Spannungen gilt *dasselbe*.

Aber es ist leider zu vermuten, dass der Minister diesen wirklichen geschichtlichen Ernst der deutschen Spannungen nicht in seiner vollen Härte einzuschätzen weiss. Es ist nicht das erste Mal, dass man aus den allzu einfachen Äusserungen, mit denen dieser Minister das Gesetzgebungswerk Brüning's begleitet, diesen Schluss ziehen kann. Der ernste *Ton*, in dem gerade Groener zu sprechen pflegt, *macht* es nicht. Einen ernsten Ton schlägt

auch *der* Lehrer in der Schule an, der die Kinder *nicht* «ernst» nimmt, und *gerade dieser* Lehrer. Fühlt sich Minister Groener als der «praeceptor Germaniae», der dem unartigen Volk ernste Mahnungen vorhält? Und der sich nun anschickt, das deutsche Volk und zunächst die deutsche Jugend «ernstlich» in die Schule zu nehmen? In die grosse Einheitsschule dieser «nationalsportlichen Organisation»? Es scheint fast so. Aber dies unartige Deutschland existiert ebensowenig, wie es das Musterdeutschland geben wird, das dem Pädagogen Groener vorzuschweben scheint.

Die Vorschläge Groeners wären vielleicht ungefährlich und brauchten nicht «ernst» genommen zu werden, – hätte er nicht im Regime der Notverordnungen ein mächtiges Instrument in der Hand und hätte er nicht einen verständnisvollen Reichspräsidenten, der sie unterschreibt. Die *erste* Notverordnung erschien wie eine Katastrophe der Demokratie, die *letzten* wirken als normale Verordnungen eines absoluten Regimes. Da man gezwungen ist, die wichtigen wirtschaftspolitischen Notverordnungen hinzunehmen und die Männer, die sie machen, so schlüpfen auch alle anderen Notverordnungen mit durch. Das ist eine gefährliche Verführung für Minister, welche die Absicht haben, das deutsche Volk zu erziehen. Die Absichten dieses Ministers sind gut, wenn auch utopisch; aber da er die Macht politischer Verwirklichung in der Hand hat, ist er in der Gefahr, seine Absichten zu Institutionen werden zu lassen, die in der wirklichen Welt eine ganz *andere* Funktion haben müssen als die Funktion, in der sie geträumt wurden. Der pädagogische Traum Groeners kann politisch sehr gefährlich werden. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, dass einiges von dem, was wir als politische Gefahr dieser staatlichen Sportorganisation betrachten, unmittelbar von Groener mitbeabsichtigt ist; zum mindesten aber besteht die Gefahr, dass er sich eines Tages in der Lage finden wird, die Geister, die er rief, nicht loswer-

den zu können. Von diesen politischen Gefahren des Groener-schen Planes wird noch näher zu reden sein.

### «Die Jugend für den Staat?»

Würde Groener heute seine Absicht verwirklichen, «die gesamte deutsche Jugend ohne Ansehen der Partei in Sportorganisationen zusammenzufassen – was für Erfahrungen würde er machen? «Ohne Ansehen der Partei» – das heisst die Arme weit, sehr weit öffnen –, aber wer würde sich in diese weit geöffneten Arme hineinlocken lassen? Die SS- und SA-Jugend würde wohl nur unter einer Bedingung und in einer Absicht kommen: «Eroberung der Macht». Das aber liegt nicht in den Absichten des Ministers, und so werden die Nationalsozialisten wohl zu Hause bleiben und eigene Sport- und Kegelklubs gründen. Auch die Rotfront-Jugend dürfte den Volksgemeinschafts-Sportverband nicht als einen vollgültigen Ersatz ihrer verbotenen Organisation nehmen. Die sozialdemokratische Arbeiter-Jugend ist wie die sozialdemokratische Partei sowohl schwarzrotgold wie rot, aber sie liebt es, anders als ihre Väter, mit Vorliebe die *rote* Fahne zu zeigen, und nicht nur am 1. Mai; es ist zu befürchten, dass sie für die Ideale des Ministers nicht das rechte Verständnis hat. Die vielen hundert Gruppen bürgerlich-idealistischer Jugend werden lange über ihren Beitritt debattieren, die grösseren katholischen Verbände werden einen schwerwiegenden Entschluss zu fassen haben, und wenn dann mit ihrer Hilfe die Organisation auf den Beinen steht, – dann wird sich der Minister auf den Sportplätzen wieder mit denen allein sehen, die sowieso schon brav sind und einer besonderen pädagogischen Beeinflussung nicht mehr bedürfen: staatspolitisches Denken und Wollen braucht er *diesen* Gruppen nicht mehr beizubringen, höchstens noch ein bisschen sogenannte Wehrhaftigkeit. Aber wenn der Minister im Verbandsleben der deutschen Jugend Bescheid weiss, muss er sich sagen, dass er hier

eine Organisation geschaffen hätte, die bereits besteht: in der VDA-Jugend hat er die ganze Jugend, die ihm zugänglich ist, schon lange zusammen. Der Geist, der in der neuen Organisation herrschen würde, wäre wie im VDA durch ihre Zusammensetzung bestimmt: ein mit Rücksicht auf die katholischen Teilnehmer gemässigter bürgerlicher Nationalismus und Militarismus. Viel Imponierendes würde dabei nicht herauskommen.

Aber gesetzt der Fall, der Minister betriebe die Sache um einige Grade *ernsthafter*, er setzte sanften Druck dahinter, vielleicht eine kleine Notverordnung; gesetzt, er begnügte sich nicht mit einer Rahmenorganisation und einem grossen Reichsaufmarsch im Berliner Stadion, sondern er setzte wirklich – man muss schon sagen: «faschistische» – Energie dahinter, um durch intensive Beeinflussung, durch ständige pausenlose Arbeit, durch Uniform und Exerzieren aus seiner Organisation so viel an staatspolitischem Wollen und Wehrhaftigkeit herauszuholen wie die Faschisten in Italien aus der Balilla und den Avanguardisten und der Gioventù Fascista\*, – gesetzt also den Fall, der Plan des Ministers gelänge? Nun, man müsste die Energie des Ministers bewundern, wie man die Energie der Faschisten in Italien bewundert, aber man würde dies Werk sehr ernsthaft als ein Glied in jener Kette betrachten müssen, *an deren Ende der glatte Faschismus steht*. Man will den Nationalsozialismus verhindern, aber man täte es nur, indem man seine Politik macht; man schafft ihm Raum, man bereitet Institutionen vor, die aus seinem Geiste kommen und die für ihn bereitstehen, wenn dann am Ende in einer kleinen mühelosen Wendung die «legitimen» Herren in den Besitz des Staates treten, der für sie bereit ist. Man *will* das nicht, aber man *tut* es. Die Begründung der letzten Notverordnungen

\* Nach Alterstufen gegliederte staatliche Jugendorganisationen im faschistischen Italien, in denen katholische Priester für die «geistliche Betreuung» der Jugendlichen sorgten.

braucht von den richtigen Faschisten nächstens nur abgeschrieben zu werden, um etwa den Friedensbund deutscher Katholiken\* und – wenn es die politische Taktik erlauben sollte – die Deutsche Jugendkraft\*\* zu verbieten, und die geplante Organisation des Ministers würde nur einen neuen Leiter brauchen, um in den «totalen» Staat des Faschismus einzugehen.

Denn darauf geht es hinaus, auch in der milden Form, die der Reichswehrminister dieser Forderung der Faschisten gibt. *Die Jugend für den Staat*, – *jawohl*: aber gerade wir Katholiken haben einiges zu diesem Thema zu sagen, was gewiss nicht in die reine Theorie des «totalen» Staates, wahrscheinlich aber auch nicht ganz zu den Ansichten des bisherigen Wehrministers passt. Auch wir fordern die Jugend für den Staat, wie wir das *Volk* für den Staat fordern.

Der Staat soll nicht seine bürokratische Apparatur und auch nicht Privatbesitz weder einer Familie, noch einer «*classe dirigeante*» sein, er soll auf dem wirklichen Volk aufruhem und von Kräften gespeist werden, die aus dem wirklichen Volk in ihn einströmen. Aber dieses wirkliche Volk ist nicht eine amorphe Masse, die als ungeteiltes Ganze («ohne Ansehen der Partei») oder als eindeutig bestimmte biologische oder historische Grösse einheitlich staatspolitisch denken und wollen kann; das politisch gewordene Volk – und nur das kommt ja als Träger des Staates in Frage – lebt vielmehr in den *grossen politischen Bewegungen*, auch in ihren Gegensätzen und Feindschaften, in ihrer Kraft und ihrer Schwäche. Wenn der Staat dem wirklichen Volk angemessen und nicht ein willkürliches Regiment sein soll, so muss er aus der politischen Glaubenskraft der politischen Bewegungen im Volk seine Kraft und seine Legitimation ziehen. Das gilt trotz der kon-

\* Vgl. Anmerkung S. 227.

\*\* Der katholische Sportverband und zugleich Dachorganisation der sporttreibenden Gruppen in den übrigen katholischen Verbänden.

fessionellen, trotz der geistigen und trotz der wirtschaftlichen Gegensätze im deutschen Volk, trotz und wegen ihrer. Die Jugend für den Staat, – jawohl, aber nicht für den chemisch reinen, nämlich abstrakt-ideologischen Staat an sich, für den der Minister die ganze Jugend ohne Ansehen der Parteien gewinnen will, sondern für den Staat, der seinen Inhalt aus den leidenschaftlichen Kämpfen der Gruppen zieht, welche die politischen Weltanschauungen in Deutschland repräsentieren. Es geht nicht an, der Jugend einen anderen pädagogischen Zugang zum Staat zu geben, als den durch diese politischen Bewegungen hindurch; nur wer in der politischen Bewegung des Volkes zunächst eine geistige und menschliche Heimat hat, sei es im politischen Katholizismus, sei es im Sozialismus, sei es im Liberalismus, sei es im Faschismus, kann aus diesen volkhafte politischen Wirklichkeiten heraus einen wirklichen, einen mit politischem Inhalt gefüllten Staatsbegriff gewinnen. Das gilt für die Jugend noch mehr als für den Erwachsenen; es mag allenfalls einen grossen Staatsmann geben, der seinem Heimatboden ganz entwachsen ist und nur aus dem Kontakt zwischen seiner persönlichen Mächtigkeit und dem gegensätzlichen  *Ganzen*  des Volkes lebt, denkt, fühlt und Politik macht. Für die Jugend aber, sowohl für die breite führungsbedürftige Masse wie für die zur Selbständigkeit vorbestimmten Führernaturen, wäre die Schwächung der politischen Bewegungen zugunsten einer überparteilichen Organisation Gift. Entweder nähme man der Jugend den Wachstumsboden politischer Kraft zugunsten einer  *blossen abstrakten Staatlichkeit*  oder aber die angeblich überparteiliche Gründung geriete selber in den Bann einer bestimmten Bewegung, die wirklich nur Teilbewegung ist, aber den Anspruch macht, das Ganze des deutschen politischen Schicksals zu repräsentieren: des  *faschistischen Nationalismus* . Wir dürfen heute keine grundsätzliche Abneigung gegen die Tendenz weitergehender Verstaatlichung in uns ausbilden: es wird wahrscheinlich

noch manche Funktion, die früher privat gewesen ist, verstaatlicht werden müssen: aber das Kriterium dafür ist immer wieder nur die *Not*, die wirkliche *Notwendigkeit*. Den Menschen zu verstaatlichen, wie das kommunistische und faschistische Doktrinäre wollen, die *Jugend* zu verstaatlichen, wie das in der Tendenz der staatlichen Sportorganisationen liegt, – das muss und wird auf unseren Widerstand stossen. Der Ort der staatspolitischen Schulungsarbeit muss *die politische Bewegung* bleiben, nicht die staatliche Kaserne oder der staatliche Sportplatz.

Im Übrigen möge die Regierung alle ihre Kräfte konzentrieren, um die jugendliche *Arbeitslosigkeit* zu mindern und möglichst viele Jugendliche wieder in den Produktionsprozess einzugliedern: das ist die realste Arbeit, die sie an der Jugend tun kann, und sie möge auch, wo es nötig erscheint, nicht vor energischen staatlichen Eingriffen zurückschrecken, wenn sie irgendwo in dieser Sache etwas tun kann. Was angesichts der jugendlichen Arbeitslosigkeit und Aussichtslosigkeit auf den *Sportplätzen* vom Staate aus anspruchsvoll geschähe, könnte nur entweder eine *Spielerei* sein, die in unwürdigem Gegensatz zu der wirklichen Existenznot der Jugend steht, oder aber eine gefährliche *Ablenkung* der Jugend in die faschistische Stimmung und in den faschistischen Betrieb hinein. Die Jugend stosse zum Staat in der politischen Bewegung, der Staat wirke auf die Jugend, indem er sie aus der Arbeitslosigkeit erlöse: die *Sportplätze* aber sind *nicht* der geeignete Ort, an dem sich Jugend und Staat in einer für beide Teile förderlichen Weise begegnen können.

26./28. Mai 1932

## Faschisierung der Jugend

Als Groener von der eigenen Armee gestürzt wurde, weil er die andere faschistische Armee verboten hatte\*, musste er das, was er als sein Lieblingswerk bezeichnet hatte, das Werk der «körperlichen und geistigen Ertüchtigung der Jugend», unvollendet liegen lassen. Damals hiess es an dieser Stelle\*\* : «Man würde sich wahrscheinlich täuschen, wenn man diese Pläne mit Groeners Sturz für erledigt hielte. Groener wollte ja, entsprechend seiner Haltung überhaupt, in diesem Plan mit Beelzebub den Teufel austreiben. Nun, da Beelzebub erledigt ist, wird der Teufel selber den Plan nicht uninteressant finden... Ja, die Verwirklichung dieser Pläne ist eher näher gerückt als entfernter. Unsere misstrauische Wachsamkeit diesem Kabinett gegenüber wird auch auf den Versuch achten müssen, die deutsche Jugend unter durchsichtigen Vorwänden zu faschisieren. «

Nun, es hat gerade drei Monate gedauert, bis die nunmehr schon reich detaillierten Pläne herausgekommen sind. Soeben wurde das «*Reichskuratorium für Jugendertüchtigung*»\*\*\* vom Reichspräsidenten eingesetzt. Sein geschäftsführender Präsident

\* Vgl. Anmerkung S. 104.

\*\* Vgl. Walter Dirks' Aufsatz «Zwangsfaschisierung der Jugend?», in: Deutsche Republik 6. Jg. (1931/32), S. 1199.

\*\*\* Im September 1932 setzte Hindenburg das dem Innenministerium unterstellte «Reichskuratorium für Jugendertüchtigung» ein, dessen Leitung General Joachim von Stülpnagel (1880-1968) übernahm. Aufgabe des Kuratoriums war die «Wehrbarmachung der jungen Mannschaft»; die paramilitärische Ausbildung der männlichen Jugendlichen sollte die im Versailler Vertrag verbotene Wehrpflicht wenigstens partiell ersetzen. Nachdem das sozialdemokratische Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold aus dem Reichskuratorium ausgetreten war, beteiligten sich an der «Jugendertüchtigung» ausser den nationalistischen Verbänden nur die katholischen Organisationen. Vgl. dazu auch Walter Dirks' Broschüre «Wehrsport. Auf dem Weg zum Ab-



ist – wen könnte es wundern – ein General von Adel. Er ist es, der über die 1,5 Millionen Mark, 125'000 Mark pro Monat, verfügt, die mit dem beliebten Mittel der Notverordnung dem Steuerzahler, Arbeitslosen und Kleinrentner für diese Zwecke abgenommen worden sind. Noch ist nicht alles durchsichtig; vor allem weiss man noch nicht, wie weit das Ganze zu einer *Zwang*sorganisation ausgebaut werden wird. Vorläufig scheint man noch mit einer Dachorganisation freiwilliger Verbände auskommen zu wollen. Es bleibt aber abzuwarten, ob der Idealismus der Jugend, der Ehrgeiz der Verbände und die Nötigung der anderthalb Millionen stark genug sein werden, den grösseren Teil der Jugend zusammenzubringen. Wenn nicht, wird man zweifellos per Notverordnung *zwingen*. Es ist ja niemand da, der das verhindern könnte.

Der *militärische* Charakter der «Jugendertüchtigung» ist inzwischen noch klarer sichtbar geworden. Entsprechend der neuen Politik des Reichswehrministers wird auch hier nunmehr eine offene Sprache geredet. «Geländesport» bedeutet das Maximum militärischer Ausbildung, das dem Wortlaut des Versailler Vertrages abzurufen ist. Auch die *Uniform* fehlt nicht; sie heisst auf deutsch: Einheitskleidung. Das Entscheidende: die Ausbildung liegt in der Hand «früherer Reichswehroffiziere, Polizeioffiziere und Sportlehrer». Wir sind auf die statistischen Angaben über das Verhältnis der Zahl der zivilen Sportlehrer zu der der Reichswehroffiziere gespannt. Im Übrigen werden auch aus den Teilnehmern selbst «Beförderungen» vorgenommen.

Die ganze Unternehmung wird für alle nationalistischen Verbände, aber auch für alle neutralen idealistisch-vaterländischen Verbände, die den wahren Charakter dieses Staates und aller seiner Massnahmen nicht durchschauen, und schliesslich für alle Ju-

grund», die im Verlag des Friedensbundes Deutscher Katholiken, Frankfurt, noch im Februar 1933 erschien.

gendlichen, die sich ganz umsonst anstrebende, aber interessante Ferien verschaffen wollen, sehr verführerisch sein. Dass alle Stammtische ihr Ideal der Wehrpflicht, ohne die aus der Jugend niemals etwas Rechtes werden kann, nun schon beinahe erfüllt sehen (nur der Zwang für alle fehlt noch), versteht sich von selbst, – es werden *auch Stammtische der Linken* dabei sein. Dass die nationalsozialistische Presse vorläufig dagegen ist, ergibt sich aus der gegenwärtigen Situation des Quotenkampfes mit der Papenregierung; man wird sich aber in keinem Punkt leichter und schneller arrangieren können als in diesem.

*Wir haben nichts gegen eine straffe sportliche Erziehung der Jugend.* «Stählung des Körpers, Ordnungsliebe, Kameradschaft und Opferbereitschaft für die Gesamtheit» – wie Hindenburg in seinem Erlass das Erziehungsziel der neuen Unternehmung umschreibt –, «Willensstärke, Ausdauer, Selbstbeherrschung, Kameradschaftlichkeit und Opferbereitschaft» – wie der amtliche Kommentar des Erlasses interpretiert –, das sind in der Tat Qualitäten, die die ganze Jugend *braucht* – und die *sozialistische Jugend mehr als jede andere*, denn von ihr wird in der Verwirklichung des Sozialismus gerade in äusserster Masse Kampfkraft, Ausdauer, Solidarität und Opferbereitschaft verlangt werden. Der Sozialismus hat in der Befangenheit des revisionistischen Glaubens an die Selbstverwirklichung der sozialistischen Idee die Erziehung dazu *vernachlässigt*. Freilich können diese Eigenschaften im Wesentlichen nur *in der Sache selbst*, im realen Kampf um die sozialistische Verwirklichung von Stufe zu Stufe errungen werden; man kann nicht ausserhalb der Situation erziehen, für die man erzieht. Trotzdem hätte der Sozialismus, in enger Verbindung mit der politischen Bewegung, auch die unmittelbar körperliche und sportliche Erziehung seiner Jugend stärker, straffer betreiben müssen, als er es getan hat; vor allem hätte der sozialistischen Sportbewegung eine stärkere Betonung des *Kämpferischen* nicht geschadet: etwas mehr *Rot* im Schwarz-Rot-Gold!

Wenn der sozialistischen Jugend diese kämpferische Erziehung so nötig ist wie das liebe Brot, – denn ohne ein kämpferisches Proletariat wird das liebe Brot nie zu erkämpfen sein –, so kann es doch auch der bürgerlichen Jugend nicht schaden, wenn sie in eine straffe Schule genommen wird, die ein Äusserstes von Leistung und seelischer Zucht aus ihr herausholt – es ist schon etwas Wahres an Schleichers Wort vom «Besiegen des inneren Schweinehundes» –, nur die Stelle im Weltbild ist bei ihm und bei uns jeweils anders.

Wir haben also sehr deutlich zu sagen, weshalb wir *trotz* unserem Ja zum Menschentyp des kampfgewöhnten Sportlers *gegen* die Jugendertüchtigung des General von Stülpnagel sind.

Erstens. General von Stülpnagel wird die deutsche Jugend nicht für den *Kampf*, sondern für den *Krieg* erziehen. Die möglichen Kriege, auf die sich seine Interessenten vorbereiten, sei es der gegen Polen, sei es der gegen Sowjetrussland, stehen im Hintergrund dieser Jugendertüchtigung. Die Aktion des Herrn von Stülpnagel, das akademische Werkjahr, der Arbeitsdienst – das alles sind Bruchstücke, Anfänge der Wehrpflicht.

Zweitens. General von Stülpnagel wird in der deutschen Jugend nicht wirkliche Vaterlandsliebe, nicht *Verbundenheit mit der wirklichen Nation* erziehen, sondern jene Gesinnung *zwischen Bürgerlichkeit und Soldatengeist*, die man «national» nennt, weil früher einmal die Nation aus Bürgern, Bauern und Militärs bestand. Die Verbundenheit mit der *realen* Nation, mit der Nation in der Klassenspaltung, der Nation in der würgenden Umklammerung des Kapitalismus, der Nation der zukünftigen Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft, der sozialistischen Nation, die notwendig nur ein Glied einer übernationalen sozialistischen Wirklichkeit sein kann – diese einzig real-nationale Gesinnung wird in der Erziehung des Generals von Stülpnagel als «*marxistisch*» geächtet sein.

Drittens. General von Stülpnagel wird – mag er es wissen oder nicht –, in seiner Arbeit objektiv nicht die Interessen der realen Gesamtheit vertreten, sondern die einer *kleinen Minderheit*, die den Staat in der Hand hat und vom «Staat an sich» und seiner «Autorität» redet, *weil* sie den Staat in ihre Hand gebracht hat. Die Bindung der Jugend an den Staat an sich, die Entpolitisierung der Jugend, bedeutet ihre Unterwerfung unter die Interessen der faschistischen Gruppen.

Wir sind also gegen diese «Ertüchtigung der Jugend», weil sie die *Faschisierung der Jugend* bedeutet – für die Gemeinwohl, Staat, Vaterland nur Masken sind; mag Hindenburg und mögen Hunderte noch so guten Willens sein: *objektiv* geschieht diese Erziehung in dieser ganz bestimmten politischen Situation und nach ihren Gesetzen. Sie bedeutet ein Stück der Totalfaschisierung Deutschlands: hier wird die *Jugend* in den totalen Staat der Faschisten eingebaut.

Die Jugend soll sportlich und kämpferisch erzogen werden. Sie kann das nicht in einem neutralen Raum ausserhalb des Politischen – diesen Raum *gibt es nicht* –, sondern sie kann das nur in enger Verbindung *mit dem Politischen selbst*: die Jugend, die kämpferische Ausbildung braucht, ist dieselbe Jugend, die in ihre politische Aufgabe hineinzuwachsen hat. Für diese ihre politische Aufgabe aber kann sie nicht in neutraler *Staatsbürgerlichkeit* von einem Staat fiktiver *Überparteilichkeit* erzogen werden; den Staat an sich, den neutralen Staat *gibt es nicht* – der heutige Staat ist der *faschistische Staat*. Für ihre politische Aufgabe kann die Jugend vielmehr nur in den *politischen Bewegungen* vorbereitet werden, in denen sich die politische Substanz des Volkes in der Klassengesellschaft darstellt. Der *Ort*, an dem die Jugend zu einer kampffähigen, ausdauernden, opferbereiten Jugend erzogen werden muss, sind die *politischen Bewegungen*. Der Sozialismus muss diese Aufgabe noch energischer anpacken – aber auch der *politische Katholizismus* sollte sich sagen, dass er seine Jugend einer auch für ihn gefährlichen Faschisierung aussetzt, wenn er

ihre staatsbürgerliche und militärische Erziehung dem Geist nationalistischer Reichswehroffiziere anvertraut!

24. September 1932

## Der Anspruch des Vaterlandes

Jeder deutsche Jungmann, der Lust dazu hat, kann in den Lagern der Jugendertüchtigung im Marschieren, Schiessen, Handgranatenwerfen, Schützengrabenbauen ausgebildet werden; die Urheber dieser Aktion haben keinen Zweifel darüber gelassen, dass sie beabsichtigen, auch diejenigen Jungmänner in diesen Fertigkeiten auszubilden, die *keine* Lust dazu haben; die Energie, dies Vorhaben durchzusetzen, ist ihnen zuzutrauen, die Macht dazu haben sie zweifellos auch: die allgemeine Wehrpflicht ist eine Frage der Zeit. Wer den Krieg vorbereitet, *rechnet* mit dem Krieg (auch dann, wenn er ihn nicht wünschen sollte); vielleicht ist nichts geeigneter, den Krieg herbeizuführen, als ein Zustand, in dem alle den Krieg äusserst fürchten und alle mit ihm rechnen. Aber auch abgesehen davon: man rechnet mit dem Krieg – der Krieg ist eine *reale Möglichkeit*.

Vielleicht erkennen jetzt endlich die vielen, welche ein paar Jahre lang das pazifistische Problem als ein doktrinäres und unaktuelles Problem angesehen haben, dass die Frage der wehrhaften Kriegsrüstung und die Frage der Verhinderung europäischer Kriege, dass die ganze pazifistische Problematik von *höchster Aktualität* ist. Und vielleicht sehen allmählich auch die vielen doktrinären Pazifisten, dass eine Zeit herannaht, in der sie *beim Wort genommen werden*, in der es sich nicht mehr um ein akademisches Problem, sondern um eine Entscheidung auf Tod und Leben handelt.

Auf unserer Seite ist die pazifistische Frage vor allem *in zwei Beziehungen* erörtert worden: als Frage der *Gesinnung* und als Frage der *praktischen Politik*. Das *politische Argument* des Pazifismus weist auf die jeden denkbaren politischen Vorteil überrennende Zerstörungskraft des modernen Krieges hin, sieht im Krieg

einen politischen Irrtum und verweist daher auf die Politik der friedlichen Verständigung als die einzig vernünftige, einzig reale und verantwortbare internationale Politik. Stehen sich in dieser Sicht der Dinge zwei Haltungen gegenüber, *vernünftige Verständigung* und *unvernünftiger Krieg*, so lassen sich in der Frage der Gesinnung *drei* Haltungen denken. Abgelehnt wird der *kriegerische Geist*, die Lust am Kämpfen um des Kämpfens willen und die damit verbundene Bereitschaft zum Hassen, der Hass gegen die anderen selbst. Dieser kriegerischen Gesinnung stehen zwei verschiedene pazifistische gegenüber. Die eine will den Frieden, aber sie erkennt an, dass Situationen denkbar sind, in denen man als notwendiges Übel, in der Notwehr vor allem, zum Ausweg des gerechten Krieges greifen muss; sie sieht diese Situation aber heute nicht gegeben; ihr Friedenswille verbindet sich mit dem politischen Argument des politischen Pazifismus gegen den kriegerischen Geist des Militarismus und Nationalismus. Die andere pazifistische Gesinnung predigt darüber hinaus einen grundsätzlichen pazifistischen Heroismus, der unter Berufung auf den Geist der Bergpredigt den Krieg als Übel schlechthin bekämpft. Zwischen diesem *ekstatisch-heroischen* Pazifismus und dem *praktisch-politischen* Pazifismus derer, die den «gerechten» Krieg gelten lassen, aber heute nur die Möglichkeit ungerechter Kriege sehen und bekämpfen, stehen alle namhaften katholischen pazifistischen Äusserungen.

Der Sinn und Wert dieser Fragestellungen ist unbestritten. Es fragt sich aber, ob über diesen Erörterungen nicht oft eine wesentliche Voraussetzung unkritisch übernommen und der Kritik entzogen blieb: die eigentliche *Voraussetzung des Zeitalters des Nationalismus*. Nationalisten und Pazifisten beziehen in der gleichen Weise den Begriff des Staates (dem sie je verschiedene Kompetenzen zusprechen) auf die gegenwärtigen *Nationalstaaten*. Sie gelten als jene höheren Subjekte, denen man in der «Souveränität» Ganzheit und Einheit zuspricht, und eben die Fähig-

keit, «Subjekt» zu sein, Subjekt zu sein auch der Kriegserklärung und Kriegsführung. Auch der politische Pazifismus bezieht seine Forderung einer vernünftigen Verständigung auf diese Subjekte (die «nationalen», d.h. mehr oder weniger auf der Einheit der Nation beruhenden Staaten); ebenso wird in der Erörterung über den «gerechten Krieg» der Begriff der «Notwehr» auf diese Subjekte angewandt. Gerade dieser Begriff weist sehr entschieden auf den Subjektcharakter der Nationalstaaten hin: in der Übertragung des zunächst doch nur für den Einzelnen und seine unmittelbare Bedrohung geltenden Begriffes «Notwehr» auf die Nationalstaaten wird ihr Ganzheits- und Einheitscharakter besonders deutlich. Ist doch der Staat das einzige Organisationsgebilde, auf den man den Notwehrbegriff (organisierte und vorbereitete Tötung aus Notwehr!) überträgt: keiner wird ihn etwa einem Gewerkschaftsverband oder einer Religionsgesellschaft zubilligen. Nun besteht ja kein Zweifel darüber, dass die Gebilde, um die es sich hier handelt, Deutschland, Polen, Frankreich usw., «Staaten» im Sinne des Staats- und Völkerrechtes sind. Wohl fragt sich aber, ob die christliche Ethik der Staatlichkeit, die sowohl über das richtige Verhalten der Staaten untereinander wie über die Pflichten der Staatsbürger gegen den Staat und des Staates gegen die Staatsbürger Aussagen machen will, ohne Weiteres das Begriffssystem des Staats- und Völkerrechtes annehmen kann oder ob sie nicht vielmehr tiefer ansetzen muss – nämlich bei einer *geschichtsphilosophischen* Begrifflichkeit des Staates, die nicht ohne Weiteres sich mit der des geltenden Staats- und Völkerrechtes zu decken braucht. Nach der üblichen katholischen Auffassung hängt die sittliche Bindung an den Staat von seiner Legitimität ab; im Besitze der staatlichen Legitimität ist aber der, der über die Staatsmacht verfügt; die Begründung für diese Abhängigkeit von der blossen Tatsache der Staatsmacht liegt darin, dass die «Macht» allein die «Ordnung» praktisch garantieren kann: in der «Ord-



nung» liegt aber der eigentliche sittliche Grund des Staates. Krank nicht diese übliche Doktrin an einer zu äusserlichen Auffassung ihres zentralsten Begriffes, der «Ordnung»? Wir haben mittlerweile manche Einsichten in die Struktur der Gesellschaft und ihrer Wandlungen gewonnen, die weder die Scholastik noch die Philosophie des Absolutismus und der Aufklärung haben konnte. Wir haben einmal die *Geschichtlichkeit* der Gesellschaft, ihre Dynamik erkannt und haben zum anderen die *Abhängigkeit der Staatengeschichte von der Gesellschaftsgeschichte* erkannt; für unsere Einsicht ruhen die Staaten nicht auf «der» Gesellschaft schlechthin auf, die unverändert unter dem Wirbel der Staatengeschichte die gleiche bliebe, und nicht «ordnen» die Staaten «in» dieser Gesellschaft lediglich begrenzte Einzelheiten des «öffentlichen Lebens», vor allem die zwischenindividuellen Rechtsbeziehungen und die öffentliche Sicherheit und Ruhe, sondern die *Struktur der Gesellschaft seiberist* es, die im Staat, ja *als* Staat geordnet wird; die staatliche Ordnung garantiert machtmässig unmittelbar (wenn auch ofthin ideologisch verkleidet) bestimmte Gruppenbeziehungen – ja, der Staat ist nichts anderes als die historisch bestimmte jeweilige Ganzheitsform, Einheitsform und Ordnungsform der jeweiligen Gesellschaft. Diese Entdeckung der Geschichtlichkeit der Gesellschaft und der Abhängigkeit des Staates von der jeweiligen Gesellschaft hat *Konsequenzen*. Wurde früher die Struktur der Gesellschaft und die Existenz des Einzelnen und der Gruppen in der Gesellschaft als «zweite Natur» verstanden, also wie die Tatsachen der eigentlichen «Natur» ungeprüft hingenommen, nicht der Kritik, der Sinnfrage, der Verantwortung unterstellt, – so müssen wir heute jeweils gerade nach dem Sinn und nach der Verantwortbarkeit der gesellschaftlichen Ordnung fragen, und damit auch nach dem Sinn der staatlichen Ordnung, die sie garantiert. Der Begriff einer «Ordnung», die «Sicherheit und Ruhe» garantiert (und die gesellschaftliche Grundlage gar nicht betrifft), grenzt sich hier deutlich ab von dem

Begriff der *Sinn-Ordnung*, die gerade diese gesellschaftliche Grundlage und ihre staatliche Garantie selbst betrifft. Ist dieser Unterschied gesehen, so genügt der bloss polizeiliche Begriff der «Ordnung» nicht mehr, um jene sittliche Bindung zu rechtfertigen, welche die politische Ethik ausspricht, eine Bindung, die bis zur Bereitschaft zum Sterben und zum Töten geht. Gewiss statuiert auch schon die Tatsache der rein *äusseren* Ordnung bestimmte Verpflichtungen; in jeder Organisation ist ein loyales Verhältnis von Leistung und Gegenleistung gefordert, und wer von der ungeheuren Organisationsleistung eines modernen Staates täglich und stündlich profitiert, wie wir alle, dem ergeben sich daraus ganz bestimmte Verpflichtungen gegen diesen Staat. Aber die Bereitschaft zur Kriegsführung (auch wenn sie auf den «gerechten Krieg» eingeschränkt wird) bedeutet ja doch *viel mehr*. Sie bedeutet, dass ich meine Existenz mit der Existenz dieses Gebildes identifiziere, ja noch mehr: dass die Existenz und die wirkliche Ehre dieses Gebildes für mich eine *sittliche* Bindung bedeutet, die bis zur Bereitschaft des Todes geht. So sehr hängt meine persönliche sittliche Würde von der staatlichen Gemeinschaft ab, dass ich meine sittliche Ehre vernichte, wenn ich aus Feigheit die Gemeinschaft in ihrer Existenz bedrohen lasse, ohne mich ihr bis zur Todesbereitschaft zur Verfügung zu stellen. Eine solche Beziehung setzt zweifellos voraus, dass die staatliche Gemeinschaft nicht als *äussere* Ordnung, sondern als *Sinn-Ordnung* anerkannt sein muss. Für diese Anerkennung gibt es weder ein rein objektives Kriterium, denn Sinnfragen werden im Gewissen entschieden, noch aber ist diese Anerkennung rein subjektiv, – denn die im Gewissen gestellte Frage nach dem Sinn der gesellschaftlich-staatlichen Ordnung ist sowohl an die vorgefundene Welt, so wie sie ist, wie an die objektiven sittlichen Grundsätze gebunden; die Frage hat also die subjektiv-objektive Struktur jeder Gewissensentscheidung.

Der Nationalismus jeder Prägung setzt als seine Grundlage

voraus, dass die *Nationalstaaten* solche Gebilde von unbedingter (sogar durchaus objektiver, keine kritische Stellung zulassender) Sinnhaftigkeit sind; die Begründung ist verschieden, von der «Rasse», vom «Volk», vom «geschichtlichen Schicksal» her oder auch nur positivistisch, wie in der üblichen katholischen Argumentation, wo die blosse Tatsächlichkeit des gegenwärtigen Nationalstaates für seine Heiligsprechung ausreicht; trotz verschiedener Begründungen ist gemeinsam das Dogma, dass der Nationalstaat entweder *das* historische Sinngebilde schlechthin *ist* oder es doch jedenfalls *heute* ist.

Der Pazifismus hat diesen Nationalstaaten alles Mögliche abzurufen versucht, seine Kompetenz beschränkt, ihn zu versittlichen gesucht, – aber er hat diese Voraussetzung *selbst* im Allgemeinen stehengelassen, – wenigstens und gerade der bessere Pazifismus, der Sinn für geschichtliche Konkretheit hat und das geschichtliche Schicksal nicht radikal in die allgemeine Vernunft weit der Aufklärung auflösen will. Es ist die Frage, ob dieser besonnene Pazifismus dabei nicht in der guten Absicht, die Kategorien der Geschichtlichkeit, der konkreten Verpflichtung, des bis zum Heroischen gehenden Einsatzes für die konkrete Gemeinschaft, die stolze und grosse Haltung des heroischen Patrioten gegen einen utilitaristischen bequemen Individualismus zu retten, ob er nicht in dieser guten Absicht einen falschen realen *Ansatzpunkt* dieser Kategorien und Haltungen mitgerettet hat: den Nationalstaat.

Denn in Wirklichkeit können die gegenwärtigen europäischen Nationalstaaten *nicht* mehr den Anspruch erheben, als Sinn-Ordnungen ihre eigenen Existenz- und Ehrenfragen zu *unserer* Existenz- und Ehrenfrage zu machen. Es drängt sich immer mehr die Erkenntnis auf, dass der *Kapitalismus* in mehrfacher Beziehung die ganzheitlich-einheitlichen Staatsgebilde der nationalen Staaten objektiv *zersetzt* hat.

Er hat zunächst *in* den einzelnen Nationen einen sozialen Gegensatz geschaffen, der mehr ist als ein blosser Interessengegen-

satz, die normale Abgrenzung verschiedener sozialer Gruppen; der eigentlich kapitalistisch-proletarische Gegensatz ist in seiner Reinform ein *Existenzgegensatz*, der jede konkrete Bindung zerreissen muss; während blosse Interessengegensätze auf eine Vergrößerung des Interessenbereiches des Gegners und eine entsprechende Vergrößerung des eigenen hinauslaufen, hängt hier die faktische Existenz des Kapitalisten (des reinen Kapitalisten) als Kapitalisten durchaus und total von der proletarischen Existenzform (der abhängigen Lohnarbeit) ab, die der Proletarier in ihrem Wesen als unsittlich und unverantwortbar erlebt; auf der anderen Seite hängt die sittliche Würde des Proletariers von der totalen Vernichtung der Kapitalistenklasse ab (in ihrer *Funktion* natürlich, nicht in den physischen Existenzen); dies ideal typische Verhältnis zwischen Kapitalisten- und Proletarierklasse schlägt durch alle Vermittlungen und Verdunklungen auch real immer wieder durch; es allein würde genügen, um die Schicksalsgemeinschaft der Nation zu sprengen, zu einer blossen Idee, einer gefährlichen, weil im Klassenkampf von oben benutzten Idee zu machen. Die Ganzheitlichkeit und Einheitlichkeit der Nation ist damit zerbrochen: der faktische Staat beherbergt keine staatstragende Gemeinschaft mehr, sondern ist Boden (und zugleich teils Ausgleichsinstanz, teils Kampfmittel) eines tieferen Geschehens, in dem sich die eigentliche Wirklichkeit der «Nation» enthüllt: des Klassenkampfes.

Zweitens hat der Kapitalismus *internationale Interessenverflechtungen* hergestellt, die stärker sind als das nationale Bewusstsein und es daher zu einer unwürdigen Fiktion gemacht haben, – am peinlichsten in der Rüstungsindustrie. Diese internationale kapitalistische Durchbrechung der Grenzen entwertet die nationale Idee nicht weniger als ihr Gegenteil: wenn nämlich kapitalistische Interessen gegen ausländische kapitalistische Konkurrenz als nationale Angelegenheiten proklamiert werden. Die eine Praxis verriet die Nation, die andere missbraucht sie.

Drittens hat der internationale Kapitalismus die Tatsache eines *internationalen Proletariats* geschaffen, d.h. die objektive Situation vieler Millionen Proletarier, deren ökonomisches und sittliches Schicksal nun davon abhängt, ob sie ihre Schicksalsgemeinschaft verstehen und aus ihr die Kraft zum solidarischen Kampf und zum solidarischen Aufbau schöpfen. Damit bildet sich keimhaft eine neue echte Schicksalsgemeinschaft, welche die angeblichen Schicksalsgemeinschaften der Nationen durchschneidet. Eine Interessengemeinschaft aller Staatsbürger besteht so lange, als der Staat als solcher bestehen bleibt, – eine solche Interessengemeinschaft ist zum Beispiel die Interessengemeinschaft aller derer, die durch ihre Staatszugehörigkeit die Reparationslasten tragen müssen oder durch die Staatlichkeit der Währung an der Finanzkraft ihres Staates interessiert sind. Es soll auch nicht verkannt werden, dass die vergangene echte geschichtliche Zusammengehörigkeit, wie sie im Nationalbewusstsein erlebt wurde, heute noch stark nach wirkt. Trotzdem hat für viele kritische und leidenschaftliche Deutsche die Bindung an das «Deutsche Reich» nicht mehr die gleiche Tiefe und Würde, welche die internationale Solidarität der Proletarier hat; von ihr hängt ja das physische und sittliche Schicksal nicht nur der Proletarier ab, sondern aller derer, die in der Solidarität gegenseitiger Abhängigkeit mit dem sittlichen Schicksal der Proletarier unlösbar verbunden sind – also die sittliche Zukunft ganz Europas. Die durch Konkurrenzinteressen, Prestigeinteressen, Machtwünsche kleiner Gruppen und durch die Hysterie der bedrohten Bürgertümer zerfressene Nationalstaatlichkeit kann demgegenüber nur noch wegen der Beharrungsmacht jahrhundertalter Vorstellungen das Pathos der Geschichtlichkeit für sich in Anspruch nehmen. Die grossen und verpflichtenden geschichtlichen Bindungen laufen quer zu den Nationalstaaten: die verpflichtende Wirklichkeit des wahren Deutschland, des arbeitenden Deutschlands einschliesslich seines

bürgerlichen Erbes, hat seine Zukunft in der konkreten Sinnordnung eines Europa der organisierten Arbeit, das die Sinnkonsequenz aus den kapitalistischen, aber zum unumstösslichen Schicksal gewordenen Tatsachen der arbeitsteiligen und ganzheitlich verflochtenen Produktion zieht.

Damit hat die kritische Betrachtung des angeblichen Sinngebildes «Nationalstaat» von selbst eine *positive Wendung* genommen. Es gibt also auch heute noch Sinngebilde von sittlicher Bindekraft, es gibt auch heute noch jene Abhängigkeit der sittlichen Würde des Einzelnen von der Existenz und Ehre seines «Vaterlandes», die in der Vaterlandsliebe und ihren ungewöhnlich ernsten und heroischen Konsequenzen gemeint ist. Aber dies Vaterland ist heute, in dem gesellschaftlichen Chaos, das der Kapitalismus durch seine Unterhöhlung der alten Sozialordnung herbeigeführt hat, in dem Chaos, in dem auch die Nationalstaaten ihre Geltung verloren haben, *noch nicht ein fertiges Staatsgebilde*, – aber es ist ebensowenig eine blossе «Idee», die uns nie konkret verpflichten kann. Es ist ein *Vaterland im Entstehen*, das heute erst in tausend realen *Keimen und Ansätzen* lebendig ist. Es ist ein *Vaterland auf dem Marsche*. Es verlangt dennoch von jedem, der es gesehen hat und als verpflichtend anerkennen musste, nicht weniger Hingabe, als die alten Vaterländer früher verlangten, die ihre bindende Kraft verloren haben. Als die konkret verantwortbare Sinnordnung unserer sozialen Existenz beansprucht es gerade die tiefsten und entschiedensten der vaterländischen Haltungen und Taten, welche die politische Ethik vom Staatsbürger verlangt, tiefere und entschiedenerе, als wir in diesem Stadium auch den gegenwärtigen Staaten noch schulden.

Sieht man die Situation so, so ist es mit jener pazifistischen Verlegenheit zu Ende. Man braucht keine Abstriche mehr zu machen von jener heroischen Haltung, welche für die konkrete Gemeinschaft, in der sie lebt und von der sie physisch und moralisch getragen wird, sich ganz und bis zum Opfer des Lebens einzusetzen bereit ist. Nicht an dieser Haltung macht ein solcher konstruk-

tiver Pazifismus Abstriche, sondern er bestreitet die geschichtliche Würde jener Gemeinschaften, die sie heute fälschlich beanspruchen. Er stellt den alten Vaterländern, die gerade in ihrer Krise in einen Paroxysmus der Zerstörung und Selbsterstörung zu verfallen drohen, ein neues, in seiner ganzen Struktur friedliches Vaterland entgegen. Männerlicher Einsatz? Ja, – aber im Dienst des *kommenden* Vaterlandes. Ordnung-Setzen ist die männlichste, die eigentlich politische Leistung; sie ist männlicher als der desorientierte kriegerische Kampf der falschen Fronten, den die Soldaten-Knaben Europas predigen. Männlicher können sich die besten und mutigsten Menschen Europas nicht einsetzen, als wenn sie sich für das Werk der Ordnung einsetzen, aus der Anarchie der europäischen Sozialwelt in den Bedingungen der modernen Wirtschaft ein sinnvolles Reich zu bauen. Dies Reich wird ebenso die Aufhebung der Klassenzerspaltung wie die Überwindung der europäischen «Kleinstaaterei» bedeuten müssen; diese beiden Aufgaben sind nicht voneinander zu trennen: sie sind eine und dieselbe Aufgabe. Das kommende Vaterland wird das Reich der europäischen Arbeit sein. Im Namen dieses Reiches und seiner wirklichen Ansätze können wir «*wehrhaft*» sein nur *gegen* die Mächte, die heute die nationale Wehrhaftigkeit organisieren.

Februar 1933

## **IX**

### **«Nationale Revolution» und «Neues Reich» – letzte Beeinflussungsversuche nach dem 30. Januar 1933**



## Planwirtschaft wird diskutiert

### *Fragestellungen*

Der aufmerksame Blick auf die gegenwärtige Lage der Wirtschaft zeigt ohne Weiteres die *Dringlichkeit* der Fragen, deren Klärung diese Aussprache dient. Die Pioniere der kapitalistischen Expansion konnten nur auf dem Grunde hemmungsloser *Freiheit* die Produktivkräfte so gewaltig vermehren, dass Europas Bevölkerung sich verdoppeln und dazu seinen Lebensstandard beträchtlich erhöhen konnte. Aber indem diese Expansion, die ursprünglich von kapitalistischen *Inseln* in einer vorkapitalistischen Welt ausging, diese Welt durchaus *durchdringt* und in ein enges Geflecht gegenseitiger wirklicher *Abhängigkeiten* verwandelt, kommt der Augenblick, da die ursprünglich schöpferische «Freiheit» gefährlich wird. Ein *Ganzes* bildet sich, dessen Lebensinteressen in einem objektiven Gegensatz zum Konkurrenzinteresse des einzelnen Kapitalisten und der einzelnen Kapitalistengruppe treten. Man spürt das, schafft spontan Gegenmassregeln, *Bindungen* der ursprünglichen Freiheit; sie gehen vom Arbeitnehmer, vom Konsumenten, vom Staat, vom vorkapitalistischen Sektor, aber auch vom kapitalistischen Unternehmer selbst aus. (Gewerkschaften mit Arbeitsrecht und Tarifpolitik, Konsumgenossenschaften, staatliche Zoll- und Kreditpolitik, öffentliche Unternehmungen, private Monopolpolitik in Kartellen und Trusts.) Diese Bindungen bremsen das tödlich-hemmungslose kapitalistische Prinzip, – aber sie schwächen damit auch die ursprüngliche kapitalistische Antriebskraft. Ein Teil der Krisenerscheinungen geht zweifellos auf die unternehmerische «*Freiheit*», ein anderer Teil auf die «von aussen» kommenden *Bindungen*, welche die «Unternehmerinitiative» hemmen.

Wie soll man aus dem unerträglich gewordenen Zustand her-

auskommen? Die Bindungen sprengen, zurück zur freien Wirtschaft, den «natürlichen», wenn auch brutalen Auslesemechanismus und den «natürlichen» Aufbaukräften des Kapitalismus vertrauend? Oder soll man auf der gegenwärtigen Grundlage weiterbauen, also grundsätzliche Wirtschaftsfreiheit mit einem vielfältigen, nur verbesserten System von innerwirtschaftlichen und politischen Bindungen zu verbinden suchen? Oder ist der Augenblick da, das System umzukippen; die «Bindung» an die erste Stelle, die «Freiheit» an die zweite zu setzen, soll man an die Stelle der spontan und unsystematisch um des bedrohten Lebens willen eingebauten Stützen das *Gerüst eines Planes zum Prinzip der Wirtschaft* machen und die Freiheit nur innerhalb der Grenzen dieses Planes sich auswirken lassen? Diese grundsätzliche Frage muss sorgfältig geprüft und entschieden werden. Der massgebende Gesichtspunkt wird dabei sein: Wieweit ist es überhaupt möglich, innerhalb des Kapitalismus *erfolgreich* zu planen?

Die Notwendigkeit und Dringlichkeit, den Gedanken der Planwirtschaft nach allen Richtungen hin zu durchdenken, gilt auch für uns *Katholiken*, gerade wenn sie die Enzyklika «*Quadragesimo anno*»\* ernst nehmen. Diese Enzyklika ist kein Patentrezept, das weitere Denkarbeit überflüssig macht. Sie spricht durchaus nicht das letzte Wort: denn sie lässt manches ausdrücklich offen und geht auf manche andere Frage unausdrücklich nicht ein. Sie spricht allgemeine Prinzipien aus und wendet sie auf Tatbestände ganz allgemeiner Natur an; spricht sie ja doch zur ganzen Welt, nicht in eine ganz bestimmte ökonomische und

\* Die Sozialenzyklika «*Quadragesimo anno*» wurde am 15. Mai 1931, «im vierzigsten Jahr» nach der ersten Sozialenzyklika «*Rerum novarum*», durch Papst Pius XI. verkündet. Sie stammte im Wesentlichen aus der Feder der deutschen Jesuiten Gustav Gundlach (1892-1963) und Oswald von Nell-Breuning (geb. 1890) und postulierte einen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit im Sinne berufsständischer Ordnungen.

soziale Situation hinein, etwa in die Situation Deutschlands. Sie enthebt uns also der Verpflichtung nicht, ein bestimmtes konkretes Ziel und den politischen Weg zu ihm hin zu finden. Es wäre eine sehr bequeme Täuschung anzunehmen, wir wüssten diesen Weg bereits und hätten dies Ziel bereits vor Augen. Die Periode der verantwortlichen Beteiligung der Katholiken an der Führung der Staatsgeschäfte scheint vorbei zu sein. Nun ist es Zeit, alle geistigen Energien auf weitgesteckte, aber klar zu erkennende Ziele zu richten und in der Mobilisierung auf diese Ziele hin die Kräfte neu zu sammeln, die berufen sind, *jenseits* der augenblicklichen Konstellation *Geschichte zu machen*. In diesen Zusammenhang gehört auch eine Diskussion über Planwirtschaft.

Die *Enzyklika* «Quadragesimo anno» scheint uns geradezu zu dieser Fragestellung anzuregen. Heisst es doch dort, wo vom leitenden Prinzip der Wirtschaft die Rede ist: «Die Wettbewerbsfreiheit – obwohl innerhalb der gehörigen Grenzen berechtigt und von zweifellosem Nutzen – kann aber unmöglich regulatives Prinzip der Wirtschaft sein. Die Erfahrung hat dies, nachdem die verderblichen individualistischen Theorien in die Praxis umgesetzt wurden, bis zum Übermass bestätigt. Daher besteht die dringende Notwendigkeit, die Wirtschaft wieder einem echten und durchgreifenden regulativen Prinzip zu unterstellen. Die an die Stelle der Wettbewerbsfreiheit getretene Vermachtung der Wirtschaft kann aber noch weniger diese Selbststeuerung bewirken: Macht ist blind; Gewalt ist stürmisch. Um segensbringend für die Menschheit zu sein, bedarf sie selbst kraftvoller Zügelung und weiser Lenkung; diese Zügelung und Lenkung kann sie sich aber nicht selbst geben. Höhere und edlere Kräfte müssen es sein, die die wirtschaftliche Macht in strenge und weise Zucht nehmen: die soziale Gerechtigkeit und die soziale Liebe!»

Diese sozialetischen Grundsätze sind für unsere Diskussion von grundlegender Bedeutung. In ihnen ist der Automatismus des

völlig freien Marktes wie die Willkürherrschaft der Monopolkapitalisten *abgelehnt*. Das bedeutet, dass nicht nur der Liberalismus, sondern auch die private, sozial verantwortungslose Monopolplanung als Wirtschaftsideal ausdrücklich verworfen sind. Für uns bleibt also die Frage: wie hat die Wirtschaftsordnung auszu- sehen, in der soziale Gerechtigkeit *wirksam durchgesetzt* werden kann und soziale Liebe *wirklich wachsen* kann? Um Missverständnisse zu vermeiden, sei ausdrücklich betont, dass in diesem Zusammenhang nicht die moraltheologische Seite der Frage interessiert, sondern die *wirtschaftstheoretische*. Es kommt darauf an, die *reale* Möglichkeit einer Wirtschaftsordnung aufzuweisen, in welcher der Mensch (nicht als Individuum, sondern als Sozialwesen) erst die *Freiheit* erlangt, aus der heraus er die Wirtschaft nach jenen regulativen Prinzipien gestalten kann, – eine Möglichkeit, die in der kapitalistischen Wirtschaft offensichtlich nicht vorhanden ist.

Es gibt viele Gründe zum Umbau des Kapitalismus – in der Richtung auf eine planmäßige Gemein Wirtschaft. Der heute wirtschaftstheoretisch bedeutsamste ist wohl die Erkenntnis, dass mit der immer weiter zunehmenden und nicht wieder rückgängig zu machenden Entwicklung zum Monopolismus die relative Ergiebigkeit (Produktivität) für die *Volkswirtschaft* abnimmt. Damit ist gemeint, dass die zu einer besseren Güterversorgung vorhandenen technischen Möglichkeiten in zunehmendem Masse vom Kapitalismus nicht mehr voll ausgeschöpft werden können. Jedoch sind nur wenige Menschen den komplizierten Überlegungen zugänglich, mit denen dieses Argument bewiesen wird. Die Planung muss mit einem gemeinverständlicheren und sinnfälligeren Argument begründet werden.

Die gegenwärtige Weltkrise hat uns ein solches durchschlagendes Argument gelehrt: Der konkrete und einfache *Sinn der Planung ist Krisenverhütung*. Das ist keineswegs eine Bagatelle.

Die mit der Krise auftretende unschätzbare Wertevernichtung und Massenarbeitslosigkeit ist zu einer Geißel der Menschheit geworden, wie es früher Hungersnöte, Seuchen und Kriege waren. Da wir nicht den Zynismus aufbringen, uns mit der Massenarbeitslosigkeit in der Krise als einem angeblich unvermeidbaren «Schicksal» (ähnlich dem der Massentötung im Kriege) abzufinden, bemühen wir uns, dieses «Schicksal» abzuwenden. Aus diesem Grunde stellen wir die allgemeine Frage der Planwirtschaft unter den besonderen Gesichtspunkt der *Beseitigung der periodischen Krise*.

Der Gedanke der Planwirtschaft entspringt also nicht dem Übermut, der spielenden Phantasie von Reformern, dem Trieb der Weltverbesserung; er entspringt nicht der bornierten Vorstellung, man könnte die lästige Störung des Übels in der Welt beseitigen, wenn man alles nur schön verständig und zweckmässig einrichtet; der Gedanke der Planwirtschaft rechtfertigt sich vielmehr in der *Not*, in der die heutige Menschheit existiert, und zwar in dem ganz bestimmten Charakter, den diese Not hat, in der Not der Arbeitslosigkeit, der Not des Hungers auf der einen, der fehlgeleiteten Produktion auf der anderen Seite, der Not der kapitalistischen Unordnung.

Eine sozialökonomische Theorie der Planwirtschaft und der Krisenvermeidung bekommt natürlich sofort auch eine *politische* Tendenz, wenn weiterhin gefragt wird: *wer* soll eigentlich der *Träger* des Planes sein? Und wer der Träger der politischen *Verwirklichung*, der Kämpfer für die Durchsetzung und gegen die Interessenten der anderen Seite? Erst die grundsätzliche Klärung dieser und vieler anderer Fragen schafft die Voraussetzungen für eine verantwortbare Entscheidung.

Nicht zuletzt tauchen auch die *ethischen* Fragen der Planwirtschaft selbst auf, die Fragen nach dem Menschen in der Planwirtschaft, aber auch die nach dem ethischen Charakter des Planes *seihst*. Gibt planmässige Leitung die Produktion wieder stärker in

die Hand des Menschen, als es unter den zwingenden Gesetzen der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft möglich war, so wird die Frage umso dringlicher, *nach welcher Rangordnung* der Mensch produzieren lässt, welche Bedürfnisse er als primär, welche er etwa als verwerflich ansieht.

Es wäre erfreulich und wünschenswert, wenn sich auch unsere *Leserschaft* durch die beginnende Aussprache dazu anregen liesse, diese Fragen weiter zu diskutieren. Wenn der politische Katholizismus wieder einmal zur verantwortlichen Führung der Staatsgeschäfte berufen sein wird, wird es daraufankommen, dass er *eine Gefolgschaft hinter sich hat, die genau weiss, was sie will.*

29. März 1933

## Das neue Gesicht politischer Verpflichtung

In der kapitalistischen Krise hat das Wirtschaftsgeschick des Einzelnen auch für die nichtproletarischen Schichten ein neues Gesicht bekommen. Einerseits erscheint es nunmehr immer deutlicher als entprivatisiert, als eine *öffentliche* Angelegenheit, und andererseits ist es mit der öffentlichen Gesamtwirtschaft als *beeinflussbar* erkannt worden; es gilt nicht mehr als Vorgang zwischen dem Schicksal (Gott) und der eigenen wirtschaftlichen Tüchtigkeit, sondern wird von den Vorgängen zwischen Menschengruppen her verstanden. Mit einem Wort: das Wirtschaftsgeschick des Einzelnen ist *politisiert* worden.

Die Politisierung der Massen vom Wirtschaftsschicksal her stellt uns vor Schwierigkeiten vom allergrössten Ausmass. Die ganze Nähe, Dringlichkeit und Leidenschaftlichkeit der Existenzsorgen dringt in die Politik ein; sie wird dynamischer, gefährlicher, ihre Sprengkraft wächst. Aber das darf uns nicht die Augen verschliessen vor dem Grossen dieser Politisierung. Es bedeutet eine weltgeschichtliche Wendung, dass nun die Menschen das elementare Gebiet ihrer wirtschaftlichen Existenz in ihre eigene Hand, in ihre eigene Verantwortung bekommen können und bekommen sollen. Das bringt gewaltige Gefahren mit sich, bedeutet unvermeidlich verhängnisvollen Missbrauch der hier aufflammenden Energien, bedeutet zunächst Tasten, Durchbrüche nach falschen Seiten, Rückschläge, – aber es bedeutet doch auch einen Kreis grösster sittlich-politischer Aufgaben, einen neuen geschichtlichen Horizont. Die Tatsachen, mit denen diese neue Aufgabe gegeben ist, sind nicht mehr aus der Welt zu schaffen, also darf es keine Flucht vor ihr geben. Wir können die verhängnisvolle Anarchie der Wirtschaft, in der vor unseren Augen in aller

Welt Millionen jämmerlich zugrunde gehen oder ein unwürdiges Leben führen, nicht mehr auf das Schicksal, auf Gottes unerforschlichen Willen, auf die zweite Natur der ehernen Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft zurückführen. Die Politisierung der Wirtschaft gibt diese Anarchie als Ordnungsaufgabe in unsere Hand.

Für den Einzelnen hat die Politik durch diesen Vorgang in doppelter Weise ihr Gesicht verändert. Einerseits ist sie in eine grosse *Weite* gerückt. Die Politik, von der er abhängt, bezieht sich nicht nur mehr auf das Schicksal seines Kantons, seiner Heimat, seines nationalen Vaterlandes, sondern auf das Schicksal des Kontinentes, ja der Welt. Aber andererseits ist sie dem Einzelnen *ganz hart auf den Leib gerückt*, sein eigenes tägliches Wirtschaften und Leben hängt nun ganz unmittelbar von der Politik ab. Ob er gesichert ist oder ungesichert, ob eingeordnet oder vogelfrei, ob er eine Familie gründen, für Frau und Kinder sorgen kann oder nicht, das alles ist unmittelbar politisch geworden. Damit ist der Bereich der politischen Verantwortung einerseits *weiter gespannt*, als er je war, andererseits ist diese Verantwortung *drängender und dringender* geworden. Eine Last ist auf seine Schultern gelegt, die er nicht abschütteln darf und nicht abschütteln kann. Wenn viele zu schwach sind, sie bewusst zu tragen, dann werden Stärkere sie für sie solidarisch mittragen müssen. Wenn die grössere Weite und die grössere Nähe der politischen Aufgabe nicht auseinanderfallen sollen, dann muss der Weg vom Einzelnen zum Ganzen, vom Staatsbürger zum Staat, durch viele Stufen *lebendig und energisch vermittelt* sein. Das gedämpfte Zusammenspiel der Einzelnen mit den Parteien und der Parteien mit dem Staat, das so typisch für die bürgerliche Situation gewesen war, geht in den grösseren Spannungen dieser neuen Lage zugrunde.

Erst langsam ringen sich in den modernen Massenbewegungen neue Formen durch, aber sie sind vorläufig noch unfertig, gewaltsam, fieberhaft und noch nicht genügend von der sittlichen Kraft



bewältigt. Aber die kommenden Formen zeichnen sich in ihnen schon ab. Die Aufgaben sind ins Riesenhafte gewachsen, – also sind wir noch mehr als früher auf die Fachleute, vor allem aber auf die eigentlich politischen Fachleute, die Staatsmänner, und eine Elite von führenden Menschen angewiesen, – aber andererseits muss wegen der grösseren Nähe und Existenzbedeutung dieser Aufgaben jeder Einzelne diesen Staatsmännern und diesen Eliten näherstehen. Der Typus des «Führers» erhält hier als Typus seine Berechtigung. Es gibt eine überlieferte fromme Haltung zum Staatsmann, man lässt ihn gewähren, lässt ihn seinen Beruf erfüllen, wie man selber den seinen erfüllt, und empfiehlt ihn im Übrigen der Hut Gottes. Diese Haltung genügt heute icht mehr. Der «Führer» steht dem Schicksal der Gefolgschaft näher als der frühere Staatsmann, aber gerade deshalb muss das Verhältnis der Gefolgschaft zum Führer bewusster und auch kritischer sein, – zu sehr hängen wir alle und jeder Einzelne von der politischen Ordnung und wiederum der staatsmännische Führer von uns allen ab. Führer und Elite müssen viel intensiver als früher unser aktives Vertrauen beanspruchen, unseren aktiven Einsatz verlangen – aber andererseits muss dies aktive Vertrauen gut begründet sein, es darf nicht in blinde Preisgabe der eigenen Verantwortung ausarten; das Ja zum Führer und zur führenden Elite darf nur als reifes und männliches Ja verantwortet werden. Die *bewusste und verantwortete männliche Gefolgschaft* ist im Zeitalter der modernen Massenbewegung, im Zeitalter der politisierten Wirtschaftsexistenz die Form, in der die neue Verantwortung des Einzelnen realisiert werden kann. Die Führer-Gefolgschafts-Beziehung darf nicht in ein suggestives Verhältnis ausarten, in der die Massen nur als blosse Objekte seelischer Bearbeitung erscheinen; der Führer muss vielmehr *objektiv* glaubwürdig sein, nicht nur als Mensch und Typus und im Allgemeinen, sondern gerade vor meinem inhaltlich bestimmten politischen Gewissen. Ein jeder muss sich

aus seiner eigenen gesellschaftlichen Lage heraus jene fruchtbaren Ansätze eigener Sachkenntnis und eigener politischer Entscheidung erarbeiten, von denen aus er dann die Wahl und Gefolgschaft eines glaubwürdigen Führers und glaubwürdiger Eliten verantworten kann, die gerade vor *diesen* Erkenntnissen und *diesen* Entscheidungen glaubwürdig zu sein haben.

19. Juni 1933

## Der sozialistische Sinn der deutschen Revolution

### *Die zweite Welle und die Katholiken*

Am Tage des Ermächtigungsgesetzes war es den nüchternen Beurteilern der politischen Verhältnisse klar, dass das parlamentarische Zeitalter, dass die Zeit der Parteien und Koalitionen für Deutschland *zu Ende* war. Diese Erkenntnis besiegelte auch eine Epoche der Geschichte des politischen Katholizismus. Wir konnten und durften nicht mehr daran denken, die in dieser Geschichte angesammelte politische Kraft als ein berechtigter Koalitionspartner im freien Spiel der Kräfte, im gegenseitigen Geben und Nehmen, als «Partei» neben den anderen «Parteien» einzusetzen.

Man konnte aber damals glauben und hoffen, dass es *andere* Möglichkeiten des geschlossenen Einsatzes des Zentrums geben könne und geben müsse; man konnte annehmen, dass eine innere *Erneuerung* des Zentrums eine Neubesinnung auf seine *zentralen Ideen*, eine *Umorientierung* zugleich innerhalb einer neuen geschichtlichen Situation und in der ganz neuen politischen Dynamik des neuen Staates, eine *Verjüngung* seines Führerbestandes, – dass eine solche gründliche Reform des Zentrums die Wege zur positiven Mitarbeit im neuen Staate *öffnen* werde; man konnte hoffen, dass man auch die organisatorische *Form* dieser Mitarbeit in den politischen Bedingungen des neuen Staates allmählich werde finden können. Wenn *Heinrich Brüning*\* zum Führer der Partei bestellt wurde, so hatte das den Sinn, diese Wege zur Zukunft zu öffnen und diese Form des geschlossenen Einsatzes eines erneuerten Zentrums zu finden.

\* Nach dem Rücktritt des Prälaten Ludwig Kaas (1881-1952) wurde Heinrich Brüning (1885-1970) am 6. Mai 1933 zum Vorsitzenden des Zentrums gewählt. Er führte die Partei bis zu ihrer Selbstaflösung am 5. Juli.

Noch ist in dieser Frage das letzte Wort nicht gesprochen. Aber es scheint so, als ob die Entwicklung auch über diesen Versuch *hinausschreiten* werde. Es scheint so, als ob die geschichtliche Stunde von uns eine noch tiefer gehende Besinnung, eine noch gründlichere Liquidation der politischen Form unseres Einsatzes fordere. Die Entwicklung der letzten Wochen geht auf den *Ein-Parteien-Staat* hin.\* Die NSDAP wird voraussichtlich als *einzig* «Partei» der *ausschliessliche* Träger der politischen Macht und Verantwortung in Deutschland sein. Die NSDAP ist nicht das *neue* Deutschland, – aber die Frage, wie die von dieser Partei nicht aufgesogenen Reste des politischen Deutschland modifiziert, umorganisiert, aufgegliedert werden könnten, ist in diesem Stadium der Entwicklung *nicht mehr die wichtigste*. Wir müssen uns den Kopf und das Herz freihalten für wesentlichere Fragen, – für die an jeden einzelnen Katholiken neu gestellte Frage: *an welchen Ort in dem vielfältigen geistigen und politischen Ringen um die geschichtliche Zukunft verweist uns unser katholisches Gewissen?*

Diese Frage kann nicht zunächst als eine Frage nach der richtigen *Organisation* und nach den richtigen Ideen und Methoden dieser Organisation gestellt werden. Selbst wenn man sie so auffassen *dürfte*, könnten wir im Augenblick kaum etwas von Gewicht dazu sagen: denn die organisatorischen Möglichkeiten sind zur Zeit nicht *übersehbar*. Aber man *darf* sie gar nicht so anfassen. Es darf nicht mehr in erster Linie darum gehen, für eine vorhandene Organisation einen neuen Ideeninhalt und neue Methoden zu suchen. Diese neuen Ideen müssen vielmehr das *erste* sein: es geht zunächst und zuerst um eine *geistige* Entscheidung, um eine

\* Am 22. Juni 1933, eine Woche vor Erscheinen dieses Artikels war die SPD zur «volks- und staatsfeindlichen Partei» erklärt und ihr jede weitere Betätigung untersagt worden; die Zwangs- bzw. Selbstauflösung der bürgerlichen Parteien erfolgte in den folgenden Tagen, und am 14. Juli wurden alle politischen Parteien mit Ausnahme der NSDAP «für immer» verboten.

Stellungnahme, um wirkliche Entscheidungen des Herzens und des Kopfes. Es geht darum, dass katholische Führer ihren Platz in der *Geschichte* neu bestimmen. Welche Konsequenzen *organisatorischer* und *methodischer* Art die Entscheidung haben kann, – das ist eine Frage, die vielleicht in diesen stürmischen Wochen einer schwer abschätzbaren Entwicklung zunächst gar nicht beantwortet werden *kann*. Selbst wenn uns gar kein unmittelbarer politischer Einsatz irgendwelcher Art möglich sein sollte, selbst wenn viele von uns lange *Zeit* hindurch nichts anderes tun könnten als denken und beten – dann müssten wir doch wissen, *um was* wir beten sollen, in *welche* Zukunft hinein wir unsere Kinder erziehen sollen. Erst recht brauchen wir aber für jede nur denkbare Form der politischen Arbeit *klare letzte Orientierungspunkte*. Unsere katholischen naturrechtlichen Grundsätze allein reichen da nicht aus; sie müssen auf diese bestimmte geschichtliche Stunde konkret angewandt sein, wenn sie wirklich unsere Entscheidung bestimmen sollen.

Von unseren unmittelbar *kirchlichen* Interessen ist hier nicht die Rede. Wir vergessen sie nicht; wir stehen für sie ein, wie unsere Väter. Aber die Liquidation der alten politischen Formen bedeutet gerade hier eine Verschiebung der *Methode*. Es ist die Kirche selbst, es ist vor allem der Episkopat, der sie unmittelbarer als zur Zeit des Parteiensystems dem Staat gegenüber vertritt, und wenn der Episkopat über die unmittelbar kirchliche Organisation der Diözesen und Pfarren hinaus im katholischen Volk eine besondere Organisation für die Vertretung dieser Interessen braucht, so wird er sie aus dem Kirchenvolk schaffen. Jeder gläubige Katholik wird dabeisein.

Aber es geht uns ja hier um etwas *anderes*. Es geht uns hier um Mitarbeit am politischen Umbau des Reichs, es geht uns darum, aus katholischem Gewissen heraus *Geschichte* mitzutragen. Viel-

leicht wird man es einmal sogar als einen *Gewinn* betrachten, dass die organisatorische Verbindung der kirchlichen und der profangeschichtlichen Anliegen durch den Zwang der Entwicklung nunmehr sich zu *lockern* beginnt. Vielleicht kann der politisch-geschichtliche Einsatz infolge dieser Lockerung umso entschiedener und umso klarer werden. Das bedeutet keine Spaltung zwischen «Religion» und «Leben»! Die geschichtliche Entscheidung wäre nicht echt und recht und nicht stark und wirksam, wenn sie nicht *aus katholischem Gewissen* käme. Darum bleibt sie doch etwas ganz anderes als *Kirchenpolitik*.

Wir leben im *nationalsozialistischen Staat*. Wir sind *loyale Staatsbürger* dieses Staates. Aber das Neue, was uns umgibt, ist nicht nur eine neue Staatsautorität, der wir verpflichtet sind, sondern es ist viel mehr eine *Bewegung*, ein *Prozess*, – eine vielfältige geistige *und* politische ständige Umwälzung, eine «*permanente Revolution*» *des ganzen Volkskörpers*. Wenn wir geistige Stellungnahme, eine geistige Entscheidung als Kern und Keim alles weiteren fordern, dann soll sich diese Entscheidung nicht auf die Staatsautorität, sondern auf die *Inhalte dieses breiten geschichtlichen Prozesses* beziehen, – deren staatliche Seite freilich im Ganzen ausserordentlich bedeutsam ist.

Wenn die Katholiken von «Kreuz und Adler»\* die geschichtliche Stunde in einem ganz bestimmten Sinne deuten, wenn sie ganz bestimmte Elemente der neuen Ordnung für wesentlich und verpflichtend halten, wenn ihre Führer die Katholiken deshalb zu

\* Der Bund katholischer Deutscher, «Kreuz und Adler», war am 3. April 1933 unter der Schirmherrschaft des Vizekanzlers von Papen gegründet worden. Bis zur Auflösung im Oktober des gleichen Jahres bemühte sich «Kreuz und Adler» vor allem mit publizistischen Mitteln, «das Nationalbewusstsein der katholischen Deutschen zu stärken und den Aufbau des kommenden Reiches zu fördern».

ganz bestimmten geistigen Entscheidungen aufrufen, – so tun sie vielleicht in ihrer Weise das, was hier gefordert wird. Sie entscheiden sich, und sie sammeln sich um diese Entscheidung. Das gilt gewiss wenigstens für den echteren Kern dieser Gruppe.

Ob sie freilich *in der Sache selbst* diese geschichtliche Stunde *richtig* deuten, ob sie die wirklich *zukunfts trächtigen*, die wirklich *geschichtstragenden* Elemente der mit dem Umschwung führend gewordenen Bewegung begriffen haben, – das ist eine *andere* Frage. Wir bezweifeln durchaus nicht das gute katholische Gewissen und den besten politischen Willen des Vizekanzlers, – aber wir selbst sehen die verpflichtenden, die fruchtbaren, die positiven Elemente des neuen Systems *anderswo*. Wir sehen sie gerade in der *Dynamik* dieses Prozesses, wir sehen sie dort, wo die Bewegung die Sache der *Zukunft* vertritt: wir sehen sie im *deutschen Sozialismus*. Es ist heute klar, – man braucht es kaum noch zu sagen –, dass der Sieg des Nationalsozialismus und die Vernichtung der marxistischen Organisationen im Sprachgebrauch des deutschen Volkes dem Wort «Sozialismus» einen Sinn gegeben haben, der im Einzelnen noch unbestimmt sein mag, der aber bestimmt nicht mehr jene «Diesseitsgläubigkeit» mitenthält, die uns Katholiken bestimmen konnte, uns von diesem Wort zu distanzieren. Aber Wort hin oder Wort her: das, was die Nationalsozialisten meinen, wenn sie von «Sozialismus» sprechen, eine gebundene Wirtschaftsordnung statt der ungebundenen Wirtschaftsgesellschaft, eine Volksordnung jenseits der liberalistischen Atomisierung und der kapitalistischen Ausbeutung, das in den Formen dieser Ordnung institutionell gewordene Gemeinwohl des deutschen Volkes, – das scheint uns der Punkt zu sein, wo der Nationalsozialismus der geschichtlichen Aufgabe unserer Epoche *am nächsten*, wo er *am zukunfts trächtigen* ist. Dieser «Sozialismus» ist nicht *da*; die führenden Nationalsozialisten selbst sagen es immer wieder, dass er *Aufgabe*, dass er *Ziel* ist. Er lässt sich auch nicht aus dem Boden stampfen. Das ganze Volk wird in seiner ganzen Breite, in seinem geistigen Bewusstsein,

seinen Idealen und Wertungen, seiner Wirtschaft, seinem Staat noch einen langen und in vielem schweren und schmerzhaften Prozess erleben müssen, bis dieser deutsche Sozialismus wahrhaft verwirklicht sein wird.

Wir stehen in diesem Prozess drin. Wir spüren, dass Liberalismus und Kapitalismus hinter uns liegen, dass wir selbst in einem Zustand des Übergangs leben, der in vielem verwirrend ist, der uns zum Experimentieren, zu manchem Risiko zwingt, uns Europäer alle übrigens, nicht nur uns Deutsche allein. Aber wir glauben an den *Sinn* dieses Zeitalters. Wir hoffen, dass Gott, der nicht nur der Herr der Heilsgeschichte, sondern auch der Herr der Profangeschichte ist, unserer Epoche und ihren Leiden und Kämpfen einen *positiven geschichtlichen Sinn* geben wird, der freilich nicht anders verwirklicht werden kann als durch den gehorsamen Dienst der Menschen an der Geschichte selbst. Wir glauben diesem Sinn in jenem «Sozialismus» nahe zu sein. Wir glauben, dass sich unsere geschichtliche Vergangenheit in der grossen Fülle der Erscheinungen und Möglichkeiten, die sie hervorgebracht hat, aber auch in den schneidenden Spannungen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art sinnvoll erfüllen kann nur in einem «Reich», einer *Sinn-Ordnung*, in der zugleich die Klassenspaltung, die gesellschaftliche Anarchie und die krisen- und kampfgebärende Anarchie der Produktion überwunden ist: in einem «*sozialistischen Reich*».

Dazu ist vieles zu sagen, was nicht in wenigen Sätzen gesagt werden kann. Das wirft auch eine Fülle von praktischen Fragen auf, die zur Zeit überhaupt nicht beantwortet werden können, weil sie in jeder Etappe des Weges neu gestellt und beantwortet werden müssen. Es handelt sich ja nicht um ein blosses *Programm* oder eine blossen *Theorie*, sondern in der Tat um einen «Weg». *Deutschland* – und nicht Deutschland allein – ist «*auf dem Wege*». *Deutschland ist ein Prozess*. Wir sehen ein Ziel dieses Weges, wir sehen einen Sinn in diesem Prozess.



Wir müssen den Mut haben, uns in den Dienst dieses Zieles und dieses Sinnes zu stellen. Dazu bedarf es zunächst einmal einer *echten geistigen Entscheidung*. Sie allein kann allen unseren Versuchen, in der neuen politischen Wirklichkeit Ansatzpunkte einer im Gewissen verantwortbaren Mitarbeit zu suchen, einen echten geschichtlichen Sinn geben.

28. Juni 1933

## Die Judenfrage als positive Aufgabe

Des Christen *erstes* Wort zur Judenfrage muss ein *positives* Wort sein. Was nicht aus der Sünde ist, ist aus Gott. Wenn es eine jüdische Existenz gibt, die teils aus der Wirklichkeit der Rasse, teils aus der Wirklichkeit der Geschichte stammt, so stammt diese Existenz von *Gott*. Sie kann dann nicht schlechthin negativ genommen werden, selbst wenn sie in einer bestimmten Beziehung als gefährlich oder schädlich erkannt werden sollte. Sie muss vor aller Erörterung im Einzelnen zunächst einmal als *Wirklichkeit von Gottes Hand* bejaht und geachtet werden. Eine grundsätzliche Verachtung oder Verneinung des jüdischen Blutes und der jüdischen geschichtlichen Existenz verträgt sich nicht mit dem Gehorsam des Christen, der die Welt aus Gottes Hand entgegennimmt, auch dort, wo sie ihm nicht gefällt oder ihm fremd und schwer verständlich ist. Solange man nur von *empirischen* jüdischen Gefährdungen des gegenwärtigen Lebens der Gesellschaft und den *Versuchungen* des jüdischen Wesens spricht, fällt dieser Gesichtspunkt nicht so sehr in die Waagschale. Aber gerade, wenn man tiefer ansetzt, wenn man vom jüdischen *Wesen selber* spricht statt von jüdischen Taten, und erst recht, wenn man dieses Wesen, wie das gerade die radikalen Antisemiten tun, aus der physischen Gegebenheit des Blutes zu verstehen sucht, wenn also in dieser Deutung die jüdische Existenz die Härte und Unabänderlichkeit eines naturhaften *Schicksals* erhält, – dann kann dies «Schicksal» vom Christen nur als *Wille Gottes* verstanden werden. Gibt es den Juden als Juden, so will Gott, dass es den Juden als Juden gebe. Dann fällt der, der den Juden als Juden vernichten will, Gott in den Arm. Dann ist auch die Verneinung schlechthin, die Ablehnung des Juden schlechthin mit dem Gehorsam vor Got-

tes Schöpferwille und seinem Wirken in der Geschichte unvereinbar.

Von dieser *allgemeinen* Anerkennung der jüdischen Existenz aus muss die übliche antisemitische Sprache als *unchristlich* abgelehnt werden. Für die Praxis der Judenfrage selbst aber besagt sie noch sehr wenig. Es könnte ja sein, dass diese jüdische Existenz trotz ihrer Gültigkeit *«an sich»* in unserer *bestimmten* Gesellschaft in Europa als zerstörerisch und gefährlich erweisbar wäre, dass also das Judentum als gottgewollt geachtet, trotzdem aber unter uns als «Feind» radikal bekämpft werden müsste.

Aber auch diese Auffassung wird dem christlich orientierten Gewissen als viel zu einfach, als viel zu willkürlich und ungehorsam erscheinen. Das Judentum lebte unter der europäischen Christenheit, solange es eine europäische Christenheit gibt, und es lebt weiter auch im säkularisierten Europa. Eine geschichtliche Tatsache von dieser Kontinuität wird nicht bedeutungslos sein. Auch in ihr wird ein Hinweis auf Gottes Willen liegen. Sie nötigt uns zu der Frage, ob Gott nicht etwa nur die Existenz des Judentums *«an sich»*, sondern die Existenz des Judentums auch *unter uns* wolle, ob dies geschichtliche Miteinanderleben mit seinen Spannungen und Schwierigkeiten nicht eine beide Seiten gemeinsam verpflichtende Wirklichkeit sei. Der konsequente rassenreine Staat oder auch nur der konsequente semitenfreie Staat ist ein Dogma, ein Prinzip, – das jüdisch-europäische Zusammenleben ist eine *Wirklichkeit der Geschichte*. Der Christ, misstrauisch gegen vom Menschen gesetzte Prinzipien, bereit, Gottes Willen in der Wirklichkeit nachzuspüren, wird zunächst einmal geneigt sein müssen, auch diese geschichtliche Wirklichkeit auf ihren möglichen Sinn hin abzufragen. Das verwehrt ihm durchaus nicht, aus bestehenden Spannungen und Unzuträglichkeiten Auswege zu suchen, Eingriffe in das bestehende Verhältnis zwischen Judentum und nichtjüdischer Gesellschaft zu überlegen. Aber in der Bereit

schaft, die geschichtliche Schicksalsgemeinschaft mit dem Judentum zunächst einmal als *verpflichtende Tatsache* zu sehen und sie zur Voraussetzung aller weiteren Überlegungen zu machen, ist eine weitere christliche Grenze gegen den üblichen Antisemitismus gezogen.

Diese Schicksalsgemeinschaft muss dem Christen umso verpflichtender erscheinen, als sie zugleich eine wechselseitige *Schuldgemeinschaft* ist. Christen und Juden haben in ihrer langen gemeinsamen Geschichte schwer aneinander gesündigt. Jeder jüdischen Kollektivschuld an den Christen, wie sie die Geschichte aufzeichnet, entspricht eine christliche dem Juden gegenüber. Sie haben Wucher getrieben, – aber «ehrliche» Berufe haben ihnen die Christen nicht zugestanden; wenn sie sich vielfach brutal durchs Leben boxen oder kriecherisch durchs Leben winden, wenn ihre Ehrgeizigen oft unbedenklich in der Wahl ihrer Mittel sind, – viele gerade Wege waren und sind ihnen versperrt; wenn sie dem Liberalismus anheimfielen, – nicht die Christen, sondern die Aufklärer haben sie aus dem Ghetto befreit. Es wäre pharisäisch, das Schuldkonto gegenseitig aufzurechnen und die Frage zu stellen, wer angefangen hat. Versuchte man es, so müsste man zum mindesten berücksichtigen, dass dem kleinen, kontinuierlichen, durch seine Isolierung auffallenden Judentum jede Schuld angerechnet und nicht vergessen wird, während die Sünden der Christen in der Anonymität ihrer Massen untergehen. Es genügt zu wissen, dass wir uns im Grossen und Kleinen, in den grossen geschichtlichen Formen wie in den unzähligen von ihnen mitbestimmten täglichen Begegnungen wechselseitig aneinander versündigt haben, aneinander schuldig geworden sind. Vielleicht war die europäisch-jüdische Ehe eine unglückliche Ehe, – aber es war eine Ehe, in der gerade die wechselseitige Schuld ein tiefes Band der Verpflichtung geschlungen hat, das auch in dem neuen Streit unser Bewusstsein mitbestimmen muss.

Im Einzelnen wäre zu dieser geschichtlichen Verbundenheit viel zu sagen. Ernst Michel\* hat das Wesentliche herausgehoben: den religiös-politischen Auftrag der Besten der Juden, ihren gegen die reine Profanität der Geschichte auf der einen Seite, gegen die reine Idealität auf der anderen Seite gerichteten Appell, den Willen Gottes im Profanen selbst zu erkennen und zu vollziehen; das ist ein prophetisches Erbe, das gewiss auch in der Christenheit lebendig sein soll, das aber immer wieder aus dem «Volke Gottes» neue Antriebe erhalten hat. Aber auch aus der profanen Kulturgeschichte sind spezifisch jüdische Leistungen nicht fortzudenken. Von den jüdischen Aristotelikern des Mittelalters über Spinoza bis Hermann Cohen\*\* gibt es einen jüdischen Beitrag zur Philosophie. Mögen wir auch zur Zeit in der Gegenbewegung zu der analytischen und kritischen Richtung des wissenschaftlichen Forschens im 19. Jahrhundert stehen, die von jüdischen Wissenschaftlern stark beeinflusst war, so können wir doch gewiss sein, dass die unserer Bemühung zugängliche Stufe der wahren Erkenntnis nicht *rückwärts* liegt, nicht hinter der positivistischen und kritischen Periode in der vor-positivistischen und vor-kritischen Vergangenheit, sondern dass diese Stufe unverlierbare Ergebnisse des überwundenen Denkens *in sich enthalten* wird. Ähnliches wird auch von jüdischen Leistungen in Malerei, Musik und Literatur gelten, vielleicht auch von den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Leistungen des Judentums, vor allem von seinem massgeblichen Beitrag zur Entfaltung des Kapitalismus und ebenso seiner sozialen Gegenbewegung. Das jüdische Erbe, das in dem *Bösen* dieser Tendenzen steckt, steckt auch in dem *Guten*, das in eine göltigere Zukunft *miteingehen* wird. Die privaten Lei-

\* Der Sozial- und Kulturphilosoph Ernst Michel (1889-1964) war Direktor der Frankfurter Akademie der Arbeit und gehörte zum Autorenkreis der Rhein-Mainischen Volkszeitung.

\*\* Der Philosoph Hermann Cohen (1842-1918) war Mitbegründer der Marburger Schule des Neukantianismus.

stungen jüdischer Menschen, die Güte, die für viele von ihnen ebenso kennzeichnend ist wie für andere von ihnen die Kältschnäuzigkeit, – es gibt eine typisch jüdische Milde, wie es eine typisch jüdische Brutalität gibt, es gibt eine typisch jüdische Weisheit, wie es eine typisch jüdische Raffiniertheit gibt, – alles das kann hier ausser Betracht bleiben, weil es uns hier nicht um ein individuelles Respektieren, sondern um Leistungen geht, die Geschichte geworden sind. Ob wir *ohne* die Juden hätten auskommen *können*, ist eine müssige Frage; jedenfalls wäre die Geschichte des europäischen Geistes ohne die Juden nicht nur im Bösen, sondern auch im Guten anders verlaufen; dieser europäische Geist selbst wäre ein anderer geworden. Für den Dogmatiker der Rassenreinheit bedeutet dieses Argument nichts, für den christlichen Realisten muss es bedeutsam sein.

So gesehen, heisst die Judenfrage auch für die *Zukunft* nicht, *wie wir auseinanderkommen können*, sondern *wie wir fruchtbar miteinander weiterleben können*. Wie können wir das Leben und den Einfluss des Judentums in der nichtjüdischen Gesellschaft so regeln, dass die schädlichen und gefährlichen Wirkungen des unregelmässigen Einflusses dieser Volksgruppe zurückgedämmt und vermieden werden und ihre positiven Möglichkeiten fruchtbar werden? Wie können wir – das ist die christliche Fassung des Judenproblems – *einander dienen*? Hier wird das Argument von der Vergangenheit her, vom gemeinsamen geschichtlichen Erbe her, ergänzt durch ein Argument von der *Zukunft* her. Wir sind vermutlich auch für den weiteren Weg in die Zukunft hinein *aufeinander angewiesen*. Dass die Juden uns brauchen, versteht sich dabei von selbst. Es gibt keine jüdische Zukunft ausserhalb der europäischen. Der Zionismus und ähnliche Versuche, das Judentum aus der europäischen Zukunft zu lösen und ihm eine eigene, isolierte Zukunft zu geben, sind als Totallösungen Gewaltlösungen, radikale Eingriffe in die von der europäischen Geschichte

bestimmte jüdische Existenz, die als freiwillige Eingriffe nur einer heroischen jüdischen Minderheit zugemutet werden können, für die Judenheit als solche aber die Vernichtung bedeuten würden. Aber vermutlich brauchen auch *wir* die Juden. Vermutlich wird die zukünftige Ordnung der Gesellschaft und ihre Geistigkeit an den Menschen so vielfältige Ansprüche stellen, dass wir die Eigenart des jüdischen Geistes für bestimmte Seiten dieser Aufgaben schwer entbehren können. Auch diese Aufgaben binden uns aneinander, und auch von ihnen her müsste eine konstruktive Lösung der Judenfrage bestimmt sein.

Aber dazu brauchte man vor allem die *Juden selbst*. Jeder ernste, nachdenkliche und gescheite Jude kennt das Judenproblem. Er leugnet es nicht. Er ist in mancher Beziehung in diesem Problem ein ausgezeichneter «Sachkenner»: Die allerschmerzlichsten Erfahrungen persönlichster Art, Demütigungen vom Antisemitismus her, aber auch Demütigungen von den Entartungsformen des Judentums her, sind ihm in die Seele gebrannt. Er weiss besser als wir, dass die liberale Leugnung der Judenfrage oberflächlich ist. Freilich muss die falsche Frontziehung die Verkrampfung eines grundsätzlichen Antisemitismus und eines starren Anti-Antisemitismus überwunden sein, wenn es zu gemeinsamer Erörterung konstruktiver Lösungen kommen soll. Dabei wäre immer noch zweifelhaft, ob die bei einer solchen Erörterung beteiligten Juden und Nichtjuden im Einzelnen zu einer gemeinsamen Lösung kommen würden, ob nicht vielmehr in der vielfältigen Dynamik aller Kräfte der Gesellschaft vieles sich nach dem Gesetze von Druck und Gegendruck regelt, was eigentlich der verantwortlichen gemeinsamen Gestaltung zufallen müsste. Und weiterhin würden selbst gemeinsam gewollte Lösungen der Beteiligten, vor allem den Juden, Schweres und Hartes zumuten. Wenn ein anarchischer Zustand in einen geregelten überführt werden soll, wird es nie ohne Härten abgehen können.

Ansätze dieser gemeinsamen Besinnung und Erörterung der Judenfrage zu schaffen, wird das erste sein, was wir auf beiden Seiten in dieser Sache tun können. Das ist nicht viel, aber in einer Stunde, die nicht ohne unsere eigene Schuld, nämlich unser früheres Übersehen der Judenfrage, von einem gefühlsstarken Antisemitismus beherrscht wird, kann zunächst wohl nicht mehr geschehen. Die Kräfte, die jetzt diesen Antisemitismus tragen, werden vielleicht in der Praxis selbst allmählich erfahren, dass vieles von dem, was als jüdische Schuld gilt, in Wirklichkeit aus dem geschichtlichen Schicksal und aus der sozialen Struktur unserer Wirtschaftsgesellschaft stammt; wenn sie diese Erfahrung gemacht haben werden, wird eine bessere Stunde für verantwortbare positive Lösungen der Judenfrage gekommen sein. Man wird dann über den mechanischen numerus clausus hinaus pädagogisch-politische Methoden der Lösung finden müssen, Methoden der *Menschenleitung*. Man wird durch differenzierte Erziehung und durch überlegte Regelung der Berufsströme des Nachwuchses ohne unnötige Härten, ohne zerstörende Eingriffe dem Ziel eines angemessenen Ausgleichs zustreben müssen. In einem solchen pädagogisch-politischen Ganzen, das dem ernstesten und aufbauwilligen Judentum zugemutet werden kann, ja von ihm selbst mitgetragen werden sollte, könnte die Sonderstellung des Judentums, könnte selbst ein differenzierter numerus clausus den demütigenden Charakter verlieren, der solchen Massnahmen so lange anhaftet, als sie nichts weiter als Kampfmittel sind.

16. Mai 1933



## Ist der Mensch ein Raubtier?

### *Zu Oswald Spenglers neuem Buch\**

«Der Mensch ist ein Raubtier. Ich werde es immer wieder sagen.» Dies Bekenntnis aus Spenglers «Jahren der Entscheidung» enthält einen Grund-Satz seines Weltbildes, – das wir im Übrigen weniger um seiner selber willen ernst zu nehmen haben, als um seiner Wirkung auf Teile der deutschen Jugend willen.

Im Ganzen dieses Weltbildes bedeutet dieser Grundsatz mehrerlei.

Er ist zunächst eine Aussage zur «Metaphysik der Ethik». Er will aussagen, *wie* der Mensch, *was* der Mensch «ist», zunächst aber vor allem, wie der Mensch *nicht* ist. Er will ein Doppeltes sagen: Der Mensch *ist nicht gut*, und: der Mensch ist *nicht* so, dass *er gut sein soll*. Er wendet sich mit seinem Satz gegen die, die über das Raubtier hinaus «*sein* oder *gelangen* wollen».

Was Spengler aus der Geschichte vor allem der beiden letzten Jahrhunderte gegen die Leute vorbringt, die den Menschen für ein gutes, zutrauliches, friedliches, harmonisches Wesen halten und daraus allerlei politische Konsequenzen ziehen, mögen sich auch viele Christen sehr nützlich sagen lassen. Es sind keine neuen Tatsachen, aber Spengler sagt sie wirkungsvoll. Wie sehr der Mensch «von Natur» ein «Raubtier» ist, wie sehr egoistische räuberische Instinkte in ihm lebendig sind, das können wir heute

\* Die Aufsatzsammlung des Geschichtsphilosophen und Kulturkritikers (1880-1936) erschien im August 1933 in München. Vgl. auch Walter Dirks' einführende Besprechung in der Rhein-Mainischen Volkszeitung vom 7. Oktober 1933 («Jahre der Entscheidung» zu Oswald Spenglers neuem Buch).

viel besser wissen als früher, nachdem wir ihm (uns selber) hinter einige seiner Schliche gekommen sind. Die Tiefenpsychologie und die Soziologie des Bewusstseins hat einige Täuschungs- und Selbsttäuschungs-Manöver und sogar Selbsttäuschungs-Mechanismen entdeckt: wir müssen seitdem vieles von dem, was früher gegen die Raubtier-Natur des Menschen angeführt werden konnte, glatt auf die andere Waagschale legen: die Fähigkeit, Ideologien zu bilden und selbst daran zu glauben, ist eine besonders heimtückische Eigenschaft dieses «Raubtiers». Viele von denen, die früher als friedliche, gute Menschen gegen die offenen Räuber unter den Menschen zu stehen schienen, sind nun als «kleine» Räuber entlarvt, die ihre Krallen und ihre Giftzähne so gut verstecken und verleugnen, dass sie selber nicht mehr merken, wie räuberisch sie in Wirklichkeit sind.

Spengler wirft uns Christen mit denen in einen Topf, welche die Dämonie und die Bosheit des Menschen leugnen, mit den Liberalen. Hat er damit recht? Wir werden darauf verweisen können, welche Rolle die «Sünde» in unserem Weltbild, in unserer Pastoralpraxis, unserer Pädagogik spielt. Aber andererseits ist nicht zu leugnen, dass wir von der Harmlosigkeit des liberalen Menschen-Bildes in vielem angesteckt sind; eine zu harmlose Anthropologie steht bei uns meist neben einer zu isolierten Moral und Theologie der Sünde. Wir müssen schärfer sehen, wie sehr der Mensch in die Bedingungen seiner Endlichkeit verstrickt ist, in die Triebhaftigkeit seiner selbst und seiner Mitmenschen, in die Disharmonie der Beziehungen zwischen den Menschen, wie gebrechlich dabei die Stützen der Kulturordnung, Sitte, Brauch und Gewohnheit sind, wenn gesellschaftliche Krisen sie einmal erschüttert haben.

Insofern stehen wir mit Spengler gegen die liberale Selbsttäuschung (die ihre gefährlichsten Konsequenzen in der Politik hat). Aber wir wissen, dass der Mensch, der ein Raubtier ist und sich in der Freiheit seiner Wahl durchaus für das Raubtier in sich ent-

scheiden kann, – dass dieser Mensch doch so beschaffen und geschaffen ist, dass das Wort Christi für ihn einen Sinn hat: «Wenn ihr nicht werdet wie die Kinder...» und «Ihr sollt gut sein, wie der Vater im Himmel gut ist». Die «Liebe», die im Hauptgebot von uns gefordert wird und die doch keine «Leistung» ist, sondern uns von Gott geschenkt wird, ist nicht eine seelische Eigenschaft neben anderen, die unser Raubtier-Sein ein für alle Male aufheben könnte; sie ist nicht die Eigenschaft der Harmlosigkeit anstelle der Eigenschaft der Boshaftigkeit. Sie mag in harmlosen Zeiten, d.h. in Zeiten einer gefestigten Kultur und Sitte die Form der ausgeglichenen Besonnenheit annehmen, und sie mag noch eher in harmlosen, d.h. triebschwachen Menschen der Harmlosigkeit zum Verwechseln ähnlich sehen. Aber im Grunde ist sie das Gegenteil. «Das Himmelreich leidet Gewalt.» Die Liebe, deren göttlicher Grund und deren göttliches Ziel ganz Gnade, Licht, Friede ist, erscheint dort, wo sie durch die menschliche Person und ihr Handeln unter den Menschen hindurchgeht, als *schöpferische Kraft*, als revolutionäre Gewalt, als heroische Leistung, als Kampf. Davon weiss Spengler nichts. Er müsste Franziskus entweder unter die vornehmen Raubtiere rechnen, die er liebt, oder unter die kleinen Raubtiere mit dem schlechten Gewissen, die er verachtet. Vielleicht würde er Franziskus und Christus selbst als missverstandene Raubtiere preisen; das Christentum im Ganzen und sein ethisches Geheimnis wird er zweifellos als Phänomen der Schwäche ansehen. Es ist wichtig, dass wir diesem Missverständnis des Christentums und diesem Bekenntnis zum Raubtier nicht eine Verteidigung der «Güte» des Menschen gegenüberstellen, sondern die Lehre vom endlichen und triebhaften Menschen, – der in der Möglichkeit des *gnadenhaften Heroismus* steht. Man verwechselt die Christen oft genug mit dem «Idealisten»!

Spenglers anti-ethischer Satz vom Raubtier-Menschen enthält aber, – und das ist seine zweite Bedeutung –, selber eine *Moral*. Der Mensch *soll* ein Raubtier sein. Er soll stark, instinktsicher, ungebrochen, gesund, gewaltsam sein. Er soll *nicht* schwach, krank, unsicher, ängstlich sein. Diese vitalistische Moral ist aber differenziert zugunsten bestimmter Formen des Lebens; der Mensch soll *nicht* die Vitalität der Raubameise, des Blutegels, der Hyäne, der Ratte haben, sondern die Vitalität «*dergrossen Raubtiere*». Wenn man das ästhetische Moment abzieht, das sicher sehr stark mitspielt, so wird also etwa bleiben, dass der Mensch, wie die grossen Raubtiere *offen, kühn* und *einzel*n rauben soll. Überhöht (und eigentlich aufgehoben) wird diese Moral schliesslich in der Forderung, dass der Mensch *edel, adelig, heroisch, vornehm* sein soll.

Auch hier wird das Christentum angegriffen: als Moral der Schwächlichkeit. Wir wissen seit Langem, dass dieser Vorwurf vielen christlichen Erscheinungen gegenüber zu Recht erhoben wird. Freilich können wir das, was wir aus diesem Vorwurf für uns lernen könnten, besser bei Nietzsche selber lernen, als bei Spengler, der sein schwächerer Epigone ist. Wir haben unseren Schöpfungsgehorsam auf die *ganze Breite der Vitalität* zu beziehen, die als solche nicht minderwertig, sondern gut ist, – und gleichzeitig die Dämonisierung dieser Vitalsphäre als eine menschliche und nur menschliche Gefahr zu fürchten und zu bekämpfen; wir haben zu sehen, dass es schliesslich die *Liebe* ist, die uns in diesem Menschengewimmel ständig zur asketischen Unterbindung unserer Instinkte zwingt, nicht die Inferiorität dieser Instinkte selbst, und von da aus nähern wir uns in der Tat wieder Spengler (und Nietzsche) in einer Moral des Adels und der Vornehmheit, einer Moral, in der die Instinkte nicht totgemacht, sondern gebändigt sind. Wir wissen freilich zugleich, dass diese Moral nicht das letzte ist...

Von besonderer Bedeutung ist Spenglers Menschauffassung natürlich in der *politischen* Sphäre. Ist der Mensch ein Raubtier, so ist die normale Form des sozialen Lebens der Kampf. Dann gilt der Satz: «Menschengeschichte ist Kriegsgeschichte.» Dann muss im *Krieg* die klarste und eigentlichste Form der Politik gepriesen werden; dann ist der Friede «die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln». «Darüber hin schwanken wirkungslos die Träume, die immer Träume bleiben werden: Gerechtigkeit, Glück und Friede.»

«Menschengeschichte ist Kriegsgeschichte», – das ist natürlich ebenso wahr und ebenso falsch wie die Gegenthese aus dem kommunistischen Manifest. Menschengeschichte ist Kriegsgeschichte, das ist nicht abzuleugnen, – aber erschöpft sie sich darin? Wie billig, die ungeheure Fülle friedlicher Existenzen, die Geschichte der menschlichen Arbeit, des menschlichen Geistes zu unterschlagen oder belanglos zu finden! Wie billig, nur im «Willen des Stärkeren», im «Willen zu Besitz und Macht» «*die* bewegenden Mächte» der Geschichte zu sehen!

Und trotzdem: auch hier berührt Spengler einen Punkt, in der das landläufige christliche Bewusstsein nicht auf der Höhe der Situation ist. Die Gewalt im politischen Leben (vor allem im Kriege) wird im landläufigen christlichen Bewusstsein durchweg entweder bagatellisiert oder aber kurzschlussartig geleugnet und abgelehnt. Entweder man bekommt den Krieg gar nicht eigentlich in den kritisch-christlichen Blick (indem man ihn etwa der «staatlichen Autorität» auch theoretisch überlässt oder nur als über-ethische Schicksalsmacht begreift, und dadurch ausserhalb der christlichen Besinnung lässt), oder aber man erklärt ihn wegen seines Gewalt-Charakters für böse schlechthin, für absolut sinnlos, oder wenigstens für einen tragischen Irrtum, jedenfalls für ein Phänomen, das es «eigentlich» nicht geben dürfte.

Der Krieg ist aber in der Tat ein «*normales*», politisches Phänomen – trotz seines Grauens, dass er – wie der Reichskanzler

gerade wieder entwickelt hat\* –, für Europa heute zerstörerisch schlechthin ist, dass er auch sonst mit leidenschaftlicher Bemühung vermieden zu werden verdient, ändert nichts daran, dass er gelegentlich unvermeidbar ist. Die politische Gewaltanwendung hat ihre doppelte Wurzel in der Endlichkeit und in der Sündhaftigkeit des Menschen. Aus *beiden* heraus können politische Situationen entstehen, in denen auch der Liebende Gewalt anwenden muss. Müssen wir als Christen damit rechnen, dass der dämonisierte Instinkt, die vollendete Raubtierhaftigkeit des Menschen irgendwo die Politik bestimmen kann, so müssen wir auch damit rechnen, dass es eine Aufgabe des sittlichen Staatsmannes oder überhaupt sittlicher politischer Energien sein kann, die Raubtiere zu «bändigen». Dass ein solcher christlicher Staatsmann seine eigenen Machtinstinkte benutzen müsste, um die der anderen bändigen zu können, kompliziert den Tatbestand, aber hebt ihn nicht auf. Dass der Staatsmann in seiner Aufgabe sogar *sündigen* kann, verstrickt ihn noch mehr in die gemeinsame Not aller sündigen Kreatur, aber hebt wiederum seine Aufgabe nicht auf. Wenn wir sagen und gegen Spenglers billige Raubtierpolitik festhalten, dass diese seine Aufgabe «*Gerechtigkeit*» und «*Friede*» ist, dann müssen wir freilich sofort hinzusagen, dass diese beiden Begriffe hier nur *politisch* gemeint sein können, nämlich als *staatliche Ordnung*, und dass sie darin immer nur konkret-geschichtlich verstanden werden können: als die Ordnung eines *ganz bestimmten* Gemeinwesens, in der der Mensch hier und heute, zwischen seiner Vergangenheit und seiner Zukunft steht: eines bestimmten Vaterlandes. Verantwortlich ist der Mensch nicht für den Frieden und die Gerechtigkeit «an sich», sondern für den grösseren kon-

\* In einem Aufruf der Reichsregierung anlässlich des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund hatte Hitler am 14. Oktober 1933, acht Tage vor Erscheinen dieses Artikels, erklärt, Regierung und Volk lehnten «die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft» ab.

kret möglichen Frieden und die konkret mögliche Gerechtigkeit der staatlichen Ordnungen, in denen er steht. Aber das müssen wir uns von Spengler sagen lassen: die *Härte* seiner *«Mittel»* hängt von der Beschaffenheit der Welt ab, in der er steht.

Spengler tut jedem gute Dienste, der erfahren will, *wie* hart die Welt ist, in der wir stehen, – wir scheiden uns von ihm, wenn er die Härte um ihrer selbst willen preist. Es wird eine ungeheure Leistung von den politischen Christen der Zukunft verlangt werden. «Politik aus der Liebe» wird in Zukunft vielleicht eine sehr harte, eine sehr gewaltsame Politik sein müssen. Zwischen denen, die zu schwach oder zu unpolitisch sind, um die Gewalt überhaupt als sittliches Phänomen erfassen zu können, und denen, welche die Gewalt um ihrer selbst willen lieben und tun, werden diejenigen stehen, die um der konkreten Gerechtigkeit und um des konkreten Friedens willen Gewalt zu tun bereit sind, wann und wo sie notwendig wird. Diese Bereitschaft kann missbraucht werden, – der Wehrhafte steht immer in Gefahr seine Kampfbereitschaft zu missbrauchen –, aber der mögliche Missbrauch ändert nichts an der Sache selbst.

Liest man Spenglers Visionen der kommenden Kämpfe, so mag einem ein Schwindel überfallen. So oder so werden diese Kämpfe kommen. So oder so wird Gewalt – unverantwortete oder verantwortete – die Ordnung der Welt bestimmen. Vor den Christen tritt die Frage: Gibt es einen Grad von Härte in der Weltpolitik, vor dem man ins Privatleben flüchten darf? Vor dem Verantwortung, Verpflichtung zur Gerechtigkeit, Friede, Ordnung aufhören? Angesichts dessen man die Welt sich selber, d.h. den anderen überlassen darf? Verneint man diese Frage, dann wird es die allerhöchste Zeit, dass wir eine politische Moral entwickeln, die dem Christen hilft, mitten in diesen weltgeschichtlichen Prozessen und Kämpfen handelnd als Christ zu bestehen! *Erst von ihr aus wird man der Raubtier-Moral Spenglers richtig begegnen*

*können*. Entwickeln wir diese Position *nicht*, so mögen wir das Bewusstsein haben, die höheren «*Werte*» zu verehren, – zu den «*Tatsachen*», die Spengler triumphierend gegen uns ausspielt, gibt es dann für uns keinen Weg. Dann klafft die Welt der Werte und die Welt der Tatsachen rettungslos auseinander. Dann wird *Spengler* das letzte Wort haben.

22. Oktober 1933



## Das Reich

Es mag Menschen und Gruppen in Deutschland geben, deren Phantasie *keine Zukunft* kennt. Vielleicht gibt es noch manchen, der die Welt, in der es ihm gut geht, für endgültig hält, so dass sie für seine Vorstellung gar nicht in ihre drei «Zeiten» als Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auseinandertritt, sondern «*ewige Gegenwart*» bleibt. Sicherlich aber gibt es viele, die zwar mit der Gegenwart zerfallen sind und ihren Sinn und ihre Richtigkeit bestreiten, dieser Gegenwart aber nicht eine echte Zukunft gegenüberstellen können, sondern nur die bessere *Vergangenheit*: die Reaktionäre aller Spielarten. Die besten und kräftigsten Teile des Volkes aber empfinden anders: sie haben geschichtliches Bewusstsein; sie wissen den Augenblick zwischen das Schicksal der Vergangenheit und den Entwurf einer zukünftigen Welt gestellt. Sie ahnen die Wahrheit der Geschichte: aus den starren Gegebenheiten der Vergangenheit, aus dem Reichtum und der Last des früher gelebten Lebens, dass uns als diese unsere gewordene und gewachsene Wirklichkeit umgibt, kommt man zum fruchtbaren Handeln, zur wirklich geschichtlichen Tat nur dann, wenn man dieser gewordenen Welt den Entwurf der zukünftigen Welt entgegengesetzt, um in der entscheidenden Tat des Augenblicks die Vergangenheit an die Zukunft anzuknüpfen, den Ursprung an das Ziel und das Ziel an den Ursprung zu binden.

Schalten wir die zukunftslosen Empfinder der blossen Gegenwart und die Reaktionäre aus und halten wir uns an die Menschen, deren geschichtlicher Lebenswille stark genug ist, um die Zukunft im Blick zu haben, – so stossen wir freilich nicht auf ein *einziges* Zukunftsbild, sondern auf *mehrere*. Da gibt es die Verkünder der «*klassenlosen Gesellschaft*», – wir meinen hier natür-

lich nicht jene Marxisten, für die dieser Begriff nur eben ein «Begriff» ist, mit dem sie hantieren, oder das Dogma eines orthodoxen Sonntagsbekenntnisses, sondern nur die echten Gläubigen dieses Zukunftsbildes da gibt es das Zukunftsbild der integralen, der *vollendeten deutschen Nation*; da gibt es das Zukunftsbild einer *«berufsständischen Ordnung»\**; da gibt es das *«Dritte Reich»*; da gibt es schliesslich das *«Reich»* überhaupt, von den verschiedensten Richtungen und Gruppen mit verschiedenem Inhalt geschaut und geglaubt.

Gerade diese Idee des *«Reiches»* beschäftigt heute viele Menschen, vor allem in der Jugend. Die Bewegung, die in dem Doppelausdruck *«National-Sozialismus»* nach zwei Richtungen hin ihren politischen Willen andeutet, fasst diese Zweiheit in der Idee des *«Reiches»*, des Dritten Reiches, als Einheit zusammen. Auch im jungen Nationalismus ausserhalb der NSDAP lebt neben der Idee der *«Nation»* die Idee des *«Reiches»*; beide Ideen sind bald ohne klare Unterscheidung gebraucht, bald in Mischung, bald in deutlicher Unterscheidung oder sogar im Gegensatz. Die *katholische* Jugend und einzelne geistige Kreise des Katholizismus suchen dem *mittelalterlichen* Begriff des Reiches für unsere Zukunft einen *neuen Sinn* zu geben. Selbst im *Protestantismus* beginnt dieser Begriff, der ihm abgesehen vom empirischen Gebrauch des Wortes für das Reich von 1871 ganz fremd ist, dem Begriff des Staates Konkurrenz zu machen.

Dabei ist der Gebrauch des Wortes Reich durchaus nicht einheitlich. Das brauchte uns nicht weiter zu berühren, wenn die Diskussion des Reiches nicht unmittelbar mit unserem *politischen Handeln, mit unserem Einsatz* zu tun hätte. Aber sie hat in der Tat

\* Mit der Enzyklika *«Quadragesimo anno»* von 1931 war die Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne berufsständischer Ordnungen noch einmal als Kernstück katholischer Soziallehre bekräftigt worden. Vgl. auch Anmerkung S. 486.

damit zu tun. In der Frage nach dem Inhalt des Reiches sucht sich die Jugend die Frage nach dem geschichtlichen Sinn unserer Epoche, die Frage nach unserer politischen Zukunft und damit die Frage nach dem Ziel, der Richtung, dem Ort ihres politischen Einsatzes zu beantworten. Wer diese Fragen stellt, kommt an der Auseinandersetzung mit der Idee des Reiches nicht vorbei. Es ist auch kein Zufall, dass diese Diskussion bei uns Katholiken gerade jetzt so stark einzusetzen beginnt, – nämlich gerade in einem Jahre, da wir die Frage nach dem politischen Einsatz neu zu stellen genötigt sind. In den letzten Jahren war in der katholischen Diskussion die *politische* und die *soziale* Frage allzusehr *auseinandergetreten*. In politischer Beziehung war der Katholizismus zukunftslos, indem er in der Weimarer Demokratie die politische Frage grundsätzlich, wenn auch unvollkommen beantwortet sah, – das soziale Zukunftsbild der berufsständischen Ordnung aber blieb unpolitisch oder vorpolitisch; nun, da wir in Verbindung mit der Frage nach der sozialen Zukunft auch die *politische* Frage für uns *neu* stellen, bietet die Idee des Reiches den Rahmen für eine *umfassendere* und *tiefer*e Beantwortung der Frage *nach unserer geschichtlichen Zukunft* dar.

Aber die Idee des Reiches ist uns mehr als nur ein neuer «Rahmen» für eine umfassende Fragestellung. In der Parole des «Reiches» schwingen schon von vornherein *inhaltliche* Zielsetzungen mit, die jeweils weit über das hinausgehen, was mit den Begriffen «Staat», «Volk», «Nation», «Gesellschaft» gemeint ist. Wir halten diese in der Parole des Reiches mitgemeinten Zielsetzungen für *wesentlich*; wir erkennen darin manches, was in der liberalen, in der marxistischen, aber auch in der üblichen katholischen naturrechtlichen Sicht verkannt worden ist. Andererseits ist die Bemühung um die Erkenntnis des «Reiches» sehr stark von der Gefahr der *Romantisierung* bedroht; wir glauben von dieser Gefahr einer unwirklichen und nicht wirkmächtigen, einer romantischen Reichsidee besonders stark die *katholische* Reichs-

Diskussion bedroht. Was die katholischen Romantiker des Reiches denken und fühlen, hat sich zudem mit der Erfahrung und der Zielsetzung der wirklichkeitsnäheren katholischen Sozialreformer und der ihnen nahestehenden Staatstheoretiker geistig noch nicht berührt: das steht nebeneinander, statt sich in einer umfassenden Fragestellung zu durchdringen.

Der Wille zum «Reich» scheint uns also einerseits *bejahenswert*, und zwar in einem *entscheidenden* Sinne bejahens wert zu sein; andererseits muss er in gründlicher positiver und kritischer Bemühung gegen die Gefahr *romantischer Verfälschung* gesichert werden; schliesslich muss dieser Begriff seine grösstmögliche *inhaltliche Fülle* erhalten. Auf dem Wege dieser Klärung wird man vermutlich auf die ganze Fülle der innenpolitischen und aussenpolitischen Fragen stossen, die heute der Beantwortung harren. Gerade deshalb erscheint uns die Idee des «Reiches» als geeigneter Ausgangspunkt für eine politische Besinnung überhaupt.

Diese Besinnung ist eine *geschichtliche* Besinnung. Das bedeutet, dass sie in eigentümlicher Weise immer das Einmalige, das Besondere in Raum und Zeit, die ganze irrationale Fülle des Gegebenen zu erfassen sucht, – zugleich aber dies Konkret-Besondere in *allgemeinen* Denkformen, in immer gültigen Gestalten und Strukturen, in geschichtlichen «Gesetzen». Gerade in der Idee des Reiches wird ein jeder beide Seiten der geschichtlichen Bestimmung unmittelbar spüren: viel mehr als im abstrakten Allgemeinbegriff «Staat» schwingt im «Reich» unmittelbar die Vorstellung des deutschen Volkes, des deutschen Bodens und der deutschen Geschichte mit, – aber ebenso deutlich ist im «Reich» von diesen deutschen Gegebenheiten gerade das *Allgemeingültige*, der allgemeine *Sinn* erfasst. Geschichtlich ist diese Besinnung ferner auch darin, dass sie in unauflöslicher Einheit die vergangene Geschichte, die gegenwärtige Entscheidung und die zukünftige Zielsetzung umfasst.

Ihre lebendige Mitte hat diese Besinnung, wo sie echt ist, in

unserer geschichtlichen Existenz selbst. Es geht uns darum, unser eigenes geschichtliches Schicksal zu «verstehen» und – wiederum untrennbar davon – im politischen Einsatz sinnvoll zu verwirklichen. Man muss diese Einheit von einmalig und allgemeingültig, von Sein und Sinn, diese Einheit von Verständnis und Tat, diese Einheit von Vergangenheit und Zukunftsziel immer im Auge behalten, auch wenn der Gang der Erörterung jeweils nach einer bestimmten Richtung hin verläuft und diese Einheit zu gefährden scheint. «Wie sollen wir sein?» und «was sollen wir tun?» – diese zwei Fragen, die doch nur eine Frage sind, stehen hinter allen nur scheinbar «theoretischen» Fragen der Reichsdiskussion.

13. Juli 1933

## Das Reich als Gestalt

Wenn wir nach dem «Reich» fragen, dann fragen wir nicht als Philosophen oder als Historiker, sondern als beteiligte Menschen. Wir fragen nach *unserem* Reich, – ja es geht uns dabei über die bloße Erkenntnis hinaus immer um unser *Sein* und um unser *Handeln*. Trotzdem ist es möglich und notwendig, diese Frage zuerst ganz *allgemein* zu stellen und zu beantworten, als die Frage nach dem Reich «an sich», nach den allgemeinen Kennzeichen des Reiches. Doch sind diese Kennzeichen und Unterscheidungsmerkmale so mannigfaltig und vielseitig, dass es sich nicht darum handeln kann, eine einfache *Begriffsbestimmung* des Reichs zu geben, sondern es zu *beschreiben*. Es geht hier darum, das Reich *als Gestalt* zu verstehen und nachzuzeichnen. Wir fragen also zunächst: wie sieht die Gestalt menschlichen Zusammenlebens aus, zu der wir uns bekennen, wenn wir uns zum «Reich» bekennen? Was meinen wir ganz allgemein, wenn wir vom «Reich» sprechen, statt vom Volk, vom Staat, vom Vaterland, von der Nation, von der Gesellschaft?

Es will uns scheinen, dass wir mit folgenden wesentlichen Kennzeichen die besondere Gestalt des Reiches von jenen anderen Gebilden abheben und in ihrer Einheit zugleich positiv bezeichnen können:

das Reich ist «*begrenzt*», ist immer ein bestimmtes, ein endliches Gebilde, auf bestimmtem abgegrenztem Raum, mit bestimmten völkischen Grundlagen, mit einer bestimmten Geschichte;

das Reich erhebt den Anspruch «*sinnvoll*» zu sein, ist nicht nur ein tatsächlicher Zustand, sondern immer zugleich der Versuch, die Frage nach dem Sinn der geschichtlichen Epoche *umfassend* zu beantworten;

das Reich ist «*staatlich*», nicht blosser gesellschaftlicher Zustand, sondern Ordnungs- und Machtgebilde;

das Reich ist *gegliedert*: sein staatliches Ordnungsprinzip steht nicht der «Masse» als fremdes Prinzip gegenüber, sondern geht in das sinnvoll gegliederte Volk ein.

## I

### Das Reich ist «begrenzt»

Es gibt eine allgemeine Staatslehre, eine allgemeine Gesellschaftslehre, eine allgemeine Völkerpsychologie, – aber es gibt keine allgemeine «Reichslehre», – so stark setzt sich im Wort «Reich» die Bestimmtheit, die Konkretheit des Geschichtlichen gegenüber der abstrahierenden wissenschaftlichen Betrachtungsweise durch. Spricht man vom Reich, so ist man immer ganz nahe an den grossen geschichtlichen Gebilden, die wir mit diesem Ausdruck ehren: dem römischen Imperium der Antike, dem abendländischen Reich des Mittelalters, dem englischen Empire, dem chinesischen Reich, – oder eben unserem eigenen Land und Volk, das kein «Reich» mehr ist, aber wieder Reich werden soll und will. Das Pathos, das im Wort Reich steckt, ist zu einem guten Teil das Pathos der bestimmten Endlichkeit, es ist das Pathos der Treue zu einem bestimmten Gewordenen und seinem bestimmten Schicksal; dies Schicksal lässt sich in allgemeinen Abstraktionen nie einfangen, es enthält über alles Begreifen hinaus das einfach Gegebene, das einmalige und unableitbare, schlicht hinzunehmende Geschick.

Indem das Bekenntnis des Reiches dies Bekenntnis zum bestimmten geschichtlichen Schicksal umgreift, steht es also gegen alle anderen Zielsetzungen, die den Charakter einer *Universal-Abstraktion* haben. Das Bekenntnis zum Reich bedeutet also eine Absage an das Ziel der «natürlichen menschlichen Gesellschaft»,

das Ziel des klassischen *Liberalismus*; es bedeutet eine Absage an das Ziel der «*klassenlosen Gesellschaft*», sobald dies Wort nicht nur mit begrenztem Sinn polemisch gegen die Klassengesellschaft gebraucht wird, sondern als umfassendes geschichtliches Ziel verstanden wird; das Bekenntnis zum Reich ist also schliesslich auch mehr als das Bekenntnis zu der natürlichen Ordnung der Gesellschaft, wie sie der im Katholizismus führenden *naturrechtlichen* Betrachtungsweise entspricht. Wenn das «Reich» freilich nichts anderes will, als eine solche «natürliche», «wesensgemässe» Ordnung, so ist doch im Reich wenigstens der bestimmte begrenzte Raum und seine ebenso bestimmte Geschichte *mit*gesetzt, in denen allein jene Ordnung verwirklicht gedacht werden kann.

Darum ist es eine gefährliche Verfälschung des Reichsbegriffes, wenn *er selbst* als Universal-Abstraktion gebraucht wird, wie das gerade in den letzten Monaten und gerade durch Katholiken geschehen ist. Es ist aus der Situation des Mittelalters verständlich, wenn es der einen wirklichen universalen Kirche gegenüber auch das wirkliche abendländische Reich zugleich als universale Idee schlechthin dachte, als die noch unvollendete eine einzige Weltordnung gegenüber der in der Kirche verwirklichten einen und einzigen Heilsordnung. Heute ist diese Betrachtungsweise unmöglich geworden, wo immer man geschichtlich zu denken gelernt hat. Wir müssen das abendländische Reich, so sehr es wie jedes begrenzte Ding auf Erden auch an den Himmel grenzt, nicht als die Weltordnung schlechthin, sondern als eine *bestimmte* und *begrenzte abendländische* Ordnung betrachten, neben der es andere Ordnungen gab. Und wir können auch unser eigenes Reich, das Reich unserer Zukunft, so sehr wir in ihm Gottes Willen in der Geschichte zu erfüllen suchen, nur als bestimmtes, begrenztes Reich verstehen. Eine Theologie des Reiches, die «das» Reich schlechthin als Ordnung der Welt «der» Kirche gegenüberstellt, verfälscht die echte geschichtliche Reichsidee; sie reisst unseren



Blick von den wirklichen Aufgaben für das wirkliche Reich fort in eine rein theoretische Welt, die keine Beziehung mehr zur geschichtlich-politischen Tat hat. Der einen Kirche Gottes steht nicht «das» Reich gegenüber, sondern die Welt in vielen Gestalten, in Stämmen, Völkern, Nationen, Staaten, – auch möglicherweise in mehreren Reichen. Setzt man die Idee der geordneten Welt der Idee des Reiches gleich, so vermischt man eine universale allgemeine Idee mit der geschichtlichen Idee unseres bestimmten Reiches. Manche suchen eine Verbindung zwischen diesen beiden Ideen herzustellen, indem sie innerhalb des *einen* Weltreiches, das als Partner der einen Weltkirche gegenübersteht, dem *deutschen* Volk eine besondere *Sendung* zuschreiben, als geistigem oder gar als politisch-militärischem Träger der Reichsidee und Reichs-Verwirklichung oder als geistigem Zentrum («Mitte») des Reiches. Aber damit gerät man, wenn man es nicht ernst meint, in Spielereien und Phantastereien, wenn man es aber ernst meint, in einen gefährlichen geistigen Messianismus oder politischen Imperialismus. Das Reich ist endlich. Das Reich hat eine Grenze. Das Reich grenzt vielleicht an andere «Reiche». Es ist nicht «das» Reich schlechthin, sondern «ein» Reich, – freilich *unser* Reich, und deshalb für *uns* das Reich.

Die Katholiken in Westdeutschland, die diese Universalisierung der Reichsidee propagieren\*, mögen das freilich weniger aus imperialistischen Antrieben tun, wenn auch ein geistiges Sendungsbewusstsein dabei gewiss mitspielen wird. Vermutlich tun sie es eher aus einer gewissen Verlegenheit. Es fällt uns Katholiken nicht immer leicht, uns mit bestimmten politischen Gegebenheiten realistisch, positiv und kritisch auseinanderzusetzen; diese Auseinandersetzung ist umso leichter, je mehr wir uns von der

\* Gemeint ist wohl der Bund «Kreuz und Adler» (vgl. Anmerkung S. 498), dessen Führer sich Ende April 1933 zu einer Tagung über den Reichsgedanken in der Benediktinerabtei Maria Laach in der Eifel getroffen hatten.

Sache selbst entfernen und uns ihren äussersten Horizonten nähern; was in seiner konkreten Handgreiflichkeit anzufassen gelegentlich peinlich ist, damit kann man eher umgehen, wenn man es auf seine Abstraktion gebracht hat: dann lässt es sich müheloser ins katholische Weltbild einfügen. Auf diese Weise ist der Kapitalismus gelegentlich zunächst in die Form einer naturrechtlichen Theorie gebracht (Privateigentum und Initiative) und dadurch annehmbar gemacht worden, – ein bedenklicher Kurzschluss! Ähnliche Vereinfachungen könnten vorliegen, wenn nun, nachdem die liberale Demokratie durch das Dritte Reich abgelöst worden ist, das «Naturrecht» durch eine «Theologie des Reichs» abgelöst würde, die nicht weniger abstrakt und unverbindlich sein kann, wie das Naturrecht gelegentlich abstrakt und unverbindlich gewesen ist. Gegen diese Gefahr müssen wir uns sichern, wenn wir uns zum Reich bekennen.

Dies Bekenntnis zum Reich steht also gegen jede Form des grundsätzlichen *Universalismus*. Als Bekenntnis zu einem bestimmten und begrenzten endlichen Reich steht es gegen das Ziel der natürlichen Menschheit, sei es *liberal* oder *marxistisch* gesehen; es besagt aber auch mehr als die blossе «*berufständische Ordnung*» oder andere allgemeine Fassungen der gesellschaftlichen Zielbestimmung; es steht schliesslich auch gegen einen universalistischen *Reichsbegriff*, der die Abstraktheit jener anderen Zielsetzungen nur durch eine andersartige Abstraktheit ersetzt.

Das Bekenntnis zum Reich bedeutet also die Bindung an die *begrenzte Endlichkeit*, in der wir stehen, an den Raum, in dem wir leben, an das *Volk*, aus dem wir stammen, an den *Geist*, der uns geformt hat. Wir werden sehen, welche Krise diese Bindung von den Notwendigkeiten der Zukunft her wird erleiden müssen, – aber zunächst ist diese gehorsame und treue Bindung an den Ort, an den wir uns gestellt wissen, die *Ausgangsstellung jur alles andere*.

Es hat der Linken in Deutschland sehr geschadet, dass sie diese

Bindung nicht ausdrücklich genug gefordert und vorgelebt hat. Im internationalistischen Sozialismus war diese Bindung theoretisch übersprungen; mochten die einzelnen Menschen selbst oft anders fühlen und handeln, so musste sich ihre ungeschichtliche, ihre unkonkrete Theorie doch verhängnisvoll auswirken; es entstand ein Zwiespalt zwischen Theorie und Praxis, der sie nach beiden Richtungen hin unsicher machte und ihre Werbekraft lähmte. Wenn der Nationalismus *grössere* Werbekraft besass, dann u.a. insofern, als er ganz allgemein die Bindung an die Nähe, die Treue zum Hier, zu dieser ganz besonderen begrenzten Existenz gegenüber dem Bekenntnis zu Universalzielen in den Vordergrund schob. Insofern das Dritte Reich diesen Hinweis auf unsere Existenz, auf unseren Boden, auf unser Blut, auf unsere Geschichte mitenthielt, war diese Parole der der klassenlosen Gesellschaft oder der des Weltstaatenbundes oder der der «Menschheit» überlegen. Es hat freilich auch einen Nationalismus gegeben, der nicht Bindung, Treue, Liebe zum wirklichen Vaterland meint, sondern die Absolutsetzung einer Idee, die er sich vom Vaterland macht; diese Art von Nationalismus ist freilich abstrakter als das Bekenntnis zu einem mehr als nationalen, einem mehrere bestimmte Nationen übergreifenden Schicksal, das nichts mit einem universalen abstrakten Internationalismus zu tun hat. Gerade im *Reich* ist die konkrete Bindung an das nationale Schicksal *und* die Bereitschaft zu einer ebenso konkreten übernationalen Ordnung zusammengefasst. Das Reich ist grösser als der Nationalstaat, – aber es ist ebenso *konkret, begrenzt* und *bestimmt* wie die Nation.

## II

### Der Sinn-Anspruch des Reiches

Man hat im 18. und im vorigen Jahrhundert oft versucht, die Gesellschaft und ihre Gebilde, den Staat vor allem, mit den Denkmitteln des wissenschaftlichen Positivismus als blosse *Naturgebilde* und aus «*Naturgesetzen*» zu begreifen. Wir wissen heute, dass man so die menschlichen Gemeinschaftsbildungen nicht angemessen in den Blick bekam, sondern nur *bestimmte Seiten* an ihnen zu erfassen vermochte. Den Gedanken des «*Reiches*» vollends musste man so durchaus *verfehlen*. Die verschiedenen positivistisch-naturalistischen Gesellschaftstheorien, sowohl die am Liberalismus ausgerichteten wie die marxistischen, setzen sich denn auch zwar mit der «*Familie*», dem «*Stand*», der «*Klasse*», dem «*Volk*», dem «*Staat*» irgendwie auseinander, den Begriff des «*Reichs*» aber kennen sie fast nicht. Was man in jenen anderen Begriffen zur Not übersehen kann, ist für unser Sprachbewusstsein im «*Reich*» zu deutlich ausgesprochen, als dass dieser Begriff in einem positivistischen System verwendbar sein könnte: ein über das bloss Tatsächliche hinausweisender Anspruch auf Sesshaftigkeit. Gewiss, für viele Liberale und Marxisten ist auch die *Gesellschaft* ein Gebilde, das Wert und Sinn trägt, aber im naturgesetzlichen Funktionieren oder im dialektischen Prozess der Gesellschaft fallen Faktum und Sinn *zusammen*; die Sinnfrage braucht also nicht ausdrücklich gestellt werden, – allenfalls bleibt sie als Frage der Metaphysik rein theoretisch und ohne praktische oder gar politische Bedeutung.

Mit dem «*Reich*» aber ist sie ausdrücklich gestellt. Das «*Reich*» gehört nicht dem Gesetz des *Müssens* allein an, wie die gesellschaftlichen Bildungen und Prozesse des Liberalismus und des Marxismus, sondern ausdrücklich dem Gesetz des *Sollens*. Das Reich *soll* sein. Im Reich wird an eine bestimmte Gesell-

schaft (– wir sahen, dass es sich dabei um eine endliche, begrenzte, geschichtlich-hervorgebrachte Gesellschaft handelt, um ein Volk oder einen Völkerverband –) der Anspruch gestellt, dass sie nicht bloss faktisch existiere, sondern als *sinnvolle Ordnung* existiere; ihre Inhalte und Beziehungen, soweit sie für das öffentliche Ganze bedeutsam sind, sollen in eine Ordnung eingebunden sein, die in der alten Theorie des Reichs als «*pax*» und «*iustitia*», als «Friede und Gerechtigkeit», formal bezeichnet worden ist. Die Menschen, die im Reich leben und das Reich tragen, gehören ihm denn auch nicht als Naturwesen an, sondern ausdrücklich als *sittliche Personen*. Ihre Funktionen im Reich sollen von ihnen als sinnvolle, als objektiv und inhaltlich sittliche Funktionen in der Freiheit der sittlichen Entscheidung bejaht, ihre Bindungen in einem echten *Gehorsam* getragen werden können.

Die Idee des Reichs kann also angemessen verstanden werden nur im Zusammenhang solcher Weltanschauungen, die Gut und Böse, die sittliche Freiheit, die Gehorsam und Ungehorsam kennen. Nur aus der Erfahrung vom möglichen Sinn und möglichen Widersinn kann der Anspruch einer Sinn-Ordnung der gesellschaftlich-politischen Beziehungen ausdrücklich erhoben werden. Es hängt mit dem geringen Tiefgang der theoretischen Ethik des Liberalismus, mit der Verkennung des ethischen Problems im Vulgärmarxismus, mit der idealistischen Verkennung der ethischen Existenz im klassischen Marxismus zusammen, wenn in diesen Systemen die Idee des Reichs nicht verstanden wird. Nur in einem ausdrücklich ethischen Weltbild ist auch verständlich, dass der *Sinn-Anspruch* des Reiches nicht ohne Weiteres *erfüllt* ist, dass das Reich nicht ohne Weiteres im Vollsinn verwirklicht ist. Das Reich *soll* sein, – aber es «muss» nicht sein: es kann verfehlt werden; es kann unzureichend verwirklicht werden; es kann, wenn es dagewesen ist, wieder zerfallen. Es ist in einem ganz ausdrücklichen Sinn ständig Aufgabe.

Wer die Endlichkeit, die Freiheit und die Sündhaftigkeit des

Menschen ins Auge fasst, wird sogar sagen müssen, dass das Reich in seinem höchsten Sinn, als völlige Sinnhaftigkeit der öffentlichen Beziehungen in einer bestimmten Gesellschaft, *nie vollendet* werden kann. Dass «der Friede und die Gerechtigkeit» in den Institutionen des Reiches nicht vollkommen zu verwirklichen sind, sondern nur in einem der menschlichen Endlichkeit gemässen gebrochenen Form, – darüber wird bei Gelegenheit der Erörterung der *Staatlichkeit* des Reiches noch zu reden sein. Das endliche Reich der Geschichte ist nicht das Reich des Friedens, das uns verheissen ist. Freilich hat trotzdem dies Reich mit dem Reiche Gottes etwas zu tun. Wo im geschichtlich-politischen Gehorsam der Wille Gottes erstrebt und die Gnade Gottes dazu erhofft wird, da steht in den Trägern dieses Gehorsams das Reich Gottes mit in Frage. Wie dieses nie «da», sondern immer nur «im Kommen» ist, so ist auch das politische Reich in seiner Vollendung nie da, – aber in der zu seinem Wesen gehörenden Unvollkommenheit *kann* es zum Unterschied vom Reiche Gottes wie die Kirche handgreiflich *da* sein, – nur dass ihm – zum Unterschied wiederum von der Kirche – nicht verheissen worden ist, dass es *immer* da sein wird. Aber auch beim politischen Reich kann man davon reden, dass es «im Kommen» ist: überall dort nämlich, wo auf die Fülle des Reiches hin politisch gehandelt wird. Diese Handlungen, die auf den vollkommenen Frieden und auf die vollkommene Gerechtigkeit in der Ordnung des Reiches hinzielen, bauen am Reich, aber sie vollenden es nicht. Immer nur annähernd wird das Reich das sein, was es sein soll, – aber es hat auch in diesen Ansätzen und Annäherungen die Ehre und die Würde, die von seinem Sinnanspruch ausgeht, – eine Ehre und Würde, an der alles Anteil hat, was an diesem Versuch der Sinnordnung Anteil hat.

So mag man mit einigem Recht von einer «*Eschatologie des Reichs*» sprechen können, – wenn man es recht versteht. Am äussersten Horizont unserer geschichtlichen Welt, am *Ende* der Zeit und der Geschichte nämlich, fällt das Bild des voll erfüllten Rei-

ches mit dem Reich des Friedens zusammen, das uns verheissen ist. Aber wir leben in dieser unserer irdischen Zeit und dürfen nicht in den Fehler verfallen, das richtunggebende Bild am äussersten Horizont mit einer in der Zeit erreichbaren politischen Gestalt gleichzusetzen, so wie das in seiner Art der Maximus in seiner «klassenlosen Gesellschaft» oft getan hat. Mit dieser oder jeder ähnlichen falschen Gleichsetzung verfehlt man schwärmend die wirkliche gegenwärtige Aufgabe.

Gerade eine echte Eschatologie, die im Sinne der Ewigkeit *in der Zeit* handeln will, verweist mit Nachdruck auf das Hier und Heute, in dem sich der Sinn des Reiches erfüllen soll. Die sozialen Inhalte und Beziehungen haben ihre Geschichte. Sinngebilde, die einmal verwirklicht waren, werden immer wieder durch neue Tatsachen bedroht, die nicht ohne Weiteres in den Sinn des Ganzen hineinzuwachsen brauchen, sondern oft zunächst *blosse* «Tatsachen» sind, sinnlos und ungeordnet, triebhaft, die bestehende Ordnung auflösend oder sprengend. So ist das abendländische Reich durch die Territorialstaaten gesprengt und in die bürgerlichen Nationalstaaten verwandelt worden, und so sind diese Nationen selbst, die Platzhalter des Reiches, durch die Emanzipation der bürgerlichen Individuen, durch die Spreng- und Lösekraft der kapitalistischen Entwicklung, durch Proletarität und Anarchie der Produktion aufs stärkste bedroht worden. Wenn wir von neuem ein Reich wollen, wenn wir von neuem das Reich als Sinn und Ziel unserer Geschichte bekennen, so darf und kann das kein Reich sein, das diese reichszerstörenden Tatsachen ignoriert oder höchstens äusserlich zwangsmässig bändigt. Diese Existenztatsachen müssen vielmehr in die Sinn-Ordnung des neuen Reiches *mitaufgenommen* sein. Eine Reichsidee, die diese ökonomischen und sozialen Existenztatsachen umgeht, ist entweder *romantisch*, wirklichkeitsfremd und ideologisch, oder sie ist in Gefahr, *reaktionär* missbraucht zu werden, – dann nämlich, wenn

sie auf die Konservierung oder vielmehr auf die Restaurierung *der* Reichsgestalt und *der* reichstragenden Kräfte ausgeht, die *vor* den modernen störenden und auflösenden Kräften da waren. Soll sich aber der Sinn-Anspruch des Reichs auf die ganze soziale Wirklichkeit beziehen, soweit sie für das öffentliche Ganze bedeutsam ist, so muss unser Reich gerade die neuen gefährdenden Tatsachen, gerade die *moderne Produktion* und die mit ihr gegebenen *sozialen Verhältnisse* in seine Sinn-Ordnung einbeziehen.

Das soll mitgemeint sein, wenn der nationalsozialistische Staat, der in planmässiger Evolution auf das Dritte Reich hinzielt, in seinem Namen nicht nur seinen nationalen Ausgangspunkt, sondern seinen sozialistischen Sinn betont. Was im «Reich» zunächst nur *formal* ausgesprochen ist, der Wille zu einer Ordnung, in der unser Volk sinnvoll und würdig leben soll, das wird durch das Wort vom deutschen *Sozialismus* nach der Seite des *Inhalts* hin ergänzt. Dies Wort will in unserem Zusammenhang sagen, dass die Ordnung der Produktion und der auf ihr aufgebauten Gruppenbeziehungen in die Sinn-Ordnung des Reiches als wesentlicher Bestandteil mitaufzunehmen ist. Dadurch wird sich das dritte sozialistische Reich sehr wesentlich vom feudalen abendländischen Reich und vom bürgerlich-feudalen Bismarckreich unterscheiden.

### III

#### Das Reich als Staat

Wenn wir «Reich» und «Staat» voneinander abgrenzen wollen, so hat das verständlicherweise nichts mit den Unterscheidungen zu tun, die an die staatsrechtlichen Konstruktionen des Bismarck-Reiches und der Weimarer Verfassung anknüpfen und in denen es sich darum handelt, eine besondere Staatlichkeit des Deutschen «*Reiches*» und eine besondere Staatlichkeit der Bundes-



«*Staaten*» (bzw. später der «Länder») irgendwie voneinander abzugrenzen. Es geht uns hier auch nicht darum, «Reich» und «Staat» so zu definieren, dass sie als zwei selbständige und sich begrifflich sogar ausschliessende politische Grossformen *nebeneinander* stehen. (Man hat das gerade in letzter Zeit verschiedentlich versucht, indem man das Reich und den Staat z.B. je einer der Urformen menschlicher Gesittung und Kultur zu wies, oder je einem bestimmten Rassentyp.) Wir wollen auch ausser acht lassen, inwiefern der «Staat» in einem bestimmten historischen Sinne der Stufe der «Gesellschaft» zugewiesen werden kann, wobei diese «Gesellschaft» als Zerfallsprodukt des «Reiches» erscheint. Wir bestreiten die Berechtigung solcher Zuordnungen nicht: «Reich» und «Staat» tragen so vielfältige Bedeutungen und Nebenbedeutungen und haben eine so wechselvolle Begriffsgeschichte hinter sich, dass sie sich mit gutem Recht sehr mannigfaltig definieren lassen; sie lassen sich zweifellos auch als selbständige und einander ausschliessende Formen definieren, die man je nach dem Abgrenzungsprinzip systematisch oder geschichtlich auf das Weltgeschehen verteilen kann. Tut man das, so tut man es selten ohne deutliche Wertstufung, meist so, dass das Reich als lebendig, geschichtlich und germanisch gegen den rationalen, abstrakten und westierischen Staat ausgespielt wird. In der Tat waren die Deutschen seit dem Mittelalter in einem besonderen Masse das Reichsvolk, in der Tat ist die Reichsidee bei ihnen am lebendigsten geblieben; in der Tat schwingt, wie wir bereits erörtert haben, im Worte «Reich» die Leibhaftigkeit und Sinnhaftigkeit des Geschichtlichen besonders lebhaft mit. Trotzdem wird man der aktuellen und politischen Seite der Reichsidee, auf die es uns vor allem ankommen muss, nicht gerecht, wenn man den Staatsbegriff als den *Gegenbegriff* der Reichsidee definiert. Man tut vielmehr aus manchem Grund gut daran, den Staat als *wesentliches Element des Reiches selbst* zu verstehen.

Man hat den Staat als «*Organisation*» andersgearteten «*organischen*» Gebilden, etwa dem Volk oder auch dem Reich gegenübergestellt. Aber ein Volk oder ein Reich oder irgendein anderes nicht aus Zellen, sondern aus Personen zusammengefügtes Ganze kann nur mit grosser Vorsicht und nur im Vergleich als «Organismus» bezeichnet werden, auf der anderen Seite der Gegenüberstellung aber stimmt es schon besser. Staat hat in der Tat etwas mit der auf Zweck und Leistung gestellten Organisation zu tun, historisch, – wie die Geschichte des modernen Staates und die Geschichte der modernen Organisation aufweist –, und praktisch, wie jeder weiss und täglich sieht. Aber man braucht nur an den *kriegführenden* Staat zu denken, um zu spüren, dass der Begriff der Organisation, auch der obersten und letzten Organisation der gesellschaftlichen Beziehungen, zu eng ist, um daran die Eigenart des Staatlichen verstehen zu lassen. Organisation ist nur eine bestimmte Form des bewussten Handelns, das aber auch die Form einer *einzelnen* bewussten *Entscheidung* haben kann, wie das etwa der Akt der Kriegsführung oder der Akt der Begnadigung deutlich macht. Wir kommen also dem Staat näher, wenn wir ihn als die Sphäre auffassen, in der eine bestimmte geschlossene Gesellschaft (z.B. ein Volk) *als Ganzheit zum bewussten Handeln kommt*. Fassen wir den Staat so auf, so begreifen wir die Elemente der Vereinheitlichung, der Rationalität, der Organisation, die für ihn so bezeichnend sind: es sind Elemente der bewussten Einheit, als die jene Gesellschaft auftreten muss, wenn sie als Ganzheit zum Handeln kommen will. Die Gesellschaft *braucht* den Staat, sie braucht die dauernde Instanz ihres ganzheitlichen Handelns, weil sie in ihren täglichen Bedürfnissen und in ihrem Gang durch die Jahrhunderte immer wieder in Lagen kommt, in denen eine eindeutige einheitliche Entscheidung für sie existenznotwendig ist oder wird.

Diese Ganzheit hat aber nicht ohne Weiteres ein *Subjekt*, das sie angemessen *erkennt* und dementsprechend *handelt*. Denken

und Handeln hat ja seinen Ort in den Menschen, die als Denkende und Handelnde immer Einzelne bleiben und nur Teile des Ganzen sind. Wegen der Endlichkeit dieser Einzelnen wird das Ganze für das Handeln bedeutsam nur in der Form von Bildern, *Entwürfen des Ganzen*, die *perspektivische*, standortgebundene Bilder und Entwürfe sind. Ergeben sich durch gleiche oder ähnliche Existenzlage Gruppierungen irgendwelcher Art, so wird das in einer jeden von ihnen entworfene Bild des Ganzen gleichfalls perspektivisch sein. Das Ganze «objektiv», wie es *an ihm selber* ist, ist aus Gott zugänglich. Es ist jeweils möglich, dass sich aus den verschiedenen Entwürfen reibungslos eine Gemeinsamkeit ergibt, die ein einheitliches Handeln leicht macht. Es ist möglich, – aber nicht jeweils tatsächlich: es kann jeweils Entwurf gegen Entwurf und darum Entscheidung gegen Entscheidung stehen. Da es nun aber keine über den Gruppen stehende Instanz in der Geschichte gibt, die das wahre Ganze und das, was sein Wohl jeweils verlangt, eindeutig ausspräche, so dass man daraufhin handeln könnte, da aber andererseits ein einheitliches Handeln existenznotwendig ist, – so wird und muss der Machtkampf darüber entscheiden, wer oder welche Gruppe oder welche Kombination von Gruppen für das Ganze entscheiden und handeln soll. Dasselbe gilt von der Bildung der für lange Zeit dauernden autoritären Instanz, die über einzelne Entscheidungen hinaus die laufend notwendige Tätigkeit im Sinne des Ganzen bestimmt. Wie auch immer die staatlichen Kompetenzen verteilt sind und wie auch immer ihre Träger ihren Anspruch begründen: im Konfliktfalle bleibt die Macht, Macht über Seelen und Macht über Leiber, das oberste auf Erden mögliche reale Kriterium der Staatsherrschaft. Das ist schon mit der menschlichen *Endlichkeit* gegeben, – *nicht* erst mit der menschlichen *Sündhaftigkeit*. Andererseits wirkt die menschliche Sündhaftigkeit durch alle Staatsträger in die staatliche Praxis ein, ohne dass dadurch der Staat und sein Machtelement weniger notwendig und berechtigt würde.

Die Macht des Staates ist also nicht tief genug begründet, wenn man sie darin begründet, dass der Staat einerseits den «allgemein» anerkannten Willen des Ganzen gegen die einzelnen Rechtsbrecher oder Rebellen durchsetzen muss und andererseits das Ganze gegen andere Staaten, gegen den möglichen «Feind» behaupten muss. Das Machtmoment ist vielmehr schon mit der Konstituierung des Staates gegeben: aus der Mannigfaltigkeit der Gruppierungen und ihrer perspektivischen Entwürfe des Ganzen kann nicht ohne den Einsatz starker machtmässiger Druckkräfte jene Instanz entstehen, die für das Ganze als Einheit handeln kann. Das ist gegeben mit der wesentlichen Diskrepanz zwischen dem objektiven Ganzen und seinen teilhaften Trägern, in denen allein es zum Handeln kommen kann.

Diese Umstände werden verkannt von denen, die das staatstragende Volk als «*Organismus*» im strengen Sinne des Wortes auffassen (– denn im Organismus besteht zwischen dem Ganzen und den Gliedern oder Zellen ein weit innigeres Verhältnis, in dem für den Machtkampf kein Platz und keine Träger da sind –), von denen auch, die auf irgendeine andere Weise dem Ganzen doch ein *adäquates Subjekt* zusprechen (wie Plato in seinem ersten Stand\*); von denen auf der Linken aber auch, die sich über jene Diskrepanz durch die Annahme einer prästabilierten *Harmonie* zwischen dem Ganzen und dem Individuum hinwegtäuschen, was nicht nur unter Liberalen, sondern auch unter allzu optimistischen Christen geschieht; von denen ferner, die das objektive Wohl des Ganzen der *vernünftigen Überlegung jedes Einzelnen* angemessen *zugänglich* glauben, – was beinahe auf jene prästabilierte Harmonie herausläuft; schliesslich auch von denen, die

\* Platon unterschied in seinem Entwurf eines idealen Staates drei Stände: erstens die Philosophen-Könige, denen die Pflege der Philosophie und die Leitung des Staates zukommt, zweitens die Wächter oder Krieger und drittens das Volk, das seinem Erwerb nachgeht.

das «Ganze» gar nicht als eigenartiges Sein erkennen, sondern es als runde *Summe der Individuen* verstehen.

Wenden wir das Erörterte auf unsere Idee vom «Reich» an!

Das *Reich* ist mehr als der Staat. Denn die «pax» und die «iustitia», die mögliche Fülle des Friedens und der Gerechtigkeit in der Ordnung des Reiches sollen nicht *nur* in *bewussten* Handlungen lebendig sein und nicht nur in *den* Beziehungen, die ausdrücklich das Ganze als Ganzes betreffen, sondern sie sollen in der ganzen Breite des gesellschaftlich-öffentlichen Lebens gültig und wirksam sein. Weiter und tiefer ist das Reich auch darin, dass in ihm die Sinnfrage der geschichtlichen Epoche ausdrücklich gestellt ist, – während doch auch eine äusserst sinnarme Gesellschaft, etwa z.B. eine von der Heimat abgeschnittene nur aus Geld- und Machtgier existierende koloniale Räuberbande sich als «Staat» konstituieren muss, wenn sie überhaupt existieren will. Aber wenn das Reich auch umfassender und tiefer als der blosser Staat ist: es muss doch zugleich auch *Staat* sein. Mag das Reich noch so breit und ruhend in der Fülle ausgeglichener Beziehungen dahinleben, auch in der Reichs-Gesellschaft ist eine *Inстанz für die bewussten einheitlichen Akte* notwendig, welche seine Existenz erfordert. Darum ist die Staatlichkeit ein notwendiges *Element* des Reiches.

Es ist wichtig, das gerade heute festzustellen. Wir haben den Optimismus der Organisation und das Vertrauen zur Allmacht der bewussten Aktion verloren; wir wissen, dass man das Beste und Tiefste nicht «machen», dass man die schwersten Übel nicht wegorganisieren kann. Aus diesen Erfahrungen ist es verständlich, wenn manche den staatlichen Möglichkeiten misstrauen; das Macht- und Einheitsmoment des Staates kann immer wieder die Einbruchsstelle der Dämonen des *Gewaltgeistes* sein; der Geist einer willkürlichen und deshalb gewaltsamen Vereinheitlichung und Rationalisierung kann hier eindringen; es liegt nahe, dass der

einmal vorhandene Staat, der Einheit und Macht in seinem Wesen trägt, über seine Grenzen hinaus wuchert und in seinen Bereich zieht, was nur zum Schaden des lebendigen Ganzen als Objekt bewusster zentraler Aktion behandelt werden kann. Aus Erfahrungen solcher Art ist es verständlich, wenn viele die strömenden Kräfte des Lebens der Gemeinschaft selbst gegen die staatliche Aktion ausspielen und vielleicht geneigt sind, einem Bekenntnis zum «*Reich*» den Sinn einer so gestimmten *Absage an den Staat* zu geben. Es ist verständlich, – aber es ist auch gefährlich. Das Reich, um das es uns geht, soll kein Phantom sein, sondern eine Wirklichkeit, – eine Wirklichkeit, die aus der Welt hervorgehen soll, die uns heute umgibt. Gewiss wäre es vergeblich, auf das Reich zu hoffen, wenn wir nicht im gläubigen Vertrauen auch das erwarteten, was sich nicht «machen» lässt, was wir «wachsen lassen» müssen, und was wir nur von der Hilfe Gottes erhoffen können. Aber wir dürfen nicht verkennen, dass der grösste Teil der Aufgaben des kommenden Reichs eine *technische* Seite hat, die sie zu gewaltigen *Organisationsproblemen* macht. Der Anarchie der Produktion z.B. ist nur durch weise umfassende Organisation beizukommen; sie soll gewiss so stark wie eben möglich an die freie Initiative der Einzelnen appellieren und so elastisch wie eben möglich sein, aber sie kann doch nicht ohne einen starken *Mittelpunkt* vorgestellt werden, in dem die Fülle der wirtschaftlichen Vorgänge zur *Einheit* kommt. Schon diese Aufgabe allein fordert bei der Härte und dem Gewicht der Wirtschaftswelt einen *starken Staat*. Auch eine andere moderne Erscheinung fordert dasselbe: die *Vermassung*. So gross die Gefahr ist, an die Stelle einer überwundenen liberalen Willkür ein blosses Zwangssystem zu setzen, um die vermaste Gesellschaft in eine Ordnung zu zwingen, so dürfen wir doch auch nicht verkennen, dass auch die echtste Besinnung und die gehorsamste Dienstbereitschaft nicht ohne die *Hilfe* eines energischen organisatorischen *Willens* die Massenprobleme (die hygienischen, biologischem, pädagogi-

schen usw.) anfassenden könnten. Wir können die bewusste Organisation nicht umgehen, wir müssen sie vielmehr von *innen* her ungefährlich machen. Der Geist der Vergewaltigung, der lebengefährdenden Uniformierung und Rationalisierung wird nicht durch den Verzicht auf das Rationale und die Macht, nicht durch den Verzicht auf den Staat überwunden, sondern kann nur aus der *Besinnung der Träger dieser Funktionen* überwunden werden.

Wir brauchen also den starken Staat als ein wesentliches Element des Reiches. Wir brauchen einen lebendigen Willen zum Staat, als wesentlichen Teil unserer Hoffnung auf das Reich. Je mehr die Träger dieses Staatswillens und die Träger dieses Staates *in der Mitte des Reiches* denken und empfinden, umso mehr wird die Gefahr der isolierten Staatlichkeit eines nicht eingegliederten «Preussentums» überwunden werden können, auch wenn die Staatsautorität in dem Wirbel dieser Zeiten und vor den gewaltigen organisatorischen Aufgaben dieser Gesellschaft *stark und hart* sein muss, stärker und härter, als im ersten abendländischen Reich und im zweiten Bismarck-Reich. Es kommt uns auf das *Reich* an, – aber die Fülle des Reiches *braucht* den starken Staat. Unser politischer Wille *erschöpft* sich nicht im Staat, sondern im Reich, aber er *begreift den Staat ein*.

## IV

### Das Reich ist gegliedert

Die Einheit und Ganzheit des Reiches stellt sich dort am kräftigsten dar, wo das Reich *handelt*: im *Staat*. Aber der Staat steht im Reich nicht einer unförmigen Masse oder einem gleichförmigen Volk gegenüber, sondern einer Vielfältigkeit von Gruppen, Schichten, Klassen, Ständen, vielleicht sogar Völkern. Diese geschichtlich gewordene Vielfältigkeit, dieser bunte Reichtum des

völkischen Lebens, der doch nicht unendlich, sondern endlichbestimmt ist und seine bestimmten Grenzen hat, ist in das «Reich» mitaufgenommen, und die im Reich beantwortete Frage nach dem Sinn der geschichtlichen Existenz bezieht sich nicht nur auf den Staat, sondern bereits auf diese Vielfältigkeit der Gruppierungen im Volk. Wäre es nicht künstlich, solche Trennungen vorzunehmen, so könnte man auch *abgesehen* vom Staat von einer «*Ordnung*» sprechen: als dem gewachsenen sinnvollen Gefüge dieser gesellschaftlichen Vielfältigkeit. Denkt man aber den Staat *hinzu*, denkt man sich den Ort dazu, in dem das Ganze dieses Vielfältigen einheitlich handelt, und die Instanz, die ihren Willen als den des Ganzen durchzusetzen mächtig ist, – so liegt nahe zu erkennen, dass dieser Staat nicht *neben* jenem Gefüge stehen darf, sondern aufs engste mit ihm *verbunden* sein sollte. Ohne jene Souveränität zu schwächen, ohne die Fähigkeit entschlossenen einheitlichen Handelns einzubüßen, soll der Staat seine äussere Kraft und seine innere Rechtfertigung aus der *Vielfältigkeit des Volkes* ziehen; ist er ausdrückliche und handelnde Ganzheit, so doch eben die Ganzheit jener Vielfältigkeit. Der Staat hat seinen Sinn nicht in sich selber, sondern eben darin, dass in ihm die Vielfältigkeit des Reichs zum einheitlichen Handeln kommt. Der Staat als Garantie der Einheit wird also mit der Fülle des Reichs verwachsen sein müssen: *Das Reich wird gegliedert sein*; in seiner «Gliederung» ist Fülle und Einheit zusammengefasst. Auch das klingt schon in dem Wort «Reich» an, – in der Erinnerung an die reiche, vielgestufte feudale Gliederung des mittelalterlichen Reiches.

«Reich» als gegliedertes Ganzes sagt also mehr als «*Nationalstaat*». Im «Nationalstaat» sind zwei ungegliederte Ganzheiten zur *Deckung* gebracht: die des Einheitsstaates und die des homogenen «Volkes». «Volk» gilt hier als eine naturgegebene oder geschichtlich überlieferte Einheit von Individuen gleicher Artung;



im «deutschen Volk» ist die Gleichheit alles dessen, was deutsch ist, ausdrücklich ausgesprochen, weniger die gesellschaftliche Vielfaltigkeit. Diese gedachte völkische Einheit wird in der anderen gleichfalls ungegliederten Einheit des Staates zur höheren Einheit des «Nationalstaates», – dem eigentlichen Produkt der französischen Revolution. «Reich» sagt also auch dann schon mehr aus als «Nationalstaat», wenn von einem Reich die Rede ist, dass auf *einem* Volke aufruhet, denn seine Einheit umfasst die *Gliederung*. Zudem lässt aber die Idee des Reiches sogar die Möglichkeit offen, dass *mehrere* Volkstümer in einer höheren Ordnung einander zugeordnet sind.

Das Reich als gegliederte Ganzheit steht weiterhin gegen die Idee der «*Diktatur*» im eigentlichen Sinne des Wortes. Gewiss wird die Einheit des Reiches in einer Person dargestellt sein, die als Person Träger der Souveränität, der Einheit und der Machtfülle des Reiches ist. Im ersten Reich war der «Kaiser» dieser Souverän; im kommenden Reich wird es aller Voraussicht nach der *Führer* sein. (Dass sich in diesem Wechsel einige wesentliche Unterschiede des ersten und dritten Reiches aussprechen, darüber wird noch zu reden sein.) Aber der Führer ist nicht ein «Diktator», ein Einzelner, der aus eigenem Recht oder aus der blossen militärischen Machtüberlegenheit herrscht, wie die spätrömischen Imperatoren. Der Führer begründet seinen Herrschaftsanspruch vielmehr grundsätzlich aus der «Sache» selbst; er ist Führer innerhalb einer *Elite* von Führern, und diese Elite ist nicht *aus sich* heraus Elite, sondern *in der Beziehung auf das Schicksal des Volkes*; sie sucht ihre Begründung darin, das Schicksal und den Willen des Volkes selbst darzustellen und auszusprechen, Herz, Seele, Geist und Arm dieses Volkes zu sein; die Elite der Bewegung sucht die Dynamik des Volkes selbst handlungsfähig zu machen. «Führer» und «Elite» sind also politische Gestalten und Gestaltungen, die ein «Volk» voraussetzen, in dem *selber* Ansätze

einer Ordnung und Verantwortung und Kräfte einer sinnvollen Bewegung *vorhanden* und *ansprechbar* sind. Der «Diktator» aber setzt das Chaos, die ordnungs- und verantwortungslose Masse voraus; sie muss durch den stärksten Willen gebändigt werden, damit wenigstens jene äussere «Ordnung» durchgesetzt werden kann, die zur Sicherung auch nur der leiblichen Existenz notwendig ist.

Die Idee einer reinen «Diktatur» ist also nicht etwa «an sich» und für alle geschichtlichen Lagen abzulehnen; da wo wirklich keine Ansätze der Ordnung und Verantwortung im Volke selbst vorhanden sind, kann von «Sinn-Ordnung» und «Reich» und «Gliederung» keine Rede sein; dort fällt die Aufgabe der Bändigung des Chaos als wirkliche Aufgabe dem Stärksten zu; in solchen Fällen ist es freilich oft einfach der Triebstärkste und der Bedenkenloseste, dem die Macht und jene Aufgabe zufällt. Heute sich zum *Führer* bekennen statt zum *Diktator*, zum *Reich* statt zur *Diktatur*, – darin spricht sich das *Vertrauen* aus, dass wir nicht ein Chaos sind, dass in unserem Volke reale Ansätze lebendig sind, auf denen sich das Reich aufbauen lässt. Freilich mag das Chaos eine Gefahr sein, und in dem Masse das Chaos gefährlich wird, wird notfalls der «Führer» einmal «diktatorisch» handeln müssen. Dass der Führer wie jede andere Person an ihrer Stelle in Versuchung sein kann zu entarten, also ohne Not «Diktator» bedingungslos zu werden – die Geschichte liefert Beispiele und die Dramendichter haben sich oft diesen Stoff gewählt –, das gehört nicht in diesen Zusammenhang; auch hier steht alles auf der Festigkeit des menschlichen *Gewissens* im Führer und auf dem *Vertrauen* der Menschen, die den Führer tragen: andere Garantien gibt es in der Geschichte nicht.

Noch eine dritte Abgrenzung muss vorgenommen werden, zunächst mehr theoretischer Art. Die Idee des gegliederten Reiches muss gegen die Idee des «*Organismus*» abgegrenzt werden. Auch der Organismus ist ein gegliedertes Ganzes, aber einer besonderen

Art. Wenn er in unserem Zusammenhang nur als *Vergleich* gebraucht wird, um polemisch die Idee der gegliederten Ganzheit als «organisch» gegen die der gliedlosen Ganzheit oder die der blossen Summe, gegen Absolutismus, Liberalismus, Diktatur usw. auszuspielen, dann mag das angehen, – *wenn* man sich der Bedenklichkeit dieses Vergleiches bewusst ist. Wer ohne diese Vorsicht vom «organischen Staat», vom «Reich als Organismus» spricht, wird leicht wesentliche Seiten des Reiches, der Politik überhaupt vergessen. Im echten Organismus ist die Harmonie zwischen Ganzem und Glied, zwischen Leib, Organ und Zelle von vornherein «natürlich» gesichert; treten Störungen auf, «Krankheiten» und «Verletzungen», so stellt sich die Harmonie entweder durch unbewusstes Wirken wieder her, oder es wird durch den bewussten Eingriff des Ganzen das als «Seele» unmittelbar handeln kann, wieder hergestellt. Im Reich aber ist jene Harmonie nicht ohne Weiteres «natürlich» da: sie ist ein Werk der «Geschichte», nicht der «Natur», sie muss von den Gliedern *geschaut* und *verwirklicht*, ja oft *erkämpft* werden. Nicht einmal der äussere Umfang, die «Grenze» des Ganzen ist beim Reich eindeutig gegeben: der geschichtliche Wille der Glieder, mehr oder weniger zur Einheit der Idee und schlecht und recht zur Einheit der Tat gebracht, entscheidet über den Umfang, die Grenze des Reichs, verliert einmal ein Stück endgültig, gliedert sich ein anderes Mal ein neues Stück ein. Alle diese Elemente des Bewusstseins, des Willens, des Kampfes, der Gewalt, des Risikos, der Irrtumsfähigkeit, des Zwiespalts, der tragischen Entzweiung werden leicht übersehen, wenn man die gegliederte Ganzheit der *Geschichte* in den Kategorien der gegliederten Ganzheit der *Natur* ausdrücken will, – wenn man das *Reich* als *Organismus* versteht. Dieses wird gezeugt, geboren, reift und vollendet sich im Sterben; – jenes ist Entwurf, Idee, Aufgabe, Ziel; der Organismus lebt sich selbst, das Reich erschaut und erkämpft sich selbst; jenes wächst, dieses ist auf dem Wege; jenes ist in seiner Endlichkeit vollendet,

das Reich ist immer Stückwerk, – aber es hat als sittlich-politische Aufgabe in seiner Unvollkommenheit eine Würde, die der Organismus in seiner Vollkommenheit nicht hat, – auch in *der* Beziehung, die der Organismus-Idee am sichtbarsten widerspricht: im harten politischen *Kampf*.

Wir haben nur von Gliederung im Allgemeinen gesprochen, nicht davon, *welche* vorhandenen Gruppierungen als bedeutsame und wesentliche Teile in den gegliederten Aufbau des Reiches aufgenommen und *wie* die Aufgliederung vollzogen werden soll. Hier öffnet sich ein vierfacher Kreis von Fragen, die Problematik des «*ständischen Aufbaus*», die Problematik der *politischen Hierarchie*, die *regionale Neugliederung* («Reichsreform») und die *ausenpolitische* Problematik, die doch zugleich innenpolitisch ist: die Frage nach den *Grenzen* des Reichs, die Frage, ob und in welchem Umfang und wie die Eingliederung anderer völkischer Elemente in die Ordnung des kommenden Reiches in unser politisches Zielbild aufgenommen werden soll. Hier ist also ein weiterer Themenkreis berührt; er kann aber erst in seiner vollen Bedeutung erkannt werden, wenn die liberalen Leitideen der staats- und wertfreien Gesellschaft einerseits, des Einheitsstaates der Individuen andererseits überwunden und durch die Idee des *gegliederten Reiches* ersetzt sind.

15. Juli / 1. / 3. / 11. August 1933

## Quellennachweis:

- Der «Marsch auf Berlin»*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 7. Mai 1927
- Die politische Bewegung im Bürgertum*, in: Deutsche Republik, 4.Jg. (1929/1930), S. 646-649
- Nationalsozialismus – heute oder für immer?* in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 19. September 1930
- Hitler und die Armee*, in: Deutsche Republik, 5.Jg. (1930/ 1931), S.4-7
- Brüning und Hitler?* in: Deutsche Republik, 6.Jg. (1931/1932), S. 260-263
- Das Jahr der Gefahr 1932*, in: Werkhefte Junger Katholiken (Frankfurt/M.), 1.Jg. (1931/1932), Heft 4, Januar 1932, S.2-4
- Die Entscheidung am 13. März*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 9. März 1932
- Nach den Wahlen*, in: Werkhefte Junger Katholiken (Frankfurt/M.), 1.Jg. (1931/1932), Heft 8, Mai 1932, S. 8-11
- Auf der schiefen Ebene?* in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 28. Mai 1932
- Reichstagswahlen – die letzten?* in: Werkhefte Junger Katholiken (Frankfurt/M.), 1.Jg. (1931/1932), Heft 10, Juli 1932, S.2-3
- Die Preussenaktion und der 31. Juli*, in: Deutsche Republik, 6. Jg. (1931/1932), S. 1382-1386
- Liberaler Illusionen*, in: Deutsche Republik, 7.Jg. (1932/1933), S. 69-71
- Von Weimar nach Potsdam*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 3. März 1933
- Auch ein Jubiläum*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 15. März 1933

- Die Entscheidung*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 22. März 1933
- Vor dem Ermächtigungsgesetz*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 23. März 1933
- Auf dem Wege zum «totalen» Staat*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 26. Juni 1933
- Mut zum Ende und Mut zum Anfang*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 7. Juli 1933
- Das Reichskonkordat*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 11. Juli 1933
- Zur Entrüselung des Nationalsozialismus*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 22. Dezember 1932
- Nationaler Faschismus*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 16./19./25./28. Juni 1931
- Die fünf Gesichter des Faschismus und die antifaschistische Front*, in: Deutsche Volksschaft (Letmathe), 4.Jg. (1931), S. 59-61
- Was ist «Faschismus»?.*, in: Werkhefte Junger Katholiken (Frankfurt/M.), 2.Jg. (1932/1933), Heft 1, Oktober 1932, S. 2-6
- Bewegung und Orientierung*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 25. Februar 1931
- Ordnung der öffentlichen Dinge*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 27. Februar 1931
- Neofeudalistische Vision*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 3. März 1931
- Erneuerte Demokratie* in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 10. März 1931
- Noch nicht durchgesetzt*, in: Deutsche Republik, 5. Jg. (1930/1931), S. 1417-1422
- Katholizismus und Demokratie*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 1.Juli 1932
- Demokratie vor uns*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 3. Oktober 1931
- Intellektuelle und Nationalsozialisten*, in: Deutsche Republik, 5. Jg. (1930/1931), S. 1234-1239

- Zur Entstehung der faschistischen Theorie*, in: Deutsche Republik, 6.Jg. (1931/1932), S. 613-617
- Die Faschisierung der Intelligenz*, in: Deutsche Republik, 6. Jg. (1931/1932), S. 557-560, 934-938
- «*Ende des Kapitalismus*». *Zu dem Buche Ferdinand Frieds*, in: Deutsche Republik, 5.Jg. (1930/1931), S. 1608-1612
- Fried und Unfried*, in: Deutsche Republik, 6. Jg. (1931/1932), S. 9-13
- Autarke Katastrophenpolitik*, in: Deutsche Republik, 6.Jg. (1931 / 1932), S. 202-207
- «*Nationalfascismus und Sozialismus*», in: Deutsche Republik, 5.Jg. (1931/1932), S. 1262-1266
- Mehrerei Mittelstand*, in: Deutsche Republik, 6.Jg. (1931/ 1932), S. 1256-1259
- Verfassungsmässiger Faschismus*, in: Deutsche Republik, 6. Jg. (1931/1932), S. 1446-1449
- Abwirtschaften lassen?* in: Deutsche Republik, 6.Jg. (1931/ 1932), S. 1029-1034
- «*Volkgemeinschaft*», in: Deutsche Republik, 7.Jg. (1932/ 1933), S. 237-242
- Faschistische Lockung und antifaschistische Entscheidung*, Vortrag, gehalten in Bonn, Duisburg und weiteren Städten vor den Reichstagswahlen vom 5. März 1933, unveröffentlicht
- Was ist Kulturbolschewismus?* in: Zeitschrift für Religion und Sozialismus (Mannheim), Heft 3/1931, S. 220-225
- Deutsch-christentum und Christentum*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 5. April 1931
- Der «Nationalismus» der Nationalsozialisten*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 21. April 1931
- Nationalsozialismus als Sozialrevolte*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 14. /16. Mai 1931
- Die Aufgabe gegenüber dem Nationalsozialismus*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 20. Mai 1931
- Die nationalsozialistische Sozialrevolte und die Katholiken*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 23. Mai 1931

- Der Katholizismus in der antifaschistischen Front*, in: Deutsche Republik, 6.Jg. (1931/1932), S. 1317-1322
- Kampf dem Faschismus – die Lebensfrage des deutschen Katholizismus*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 29. Juli 1932
- Politisierung der Reparationen – Zum Segen oder Fluch?*, in: Der Friedenskämpfer (Frankfurt/M.), 7. Jg. (1931), S. 37-40
- Faschist Seeckt*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 26. Juli 1932
- Zu Groeners Plan der nationalsportlichen Organisationen*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 26. / 28. 5.1932
- Faschisierung der Jugend*, in: Deutsche Republik, 6. Jg. (1931/1932), S. 1641-1645
- Der Anspruch des Vaterlandes*, in: Werkhefte Junger Katholiken (Frankfurt/M.), 2.Jg. (1932/1933), Heft 5, Februar 1933, S. 82-85
- Planwirtschaft wird diskutiert*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 29. März 1933
- Das neue Gesicht politischer Verpflichtung*, in: Deutsche Republik, 7.Jg. (1932/1933), S. 1041-1043
- Der sozialistische Sinn der deutschen Revolution*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 23. Juni 1933
- Die Judenfrage als positive Aufgabe*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 16. Mai 1933
- Ist der Mensch ein Raubtier?*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 22. Oktober 1933
- Das Reich*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 13. Juli 1933
- Das Reich als Gestalt*, in: Rhein-Mainische Volkszeitung, 15. Juli/1./3./11. August 1933



# Inhalt

- 5 Vorwort von *Walter Dirks*
- 13 Einleitung von *Karl Prümm*
- I Auf der schiefen Ebene zum totalen Staat – eine Chronik vom Ende der Weimarer Republik*
- »Stahlhelmtag« 1927:*
- 51 Der »Marsch nach Berlin«  
*Gründung der »Staatspartei« – Spaltung der DNVP:*
- 58 Die politische Bewegung im Bürgertum  
*Septemberwahlen 1930:*
- 63 Nationalsozialismus – heute oder für immer?  
*Ulmer Reichswehrprozeß:*
- 67 Hitler und die Armee  
*Bündnis Brüning – Hitler?:*
- 73 Brüning und Hitler?  
*Ausblick auf das Jahr 1932:*
- 79 Das Jahr der Gefahr 1932  
*Reichspräsidentenwahl 1932:*
- 88 Die Entscheidung am 13. März
- 95 Nach den Wahlen  
*Revirement im Kabinett Brüning:*
- 104 Auf der schiefen Ebene?  
*Reichstagswahlen Juli 1932 und Papens Aktion gegen Preußen:*
- 110 Die Preußenaktion und der 31. Juli
- 116 Reichstagswahlen – die letzten?
- 120 Liberale Illusionen  
*Der »Tag von Potsdam«:*
- 124 Von Weimar nach Potsdam

*15. März 1933 – 50. Todestag von Karl Marx:*

- 128 Auch ein Jubiläum  
*Ermächtigungsgesetz:*  
134 Die Entscheidung  
139 Vor dem Ermächtigungsgesetz  
144 Auf dem Wege zum »totalen« Staat  
*Auflösung des Zentrums:*  
150 Mut zum Ende und Mut zum Anfang  
*Abschluß des Reichskonkordats:*  
156 Das Reichskonkordat

*II Was ist »Faschismus«? – Versuche einer Beschreibung*

- 165 Zur Enträtselung des Nationalsozialismus  
171 Nationaler Faschismus  
200 Die fünf Gesichter des Faschismus und die  
antifaschistische Front  
209 Was ist »Faschismus«?

*III Krise und Neubestimmung der Demokratie*

- 225 Bewegung und Orientierung  
231 Ordnung der öffentlichen Dinge  
237 Neofeudalistische Vision  
242 Erneuerte Demokratie  
249 Noch nicht durchgesetzt  
257 Katholizismus und Demokratie  
263 Demokratie vor uns

*IV Die Intellektuellen und der Faschismus*

- 279 Intellektuelle und Nationalsozialisten  
285 Zur Entstehung der faschistischen Theorie  
291 Die Faschisierung der Intelligenz

*V »Blendende Ideologie« der jungen Generation –  
Auseinandersetzung mit dem »Tat«-Kreis*

- 305 »Ende des Kapitalismus«. Zu dem Buche Ferdinand  
Frieds  
311 Fried und Unfried  
317 Autarke Katastrophenpolitik

*VI Was wird der Faschismus und was soll die Linke tun?  
Prognosen und Strategien*

- 325 »Nationalfaschismus und Sozialismus«  
332 Mehrerlei Mittelstand  
337 Verfassungsmäßiger Faschismus  
342 Abwirtschaften lassen?  
349. »Volksgemeinschaft«  
356 Faschistische Lockung und antifaschistische  
Entscheidung

*VII Katholizismus und Nationalsozialismus*

- 389 Was ist Kulturbolschewismus?  
399 Deutschchristentum und Christentum  
405 Der »Nationalismus« der Nationalsozialisten  
412 Nationalsozialismus als Sozialrevolte  
420 Die Aufgabe gegenüber dem Nationalsozialismus  
426 Die nationalsozialistische Sozialrevolte und die  
Katholiken  
432 Der Katholizismus in der antifaschistischen Front  
439 Kampf dem Faschismus – die Lebensfrage des  
deutschen Katholizismus

*VIII Widerstand gegen eine Politik des Krieges*

- 447 Politisierung der Reparationen – Zum Segen oder  
Fluch?  
452 Faschist Seeckt

- 457 Zu Groeners Plan der nationalsportlichen  
Organisationen  
467 Faschisierung der Jugend  
473 Der Anspruch des Vaterlandes

*IX »Nationale Revolution« und »Neues Reich« – letzte  
Beeinflussungsversuche nach dem 30. Januar 1933*

- 485 Planwirtschaft wird diskutiert  
491 Das neue Gesicht politischer Verpflichtung  
495 Der sozialistische Sinn der deutschen Revolution  
502 Die Judenfrage als positive Aufgabe  
509 Ist der Mensch ein Raubtier?  
517 Das Reich  
522 Das Reich als Gestalt  
545 Quellenverzeichnis